Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

Außen- und Europapolitischer Bericht 2010

Bericht des Bundesministers für europäische
und internationale Angelegenheiten

**Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
A-1014 Wien**

Telefon: während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von 9 bis 17 Uhr:
(01) 90 115-0 / int.: (+43-1) 90 115-0
kostenfreies Anrufservice:
(0800) 234 888 (aus dem Ausland nicht wählbar)

Fax: **(01) 904 20 16-0 / int.: (+43-1) 904 20-16-0**

E-Mail: post@bmeia.gv.at

Internet: www.bmeia.gv.at

Bürgerservice:

In dringenden Notfällen im Ausland ist das Bürgerservice rund um die Uhr erreichbar:

Telefon: **(01) 90 115-4411 / int.: +43 1 90 115-4411**

Fax: **(01) 904 20 16-245 / int.: (+43- 1) 904 20 16-245**

E-Mail: bereitschaft@bmeia.gv.at

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten www.bmeia.gv.at unter dem Punkt „Bürgerservice“ ausführlich dargestellt.

Außen- und Europapolitischer Bericht 2010

Bericht des Bundesministers für
europäische und internationale Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. Mag. Christoph Weidinger

Gesamtherstellung:
Berger Crossmedia GmbH & Co KG

Die Anhänge VIII ff. wurden durch die Statistik Austria erstellt.

Vorwort

Das Außenministerium: Weltweit für Sie da.

Die Österreicherinnen und Österreicher unternehmen 10 Millionen Auslandsreisen pro Jahr – Tendenz steigend. **Österreich zählt zu den größten Exportnationen weltweit –** österreichische Unternehmen sind gefragte Investoren, Produzenten oder Dienstleister. Unsere Jugend engagiert sich in erfreulich hohem Maße in ehrenamtlichen Tätigkeiten im Ausland. Junge Österreicherinnen und Österreicher studieren zunehmend auch in Europa oder in Übersee. Österreichische Forscherinnen und Forscher, Künstlerinnen und Künstler sind weltweit vernetzt. Die Zahl der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher steigt stetig, über 400.000 Österreicherinnen und Österreicher leben im Ausland. Sie alle brauchen die österreichische Außenpolitik. Für sie alle setzen sich unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außenministerium, in den Botschaften und Konsulaten ein.

Wir tun aber weit mehr als das. Wir verstehen uns nicht nur als Servicestelle für das Land und die Österreicherinnen und Österreicher in der Welt. Wir sind bereit, auch für andere Verantwortung zu übernehmen. 50 Jahre Beteiligung Österreichs an UNO-Friedenseinsätzen mit weltweit rund 90.000 Österreichern und Österreicherinnen im Einsatz zeigen: Wir scheuen diese Verantwortung nicht. Wir wollen die internationale Politik mitgestalten – und unsere zweijährige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat hat bewiesen, dass wir das auch können. Doch unsere Arbeit ist mit dem Abschluss der Mitgliedschaft nicht zu Ende. Aufbauend auf unserem anerkannten Profil, dem Netzwerk und der Expertise der letzten zwei Jahre, haben wir uns um eine dreijährige Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat, dem höchsten Gremium für die Förderung der Menschenrechte, und dem UNESCO-Exekutivrat, dem höchsten Leitungsgremium der Organisation, beworben. Hier wollen wir in Zukunft unseren konsequenten Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte fortsetzen.

Europapolitik

Zum ersten Mal heißt dieser Bericht Außen- und Europapolitischer Bericht. Der neue Name ist der großen Bedeutung der Europapolitik in seiner internen wie auch externen Dimension für die österreichische Außenpolitik geschuldet.

Der europäische Integrationsprozess bleibt der effektivste Weg, in Europa Frieden, Stabilität und Sicherheit zu garantieren, denn nur gemeinsam können die Herausforderungen unserer Zeit gemeistert werden. Der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon und der dadurch neu geschaffene Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sollen helfen, dieser Aufgabe effektiver und kohärenter gerecht zu werden. Der EAD ist für Österreich ein wichtiger Ansprechpartner gerade in jenen Ländern, in denen wir über keine oder nur eine kleine eigene diplomatische Vertretung verfügen. Gerade dort profitieren wir von einem verstärkten Informationsfluss mit den Delegationen der Union. Die Gründung des EAD heißt aber auch einerseits, dass die europäische Dimension in der österreichischen Außenpolitik noch stärker an Gewicht gewinnen wird. Andererseits bedeutet sie, dass die österreichische Diplomatie noch stärker gefordert ist, um genuine österreichische Interessen, die Marke „Österreich" im europäischen und internationalen Entscheidungsprozess und Wettbewerb zu vertreten.

Aber Europa muss auch ankommen zu Hause, müssen wir sehen und spüren im direkten Kontakt. Ich habe daher meine „EU-Dialogtour" durch die Bundesländer fortgesetzt und bin mit vielen Österreicherinnen und Österreichern über Ihre Sorgen und Anliegen betreffend die EU ins direkte persönliche Gespräch gekommen. Um den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den Gemeinden Österreichs die Möglichkeit zu geben, die EU betreffende Fragen direkt an einen vertrauten Ansprechpartner in ihrer eigenen Gemeinde zu stellen, habe ich die Gemeinderäte-Initiative ins Leben gerufen, durch die in jeder Gemeinde eine Gemeinderätin oder ein Gemeinderat als Anlaufstelle für EU-Fragen der Bevölkerung fungieren wird. Ich freue mich, dass diese Initiative von Anfang an auf ein sehr positives Echo gestoßen und mittlerweile mit Leben erfüllt worden ist.

Nachbarschaft

Österreich legt großes Augenmerk auf die Nachbarschaft Europas. So habe ich gemeinsam mit meinem griechischen Amtskollegen im Rahmen der EU eine gemeinsame Initiative für einen neuen Westbalkan-Impuls gesetzt, um den Staaten der Region zu helfen, sich der EU anzunähern mit dem Ziel, dass alle diese Staaten bis zum Jahr 2020 Mitglieder der EU werden. Ich freue mich auch, dass die von mir gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen initiierte Donauraumstrategie nunmehr ein Kernprojekt der EU geworden ist und somit durch einen ganzheitlichen Ansatz, der verschiedene Bereiche wie Transport- und Umweltfragen, Mobilität und Wirtschaftsentwicklung untereinander verknüpft, neue Synergien aufzeigt. Österreich kann sich hier beispielsweise durch sein Know-how bei der effizienteren Nutzung der Donau als Transportader unter Berücksichtigung höchster Umweltstandards einbringen.

Im Zusammenhang mit einer erfolgreichen Nachbarschaftspolitik ist es mir auch ein besonderes Anliegen, das menschliche, wirtschaftliche und kultu-

relle Potential der Zukunftsregion Europas, das Gebiet zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer, und die Chancen die sich dadurch Österreich bieten, gezielt zu nutzen. Ich habe daher die Region bereist und in Baku eine österreichische Botschaft eröffnet, die es der österreichischen Außenpolitik erleichtern soll, zur politischen Stabilität beizutragen und als Türöffner für österreichische Unternehmen zu fungieren. Es freut mich auch ganz besonders, dass es gelungen ist, im Juni des Jahres 2011 ein speziell dieser Region gewidmetes Treffen des Weltwirtschaftsforums in Wien zu organisieren.

Österreich im UN-Sicherheitsrat

Was die Menschen wollen, egal ob in Österreich oder in Tunis oder Kairo, ist mehr Teilhabe, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Die bahnbrechenden Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika in den vergangenen Wochen und Monaten zeigen die Aktualität der Schwerpunkte, die Österreich in seiner Außenpolitik seit vielen Jahren verfolgt. Dazu gehören vor allem die Stärkung der Herrschaft des Rechts, der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und die Rolle von Frauen in der Bewältigung von Konflikten und im Wiederaufbau. Und genau diese Themen waren auch die großen Schwerpunkte, die Österreich während seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat in den letzten beiden Jahren gesetzt hat. Dabei lassen wir uns als Richtschnur in unserem Engagement grundsätzlich von einem Menschenrechtsansatz und der Rechtsstaatlichkeit leiten. Diese Arbeit hat sich bezahlt gemacht: Denn viele der in den letzten beiden Jahren im Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen tragen eine deutliche österreichische Handschrift. Sie versuchen den Schutz der Zivilbevölkerung in Konflikten sicherzustellen und Straflosigkeit zu bekämpfen.

Amtssitz Wien – Drehscheibe für Frieden und Sicherheit

Ein weiteres wesentliches Anliegen konnten wir ebenfalls in den letzten zwei Jahren umsetzen: Österreich war schon zu Zeiten des Kalten Krieges auf Grund seiner geopolitischen Stellung und der Neutralität eine Plattform für internationalen Dialog. Eine Ausgangsposition, die mit der Eröffnung der UNO-City 1979 gestärkt werden konnte und im Rahmen der Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat noch einmal ausgebaut werden sollte. So hat es etwa Friedensgespräche zur Westsahara in Dürnstein im Sommer 2009 oder zum Sudan in Baden und Wien im November 2010 gegeben.

Nicht zuletzt dank unserem Renommée als engagiertes Land in der Abrüstungsdebatte haben wir nun auch einige wichtige Institutionen im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen in Wien ansiedeln können, ein UNO-Büro für Abrüstungsfragen und das Wiener Zentrum für Abrüstung und Non-Proliferation, eine Plattform vor allem für zivilgesellschaftliches Engagement. Wichtig ist auch die Internationale Antikorruptionsakademie, die weltweit erste ihrer Art, die einen wesentlichen Beitrag zu

mehr Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Gute Regierungsführung leisten wird.

Österreichs Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat

Im Sinne unseres aktiven Engagements in den Vereinten Nationen und unseres konsequenten Eintretens für die Menschenrechte hat sich Österreich für einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beworben. Am 20. Mai 2011 wurde Österreich mit großer Mehrheit von der Generalversammlung der UNO gewählt. Dies werte ich als großen Vertrauensbeweis und Anerkennung für unsere bisherige Arbeit in der Internationalen Gemeinschaft.

Wir wollen unsere Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat dazu nützen, zu einigen Schwerpunkthemen konkrete Fortschritte zu erzielen. Diese sind der Schutz der Religionsfreiheit und religiöser Minderheiten, die Förderung der Medienfreiheit und Schutz von Journalistinnen und Journalisten sowie die Förderung der Rechte von Kindern und Schutz vor Gewalt und Ausbeutung. Zu den traditionellen österreichischen Resolutionsinitiativen, wie Minderheiten und Binnenvertriebene, werden wir auch unsere Prioritäten aus dem Sicherheitsrat, insbesondere im Bereich des Schutzes der Zivilbevölkerung und Stärkung der Frauenrechte in geeigneter Form im Menschenrechtsrat fortsetzen. Von großer Bedeutung ist weiterhin als Leitmotiv die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die sich als roter Faden durch unser langjähriges Engagement hindurch zieht.

Österreichs Kandidatur für den UNESCO-Exekutivrat – Dialog der Kulturen

Österreich will 2011–2014 auch im Exekutivrat der UNESCO Verantwortung übernehmen. Österreich gehörte bislang zwei Mal (1972–1976 und 1995–1999) dem Exekutivrat, dem wichtigsten Steuerungsgremium der Organisation, an. Ich bin davon überzeugt, dass gerade in Zeiten weltweit wachsender Spannungen zwischen religiösen Gruppen der Dialog mit und unter den Religionsgemeinschaften und zwischen den Kulturen unentbehrlich für Frieden und Sicherheit ist. Dies spiegelt sich auch in unserer Kandidatur wider, die klare Schwerpunkte auf den interkulturellen sowie interreligiösen Dialog legt. Ganz im Sinne seiner langen Tradition als Ort des Dialogs war Österreich 2010 auch Gastgeber der dritten Konferenz europäischer Imame und SeelsorgerInnen und des ersten Young Arab-European Young Leaders Forum.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungspolitik ist heute im wesentlichen Strukturpolitik genauso wie Außenpolitik im wesentlichen „Weltinnenpolitik" ist. Ich spreche von globalen Politikfeldern, die nicht isoliert betrachtet werden können und eng miteinander vernetzt sind wie Menschenrechte, Ressourcen, Handel und Umwelt, Klimawandel, Migration und Sicherheit, Zugang zu Wissen und

Kommunikation und deren Technologien. Sie beeinflussen sowohl die konventionelle „Entwicklungspolitik“ als auch Außenpolitik als solche.

Es ist daher klar, Entwicklungszusammenarbeit alleine reicht nicht. Es bedarf neuer Ansätze für neue Wachstums- und Entwicklungschancen der am wenigsten entwickelten Länder. Der Frage der guten Regierungsführung, der Transparenz und der Bekämpfung der Korruption weltweit kommt hier ebenso eine tragende Rolle zu. Österreich kann und muss sich dort einbringen, wo wir einen Mehrwert leisten können. Wir haben zum Beispiel ausgewiesene Expertise im Bereich Wasser, Umwelt und nachhaltiger Energie, wie auch zu naturnaher Landwirtschaft, die wir auch künftig zu unser aller Wohl zum Einsatz bringen wollen.

„Weltweit für Sie da“ – Konsularische Arbeit

Wie eingangs erwähnt, Österreicherinnen und Österreicher werden immer mobiler. Etwa 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher reisen zumindest einmal im Jahr ins Ausland. Der Konsularbetrieb des Außenministeriums ist daher eindeutig eine Wachstumsbranche. Von Jahr zu Jahr verzeichnet mein Haus Steigerungsraten von rund 10 Prozent. 2010 hatte das Außenministerium über 300.000 Konsularfälle. Das heißt nicht weniger als 1500 Fälle pro Arbeitstag. – Und dabei war 2010 ein vergleichsweise „normales“ Jahr.

Das Außenministerium hat seinen konsularischen Einsatz seit Jahresbeginn in vielfacher Hinsicht verstärkt. Wir haben zehntausende Anfragen allein im Zusammenhang mit den beiden großen Krisenregionen in Nordafrika, dem Nahen Osten und Japan beantwortet. Rund um die Uhr und zusätzlich zu unserem Normalbetrieb. Wir haben eigene „Krisenunterstützungsteams“ nach Tunesien, dann nach Ägypten, zuletzt nach Libyen entsandt, an denen auch das Innen- und das Verteidigungsministerium beteiligt waren. Bis dato haben wir bereits eine vierstellige Zahl von Menschen evakuiert.

Auslandskulturpolitik

Die Auslandskulturpolitik ist ein integraler Bestandteil des Außenministeriums und ein zentrales Instrumentarium, das Österreich über seine Botschaften, Kulturforen und Konsulate weltweit mit Erfolg einsetzt. Mit ca. 5400 Veranstaltungen in nahezu 110 Ländern und 800 Städten, die über 7,7 Millionen Besucherinnen und Besucher weltweit verzeichnet haben, trägt die Auslandskultur maßgeblich zur Positionierung und zum Bild Österreichs im Ausland bei. Das Netzwerk der Auslandskulturarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten umfasst derzeit 30 Kulturforen, 82 Botschaften, 11 Generalkonsulate, 60 Österreich-Bibliotheken, 9 Österreich Institute sowie Spezialbüros in Lemberg, Sarajewo und Washington DC. Die Österreich-Bibliotheken haben 2010 neben ca. 143.000 Bibliotheksbesucherinnen und Bibliotheksbesuchern 260.000 Besucherinnen und Besucher bei knapp 800 Veranstaltungen verzeichnet.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Abschließend möchte ich Generalsekretär Johannes Kyrle und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zentrale sowie an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland meinen Dank und meine Anerkennung für ihren unermüdlichen Einsatz, den sie unter oft schwierigen und manchmal auch gefährlichen Umständen für unser Land und für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten, aussprechen.

Dr. Michael Spindelegger

Vizekanzler und Bundesminister
für europäische und
internationale Angelegenheiten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort III

A. Österreich in der Europäischen Union 1
I. Die Finanzkrise und die Antwort der Europäischen Union 1
1. Wirtschaftspolitische Steuerung und budgetpolitische Überwachung 1
2. Europäische Stabilisierungsinstrumente zur Liquiditätsunterstützung 2
3. Konsolidierungsanstrengungen der EU-Mitgliedstaaten 4
4. Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Finanzmarktarchitektur 5
5. Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten 6
6. Engagement der EU im Rahmen der G20 7
II. Die Erweiterung der Europäischen Union 7
1. Kroatien, Türkei und Island 8
2. Bulgarien und Rumänien 10
3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer 10
4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union 12
5. Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa 12
III. Ein Jahr Vertrag von Lissabon 13
IV. Europainformation 17
V. Österreich in den europäischen Institutionen 19
1. Die Rolle des österreichischen Parlaments auf europäischer Ebene 19
2. Die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union 20
3. Österreichische VertreterInnen in den EU-Organen 22
4. Europäisches Parlament 23
5. Der Ausschuss der Regionen 23
6. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 23
7. Gerichtshof der Europäischen Union 23
VI. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern 24
VII. Die Politiken der Europäischen Union 27
1. Wirtschafts- und Währungspolitik 27
2. Beschäftigung und Sozialpolitik 27
3. Struktur- und Kohäsionspolitik 28

4. Binnenmarkt und Industriepolitik 29
5. Gemeinsame Agrarpolitik 30
6. Verkehr 31
7. Umwelt 32
8. Konsumentenschutz 33
9. Energie 34
10. Bildung und Jugend 35
11. Forschung 36
12. Europäische Satellitennavigationsprogramme GALILEO und EGNOS 37
13. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 38
14. Terrorismusbekämpfung 39
15. Gesundheit 40
16. Strategie Europa 2020 41
VI. Die Außenbeziehungen der Union 43
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 43
2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik 49
3. Südosteuropa/Westliche Balkanländer 51
4. Die osteuropäischen Staaten 58
5. Russland 64
6. Zentralasien 66
7. Naher und Mittlerer Osten, Mittelmeerraum und Golfstaaten 68
8. Nordamerika 74
9. Lateinamerika und Karibik 79
10. Afrika südlich der Sahara 84
11. Asien 92
12. Australien, Neuseeland, Ozeanien 99

B. Österreich in anderen europäischen Foren 102
I. Europäische Sicherheitspolitik 102
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden 102
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 104
1. Der „Korfu-Prozess“ und das OSZE-Gipfeltreffen in Astana 104
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten 105
3. Die menschliche Dimension der OSZE 109

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE 110
5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE..... 111
6. Parlamentarische Versammlung der OSZE 111
III. Europarat..... 112
1. Politische Entwicklungen 112
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen..... 113
3. Menschenrechte 114
4. Monitoring..... 115
5. Hilfsprogramme..... 116
6. Die Organe des Europarats..... 116
7. Der Europarat und Österreich..... 118
IV. Zentraleuropäische Initiative..... 118
V. Nachbarschaftspolitik..... 119
1. Regionale Partnerschaft 119
2. Schweiz, Liechtenstein 120
3. Südtirol..... 122
4. Nukleare Sicherheit 124
5. Alpenkonvention 125
6. Die Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarzmeerregion..... 126

C. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen 129
I. Einleitung..... 129
II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen..... 129
1. Organisatorische Fragen 129
2. Politische Fragen..... 131
3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen..... 134
4. Menschenrechte 134
5. Internationale Drogenkontrolle 134
6. Internationale Verbrechensverhütung..... 135
7. Sozialpolitik 136
8. Internationale Frauenfragen 136
9. Humanitäre Angelegenheiten..... 136
10. Friedliche Nutzung des Weltraums..... 137
11. Verwaltungs- und Haushaltsfragen..... 137
12. Völkerrechtliche Fragen..... 138
III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen..... 140
1. Die Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat..... 140

2. Tätigkeit des Sicherheitsrates – Geografische Themen 145
3. Tätigkeit des Sicherheitsrates – Querschnittsthemen 158
IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung 167
V. Der Wirtschafts- und Sozialrat 168
1. Allgemeiner Teil 168
2. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa 169
VI. Der Internationale Gerichtshof 169
VII. Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen 170
1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) 170
2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 170
3. Internationale Fernmeldeunion (ITU) 171
4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) 171
5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) 172
6. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) 172
7. Weltgesundheitsorganisation (WHO) 173
8. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 174
9. Welttourismusorganisation (UNWTO) 174
10. Weltpostverein (UPU) 174
11. Weltorganisation für Meteorologie (WMO) 175
12. Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO) 175

D. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik 176
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen 176
1. Bürgerservice 176
2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement 177
3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen 178
4. Neue Verträge 178
II. Reise- und Grenzverkehr 180
1. Sichtvermerksangelegenheiten 180
2. Grenzverträge 181
III. Die AuslandsösterreicherInnen 182
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen 182

2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland 183
3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union 184
4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eParticipation, eVoting 185

E. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 186
I. Einleitung 186
1. Internationale Grundlagen 186
2. Gesetzliche Grundlagen 186
3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit 186
4. Nachhaltige Entwicklung 187
5. Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung 187
II. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit 188
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Süd 188
2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Ost 192
3. Themen und Sektoren 194
4. Kofinanzierung 197
5. Evaluierung 197
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 198
1. Die Vereinten Nationen 198
2. Die Europäische Union 201
3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen 203
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen 204
1. Österreichische bilaterale humanitäre Hilfe 204
2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe 205

F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen 208
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen 208
1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen 208
2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen 209
3. Genfer Abrüstungskonferenz 209
4. Chemiewaffenkonvention 209
5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen 210

6. Ballistische Raketen 210
II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen 211
1. Antipersonenminen 211
2. Streumunition 211
3. Kleinwaffen und leichte Waffen 212
III. Exportkontrollregime 212
1. Multilaterale Exportkontrolle 212
2. Waffenhandelskontrollvertrag 213
3. Nationale Exportkontrolle 214

G. Der internationale Schutz der Menschenrechte 215
I. Einleitung 215
II. Menschenrechte in der Europäischen Union 215
1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union 215
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge 218
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen 219
1. Der Menschenrechtsrat 220
2. Die Generalversammlung 222
3. Die Frauenstatuskommission 223
IV. Menschenrechte in der OSZE 224
V. Menschenrechte im Europarat 224
VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit 225
VII. Schwerpunktthemen 226
1. Religionsfreiheit und Schutz religiöser Minderheiten 226
2. Menschenrechte von Kindern 226
3. Menschenrechte von Frauen 227
4. Minderheitenschutz 228
5. Menschenrechtsbildung 229
6. Humanitäres Völkerrecht 229
VIII. Der Internationale Strafgerichtshof 229

H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen .. 231
I. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen 231
II. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich 231
III. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) 232
IV. Bekämpfung des Menschenhandels 232

I. Multilaterale Wirtschaftspolitik 234
I. Welthandelsorganisation (WTO) 234
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 235
1. 50 Jahre OECD 235
2. Erweiterung und globale Beziehungen 235
3. Wirtschafts- und Finanzpolitik 235
4. Österreich und das „Bankgeheimnis" 236
5. Arbeit und Beschäftigung 237
6. PISA Veröffentlichung 237
7. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen 238
8. OECD-FachministerInnentreffen 238
9. Green Growth Strategy 239
10. Wiederernennung des Generalsekretärs 239
11. Internationale Energieagentur (IEA) 239

J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik 241
I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002 241
II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 241
III. Globale Umweltschutzabkommen 242

K. Auslandskulturpolitik 245
I. Zielsetzungen und Schwerpunkte 245
1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit 245
2. Auslandskulturpolitische Initiativen 249
3. Kulturelle Förderungen 249
II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft 250
III. Österreich-Bibliotheken 251
IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache 253
1. Wissenschaft und Bildung 253
2. Sprache 253
V. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 254
VI. Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union 255
VII. Interkultureller und interreligiöser Dialog 256
1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs 256
2. Anna Lindh-Stiftung (ALF) 258
3. Interreligiöser Dialog des ASEM 259

VIII. Prager Holocaust-Restitutionsprozess 259
IX. Internationale Holocaust-Task Force (ITF) – Internationales Netzwerk zu Bildung, Gedenken und Forschung 260

L. Medien und Information 261
I. Öffentlichkeitsarbeit 261
II. Medienarbeit, Pressekonferenzen und JournalistInnen-betreuung 261
III. Europa-Dialogtour, Europagemeinderäte-Initiative 261
IV. Internetauftritt 262
V. Publikationen 263
VI. PresserätInnentagung 263

M. Der österreichische auswärtige Dienst 264
I. Einleitung 264
II. Arbeiten im Außenministerium 265
III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick 266
IV. Weltweite Infrastruktur 267
1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten 267
2. Informationstechnologie 268
3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement 268
V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate 269
VI. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) 270
VII. Organisationsplan 272
VIII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen 274

N. Ausgewählte Dokumente 280
I. Österreich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2009/2010 – Bilanz der österreichischen Aktivitäten und Schwerpunkte 280
II. Rede von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anlässlich der offenen Debatte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Thema „Sicherstellung einer effektiven Rolle des VN-SR in der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit“, New York, 23. September 2010 (nur Englisch) 283
III. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger vor der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, 25. September 2010 285

IV. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der offenen Debatte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“, New York, 26. Oktober 2010 (nur Englisch) 291
V. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der 2010 Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, New York, 3. Mai 2010 (nur Englisch) 294
VI. „Die Donauraumstrategie der Europäischen Union“, Keynote Speech von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger, Alpbach, 2. September 2010 297
VII. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger zu den Schwerpunkten der österreichischen EU-Politik „Österreich und Europa: Liebe auf den zweiten Blick?“, Wirtschaftsuniversität Wien, 21. Jänner 2010 303
VIII. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der europäischen Imame-Konferenz in Wien, 14. Mai 2010 315
IX. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger in der Park East Synagoge in New York, 25. September 2010 (nur Englisch) 318

Anhang 321
I. Länderinformationen 321
II. Österreich und die Staatenwelt 459
III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich 464
IV. Wien als Sitz internationaler Organisationen 465
V. Diplomatische Akademie Wien 468
VI. Österreich in internationalen Organisationen 470
VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien 487
VIII. Österreich in Zahlen von 1950 bis 2010 497
IX. Österreich im internationalen Vergleich 498
X. Außenhandel 2010 mit der EU und wichtigen Ländergruppen 508
XI. Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2009 und 2010 512

Sachindex 516

A. Österreich in der Europäischen Union

I. Die Finanzkrise und die Antwort der Europäischen Union

Die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise blieb auch 2010 ein zentrales Thema für die Europäische Union.

Zur Bewältigung der Schuldenkrise und stärkeren wirtschaftlichen Steuerung hat sich der Europäische Rat bei seiner Märztagung auf eine Strategie verständigt, die sich auf eine vestärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitiken stützt, um mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Schwerpunkt der neuen Strategie wird auf den Schlüsselbereichen liegen, in denen Maßnahmen notwendig sind: Wissen und Innovation, stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit, hohes Beschäftigungsniveau und soziale Eingliederung. Der Europäische Rat hat die fünf Kernziele vereinbart, die gemeinsame Ziele darstellen, nach denen sich das Handeln der Mitgliedstaaten und der Union richtet: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Bedingungen für Innovation, Forschung und Entwicklung, die Erreichung unserer Klimaschutz- und Energieziele, die Verbesserung des Bildungsniveaus sowie die Förderung der sozialen Eingliederung, insbesondere durch die Verminderung der Armut. Im Juni wurden gemeinsam mit den Schritten zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung und den Konsolidierungsmaßnahmen die neue Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum „Europa 2020“ beschlossen. Der Europäische Rat bestätigte die fünf vorgenannten gemeinsamen Kernziele als Richtschnur für das Handeln der Mitgliedstaaten und der Union.

Auf internationaler Ebene setzte die Europäische Union ihr Engagement auf G20-Ebene fort. Im November übernahm mit Frankreich ein EU-Mitgliedsland den Vorsitz über die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, welche sich seit Ausbruch der Krise 2008 zu einem globalen Forum für Finanz- und Wirtschaftsfragen entwickelt hat.

1. Wirtschaftspolitische Steuerung und budgetpolitische Überwachung

Beim Europäischen Rat im März wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, eine hochrangige „Task Force“ zur wirtschaftspolitischen Steuerung eingerichtet, die Ende Mai ihre Arbeit aufnahm. Ziel war erstens eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit einer Stärkung des präventiven und des korrektiven Arms. Die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sollten bereits früher vorgelegt werden, um damit besser Einfluss auf die Budgeterstellung der Mitgliedstaaten Einfluss nehmen zu können. Im Zusammenhang mit dem Verfahren wegen übermäßigen Defizits sollte das Schuldenkriterium aufgewertet wer-

den. Zweitens sollten wirksamere Koordinations- und Überwachungsinstrumente zum Abbau bzw. zur Verringerung makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen werden und drittens sollte es künftig einen permanenten Krisenmechanismus geben, der ein rasches Reagieren in Krisenfällen wie im Fall vom Griechenland ermöglicht.

Die Arbeiten wurden rechtzeitig vor der Tagung des Europäischen Rates im Oktober mit einem Endbericht der „Task Force" mit folgenden Empfehlungen abgeschlossen:

Stärkung der Disziplin im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes,

- Einführung eines neuen makroökonomischen Überwachungsmechanismus,
- Einführung eines „EU-Semesters" ab 1.1.2011,
- Schaffung eines Rahmens für einen permanenten Krisenmechanismus,
- Stärkung der Institutionen für eine stärkere wirtschaftspolitische Steuerung.
- Da die Empfehlungen der „Task Force" zum Teil von den am 29. September vorgelegten Legislativvorschlägen der EK abweichen[1], wurde Ende November eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Klärung der noch offenen Fragen eingesetzt. Eine politische Einigung auf Ebene des ECOFIN-Rates soll bis Februar/März 2011 erfolgen, mit einem Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament **(EP)** bis Mitte 2011. Siehe dazu auch A.I.2.

2. Europäische Stabilisierungsinstrumente zur Liquiditätsunterstützung

2.1. Griechenland-Hilfe

Am 23. April suchte das hoch verschuldete Griechenland offiziell um Hilfe an, da es sich auf den Finanzmärkten nicht mehr refinanzieren konnte. Im Mai einigten sich die EU-Finanzminister und der Internationale Währungsfonds **(IWF)** über das Unterstützungspaket für Griechenland über insgesamt 110 Mrd. Euro und eine Laufzeit von drei Jahren (80 Mrd. Euro von den Euroländern, 30 Mrd. Euro vom IWF). Der österreichische Anteil an den 80 Mrd. Euro beträgt 2,29 Mrd. Euro, das sind 2,86 %[2]. Die EK richtete im Namen der zahlenden Mitgliedstaaten[3] ein Konto bei der Europäischen Zen-

1 Drei Verordnungen im Bereich der budgetären Überwachung, zwei Verordnungen für ein Verfahren zur makroökonomischen Überwachung und eine Richtlinie betreffend die Festlegung von Mindeststandards für nationale Haushaltsrahmen

2 Rechtsgrundlage ist das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz (ZaBiStaG, BGBl. I 52/2009). Am 19.5. wurde vom Nationalrat die Novelle des ZaBiStaG beschlossen, demzufolge Österreich einen Beitrag von max. 2,29 Mrd. Euro in Form bilateraler Kredite leisten wird.

3 Die Slowakei und Irland beteiligen sich nicht.

tralbank **(EZB)** ein. Die erste Darlehensüberweisung an Griechenland erfolgte am 18. Mai. Die Auszahlung der Kredittranchen an Griechenland unterliegt strengen Konditionalitäten[4], die in regelmäßigen Abständen von EK/EZB/IWF überprüft werden.

2.2. Gemeinsamer EU/IWF-Schutzschirm über 750 Mrd. Euro

Der gemeinsame EU-IWF-Schutzschirm über insgesamt 750 Mrd. Euro setzt sich folgendermaßen zusammen:

EU-Stabilitätsmechanismus (ESFM) – aus dem EU-Budget:	EUR	60	Mrd.
European Financial Stability Facility (ESFS) – Garantien der MS	EUR	440	Mrd
	EUR	500	Mrd.
IWF-Kredite	EUR	250	Mrd.
Gesamt	EUR	750	Mrd.

2.3. European Financial Stability Facility (EFSF)

Die European Financial Stability Facility **(EFSF)** ist auf drei Jahre befristet, d. h. bis Mitte 2013 und 16 Euro-Länder stellen Garantien in Höhe von 440 Mrd. Euro zur Verfügung (Beschluss Europäischer Rat/Eurogruppe). Das Verhältnis zueinander und mit der EFSF wird im EFSF Framework Agreement geregelt, die Abwicklung erfolgt durch die „EFSF", eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischen Recht, an welcher die Euro-Länder Anteile halten. Operativ wurde das EFSF am 4. August, am 20. September erhielt sie ein „AAA-Rating". Die EFSF finanziert Euroländer, wenn es ein Anpassungsprogramm gibt. Der **österreichische Anteil** an der EFSF beträgt 12,3 Mrd. Euro an Garantien. Die Beschlussfassung des Nationalrates erfolgte am 19. Mai auf Grundlage des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes (ZaBiStaG, Ermächtigung für die Aufnahme von Garantien von über bis zu 15 Mrd. Euro).

2.4. EU-Zahlungsbilanzunterstützung und European Financial Stability Mechanism (EFSM)

Nicht-Euroländer können auf der Basis von Art. 143 und Art. 108 AEUV Zahlungsbilanzhilfen erhalten. Das Volumen beträgt 50 Mrd. Euro (VO 332/2002 idF VO 1360/2008, VO 431/2009). Darüber hinaus steht für alle EU-Mitgliedstaaten der mit 60 Mrd. Euro dotierte EFSM zur Verfügung (VO 407/2010). Beide Instrumente werden durch die Marge im EU-Haushalt garantiert.

4 Konsolidierung bis 2014, Struktur- und Pensionsreformen etc.

Ende November wurde die **Hilfe für Irland** mit einem Gesamtvolumen von 85 Mrd. Euro beschlossen (Beschluss der Eurogruppe v. 28. November). Davon trägt 17,5 Mrd. Euro Irland selbst, 22,5 Mrd. Euro der IWF, 22,5 Mrd. der EFSM, 17,7 Mrd. die EFSF, der Rest wird vom Vereinigten Königreich, Schweden und Dänemark in Form von bilateralen Krediten gegeben. Auch das Irland-Hilfspaket unterliegt strengen Konditionalitäten (Budgetkonsolidierung auf unter 3 % Defizit bis 2015, Strukturreformen). Ein Teil der Hilfsmittel darf zur Restrukturierung der Banken verwendet werden.

2.5. Europäischer Stabilitätsmechanismus

Der Europäische Rat einigte sich im Dezember auf die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus **(ESM)** auf Basis einer begrenzten Vertragsänderung gem. Art. 48 (6)[5]. Der ESM wird ab 1.1.2013 das bestehende EFSF ablösen. Der Mechanismus wird auf Grundlage einer Erklärung der Euro-Gruppe vom 28. November eingerichtet. Er soll die Prinzipien des EFSF übernehmen und gestressten Mitgliedstaaten gegen strenge Auflagen Liquiditätsunterstützung gewähren. Bei der Stabilisierung sollen in Übereinstimmung mit gängigen IWF-Vorschriften auch die Beteiligung privater Investoren vorgesehen werden. Um die Belastung der Steuerzahler zu minimieren, soll der ESM einen bevorzugten Gläubigerstatus erhalten und in seinen Forderungen nur dem IWF nachgereiht werden. Die Einhaltung der Anpassungsprogramme sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Verschuldung soll von der EK in Zusammenarbeit mit EZB und IWF überprüft werden. Die Unterstützung betroffener Staaten wird von den FinanzministerInnen der Eurozone einstimmig beschlossen. Sollte ein Mitgliedstaat insolvent sein, muss er mit seinen privaten Gläubigern einen Umstrukturierungsplan verhandeln; erst danach kann der ESM Liquiditätsunterstützung gewähren. Ab Juni 2013 sollen alle Euroraum-Staatsanleihen standardisierte Umschuldungsklauseln („collective action clauses“) enthalten, die den Gläubigern mit qualifizierter Mehrheit eine Umstrukturierung der Schulden bei Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedstaates ermöglichen soll. Die Aktivierung des Mechanismus erfolgt im Einvernehmen mit den Euro-Mitgliedstaaten. Nicht-Euro-Mitgliedstaaten werden nach Wunsch in die Arbeiten eingebunden und können sich ad hoc an Maßnahmen beteiligen.

3. Konsolidierungsanstrengungen der EU-Mitgliedstaaten

Im Zuge der griechischen Schuldenkrise geriet ab Anfang 2010 der Euro zunehmend unter Druck. Um das Vertrauen der Finanzmärkte wiederherzustellen, wurden, wie eingangs berichtet, seitens EU, EZB und IWF umfangreiche Rettungsmaßnahmen eingeleitet. Bei den Gipfeln Anfang Mai wurde

5 Demzufolge wird Art. 136 AEUV folgender Absatz angefügt: „Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen“.

von den EU-Staats- und Regierungschefs und dem ECOFIN-Rat die **rasche Wiederherstellung nachhaltiger Staatsfinanzen** beschlossen – derzeit verstoßen 24 von 27 EU-Mitgliedstaaten gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt – um eine nachhaltige Basis für Wirtschaftsaufschwung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Über die Wege aus der Krise gibt es in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, je nach wirtschaftlicher Ausgangslage und Reformbedarf, unterschiedliche Ansätze und zeitliche Vorgaben. Dies soll verhindern, dass durch übertrieben starke Konsolidierung das neu aufkommende Wachstum gefährdet wird. Generell einigte man sich in der Eurogruppe und im ECOFIN, dass die Konsolidierung vor allem ausgabenseitig und über „echte" Strukturreformen (etwa bei den Pensionssystemen) und in Abstimmung mit den Zielen der **Europa 2020-Strategie** erfolgen soll.

Weiters beschlossen die EU-FinanzministerInnen im Sommer auf Vorschlag der Arbeitsgruppe zur wirtschaftspolitischen Steuerung die Einführung eines „**Europäischen Semesters**" ab 1.1.2011. Demzufolge wird die Europäische Kommission künftig die Haushalte der Mitgliedstaaten stärker überwachen, um in Fällen einer überhöhten Staatsverschuldung wie bei Griechenland schneller einschreiten zu können. Das „Europäische Semester" wird die Monate März bis Juli umfassen, in welchen die Mitgliedstaaten nach einem genau festgelegten Zeitplan ihre Haushalte aufstellen müssen. Im März 2011 wird der Europäische Rat auf der Basis von Informationen der Europäischen Kommission die größten anstehenden Herausforderungen benennen und Ratschläge formulieren, wie ihnen begegnet werden kann. Im April müssen die Mitgliedstaaten dann ihre Haushalte überarbeiten und Reformvorschläge machen, zum Bespiel im Bereich der Beschäftigung. Die Europäische Kommission und der Rat erarbeiten im Juni und Juli letzte Vorschläge für Verbesserungen, bevor die Mitgliedstaaten ihre Haushalte für das folgende Jahr endgültig verabschieden. Das europäische Semester soll dazu beitragen, dass Euro-Stabilitätspakt und Ziele der Europa 2020-Strategie konsequenter eingehalten werden. Die Rechte der nationalen Parlamente bei der Aufstellung der Haushalte bleiben dabei aber unberührt.

4. Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Finanzmarktarchitektur

4.1. Neue europäische Finanzmarktaufsicht

Ein Jahr nach Vorlage des Legislativpakets zur Reform des Europäischen Aufsichtssystems einigten sich EP und Rat am 21. September über die Rechtsakte zum neuen Aufsichtssystem der Europäischen Union, das per 1.1.2011 in Kraft tritt. Ziel der neuen Aufsichtsstrukturen ist die Stärkung der Finanzmarktstabilität durch die Stärkung der makro- und mikroprudentiellen Aufsicht sowie durch eine verbesserte Kooperation der zuständigen Behörden auf EU- und nationaler Ebene. Mit der Reform werden erstmals bestimmte Kompetenzen in diesem Bereich von der nationalen auf die EU-

Ebene verlagert. Demnach wird es einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken **(ESRB)** unter dem Vorsitz des EZB-Präsidenten (zunächst für fünf Jahre) geben. Er soll Risiken im Finanzmarkt analysieren und Warnungen aussprechen können, wenn er Gefahren für die Stabilität des Finanzsektors erkennt. Auf Mikro-Ebene werden drei europäische Behörden für die Banken-, Versicherungs-, und Börsenaufsicht eingerichtet. Sie haben nach Feststellung eines Krisenfalls durch die EU-FinanzministerInnen das Recht, direkt in die Finanzinstitute einzugreifen. Unter anderem können sie bestimmte Transaktionen und Finanzprodukte verbieten.

4.2. Rahmen für Krisenmanagement

Die Krise hat gezeigt, dass Probleme bei einer einzelnen Bank auf den gesamten Finanzsektor übergreifen können und vor Landesgrenzen nicht halt machen. Sie hat auch gezeigt, dass Systeme für den Umgang mit in Schieflage geratenen Finanzinstituten fehlen. So gab es bisher praktisch keine Rahmenregelungen für ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement im Falle einer Bankenkrise. Die EK legte daher im Oktober eine Mitteilung mit Vorschlägen für einen EU-Rahmen für Krisenmanagement im Finanzsektor vor, Legislativvorschläge sollen im Frühjahr 2011 folgen. Ziel ist die Schaffung eines umfassenden Rahmens für das Krisenmanagement bei Banken und Wertpapierfirmen.

4.3. Bankenpakete und Bankenstresstests

Eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, schnürten nationale Bankenhilfspakete, welche in den meisten Ländern sukzessive verlängert wurden. Auf EU-Ebene hatte man sich zwar auf gemeinsame Rahmenbedingungen zur Stabilisierung des Finanzsektors (Garantien, Kapital zur Rekapitalisierung von Banken, Einlagensicherung etc.) geeinigt, nicht jedoch auf einen gemeinsamen EU-Fonds zur Finanzmarktstabilisierung. Im Juli wurde ein Stresstest für 91 systemisch wichtige europäische Banken durchgeführt, mit insgesamt zufrieden stellenden Ergebnissen auch für die teilnehmenden österreichischen Großbanken.

5. Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten

Bis dato gibt es keinen Konsens auf internationaler Ebene zu diesem Thema, das auch im Jahr 2010 immer wieder auf der Tagesordnung verschiedener Institutionen stand (G20, IWF, EU, Task Force on International Financial Transactions for Development). Auf EU-Ebene wurde das Thema Besteuerung des Finanzsektors (Bankensteuer, Finanzaktivitätssteuer, Finanztransaktionssteuer) auch 2010 weiterverfolgt, der Europäische Rat erstattete im Dezember einen Bericht über den Status quo. Bis dato haben zehn EU-Mitgliedstaaten eine Bankenabgabe eingeführt oder sind im Begriff, es zu tun. Auf EU-Ebene besteht Konsens darüber, dass bei der Einführung von Ban-

kenabgaben koordiniert vorgegangen werden muss, um Doppelbesteuerungen zu vermeiden. Österreich hat sich bereits zu Beginn des Jahres auf die Einführung einer Bankenabgabe bis spätestens Anfang 2012 festgelegt. Berechnungen der OeNB zufolge soll dies dem Staatshaushalt zusätzliche Steuereinnahmen von rund 500 Mio. Euro/Jahr bringen. Außerdem setzte sich Österreich gemäß den Vorgaben des Regierungsprogramms 2008–13 bei den europäischen Partnern für die verbindliche Einführung einer europäisch akkordierten Finanztransaktionssteuer **(FTT)** ein.

6. Engagement der EU im Rahmen der G20

Auf internationaler Ebene werden die Themen im Wesentlichen durch die bisher insgesamt fünf Treffen der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer vorgegeben, zuletzt am **26. und 27. Juli in Toronto** und am **11. und 12. November in Seoul**.

In Toronto verpflichteten sich die Staaten zu einer ausbalancierten Konsolidierung. Im Rahmen des „Framework for Growth" legten sich die Staaten darauf fest, die Haushaltsdefizite bis 2013 zu halbieren. Die öffentlichen Schuldenstandquoten sollen demnach bis 2016 mindestens stabilisiert, wenn nicht gesenkt werden. In Seoul einigten sich die Staats- und Regierungschefs der G20 auf die Entwicklung von Maßstäben, mit denen Ungleichgewichte im Außenhandel gemessen und abgebaut werden können. Wie das konkret aussehen soll, wollen die G20-FinanzministerInnen mit Hilfe des IWF unter französischer Präsidentschaft in den nächsten Monaten erarbeiten. Bahnbrechend waren die Beschlussfassungen zu strengeren Eigenkapitalregeln für Banken (Basel III) sowie zu einer umfassenden Reform der IWF-Stimmrechte zugunsten aufstrebender Schwellenländer[6].

Mitte November übernahm Frankreich den Vorsitz über die G20 (G8). Präsident Nicolas Sarkozy will sich auf Fragen wie die Reform des internationalen Währungssystems, die Volatilität der Rohstoffpreise sowie auf „Good governance" in Steuerfragen (Vorgehen gegen nicht kooperative Jurisdiktionen, Transparenz und Terrorismusfinanzierung) konzentrieren.

Für Österreich ist es wichtig, dass stets alle 27 EU-Mitgliedstaaten in die gemeinsamen Beschlüsse der EU für G20-Treffen eingebunden werden.

II. Die Erweiterung der Europäischen Union

Der Erweiterungsprozess wurde auch im Jahr 2010 von den im Dezember 2006 festgehaltenen Prinzipien des „erneuerten Konsenses über die Erweite-

6 IWF-Reform: Neuordnung der Stimmrechte und Anteile der 187 IWF-Mitgliedstaaten um ca. 6% weg von den alten europäischen Industrieländern hin zu den Schwellenländern. IWF-Direktorium: Zahl der Mitglieder bleibt gleich (24, USA hatten 20 gefordert), Europa hat künftig nur mehr 7 Sitze (statt 9), aber D, GB und F behalten ihre Sitze. Europa bzw. USA beanspruchen weiterhin Chefposten für IWF bzw. Weltbank.

rung“ bestimmt. Diese vom Europäischen Rat verabschiedete Strategie gründet auf der Prämisse der Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der Union und betont neben der Konsolidierung eingegangener Verpflichtungen auch die Einhaltung einer fairen und gleichzeitig entschlossenen Konditionalität.

Das am 9. November von der Europäischen Kommission beschlossene jährliche „Erweiterungspaket“ (welches die Erweiterungsstrategie und Fortschrittsberichte zu den einzelnen Staaten umfasst) konstatierte als wesentlichste Herausforderungen der Erweiterungsagenda die Bewältigung der Wirtschaftskrise, die Intensivierung der gesellschaftlichen Eingliederung von gefährdeten sozialen Gruppen, die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und Stärkung der öffentlichen Verwaltung, die Durchsetzung des Rechts auf Meinungs- und Pressefreiheit, sowie die Weiterführung der verstärkten regionalen Zusammenarbeit am Westbalkan.

Als zentrale Schlussfolgerung wird bezüglich Kroatien festgestellt, dass sich das Land trotz einigen Aufholbedarfes vor allem in den Bereichen Justiz und Grundrechte, sowie Effizienz bei öffentlichen Ausgaben und Budgetdisziplin, in der Abschlussphase der Beitrittsverhandlungen befindet.

In den Verhandlungen mit der Türkei wurde ein Kapitel eröffnet. Der Rat und die Europäische Kommission begrüßten die im September verabschiedete Verfassungsreform. In vielen Gebieten sind jedoch auch weiterhin intensivierte Reformanstrengungen notwendig, deren Umsetzung das Fortschreiten der Verhandlungen grundlegend determiniert.

Die Fortschritte der Verhandlungen mit Island sind mit der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum **(EWR-Abkommen)** und der Fähigkeit des Landes, den Anforderungen zur Übernahme des Besitzstandes der Union zu entsprechen, fest verbunden.

1. Kroatien, Türkei und Island

Die Einigung zwischen **Kroatien** und Slowenien auf ein bilaterales Abkommen über eine Vorlage ihres langjährigen Streites betreffend den Verlauf der Meeresgrenzen an ein Schiedsgericht brachte 2009 Bewegung in die Beitrittsverhandlungen. Dieser Elan konnte beibehalten und – begünstigt durch Reformbemühungen – noch verstärkt werden (vor allem im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Kampf gegen die Korruption).

Das Schiedsgerichtsabkommen mit Slowenien, wonach der Grenzstreit mit einem für beide Parteien verbindlichen und innerhalb von sechs Monaten umzusetzenden Urteil entschieden werden soll, trat am 29. November in Kraft. In seinen Schlussfolgerungen zum Erweiterungsprozess würdigte der Rat dieses Ereignis und betonte außerdem die allgemein gute Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien **(ICTY)**, wobei gleichermaßen weitere, uneingeschränkte Kooperation gefordert wird. Die Erfüllung der Kriterien vor allem in den Bereichen

Wettbewerbspolitik, Justiz und Grundrechte, sowie die von der Europäischen Kommission im Fortschrittsbericht angesprochene Steigerung der Effizienz bei öffentlichen Ausgaben und Verbesserung der Budgetdisziplin verbleiben für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen essentiell.

Im Jahr 2010 wurden sechs Verhandlungskapitel eröffnet: „Wettbewerb", „Fischerei", „Judikative und Grundrechte", „Umwelt", „Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik" und „Institutionen". In elf Kapiteln konnten die Verhandlungen vorläufig abgeschlossen werden. Damit lag die Gesamtzahl der eröffneten Verhandlungskapitel bei 34 (von 35), vorläufig abgeschlossen wurden bisher insgesamt 28 Kapitel. Die im Dezember 2009 vom Rat eingesetzte Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung des Beitrittsvertrages setzte ihre Arbeit fort und brachte die Inhalte der abgeschlossenen Kapitel regelmäßig in Vertragsform.

In der **Türkei** wurde in einem Referendum am 12. September eine Verfassungsreform angenommen (Grundsätze: Veränderung in der Zusammensetzung des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte, Einführung des Streikrechts für Beamte, Einrichtung eines Ombudsmannes, Einschränkung der politischen Macht des Militärs). Sowohl im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission, als auch in den Schlussfolgerungen des Rates werden diese Maßnahmen begrüßt, deren entsprechende Implementierung einen wichtigen Schritt zur Annäherung an EU-Standards bedeuten würde. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Gebieten, in denen die Türkei zu Reformen aufgefordert wird (unter anderem: Beachtung der Grundrechte und Grundfreiheiten auf rechtlicher und faktischer Ebene, Umsetzung und Weiterführung der demokratischen Öffnung, die insbesondere auch zur Lösung der Kurdenfrage beitragen soll).

Die Türkei tritt engagiert in ihrer weiteren Nachbarschaft auf und zählt deshalb als wichtiger regionaler Akteur. Um auch ihre Annäherung zur EU zu vertiefen, muss sich die Türkei zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen und der friedvollen Beilegung von Streitigkeiten verpflichten. In den bilateralen Beziehungen zum EU-Mitgliedsstaat Zypern hat es jedoch keine Fortschritte in Richtung Normalisierung gegeben. Trotz mehrmaliger Aufforderung wurde das Zusatzprotokoll des Assoziierungsabkommens **(Ankara-Protokoll)** noch nicht umgesetzt. Damit ist die seit 1995 mit der EU bestehende Zollunion nach wie vor nicht auf alle der Union im Jahr 2004 beigetretenen Staaten ausgedehnt. Die Entscheidung der EU-AußenministerInnen vom 11. Dezember 2006, die Verhandlungen in acht damit in Zusammenhang stehenden Kapiteln vollkommen einzufrieren und auch keines der übrigen Kapitel mehr provisorisch abzuschließen, bleibt daher aufrecht.

Insgesamt wurden Verhandlungen in 13 Kapiteln eröffnet und in einem Kapitel vorläufig abgeschlossen. Im Jahr 2010 wurde ein Kapitel (Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzenschutzpolitik) eröffnet.

Das 2008 stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffene **Island** stellte sein Beitrittsansuchen am 17. Juli 2009. Gleichzeitig wurde durch Parlamentsbeschluss festgelegt, dass nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen eine Volksabstimmung über einen EU-Beitritt stattfinden muss. Nach dem positiven Avis der Europäischen Kommission im Februar wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vom Europäischen Rat am 17. Juni beschlossen. Am 27. Juli fand schließlich die Eröffnungskonferenz der Beitrittsverhandlungen mit Island statt.

Der so genannte Screening-Prozess, das heißt die analytische Prüfung des EU-Besitzstandes durch die Europäische Kommission, wurde im November eingeleitet. Als langjähriges Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes **(EWR)** hat Island bereits große Teile des Besitzstandes der Union umgesetzt. Der Rat würdigte in den Schlussfolgerungen zum Erweiterungsprozess Island als ein Land, das bereits seit langem funktionierende demokratische Einrichtungen, leistungsstarke Institutionen und enge Beziehungen zur EU hat. Einige Anstrengungen zur Rechtsangleichung sind jedoch noch vor allem bei der Restrukturierung des Bankensektors erforderlich. Aufholbedarf herrscht – wie die Europäische Kommission im Fortschrittsbericht darlegt – auch nach wie vor bei der umfassenden Information der isländischen Bevölkerung über die EU-Mitgliedschaft und die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem EWR-Abkommen, was besonders hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen entscheidend ist.

2. Bulgarien und Rumänien

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union am 1. Jänner 2007 wurde ein eigener Kooperations- und Verifikationsmechanismus **(KVM)** eingerichtet, dessen Ziel es ist, die Länder bei der Bewältigung ihrer Restdefizite in den Bereichen Justiz und Inneres zu unterstützen. Im Jahr 2010 erstellte die Europäische Kommission ihren vierten Jahresbericht zu den Fortschritten im Reformprozess. Dabei wurde auf starke Diskrepanzen in den Reformbemühungen der beiden Staaten hingewiesen: Bulgarien konnte im Justizbereich eine gewisse Reformdynamik vorweisen, wohingegen in Rumänien aufgrund mangelnden politischen Willens erhebliche Mängel weiterbestünden. Nachhaltige Verbesserungen sind sowohl im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, als auch bezüglich Interessenskonflikten und Korruption im Bereich des öffentlichen Auftragswesens erforderlich. Der KVM wird deshalb für beide Länder fortgesetzt.

3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer

Die EU entwickelte für alle westlichen Balkanländer den so genannten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess **(SAP)**, in dessen Rahmen jedes der Länder durch individuelle Reformschritte enger an die EU herangeführt und

langfristig in die Lage versetzt werden soll, die EU-Beitrittsperspektive zu verwirklichen. Die Länder haben daher für nahezu alle ihre Ausfuhren freien Zugang zum EU-Binnenmarkt und erhalten finanzielle Unterstützung bei ihren Reformbemühungen. Ein Kernstück des Prozesses bilden die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen **(SAA)**, die neben wirtschaftlicher Assoziierung auch die Übernahme von Teilen des Acquis durch den assoziierten Staat sowie Kooperationen mit der EU in einer Vielzahl von Politikbereichen vorsehen.

Für Mazedonien, Kroatien und Albanien sind die SAA z. T. schon seit längerem in Kraft. Die mit Montenegro am 15. Oktober 2007 und mit Bosnien und Herzegowina am 16. Juni 2008 unterzeichneten Abkommen befinden sich im Ratifizierungsprozess. Die Ratifizierung des am 29. April 2008 mit Serbien unterzeichneten SAA wurde erst im Juni 2010 freigegeben, nachdem seitens des Chefanklägers des Internationalen Gerichtshofs für das Ehemalige Jugoslawien **(ICTY)** die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal als zufriedenstellend beurteilt worden war. Doch konnte das schon bisher einseitig von Serbien angewendete SAA-Interimsabkommen, welches die Handelsbestimmungen umfasst, nach entsprechenden Beschlüssen des Rates vom Dezember 2009 mit 1. Februar in Kraft treten. Österreich hat das SAA mit Serbien im zweiten Halbjahr ratifiziert.

Für Mazedonien, das seit 2005 Kandidatenstatus hat, blieb die Frage des Beginnes von Beitrittsverhandlungen vor allem wegen des ungelösten Namensstreites mit Griechenland nach wie vor offen.

Die von Montenegro und Albanien gestellten Beitrittsanträge (Dezember 2008 bzw. April 2009) waren jeweils nach einiger Verzögerung an die Europäische Kommission mit dem Auftrag weitergeleitet worden, einen sogenannten Avis zu erstellen. Darin wird eine eingehende Beurteilung vorgenommen, inwieweit das Antrag stellende Land fähig und vorbereitet ist, in Beitrittsverhandlungen zu treten. Der am 11. November präsentierte Avis zu Montenegro empfahl ungeachtet diverser verbleibender Defizite die Verleihung des Kandidatenstatus – was vom Europäischen Rat am 16. Dezember beschlossen wurde – Beitrittsverhandlungen jedoch erst nach substantiellen Verbesserungen in mehreren Schlüsselbereichen. Der gleichzeitig präsentierte Avis zu Albanien sah von der Verleihung des Kandidatenstatus infolge gravierender Defizite der demokratischen Institutionen ab.

Serbien hatte im Dezember 2009 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt, welcher nach längerer Verzögerung mit Beschluss des Europäischen Rates vom 25. Oktober zur Weiterleitung an die Kommission zwecks Avis-Erstellung übermittelt wurde.

Die beschleunigte Heranführung der westlichen Balkanländer an die EU ist eine außenpolitische Priorität Österreichs, die Österreich auch im EU-Rahmen besonders verfolgt. Durch eine gemeinsame österreichisch-griechische Initiative Anfang des Jahres und die Ausrichtung eines Seminars an der

Diplomatischen Akademie im Mai hat Österreich aktiv dazu beigetragen, dass der Westliche Balkan wieder prominent auf die internationale Tagesordnung gekommen ist. Außenminister Spindelegger und sein deutscher Amtskollege Westerwelle haben am 10. und 11. Dezember in Berlin eine vom Aspen-Institut und der Österreichischen Botschaft organisierte Westbalkan-Konferenz mit den AußenministerInnen des Westbalkan und hochrangigen Wirtschafts- und Medienvertretern durchgeführt. Österreich hatte sich auch sehr um die am 19. Dezember 2009 in Kraft getretene Visaliberalisierung (Schengen-Raum) für Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie jene für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina, die am 15. Dezember 2010 in Kraft trat, bemüht. Hinsichtlich des Kosovo wird EU-intern ein Visadialog unter der Voraussetzung der Erfüllung strikter Vorgaben diskutiert.

4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union

Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) unterstützt die Kandidatenländer Kroatien, Mazedonien und Türkei sowie die potenziellen Kandidatenländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Serbien auf ihrem Weg der Annäherung an die EU mit einem Finanzvolumen von 11,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007–2013.

Konkrete Unterstützung im Heranführungsprozess leistete Österreich mit der Beteiligung an der regionalen Zusammenarbeit und mit Verwaltungspartnerschaften (EU-Twinning) unter IPA. Österreichische Beteiligungen an EU-finanzierten Twinning-Projekten zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung in den Empfängerländern gab es insbesondere in den Bereichen Justiz und Inneres, Umweltschutz sowie Landwirtschaft. Geografische Schwerpunkte des österreichischen Twinning-Engagements waren im Jahr 2010 Kroatien mit drei und Montenegro mit zwei Projekten. Insgesamt konnte sich Österreich am Westbalkan für sieben Projekte mit einem Budgetvolumen von rund 7,1 Millionen Euro erfolgreich bewerben.

Da die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise die Reformgeschwindigkeit der westlichen Balkanländer zusätzlich belastet haben, ist die EU bestrebt, den aktuellen Erweiterungsprozess nachdrücklich durch den Anreiz für politische und wirtschaftliche Reformen aufrecht zu erhalten. Besonderes Gewicht wird dabei auf den Aufbau staatlicher Verwaltungsstrukturen und Rechtsstaatlichkeit gelegt, was sich in einer vermehrten Anzahl von Projektausschreibungen in diesen Bereichen niederschlägt.

5. Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa

Die nachhaltige Zusammenarbeit unter den Ländern Südosteuropas ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der gesamten Region in die euro-

päischen Strukturen. Als Nachfolger des Stabilitätspakts für Südosteuropa bemühte sich der Regionale Kooperationsrat **(Regional Cooperation Council, RCC),** unter Leitung des Kroaten Hido Biščević, die Eigenverantwortung der Länder der Region stärker zu fördern und zu fordern. Zu den Kernbereichen seiner Tätigkeit gehören wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Infrastruktur und Energie, Justiz und Inneres, Sicherheitskooperation, Bildung und Forschung sowie parlamentarische Zusammenarbeit. Die EU und einige ihrer Mitgliedstaaten, darunter Österreich, unterstützen die Arbeit des RCC inhaltlich und finanziell und sind im Verwaltungsrat der Organisation mit Sitz und Stimme vertreten.

III. Ein Jahr Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon, mit dem der Vertrag über die Europäische Union sowie der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (nunmehr Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) abgeändert wurden, ist am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten. Im Folgenden werden ausgewählte Bereiche vorgestellt, in denen es aufgrund der Vertragsänderung im Verlauf des Jahres zu neuen Entwicklungen gekommen ist.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament **(EP)** im Juni 2009 fanden noch auf der Grundlage des Vertrags von Nizza statt. Dieser sah – vor der letzten Erweiterungsrunde der EU um insgesamt 12 Mitgliedstaaten – insgesamt maximal 736 Abgeordnete im EP und eine Aufteilung der Sitze gemäß dem sogenannten „Prinzip der degressiven Proportionalität" von mindestens fünf und höchstens 99 Abgeordneten pro Mitgliedstaat vor. Der Vertrag von Lissabon erhöhte die Obergrenze auf 751 Abgeordnete und sieht pro Mitgliedstaat nun mindestens sechs und höchstens 96 Abgeordnete vor.

Dem Vertrag von Lissabon muss somit noch vor Ablauf der Funktionsperiode des 2009 gewählten EP, also vor 2014, Rechnung getragen und die Zusammensetzung des EP an die Vorgaben des Vertrags angepasst werden. Um nicht ein Ausscheiden von drei der bereits 2009 gewählten 99 Abgeordneten aus dem bevölkerungsreichsten Mitgliedstaat zu bewirken hat der Europäische Rat 2009 die Einleitung des Verfahrens zur Einberufung einer Regierungskonferenz beschlossen. Es sollte eine zeitlich befristete Übergangsregelung für die laufende, maximal 754 Abgeordnete vorsehende, Funktionsperiode geschaffen werden.

Die Europäische Kommission **(EK)** hat darauf hin am 27. April zur vorgeschlagenen Regierungskonferenz und das EP am 6. Mai eine positive Stellungnahme abgegeben sowie auf die Einberufung eines Konvents verzichtet. Daraufhin hat der Europäische Rat am 21. Mai die Einberufung der Regierungskonferenz beschlossen, die am 23. Juni in Brüssel stattfand. Das Änderungsprotokoll, das am selben Tag unterzeichnet wurde, legt nunmehr die Zuteilung von bis zur kommenden Wahl zum EP befristeten zusätzlichen Sitzen an die Mitgliedstaaten fest. Für Österreich ist eine Erhöhung der Zahl

der Abgeordneten zum EP von derzeit 17 auf 19 vorgesehen. Bis zum 31. Dezember haben zwölf Mitgliedstaaten die Ratifikationsurkunden in Rom hinterlegt.

Der Vertrag von Lissabon sieht mit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative erstmals auch ein Element direkter Bürgerbeteiligung vor. Mindestens eine Million UnionsbürgerInnen aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedsstaaten (die Anzahl wird in der entsprechenden Verordnung näher bestimmt) können gemäß Art. 11 Abs. 4 des Vertrages über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon die EK auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen. Diese Vertragsbestimmung ist mittels EU-Verordnung umzusetzen. Die entsprechende Verordnung wurde am 15. Dezember in erster Lesung vom EP mit großer Mehrheit angenommen. Nach der Annahme durch den Rat kann die Verordnung in Kraft treten. Die in den Mitgliedstaaten erforderlichen gesetzlichen und organisatorischen Anpassungen müssen innerhalb einer Frist von zwölf Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung erfolgen.

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hatte die für November 2009 vorgesehene turnusmäßige Ernennung einer neuen Europäischen Kommission verzögert. Am 9. Februar hat das EP der vom Rat vorgeschlagenen Zusammensetzung der EK zugestimmt. Nach Ernennung durch den Europäischen Rat hat die neue EK am 10. Februar ihr Amt angetreten.

Der gewählte Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, hat per 1. Jänner die rotierende Präsidentschaft abgelöst und den permanenten Vorsitz dieses Organs übernommen. Er vertritt die EU auf seiner Ebene in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik **(GASP)** nach außen. In den von der EK wahrgenommenen Zuständigkeitsbereichen der Union wird diese weiterhin vom Präsidenten der EK nach außen vertreten.

Ebenfalls per 1. Jänner hat die vom Europäischen Rat ernannte Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Baroness Catherine Ashton, vertragsgemäß die rotierende Präsidentschaft abgelöst und den permanenten Vorsitz im Rat „Auswärtige Angelegenheiten" übernommen. Die Hohe Vertreterin ist zugleich auch Vizepräsidentin der EK mit Zuständigkeit für die EU-Außenbeziehungen und soll in ihrer Doppelfunktion für mehr Kohärenz im auswärtigen Handeln der Union sorgen. Die Hohe Vertreterin hat insbesondere die Aufgabe, dem Rat eigene Vorschläge im Bereich der GASP, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik **(GSVP),** vorzulegen und für die Durchführung der Beschlüsse des Rates zu sorgen. Die Hohe Vertreterin vertritt die Union im Bereich der GASP auf der Grundlage der zuvor im Rat getroffenen Beschlüsse nach außen. In den von der EK wahrgenommenen Zuständigkeitsbereichen vertritt das zuständige Kommissionsmitglied die Union nach außen.

Der Bereich des auswärtigen Handelns der Union und der GASP war auf europäischer Ebene institutionell vom Übergang der Vorsitzfunktion in Brüssel und in Drittstaaten und bei Internationalen Organisationen von der rotierenden Ratspräsidentschaft auf die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Strukturen geprägt. Hierfür mussten erst die Rechtsgrundlagen geschaffen werden. So sieht der Vertrag von Lissabon zur Unterstützung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes **(EAD)** vor, der ihr unterstellt ist. Der EAD führt die bereits bisher bestehenden Strukturen in der EK und im Generalsekretariat des Rates im Bereich Außenbeziehungen und GASP unter einem Dach zusammen. Der EAD umfasst auch die bereits seit langem bestehenden über 130 Delegationen der Europäischen Gemeinschaft, nunmehr Delegationen der Union, in Drittstaaten und bei Internationalen Organisationen.

Auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon hat der Rat nach Anhörung des EP und Zustimmung der EK auf Vorschlag der Hohen Vertreterin am 26. Juli den Beschluss über Organisation und Arbeitsweise des EAD gefasst und damit die Rechtsgrundlage für die Errichtung des EAD als eigenständiger Institution geschaffen. Darüber hinaus mussten auch die Verordnung betreffend die Haushaltsordnung der Union sowie die Verordnung betreffend das Statut der Beamten der Union und der Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten der Union geändert werden, um den neuen Dienst einrichten zu können.

Ab 1. Jänner haben die Delegationen der Union in mehreren Schritten an allen Dienstorten in Drittstaaten die lokale Vorsitzfunktion übernommen, die zuvor von den Vertretungen jenes Mitgliedstaates wahrgenommen worden ist, der den rotierenden Ratsvorsitz innehatte. Im Falle der Delegationen der Union bei Internationalen Organisationen muss die neue Regelung in vielen Fällen mit dem Statut der betreffenden Organisation in Einklang gebracht werden. Dies gilt auch für die Vereinten Nationen. Hiezu waren die Arbeiten zu Jahresende noch nicht abgeschlossen.

Nach Inkrafttreten der grundlegenden Rechtsakte hat der EAD mit Anfang Dezember offiziell seine Arbeit aufgenommen und setzt sich aus BeamtInnen der EK und des Generalsekretariats des Rates sowie aus MitarbeiterInnen der diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten zusammen, die nach ihrer Tätigkeit als Zeitbedienstete im EAD wieder in den diplomatischen Dienst ihres Landes zurückkehren. Bis zum 1. Juli 2013 soll mindestens ein Drittel der Stellen im Stellenplan des EAD auf allen Ebenen mit diplomatischem Personal aus den Mitgliedstaaten besetzt sein, mindestens 60 Prozent der Stellen sollen auf UnionsbeamtInnen entfallen. Die gemeinsame Arbeit von MitarbeiterInnen aus der EK, dem Generalsekretariat des Rates und den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene soll den Geist der Zusammenarbeit und die Kohärenz des auswärtigen Handelns auf europäischer Ebene verstärken.

Der EAD unterstützt den Präsidenten des Europäischen Rates sowie die EK und deren Präsidenten und arbeitet mit den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten und dem Generalsekretariat des Rates und den Dienststellen der EK zusammen und bietet auch anderen Organen und Einrichtungen der Union, insbesondere dem EP, zweckdienliche Unterstützung.

Der Vertrag von Lissabon sieht keine Einschränkung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in der Formulierung und Durchführung ihrer Außenpolitik oder ihrer Vertretung in Drittstaaten und bei Internationalen Organisationen vor[7][1]. Die Aufgaben und Arbeitsweisen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten ändern sich somit durch den EAD nicht. Allerdings arbeitet das BMeiA mit dem EAD zusammen und stellt im Wege dieser Zusammenarbeit sicher, dass Österreich seinen Beitrag bei der Ausgestaltung des auswärtigen Handelns der EU im Allgemeinen und der GASP im Besonderen leistet.

Der Stellenplan des EAD umfasste zu Jahresende 1625 Planstellen, von diesen stammen 1114 Planstellen aus der EK und 411 aus dem Generalsekretariat des Rates und werden mit Beginn des Folgejahres formell in den Personalstand des EAD transferiert, 100 Planstellen wurden neu geschaffen, um den mit der Übernahme des Vorsitzes im Rat „Auswärtige Angelegenheiten" sowie des lokalen Vorsitzes in Drittstaaten und bei Internationalen Organisationen verbundenen zusätzlichen Aufgaben Rechnung zu tragen. Für den Aufbau des EAD gelten nach dem erklärten Willen der Mitgliedstaaten die Prinzipien von Kosteneffizienz und Budgetneutralität.

MitarbeiterInnen der diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten konnten sich im Sommer erstmals im Rahmen der Rotation der DelegationsleiterInnen um einen der rund 30 Leiterposten bewerben. Der Ständige Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union, Botschafter Hans Dietmar Schweisgut, wurde nach erfolgreicher Bewerbung zum Leiter der Delegation der Union in Japan ernannt. Gesandter Engelbert Theuermann, langjähriger Leiter der Abteilung „Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Volksgruppenangelegenheiten" im BMeiA wurde nach erfolgreicher Bewerbung im Rahmen der Ausschreibung permanenter Ratsarbeitsgruppenvorsitze im Bereich „auswärtige Angelegenheiten" zum Vorsitzenden der Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte" ernannt. Zu Jahresende war die Ausschreibung von rund 80 Zugeteiltenposten an den Delegationen der Union noch nicht abgeschlossen. An den meisten Auswahlverfahren wirkten VertreterInnen der Mitgliedstaaten in der Auswahlkommission mit.

Der Vertrag von Lissabon enthält die Verpflichtung der Europäischen Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention **(EMRK)** beizutreten. Der Unionsbeitritt zur EMRK garantiert, dass Unionsrechtsakte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte **(EGMR)** auf deren Vereinbarkeit mit

7 [1] Siehe hiezu auch die der Schlussakte der Regierungskonferenz, die den Vertrag von Lissabon angenommen hat, beigegebenen Erklärungen Nr. 13 und Nr. 14 zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

der EMRK überprüft werden können. Am 4. Juni erteilte der Rat der EK ein Verhandlungsmandat für die Verhandlungen der EK mit dem Europarat. Die Verhandlungen haben am 6. Juli begonnen.

Um die Einrichtung eines ständigen Mechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets zu ermöglichen, hat der Europäische Rat am 16. Dezember beschlossen, das vereinfachte Verfahren zur Änderung der Verträge nach Artikel 48 Absatz 6 EUV unverzüglich einzuleiten. Die Mitgliedstaaten müssen einer Änderung im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften zustimmen, bevor die Änderung in Kraft treten kann.

Rat und EP haben sich im Dezember in erster Lesung auf die durch den Vertrag von Lissabon nötig gewordene Novellierung der Komitologieverordnung zur Ausgestaltung der Kontrolle der EK durch die Mitgliedstaaten bei der Annahme von Durchführungsmaßnahmen geeinigt. Mit dem Inkrafttreten im Jahr 2011 werden für die Durchführung neu anzunehmender Rechtsakte die neuen Beratungs- und Prüfverfahren zur Anwendung kommen. Die Anpassung der Verfahren in bereits bestehenden Basisrechtsakten wird schrittweise in den Folgejahren vorgenommen werden. Zur Ausgestaltung der neuen Form der delegierten Rechtsakte wurde unter belgischem Ratsvorsitz eine gemeinsame Position von EK, EP und Rat erarbeitet, die noch formell angenommen werden muss.

IV. Europainformation

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sieht sich als zentraler Ansprechpartner für die BürgerInnen in Europafragen und steht der Öffentlichkeit für Fragen und Antworten zur Verfügung. Darüber hinaus hat es sich auch zum Ziel gesetzt, aktiv auf die Menschen zuzugehen und so das Projekt Europa zu einem greifbaren und im täglichen Leben erfahrbaren zu machen, insbesondere durch die folgenden Initiativen:

Die bereits im Herbst 2009 begonnene **Europadialog-Tour** von Bundesminister Michael Spindelegger durch die Bundesländer konnte 2010 fortgesetzt werden. Aufgrund des großen Erfolges sowie vieler positiver Rückmeldungen soll die Tour auch 2011 fortgesetzt werden.

Ebenso auf großes Interesse stießen die **Videoberichte** von Bundesminister Michael Spindelegger, in denen er auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten die Ergebnisse der EU-Ratstreffen in Brüssel erläutert.

Einen Schwerpunkt der Informationsarbeit bildete die **EuropagemeinderäteInitiative**. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, in jeder der rund 2350 Gemeinden Österreichs AnsprechpartnerInnen für Europafragen zu etablieren. Ähnlich den GemeinderätInnen für Kultur oder Sport, sollen künftig EuropagemeinderätInnen in Europafragen schnell und unbürokratisch die BürgerInnen über Fragen der europäischen Integration informieren können. Das Projekt wird

vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich koordiniert.

Die Auftaktveranstaltung dazu fand Ende Februar im Rahmen eines Workshops statt, an dem rund 60 BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen aller Bundesländer und politischer Parteien teilnahmen. Im September konnte Bundesminister Michael Spindelegger die Initiative am Gemeindetag in Graz vorstellen und im Dezember fand die erste Informationsreise für GemeindevertreterInnen zu den europäischen Institutionen nach Brüssel statt. Für 2011 ist zudem ein Seminar- und Weiterbildungsangebot in Kooperation mit den Verwaltungsakademien der Länder und den kommunalen Bildungseinrichtungen geplant. Laufend erhalten die GemeinderätInnen auch Informationen über EU-relevante Themen. Der Erfolg gibt der Initiative recht: nach weniger als einem Jahr Laufzeit gibt es in Österreich bereits 200 EuropagemeinderätInnen.

Zu den Europa-Veranstaltungen, die vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützt werden, zählt auch das Café d'Europe Régional, das zuletzt am 3. Dezember in Jennersdorf stattfand, ebenso die Konferenz Europäischer Regionen und Städte. Beide Veranstaltungen fanden auf Einladung des Instituts für die Regionen Europas **(IRE)** statt, das von Professor Franz Schausberger geleitet wird.

Als Auftakt für den Europatag am 9. Mai wurde im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten am 7. Mai die neu überarbeitete Ausstellung **„Die EU und Du"** vorgestellt. Es handelt sich dabei um eine Wanderausstellung, die an österreichischen Schulen präsentiert und von EuropaexpertInnen des BMeiA begleitet wird. Ziel ist es, die SchülerInnen mit Europa vertraut zu machen und eine möglichst breite Diskussion anzuregen. 2010 wurden insgesamt 25 Schulen besucht und 3.450 SchülerInnen erreicht. Gleichzeitig wurde die Ausstellung auch im Rahmen von Lehrerfortbildungsveranstaltungen an Pädagogischen Hochschulen gezeigt und im Rahmen von Workshops entsprechend für den möglichen Einsatz im Unterricht aufgearbeitet.

Eine weitere Möglichkeit für Jugendliche, das BMeiA kennenzulernen und über Fragen der europäischen Integration zu diskutieren, bieten **Besuche von Schulklassen** im Außenministerium. Dieses Angebot wurde wie in den Jahren zuvor auch 2010 gerne angenommen – rund 40 Klassen mit insgesamt 800 SchülerInnen waren zu Besuch. Darüber hinaus stehen auch die Türen der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union in Brüssel für interessierte Besuchergruppen aus Österreich offen (s. Abschnitt V.2).

Ein weiterer Höhepunkt war der **Tag der offenen Tür** am 26. Oktober. Tausende ÖsterreicherInnen konnten sich auch 2010 wieder an den Ständen des BMeiA informieren, mit MitarbeiterInnen über Europa diskutieren oder ihr Wissen beim Europaquiz testen.

V. Österreich in den europäischen Institutionen

1. Die Rolle des österreichischen Parlaments auf europäischer Ebene

Das in Art 23e B-VG vorgesehene **Mitwirkungsrecht von Nationalrat und Bundesrat** in Angelegenheiten der europäischen Integration in Form eines Informations- und Stellungnahmerechts betreffend Vorhaben der EU wurde durch die seit 1. August in Kraft befindliche sog. „Lissabon-Begleitnovelle" um zusätzliche Informations- und Mitwirkungsrechte im Verhältnis zur Bundesregierung (s. Abschnitt VI) sowie um direkte Mitwirkungsrechte von Nationalrat und Bundesrat im Verhältnis zu den Organen der EU erweitert.

Insbesondere im Rahmen des Subsidiaritätsprüfungsverfahrens kommt beiden Kammern des österreichischen Parlaments nunmehr eine wichtige Kontrollfunktion auf europäischer Ebene zu, womit den Parlamenten der Mitgliedsstaaten auch die Möglichkeit einer stärkeren Einflussnahme auf die europäische Gesetzgebung eingeräumt wurde. So kann jede Kammer eines nationalen Parlaments Subsidiaritätsbedenken zu einem Gesetzesentwurf geltend machen, die von der EK überprüft werden müssen, wenn die Anzahl der begründeten Stellungnahmen, wonach der Gesetzgebungsakt nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen erreicht **(Subsidiaritätsrüge)**. Die Schwelle beträgt bei bestimmten Gesetzgebungsakten betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein Viertel der Stimmen. Die nationalen Parlamente haben darüber hinaus die Möglichkeit der Klage gegen einen bereits erlassenen Gesetzgebungsakt **(Subsidiaritätsklage).** Auf der Basis der neuen Rechtsgrundlage haben der Nationalrat am 14. September und der Bundesrat am 5. Oktober eine erste Subsidiaritätsrüge hinsichtlich einer Regelung betreffend Einreise und Aufenthalt von Saisonarbeitskräften aus Drittstaaten ausgesprochen.

In insgesamt vierzehn **Mitteilungen an die Organe der Europäischen Union** haben Nationalrat und Bundesrat zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Union Stellung genommen. Im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 28. und 29. Oktober verabschiedete der Hauptausschuss des Nationalrates am 27. Oktober eine Mitteilung an die Organe der EU über die Vorzüge der Einführung einer Transaktionssteuer auf EU-Ebene. Sowohl der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union als auch der EU-Ausschuss des Bundesrates verabschiedeten Mitteilungen gem. Art. 23f Abs. 4 B-VG an die Organe der EU zu folgenden Themen:

- Einlagensicherungssysteme (NR 12. Oktober, BR 4. November)
- Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (NR 12. Oktober, BR 4. November)

- Europäische Breitbandnetze: Investition in ein internetgestütztes Wachstum und das erste Programm für die Funkfrequenzpolitik (NR 9. November, BR 16. Dezember)
- Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus (nur BR 16. Dezember)
- Möglichkeit der Mitgliedstaaten, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (NR 14. Dezember, BR 16. Dezember)
- Künftige Politik für das transeuropäische Verkehrsnetz und Entwicklung bzw. Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (NR 9. November, BR 16. Dezember)

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union des Nationalrates beschloss am 29. Jänner eine **rechtlich unverbindliche Ausschussfeststellung** zur Europäischen Bürgerinitiative.

Der EU-Ausschuss des Bundesrates nahm rechtlich unverbindliche Ausschussfeststellungen zu folgenden Themen an:

- Finanzbeiträge der Europäischen Union zum Internationalen Fonds für Irland (9. März)
- Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) (6. April)
- Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel (4. Mai)
- Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie (4. Mai)
- Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (4. Mai)

Eine **begründete Stellungnahme** wurde sowohl in der Frage der Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatenangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung (Subsidiaritätsrüge gem. Art. 23g B-VG, s.o.) als auch in Bezug auf das Recht auf Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Strafverfahren (6. April) verabschiedet.

2. Die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union

Als diplomatische Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union bildet die Ständige Vertretung die unmittelbare Kontaktstelle Österreichs zu den Institutionen der EU. Sie vertritt Österreich bei der Vorbereitung der legislativen Entscheidungsprozesse auf Botschafterebene sowie in den Arbeitsgruppen auf Ebene der Fachreferenten. Ihre Aufgabe ist die Vertretung der

österreichischen Positionen in allen Gremien und gegenüber den EU–Institutionen.

Alle Bundesministerien, die Verbindungsstelle der Bundesländer sowie Sozialpartner und Interessenvertretungen (Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, Landwirtschaftskammer Österreich, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Österreichischer Gemeindebund, Österreichischer Städtebund, Industriellenvereinigung sowie die Österreichische Nationalbank) sind vertreten.

Der Leiter der Ständigen Vertretung (Ständiger Vertreter) und sein Stellvertreter stellen die Konsistenz der in Österreich abgestimmten Positionen im Rahmen der Vorbereitung des Rates der EU (EU-Ministerräte) sicher und vertreten diese im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV). Der AStV setzt sich aus VertreterInnen der Mitgliedstaaten zusammen und ist nach Art. 207 Abs. 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft insbesondere für die Vorbereitung der Ratssitzungen zuständig. Österreich ist durch den Leiter der Ständigen Vertretung im AStV II (allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Wirtschaft und Finanzen, Justiz und Inneres) und durch seine/seinen StellvertreterIn im AStV I (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit, Verbraucherschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Verkehr, Telekommunikation und Energie, Landwirtschaft und Fischerei, Umwelt, Bildung, Jugend und Kultur) vertreten.

Fragen der GASP sowie der GSVP werden außerdem im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee **(PSK)** diskutiert und vorbereitet. Des Weiteren übt das PSK die politische Kontrolle und strategische Leitung militärischer und ziviler Krisenmanagement-Operationen bzw. Missionen aus.

Die vorbereitenden Arbeiten erfolgen in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen bzw. in den einschlägigen Ausschüssen, die insgesamt ca. 4500 Mal pro Jahr tagen. Österreich ist dort entweder durch die ReferentInnen der Ständigen Vertretung oder durch MitarbeiterInnen der Bundesministerien vertreten.

Die Abteilungen an der Ständigen Vertretung bilden die Schnittstellen zwischen entsendenden Bundesministerien bzw. Rechtsträgern und EU-Institutionen, Ratspräsidentschaft und anderen Mitgliedstaaten. Die ReferentInnen der Bundesministerien nehmen vor allem an Sitzungen der fachlich zugeordneten Ratsarbeitsgruppen, dem PSK, am AStV und an EU-Ministerräten teil und berichten umgehend nach Wien. Zusätzlich werden Komitologieausschüsse betreut sowie der Kontakt zum EP, zum Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Ausschuss der Regionen gehalten.

Über die formellen Sitzungen hinaus bemühen sich die MitarbeiterInnen der Ständigen Vertretung durch gezieltes Lobbying die österreichischen Interessen in allen Phasen des Rechtsetzungsprozesses einzubringen. Darüber hinaus liefert die Ständige Vertretung der Bundesregierung Berichte, Analysen und Einschätzungen als Grundlage für die Ausformung der österreichischen EU-Positionen.

Da mittlerweile zahlreiche der in Österreich geltenden Gesetze in Brüssel entstehen, ist es eine besonders wichtige Aufgabe, auch die Öffentlichkeit von Gesetzesvorhaben der EU-27 rechtzeitig zu informieren. Die Presseabteilung der Vertretung unterstützt dabei die in Brüssel stationierten österreichischen EU-KorrespondentInnen von Fernsehen, Radio und mehreren Tageszeitungen. Neben der Betreuung der MedienvertreterInnen bei den Besuchen der österreichischen Regierungsmitglieder in Brüssel sind die MitarbeiterInnen der Presseabteilung damit betraut, die aktuellen Entwicklungen in den Rechtsetzungsprozessen den JournalistInnen mediengerecht zu erläutern.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Ständigen Vertretung ist es daher auch, interessierten BürgerInnen direkten Einblick in die Arbeit der Ständigen Vertretung und der Europäischen Institutionen zu gewähren. Im Jahr 2010 wurden 139 Besuchergruppen (insgesamt 4367 Personen) betreut und über die EU und Österreich in der EU informiert.

3. Österreichische VertreterInnen in den EU-Organen

Seit 10. Februar ist **Johannes Hahn** als Mitglied der Europäischen Kommission tätig. Er wurde in der **Kommission Barroso II** mit dem bedeutenden Bereich der Regionalpolitik betraut.

Obwohl das Mandat der Kommission Barroso I am 31. Oktober 2009 endete, wurde dieses aufgrund der Verzögerungen im Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon interimistisch verlängert.

Seit Oktober 2009 ist Bundesministerin a.D. Maria Berger Richterin am Europäischen Gerichtshof **(EuGH)** in Luxemburg. Josef Azizi ist bereits seit Jänner 1995 Richter am Gericht Erster Instanz **(EuGI).** Seit 2003 stellt Österreich zudem mit Gertrude Tumpel-Gugerell ein Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank **(EZB).** Im Europäischen Rechnungshof ist Hubert Weber Mitglied der Kammer I „Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen".

Im Jahr 2010 waren in der Europäischen Kommission 436 ÖsterreicherInnen (darunter 193 Frauen und 243 Männer) beschäftigt, was einem Anteil von 2 % am gesamten Personal der Europäischen Kommission entspricht. Am Europäischen Gerichtshof waren insgesamt 14 ÖsterreicherInnen (darunter sieben Frauen und sieben Männer) tätig, was 0,9 % des Gesamtpersonalstands entspricht. Im Europäischen Parlament waren insgesamt 71 ÖsterreicherInnen beschäftigt, darunter 43 Frauen und 28 Männer (1,1 % des gesamten Personals). Im Generalsekretariat des Rates stellen 25 ÖsterreicherInnen (sieben Frauen, 18 Männer) 1 % der Gesamtbeschäftigten, in der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind 29 ÖsterreicherInnen tätig (12 Frauen und 17 Männer) und am Rechnungshof (RH) sind 14 ÖsterreicherInnen (sieben Frauen, sieben Männer) beschäftigt.

4. Europäisches Parlament

Die Mandatsverteilung der 17 österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament **(EP)** ergibt sich aufgrund des Ergebnisses der Wahlen zum EP im Jahr 2009 wie folgt: sechs Europäische Volkspartei und europäische Demokraten, vier Sozialdemokratische Fraktion, zwei Grüne und freie europäische Allianz sowie fünf Fraktionslose (drei Liste Hans-Peter Martin, zwei Freiheitliche).

5. Der Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen **(AdR)** ist ein beratendes Gremium und bietet als solches ein Forum für die Vertretung regionaler und lokaler Interessen im Zusammenhang mit der europäischen Integration. Der Ausschuss setzt sich aus insgesamt 344 VertreterInnen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften aller 27 Mitgliedstaaten zusammen und bereitet seine Stellungnahmen in insgesamt sechs Fachkommissionen vor. Österreich ist mit zwölf Mitgliedern vertreten, wobei auf jedes Bundesland ein Sitz und auf die Städte und Gemeinden insgesamt drei Sitze entfallen. Die nationale österreichische Delegation setzt sich aus sechs Landeshauptleuten, dem Tiroler Landtagspräsidenten Herwig Van Staa, dem Beauftragten des Landes Salzburg für den Ausschuss der Regionen, Franz Schausberger, dem steirischen Landesrat Christian Buchmann und drei VertreterInnen des österreichischen Städtebundes bzw. des österreichischen Gemeindebundes zusammen. Der AdR startete am 26. Januar in seine fünfte Mandatsperiode.

6. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Das beratende Gremium des Wirtschafts- und Sozialausschusses **(WSA)** bindet die Interessensvertretungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den Rechtssetzungsprozess der EU ein. Die 344 Mitglieder sind organisatorisch in die Gruppen ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und „verschiedene Interessen" bzw. inhaltlich in sechs Arbeitsgruppen gegliedert. Österreich ist mit zwölf Mitgliedern vertreten.

7. Gerichtshof der Europäischen Union

Die Vertretung der Republik Österreich vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (bestehend aus dem Gerichtshof und dem Gericht) wird von Prozessbevollmächtigten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes wahrgenommen. Im Jahr 2010 wurden von österreichischen Gerichten 15 neue Vorabentscheidungsverfahren (Anrufung des EuGH durch ein nationales Gericht zum Zweck der Auslegung von Unionsrecht) eingeleitet.

Ende 2010 waren gegen die Republik Österreich elf Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen das Unionsrecht anhängig. Diese Vertragsverletzungsverfahren betreffen die Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie im Hinblick auf die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf die Lieferung bestimmter lebender Tiere (insb. Pferde), die Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG zur Vorratsdatenspeicherung, die Einführung eines sektoralen Fahrverbots (Tirol), das Erfordernis der Staatsangehörigkeit für Notare, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen zu Forschung und Entwicklung, das Erfordernis eines inländischen steuerlichen Vertreters in Zusammenhang mit dem Immobilien-Investmentfondsgesetz und Investmentfondsgesetz, den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke in Vorarlberg, die Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur (INSPIRE), die Erwerbstätigkeit von Drittstaatsangehörigen, die in Österreich studieren, die Umsetzung der Richtlinie 2008/68/EG über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland und die Umsetzung der Richtlinien des ersten Eisenbahnpakets.

In vier Verfahren ergingen im Jahr 2010 Urteile des Gerichthofes, in denen dieser einen Verstoß der Republik Österreich gegen das Unionsrecht feststellte: Diese betrafen die mangelhafte Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie, die Mindestpreise für Zigaretten und Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten, die mangelhafte Umsetzung der EU-Richtlinie betreffend Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen sowie die Einbeziehung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) in die Bemessungsgrundlage der in Österreich bei der Lieferung eines Kraftfahrzeugs erhobenen Mehrwertsteuer.

Ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich wurde im Jahr 2010 von der EK eingestellt: Dieses betraf die vermeintliche Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen zur Richtlinie 2008/74/EG (Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen).

In einem Verfahren wurde die Klage gegen die Republik Österreich von der EK zurückgezogen. Dieses betraf die Nichtumsetzung der Richtlinie 2006/21/EG über die Bewirtschaftung von Abfällen in der mineralgewinnenden Industrie.

VI. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Parlament in Angelegenheiten der europäischen Integration wurde durch die Lissabon-Begleitnovelle zum B-VG wesentlich erweitert. So wurden die Mitwirkungsbefugnisse des Nationalrates und des Bundesrates bei den innerösterreichischen Vorbereitungen der Verhandlungen auf Unionsebene gestärkt, indem die

Informationspflichten der Bundesregierung in Bezug auf Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union erweitert wurden. Neu ist die in Art. 23f Abs. 2 normierte Berichtspflicht der BundesministerInnen, die dem Nationalrat und dem Bundesrat am Jahresbeginn über Vorhaben des Rates und der Europäischen Kommission sowie über die voraussichtliche österreichische Position zu diesen Vorhaben zu berichten haben.

Das **Stellungnahmerecht des Nationalrates und des Bundesrates** gegenüber der Bundesregierung gem. Art. 23e Abs. 3 und 4 bleibt unverändert. Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet ist, der sich auf die Erlassung von Bundesgesetzen auf dem im Rechtsakt geregelten Gebiet auswirken würde, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen davon abweichen. Wenn das zuständige Mitglied der Bundesregierung von einer solchen Stellungnahme des Nationalrates abweichen will, so hat es den Nationalrat neuerlich zu befassen. Soweit der in Vorbereitung befindliche Rechtsakt der EU eine Änderung des geltenden Bundesverfassungsrechts bedeuten würde, ist eine Abweichung von der Stellungnahme des Nationalrates unzulässig, wenn der Nationalrat innerhalb angemessener Frist Widerspruch erhebt.

Der Hauptausschuss des Nationalrates verabschiedete im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 28. und 29. Oktober eine **Stellungnahme nach Art. 23e B-VG** zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 16. und 17. Dezember eine Stellungnahme nach Art. 23e B-VG zur Ausgestaltung des künftigen Stabilisierungsmechanismus zum Schutz des Euro. Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union des Nationalrates verabschiedete zu folgenden Themen Stellungnahmen nach Art. 23e B-VG:

- Gleichstellung von Frauen und Männern sowie verstärktes Engagement für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch die Frauen-Charta (29. Juni)
- Ratingagenturen, Corporate Governance in Finanzinstituten, Vergütungspolitik im Finanzdienstleistungssektor sowie Regulierung der Finanzdienstleistungen für nachhaltiges Wachstum (13. Juli)
- Möglichkeit der Mitgliedstaaten, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (14. Dezember)

Der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union des Nationalrates verabschiedete rechtlich unverbindliche **Ausschussfeststellungen** zu folgenden Themen:

- Errichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht (8. April)
- Europäisches Kulturerbe-Siegel (2. Juni)

- Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie (9. Juni)
- Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel (9. Juni)
- Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (9. Juni)
- Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung (14. September)
- Aktionsplan für Anwendungen des Globalen Satellitennavigationssystems (GNSS) sowie Regelung des Zugangs zum öffentlich-staatlichen Dienst, der von dem weltweiten Satellitennavigationssystem bereitgestellt wird, das aus dem Programm Galileo hervorgegangen ist (9. November)
- Anwendung und Wirksamkeit der UVP-Richtlinie (14. Dezember)
- Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (14. Dezember).

Der EU-Ausschuss des Bundesrates nahm in **rechtlich unverbindlichen Ausschussfeststellungen** gegenüber den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung zu folgenden Themen Stellung:

- Europäisches Kulturerbe-Siegel (30. Juni)
- Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung (5. Oktober)
- Anwendung und Wirksamkeit der UVP-Richtlinie (16. Dezember)
- Künftige Politik für das transeuropäische Verkehrsnetz und Entwicklung bzw. Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (16. Dezember)

Das in Art 23d B-VG festgelegte **Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden** enthält für deren Zuständigkeitsbereiche jeweils ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Im Jahr 2010 wurden im Rahmen des EU-Länderbeteiligungsverfahrens von den Bundesländern insgesamt 16 gemeinsame Stellungnahmen verabschiedet.

Die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) werden unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wöchentlich koordiniert. Dadurch wird die laufende Einbindung der Fachressorts, der Sozialpartner, der OeNB, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

Seit November 2004 übermitteln zu Beginn jedes Jahres die einzelnen Ressorts dem Parlament Berichte über das Arbeitsprogramm und die Legislativvorhaben auf EU-Ebene. Diese ermöglichen bereits im Vorfeld die Information und die Einbindung der Abgeordneten in die politische Meinungsbildung.

VII. Die Politiken der Europäischen Union

1. Wirtschafts- und Währungspolitik

Siehe Abschnitt A.1.

2. Beschäftigung und Sozialpolitik

Zentrales Thema der EU Beschäftigungs- und Sozialpolitik war die Auseinandersetzung mit der beschäftigungspolitischen und sozialen Dimension der Strategie Europa 2020 und dem Grünbuch Pensionen.

Bei den Tagungen des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ **(BESO/GEKO)** am 8. März, 7. Juni, 21. Oktober sowie am 6. Dezember wurden folgende Akzente gesetzt und Beschlüsse gefasst. Die Beschäftigungspolitischen Leitlinien wurden formell angenommen. Außerdem nahm der Rat eine Erklärung zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010), Schlussfolgerungen betreffend die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in der EU, betreffend die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in der EU (2010–2015) sowie betreffend die Verringerung des Lohnunterschiedes bei den Geschlechtern und eine Entschließung über einen neuen europäischen Rahmen für Menschen mit Behinderungen an. Ein Vorschlag zur Änderung der Mutterschutzrichtlinie wurde von Rat und EP in Erster Lesung behandelt. Betreffend die Arbeitszeitrichtlinie liefen Konsultationen der EK.

Die seit 2007 bei der EK eingerichtete EU-Sachverständigengruppe für Fragen der Demografie trat drei Mal zusammen. Themenschwerpunkte waren unter anderem die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bewältigung des demografischen Wandels durch die Mitgliedstaaten, die Vorbereitung des Jahres 2012 zum aktiven Altern bzw. der intergenerationellen Solidarität, das 3. Europäische Demografieforum im November und die Evaluierung der europäischen Familienallianz.

Auf Vorschlag der EK wurde das Jahr 2011 durch Entscheidung des Rates zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 ausgerufen.

Europaweit wurden im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Aktivitäten in Österreich wurden durch das BMASK koordiniert und umfassten Projektvergaben, Veranstaltungen sowie gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Im Rahmen der Europäischen Kampagne für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2010–2011 fanden in Österreich Veranstaltungen zum Thema „sichere Instandhaltung“ statt.

3. Struktur- und Kohäsionspolitik

Die Struktur- und Kohäsionspolitik gehört seit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 zu den **zentralen Politikbereichen der Europäischen Union**. Sie dient dazu, durch gezielte Förderung wirtschaftlich schwächerer Regionen den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Union zu stärken.

Nach der Erweiterung am 1. Mai 2004 um acht mittel- und osteuropäische Länder sowie um Zypern und Malta wurde die Kohäsionspolitik der EU gründlich überarbeitet. Seit 2007 gibt es drei neue „Ziele" bzw. Prioritäten: Ziel „Konvergenz" (früher: Ziel 1), Ziel „Wettbewerb und Beschäftigung" (früher: Ziel 2) und Ziel „Territoriale Zusammenarbeit" (neu). Außerdem wurde sie stärker auf die Zielsetzungen von Lissabon (Innovation, Wachstum, Arbeitsplätze) und Göteborg (nachhaltige Entwicklung) ausgerichtet. Der Europäische Rat stellte für die Budgetperiode 2007–13 insgesamt 307,6 Milliarden Euro für die Struktur- und Kohäsionspolitik bereit. Davon entfallen 81,7 % auf Konvergenzregionen, 15,8 % auf Regionen der Kategorie Wettbewerb und Beschäftigung sowie 2,44 % auf die territoriale Zusammenarbeit. Mit der **Veröffentlichung des 5. Kohäsionsberichts** durch die EK am 9. November wurden die Verhandlungen über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik ab 2014 eingeleitet. Bis Ende Jänner 2011 ist ein Konsultationsprozess für die Mitgliedstaaten vorgesehen, bevor es beim 5. Kohäsionsforum Anfang Februar 2011 zu einem Meinungsaustausch unter den Mitgliedstaaten und der EK kommen soll. Die eigentlichen Verhandlungen werden jedoch voraussichtlich erst im Herbst 2011, nach Vorlage der Verordnungsentwürfe der EK beginnen.

Die **Zukunft der Struktur- und Kohäsionspolitik**, welche derzeit mit durchschnittlich 50 Milliarden Euro/Jahr etwa ein Drittel des EU-Budgets ausmacht und somit neben der Gemeinsamen Agrarpolitik den größten Anteil der Ausgaben der Union stellt, steht in engem Zusammenhang mit den 2010 begonnenen Verhandlungen zum EU-Haushalt ab 2014. Dem 5. Kohäsionsbericht der EK nach zu urteilen, zeichnet sich eine umfassende Reform der EU-Regional- und Kohäsionspolitik ab. Insbesondere soll es bei der Mittelvergabe und der Ausgestaltung der Kohäsionspolitik zu einer Abstimmung mit der EU 2020 Strategie kommen.

Österreich hat seit seinem Beitritt zur EU am 1. Jänner 1995 von den EU-Fördermitteln erheblich profitiert: Von 1995 bis einschließlich der Förderperiode 2007–13 wird Österreich schätzungsweise rund 5 Milliarden Euro erhalten haben. Zusätzlich zu den Geldern für Ländliche Entwicklung über 3,9 Milliarden Euro erhält Österreich in der laufenden Budgetperiode somit ca. 8,9 Milliarden Euro.

4. Binnenmarkt und Industriepolitik

4.1 Binnenmarkt

Der im Oktober 2009 von EK-Präsident Barroso damit beauftragte Mario Monti legte im Frühjahr einen Bericht zur Neubelebung des Binnenmarktes vor. Ebenso wie der vom maltesischen EP-Abgeordneten Louis Grech verfasste Bericht, welcher v.a. KonsumentInnen in das Zentrum des Binnenmarktes rückt, wurde dieser Bericht von Kommissar Michel Barnier im Vorentwurf der Binnenmarktakte (Single Market Act) berücksichtigt. Dieses Ende Oktober vorgestellte Dokument schlägt 50 binnenmarktfördernde Maßnahmen aus unterschiedlichen Politikbereichen vor. Die endgültige Akte soll im Frühjahr 2011 verabschiedet werden und kann als Ergänzung der Europa 2020 Strategie, welche keinen expliziten Bezug auf den Binnenmarkt nimmt, angesehen werden.

Nach dem Ablauf der Frist zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie Ende 2009 und der gegenseitigen Evaluierung 2010 wird die EK Anfang 2011 dem EP einen Bericht über die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten vorlegen. Parallel dazu setzen die Mitgliedstaaten unter Vorsitz der EK ihre Konsultationen über die in ihrem Hoheitsgebiet richtliniengemäß eingerichteten einheitlichen Ansprechpartner im Hinblick auf eine Ausweitung ihres Informations- und Serviceangebots fort.

Die Bessere Rechtssetzungsagenda (better regulation) der EU wurde im Jahr 2010 zur intelligenten Rechtssetzung (smart regulation) erweitert. Die bereits bestehenden vier Säulen der besseren Rechtssetzung (Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften, Verwaltungslastenreduktion, Impact Assessment und öffentliche Konsultationen, Überwachung der Anwendung des Gemeinschaftsrechts) wurden um eine fünfte, jene der ex-post Evaluierung, ergänzt. Die entsprechende Mitteilung der EK wurde im Oktober veröffentlicht.

4.2 Industriepolitik

Die Ende Oktober vorgestellte EK-Mitteilung „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ ist eine der sieben Leitinitiativen (Digitale Agenda / Innovationsunion / Jugend in Bewegung / Ressourceneffizientes Europa / Industriepolitik / Agenda für neue „skills“ & Jobs / Plattform gegen Armut) der Europa 2020 Strategie. Die Mitteilung der EK zur Industriepolitik definiert neue horizontale und industriesektorspezifische Maßnahmen, um ein entsprechendes Umfeld für ein dynamisches und wettbewerbsfähiges verarbeitendes Gewerbe zu schaffen, das den Übergang zu einer nachhaltigeren, integrativeren und ressourcenschonenderen Wirtschaft erleichtert. Hierbei stehen insbesondere Themen wie die Prüfung neuer Rechtsvorschriften auf Wettbewerbsfähigkeit, „Eignungsprüfungen“ bestehender Rechtsvorschriften, die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Wachs-

tum und die Förderung der Stärken der europäischen Normung im Vordergrund.

Weiters wurde die bisherige EU-Bauproduktenrichtlinie durch eine EU-Bauprodukten-Verordnung **(BPV)** ersetzt. Die BPV verlangt als Voraussetzung für die Vermarktung von Produkten, dass über wesentliche Produktmerkmale nach Methoden, die in harmonisierten Normen festgelegt worden sind, eine Leistung deklariert und von Wirtschaftsbeteiligten dafür auch die Verantwortung per CE-Kennzeichnung übernommen wird. Sie beseitigt Schwächen der bisherigen Richtlinie durch die Stärkung der CE-Kennzeichnung und durch die Einführung von Überwachungsmechanismen, Sanktionsbestimmungen und Strukturen.

4.3 Small Business Act

In ganz Europa finden Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen **(KMU)** und der Unternehmertätigkeit als Wachstums- und Wohlstandsträger sowie als Jobmotor im Rahmen des Small Business Act **(SBA)** statt, zu dessen Umsetzung sich die Mitgliedstaaten und die EK 2008 verpflichtet haben. Grundlage für eine eingehendere Fortschrittsanalyse der EK war 2010 eine Konsultation der Mittelstandsverbände und öffentlichen Behörden in den Mitgliedstaaten im Bereich Mittelstand. Dies hatte vor allem zum Ziel, breitgefächerte Meinungen zur Umsetzung des SBA einzuholen, sowie Vorschläge für neue Maßnahmen, die im Einklang mit den zehn Leitprinzipien des SBA eingeführt werden sollen. So soll dieser dann enger mit der Strategie EU 2020 verknüpft werden und in den Leitlinien die KMU-Politik stärker verankert sein. Die Ergebnisse werden in Form einer Mitteilung veröffentlicht.

5. Gemeinsame Agrarpolitik

Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik **(GAP)** lagen die Schwerpunkte der Arbeiten bei der Diskussion zur **„Zukunft der GAP nach 2013“** sowie der Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette insbesondere im Milchbereich.

Nach einem Gedankenaustausch zum Thema „Landwirtschaft und die GAP unter dem Blickwinkel der Strategie Europa 2020“ bei der Tagung der LandwirtschaftsministerInnen am 29. März beschäftigten sich die LandwirtschaftsministerInnen auch beim informellen Treffen unter spanischem Vorsitz vom 30. Mai bis 1. Juni in Mérida mit der Zukunft der GAP nach 2013. Vom 12. April bis 11. Juni fand eine von der EK initiierte öffentliche Debatte darüber statt. Die Ergebnisse dieser Konsultation wurden im Rahmen einer Abschlusskonferenz am 19. und 20. Juli präsentiert. Beim informellen Treffen der AgrarministerInnen in La Hulpe vom 19.-21. September fand hierzu eine Aussprache statt.

Am 18. November verabschiedete die EK die Mitteilung „Die Gemeinsame Agrarpolitik **(GAP)** bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen". Zu den darin angeführten Reformoptionen gab es bei den Ratstagungen der LandwirtschaftsministerInnen am 29. November und am 13. Dezember einen ersten allgemeinen Meinungsaustausch.

Weiters fand eine umfassende Debatte zur **Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa** statt. Bei der Tagung der LandwirtschaftsministerInnen am 29. März wurden diesbezüglich Schlussfolgerungen angenommen. Auf Basis dieser und der Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe Milch, welche infolge der Milchkrise eingesetzt wurde und ihre Arbeit im Juni abschließen konnte, legte die EK Ende des Jahres Legislativvorschläge vor, die eine Verbesserung der Position der Milcherzeuger gegenüber den anderen Marktbeteiligten bewirken sollen.

6. Verkehr

Eine weitere Stärkung der Konsumentenrechte konnte durch die im Zuge des Vermittlungsverfahrens am 30. November erzielte Einigung zum Verordnungsvorschlag über **Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr** erreicht werden, der Bestimmungen über Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität, Pflichten der UnternehmerInnen bei Verspätungen oder Annullierung von Fahrten, Informationspflichten sowie Bestimmungen über den Umgang mit Beschwerden und Haftungsregelungen enthält.

Am 2. Dezember nahm der Verkehrsministerrat basierend auf der Mitteilung der EK „Ein europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit 2011–2020" **Schlussfolgerungen zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit** und dabei insbesondere zur Steigerung der Sicherheit schwächerer StraßenverkehrsteilnehmerInnen an.

Im Rahmen dieses Verkehrsministerrates konnte auch eine politische Einigung über den Richtlinienvorschlag betreffend die **grenzüberschreitende Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften** erzielt werden, durch den bei bestimmten Delikten (wie etwa Geschwindigkeitsüberschreitungen, Rotlichtüberfahren oder Fahren unter Alkohol/Drogeneinfluss) der Austausch der Information über den Zulassungsbesitzer des Fahrzeuges, mit dem diese Übertretung begangen wurde, zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht werden soll.

Am 15. und 16. September fand in Antwerpen ein Informeller Rat der VerkehrsministerInnen zum Thema „**Hin zu einer vollständigen Einbindung des Schiffsverkehrs in die Verkehrs- und Logistikketten der Europäischen Union**" statt. Zu den Ergebnissen wurden **Schlussfolgerungen** angenommen, die im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik unter anderem die Stärkung

der Binnenschifffahrt sowie die Verlagerung des Verkehrs auf umweltfreundlichere Verkehrsträger zum Ziel haben.

Im Bereich Luftverkehr konnten in Zusammenhang mit der Änderung des **Luftverkehrsabkommens der EU mit den USA** wesentliche Forschritte insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, Umweltschutzbelangen, Sicherheitsfragen und sozialen Standards erzielt werden, sodass die Verhandlungen über die zweite Phase am 25. März abgeschlossen wurden. Das Protokoll wurde anlässlich des Verkehrsministerrates am 24. Juni unterzeichnet. Weiters konnten die Verhandlungen über eine **Kooperationsvereinbarung** mit dem US-Luftfahrtbundesamt **(FAA) über die Interoperabilität zwischen SESAR und NextGen** am 17. Juni in Madrid abgeschlossen werden. Darüber hinaus nahm der Verkehrsministerrat am 15. Oktober ein Verhandlungsmandat zur Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes **Luftverkehrsabkommen der EU mit der Föderativen Republik Brasilien** an.

Durch die Einigung von Rat und EP über eine Revision der **Verordnung über die Flugunfalluntersuchung** wurde eine Rechtsvorschrift zur Verbesserung der Flugsicherheit angenommen. Indem ein hohes Niveau hinsichtlich Effizienz, Zweckmäßigkeit und Qualität europäischer Sicherheitsuntersuchungen in der Zivilluftfahrt gewährleistet wird, sollen Unfälle und Störungen (ohne Klärung der Schuld- oder Haftungsfrage) verhütet werden. Im Hinblick auf die Unterstützung der Opfer von Flugunfällen und deren Angehörige enthält diese Verordnung auch Vorschriften für die fristgerechte Verfügbarkeit von Informationen über alle Personen und gefährlichen Güter an Bord von Luftfahrzeugen, die von einem Unfall betroffen sind.

Beim Verkehrsministerrat vom 15. Oktober wurde schließlich eine politische Einigung über den Richtlinienvorschlag zur **Revision der Wegekostenrichtlinie** erzielt. In diesem Vorschlag wird erstmals die Möglichkeit der Internalisierung bestimmter externer Kosten des Straßengüterschwerverkehrs vorgesehen. Aus österreichischer Sicht geht der erzielte Kompromiss im Sinne einer effizienten Kostenwahrheit in mehreren Bereichen (wie etwa der erfassten LKW-Klassen oder der Möglichkeit, zusätzlich zu externen Kosten auch Mautaufschläge in sensiblen Bergregionen einzuheben) noch nicht weit genug, sodass hier auf weitere Verbesserungen in den anstehenden Verhandlungen mit dem EP gesetzt wird.

7. Umwelt

Nach der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009, bei der kein international verbindlicher Folgevertrag für das Ende 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll geschlossen wurde, wurden die Diskussionen in Vorbereitung der nächsten **Klimakonferenz in Cancun** (29. November bis 10. Dezember) auf internationaler Ebene fortgesetzt. Parallel dazu verständigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame EU-Position für die Klimakonfe-

renz, die mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 14. Oktober verabschiedet wurde. Die EU hat sich in Cancun gemäß ihrer Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz intensiv für eine Einigung auf ein innerhalb und zwischen den Verhandlungsschienen ausgewogenes Paket von Entscheidungen eingesetzt und signalisiert, dass sie einer zweiten Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll unter gewissen Bedingungen offen gegenübersteht.

Ende des Jahres legte die Europäische Umweltagentur den **„State of the Environment Report 2010" (SOER)** vor, der alle fünf Jahre erscheint und sich vor allem an politische EntscheidungsträgerInnen und Verwaltungen in Europa richtet. Der SOER enthält eine übergreifende Bewertung globaler Megatrends und deren Auswirkungen auf den europäischen Politikkontext, eine europaweite Bewertung von zehn ausgewählten Schlüsselthemen, länderspezifische Beschreibungen der Umweltsituationen in den jeweiligen Ländern in sechs gemeinsamen Themenbereichen (Luft, Wasser, Boden, Abfall, Naturschutz/Biodiversität, Klimawandel und Emissionsminderung) und Darstellungen der jeweils speziellen Situation der Mitgliedstaaten. Ein Synthesebericht fasst wesentliche Erkenntnisse zusammen. Der SOER 2010 bestätigt in der Analyse bisherige Kernaussagen früherer Berichte der Europäischen Umweltagentur, wobei die Trends sich im Klima-, Biodiversitäts- und Ressourcenbereich, wo zahlreiche wechselseitige Verknüpfungen bestehen, verschärfen. Die Umweltpolitik der EU und ihrer Nachbarn hat für den Zustand der Umwelt jedoch erhebliche Verbesserungen gebracht.

8. Konsumentenschutz

Auf Ratsebene konnten substantielle Fortschritte bei den Verhandlungen über den bereits im Oktober 2008 von der EK präsentierten **Vorschlag für eine Richtlinie über Rechte der Verbraucher** erzielt werden. Die durch den EK-Vorschlag angestrebte umfassende Vollharmonisierung hatte sich im Zuge der zweijährigen Verhandlungen aufgrund der damit verbundenen Probleme mit dem Verbraucherschutzniveau einerseits und den Auswirkungen auf das innerstaatliche Vertragsrecht andererseits als ebenso wenig realisierbar erwiesen wie die umfassende Regelung aller Verbraucherverträge. Die österreichische Verhandlungsposition folgte dem Auftrag des Regierungsübereinkommens, demzufolge bei der europäischen Neuregelung der Verbraucherverträge darauf hinzuwirken ist, dass der hohe österreichische Standard nicht im Zuge einer Vollharmonisierung verschlechtert wird. Unter belgischem Vorsitz konnte in der zweiten Jahreshälfte im Rat die erforderliche qualifizierte Mehrheit für einen Kompromisstext erzielt werden, dem auch Österreich mit einer Klarstellung im Ratsprotokoll zustimmen konnte und der als Basis für die Verhandlungen mit dem EP in der ersten Jahreshälfte 2011 dient. Der Kompromiss sieht eine „zielgerichtete Harmonisierung" für beschränkte Bereiche vor (einheitliche Informations-, Widerrufsfristen/-rechte sowie Definitionen). Der Anwendungsbereich der Richtlinie

wird auf Fernabsatzverträge und auf außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge reduziert. Die Kapitel über Gewährleistung im Verbrauchsgüterkauf und über missbräuchliche Klauseln, die auch für Österreich problematisch waren, wurden gestrichen.

Im Fokus des **„Verbraucherbarometers 2010"** – der Aufschluss über das Funktionieren des Binnenmarktes aus Sicht der VerbraucherInnen geben soll – standen 50 Verbrauchermärkte (Branchen betreffend Güter und Dienstleistungen) in allen EU-Mitgliedstaaten und Norwegen, wobei anhand von vier Hauptindikatoren (Vergleichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen, Verbrauchervertrauen, Probleme und Beschwerden und Zufriedenheit) und zwei weiteren Indikatoren (für einen Teil der Branchen Anbieterwechsel sowie Preise) die Märkte analysiert und bewertet wurden.

9. Energie

In Weiterentwicklung der seit 2007 in Angriff genommenen Energiepolitik für Europa **(EPE)** setzte die EU 2010 neue Initiativen entlang der Zieltriade Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Die weitere Ausgestaltung der Konturen der EPE fokussierte 2010 auf drei Achsen: 1) Weichenstellungen für den quantitativen und qualitativen Ausbau und die Überholung der Energieinfrastruktur; 2) gesteigertes Engagement im Bereich der Energieeffizienz und 3) eine notwendige verstärkte Koordinierung der externen Dimension.

Die EK legte zwei richtungweisende Mitteilungen „Energie 2020; Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie" sowie „Prioritäten für die Energieinfrastruktur für 2020 und darüber hinaus" vor, zu denen eine erste Orientierungsaussprache anlässlich des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie **(TTE-Rat)** am 3. Dezember stattfand. Diese Arbeiten sollen in die Verabschiedung einer Energiestrategie 2020 im Jahr 2011, sowie Überlegungen betreffend eine Wegskizze zur vollständigen Überholung des Energiesystems in Richtung auf eine kohlenstoffarme und nachhaltige Energiezukunft bis 2050 münden. Rückgrat wird ein Energieinfrastrukturplan sein, der die lückenlose Vernetzung des europäischen Energieraumes auch unter Einbeziehung von Nachbarregionen, die Überholung der Netzwerke zur Anbindung von erneuerbaren Energiequellen sowohl bezüglich der Überwindung großer Distanzen als auch der Einspeisemöglichkeiten und des Erhalts der Netzstabilität, sowie weitere Diversifizierung der Herkunftsquellen und Versorgungsrouten vorsieht. In diesem Zusammenhang kommt dem südlichen Gaskorridor, dessen Rückgrat die Nabucco-Pipeline zur Anbindung neuer Energiequellen aus dem Raum des südlichen Kaukasus, der Kaspischen See und Zentralasiens darstellt, eine wesentliche Bedeutung zu. Das zwischenstaatliche Abkommen zwischen den fünf Nabucco-Staaten Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Türkei und Österreich trat am 1. August in Kraft.

Im November wurde die Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung im europäischen Amtsblatt veröffentlicht. Sie sieht EU-weit einheitliche Infrastruktur- und Versorgungsstandards, sowie die Erstellung von präventiven Aktions- und Notfallplänen auf nationaler, regionaler und EU-Ebene, vor.

Im Rahmen des strategischen Plans für Energietechnologie **(SET-Plan),** der den Technologiepfeiler der europäischen Energiepolitik darstellt, wurden alle sieben Europäischen Industrieinitiativen (Wind, Solarenergie, E-Netze, Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, Bioenergie, Kernspaltung, sowie smart cities) offiziell gestartet. Österreich verhält sich in den Industrieinitiativen grundsätzlich proaktiv, das gilt jedoch nicht für die Kernspaltungsinitiative, die Österreich – insbesondere im Hinblick auf die darin vorgesehene Förderung der Entwicklung neuer Reaktortechnologien aus öffentlichen Mitteln – entschieden ablehnt.

Eine Reihe von internationalen Konferenzen und Begegnungen zu energiepolitischen Themen, anknüpfend an den Amtssitz internationaler Organisationen in Wien, unterstrichen die Bedeutung Wiens als Knotenpunkt energiepolitischer Netzwerke. So fand am 14. und 15. September in Wien die erste High-Level-Konferenz der Afrika-EU-Energiepartnerschaft statt, die konkrete, quantitative und qualitative Energieentwicklungsziele zur Zurückdrängung der Energiearmut in Afrika verabschiedete. Österreich verfolgte in all diesen Prozessen seine energiepolitischen Interessen, und unterstützt insbesondere die Förderung erneuerbarer Energien und von Energieeffizienz, die weitere Ausgestaltung des Energiebinnenmarkts und die Diversifizierung der Energiequellen und -routen.

10. Bildung und Jugend

Bildung spielt in der Europa 2020 Strategie eine zentrale Rolle. Das **Kernziel Bildung** sieht die Senkung der Schulabbrecherquote auf unter 10 % und die Erhöhung des Anteils der 30- bis 34-jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, auf mindestens 40 % vor. Mit der Formulierung „oder gleichwertigen Abschluss“ ist es gelungen, der hohen Qualität der österreichischen postsekundären Berufsbildung (ISCED Level 4a) in der EU-Strategie adäquat Rechnung zu tragen.

Im Februar wurde der gemeinsame **Fortschrittsbericht** des Rates und der EK über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ angenommen. Im Mai nahm der Rat Schlussfolgerungen zur **sozialen Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung** an. Ziel ist es, die Relevanz von Schlüsselkompetenzen auf allen Ebenen der Bildung aufzuzeigen und das lebenslange Lernen über das Ende der Schulpflicht hinaus zu fördern. Außerdem nahm der Rat Schlussfolgerungen zur **Internationali-**

sierung der Hochschulbildung an. Ziel ist es, die internationale Attraktivität der europäischen Hochschuleinrichtungen zu steigern.

Im Rahmen des Kopenhagen Prozesses wurde die **Attraktivität und Qualität der beruflichen Bildung** in Europa erfolgreich weiterentwickelt und gestärkt. Die BildungsministerInnen legten im Dezember die Ziele und Schwerpunkte der weiteren EU-Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung im **Brügge-Communiqué** fest. Zentrales Ziel der Bildungszusammenarbeit auf europäischer Ebene ist die Anhebung des Niveaus der Grundkompetenzen und die Förderung von Chancengerechtigkeit. Dazu wurden Schlussfolgerungen zu **„Schulen für das 21. Jahrhundert"** und **„Bildung für nachhaltige Entwicklung"** verabschiedet. Die MinisterInnen diskutierten im November über erfolgreiche Maßnahmen, um allen Lernenden – unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund – die besten Bildungschancen zu ermöglichen.

Das **EU-Programm für lebenslanges Lernen** ermöglichte rund 9000 Jugendlichen, Studierenden, Lehrenden und Erwachsenen durch grenzüberschreitende Mobilität, Projektpartnerschaften und Zusammenarbeit Erfahrungen in einem anderen EU-Land zu sammeln.

Bei der Tagung des Rates am 19. November wurde eine Entschließung zur **wichtigen Rolle der Jugendarbeit** als Beitrag der außerschulischen Jugenderziehung zur Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen angenommen. Die Maßnahmen zielen ab auf die Verbesserung der Qualität von Jugendarbeit, die Förderung der Mobilität von JugendbetreuerInnen und JugendleiterInnen, sowie die Anerkennung von nicht formalen und informellen Lernergebnissen, um jungen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern.

Das EU-Programm **Jugend in Aktion (2007–2013)** hat neben Projekten zu Jugendpartizipation und Demokratie auch den Austausch von Jugendgruppen, von Europäischen Freiwilligen sowie von JugendtrainerInnen und -multiplikatorInnen ermöglicht. Von EU-weit 140.000 TeilnehmerInnen sind dabei 3.400 Österreich zuzurechnen.

11. Forschung

Forschung, Entwicklung und Innovation sind wesentliche Bestandteile der Europa 2020-Strategie. Neben grundlegenden Diskussionen über die Ziele im Bereich Forschung und Entwicklung (u. a. 3 %-Ziel bei F&E-Quote; Entwicklung eines „Innovationsindikators"), veröffentlichte die EK am 6. Oktober die Mitteilung zur **„Innovationsunion"**, eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie. Schlussfolgerungen zur Innovationsunion wurden bei der Ratstagung am 26. November angenommen.

Basierend auf den Vorarbeiten aus dem Jahr 2009 wurden zudem einige wesentliche Fortschritte erzielt: Mit der Annahme der Entschließung des Rates zu den **„Entwicklungen bei der Steuerung des Europäischen**

Forschungsraums“ wurde ein neues Mandat für das forschungspolitische Beratungsgremium des Rates und der EK, CREST, angenommen. Mit diesem Mandat erhielt das Gremium den neuen Namen **„European Research Area Committee“ (ERAC)**. Weiters nahm der Rat Schlussfolgerungen zur **Vereinfachung der Verfahren im 7. Rahmenprogramm** an und startete die **„erste Welle“ der Initiativen im Bereich der Gemeinsamen Programmplanung** („Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Klimawandel“; „Gesunde Ernährung für ein gesundes Leben“; „Kulturelles Erbe und globaler Wandel als neue Herausforderung für Europa“). Die Fortschritte bei der Gemeinsamen Programmplanung, u. a. die Vorlage von „Voluntary Guidelines on Framework Conditions“, wurden ebenfalls in Schlussfolgerungen gewürdigt. Derzeit befinden sich sechs weitere Initiativen in Ausarbeitung. Im November wurde zudem die von der EK im Jahr 2009 eingeleitete **Halbzeitevaluierung des 7. Rahmenprogramms** präsentiert.

Der Rat thematisierte auch die weitere Vorgehensweise beim Projekt **ITER** (gemeinsames Forschungsprojekt von mehreren Staaten zur Nutzung der Fusion für die Energiegewinnung). Es wurden ein Kosteneinsparungsplan und ein Plan zur Reform der Verwaltung vorgelegt.

12. Europäische Satellitennavigationsprogramme GALILEO und EGNOS

GALILEO ist ein europäisches, global einsetzbares, ziviles Satellitennavigationssystem und gleichzeitig das größte gemeinschaftliche Infrastrukturvorhaben. Es basiert auf einer Konstellation von 30 Satelliten, welche die Erde in einer Höhe von ca. 23.000 Kilometern umrunden und mit verschiedenen Bodenstationen verbunden sein werden. Nach Inbetriebnahme – geplant ist das Jahr 2014/2015 – würde das System anhand der ausgestrahlten Signale Positionsbestimmungen von noch nie da gewesener Genauigkeit ermöglichen.

Die ursprüngliche Konzeption des Aufbaus und Betriebs im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft scheiterte 2007. 2008 fiel die Entscheidung, das System bis 2013 zur Gänze aus Mitteln der öffentlichen Hand aufzubauen. Hierfür sind in der Finanziellen Vorausschau 2007–2013 insgesamt 3,4 Milliarden Euro vorgesehen. Bislang wurden zwei Testsatelliten zur Reservierung der erforderlichen Frequenzbänder gestartet. **EGNOS**, ein System zur Verbesserung der Positionsgenauigkeit bereits vorhandener Navigationssysteme, ist nun in Betrieb und ebenfalls Bestandteil der zukünftigen europäischen globalen Satellitennavigationssysteme **(GNSS).**

Durch die Umstrukturierung des Programms GALILEO 2007/2008 ist nunmehr die EK (anstelle der **GSA** – GNSS Supervisory Authority; „GALILEO-Aufsichtsbehörde“) die zentrale Programmmanagerin; die Beschaffung der Infrastruktur wird über die Europäische Weltraumagentur **ESA** erfolgen. Die

Überwachung der sicherheitskritischen Infrastruktur erfolgt durch das GALILEO Security Monitoring Centre **(GSMC)**, dessen Sitz sich Frankreich und Großbritannien teilen. Die im Zuge der Umstrukturierung notwendig gewordene Novellierung der GSA-VO wurde in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen, die VO (EU) Nr. 912/2010 über die Errichtung der Agentur für das Europäische GNSS wurde am 20. Oktober veröffentlicht.

Bei der Konferenz der Regierungsvertreter der EU-Mitgliedstaaten am 10. Dezember wurde Prag zum neuen Sitz der Agentur für das Europäische GNSS bestimmt, die seit 2004 ihren interimistischen Sitz in Brüssel hatte. Damit erhält die Tschechische Republik ihre erste Gemeinschaftsagentur.

Im internationalen Bereich konnte am 22. September ein Kooperationsabkommen mit Norwegen unterzeichnet werden. Nachdem der EK im Juni ein Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz erteilt wurde, soll dem Rat 2011 ein Abkommensentwurf vorgelegt werden. Verhandlungen mit China über die Problematik der Frequenzüberlagerung mit dem COMPASS-System haben auf technischer Ebene vorläufig kein Ergebnis erbracht.

13. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Das **Stockholm Programm**, welches 2009 vom Europäischen Rat angenommen wurde, verfolgt das Ziel, in Europa einen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" zu schaffen. Der EU-Rat der Innen- und JustizministerInnen beschloss 2010 einen **Aktionsplan**, mit dem das Stockholm Programm umgesetzt werden soll. Unter dem Leitmotiv „Aufbau eines Europas der BürgerInnen" werden Maßnahmen gesetzt, um die Sicherheit der europäischen BürgerInnen zu stärken. Die Schwerpunkte liegen im Bereich Cyberkriminalität, Terrorismus, effiziente Verwaltung der Außengrenzen, Menschenhandel, Schutz von Kindern, Migrations- und Asylwesen sowie Rechtshilfe in Strafsachen. Im Sommer 2010 wurde auf österreichische Initiative das europäische e-Justice Portal eröffnet, welches den EU-BürgerInnen einen einfacheren Zugang zu Justiz-Behörden ermöglichen soll.

Die regionale Zusammenarbeit zwischen Österreich, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Tschechien wurde im Rahmen des **Forum Salzburg** sowohl auf Ebene der InnenministerInnen als auch auf Ebene der BeamtInnen fortgesetzt. Schwerpunkte dieser Zusammenarbeit sind insbesondere die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in all ihren Formen sowie die Entwicklung von Strategien zum Schutz der EU-Außengrenzen.

Im Jahr 2010 fanden weiters Bestrebungen statt, die Zahl der **Schengen-Staaten** zu erweitern. Bulgarien und Rumänien leisteten hier wichtige Vorarbeiten. Die beiden Staaten setzten sich u. a. dafür ein, moderne Polizeikooperationsverträge mit anderen Schengen-Staaten abzuschließen, um auf diese

Weise zu einer effizienteren Kriminalitätsbekämpfung auf operativer Ebene beizutragen.

Österreich arbeitet auch eng mit der in Den Haag ansässigen europäischen Polizeibehörde **Europol** zusammen. Europol unterstützt den Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten, um konkrete Erkenntnisse über mögliche Bedrohungsszenarien zu gewinnen. Im justitiellen Bereich fördert **Eurojust** die europaweite Zusammenarbeit der nationalen Justizbehörden in strafrechtlichen Fällen.

14. Terrorismusbekämpfung

Terrorismus stellt eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit Europas, die Werte der demokratischen Gesellschaften und die Rechte und Freiheiten der BürgerInnen Europas dar. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie den Anschlägen von Madrid (2004) und London (2005) misst die EU dem Kampf gegen den Terrorismus einen besonders hohen Stellenwert bei. Anschläge mit terroristischem Hintergrund in aller Welt bestätigen, dass der Terrorismus nur durch enge internationale Zusammenarbeit effektiv bekämpft werden kann.

Der ganzheitliche Ansatz der EU zur Bekämpfung von Terrorismus umfasst Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Verfolgung von Terrorismus und legt dabei auch besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von jenen sozio-ökonomischen, gesellschaftlichen und sonstigen Faktoren, welche terroristische Aktivitäten begünstigen können. Die EU betont, dass auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus die Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen und der Rechte zum persönlichen Schutz der BürgerInnen gewährleisten müssen.

Ein **EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung** wurde 2004 etabliert, um die enge Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Umsetzung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung sicherzustellen. Ein regelmäßig an neue Herausforderungen angepasster Aktionsplan gibt konkrete Maßnahmen zur Verhütung, Bekämpfung und Verfolgung von Terrorismus vor. Verstärktes Augenmerk wurde 2010 auf die chemische, biologische, radiologische und nukleare Sicherheit (Umsetzung des CBRN Aktionsplans von 2009) und neue Bedrohungsszenarien wie die Radikalisierung und Anwerbung von Personen für terroristische Zwecke über das Internet gelegt.

Terrorismus ist eine globale Herausforderung, welche eine enge Kooperation der EU mit Partnerländern und internationalen Organisationen erfordert. Die Zusammenarbeit mit dem strategischen Partner USA hat hohe Priorität. Die EU unterstützte im Jahr 2010 zudem schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in den Regionen Süd-Asien und Sahel, im Jemen und am Horn von Afrika. Darüber hinaus führte die EU ihre Unterstützung der Region Westbalkan fort.

Die EU betont die zentrale Rolle der VN für die Gewährleistung eines kohärenten globalen Ansatzes zur Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus. In ihren Beziehungen zu Drittstaaten setzt sich die EU weiterhin kontinuierlich für die Ratifizierung und Umsetzung der maßgeblichen VN-Rechtsinstrumente zur Terrorismusbekämpfung, unter voller Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, des Flüchtlings- und humanitären Völkerrechts, ein.

15. Gesundheit

Was die Rechtssetzung anbelangt, so konzentrierten sich die Arbeiten im Bereich der **öffentlichen Gesundheit** auf Arzneimittel, Organe und Patientenrechte. Der Gesetzgebungsprozess bezüglich der Verordnung und der Richtlinie hinsichtlich der **Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln** sowie der Richtlinie über **Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe** konnte abgeschlossen werden. Die Verhandlungen zur Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung wurden soweit vorangetrieben, dass nur noch die formale Einigung mit dem EP in Zweiter Lesung aussteht.

Da Stich- und Schnittverletzungen eine der größten Gefahren für Beschäftigte im Gesundheitswesen darstellen, wurde eine **Richtlinie zur Vermeidung von Verletzungen durch scharfe/spitze Instrumente im Krankenhaus- und Gesundheitssektor** beschlossen, die seit Juni in Kraft ist.

Der Schwerpunkt im nichtlegislativen Bereich lag auf der Gesundheitssicherheit und mündete in Schlussfolgerungen des Rates bezüglich „**Lehren aus der Influenza-A/H1N1-Pandemie – Gesundheitssicherheit in der Europäischen Union“.** Auf Anfrage des Rates überarbeitete die EK den Bereitschaftsplan der EU mit Blick auf eine Influenza-Pandemie. In diesem Plan sollte vor allem auf die einschlägigen nationalen und europäischen Bewertungen zu der Influenza-A/H1N1-Pandemie eingegangen werden.

Der Bereich **Verbrauchergesundheit** stand vor allem im Zeichen des Konsumentenschutzes und der Tiergesundheit. Wichtige Fortschritte wurden bei der Verordnung über neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten sowie der Verordnung für eine einheitliche Lebensmittelkennzeichnung erzielt.

Die Arbeiten zur **Tiergesundheitsstrategie 2010–2013** wurden auf Basis eines Arbeitspapieres für ein gemeinsames Tiergesundheitsgesetz fortgeführt. Im Bereich Tierschutz wurde ein Akzent auf den Tierschutz bei Heimtieren gesetzt.

Einem von Österreich nachdrücklich vertretenen Anliegen entsprechend hat die EK im Juli einen Vorschlag präsentiert, gemäß dem den Mitgliedstaaten die Freiheit gewährt werden soll, über die **Zulassung, die Einschränkung oder das Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO)**

in ihrem Hoheitsgebiet oder in Teilen ihres Hoheitsgebiets selbst zu entscheiden. Nach einem Gedankenaustausch im Rat Landwirtschaft am 27. September und Debatten im Rat Umwelt am 14. Oktober sowie am 20. Dezember wird dieses kontroversielle Dossier im Jahr 2011 weiterbehandelt werden.

16. Strategie Europa 2020

Die Europa 2020-Strategie bildet die EU-Wachstumsstrategie für die kommenden zehn Jahre und löst die „Lissabon-Agenda" ab. Die grundsätzlichen Ziele und Umsetzungsschritte der **Europa 2020-Strategie** hat der **Europäische Rat am 17. Juni** in seinen Schlussfolgerungen („Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum") festgelegt.

Auf EU-Ebene wurden **fünf Kernziele („headline targets")** quantitativ bestimmt:

1) Erhöhung der **Beschäftigungsquote** in der Altersgruppe von 20 bis 64 Jahren auf **75 %** ,
2) Erhöhung der Investitionen in **Forschung und Entwicklung (F&E Quote) auf 3 % des BIP,**
3) Beibehaltung der **20–20–20–Klimaziele** (Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 %, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger auf 20 % und Erhöhung der Energieeffizienz um 20 %),
4) Verbesserung des Bildungsniveaus durch **Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10 % und Erhöhung des Anteils der 30–34-Jährigen mit Hochschulabschluss oder gleichwertigem Abschluss auf mindestens 40 %,**
5) Förderung der sozialen Eingliederung insbesondere durch Armutsverminderung, wobei angestrebt wird, **mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und Ausgrenzung zu holen.**

Österreich hat sich insbesondere für das Ziel im Bereich der Armutsbekämpfung eingesetzt. Diese Kernziele sollen erreicht werden, indem die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen in engem Dialog mit der EK **nationale Ziele** festsetzen. Bis spätestens Ende April jedes Jahres soll jeder Mitgliedstaat ein **Nationales Reformprogramm** für Wachstum und Beschäftigung gemeinsam mit dem Stabilitäts- und Konvergenzprogramm vorlegen. Damit sollen im Rahmen eines „Europäischen Semesters" die verschiedenen Bereiche der wirtschaftspolitischen Koordinierung zusammengeführt und die Koordinierung der Wirtschaftspolitik verbessert werden. Im Rahmen des Übergangs zum Europäischen Semester, welches mit Jahresbeginn 2011 operativ wird, wurden die **Mitgliedstaaten ersucht, einen Entwurf ihres Nationalen Reformprogramms bis Mitte November 2010 an die EK zu übermitteln.**

Am 5. Oktober hat die Bundesregierung den „Bericht des Bundeskanzlers betreffend Festlegung nationaler Ziele im Rahmen der „Europa 2020-Strategie der Europäischen Union für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ zur Kenntnis genommen, in dem folgende **nationale Ziele bis 2020** festgelegt wurden, die innerhalb des geltenden Bundesfinanzrahmens umzusetzen sind:

- Erhöhung der **Beschäftigungsquote** in der Altersgruppe von 20 bis 64 Jahren **auf 77–78 %**, insbesondere durch Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters;
- Anhebung der **F&E Quote auf 3,76 % des BIP**, zumindest zu 66 % durch Aufwendungen von privater Seite;
- **Reduktion der Treibhausgasemissionen (um 16 % gegenüber 2005** für nicht vom Emissionshandel erfasste Quellen) und **Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch (auf 34 %)** gemäß den Verpflichtungen im Klima- und Energiepaket; betreffend Energieeffizienzziel **Stabilisierung des Endenergieverbrauchs des Jahres 2005 von 1100 PJ;**
- Senkung der **SchulabbrecherInnenquote auf 9,5 %** und Erhöhung des **Anteils der 30–34-Jährigen mit Hochschul- oder gleichwertigem Abschluss auf 38 %;**
- **Verminderung der Zahl der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Personen** (erfasst durch die drei Indikatoren Armutsgefährdung, materielle Deprivation und Erwerbslosenhaushalt) **um 235.000.**

Am 16. November nahm die Bundesregierung das **„Österreichische Reformprogramm – Entwurf 2010“** zur Kenntnis, das in der Folge am 17. November der EK übermittelt wurde. Dieser Entwurf informiert in groben Zügen über die Reformschwerpunkte, die gesetzt werden, um die nationalen Ziele zu erreichen und führt bereits in Umsetzung befindliche Maßnahmen an. Das endgültige Nationale Reformprogramm – mit einer Konkretisierung der Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Ziele - wird **bis Ende April 2011 erstellt werden.**

Auf EU-Ebene wurden zur Umsetzung der Strategie von der EK in Mitteilungen bereits sechs Leitinitiativen (Digitale Agenda, Innovationsunion, Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung, Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten, Jugend in Bewegung, Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut) präsentiert, zu denen einzelne Ratsformationen Schlussfolgerungen annahmen. Die Vorlage der siebenten Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ ist für Ende Jänner 2011 geplant.

VI. Die Außenbeziehungen der Union

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

1.1. Allgemeines

Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik **(GASP)** werden die aktuellen, für alle EU-Mitgliedstaaten relevanten außenpolitischen Themen, inklusive der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik **(GSVP)** auf EU-Ebene behandelt. Die zentralen Themen der GASP waren die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten, die Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts rund um das iranische Nuklearprogramm, die Situation in Afghanistan, in Haiti und in Burma, die Entwicklungen im Sudan und im südlichen Kaukasus, die Bewältigung der krisenhaften Entwicklung am Horn von Afrika, die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am westlichen Balkan, ferner die Unruhen in Kirgisistan und in Côte d'Ivoire sowie in anderen Teilen des Kontinents. Die EU war mit 13 zivilen und militärischen GSVP-Operationen weltweit präsent, vom westlichen Balkan über den Nahen Osten bis nach Afrika.

Die Beschlussfassung erfolgt in GASP-Fragen einstimmig (Möglichkeit der konstruktiven Stimmenthaltung) im Rahmen des **Rates für Auswärtige Angelegenheiten** auf Basis der strategischen Leitlinien des Europäischen Rates; zusätzlich gibt die **Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik** für die EU-Mitgliedstaaten bindende Erklärungen zu tagespolitischen Ereignissen ab.

Das aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengesetzte **Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK)** verfolgt regelmäßig die internationalen außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen, überwacht die Durchführung der vereinbarten Politiken und hat die strategische Leitung bei Krisenbewältigungsoperationen inne.

Der Rat adaptierte bereits bestehende **Sanktionen** gegen ausländische terroristische Gruppen, Belarus, Côte d'Ivoire, die Demokratische Volksrepublik Korea, Eritrea, Guinea, Irak, die Islamische Republik Iran, Libanon, Liberia, die Republik Moldau, Myanmar (Burma), Simbabwe, Somalia sowie Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zur Förderung von deren Zusammenarbeit mit ICTY. Darüber hinaus wurde die Liste jener Personen und Gruppen überarbeitet, die von spezifischen restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus betroffen sind.

Auf Vorschlag der Hohen Vertreterin kann der Rat für besondere politische Fragen Sonderbeauftragte der EU **(EUSB)** ernennen. Derzeit bestehen Mandate für Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Georgien, Mazedonien, Moldau, den Sudan, die Afrikanische Union **(AU),** den Nahost-Friedensprozess, die Region der Großen Seen (Burundi, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Tansania und Uganda), den Südkaukasus und

Zentralasien. Seit März 2009 ist der **Österreicher Valentin Inzko der EU-Sonderbeauftragte für Bosnien und Herzegowina.**

Das **GASP-Budget** betrug im Jahr 2010 281,5 Millionen Euro. Der Großteil dieser Mittel diente der Finanzierung von zivilen Krisenmanagementoperationen, der Aktivitäten von EUSB sowie der Förderung von Abrüstung und der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

1.2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Mit dem Inkrafttreten des **Vertrags von Lissabon** am 1. Dezember 2009 trat die Bezeichnung „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" **(GSVP)** an Stelle des Ausdruckes „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" **(ESVP).** Sie bleibt integraler Bestandteil der GASP. Der Vertrag von Lissabon sieht darüber hinaus eine Vertiefung der GSVP durch die Einführung einer Beistandsklausel unter den EU-Mitgliedsstaaten, eine Ausweitung der so genannten Petersberg-Aufgaben, der Verbesserung der Zusammenarbeit in der Europäischen Verteidigungsagentur, die Möglichkeit der Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Militärbereich, eine Stärkung der Rolle der Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, sowie – wenngleich nicht im GASP-Rahmen geregelt, so doch in engem inhaltlichen Zusammenhang damit – die Einführung einer Solidaritätsklausel unter den EU-Mitgliedstaaten vor. Konkrete Schritte zur Umsetzung der Beistands- und der Solidaritätsklausel sind noch nicht erfolgt. Zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit haben mehrere Seminare zur Vorbereitung der Entscheidungsfindung über den möglichen künftigen konkreten Inhalt, den Umfang und die mögliche Beteiligung daran stattgefunden.

1.2.1. Laufende Operationen zur Krisenbewältigung

Die EU-Militäroperation zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina **EUFOR-Althea** wurde mit einer Personalstärke von etwa 1.600, davon rund 320 aus Österreich, fortgeführt. Die Planungen für die Umwandlung der Operation in eine nicht-exekutive Mission zur Beratung und Unterstützung der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina wurden 2010 abgeschlossen, sodass diese Umwandlung erfolgen kann, sobald die weitere politische Entwicklung im Land dies gerechtfertigt erscheinen lässt. Seit Dezember 2009 fungiert mit **Generalmajor Bernhard Bair ein Österreicher als Kommandant von EUFOR-Althea**. Neben seinem Beitrag zu EUFOR stellte Österreich auch im Jahr 2010 eine Kompanie für ein von Deutschland geführtes Bataillon im Rahmen der aus zwei Bataillonen bestehenden so genannten Operationellen Reservekräfte, welche in ihren Herkunftsländern bereitstehen, um im Krisenfall rasch die Truppen von EUFOR-Althea bzw. des NATO-geführten multinationalen Friedenseinsatzes im Kosovo **(KFOR)** zu verstärken.

Auch die seit Anfang 2003 bestehende Polizeimission der EU in Bosnien und Herzegowina **(EUPM)** stützt die Stabilisierung des Landes. Hauptziele der Mission sind die Bildung eines effizienten, auf rechtsstaatlichen Grundsätzen beruhenden, multiethnischen Polizeiapparats und die Anstrengungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Österreich stellte für diese Mission bis zu fünf PolizeibeamtInnen.

Die Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo **(EULEX Kosovo)** unterstützt die kosovarischen Behörden beim weiteren Aufbau der Strukturen von Polizei, Justiz und Zollwesen und übernahm die vorher in diesen Bereichen von der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo **(UNMIK)** wahrgenommenen Kompetenzen. Der Beginn der Tätigkeit von EULEX Kosovo hatte sich aufgrund von Widerständen Serbiens und der serbischen Bevölkerungsgruppe im Kosovo erheblich verzögert. Erst nach einer Vereinbarung mit den VN über eine ursprünglich in dieser Form nicht vorgesehe erweiterte Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung konnte EULEX Kosovo ihre Tätigkeit am 9. Dezember 2008 aufnehmen. Mit einer Soll-Stärke von bis zu 3.000 Missionsangehörigen stellt EULEX Kosovo die bisher weitaus größte zivile GSVP-Mission dar. Österreich nahm im Jahresdurchschnitt mit 25 ExpertInnen insbesondere aus den Bereichen Polizei und Justiz an der Mission teil.

Nach dem im August 2008 ausgebrochenen Konflikt zwischen Georgien und Russland um die georgische Provinz Südossetien wurde die Entsendung einer EU-Beobachtermission nach Georgien **(EUMM Georgia)** vereinbart. Neben der Überwachung des Abzugs der Truppen umfasst das Mandat der Mission die Beobachtung der Rückkehr der durch den Konflikt vertriebenen Menschen an ihre ursprünglichen Heimstätten und der Wahrung der Menschenrechte durch alle Parteien im Einsatzgebiet der Mission. Die Mission umfasst rund 230 BeobachterInnen, davon drei PolizeibeamtInnen, drei Angehörige des Bundesheeres und eine Menschenrechtsexpertin aus Österreich.

Hauptaufgaben der **EU NAVFOR Somalia (Operation „Atalanta")** sind die Eskortierung von Somalia anlaufenden Schiffen des VN-Welternährungsprogramms (WFP) und von anderen besonders gefährdeten Frachtern sowie die Durchführung von Patrouillen in stark piratenbedrohten Gewässern. Der VN-SR schuf aufgrund der steigenden Gefährdung von Handelsschiffen am Horn von Afrika in mehreren Resolutionen die Rechtsgrundlage für das Vorgehen internationaler Marinekräfte gegen die Piraterie in somalischen Gewässern. Seit Oktober 2008 trägt die EU nun erfolgreich zur Abschreckung und Eindämmung der Piraterie am Horn von Afrika bei. Die im Rahmen der Operation EU NAVFOR Somalia aufgegriffenen, der Piraterie verdächtigen Personen wurden an die Drittstaaten Kenia und Seychellen zur weiteren strafrechtlichen Verfolgung ausgeliefert. Das Auslieferungsabkommen zur strafrechtlichen Verfolgung der Piraten wurde seitens Kenias Ende März gekündigt und endete mit Ende September. Zurzeit unterhält die EU Ver-

handlungen mit Mauritius über ein weiteres Auslieferungsabkommen. Österreich beteiligt sich nicht aktiv an dieser Operation.

Seit Jänner unterstützt die EU im Rahmen der Trainingsmission **EUTM Somalia** die Ausbildung von Soldaten der somalischen Sicherheitskräfte. Diese sollen nach erfolgtem Training die Übergangsregierung bei der Reform des Sicherheitssektors unterstützen. Diese GSVP-Mission wird in enger Koordination mit anderen internationalen Akteuren wie der somalischen Regierung und AMISOM durchgeführt. Österreich beteiligt sich nicht aktiv an dieser Operation.

Die Mission **EUSEC RD Congo** besteht seit 2005 und unterstützt die Reform der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo in den Zentralstellen in Kinshasa und auf der Kommandoebene der Regionen und Provinzen, etwa durch eine systematische Zählung und Erfassung aller Militärangehörigen. Seit 2007 nehmen bis zu zwei österreichische Offiziere an dieser Mission teil.

Neben EUSEC RD Congo ist die EU seit 2007 in der Demokratischen Republik Kongo auch mit der Polizeimission **EUPOL RD Congo** tätig. Ihr Ziel ist die Beratung und Unterstützung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Reform der nationalen Polizeikräfte und bei der Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Österreich ist an dieser Mission nicht beteiligt.

Die EU unterstützte seit 2008 im Rahmen der Mission **EU SSR Guinea-Bissau** die Reform des Sicherheitssektors, insbesondere die Umstrukturierung von Streitkräften, Polizei, Grenzschutz und Justiz. Aufgrund des Putschversuches im April und der darauf folgenden Unruhen konnten die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Mission nicht erfüllt werden. Diese wurde mit Ablauf des Mandates Ende September daher beendet.

Die EU hatte im November 2005 auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Palästinensischen Behörde und der israelischen Regierung eine Mission zur Unterstützung der Grenzüberwachung am Grenzübergang Rafah zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten **(EU BAM Rafah)** eingerichtet. Seit Juni 2007 blieb der Grenzübergang infolge der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen geschlossen. Die Mission ist mit stark verringertem Personalstand weiter präsent, um bei einer Lageänderung eine rasche Neuöffnung des Grenzübergangs zu ermöglichen. Österreich war vor der Schließung des Grenzübergangs mit einer Zollexpertin an EU BAM Rafah beteiligt. Bei Wiedereröffnung des Übergangs ist eine rasche Wiederaufnahme der österreichischen Beteiligung von bis zu vier ZollbeamtInnen und von bis zu zwei PolizistInnen möglich.

Die Anfang 2006 eingerichtete EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete **(EUPOL COPPS)** unterstützt die palästinensische Zivilpolizei beim Aufbau tragfähiger und effektiver Polizeistrukturen im Einklang mit interna-

tionalen Standards. Österreich unterstützte die Mission darüber hinaus mit der Entsendung von bis zu zwei PolizistInnen.

Seit Juli 2005 betreibt die EU auf Ersuchen der irakischen Regierung die integrierte Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak **(EUJUST LEX)** mit dem Ziel, durch Abhaltung von Kursen für hochrangige irakische ExpertInnen aus den Bereichen Polizei sowie Strafjustiz und -vollzug am Aufbau eines modernen, westlichen Standards der Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte entsprechenden Polizei- und Justizapparats im Irak mitzuwirken. Österreich unterstützte die Mission von Beginn an mit der gelegentlichen Entsendung von Kursvortragenden aus den Bereichen Polizei und Justiz, sofern diese außerhalb des Irak stattfanden. Im Berichtszeitraum fand keine solche Entsendung statt.

Die seit Juni 2007 tätige Polizeimission der EU in Afghanistan **(EUPOL Afghanistan)** soll die afghanische Regierung beim Aufbau eines eigenen, internationalen Standards entsprechenden, zivilen Polizeiapparats unterstützen. Österreich unterstützt diese Mission seit Oktober mit der Entsendung von bis zu fünf PolizistInnen.

1.2.2. Ausbau der zivilen und militärischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Die Arbeiten an der Umsetzung des **Zivilen Planziels 2010** (Civilian Headline Goals 2010) wurden fortgesetzt und abgeschlossen**.** Zu den wichtigsten Vorhaben zählten dabei die Ausarbeitung von Empfehlungen und Leitlinien für die Rekrutierung von Personal für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen, die Erstellung eines Grundlagenkonzepts für die administrativ-logistische Unterstützung dieser Missionen sowie die systematische Erfassung potenzieller Beiträge von EU-Drittstaaten zur Verbesserung der zivilen GSVP-Kapazitäten. Österreich hatte schon im Rahmen des Zivilen Planziels 2008 insgesamt 147 ExpertInnen aus verschiedenen Fachbereichen für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen eingemeldet.

Auch die Umsetzung des **Militärischen Planziels 2010** wurde fortgesetzt, wobei nach wie vor im Vordergrund stand, konkrete Schritte zur Schließung der Kapazitätslücken zu setzen. Leitfaden dafür ist der so genannte „Capability Development Plan", der spezifische Maßnahmen auflistet und die identifizierten Mängel nach der Priorität ihrer Behebung ordnet. In diesem Rahmen kommt neben den ExpertInnen aus den Mitgliedsstaaten auch der Europäischen Verteidigungsagentur, deren Rolle durch den Vertrag von Lissabon gestärkt wurde, eine wichtige Funktion zu.

Eine besondere Bedeutung kommt im Rahmen des Militärischen Planziels 2010 dem **Konzept der rasch verfügbaren Einsatzverbände (Battle Groups)** zu. Auf Basis einer halbjährlichen Rotation stehen stets zwei solcher jeweils rund 1.500 Personen umfassenden Verbände bereit, um im Bedarfsfall innerhalb von fünf bis 15 Tagen in Einsatz gebracht werden zu können. Österreich

beteiligt sich im ersten Halbjahr 2011 erstmals an einem, von den NL geführten, Einsatzverband. Das österreichische Kontingent wird dabei ca. 180 SoldatInnen umfassen. Dieser Einsatzverband wird neben österreichischen und niederländischen Truppen auch aus Einheiten aus Deutschland, Finnland und Litauen bestehen. Ein weiterer österreichischer Beitrag zu einem Einsatzverband ist für das zweite Halbjahr 2012 geplant. Neben Deutschland als Leitnation wird Österreich die logistische Führungsfunktion übernehmen. Weiters werden an diesem Verband auch Truppen aus Tschechien, Irland und den Drittstaaten Kroatien und Mazedonien beteiligt sein.

Mit Ende des Jahres sind sowohl die Zivilen als auch die Militärischen Planziele 2010 ausgelaufen. Ausgehend von den Erfahrungen bei der Umsetzung der Militärischen Planziele hat der Rat im Dezember aber beschlossen, den Prozess der Fähigkeitenentwicklung sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich fortzusetzen. Im Besonderen wurde der Ausbau von „Pooling and Sharing"-Optionen, die Weiterverfolgung der bereits bestehenden militärischen Zusammenarbeit und die Möglichkeit der Rollenspezialisierung einzelner Mitgliedstaaten hervorgehoben.

In Zukunft ist es wichtig, neben einer stärkeren Koordinierung der zivilen und militärischen Kapazitäten auch einen umfassenden Ansatz („comprehensive approach") bei der Fähigkeitenentwicklung zu verfolgen. Der Vertrag von Lissabon sieht die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur schrittweisen Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten, sowie die Verpflichtung der Zurverfügungstellung der zivilen und militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten für die Umsetzung der GSVP vor.

1.2.3. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Bei den praktischen Maßnahmen der Krisenbewältigung muss von den involvierten Organisationen der Umstand, dass im Einsatzraum meist eine Vielzahl internationaler Organisationen in verschiedenen Bereichen tätig ist, in zunehmendem Maße berücksichtigt werden. Dies erfordert vor allem eine verstärkte Zusammenarbeit und eine Arbeitsteilung nach dem Prinzip der komparativen Vorteile zwischen der EU und anderen Organisationen, insbesondere den VN, der NATO, der OSZE, dem Europarat und der Afrikanischen Union **(AU)** („comprehensive approach"). Es fanden regelmäßige Treffen leitender MitarbeiterInnen sowie eine enge Abstimmung von Aktivitäten in den unterschiedlichen Einsatzräumen statt.

Die gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen **EU und VN** im Krisenmanagement (2007) sieht eine enge Abstimmung zwischen den Organisationen in den Bereichen Konfliktprävention, Mediation, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung vor. Die Umsetzung der Erklärung wird in regelmäßigen Treffen beider Organisationen vorangetrieben. Die Erfahrungen bei der Durchführung von GSVP- und VN-Missionen in derselben Region (z. B. DR Kongo, Tschad oder Kosovo) zeigen, dass eine effiziente und gut

funktionierende Kooperation zwischen EU und VN von großer Bedeutung für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit ist. Darüber hinaus unterstützt die EU vollinhaltlich die vom VN-Sekretariat im Jahr 2009 eingeleitete „New Horizon"-Initiative zur Reform der friedenserhaltenden Operationen der VN.

Die Kooperation zwischen **EU und NATO** wurde fortgesetzt. Konkret wird die GSVP-Operation EUFOR-Althea in Bosnien und Herzegowina unter Rückgriff auf Einrichtungen und Kapazitäten der NATO durchgeführt. Darüber hinaus sind EU und NATO gemeinsam mit Krisenmanagementeinsätzen in Afghanistan und im Kosovo präsent; die EU jeweils mit zivilen Kapazitäten, während die NATO militärische Aufgaben wahrnimmt. In den Gewässern rund um das Horn von Afrika erfolgt eine enge Koordinierung zwischen der EU-Operation Atalanta und der NATO Operation Ocean Shield zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste von Somalia. Auch der Aufbau der militärischen Kapazitäten der EU wird in Abstimmung mit der NATO vorgenommen, der 21 EU-Mitgliedstaaten angehören. Dabei wird sichergestellt, dass die Anforderungen, die im Rahmen von EU und NATO an die Streitkräfte der Mitgliedstaaten gestellt werden, kompatibel sind bzw. einander ergänzen. Dennoch wird die Kooperation zwischen EU und NATO von vielen als verbesserungswürdig erachtet. Verschiedenen Initiativen war bislang nur mäßiger Erfolg beschieden.

Zwischen der **EU und der OSZE** gibt es eine besonders enge Zusammenarbeit bei den Aktivitäten im westlichen Balkan und den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik, wo beide Organisationen den Aufbau und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen unterstützen.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von **EU und AU** steht seit Dezember 2007 auf der Grundlage der damals vom EU-Afrika-Gipfel in Lissabon angenommenen Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie und der darin enthaltenen Friedens- und Sicherheitspartnerschaft, deren Umsetzung seit 2008 im Gang ist.

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik **(ENP)** umfasst Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldau, Syrien, Tunesien und Ukraine sowie die Palästinensische Behörde. Mit Russland hat die EU eine spezielle Form der Zusammenarbeit vereinbart. Die EU und ihr „Schlüsselpartner" Russland entwickeln ihre „strategische Partnerschaft" nicht im Rahmen der ENP, sondern durch Schaffung von „vier Gemeinsamen Räumen" weiter.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der ENP erfolgt auf Grundlage der bestehenden bilateralen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Belarus, Libyen und Syrien zählen zwar zu den Adressaten der

ENP, nehmen jedoch wegen fehlender Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht in vollem Umfang daran teil.

Ziel der ENP ist die Einbeziehung der davon erfassten Nachbarstaaten in die gemeinsame Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands, wobei konkrete Zielsetzungen in individuellen, je nach Partnerland differenzierten, mehrjährigen Aktionsplänen vereinbart werden. Die Länder der ENP sollen das Potenzial der jeweiligen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht nur ausschöpfen, sondern bei entsprechendem Engagement in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet. Inhaltliche Schwerpunkte der Aktionspläne betreffen Bereiche wie Politischer Dialog und Reform; Handels-, Markt- und Regulierungsreformen; Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres; Transport, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt sowie Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften.

Die Maßnahmen der ENP und der strategischen Partnerschaft werden auf der Basis eines flexibleren, gleichzeitig einheitlichen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ **(ENPI)** für den Zeitraum 2007–2013 finanziert, welches frühere Unterstützungsprogramme wie die Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) und das Programm MEDA (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) ersetzt.

Die Beziehungen zu den Ländern der Östlichen Nachbarschaft (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine) wurden in Umsetzung des 2009 geschaffenen Konzepts der Östlichen Partnerschaft weiter entwickelt. Dabei konnten insbesondere bei den Verhandlungen über neue Assoziierungsabkommen, die eine größere gegenseitige Öffnung, eine schrittweise Integration in den Wirtschaftsraum der EU sowie eine Annäherung an europäische Standards und Normen bringen sollen, Fortschritte erzielt werden. Diese Verhandlungen wurden mit Moldau im Jänner und mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien im Juli aufgenommen, die schon 2008 begonnenen Verhandlungen mit der Ukraine wurden fortgeführt.

Die Förderung der Mobilität der Bürger sowie der Liberalisierung der Visumvergabe in einem sicheren Umfeld ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Östlichen Partnerschaft. Ein Visaerleichterungsabkommen mit Georgien wurde am 18. Juni und ein Rückübernahmeabkommen am 22. November unterzeichnet. Ein Aktionsplan zur schrittweisen Erreichung des langfristigen Ziels der Visafreiheit wurde mit der Ukraine vereinbart.

Am 13. Dezember fand in Brüssel das zweite AußenministerInnentreffen der Östlichen Partnerschaft statt. Es diente einerseits einer Bestandsaufnahme der seit dem Gipfeltreffen im Mai 2009 erzielten Fortschritte und andererseits der Vorbereitung des nächsten Gipfeltreffens.

Die Umsetzung der Aktionspläne mit Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko und Tunesien wurde fortgesetzt. Beim Assoziationsrat mit Ägypten wurde die Einsetzung einer Ad-Hoc-Gruppe beschlossen, um Möglichkeiten einer Aufwertung der Beziehungen EU-Ägypten zu prüfen. Mit Marokko wurde mit der Umsetzung des 2008 beschlossenen Fahrplans für den von Marokko angestrebten „weitergehenden Status" begonnen, die Ausarbeitung eines Nachfolgeinstruments für den Aktionsplan wurde in Angriff genommen. Die Europäische Kommission beschloss für Marokko und die Palästinensische Behörde Mittel aus der im Rahmen der Nachbarschaftspolitik eingerichteten so genannten Governance-Fazilität (Fazilität für gute Regierungsführung). Die Vorbereitungen für eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Syrien, das Ende 2008 paraphiert worden war, wurden seitens der EU abgeschlossen. Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen über Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen mit Libyen wurden fortgesetzt.

Auch die ENP-Partnerländer profitieren inzwischen von neuen Formen der technischen Hilfe. Mithilfe von EU-Finanzierungsinstrumenten, die bereits in den neuen Beitrittsländern bzw. potenziellen Beitrittskandidaten erfolgreich waren, werden im Rahmen der EU-Twinning Programme (Verwaltungspartnerschaften) und TAIEX (kurzfristige Entsendung von ExpertInnen) die Reformprozesse sowie der Institutionenaufbau in den Partnerländern unterstützt. Ziel ist die Annäherung an die Politiken und Standards der EU mittels Bereitstellung von Fachwissen.

Österreich hat sich im Rahmen dieser EU-Initiative um Projekte in Aserbaidschan (Arbeitnehmerschutz sowie berufliche Ausbildung in der Landwirtschaft), in Georgien (Normung, Zivilluftfahrt, Umwelt, Zoll und Tourismus), in Jordanien (Landwirtschaft und Normung), in Moldau (Lebensmittelsicherheit) und in Israel (Veterinärsektor) beworben, und konnte für zwei Projekte in Georgien im Bereich der Zivilluftfahrt und Umwelt den Zuschlag erhalten.

Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft gibt es auch ein konzentriertes Programm für den Institutionenaufbau, das für den Zeitraum 2011–2013 mit Mitteln in Höhe von 173 Millionen Euro ausgestattet ist. Es versteht sich als ergänzende Unterstützung der Partnerländer, insbesondere jener Verwaltungseinheiten, die für die Erfüllung der Bedingungen und Verpflichtungen aus den künftigen Assoziierungsabkommen relevant sind.

3. Südosteuropa/Westliche Balkanländer

3.1. Albanien

Vor dem Hintergrund der über 40-jährigen Isolation des Landes während der Diktatur bzw. der Öffnung Anfang der 1990er Jahre wurde die seit 15. Dezember gültige Sichtvermerksbefreiung für InhaberInnen biometrischer Reise-

pässe zur Einreise in den Schengen-Raum (Visaliberalisierung) als historisch und wichtiger Schritt zur Rückkehr des Landes nach Europa gefeiert.

Am 14. April überreichte Premierminister Sali Berisha Erweiterungskommissar Štefan Füle die Antworten auf den von der EK erstellten, 2280 Fragen umfassenden Fragenkatalog zum Antrag Albaniens auf Aufnahme in die EU. Die EK beschloss am 9. November den sogenannten Avis betreffend die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Darin werden Albanien beträchtliche Fortschritte in Richtung Erfüllung der erforderlichen Maßnahmen zur Eröffnung von Verhandlungen bescheinigt, jedoch auch wesentliche Kriterien aufgezählt, die es noch zu erreichen gilt, bevor die Aufnahme von Verhandlungen empfohlen werden könne.

Trotz mehrerer Vermittlungsversuche des EP und des Europarats war die vom ungelösten Konflikt zwischen Regierung und Opposition beherrschte innenpolitische Lage unverändert. Zwar hatte die um die Sozialistische Partei gescharte Opposition im März ihren Parlamentsboykott beendet, doch nahm sie in der Folge weiterhin an Abstimmungen, die einer qualifizierten Mehrheit bedurften, nicht teil. Streitpunkt war die Errichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Parlamentswahlen vom 28. Juni 2009, deren Ergebnis von der Opposition nicht anerkannt wird.

3.2. Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina **(BuH)** hat zwei wesentliche Fortschritte in Richtung der als außenpolitische Priorität angestrebten euro-atlantischen Integration des Landes erzielt. Im April wurde BuH die bedingte Aufnahme in den NATO-Membership Action Plan **(MAP)** gewährt und am 15. Dezember trat die EU-Visaliberalisierung für BuH in Kraft. Die für den tatsächlichen Start des NATO-MAP gestellte Auflage (vor allem Lösung der Aufteilung des unbeweglichen militärischen Eigentums) konnte BuH vor Jahresablauf nicht erfüllen. Mit seiner Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied für 2010/2011 erzielte BuH einen weiteren wichtigen außenpolitischen Erfolg, der auch von großer symbolischer Bedeutung ist.

Innenpolitisch stand BuH ganz im Zeichen der am 3. Oktober abgehaltenen Wahlen (Direktwahl der Mitglieder des Staatspräsidiums und des Präsidenten der Republika Srpska; Wahl des Staatsparlaments sowie der Entitäts- und der Kantonalparlamente). Das politische Klima war in der Vorwahlzeit von zunehmend nationalistischer, den Gesamtstaat untergrabender Rhetorik und Handlungen geprägt, was die Umsetzung der für die EU-Annäherung und die Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten **(OHR)** notwendigen Reformvorhaben vorerst blockiert hat. Die von der Internationalen Gemeinschaft bzw. dem Hohen Repräsentanten **(HR)** und gleichzeitig EU-Sonderbeauftragten **(EUSB),** dem Österreicher Botschafter Valentin Inzko (seit 2009), geforderte rasche Bildung einer reformorientierten Regierung konnte bis Jahresende nicht erzielt werden.

Die österreichische Beteiligung an der militärischen Mission **EUFOR-Althea** wurde weiter ausgebaut und somit avancierte Österreich, das mit Generalmajor Bernhard Bair auch den Oberkommandierenden stellt, zum größten truppenstellenden Land der Mission. Österreichs Stellung als größter Investor und sechstwichtigster Handelspartner fördert das hohe wirtschaftspolitische Profil Österreichs in BuH.

Seit dem Frühjahr ist eine spürbare Verbesserung des regionalen Umfelds eingetreten. Die auf Aussöhnung ausgerichtete regionale Kooperationsatmosphäre (Igman-Initiative, EU-Westbalkan-Konferenz am 2. Juni in Sarajewo, Besuchsdiplomatie des kroatischen Präsidenten Ivo Josipović und des serbischen Präsidenten Boris Tadić) kann sich auch durch die Bekräftigung der territorialen Integrität des Landes und die Vorbildwirkung einer voranschreitenden EU-Integration der Nachbarländer stabilisierend auf BuH auswirken.

Die Erfüllung der Verpflichtungen aus der 2009 mit dem Internationalen Währungsfonds **(IWF)** abgeschlossenen Bereitschaftskreditvereinbarung gestaltete sich insbesondere in der Föderation Bosnien und Herzegowina auch im Jahr 2010 schwierig**,** sodass die Auszahlung einer weiteren Tranche von 133 Millionen Euro erst Mitte Oktober vom IWF freigegeben wurde.

3.3. Kosovo

Mit der Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008 und dem Inkrafttreten der neuen kosovarischen Verfassung am 15. Juni 2008 begann für die Republik Kosovo ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Der neu gewonnenen staatlichen Unabhängigkeit stehen zahlreiche Herausforderungen wie die internationale Anerkennung des Landes, seine nachhaltige demokratische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Schaffung einer konkreten europäischen Perspektive gegenüber.

Die zu Jahresbeginn mit Optimismus eingeleitete Regierungsarbeit hat mit dem Erkenntnis des kosovarischen Verfassungsgerichtshofes, wonach die Doppelfunktion von Präsident Fatmir Sejdiu als Staatsoberhaupt und Parteivorsitzender des kleineren Koalitionspartners LDK nicht verfassungskonform sei, in der zweiten Jahreshälfte eine innenpolitische Krise hervorgerufen. Nach dem Rücktritt von Präsident Sejdiu am 27. September haben sich am 16. Oktober alle LDK-Minister aus der Koalitionsregierung mit der PDK von Premierminister Hashim Thaçi zurückgezogen. Am 12. Dezember wurden vorgezogene Parlamentswahlen abgehalten.

Aufgrund des Vorwurfs des Wahlbetrugs bzw. Manipulationen durch die Regierungspartei PDK müssen die Wahlen in zahlreichen Wahlbezirken im Jänner 2011 wiederholt werden.

Bis Jahresende haben 73 Staaten, darunter 22 EU-Mitgliedstaaten, den Kosovo als souveränen Staat anerkannt.

Da Serbien den Kosovo weiterhin als integralen Bestandteil seines Territoriums sieht und international in dieser Haltung u. a. von der Russischen Föderation unterstützt wird, bleibt dem Kosovo der Zugang zu den Vereinten Nationen **(VN)** und anderen internationalen Organisationen weiterhin versperrt (im Gegensatz dazu ist der Kosovo seit Mitte 2009 Mitglied in der Weltbank und dem IWF).

In einem von Serbien initiierten Rechtsgutachten hat der Internationale Gerichtshof am 22. Juli festgestellt, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo dem Völkerrecht nicht widerspreche. Nachdem Serbien am 27. Juli einen Resolutionsentwurf in der VN-Generalversammlung vorgelegt hatte, welcher nach diplomatischen Verhandlungen wieder zurückgezogen wurde, wurde am 9. September ein gemeinsamer Resolutionsantrag der EU und Serbiens einstimmig angenommen. Der in einer Resolution der VN-Generalversammlung geforderte Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo unter Vermittlung der EU konnte wegen der innenpolitischen Situation im Kosovo vor Jahresende noch nicht aufgenommen werden.

Die durch die VN-Sicherheitsratsresolution 1244 (1999) geschaffene zivile Verwaltung United Nations Interim Administration Mission Kosovo **(UNMIK)** hat ihre Präsenz durch Übergabe von Kompetenzen an die kosovarischen Institutionen verringert, spielt aber bei der Vertretung des Kosovo in manchen internationalen Foren weiter eine Rolle und ist vor allem nördlich des Ibar-Flusses aktiv.

Die OSZE-Mission, die seit 1. Oktober 2008 durch den Österreicher Werner Almhofer geleitet wird, unterstützt den Aufbau demokratischer Institutionen und der lokalen Verwaltung und umfasst ca. 750 Personen. Die ebenfalls durch Resolution 1244 (1999) eingerichtete militärische Präsenz Kosovo Force **(KFOR)**, an der sich Österreich als größter Nicht-NATO-Truppensteller mit derzeit 420 Militärpersonen beteiligt, hat ihre Truppenpräsenz im Laufe des Jahres auf 10.000 verringert.

Besondere Bedeutung kommt dem im Februar 2008 geschaffenen International Civilian Office **(ICO)** zu, welches mit weitreichenden Exekutivkompetenzen ausgestattet ist und die Umsetzung des Ahtisaari-Planes überwachen soll. Der niederländische Diplomat Pieter Feith arbeitet als International Civilian Representative **(ICR)** eng mit der kosovarischen Regierung zusammen und vertritt gleichzeitig als EU-Sonderbeauftragter **(EUSB)** europäische Interessen. Die European Rule of Law Mission in Kosovo **(EULEX)**, die vom französischen General Xavier Bout de Marnhac geleitet wird, unterstützt die kosovarischen Institutionen beim Aufbau eines funktionierenden Rechts-, Polizei-, Zoll- und Rechtssprechungssystems und umfasst ca. 2500 Bedienstete. Seit Jahresmitte ist der österreichische Diplomat Thomas Mühlmann Stabschef der Mission.

3.4. Kroatien

Am 19. Februar trat Präsident Ivo Josipović sein Amt an. Die Koalitionsregierung unter der Führung von HDZ-Vorsitzender Jadranka Kosor blieb trotz des Austritts kleinerer Parteien stabil. Deren deklarierte drei Hauptziele waren der Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen 2011, der Kampf gegen die Korruption und die Wiederbelebung der krisengeschüttelten Wirtschaft. Der Versuch des Amtsvorgängers von Jadranka Kosor, Ivo Sanader, Anfang Jänner die Führung der HDZ wieder zu übernehmen, scheiterte und endete mit seinem Parteiausschluss. Im Dezember wurde Sanader wegen Bildung einer kriminellen Organisation und Amtsmissbrauchs angeklagt. Präsident Josipović und Premierministerin Kosor arbeiteten im Hinblick auf die Verbesserung der Beziehungen vor allem zu Serbien, aber auch zu Bosnien und Herzegowina, eng zusammen. Vor allem im Verhältnis zu Serbien ist es zu einer spürbaren Verbesserung gekommen, wobei allerdings die Lösung der teilweise komplexen offenen Fragen sich als im Detail schwierig erwies.

Im Rahmen der seit 2005 laufenden EU-Beitrittsverhandlungen waren mit Jahresende 28 von 35 Verhandlungskapiteln abgeschlossen und die Beitrittsverhandlungen damit in ihr Endstadium getreten.

Das Mandat des OSZE-Büros in Zagreb zur Beobachtung der in Kroatien geführten Kriegsverbrecherprozesse und der Fortschritte bei den noch offenen Fragen im Zusammenhang von Immobilieneigentum bzw. Wohnrechten von Flüchtlingen wurde bis Ende 2011 verlängert.

3.5. Mazedonien

Die euro-atlantische Integration blieb auch 2010 wichtigstes außenpolitisches Ziel Mazedoniens. Vertreter von NATO und EU ließen jedoch keinen Zweifel daran, dass der Beitritt (NATO) bzw. die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen (EU) vor einer Lösung des Namensstreites mit Griechenland nicht möglich sein werden. Ein Ende dieses bilateralen Konfliktes mit dem südlichen Nachbarn ist jedoch nach wie vor nicht abzusehen; auch mehrere Treffen hochrangiger Vertreter der beiden Länder konnten keine Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen bringen.

Der Fortschrittsbericht der EK für 2010 enthielt zwar erneut eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU, die Entscheidung über ein Datum wurde jedoch vom Europäischen Rat auf das 1. Halbjahr 2011 verschoben.

Die bilateralen Beziehungen Mazedoniens mit seinen Nachbarländern – mit Ausnahme Griechenlands – gestalten sich weitgehend zufriedenstellend. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Kosovo wurde in Pristina eine mazedonische Botschaft eröffnet; die Zusammenarbeit mit Serbien wurde durch die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen intensiviert.

Die traditionell guten und intensiven bilateralen Beziehungen zu Österreich haben durch den Abschluss eines Kulturabkommens eine weitere Vertiefung erfahren. Auch die Wirtschaftsbeziehungen konnten durch das erste Treffen der bilateralen Wirtschaftskommission weiter gefestigt werden. Die Anzahl hochrangiger Besuche – den Auftakt bildete ein Besuch von Bundesminister Michael Spindelegger in Skopje im Jänner – erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich.

3.6. Montenegro

Montenegro hat bei seinem primären außenpolitischen Ziel einer raschen europäischen Integration sichtbare Erfolge verzeichnen können. Nach einem positiven Avis im November, der allerdings auch die bekannten Problembereiche Korruption, Organisierte Kriminalität und das reformbedürftigen Justizsystem aufzeigte, wurde Montenegro im Dezember der Kandidatenstatus gewährt. Allerdings wurde die nicht mit einem Datum benannte Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Erfüllung von Vorgaben in sieben Schlüsselbereichen verbunden.

Nach Einräumung des NATO-Membership Action Plan Status Ende 2009 arbeitete Montenegro seine ersten diesbezüglichen Reformvorgaben zügig ab. Dies wurde beim NATO-Gipfel in Lissabon im Dezember positiv hervorgehoben. Montenegro beteiligt sich auch mit relativ großen Mannstärken an den internationalen Missionen im Afghanistan und an der Sicherungsmission „Atalanta“ am afrikanischen Horn. Der bei der Bevölkerung bislang nicht mehrheitsfähige NATO-Beitritt wird zunehmend differenzierter beurteilt, wobei die Frage eines Beitrittsreferendums noch ungeklärt bleibt.

Neben der euroatlantischen Integration blieb die als Stabilitätsfaktor in der Region anerkannte konstruktive Nachbarschaftspolitik Eckpunkt der montenegrinischen Außenpolitik. Die nach der Anerkennung des Kosovo 2008 vorübergehend spürbar belasteten Beziehungen zu Serbien fanden eine positive Entwicklung hin zur Normalität, die sich in wechselseitigen hochrangigen Besuchen ab Jahresmitte und in der Unterzeichnung eines Auslieferungsabkommens widerspiegelte. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Kroatien, BuH, mit dem der erste Grenzvertrag der Region erarbeitet wurde, und zu Albanien, wurden weiter ausgebaut. Das Verhältnis zum Kosovo wurde weiterentwickelt (Einrichtung einer gemischten Grenzkommission), doch erfolgte aufgrund der noch ungelösten Frage der ethnischen montenegrinischen Gemeinschaft im Kosovo trotz der Ende 2009 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen kein Botschafteraustausch.

2010 kann mit den drei erfolgreichen Vorsitzführungen in der Zentraleuropäischen Initiative **(ZEI)**, im **South-East Europe Cooperation Process (SEECP)** und der adriatisch-ionischen Initiative **(AII)** nach dem gelungenen CEFTA-Vorsitz 2009 als bisheriger Höhepunkt des montenegrinischen regionalen und multilateralen Engagements eingestuft werden. Gemeinsam mit der kon-

tinuierlichen Abhaltung zahlreicher internationaler und dem Vorhaben der europäischen Integration zuordenbaren Konferenzen, sichert sich das junge und kleine Montenegro damit nachhaltig internationale, nicht zuletzt dem Fremdenverkehr dienliche, Sichtbarkeit.

Innenpolitisch erhielten bei den Gemeinderatswahlen am 23. Mai die seit März 2009 mit absoluter Mehrheit im Parlament vertretene Regierungskoalition und ihre Parteien (Demokratische Partei der Sozialisten, Sozialdemokratische Partei und die meisten Minderheitenparteien) eine weitere Stärkung. Die Regierung stellt nunmehr in 18 von 21 Gemeinden den Bürgermeister. Insgesamt blieb die innenpolitische Lage stabil, woran selbst der zum Jahresende erfolgte Rückzug des langjährigen Premierministers Milo Djukanović und die Übernahme der Regierungsführung durch den bisherigen Finanzminister Igor Lukšić wenig änderte. Thematisch blieben neben der EU-Integration, der Verwaltungs- und Justizreform, dem weiteren Auf- und Ausbau der Infrastruktur des Landes sowie der Reform des Wahlrechtes, die Themen Korruption und Organisiertes Verbrechen zentral. Die Folgen der Finanzkrise konnten durch den erfolgreichen Fremdenverkehr und eine konsequente Haushaltsdisziplin abgefangen werden. Das noch 2009 um etwa 5 % geschrumpfte BIP ist 2010 wieder zu einem sehr bescheidenen Wachstum von etwa 0,3 % übergangen.

3.7. Serbien

Die wichtigste außenpolitische Priorität der serbischen Regierung ist weiterhin die Heranführung Serbiens an die EU. Nach den drei Weichenstellungen vom Dezember 2009 (Deblockierung Interimsabkommen, Visaliberalisierung, Einreichen des Beitrittsantrags) konnten weitere wichtige Schritte auf dem Weg der europäischen Integration gemacht werden: Am 1. Februar trat das Interimsabkommen zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen **(SAA)** auch von EU-Seite in Kraft, wodurch die handelsbezogenen Aspekte des SAA seit diesem Datum angewendet werden. Am 14. Juni beschloss der Rat in Brüssel die Deblockierung der Ratifizierung des bereits am 29. April 2008 unterzeichneten SAA. Die Ratifizierung in Österreich wurde vom Nationalrat am 18. November einstimmig genehmigt. Was den serbischen EU-Beitrittsantrag betrifft, so verhinderte die aus Sicht einiger Mitgliedstaaten nicht zufriedenstellende Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien **(ICTY)** – da die letzten beiden mutmaßlichen Kriegsverbrecher Mladić und Hadžić nach wie vor nicht gefasst waren – eine rasche Weiterleitung des Antrags an die EK aufgrund des Widerstands einiger EU-Mitgliedstaaten. Am 25. Oktober haben die EU-Außenminister im Rat schließlich einen Kompromiss erzielt und den Beitrittsantrag an die EK weitergeleitet. Künftig kann jedoch „kein weiterer Schritt (in Richtung EU) gemacht werden, außer der Rat stellt einstimmig die volle Kooperation mit dem ICTY fest".

Ungeachtet der Priorität der EU-Annäherung bleibt die Kosovo-Frage die zweite außenpolitische Priorität Serbiens. Nachdem der Internationale

Gerichtshof am 22. Juli eine für Serbien ungünstige Rechtsmeinung zur Frage der Unabhängigkeit des Kosovo vorgelegt hatte, verschärfte sich kurzzeitig die serbische Haltung. Entgegen der Aufforderungen unter anderem Österreichs, keinen Alleingang in der Generalversammlung der Vereinten Nationen **(VN-GV)** zu machen, legte Serbien bereits am 27. Juli in New York einen eigenen, nicht mit der EU akkordierten Resolutionsentwurf vor. Nach wochenlangem diplomatischem Tauziehen in verschiedenen Gremien lenkte Serbien in letzter Minute ein, zog seinen Entwurf zurück und brachte einen mit der EU akkordierten neuen Text ein, der am 9. September einstimmig durch die VN-GV angenommen wurde. Seither deklariert die serbische Regierung ihre Bereitschaft zu einem Dialog mit Pristina, wobei jedoch gleichzeitig weiterhin alles vermieden wird, was als de facto Anerkennung des Kosovo gedeutet werden könnte.

Auf dem Gebiet der dritten außenpolitischen Priorität, der regionalen Zusammenarbeit bzw. Aussöhnung, konnten v.a. aufgrund des persönlichen Einsatzes von Präsident Boris Tadić wichtige Erfolge erzielt werden. Mit der Initiierung einer Srebrenica-Deklaration durch das serbische Parlament im März und der Teilnahme an der Gedenkfeier zum 15. Jahrestag des Srebrenica-Massakers am 11. Juli, mit der Teilnahme am trilateralen Gipfeltreffen mit dem bosnischen Präsidenten Silajdžić (vermittelt vom türkischen Präsidenten Gül) in Istanbul im April und den Besuchen in Kroatien (Vukovar und Zagreb) im November, verbunden mit einer Entschuldigung für die von serbischen Einheiten im Jugoslawien-Krieg begangenen Kriegsverbrechen, setzte der serbische Präsident wichtige Akzente, die die Hoffnung auf Fortschritte auch in den zahlreichen konkreten regionalen Fragen (z. B. Flüchtlingsrückkehr, Vermögensfragen, Grenzfragen) geweckt haben.

4. Die osteuropäischen Staaten

4.1. Ukraine

Die Ukraine ist Zielland der Europäischen Nachbarschaftspolitik **(ENP)** und nimmt auch an der Östlichen Partnerschaft **(ÖP)** teil, welche als spezielle östliche Dimension der ENP im Mai 2009 ins Leben gerufen wurde.

Basis der umfangreichen Beziehungen zur EU sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen **(PKA)** aus dem Jahr 1998 und der im Rahmen der ENP im Februar 2005 verabschiedete EU–Ukraine-Aktionsplan. Am 1. Jänner 2008 trat ein Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen zwischen EU und Ukraine in Kraft, ein diesbezügliches bilaterales Durchführungsprotokoll wurde im Herbst 2010 abschließend verhandelt. Der im November 2008 begonnene Dialog über Visafreiheit zwischen der Ukraine und der EU hat mit der Unterzeichnung eines Aktionsplanes über eine künftige Visaliberalisierung beim EU-Ukraine-Gipfel am 22. November in Brüssel einen großen Schritt vorwärts gemacht.

Mit einer Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens ebenso wie mit einem Abschluss der Verhandlungen eines umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der EU wird im Laufe des Jahres 2011 gerechnet.

Die neue Staats- und Regierungsführung (ab Februar/März) bemühte sich, parallel zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland, auch um vertiefte Beziehungen zur EU. Die prioritären außenpolitischen Zielsetzungen einer europäischen Integration ebenso wie die Einhaltung einer blockfreien Sicherheitspolitik wurden im Juli gesetzlich verankert.

Seitens der EU werden laufend Menschenrechtsfragen, Grundfreiheiten und demokratische Werte kritisch zur Sprache gebracht.

Die Art und Weise der Durchführung der Kommunal- und Regionalwahlen vom 31. Oktober stellte einen demokratiepolitischen Rückschritt dar. Die allgemeinen Rahmenbedingungen für europäische Unternehmen gestalten sich weiterhin schwierig, wobei schwache Rechtsstaatlichkeit, Zoll- und Steueradministration häufig als Problembereiche angesprochen werden.

Das Jahr 2010 war für die Ukraine innenpolitisch sehr ereignisreich. Die Präsidentenwahlen am 17. Jänner ließen Regierungschefin Julija Tymoschenko und Oppositionschef Viktor Janukowytsch in die Stichwahlen gehen. Der damalige Amtsinhaber Viktor Juschtschenko kam auf nur 5,45 % der Stimmen. Er schied damit als gestaltender Faktor der ukrainischen Politik aus. Am 7. Februar gewann Janukowytsch die Wahlen mit 48,95 % gegen 45,47 % für Tymoschenko. Bereits am 3. März kam es zu einem Misstrauensantrag gegen die Regierung Tymoschenko, die dadurch zu Fall gebracht wurde.

Am 11. März bildete Präsident Viktor Janukowytsch eine neue Koalitionsregierung unter Premierminister Mykola Asarow (Partei der Regionen, PdR). Im Parlament verfügt sie über eine solide Mehrheit. Abgeordnete ehemaliger Gegner konnten als Unterstützer gewonnen werden. Die Regierung wurde im Zuge einer Verwaltungsreform sieben Monate nach der Angelobung deutlich verkleinert. Außenminister ist der Karrierediplomat Konstantin Hryschtschenko, der bereits von September 2003 bis Februar 2005 diese Funktion ausübte.

Nach dem Wegfall des zuletzt destruktiven Dualismus zwischen Juschtschenko und Tymoschenko hat sich mit der Übernahme des Präsidentenamts und der Regierung durch die PdR die Exekutive konsolidiert. Gleichzeitig nutzte die Regierung diese Position für eine makroökonomische Stabilisierung und die Verabschiedung des Budgets für bedeutende Reformschritte. Einige unpopuläre Sozialreformen ebenso wie eine umfassende und aufkommensneutrale Steuerreform wurden beschlossen. Im Hinblick auf die Fußball-EM 2012 wurden überfällige Infrastrukturmaßnahmen eingeleitet und zügig vorangetrieben. Der IWF war hinsichtlich der Umsetzung der vereinbarten Reformen durch die neue Regierung zufrieden und hat die ersten

Tranchen eines im Juli erzielten „Standby-Agreements“ (15 Milliarden Dollar) plangemäß freigegeben.

Im Dezember wurde eine Verwaltungsreform verwirklicht. Die Zahl der Ministerien wurde reduziert, zahlreiche staatlichen Behörden und Gremien wurden zusammengelegt oder aufgelöst. Einsparungen betreffen auch den Personalstand der Ressorts in allen Rängen.

Die Politik der Normalisierung der Beziehungen und Wiederannäherung an Russland ist in großem Maße auch wirtschaftlich motiviert. Ende April wurden mehrere wichtige bilaterale Verträge abgeschlossen. Im Gegenzug für einen längeren Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim (Pachtvertrag für Flottenstützpunkt Sewastopol nunmehr bis 2042 statt 2017) wurde ein neuer Gasliefervertrag ausgehandelt, der die Ukraine finanziell entlastet und günstigere Gasimporte aus Russland sichert. Diese überraschend zustande gekommene und sehr langfristige Vereinbarung führte zu heftigen Tumulten im Parlament. Gaskonflikte mit Russland wie zu Jahresbeginn 2009 konnten seither vermieden werden.

Bei den Kommunal- und Regionalwahlen am 31. Oktober konnte sich die propräsidentielle Partei der Regionen klar durchsetzen und ihre Vormachtstellung nunmehr auch in zentralen Landesteilen ausbauen. Für die Partei Tymoschenkos war dies eine schwere Niederlage, die durch die Unmöglichkeit des Antretens in zwei wichtigen Regionen noch verschärft wurde. Im Westen der Ukraine erwiesen sich nationalistische Kräfte als neue Opposition.

4.2. Moldau

Die grundsätzliche Orientierung der moldauischen Außenpolitik in Richtung EU seit Amtsantritt einer aus vier Parteien bestehenden „Allianz für Europäische Integration“ (AEI) unter Premierminister Vlad Filat im September 2009 hält an. Nach Parlamentswahlen am 28. November einigten sich drei der im Parlament verbliebenen Koalitionspartner am 30. Dezember auf den Fortbestand ihrer Koalition, welche über eine gestärkte absolute Mehrheit verfügt.

Die AEI verfolgt eine explizit pro-europäische Politik („größtmögliche Annäherung“ an die EU). Eckpfeiler dieser Politik sind erfolgreich verlaufende Verhandlungen zum neuen Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen sowie erfolgreiche Bemühungen um internationale Unterstützung zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit (IWF-Paket sowie internationale Geberkonferenz in Brüssel im März, Hilfszusagen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro).

Das in der Verfassung verankerte Erfordernis der Wahl des Staatspräsidenten durch eine 3/5-Mehrheit der Parlamentsabgeordneten bei sonstiger Parlamentsauflösung nach zwei gescheiterten Wahlgängen erlaubt eine Blockade der Wahl durch die jeweilige Opposition, wenn diese über mehr als 2/5 der Abgeordneten verfügt. Die Regierung strebte daher eine rechtlich umstrittene

Verfassungsmodifizierung des Präsidenten-Wahlmodus Richtung Volkswahl an. Ein diesbezügliches Referendum am 5. September scheiterte jedoch an der Unterschreitung des zuvor eigens herabgesetzten erforderlichen Quorums von einem Drittel der Stimmberechtigten. Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, diese umstrittene Verfassungsfrage zu lösen, eine gemeinsame Vorgehensweise der beiden politischen Blöcke (liberal/demokratisch-EU orientierte Parteien versus KP) ist dazu notwendig.

Ausdruck der Gespaltenheit der moldauischen Bevölkerung und Politik ist die Frage der Identitätssuche, welche sich auch an der sprachlichen Zugehörigkeit (Rumänisch-Russisch) sowie an der historischen Interpretation der Ereignisse während des 2. Weltkrieges manifestiert. So verfügte im Juni der amtsführende interimistische Staatspräsident per Dekret, in Zukunft den 28. Juni 1940 als Gedenktag der sowjetischen Okkupation und der Opfer des Kommunismus in der Republik Moldau zu begehen. Eine Junktimierung des Dekrets mit der Forderung zum Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien führte zu außenpolitischer Verstimmung Moskaus.

Das international anerkannte Gremium zur Lösung des **Transnistrien(TN)-Konflikts** ist das sogenannte „5+2-Format“ (fünf Teilnehmer: Moldau und TN als Parteien, Russland, Ukraine und OSZE als „Fazilitatoren“; zwei Beobachter: EU und USA). Aufgrund anhaltender Differenzen zwischen den Parteien konnten keine formellen, sondern nur informelle Sitzungen abgehalten werden. Nach längerer Zeit konnten allerdings erstmals wieder direkte bilaterale Gespräche auf politischer Ebene zwischen den Konfliktparteien geführt werden. Ein konkreter Erfolg der seit 2008 eingerichteten Arbeitsgruppen zur Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen ist die Wiederaufnahme des Bahnverkehrs zwischen Chisinau und Odessa via Tiraspol. Der EU-Sonderbeauftragte Kalman Mizsei absolvierte wieder zahlreiche Vermittlungsbesuche vor Ort.

Zur Ermutigung Tiraspols, an der Suche nach einer Lösung des Konflikts aktiv teilzunehmen, hat die EU ihre seit Jahren bestehenden Reisebeschränkungen gegen führende Vertreter des separatistischen Regimes im Februar zwar um ein Jahr verlängert, die Anwendung aber bis 30. September suspendiert; im September beschloss der Rat, dieses Arrangement um ein Jahr (bis 30. September 2011) bzw. die Suspendierung um sechs Monate (bis 31. März 2011) zu verlängern.

Die Präsidenten Russlands und der Ukraine haben am 17. Mai eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung des 5+2-Prozesses und der territorialen Integrität der Republik Moldau veröffentlicht. Auch auf anderer zwischenstaatlicher Ebene hat der Konflikt neue Aufmerksamkeit erfahren. Am 4. und 5. Juni legten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedjew in Meseberg den Konflikt ausdrücklich als künftigen Inhalt von – derzeit noch nicht institutionalisierten – regelmäßig geführten Konsultationen zwischen der Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und dem russischen Außenminister fest.

Die seit 2005 bestehende EU Unterstützungsmission zur Grenzüberwachung für Moldau/Ukraine **(EUBAM)** arbeitet weiterhin erfolgreich und ist bis vorläufig November 2011 verlängert.

4.3. Belarus

Das Verhältnis von Belarus zum Westen und zur EU entwickelte sich ambivalent. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle erklärte während eines Besuchs in Minsk am 9. Juli, weitreichende Reformen seien Bedingung für eine engere Zusammenarbeit mit der EU. Die Suspendierung der EU-Reisebeschränkungen gegen Repräsentanten der belarussischen Führung wurde am 25. Oktober neuerlich verlängert. Eine von der EU entwickelte „Roadmap" für Reformen in Belarus sieht vor, dass die belarussische Regierung u. a. die Todesstrafe abschaffen, ihre Repressionen gegenüber der Opposition einstellen und demokratische Präsidentenwahlen abhalten müsse.

Die Beziehungen der EU zu Belarus wurden während des Jahres insbesondere durch die Vollstreckung zweier Todesurteile (während im Jahr 2009 keine Hinrichtung durchgeführt worden war) sowie eine Auseinandersetzung der belarussischen Behörden mit dem unabhängigen belarussischen „Bund der Polen" belastet.

Die Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember, bei denen Amtsinhaber Alexander Lukaschenko mit rund 80 % der Stimmen wiedergewählt wurde, wurden von der Wahlbeobachtermission der OSZE als „nicht den OSZE-Standards entsprechend" kritisiert. Das unverhältnismäßig gewaltsame Vorgehen der Sicherheitsorgane und die Verhaftung mehrerer hundert Demonstranten am Wahlabend, darunter die meisten der Gegenkandidaten Lukaschenkos, rief Kritik seitens der EU bzw. mehrerer europäischer Staaten und der USA hervor. Bundesminister Michael Spindelegger erklärte, dass die massive Gewaltanwendung gegen Demonstranten keinesfalls hingenommen werden könne und die belarussische Führung einen Schritt weg von der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft gemacht habe; er erwarte eine umgehende Freilassung der Festgenommenen und eine Untersuchung der Übergriffe. Namens der EU gab die Hohe Vertreterin Catherine Ashton eine inhaltlich ähnliche Erklärung ab. Die EU hat in der Folge eine Prüfung ihrer Politik gegenüber Minsk und der Ergreifung weiterer restriktiver Maßnahmen begonnen.

Am 31. Dezember wurde bekannt, dass Belarus das Mandat des OSZE-Büros Minsk nicht verlängert. Der litauische OSZE-Vorsitz hat daraufhin angekündigt, gegenüber Belarus auf eine Revision dieser Entscheidung zu drängen.

4.4. Südkaukasus

Die EU eröffnete im Juli mit den drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien Verhandlungen über **bilaterale Assoziationsab-**

kommen. Damit werden die Beziehungen zwischen der EU und diesen Ländern im Rahmen der **Östlichen Partnerschaft** auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Hauptziel der Abkommen ist eine enge politische Assoziation und eine schrittweise wirtschaftliche Integration der drei Staaten. Dabei wird von den südkaukasischen Ländern ein starkes Engagement für gemeinsame Werte und Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und verantwortliches staatliches Handeln gefordert.

Das Verfassungsgericht in **Armenien** entschied im Jänner, dass die im Oktober 2009 unterzeichneten Protokolle zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei mit der armenischen Verfassung vereinbar sind. Der Ratifikationsprozess im armenischen Parlament wurde allerdings am 22. April mit dem Hinweis suspendiert, dass die türkische Seite eine Ratifikation mit der Lösung des Berg-Karabach-Konflikts verbinden würde.

Anlässlich des Staatsbesuches des russischen Präsidenten Medwedjew in Jerewan im August wurde die Laufzeit des russischen Militärstützpunkts im armenischen Gjumri bis 2044 verlängert.

Nach Korruptions- und Amtssorgfaltsverletzungsvorwürfen wurden im November zwei Vizeminister und im Dezember der Justiz- und der Wirtschaftsminister entlassen. Ebenfalls im Dezember trat der Bürgermeister von Jerewan zurück.

Die Parlamentswahlen in **Aserbaidschan** am 7. November verliefen in friedlicher Atmosphäre. Die internationalen Wahlbeobachter werteten die Vorbereitung und Durchführung des Urnengangs allerdings nicht als Ausdruck eines fortschreitenden Demokratisierungsprozesses.

Das Wirtschaftswachstum Aserbaidschans (basierend auf der Erdöl- und Erdgasindustrie) schwächte sich ab, lag aber immer noch bei ca. 5 %. Aserbaidschan wird zu einem der wichtigsten Erdgaslieferanten für die EU (neben Russland, Algerien und Norwegen), sobald die entsprechenden Gastransportkapazitäten geschaffen sind. Mit Blick auf die damit verbundene erhöhte Energiesicherheit für Europa fördert die EU die Anbindung Aserbaidschans an den europäischen Energiemarkt, indem sie Gas-Infrastrukturvorhaben entsprechend unterstützt, inklusive das unter österreichischer Leitung stehende Nabucco-Gaspipelineprojekt.

In **Georgien** fanden am 30. Mai Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen statt, die mit einem klaren Sieg der Partei des amtierenden Präsidenten Micheil Saakaschwili, Vereinigte Nationalbewegung, endeten. Internationale WahlbeobachterInnen stellten zwar klare Verbesserungen im Wahlprozess fest, betonten aber auch nach wie vor bestehende Mängel. Die interne politische Situation bleibt weiterhin durch die bestehende Polarisierung zwischen dem Präsidenten und der Regierung auf der einen Seite und den Oppositionsparteien auf der anderen Seite gekennzeichnet. Im Oktober verabschiedete das Parlament eine neue Verfassung, die eine Stärkung des Premierministers

gegenüber dem Präsidenten vorsieht. Der NATO-Gipfel in Lissabon bestätigte im November die Perspektive einer zukünftigen Mitgliedschaft Georgiens.

Zwei Jahre nach dem Georgienkrieg ist im Konflikt um die beiden abtrünnigen Gebiete **Abchasien** und **Südossetien** kaum Bewegung erkennbar. Während einerseits die Gefahr eines neuen Aufflammens von Kämpfen gebannt scheint, ist andererseits keine signifikante Annäherung zwischen den Konfliktparteien abzusehen. Die Vermittlungsbemühungen im Rahmen der **Genfer Gespräche** unter dem gemeinsamen Vorsitz der EU, den VN und der OSZE und mit Teilnahme der USA wurden fortgesetzt. Auch der **EU-Sonderbeauftragte für die Georgien-Krise**, Pierre Morel, und jener **für den Südkaukasus**, Peter Semneby, leisten weiterhin wertvolle Vermittlungsbemühungen sowohl innerhalb Georgiens als auch zu anderen Staaten in der Region wie Russland, Armenien und Türkei.

Die seit September 2008 in Georgien eingesetzte Monitoring Mission der EU **(EUMM)** ist die einzige internationale Präsenz. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Beobachtung der vollen Einhaltung der Sechs-Punkte-Vereinbarung auf dem gesamten georgischen Staatsgebiet. EUMM hat aber weiterhin keinen Zugang zu den abtrünnigen Gebieten und wurde im Juli um ein weiteres Jahr bis September 2011 verlängert.

5. Russland

Die russische Innenpolitik wurde weiterhin durch das aus Präsident Dmitri Medwedjew und Ministerpräsident Vladimir Putin bestehende „Regierungstandem" bestimmt. Die russische Wirtschaft, die während der Wirtschaftskrise den stärksten BIP-Rückgang unter den G-20 Staaten zu verzeichnen hatte, konnte sich – nicht zuletzt dank dem stabilen Ölpreis – wieder erholen. Gebremst wurde die wirtschaftliche Erholung durch die weiter bestehenden strukturellen Defizite sowie den ungewöhnlich heißen Sommer, der neben Ernteausfällen auch großflächige Waldbrände zur Folge hatte. Am 6. Juli trat der Einheitliche Zollkodex zwischen Russland, Belarus und Kasachstan in Kraft. Damit wurde die lange geplante Zollunion zwischen diesen drei Ländern wirksam. Nächste Integrationsziele sind aus russischer Sicht die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sowie einer gemeinsamen Währung. Außerdem konnten die bilateralen Beitrittsverhandlungen zur WTO mit der EU und den USA zu einem Ende gebracht werden.

Um die Situation im unruhigen Nordkaukasus zu stabilisieren, wurde am 19. Jänner ein neuer Föderaler Distrikt „Nordkaukasus" geschaffen, der sieben nordkaukasische Regionen umfasst. Außerdem wurde eine „Strategie der Entwicklung des Nordkaukasus bis 2025" angenommen, in deren Rahmen das sozioökonomische Umfeld in der Region verbessert werden soll. Gleichzeitig bleibt die Sicherheitslage im Nordkaukasus, insbesondere in Dagestan und Inguschetien, instabil. Fast tägliche Kampfhandlungen sowie

Anschläge auf die Moskauer Metro, die im April offenbar von Tätern aus der Region verübt wurden, zeigen, dass sich die Spirale der Gewalt weiterdreht.

Außenpolitisch konnten aus russischer Sicht einige Erfolge verbucht werden. So ist es gelungen, das Klima in den russisch-amerikanischen Beziehungen weiter zu verbessern. Die Präsidenten der USA und Russlands unterzeichneten am 8. April in Prag den START-Nachfolgevertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen. Zudem deutet sich zunehmend auch eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Russland und der NATO an. Moskau ist zufrieden, dass das am 19. November beim NATO-Gipfel angenommene neue Strategische Konzept der Allianz Russland nicht mehr als Bedrohung einstuft. Bei dem am 20. November abgehaltenen NATO-Russland-Gipfel wurde zudem eine engere Zusammenarbeit betreffend Afghanistan sowie eine mögliche Beteiligung Russlands an einer gemeinsamen Raketenabwehr vereinbart.

Weiters haben sich seit Amtsantritt des neuen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch am 25. Februar die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine deutlich verbessert. Die Gewährung eines Preisrabattes für russisches Erdgas im Gegenzug für die Verlängerung des Pachtvertrags für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim bis 2042, die Beendigung ukrainischer NATO-Ambitionen sowie zahlreiche bilaterale Kontakte auf höchster Ebene zeugen von dieser Verbesserung des Verhältnisses. Die gemeinsame Trauer von Polen und Russen nach dem Unfalltod des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski infolge eines Flugzeugabsturzes beim russischen Smolensk brachte auch eine Verbesserung des Verhältnisses zu Warschau.

Zwischen der EU und Russland besteht eine strategische Partnerschaft, die in der Verwirklichung von „Vier Gemeinsamen Räumen“ (Wirtschaft, innere Sicherheit, äußere Sicherheit sowie Forschung, Bildung und Kultur) ausgestaltet werden soll. Parallel wird über ein neues EU-Russland-Rahmenabkommen verhandelt.

Russland ist in den Beziehungen zur EU inhaltlich vor allem an Visafreiheit, Energiepartnerschaft und europäischer Sicherheit interessiert. Die beiden EU-Russland-Gipfel brachten Fortschritte: Auf dem Gipfel in Rostow-am-Don wurde am 1. Juni eine gemeinsame Erklärung zur Modernisierungspartnerschaft verabschiedet. Diese Partnerschaft soll unter anderem neue Möglichkeiten zu wechselseitigen Investitionen im Innovationsbereich eröffnen.

Beim Gipfel am 7. Dezember in Brüssel wurde bestätigt, dass sich die EU und Russland dem gemeinsamen Ziel der Visafreiheit in Form „gemeinsamer Schritte“ annähern werden. Von EU-Seite wurde ein Dokument übergeben, in dem Maßnahmen u. a. in den Bereichen Dokumentensicherheit, Grenzkontrolle und Migration angesprochen werden.

6. Zentralasien

Mit ihrer 2007 angenommenen Strategie für Zentralasien möchte die EU im Wege eines verstärkten Engagements in sieben Bereichen zur Förderung der Stabilität und Sicherheit, zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, Bekämpfung der Armut in Zentralasien sowie zur verbesserten regionalen Kooperation der fünf Länder der Region untereinander und mit der EU beitragen. Der am 14. Juni dem Europäischen Rat vorgelegte Gemeinsame Fortschrittsbericht des Rates und der EK über den Umsetzungsstand der Zentralasien-Strategie der EU konstatierte eine deutliche Intensivierung der Beziehungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten mit den Ländern Zentralasiens in den vergangenen drei Jahren. EU-Kommissar Günther Öttinger absolvierte am 14. April einen bilateralen Besuch in Turkmenistan. EU-Kommissar Andris Piebalgs besuchte vom 15. bis 18. November Kirgisistan und Usbekistan. Am 28. April fand in Brüssel ein Treffen der EU-AußenministerInnen mit den Außenministern der zentralasiatischen Länder statt. Am 14. und 15. Juni wurde in Duschanbe ein von der EU organisiertes Ministertreffen zum Thema Rechtsstaatlichkeit abgehalten. 2010 wurden die bis dahin der EK-Vertretung in Astana unterstellten Repräsentanzen in Kirgisistan und Tadschikistan in eigenständige EU-Delegationen umgewandelt. Mit eigenen EU-Initiativen wird den Bereichen Bildung, Umwelt/Wasser und Rechtsstaatlichkeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Auf großes Interesse stoßen die beiden größten EU-Programme in Zentralasien – Border Management in Central Asia **(BOMCA)** und Central Asia Drug Action Programme **(CADAP)** – in die die EU bereits etwa 45 Millionen Euro investiert hat. Die EU hat mit allen Ländern Zentralasiens einen Menschenrechtsdialog etabliert. Die größten Herausforderungen für die Region sind weiterhin Sicherheitsfragen im weitesten Sinne, die unmittelbare Nähe zu Afghanistan, die Armutsbekämpfung, das regionale Wassermanagement und der Demokratisierungsprozess.

Die Unterstützung der EU in der Finanzperiode 2007–2013 umfasst 750 Millionen Euro. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten gehören zu den größten Gebern in Zentralasien.

Das Jahr 2010 stand in **Kasachstan** ganz im Zeichen des OSZE-Vorsitzes. Präsident Nursultan Nasarbajew stattete am 26. und 27. Oktober einen offiziellen Besuch in Brüssel ab. Die EU-internen Verhandlungen über die Erteilung eines Mandats an die EK zur Aufnahme von Verhandlungen über ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen **(PKA)** mit Kasachstan wurden aufgenommen. 2010 trat die Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan in Kraft. Kasachstan strebt aber weiterhin seine individuelle Aufnahme in die WTO an. Das Wirtschaftswachstum betrug ca. 6 %. Zur Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft wurde 2010 das Programm der „forcierten Industrialisierung 2010–2014“ und die auf die Förderung des KMU-Bereichs ausgerichtete „Business road map 2020“ lanciert.

Demonstrationen in mehreren Städten **Kirgisistans** führten am 7. April zum Sturz des Regimes von Präsident Kurmanbek Bakijew, der sich zunächst in den Süden des Landes absetzte, danach das Land verließ, und seinen Rücktritt erklärte. Die selbsternannte provisorische Regierung unter der Leitung der sozialdemokratischen Fraktionsführerin Roza Otunbajewa setzte sich zum Ziel, die Stabilität im Lande wiederherzustellen und den Aufbau demokratischer Strukturen in Angriff zu nehmen. Schwere Unruhen zwischen Kirgisen und Usbeken erschütterten vom 10.-12. Juni Osch und Dzhalalabad, wobei mehrere Hundert Menschen getötet und Tausende verletzt wurden. Laut UNHCR flüchteten ca. 375.000 Angehörige der usbekischen Minderheit vorübergehend in das benachbarte Usbekistan. Die meisten Ausländer wurden evakuiert. Beispielhaft funktionierte in dieser Zeit die Koordinierung zwischen der EU, der OSZE und den VN sowie der provisorischen Regierung. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen wurde am 27. Juni ein Referendum abgehalten, bei dem sich 90,58 % der Stimmberechtigten für die neue Verfassung und die Einführung eines parlamentarischen Systems aussprachen. Am 3. Juli wurde Roza Otunbajewa als Präsidentin für die Übergangszeit bis 31. Dezember 2011 angelobt. Am 10. Oktober fanden erstmals freie und faire Parlamentswahlen statt, bei denen fünf von 29 Parteien den Einzug in das Parlament schafften. Am 17. Dezember einigten sich die Sozialdemokratische Partei Kirgisistans und die beiden Parteien Ata Dzhurt und Respublika auf die Bildung einer Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister Almazbek Atambajew. Die großen Herausforderungen für die neue Regierung sind die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Armut, der Wiederaufbau im Süden und der Versöhnungsprozess zwischen Kirgisen und Usbeken. Die internationale Gemeinschaft hat großzügige Hilfe für die Flüchtlinge und den Wiederaufbau geleistet. Auf Wunsch von Kirgisistan wurde eine internationale Untersuchungskommission zur Beleuchtung der Ursachen der blutigen Unruhen in Südkirgisistan eingesetzt. Mit Zustimmung Kirgisistans soll eine OSZE-Polizeimission nach Südkirgisistan entsandt werden.

Am 1. Jänner trat das PKA mit **Tadschikistan** in Kraft. Der erste Kooperationsrat EU–Tadschikistan wurde am 13. Dezember in Brüssel abgehalten. Die interne Sicherheit blieb labil. Ein besonderes Risiko stellt die ca. 1.300 km lange Grenze mit Afghanistan dar, an der es wiederholt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem tadschikischen Grenzschutz und illegalen Grenzgängern aus Afghanistan gekommen ist. Die tadschikische Wirtschaft konnte wieder einen Aufwärtstrend verzeichnen. Von prioritärer Bedeutung ist der Ausbau der Wasserkraft. Im Juni wurde in Duschanbe unter VN-Schirmherrschaft eine internationale Konferenz zum Thema „Water for Life" ausgerichtet.

Das PKA mit **Turkmenistan** ist mangels Ratifikation in einigen EU-Mitgliedstaaten noch nicht in Kraft. Österreich hat das Abkommen bereits ratifiziert. Am 1. August trat das Interimsabkommen zur Regelung der handelsbezoge-

nen Fragen zwischen der EU und Turkmenistan in Kraft. 2010 wurde eine neue Gaspipeline in den Iran in Betrieb genommen und mit dem Bau der Ost-West-Pipeline begonnen. Am 11. Dezember nahmen die Präsidenten Turkmenistans, Afghanistans und Pakistans sowie der indische Energieminister in Aschgabat an der feierlichen Unterzeichnung des Rahmenabkommens betreffend den Bau der Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien (TAPI)-Pipeline teil.

In **Usbekistan** fand am 10. Jänner die zweite Runde der Parlamentswahlen statt. Die Mehrheit der Abgeordneten stellt die Liberaldemokratische Partei. Da frühere OSZE/ODIHR Empfehlungen nicht beachtet wurden, entsandte die OSZE lediglich eine Wahlbeurteilungsmission, die weiterhin substantielle Schwierigkeiten bei der Beachtung der OSZE Verpflichtungen feststellte.

Nach den gewaltsamen Unruhen Anfang Juni im Süden Kirgisistans verhielt sich Usbekistan kooperativ und öffnete seine Grenzen. Ca. 375.000 Flüchtlinge der usbekischen Minderheit kamen nach Usbekistan, und ausländischen Hilfskräften wurde uneingeschränkter Zugang gewährt. Ende Juni kehrte die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge nach Kirgisistan zurück.

Der Rat äußerte in seinen Schlussfolgerungen vom 25. Oktober zu Usbekistan weiterhin schwere Bedenken, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtstaatlichkeit.

7. Naher und Mittlerer Osten, Mittelmeerraum und Golfstaaten

7.1. Nahost-Friedensprozess

Die EU hatte mit umfassenden und klaren Aussagen zu den zentralen offenen Fragen im israelisch-palästinensischen Konflikt anlässlich des Ratstreffens der Außenminister im Dezember 2009 erneut ihre Bereitschaft bekundet, den Verhandlungsprozess aktiv zu unterstützen. Seit der Bildung einer neuen israelischen Regierung unter Premierminister Benjamin Netanyahu war es zu keinen direkten Gesprächen zwischen den israelischen und palästinensischen Verhandlungsteams gekommen – der US-Sondergesandte, Senator Mitchell, versuchte in Annäherungsgesprächen („proximity talks“) die Positionen der beiden Seiten auszuloten und eine Basis für die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zu legen.

Den wichtigsten Konfliktpunkt bildete die Weiterführung der israelischen Siedlungspolitik. Die palästinensische Seite wies auf den Widerspruch zwischen den Verhandlungen um eine „Zwei-Staaten-Lösung“ und der israelischen Bautätigkeit auf besetztem palästinensischem Gebiet hin und forderte einen absoluten israelischen Baustopp. Israel war lediglich zu einem auf zehn Monate befristeten teilweisen Baustopp im Westjordanland bereit, die Bautätigkeit in Ost-Jerusalem blieb von diesem Moratorium überhaupt ausgeschlossen.

Dennoch gelang es den USA, Anfang September die Verhandlungspartner erstmals wieder zu direkten Gesprächen an den Verhandlungstisch zu bewegen, das Auslaufen des israelischen Baumoratoriums Ende September führte jedoch erneut zum Abbruch dieser Gespräche.

Nichtsdestoweniger erneuerte der US-Präsident vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen **(VN-GV)** die Hoffnung auf entscheidende Fortschritte innerhalb eines Jahres, indem er von der Möglichkeit eines neuen Mitglieds der Vereinten Nationen – einem unabhängigen, souveränen Staat „Palästina" sprach.

Die EU beteiligte sich als Partner der Vereinigten Staaten im Nahost-Quartett an den Anstrengungen um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen und blieb der wichtigste Partner der Palästinensischen Behörde **(PB)** in ihren Anstrengungen um den Aufbau effizienter Institutionen eines künftigen Staates, wie ihn deren Regierungsplan 2009–2011 vorsieht. Anlässlich einer Geberkonferenz im Umfeld der VN-GV bescheinigte die Gebergemeinschaft unter der Führung der Weltbank der palästinensischen Regierung von Ministerpräsident Salam Fayyad wichtige Fortschritte auf diesem Weg.

Ohne jeden Fortschritt hingegen blieben Versuche um eine Überwindung des tief greifenden Konflikts der beiden großen palästinensischen politischen Lager und damit der Spaltung zwischen dem Westjordanland und dem von der Hamas dominierten Gaza-Streifen. Lediglich die anhaltend großzügige internationale Unterstützung erlaubte die Aufrechterhaltung eines Mindestmaßes an öffentlichen Leistungen durch die PB bzw. durch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (**UNRWA** – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East), welches bereits auf mehr als sechzig Jahre seiner Tätigkeit zurückblickt.

Eine israelische Militäraktion gegen eine türkische Flottille mit Hilfslieferungen für Gaza, die Ende Mai die israelische Seeblockade gegen den Gaza-Streifen zu durchbrechen versuchte, forderte neun Todesopfer auf Seite der Aktivisten und führte zu heftigen internationalen Protesten und einer tiefen Krise in den israelisch-türkischen Beziehungen. Der Vorfall brachte in der Folge israelische Zugeständnisse im Sinne einer Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung des Gaza-Streifens; die EU-Forderung nach einer fundamentalen Änderung der israelischen Einfuhrpolitik gegenüber dem Gaza-Streifen wurde allerdings nicht erfüllt.

Während die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation **(PLO)** im Lichte des Stillstandes im Friedensprozess Alternativen wie das Werben um die Anerkennung des palästinensischen Staates suchte, häuften sich in der zweiten Jahreshälfte wieder bewaffnete Scharmützel und Raketenfeuer zwischen militanten bewaffneten Gruppen im Gaza-Streifen und der israelischen Armee.

Auch an der israelischen Nordgrenze kam es erstmals seit Ende des Krieges 2006 wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israeli-

schen Armee und der Hisbollah im Süd-Libanon, die einzelne Todesopfer forderten; insgesamt konnte die angespannte Waffenruhe weit gehend aufrecht erhalten werden. Laut israelischen Geheimdienstinformationen hätten die Milizen der Hisbollah seit dem Ende des Krieges im Sommer 2006 ihr Waffenarsenal unter Mithilfe des Iran und Syriens wieder vollständig erneuert und damit eklatant gegen eine Grundforderung der Resolution 1701 des VN Sicherheitsrates aus dem Jahre 2006, nämlich eines Verbotes aller Waffen außerhalb der libanesischen Armee, verstoßen.

Keinerlei Bewegung gab es im Verhältnis zwischen Israel und Syrien, wobei die Krise in den israelisch-türkischen Beziehungen eine Wiederaufnahme der türkischen Mittlerrolle für Gespräche um ein Ende des Konflikts um die Golan Höhen zusätzlich erschwerten.

Der Rat der EU bekräftigte im Dezember seine im Jahr davor erklärten Positionen zum Nahost-Konflikt und erneuerte die Bereitschaft der EU zur aktiven Unterstützung der Parteien in ihren Anstrengungen um eine Lösung dieses Jahrzehnte langen Konflikts.

Bundesminister Spindelegger verschaffte sich im Februar anlässlich einer Reise nach Israel, in die Palästinensischen Gebiete, nach Syrien und in den Libanon persönliche Eindrücke und diskutierte in Kontakten mit allen Entscheidungsträgern der besuchten Länder die unterschiedlichen Sichtweisen zum Nahost-Friedensprozess. Er bekräftigte die Bereitschaft Österreichs, bilateral und im Rahmen der EU die Wiederaufnahme des Friedensprozesses aktiv zu unterstützen und an politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen für eine dauerhafte Friedenslösung mitzuwirken. Bundesminister Spindelegger wies in diesem Zusammenhang auf die international anerkannten Positionen betreffend Zwei-Staaten-Lösung und Stopp des israelischen Siedlungsbaus hin.

7.2. Mittlerer Osten

Der **Irak** wurde von der EU durch zahlreiche Initiativen bei der nationalen Aussöhnung, Verfassungsrevision, Flüchtlingsrückkehr sowie beim Aufbau der Kompetenzen des irakischen Parlaments unterstützt.

Am 7. März fanden Parlamentswahlen statt, die als transparent und weitgehend frei eingestuft wurden. Erst acht Monate danach, am 11. November, wurde der amtierende Präsident Jalal Talabani vom irakischen Parlament bestätigt. Er beauftragte den amtierenden Premierminister Dschawad al Maliki mit der Regierungsbildung, welche am 21. Dezember abgeschlossen wurde. Von den 42 Ministerposten war allerdings am Ende des Jahres ein Dutzend noch nicht besetzt. Die neue irakische Regierung ist eine der nationalen Einheit unter Beteiligung von Schiiten, Sunniten und Kurden. Als Gegengewicht zum Einfluss des Premierministers soll 2011 ein „Rat für Politische Strategien“ geschaffen werden, dem Malikis säkularer Konkurrent Iyad Allawi vorstehen soll.

Weiterhin offen blieb die Zugehörigkeit der umstrittenen, erdölreichen Gebiete im Norden, Kirkuk und Mosul. Ein für ein Referendum notwendiger Zensus wurde im Dezember ein weiteres Mal verschoben.

Die EU unterstützte auch weiterhin irakische Behörden bei der notwendigen Verbesserung der Grundversorgung. Das Mandat der Rechtsstaatlichkeitsmission **EUJUST LEX** wurde bis zum 30. Juni 2012 verlängert. Seit Juli werden die Weiterbildungskurse nicht nur in EU-Mitgliedstaaten, sondern auch im Irak selber abgehalten. Der Abkommenstext des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Irak wurde im Juni paraphiert.

Während sich die angespannte innenpolitische Situation im **Iran** infolge der Präsidentschaftswahl vom 12. Juni 2009 weitgehend beruhigte, haben sich die gravierenden Menschenrechtsprobleme verschärft. In mehreren Erklärungen und Demarchen äußerte sich die EU besorgt darüber und ging dabei insbesondere auf die Situation von Minderheiten und MenschenrechtsaktivistInnen sowie die häufige Verhängung von Todesstrafen ein. Besonderes Augenmerk wurde auf den Prozess gegen sieben führende Bahá'í gelegt, die am 8. September zu jeweils 20 Jahren Haft verurteilt wurden. Der Prozess wurde in einer von Österreich mitinitiierten EU-Erklärung verurteilt, die Haftstrafen wurden mittlerweile auf zehn Jahre herabgesetzt. Am 29. August und 4. November wurden u. a. EU-Demarchen zu 13 zum Tod durch Steinigung verurteilten Personen sowie die vorherrschende Repression gegen MenschenrechtsverteidigerInnen in Teheran und Brüssel durchgeführt.

Die Zweifel der internationalen Staatengemeinschaft am ausschließlich zivilen und friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms konnten bisher nicht beseitigt werden. Durch einen Beschluss des Rates vom 26. Juli und eine am 27. Oktober in Kraft getretene Verordnung setzte die EU die Resolution 1929 (2010) des VN-Sicherheitsrates **(VN-SR)** vom Juni um und nahm eigene autonome Maßnahmen an, welche über jene der Resolution 1929 hinausgehen. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem eine Ausweitung der Beschränkungen des Zahlungsverkehrs und der Exporte in den Iran, bestimmte Investitionsverbote, zusätzliche Listungen von Personen, deren Vermögenswerte eingefroren bzw. die mit Ein- bzw. Duchreiseverboten belegt wurden sowie eine Bekräftigung des Anreicherungsverbots von Uran. Die Internationale Atomenergie-Organisation **(IAEO)** stellte am 23. November fest, dass der Iran in Verletzung der Resolutionen des Gouverneursrates der IAEO sowie des VN-SR seine Aktivitäten im Bereich der Urananreicherung fortgeführt und den Weiterbau des Schwerwasserreaktors in Arak und der bis 2009 geheim gehaltenen Urananreicherungsanlage in Fordow bei Qom fortgesetzt hat. Nach 14-monatiger Unterbrechung fanden am 6. und 7. Dezember Gespräche über das iranische Nuklearprogramm zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des VN-SR plus Deutschland und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Iran im sogenannten E3+3-Format in Genf statt. Die Gespräche blieben ohne konkrete Ergebnisse, die nächste Verhandlungsrunde wurde für Ende Jänner 2011 in

Istanbul anberaumt. Am 18. Dezember wurde überraschend Ali Akbar Salehi, ehemaliger Ständiger Vertreter Irans bei der IAEO und Direktor der iranischen Atomenergiebehörde zum neuen iranischen Außenminister ernannt.

Der misslungene Versuch eines im **Jemen** ausgebildeten Attentäters, am Weihnachtstag 2009 einen US-amerikanischen Linienflug auf dem Weg nach Detroit in die Luft zu sprengen, hat die Aktivitäten von Al-Qaida im Jemen gemeinsam mit den anderen Problemen des Landes schlagartig ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt: rasanter Bevölkerungsanstieg, wachsende Armut und Korruption, die Houthi-Rebellion im Norden, die Sezessionsbewegung im Süden.

Während die USA ihre Bemühungen nochmals verstärkten, den Terror mit Beratern, Militärhilfe und durch den vermehrten Einsatz von Drohnen zu bekämpfen, verwies der Jemen wiederholt auf seinen Bedarf an finanzieller Unterstützung. Die Geberländer hielten die Notwendigkeit von Reformen entgegen. Bei einer Konferenz am 27. Januar in London erfolgte die Gründung der „Freunde des Jemen“ (G8 und 14 andere Staaten, dazu VN und weitere multilaterale Akteure). Zwei Arbeitsgruppen wurden eingesetzt, um Empfehlungen für Schritte zur Stärkung des Jemen auszuarbeiten.

Beim Treffen der „Freunde des Jemen” Ende September in New York empfahl die erste Arbeitsgruppe (“Economy and Governance“) unter anderem die Fortsetzung des politischen Dialogs mit den Oppositionsparteien. Dieser Dialog soll zu einer Einigung über faire Modalitäten für die Parlamentswahlen führen, die im April 2011 fällig sind. Die zweite Gruppe (“Justice and Rule of Law“) forderte verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption und den Ausbau des Gerichtswesens.

Die Staaten des Golfkooperationsrats erklärten sich bereit, in Sana’a ein Koordinationsbüro für die Arbeit der Geber zu eröffnen.

Mitte Dezember beschloss das Parlament gegen die Stimmen der Opposition Änderungen zum Wahlgesetz, was zu längeren Protesten (Demonstrationen, Sitzstreiks) führte.

7.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Union für den Mittelmeerraum)

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen der EU und ihren Partnern im Mittelmeerraum besteht seit 1995 und wurde nach der Stadt ihrer Begründung auch „Barcelona-Prozess“ genannt. Seit 2008 heißt sie nach einer Neustrukturierung und Erweiterung nunmehr „Union für den Mittelmeerraum“ (UfM). Sie umfasst alle EU-Mitgliedstaaten, alle Mittelmeeranrainer mit Ausnahme von Libyen, das seit 2008 nicht mehr teilnimmt, sowie Jordanien und Mauretanien.

Infolge der Entwicklungen im Nahostkonflikt waren die politischen Voraussetzungen für die Abhaltung des in Barcelona geplanten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs nicht gegeben. Auf FachministerInnenebene

fanden eine Wasserkonferenz in Barcelona (13. April), ein HandelsministerInnentreffen in Brüssel (11. November) und ein ArbeitsministerInnentreffen in Brüssel (22. November) statt. Das in Slowenien geplante ErziehungsministerInnentreffen musste allerdings verschoben werden, ebenso wie die in Kairo geplante LandwirtschaftsministerInnenkonferenz.

Das von der AußenministerInnenkonferenz in Marseille 2008 beschlossene Sekretariat der UfM wurde in Barcelona eingerichtet und der jordanische Botschafter Ahmad Masa'deh zum Generalsekretär bestellt. Auch die sechs stellvertretenden GeneralsekretärInnen wurden ernannt, das Sitzabkommen mit Spanien unterzeichnet, ein Arbeitsprogramm und der Budgetrahmen für 2011 beschlossen.

Die Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog zwischen Kulturen (vgl. auch Kapitel K.VII.2) setzte ihre Arbeit im Rahmen des Dreijahresprogramms 2009 bis 2011 fort und begann mit Konsultationen über die nächste Programmperiode. Von 4.-7. März fand das von der Stiftung organisierte Anna-Lindh-Forum mit etwa 500 TeilnehmerInnen aus der Zivilgesellschaft in Barcelona statt. Im September veröffentlichte die Anna-Lindh-Stiftung einen wegweisenden Bericht über interkulturelle Trends.

Die 6. Vollversammlung der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung fand am 13. und 14. März in Amman (Jordanien) statt. Der Vorsitz ging von Jordanien auf Italien über. Unter der Leitung des österreichischen Bundesrats Stefan Schennach fanden zwei Sitzungen des Ad-Hoc-Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser in Österreich statt: am 28. Juni in Innsbruck und am 29. und 30. November in Wien.

7.4. Golfkooperationsrat

Der aus Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestehende Golfkooperationsrat **(GKR)** ist für die EU als wichtigster Handelspartner in der arabischen Welt von besonderer strategischer Bedeutung. Auf den GKR entfallen etwa zwei Fünftel des gesamten Handels der EU mit den arabischen Staaten. Darüber hinaus ist die Golfregion für Europa auch ein zunehmend wichtiger Partner bei zentralen Zukunftsfragen wie der Energiesicherheit und der Bekämpfung des Terrorismus.

Der GKR hat die seit 1991 laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen EU und GKR bei seinem Gipfeltreffen Ende 2008 für suspendiert erklärt. Das 20. Gemeinsame Rats- und Ministertreffen EU-GKR fand am 15. Juni in Brüssel statt und verabschiedete den EU-GKR Gemeinsamen Aktionsplan, der auf die Verstärkung der Kooperation in verschiedenen strategischen Gebieten ausgerichtet ist. Weiters wurden politische Themen wie der Nahostfriedensprozess, Irak, Iran und Jemen besprochen. Zum Freihandelsabkommen fanden mehrere informelle Gespräche zwischen den Ver-

handlungspartnern statt, jedoch konnte weiterhin kein Durchbruch erzielt werden.

8. Nordamerika

8.1. Vereinigte Staaten von Amerika

2010 stand **innenpolitisch** ganz im Zeichen der **heftig umkämpften „midterm"-Wahlen**, die am 2. November stattfanden und zu einer **deutlichen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse** führten: Mit Zusammentreten des neuen Kongresses im Jänner 2011 verfügen die Republikaner mit 242 der 435 Sitze (ein Zuwachs von 63 Mandaten) über eine klare Mehrheit im Repräsentantenhaus. Im Senat gelang es den Demokraten trotz des Verlusts von sechs Mandaten eine Mehrheit (einschließlich zweier unabhängiger Senatoren) von 53 zu 47 Sitzen zu halten. Bei den Gouverneurswahlen schnitt die republikanische Partei mit einem Nettozugewinn von fünf Bundesstaaten sehr gut ab. Der Ausgang der Gouverneurswahlen hat auch Bedeutung angesichts der nach der Volkszählung von 2010 anstehenden Neubestimmung der Kongressdistrikte, die oft auch entgegen geographischer Prinzipien so gezogen werden, dass einer Partei daraus ein Vorteil erwächst (sog. „gerrymandering"). Innerhalb der republikanischen Partei gelang es der sog. „Tea-Party-" Bewegung sich weiter zu konsolidieren.

Im Zentrum des Wahlkampfs stand die **aktuelle Wirtschaftslage und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit**. Nach Medienberichten gaben 80 % der befragten Wähler die Wirtschaftslage als primäres Wahlmotiv an. Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Obama-Administration standen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft nach den Erschütterungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die US-Wirtschaft ist 2010 nicht zuletzt aufgrund dieser Maßnahmen (Konjunkturpaket etc.) auf einen Kurs des moderaten Wirtschaftswachstums zurückgekehrt. Dieses Wirtschaftswachstum war allerdings zu gering, um für eine merkliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit von über 9 % sowie die an sich positive Reduktion privater Schulden schwächte auch die traditionell starke Binnennachfrage.

Die Monate vor den Wahlen waren durch einen zeitweise **heftig geführten Wahlkampf und weitgehende Polarisierung** zwischen Demokraten und Republikanern geprägt, die dazu führte, dass eine Reihe wichtiger innen- wie außenpolitischer Entscheidungen phasenweise nicht getroffen werden konnten. Dies gelang in vielen Fällen erst im Zeitraum zwischen den Wahlen am 2. November und dem Zusammentreten des neuen Kongresses im Jänner 2011. Diese sogenannte „lame-duck"-Phase gilt als eine der aktivsten der jüngeren US-Geschichte. So wurden u. a. folgende neue gesetzlichen Regelungen angenommen: Verlängerung der unter Präsident Bush eingeführten Steuererleichterung einschließlich der Verlängerung der Zahlungen an Lang-

zeitarbeitslose und einzelner Maßnahmen des Konjunkturpakets aus dem Jahr 2009, die Übernahme der Kosten für die medizinische Behandlung für Einsatzkräfte und andere Überlebende der Terroranschläge vom 11. September, die Aufhebung der sogenannten „Don't Ask Don't Tell"-Regelung, die es homosexuellen Menschen verbot, offen im US-Militär zu dienen, sowie neue Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit.

Auch das neue **START-Abkommen** wurde nach monatelangen und zum Teil sehr zähen Verhandlungen am 22. Dezember vom Senat angenommen. Im Zentrum der Debatte standen Fragen der Modernisierung des verbleibenden US-Nuklearwaffenarsenals sowie der Ausbau des US-Raketenschildes. Letztlich stimmten 56 demokratische und 13 republikanische Senatoren für das Abkommen.

Die Obama-Administration setzte in der **Ausgestaltung ihrer Außenpolitik** weiterhin auf **Diplomatie, Dialog und internationale Kooperation**. Für seine Bereitschaft, Defizite der vergangenen US-Politik einzuräumen, und eine etwas nuanciertere Haltung zur Idee des sogenannten „American exceptionalism" erntete Obama aber auch zunehmend Kritik v.a. von konservativer Seite.

Zwischen den USA und Europa besteht nach wie vor Einigkeit über die Wichtigkeit der **transatlantischen Beziehungen**, die auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung anderer weltpolitischer Akteure (China, Indien, u. a.) für substanzielle Fortschritte genutzt werden sollen.

Im **Irak** wurde der Kampfeinsatz der US-Truppen planmäßig im August beendet; eine sogenannte Übergangstruppe von bis zu 50.000 Mann verblieb im Lande. Hinsichtlich **Afghanistan** stellte die Administration eine betont positiv gehaltene Überprüfung der eigenen Strategie in Afghanistan vor; dennoch sei die Sicherheitslage nach wie vor fragil und erzielte Fortschritte seien umkehrbar. Hauptziele des US-Engagements bleiben weiterhin die Ausschaltung von Al-Qaida und anderer terroristischer Gruppen, der Kampf gegen Aufständische, Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte und die Unterstützung beim Aufbau des Landes und seiner Institutionen. Im Verhältnis zum **Iran** verschärften die USA aufgrundlage der vom VN-SR angenommenen Resolution ihr bilaterales Sanktionsregime.

Die Bemühungen Präsident Obamas um ein **Klimaschutzgesetz** sind im Senat gescheitert. Spätestens seit den „mid-term"- Wahlen besteht kaum mehr Hoffnung auf ein nationales Klimaschutzgesetz. Was bleibt, sind Initiativen einzelner Bundesstaaten (u. a. Kalifornien) sowie regionale Klimaschutzprogramme. Entsprechend einer Entscheidung des Obersten Gerichts hat das Umweltministerium darüber hinaus angekündigt, dass Emissionsbeschränkungen für Kraftwerke und Raffinerien vorgeschrieben werden.

Trotz der kurz nach seinem Amtsantritt erfolgten Ankündigung Präsident Obamas, die **Haftanstalt in Guantánamo** binnen eines Jahres zu schließen, ist bislang keine Schließung erfolgt. Dies ist auf komplexe juristische Prob-

leme, aber auch auf den massiven Widerstand v.a. republikanischer Abgeordneter zurückzuführen. Eine Schließung der Haftanstalt ist derzeit nicht absehbar.

Die **US-Menschenrechtspolitik** gegenüber Drittstaaten wird nach Aussagen von Außenministerin Clinton von einem „prinzipientreuen Pragmatismus" geprägt; z. T. wird aber auch kritisiert, dass die Obama-Administration die Einhaltung der Menschenrechte von Drittstaaten nicht nachdrücklich genug einfordere.

Im Jahr 2010 wurden in den USA **46 Personen hingerichtet**, das sind um sechs Personen weniger als 2009. Im selben Zeitraum wurden 114 neue Todesurteile gefällt. Im Dezember gab es insgesamt 3261 zum Tode verurteilte Personen (d.s. um 36 Personen weniger als 2009).

8.2. Kanada

Die **Minderheitsregierung** der Konservativen Partei unter Premierminister Stephen Harper, der seit Anfang 2007 im Amt ist, behielt die Regierungsverantwortung. Vielfach erwartete Neuwahlen blieben aus, auch weil sich keine der beiden großen Parteien (Konservative Partei, Liberale Partei) realistische Chancen für eine absolute Mehrheit ausrechnen konnte. Der Liberalen Partei unter Michael Ignatieff gelang es nicht, sich überzeugend als Alternative zur Regierung Harper zu präsentieren. In den Meinungsumfragen konnte sie zu keinem Zeitpunkt die Konservative Partei überholen.

Die **kanadische Wirtschaft** erholte sich rascher als erwartet von den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise. Das BIP verzeichnete bereits im 1. Quartal einen Zuwachs von 1,4 %. In den nachfolgenden Monaten trat allerdings eine Abflachung der Wachstumskurve ein (im 2. Quartal 0,6 %, im 3. Quartal 0,3 % Wachstum). Die Arbeitslosenrate lag gegen Jahresende mit 7,6 % um rund einen Prozentpunkt niedriger als im Jahr davor. In dem im März präsentierten Budget kündigte die Regierung Harper eine Mischung aus Wachstumsimpulsen und Sparmaßnahmen an. Zum einen wurden die Konjunkturbelebungsmaßnahmen in reduziertem Umfang fortgesetzt, gleichzeitig aber Ausgabenkürzungen vorgenommen, die schrittweise zu einem ausgeglichen Budget zurückführen sollen.

In der **Außenpolitik** trat Kanada insbesondere als Gastgeber mehrerer internationaler Großveranstaltungen in Erscheinung. Die im Februar und März in Vancouver und Whistler abgehaltenen **Olympischen Winterspiele** und **Paralympischen Spiele** waren für Kanada sportlich wie organisatorisch ein Imageerfolg.

In seiner Eigenschaft als **G-8-Vorsitzland** veranstaltete Kanada Ende Juni in Toronto und Muskoka **Gipfeltreffen der G-8 und der G-20**. Bei beiden Gipfeltreffen konnte die kanadische Regierung wichtige Akzente setzen. In der G-8 erhielt auf kanadisches Betreiben eine entwicklungspolitische Initiative zur Unterstützung gesundheitlicher Maßnahmen für Mütter und Kinder neue

Impulse (bis 2015 zusätzliche Mittel in der Höhe von 5 Mrd. US-$). In der G-20 hatte die kanadische Regierung maßgeblichen Anteil an der Formulierung konkreter Reduktionsziele für Budgetdefizite und öffentliche Verschuldung.

Auch bei der internationalen Hilfe nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti nahm Kanada eine führende Rolle ein und veranstaltete am 25. Jänner eine **internationale Haiti-Konferenz** in Montreal.

In **Afghanistan** wird Kanada seinen Kampfeinsatz in der Provinz Kandahar 2011 beenden. Allerdings gab die kanadische Regierung im November ihre Absicht bekannt, die Truppenpräsenz in Afghanistan bis 2014 aufrecht zu erhalten. Knapp 1.000 kanadische SoldatInnen sollen im Raum Kabul bei der Ausbildung der afghanischen Armee zum Einsatz kommen. Dieser innen- und außenpolitischen Kompromisslösung war eine Parteienvereinbarung zwischen Konservativen und Liberalen vorausgegangen.

Die **Beziehungen zwischen Kanada und der EU** nahmen einen deutlichen Aufschwung. Das mit der EU derzeit verhandelte umfassende Handels- und Wirtschaftsabkommen **(CETA)** zählte 2010 zu den handelspolitischen Schwerpunkten der kanadischen Regierung.

In den VN verlor Kanada Anfang Oktober das Rennen um einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat.

8.3. Der transatlantische institutionalisierte Dialog

8.3.1. Der institutionalisierte Dialog EU-USA

Die EU und die USA sind füreinander der jeweils wichtigste Handelspartner mit unmittelbar positiven Auswirkungen auf den jeweiligen Arbeitsmarkt. Deshalb stellt die Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich eine Priorität der transatlantischen Partnerschaft dar. Mit der zwischen der EU und den USA 2007 abgeschlossenen „Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration" wurde der Transatlantische Wirtschaftsrat **(TEC)** als zentrales Gremium für handelspolitische und regulatorische Fragen eingerichtet. Inhaltlich stehen die Beseitigung technischer Handelshemmnisse auf dem regulativen Sektor – noch bevor diese die Schwelle der WTO-Streitbeilegung erreichen – sowie die Harmonisierung von Standards im Mittelpunkt. Im TEC werden neben sogenannten horizontalen Themen wie geistiges Eigentum und Finanzmarktdialog auch sogenannte sektorale Themen wie Pharmazeutika, Biotreibstoffe und Chemikalien erörtert. Bei kontroversiellen Themen bietet der TEC eine Plattform zur Erarbeitung pragmatischer Lösungen. Eine weitere Aufgabe des TEC besteht in der institutionellen Absicherung von Dialogforen. Die fünfte Tagung des TEC fand am 17. Dezember in Washington statt.

Anlässlich des **EU-US Gipfels in Lissabon am 20. November,** an dem Präsident Obama teilnahm, wurde erneut die enge transatlantische Partnerschaft

bekräftigt und drei Aktionsfelder der Kooperation hervorgehoben: Sicherung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, globale Herausforderungen wie Klimawandel und internationale Entwicklungsfragen sowie die Erhöhung der Sicherheit für die Bevölkerung. Der TEC wurde als wichtiges transatlantisches Gremium im Hinblick auf die Ankurbelung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Schlüsselsektoren und neuen Technologien bestätigt. Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Cyber-Sicherheit und Cyber-Kriminalität ins Leben gerufen. Gleichzeitig mit dem EU-US Gipfel fand auch das jährliche Treffen des EU-US Energierates auf Ministerebene statt, an dem die USA durch Außenministerin Clinton und Sonderbotschafter Morningstar vertreten war.

8.3.2. Der institutionalisierte Dialog EU-Kanada

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und Kanada basiert auf dem Rahmenabkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit (1976), der Deklaration zu den transatlantischen Beziehungen (1990), der Gemeinsamen Politischen Deklaration (1996) und dem dazugehörigen Aktionsplan sowie der Partnerschaftsagenda EU-Kanada von 2004. Zahlreiche Treffen auf Arbeits- und politischer Ebene bilden das Fundament des Dialogs zwischen der EU und Kanada.

Die beim Gipfel EU-Kanada im Mai 2009 beschlossenen Verhandlungen über ein umfassendes **Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA)** machen gute Fortschritte. Die bisher fünf Verhandlungsrunden verliefen in konstruktiver Atmosphäre. Auch bei einer politischen Bestandsaufnahme („Stocktaking") Anfang Dezember bekräftigten beide Seiten den Wunsch nach einem ambitionierten Abkommen, das bis Ende 2011 abgeschlossen werden soll. Ein Kernpunkt der Verhandlungen ist insbesondere für die EU die Frage der Umsetzung des künftigen Abkommens durch die kanadischen Provinzen.

Parallel zu den CETA-Verhandlungen soll in einem getrennten Verhandlungsprozess auch das vor 34 Jahren abgeschlossene Rahmenabkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit aktualisiert werden.

8.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen **(NAFTA)** zwischen den USA, Kanada und Mexiko trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Diese regionale Freihandelszone, die den Verkehr für Güter, Dienstleistungen und Kapital umfasst, verbindet zwei hochentwickelte Industriestaaten mit einem aufstrebenden Schwellenland der westlichen Hemisphäre. Von 1993 bis 2008 nahm der Warenhandel zwischen den NAFTA-Mitgliedstaaten um mehr als das Dreifache zu und stieg im Volumen von 297 Milliarden US-Dollar auf 946 Milliarden US-Dollar. 2009 betrug das trilaterale Handelsvolumen 735 Milliarden US-Dollar.

Der NAFTA-Vertrag enthält unterschiedliche Konfliktlösungsmechanismen, wobei das Streitschlichtungsverfahren im Bereich unerlaubter Handelspraktiken wie Subventionen und Dumping oft zur Anwendung kommt. Beim Investitionsschutz beschritt das NAFTA-Abkommen neue Wege, da auch ausländische Direktinvestitionen durch den Streitschlichtungsmechanismus des Kapitels 11 besonders geschützt werden.

9. Lateinamerika und Karibik

9.1. Politische Entwicklungen

In Lateinamerika und der Karibik erfolgten 2010 Präsidentschafts-, Kongress- und Gouverneurswahlen in Brasilien, Präsidentschaftswahlen in Chile (zweiter Wahlgang), Präsidentschaftswahlen in Costa Rica, Präsidentschafts- und Kongresswahlen in Kolumbien sowie Präsidentschaftswahlen (erster Wahlgang) und Parlamentswahlen in Haiti. Weiters kam es zu Parlamentswahlen in der Dominikanischen Republik, St. Kitts & Nevis, Venezuela und Suriname (mit indirekter Wahl des Präsidenten). Die Bemühungen zur regionalen Integration in Lateinamerika und der Karibik wurden weiter fortgesetzt. Die Region hat gegenüber der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eine bemerkenswerte Widerstandskraft an den Tag gelegt und das Jahr 2010 brachte eine Erholung der wirtschaftlichen Lage und ein relativ rasches Wirtschaftswachstum.

Der 200. Jahrestag des Beginns der Unabhängigkeitsbewegungen („Bicentenario“) in Argentinien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Mexiko und Venezuela wurde mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Bundesminister Michael Spindelegger nahm im Rahmen eines zweitägigen Arbeitsbesuchs in Argentinien am 25. Mai an den Feierlichkeiten in Buenos Aires teil. Der wirtschaftliche Aufschwung in zahlreichen Schwellenländern, v.a. beim Haupthandelspartner Brasilien, und die ausgezeichnete Ernte haben zu kräftigem Wirtschaftswachstum und einer Stabilisierung des Staatshaushalts geführt.

Brasilien stand im Zeichen der im Oktober erfolgten Präsidentschafts-, Kongress- und Gouverneurswahlen. Die Regierungskoalition gewann mit ihrer Kandidatin Dilma Rousseff die Präsidentschaftswahlen und erzielte bei den Kongresswahlen deutliche Gewinne. Die Opposition konnte bei den Gouverneurswahlen Teilerfolge verbuchen. Auch im letzten Jahr der Amtszeit von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva präsentierte sich das Land in einer sehr guten wirtschaftlichen Verfassung, von dem sich Bundesminister Michael Spindelegger bei seinem Besuch im Mai überzeugen konnte. Erfolge wurden auch im Bereich der Verbesserung der sozialen Situation und der Verteilungsgerechtigkeit erzielt. Die brasilianische Außenpolitik engagierte sich aktiv für die regionale Integration (MERCOSUR, UNASUR). Darüber hinaus ist man bestrebt, die Rolle und das Profil des Landes auf internationaler Ebene zu stärken und sich als Partner in den verschiedenen internationalen

Foren zu etablieren. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Süd-Süd-Kooperation. Sichtbares Zeichen dieses verstärkten globalen Engagements war unter anderen die Abhaltung der Gipfeltreffen von **IBSA** (Indien, Brasilien, Südafrika) *und* **BRIC** (Brasilien, Russland, Indien, China) Mitte April in Brasilia.

Bolivien verabschiedete eine Reihe von Gesetzen zur Implementierung der neuen Verfassung auf Basis einer „repräsentativen, partizipativen und kommunitären Demokratie", welche auch wesentliche Elemente indigener Wertvorstellungen beinhaltet. Außenpolitisch bleibt die Regierung Evo Morales durch das ALBA-Bündnis Venezuela, Kuba und Ecuador verbunden.

In Chile brachte der zweite Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen im Januar einen Sieg des konservativen Kandidaten Sebastián Piñera Echenique, der am 11. März angelobt wurde. Damit ging die zwanzigjährige Ära der Mitte-Links Koalition „Concertación" zu Ende. Das Erdbeben vom 27. Februar und die nachfolgende Springflut richteten schwere Schäden in weiten Teilen des Landes zwischen Santiago und Concepción an. Der Wiederaufbau bildete eine der vordringlichen Aufgaben der neuen Regierung. Mit Übernahme des turnusmäßigen Vorsitzes in der Rio-Gruppe und der Gruppe der LAC-Staaten im Rahmen des EU-LAC-Dialogs hat Chile eine regionale Koordinierungsrolle zu erfüllen.

In Ecuador hatte Staatspräsident Rafael Correa Delgado Ende September schwere Unruhen, die von Teilen der Polizei und einigen Armeeeinheiten ausgingen, zu überstehen. Der Einsatz des Militärs, die Unterstützung der Öffentlichkeit und die ungeteilte internationale Solidarität ließen den Präsidenten gestärkt aus der Krise hervorgehen. Die Beziehungen zu Kolumbien, die nach dem Angriff der kolumbianischen Armee auf ein in Ecuador gelegenes Lager der Revolutionären Bewaffneten Kräfte Kolumbiens **(FARC)** im März 2008 abgebrochen wurden, sind als Reaktion auf die Entspannungspolitik der neuen kolumbianischen Regierung unter Präsident Santos mit Jahresende wieder aufgenommen worden.

Kolumbien stand im ersten Halbjahr ganz im Zeichen der Kongresswahl am 14. März und der Präsidentenwahl am 30. Mai mit Stichwahl am 20. Juni, aus der Juan Manuel Santos als Sieger hervorging. Im Kampf gegen die Guerilla setzte die neue Regierung auf die bisherige Politik der Stärke. Die Verbesserung der Menschenrechtslage, insbesondere die Frage der Wiedergutmachung für die vielen zivilen Opfer des Konflikts und die Frage der Landrückgabe, wurden von der Regierung Santos zur politischen Priorität erhoben. Nach Antritt der neuen Regierung haben sich die Beziehungen zu den Nachbarländern Venezuela und Ecuador verbessert. Die Beziehungen zu Ecuador wurden wieder aufgenommen.

In Kuba setzte die Regierung ihren Wirtschaftsreformkurs mit Privatisierungen einiger Gewerbe und Liberalisierungen für Kleinunternehmen fort. Im April fanden Gemeinderatswahlen statt. Auf Vermittlung der katholischen

Kirche Kubas wurden seit Sommer politische Gefangene freigelassen. Fast alle emigrierten nach Spanien. Das Verhältnis zur EU wurde vom Gemeinsamen Standpunkt aus dem Jahr 1996 bestimmt. In regionalpolitischer Hinsicht bemühte sich Kuba – unter anderem durch die Organisation des CARICOM-Ministertreffens – seine Position zu festigen.

In Mexiko führte Präsident Felipe Calderón seinen Kampf gegen die Drogenkartelle fort. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnten großteils überwunden werden. Es kam zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze. Das Jahr 2010 war in Mexiko nicht nur durch die „Bicentenario"-Feierlichkeiten geprägt, sondern auch durch die Abhaltung mehrerer wichtiger internationaler Konferenzen, unter anderem der Weltjugendkonferenz in León im August und der 16. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Cancún im Dezember.

Peru setzte trotz internationaler Finanzkrise seinen Wirtschaftsaufschwung fort und konnte ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnen. Schwerpunkte der Regierung Alan García waren Verhandlungen zum Abschluss weiterer Freihandelsabkommen (mit EU, USA, China, Japan, Korea), massive Investitionen in Infrastrukturprojekte (vor allem die Fertigstellung der Interozeanischen Verkehrsverbindungen), die Armutsbekämpfung sowie Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor.

In Uruguay trat José Mujica am 1. März das Präsidentenamt an. Das Klima zum Hauptpartnerland Argentinien hat sich seither deutlich gebessert; insbesondere der Streit um eine Zellulosefabrik am Uruguay-Fluss konnte beigelegt werden.

Venezuela sah sich mit den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise konfrontiert, die sozialen Spannungen akzentuierte. Innenpolitisch stand Venezuela ganz im Zeichen der Parlamentswahlen vom 26. September, bei denen eine Wahlallianz der Opposition einen großen Teil der Stimmen erhielt und die Regierungspartei knapp die Zweidrittelmehrheit im Parlament verlor. Die letzten Parlamentswahlen des Jahres 2006 hatte die Opposition boykottiert und war daher seitdem im Parlament nicht vertreten gewesen. Die diplomatischen Beziehungen zu Kolumbien, die 2009 abgebrochen worden waren, wurden nach den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien wiederaufgenommen.

In Haiti ereignete sich am 12. Januar ein verheerendes Erdbeben, bei dem mehr als 200.000 Menschen starben und Hunderttausende obdachlos wurden. Die internationale Staatengemeinschaft reagierte mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen, die aber angesichts des Ausmaßes der Verwüstungen die Not nur teilweise lindern konnten. Im Herbst brach eine Choleraepidemie aus, der viele Menschen zum Opfer fielen. Am 28. November fanden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Da keiner der Kandidaten für das Präsidentenamt im ersten Wahlgang eine Mehrheit erhielt, findet 2011 eine Stichwahl statt. Zweifel am Wahlprozess führten zu teils schweren Ausschreitungen in verschiedenen Teilen des Landes.

In Costa Rica trat am 8. Mai die als Siegerin aus den Wahlen vom 7. Februar hervorgegangene Laura Chinchilla als erste Frau der Geschichte des Landes ihr Amt als Staatspräsidentin an und kündigte einen verstärkten Kampf gegen die zunehmende Kriminalität an.

In Honduras trat am 27. Januar der neugewählte Staatspräsident Porfirio Lobo sein Amt als Nachfolger des international nicht anerkannten Präsidenten Micheletti an und leitete nach der Militärintervention vom Juni 2009 einen Normalisierungsprozess zur Konsolidierung der innenpolitischen Lage und der außenpolitischen Beziehungen ein. Einige LAC-Staaten haben bisher die Regierung Lobo nicht anerkannt.

Zwischen Nicaragua und Costa Rica brach im Oktober ein Grenzkonflikt im Gebiet des San Juan-Flusses wieder aus, der bereits 2009 Gegenstand eines IGH-Urteils war. Da eine von Costa Rica geforderte OAS-Streitbeilegungszuständigkeit von Nicaragua abgelehnt wurde, wurde der Konflikt neuerlich vor dem IGH anhängig gemacht.

9.2. Die Beziehungen mit der Europäischen Union

9.2.1. Der EU-LAC-Prozess

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und zur Karibik werden in Form eines institutionalisierten Dialogs und Gipfeltreffen der EU-Mitgliedstaaten mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik gestaltet. Die EU-LAC-Gipfeltreffen geben die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Seit 1999 fanden fünf derartige Gipfeltreffen statt: Auf dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro (Brasilien) am 28. und 29. Juni 1999 wurden gemeinsame Grundsätze und ein biregionales Aktionsprogramm verabschiedet. Der zweite Gipfel in Madrid am 17. und 18. Mai 2002 sowie der dritte Gipfel in Guadalajara (Mexiko) am 28. und 29. Mai 2004 widmeten sich der Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen der sozialen Kohäsion, des Multilateralismus und der Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel. Der vierte Gipfel in Wien vom 11.-13. Mai 2006 befasste sich mit der weiteren Stärkung der strategischen Partnerschaft. Energie und Biodiversität wurden als neue und wichtige Themen für die Zusammenarbeit verankert. Beim fünften Gipfel in Lima am 15. und 16. Mai 2008 standen die Themen Klimawandel, Energie bzw. Energiesicherheit und der Ausbau von alternativen Energieformen sowie die Fortsetzung der Bemühungen um die Stärkung der sozialen Kohäsion auf der Agenda.

Beim sechsten EU-LAC Gipfeltreffen am 17. und 18. Mai in Madrid zum Thema „Innovation und Technologie für nachhaltige Entwicklung und soziale Inklusion“ sprachen sich die Teilnehmer für eine gemeinsame Bewältigung globaler Herausforderungen und die Stärkung der bi-regionalen Partnerschaft aus. Auf dem Gipfel wurde ein Aktionsplan für die Jahre 2010–2012 verabschiedet. Weitere wichtige Ergebnisse waren die Gründung einer

EU-LAC-Stiftung, die Wiederaufnahme der EU-MERCOSUR Verhandlungen, sowie die Errichtung von LAIF (Latin American Investment Facility).

9.2.2. Beziehungen zu Brasilien, Mexiko und Chile, MERCOSUR, Zentralamerika, CAN und CARIFORUM

Die EU führt regelmäßig spezialisierte Treffen mit dem Gemeinsamen Markt Südamerikas (**MERCOSUR**, umfasst als Vollmitglieder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Brasilien, Mexiko und Chile durch.

Am Rande des EU-LAC-Gipfels in Madrid fanden auch Gipfeltreffen mit der Andengemeinschaft, Zentralamerika, CARIFORUM, Chile, Mexiko und dem MERCOSUR statt.

In Bezug auf die Verhandlungen der EU mit der Andengemeinschaft teilte die EK am 1. März mit, dass während der 9. Verhandlungsrunde die Gespräche mit Peru und Kolumbien über ein Handelsabkommen abgeschlossen worden sind. Das Abkommen wurde beim EU-LAC-Gipfel in Madrid von den Vertragsparteien paraphiert.

Am Rande des Gipfels sprachen sich die führenden Politiker der EU und Mittelamerikas **(SICA)** für eine rasche Ratifizierung und Inkraftsetzung des im April weiter verhandelten Assoziationsabkommens aus. Neben Marktöffnung und einem verbesserten Marktzugang führt das Abkommen zur Reduzierung von Zöllen.

Am 17. Mai fand eine Tagung des Gemeinsamen Rates des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens von EU und **CARIFORUM** statt.

Ebenfalls am 17. Mai bekräftigten die EU und **Chile** ihren Wunsch, die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene in Bezug auf globale Themen, ebenso wie in bilateralen Belangen zu intensivieren.

Das fünfte Gipfeltreffen **EU-Mexiko** fand am 16. Mai in Comillas (Spanien) statt. Die Partner stimmten dem Gemeinsamen Durchführungsplan zur Strategischen Partnerschaft zu und betonten damit, dass sie an gemeinsamen Initiativen und konkreten Aktivitäten großes Interesse haben.

Das vierte Gipfeltreffen **EU-Brasilien** fand am 14. Juli in Brasilia statt. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Intensivierung der Beziehungen und die wirksame Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans. Diskutiert wurden aktuelle Themen wie Wirtschaftskrise, Klimawandel, multilaterale Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Zusammenarbeit mit den G20-Mitgliedern und Armutsbekämpfung.

9.3. Regionale Integrationsforen

Der 39. **MERCOSUR**-Gipfel fand am 3. August in San Juan (Argentinien) statt. Hier gab es vor allem Fortschritte im Zollbereich. Unter brasilianischer

Präsidentschaft wurde am 17. Dezember ein Gipfeltreffen in Foz do Iguazú (Brasilien) abgehalten. Hauptthemen waren der gemeinsame Strategieplan zu einer regionalen Sozialpolitik und mehr Zusammenarbeit in der Einwanderungspolitik.

Am 4. Mai trafen die Staats- und Regierungschefs der Union Südamerikanischer Nationen **(UNASUR)** in Buenos Aires zu einem außerordentlichen Gipfel zusammen. Der argentinische Ex-Präsident Néstor Kirchner wurde zum ersten amtierenden Generalsekretär der UNASUR gewählt, verstarb jedoch überraschend am 27. Oktober. Am 26. November traten die Staats- und Regierungschefs in Georgetown (Guyana) zum vierten Sondergipfel zusammen. Hier wurde der Charta eine Demokratieklausel beigefügt und der Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit und regionaler Integration bekräftigt.

Die zentralamerikanischen Staaten setzten im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsbündnisses **(SICA)** ihre Arbeiten an einer verstärkten Harmonisierung im Wirtschaftsbereich fort.

Die AußenministerInnen der **Andengemeinschaft** (Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru) trafen am 22. Juli in Lima zusammen und fassten eine Reihe von Beschlüssen zur verstärkten Zusammenarbeit, beispielsweise im Bereich Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit und Souveränität.

Beim 31. Gipfeltreffen der karibischen Gemeinschaft **(CARICOM)** vom 4.-7. Juli in Montego Bay (Jamaica) wurden u. a. Erklärungen zu Menschenhandel und zur Lage in Haiti verabschiedet.

Die 40. Generalversammlung der **OAS** fand von 6.-8. Juni in Lima statt und stand unter dem Generalthema „Friede, Sicherheit und Zusammenarbeit". Die Generalversammlung entschied über die Entsendung einer hochrangigen Fact-Finding Mission nach Honduras und erzielte Einigkeit über eine Erhöhung des OAS-Budgets um 3 %. Die Arbeit der OAS in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres stand v.a. im Zeichen des Grenzstreites zwischen Nicaragua und Costa Rica.

Das 20. Iberoamerikanische Gipfeltreffen fand am 3. und 4. Dezember in Mar del Plata (Argentinien) statt. Der Gipfel stand unter dem Motto „Bildung für soziale Integration".

10. Afrika südlich der Sahara

10.1. Allgemeine Entwicklungen

Die FIFA-Fußballweltmeisterschaft in Südafrika zeigte der Welt ein neues und aufstrebendes Afrika. Dieses positive Image lässt sich auch durchaus mit Wirtschaftsdaten untermauern. Unter den zehn Staaten mit dem weltweit am schnellsten wachsenden Bruttoinlandsprodukt finden sich sechs afrikanische Staaten. Zunehmend fordert Afrika mehr Gewicht in internationalen Foren, wie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wofür Südafrika bereits

nach zwei Jahren wieder als nichtständiges Mitglied gewählt wurde. Dennoch sind auch 2010 nach wie vor große Krisenherde in Afrika anzutreffen (Sudan, Horn von Afrika, Guinea und Niger). Als Reaktion auf die Geiselnahme europäischer Staatsbürger in Niger gab die EU den Startschuss für eine umfassende Sahelstrategie. Die Piraterie vor den Küsten Somalias erreichte 2010 einen weiteren Höhepunkt. Wahlen fanden u. a. in Äthiopien, Burundi und Ruanda statt. In Côte d'Ivoire kam es nach den Präsidentschaftswahlen zu einer Pattstellung und Unruhen, die bis Jahresende andauerten. Am 29. und 30. November fand in Libyen der dritte Afrika-EU-Gipfel unter dem Motto „Investitionen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzbeschaffung" statt. Der vom Gipfel angenommene Aktionsplan bildet die Grundlage der Partnerschaft zwischen Afrika und der EU von 2011 bis 2013.

10.2. Entwicklungen in den Regionen

10.2.1. Das Horn von Afrika und Zentralafrika

Zur Sudan-Initiative von Bundesminister Michael Spindelegger siehe Kapitel C.III.1.

Die außenpolitische Interessensverlagerung **Äthiopiens** von traditionellen westlichen Gebern hin zu BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) setzte sich weiter fort. Dies steht unter anderem auch im Zusammenhang mit dem im August erstmals vorgestellten „**National Growth and Transformation Plan**" der äthiopischen Regierung, welcher die Transformation Äthiopiens in ein Land mittleren Einkommens und die Orientierung auf neue Exportmärkte und ausländische Investoren (u. a. von China, Indien, Südkorea) in Aussicht nimmt.

Im eingefrorenen **Grenzkonflikt mit Eritrea** gab es auch am 10. Jahrestag des Algier-Abkommens keine Fortschritte.

Die Parlamentswahlen am 23. Mai führten zu einem Sieg der Regierungspartei **EPRDF** (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front), die nun 545 von insgesamt 547 Sitzen hält. Die Wahlen verliefen zwar weitgehend friedlich, aber der Anfang November veröffentlichte Endbericht der EU-Wahlbeobachtermission stellte hinsichtlich Transparenz, Parteienwettbewerb und Unabhängigkeit Mängel fest. Am 4. Oktober wurde der bislang amtierende Premierminister Meles Zenawi für weitere fünf Jahre vereidigt.

In **Dschibuti** wurde im April vom Parlament eine Verfassungsänderung verabschiedet, welche es dem amtierenden Präsidenten Ismail Omar Guelleh erlaubt, bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im April 2011 für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Im **Grenzstreit zwischen Dschibuti und Eritrea** wurde zwar am 6. Juni ein Übereinkommen erzielt, welches unter anderem den Rückzug der eritreischen Truppen aus dem Grenzgebiet gemäß VN-SR Resolution 1862 (2009) beinhaltet, dennoch verliefen die Verhandlungen zur Lösung des Grenzkonflikts unter der Ägide Katars bislang ergeb-

nislos und der Prozess zur Demarkierung der Grenze zögert sich weiter hinaus. Die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen Eritrea sowie das Waffenembargo blieben weiter aufrecht.

In **Somalia** unterzeichneten die Übergangsregierung und die gemäßigt-islamische Gruppierung Ahlu Sunna Wal Jamaa im März ein Kooperationsabkommen zur gemeinsamen Bekämpfung der Aufständischen, welches jedoch nur sehr rudimentär umgesetzt wurde. Die Übergangsregierung kontrollierte – gestützt auf die Truppen der Afrikanischen Union AMISOM – nur einige Teile der Hauptstadt Mogadischu. Innere Spannungen führten zur Abdankung des Parlamentspräsidenten und einige Monate später des Premierministers. Der neuen Regierung gehören überwiegend Mitglieder der somalischen Diaspora mit islamisch-konservativem Hintergrund an. Von der EU in Uganda ausgebildete Soldaten warten nach wie vor auf ihre Rückkehr nach Somalia, weil ihre Eingliederung in die reguläre Armee nicht gesichert ist.

In **Somaliland**, das sich für unabhängig erklärt hat, fanden im Juni Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der Kandidat der Opposition erwartungsgemäß gewann. Die Machtübergabe und die darauffolgende Regierungsbildung erfolgten friedlich.

10.2.2. Das südliche Afrika

Die international nicht anerkannte Regierung von Andry Rajoelina in **Madagaskar** organisierte im November ein Referendum über eine neue Verfassung, welchem Wahlen folgen sollen. Internationale und nationale Vermittlungsbemühungen blieben ergebnislos. Die Mitgliedschaft des Landes in SADC und AU blieb suspendiert.

In **Südafrika** nahm Präsident Jacob Zuma eine Regierungsumbildung mit dem Ziel vor, die Leistungen der Regierung und Verwaltung für die Bevölkerung zu steigern. Südafrika wurde nach nur zwei Jahren Pause erneut für die Periode 2011–2012 in den VN-Sicherheitsrat gewählt. Außenpolitisch engagierte sich Südafrika vermittelnd in Simbabwe, Sudan und Côte d'Ivoire. Weiters bemühte sich Südafrika erfolgreich um die Aufnahme in die BRIC-Staatengruppe (Brasilien, Russland, Indien, China).

In **Simbabwe** dauerte die Einheitsregierung zwischen der langjährigen Regierungspartei Zanu-PF unter Präsident Robert Mugabe und den früheren Oppositionsparteien MDC-T und MDC-M an. Während das Land wirtschaftlich eine Stabilisierung erlebte, kam es im Lauf des Jahres zu zunehmenden Spannungen zwischen den Regierungsparteien.

10.2.3. Region der Großen Seen

In der **Demokratische Republik Kongo** ist vor allem die Lage im Osten des Landes nach wie vor von Gewalt geprägt. Zahlreiche Gruppierungen, allen voran die FDLR (Forces Démocratiques pour la Libération du Rwanda), trei-

ben weiterhin ihr Unwesen, wobei es hauptsächlich um die Kontrolle der zahlreichen im Ostkongo abgebauten Rohstoffe geht. Trauriger Höhepunkt der Gewalt war die Vergewaltigung hunderter Frauen innerhalb weniger Tage im Juli/August, wobei die VN-Mission MONUSCO für ihr einige Tage verspätetes Eingreifen herbe Kritik einstecken musste. Seit Anfang des Jahres geht die Regierungsarmee, teilweise unterstützt von den Vereinten Nationen, im Rahmen der Operation Amani Leo gegen die Aufständischen vor, allerdings konnte die Situation trotz immer wieder verbreiteter Erfolgsmeldungen nicht unter Kontrolle gebracht werden. Darüber hinaus gibt es immer wieder Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch die Regierungsarmee, wobei die Vereinten Nationen ihre Unterstützung für Armeeeinheiten, die sich Menschenrechtsverletzungen schuldig machten, eingestellt haben. Im Oktober verfügte die Regierung die Einstellung jeglicher Abbautätigkeit von Rohstoffen im Osten des Landes, womit dem illegalen Abbau und Schmuggel ein Riegel vorgeschoben werden sollte. Tatsächlich übernahm die Armee, die im Osten vorwiegend aus integrierten, ehemaligen Rebellen besteht, die Kontrolle über die Minen, wodurch die illegale Abbautätigkeit, nunmehr unter den Augen der Regierungsarmee, weitergeht.

Am 1. Juli, dem 50. Jahrestag der kongolesischen Unabhängigkeit, wurde die Mission der Vereinten Nationen von MONUC in **MONUSCO** (United Nations Stabilisation Mission in the Democratic Republic of the Congo) umbenannt und ein neuer Leiter, der Amerikaner Roger Meece, bestellt, um die Fortschritte des Landes zu unterstreichen. Gleichzeitig fand eine massive Entschuldung durch die internationalen Gläubiger statt.

In **Burundi** wurden in fünf Wahlen alle Organe des Staates neu gewählt. Nachdem die Opposition der Regierung bei den Lokalwahlen massiven Wahlbetrug vorwarf, boykottierte sie alle weiteren Wahlrunden, womit der Regierungspartei ein überwältigender Sieg gelang und Präsident Pierre Nkurunziza ohne Gegenkandidat im Amt bestätigt wurde.

Bei den Präsidentschaftswahlen in **Ruanda** wurde Präsident Paul Kagame für weitere sieben Jahre bestätigt. Die Wahlen verliefen friedlich, allerdings gab es bereits im Vorfeld internationale Kritik, dass keine ernst zu nehmenden Oppositionsparteien zu den Wahlen zugelassen wurden.

10.2.4. Ostafrika

In **Kenia** wurde am 27. August eine neue Verfassung verabschiedet. Der Internationale Strafgerichtshof **(IStGH)** setzte seine Untersuchung der Gewaltausbrüche nach den Wahlen 2007/2008 fort. Chefankläger Luis Moreno-Ocampo stellte am 15. Dezember den Antrag an die Vorverfahrenskammer, Anklage gegen sechs wichtige kenianische Persönlichkeiten, darunter auch ehemalige und noch im Amt befindliche Minister, zu erheben.

Im November und Dezember fanden Wahlen auf den **Komoren** statt, dabei kam es zu massiven Unregelmäßigkeiten, sodass der bisherige Vizepräsident

und enge Vertraute von Präsident Ahmed Abdallah Mohamed Sambi, Ikililou Dhoinine, die Wahlen gewann, ohne der Opposition eine reelle Chance zu lassen.

10.2.5. Westafrika

Während die großen Krisenherde Afrikas wie Côte d'Ivoire, Sudan und Zentralafrikanische Republik sowie die internen Konflikte in Nigeria weiter im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit stehen, verzeichnen mehrere Länder eine positive Entwicklung bei den politischen und bürgerlichen sowie den wirtschaftlichen Rechten. Zu nennen sind Ghana, Togo und Benin sowie ein positiver Trend im Tschad durch den Friedensschluss mit dem Sudan. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise wurde weitgehend überwunden. Die strukturellen Schwächen in der Regierungsführung und in den Finanzsystemen stellen allerdings schwere Belastungen für die nachhaltige Entwicklung dar.

Daneben wurde die Zunahme neuer Sicherheitsrisiken – insbesondere länderübergreifende organisierte Kriminalität und religiöser Extremismus – sichtbar. Einige Länder wie zum Beispiel Liberia, Sierra Leone, Guinea-Bissau und Côte d'Ivoire drohten zudem in eine militärische, autoritäre Regierungsführung, durch Manipulation nationalstaatlicher Verfassungen und von Wahlrechtsgesetzen, abzugleiten. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft **(ECOWAS)** nahm diese Entwicklungen zum Anlass, den Aufbau des ECOWAS Conflict Prevention Framework **(ECPF)** zu beschleunigen und wurde im Hinblick auf Niger, Guinea, Togo und Côte d'Ivoire politisch tätig.

2010 war Westafrika von den 50-Jahrfeiern der Unabhängigkeit von Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo und Nigeria geprägt.

Die Beziehungen Österreichs zu **Nigeria** erhielten durch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Länder als nicht-ständige Mitglieder des VN-Sicherheitsrats Tiefe und Breite. Zudem wurde des 50. Jahrestags der erfolgreichen Rettungsaktion des im Rahmen des VN-Einsatzes im Kongo (1960–64) bereitgestellten österreichischen Sanitätskontingents durch nigerianische VN-Soldaten gedacht. Die im Dezember in Wien durch Justizminister Mohammed Bello Adoke erfolgte Unterzeichnung des Gründungsvertrages der Internationalen Anti-Korruptionsakademie macht beide Länder zu Partnern in diesem Fachbereich. Höhepunkt war die durch Präsident Goodluck Jonathan erfolgte Kommissionierung von zwei durch eine österreichische Gruppe ausgestatteten Universitätsspitälern in Kano und Sokoto, bei welcher auch Österreich offiziell vertreten war.

Im Norden Nigerias, insbesondere im sogenannten Mittelgürtel, kommt es seit mehr als vierzig Jahren immer häufiger zu gewaltsamen Unruhen zwischen den verschiedenen Volks- und Religionsgruppen. Diese sind das Ergebnis mehrerer komplexer und miteinander verknüpfter Faktoren, ver-

schärft durch historische Missstände, politische Manipulation sowie ethnische und religiöse Rivalitäten.

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Wahlgänge in Nigeria im April 2011 (Präsidentschaft, Parlament, Gouverneure und Landtage) war das Jahresende durch aufeinanderfolgende schwere Anschläge islamistischer Gruppen im Norden und den Anschlag auf eine Armeekaserne in Abuja gekennzeichnet.

Die EU verzeichnete geringe Fortschritte bei den Verhandlungen mit Nigeria über ein Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen. Die Bereitstellung von Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds **(EEF)** für den Zeitraum 2009–2013 ermöglicht den Ausbau der Zusammenarbeit in drei strategischen Bereichen: Frieden und Sicherheit, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte sowie Handel und regionale Integration und werden ebenso zur Unterstützung der Konfliktlösung und des Friedensprozesses im Nigerdelta verwendet.

In **Gabun** konnte Ali Bongo, welcher 2009 nach 40-jähriger Regierung seines Vaters als Sieger bei den Präsidentenwahlen hervorgegangen ist, seine Herrschaft konsolidieren und Reformen einleiten. In Zusammenhang mit dem gabunischen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat bestand eine sehr gute Zusammenarbeit mit Österreich.

Im **Senegal** stand die politische Debatte ganz im Zeichen der Präsidentenwahlen im Februar 2012. Im Vorfeld dieser Wahlen, bei denen Präsident Abdoulaye Wade nochmals kandidieren will, wird mit EU-Unterstützung eine gründliche Überprüfung des Wählerverzeichnisses durchgeführt. Um die Wirtschaft zu beleben und die Entwicklung zu fördern, forcierte die Regierung weiterhin eine Reihe von großen Infrastrukturprojekten. Die Anstrengungen in diesem Bereich werden jedoch insbesondere durch die prekäre Lage des Energiesektors mit andauernden Stromrationierungen beeinträchtigt.

Der Präsident von **Mali**, Amadou Toumani Touré, setzte seine Bemühungen um eine Verfassungsreform fort. Dadurch soll ein klareres Verhältnis der demokratischen Institutionen erzielt werden. Touré bekräftigte seinen Entschluss, kein drittes Mandat anzustreben. Im Norden des Landes haben die Risiken aus dem dort verbreiteten Schmuggel, im Besonderen von Kokain aus Lateinamerika, weiter zugenommen. Auch wird dieses nur schwer zu kontrollierende Gebiet von der Terrorgruppe „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ **(AQIM)** als Rückzugsgebiet genutzt, um über Monate Geiseln gefangen zu halten. Ein französischer NGO-Mitarbeiter wurde nach dem Scheitern einer Befreiungsaktion getötet. Im Zuge der Verstärkung der Zusammenarbeit gegen AQIM gewährten die Staaten der Region einander das Recht auf Nachverfolgung über ihre Grenzen hinweg. Im Juli und September ging die mauretanische Armee erstmals auf malischem Boden militärisch gegen AQIM vor.

Der Präsident von **Burkina Faso**, Blaise Compaoré, war als Vermittler u. a. in Côte d'Ivoire und Guinea aktiv. Bei den Präsidentenwahlen am 21. November wurde Compaoré mit 80,1 % der Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt.

Auf Basis der Erklärung von Ouagadougou vom 15. Jänner wurden in **Guinea** eine Übergangsregierung und ein nationaler Übergangsrat ernannt, die die neue Verfassung und die Präsidentenwahlen vorbereiteten. Nach Unregelmäßigkeiten in der ersten Runde am 26. Juni setzte sich in der mehrfach verschobenen Stichwahl am 7. November Alpha Condé mit 52,5 % der Stimmen gegen Cellou Dallein Diallo durch, wobei letzterer zwar Wahlbetrug beklagte, das Ergebnis jedoch akzeptierte. Die Kampagne für die Stichwahl wie auch die Nachwahlperiode waren von einer starken Ethnisierung und von Unruhen gekennzeichnet. Dennoch stellte dies die erste demokratische Wahl eines Staatsoberhauptes in Guinea seit der Unabhängigkeit dar und die Ablöse der seit 24. Dezember 2008 herrschenden Militärjunta. Allgemein wird damit die Hoffnung auf ein Ende der strukturellen Krise Guineas verbunden.

Eine dauerhafte Stabilisierung war in **Guinea-Bissau** nicht möglich. Bei einem gescheiterten Putschversuch wurde am 1. April der Generalstabschef abgesetzt und verhaftet. Premierminister Carlos Gomes Jr. war für einige Stunden in der Gewalt der Militärs. In der Folge erklärte die Armee ihre Loyalität gegenüber den gewählten Organen, doch hält sie die Politik in Geiselhaft, wie die Legitimierung von Antonio Indjai als Generalstabschef beweist. Angesichts dieser Situation beendete die EU ihre ESVP-Operation EU SSR Guinea-Bissau. Im September ersuchte Präsident Malam Bacai Sanhá die Regionalorganisation ECOWAS um Hilfe bei der Sicherheitssektorreform.

In **Côte d'Ivoire** konnten zwar endlich die seit 2005 mehrmals verschobenen Präsidentenwahlen abgehalten werden, allerdings wurde dadurch die schlimmste Krise seit dem Bürgerkrieg ausgelöst. In der Stichwahl am 28. November setzte sich Alassane Ouattara gegen Amtsinhaber Laurent Gbagbo mit knapp 54 % der Stimmen durch. Der Gbagbo nahestehende Verfassungsgerichtshof annullierte dieses Ergebnis allerdings und erklärte Gbagbo zum Sieger. Die Vereinten Nationen hingegen erklärten das ursprüngliche, von der unabhängigen nationalen Wahlkommission verkündete Ergebnis für authentisch und VN, AU, ECOWAS, EU und USA erkannten Ouattara als Wahlsieger an. In der Folge entwickelte sich eine Pattstellung: Gbagbo und seine Anhänger kontrollierten den Süden des Landes mit Abidjan, waren jedoch international völlig isoliert. Die Internationale Gemeinschaft – darunter auch die EU und die USA – ebneten gegen Jahresende den Weg für entsprechende Sanktionen gegen Gbagbo und sein Gefolge. Ouattara gelang es trotz internationaler Unterstützung nicht, seinen Anspruch in der Hauptstadt Abidjan durchsetzen. Sowohl ECOWAS als auch die AU versuchten, eine Lösung zu finden. Bis Jahresende wurden in Zusammenstößen mehr als 200 Menschen getötet. Ein Wiederaufflammen der Kämpfe der Bürgerkriegszeit wurde befürchtet.

Der Wiederaufbau und die finanzielle Konsolidierung in **Liberia** erzielten unter anderem mit Hilfe der Streichung der verbleibenden Auslandsschulden wesentliche Fortschritte. Die politische Lage stand bereits im Zeichen einer zunehmenden Polarisierung im Vorfeld der Präsidenten- und Parlamentswahlen 2011. Die Empfehlungen des Schlussberichts der Wahrheits- und Versöhnungskommission wurden nicht umgesetzt. Das Verfahren gegen den früheren Präsidenten Charles Taylor vor dem Sondergerichtshof für Sierra Leone wurde als letztes noch laufendes Verfahren in Den Haag weitergeführt.

In **Sierra Leone** spitzte sich der Gegensatz zwischen der Regierungspartei und der Opposition weiter zu, wobei der Regierung systematische Diskriminierung der Volksgruppen des Südens zugunsten jener des Nordens vorgeworfen wurde.

10.3. Beziehungen mit der EU

Im November fand in Tripolis der EU-Afrika-Gipfel statt, wo u. a. die neue und aktualisierte EU-Afrika-Strategie und ein neuer Aktionsplan verabschiedet wurde.

Mit den **AKP-Staaten verbindet die EU** eine langjährige und partnerschaftliche Beziehung. Auf Grundlage des Cotonou-Abkommens (2000) verhandelt die EU auch mit dem westlichen Afrika Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Handels- und Entwicklungspolitik sollen verzahnt werden, um in den AKP-Staaten wichtige Reformprozesse anzustoßen, nachhaltige Entwicklung zu fördern und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. In einem nächsten Schritt sollen budgetäre Prioritäten und konkrete Zeitpläne, die Frage der institutionellen Umsetzungskapazität durch ECOWAS sowie die Verknüpfung zwischen den nationalen und regionalen Ebenen ausgearbeitet werden.

10.4. Regionale Integrationsfragen

Malawi hatte 2010 den Vorsitz in der **Afrikanischen Union**. Gemäß der Tripolis-Erklärung des Vorjahres wurde das Jahr 2010 als das Jahr des Friedens mit einer Vielzahl an Veranstaltungen in ganz Afrika ausgerufen. Wichtigste Themen, mit welchen die AU und der Friedens- und Sicherheitsrat der AU befasst waren, waren der Sudan, der laufende AU-Einsatz in Somalia **(AMISOM),** die Staatskrise in Madagaskar sowie die Unruhen im Zusammenhang mit den vergangenen Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire. Dessen Mitgliedschaft sowie die Mitgliedschaft von Niger (nach erfolgtem Militärputsch im Februar) wurden ausgesetzt.

Das am 20. November 2009 durch die Ostafrikanische Gemeinschaft **(East African Community – EAC)** beschlossene Protokoll über einen Gemeinsamen Markt nach Vorbild der EU trat wie vorgesehen am 1. Juli in Kraft. Allerdings müssen bis zur tatsächlichen Verwirklichung des Gemeinsamen Mark-

tes noch zahlreiche nationale Vorschriften der fünf Mitgliedsstaaten (Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda, Burundi) angepasst werden.

Die **SADC-Vermittlung** in Simbabwe wurde weitergeführt, überdies bemüht sich die SADC weiter um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Madagaskar. Namibia übernahm den einjährigen SADC-Vorsitz, Sambia den einjährigen Vorsitz des Organs für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit. Österreich und die SADC hielten im Dezember Jahreskonsultationen im Rahmen des bilateralen Memorandum of Understanding ab.

11. Asien

11.1. Allgemeine Entwicklungen

Die Entwicklung Asiens zur dynamischsten Region der Welt hat sich weiter gefestigt. Eine Reihe asiatischer Staaten scheint gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen zu sein. Die große Herausforderung der stark wachsenden Staaten Asiens wird es allerdings sein, wirksame politische und soziale Maßnahmen so zu setzen, dass die jeweilige soziale Entwicklung mit der wirtschaftlichen Schritt hält. An den globalen Themen der Zusammenarbeit mit Asien, wie Menschenrechte, Non-Proliferation, Energiesicherheit, Umwelt, Klimawandel, Naturkatastrophen und Terrorismusbekämpfung, nimmt Österreich aktiven Anteil.

11.1.1. Nordost-Asien

Die Außenpolitik der **Volksrepublik China** zielt in erster Linie auf die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der nationalen Einheit sowie auf die äußere Absicherung des chinesischen Modernisierungsprozesses ab. China vertritt den Ansatz einer multipolaren Welt und sieht sich als führender Vertreter der Entwicklungsländer. Durch den permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist China ständig in den Entscheidungsprozess betreffend Fragen der internationalen Sicherheit eingebunden. Die Absicherung der Versorgung des Landes mit knappen Rohstoffen und Energieträgern ist eine wesentliche Motivation der chinesischen Außenpolitik. Im Jahr 2010 spielte das Thema des freien Seeverkehrs im Südchinesischen Meer eine besondere Rolle in der chinesischen Außenpolitik.

Diplomatische Beziehungen zwischen der EU und China bestehen seit 1975. Seit 2007 werden Verhandlungen zu einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geführt. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, besuchte vom 29. April bis 1. Mai Peking und Shanghai. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Catherine Ashton, reiste vom 30. August bis 4. September nach China, um gemeinsam mit Staatsrat Dai Bingguo den ersten „Strategischen Dialog“ zwischen der EU und China abzu-

halten. Am 6. Oktober fand in Brüssel der 14. EU-China Gipfel und am 21. Dezember in Peking der dritte hochrangige Handels- und Wirtschaftsdialog **(HED)** statt.

Für China ist die EU der größte Handelspartner und Investor, und China wiederum nach den USA der zweitgrößte Handelspartner der EU. Handels- und wirtschaftspolitische Themen stellen weiterhin einen wichtigen Teil der Gespräche zwischen der EU und China dar. Nach Abhaltung des EU-China-Menschenrechtsdialoges Ende Juni in Madrid wurde der für das zweite Halbjahr vorgesehene Dialogtermin von chinesischer Seite abgesagt.

Die Entspannung mit **Taiwan** unter der seit 2008 regierenden Kuomintang setzte sich fort. Der am 29. Juni in Chongqing unterzeichnete Handelspakt gilt als wichtigster Meilenstein in den Beziehungen seit 1949. Wirtschaftsexperten rechnen mit einer Erhöhung des jährlichen Handelsvolumens um rund 100 Milliarden US-Dollar.

Die strategische Partnerschaft mit den USA ist weiterhin der Eckstein der Außenpolitik **Japans**. Die Festigung der Stellung in der asiatischen Region und die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel sowie Non-Proliferation und Terrorismusbekämpfung sind weitere Schwerpunkte der Außenpolitik. Auch die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu China, die durch den Zwischenfall um die Senkaku-Inseln im Herbst stark belastet wurden, hat hohen Stellenwert. Ein wichtiges Zeichen zur Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte mit der Republik Korea stellte die Entschuldigung Premierminister Naoto Kans anlässlich des 100. Jahrestages der Annexion Koreas durch Japan am 29. August dar.

Seinen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Periode 2009/20010 nützte Japan u. a. für das Vorantreiben der VN-Reform. Die Erlangung eines ständigen Sitzes im VN-SR bleibt eine der Prioritäten der japanischen Außenpolitik. Die neue Regierung ist auch am Aufbau eines multilateralen institutionellen Gefüges in der Pazifikregion interessiert und war im November Gastgeber des APEC-Gipfels in Yokohama.

Die Lage auf der **koreanischen Halbinsel** erfuhr keine Entspannung. Verschärfte Spannungen wurden im März durch den Untergang des südkoreanischen Marineschiffes Cheonan, bei dem 46 Seeleute ums Leben kamen, ausgelöst. Dieser Vorfall wurde in einem mit internationaler Beteiligung erstellten südkoreanischen Untersuchungsbericht einem nordkoreanischen Torpedoangriff zugeschrieben. Die Spannungen eskalierten weiter, als im November bei einem nordkoreanischen Artillerieangriff auf die südkoreanische Insel Yeonpyeong-do zwei Armeeangehörige und zwei ZivilistInnen ihr Leben verloren. Der VN-Sicherheitsrat konnte sich in beiden Fällen auf keine eindeutige Verurteilung Nordkoreas einigen. Die **Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK)** äußerte in der Folge ihr Interesse an einer Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche. Beim Streben nach Denuklearisierung konnte kein Fortschritt erzielt werden. Am 12. November berichtete der US-

Wissenschafter Siegfried Hecker von der laufenden Konstruktion eines experimentellen Leichtwasserreaktors in der kerntechnischen Anlage von Nyŏngbyŏn (DVRK).

Die außenpolitischen Aktivitäten der **Republik Korea** konzentrierten sich auf ein sicherheitspolitisches Krisenmanagement auf der Halbinsel und auf die dafür maßgeblichen Beziehungen zu regionalen Mächten, vor allem USA, China und Japan. Die EU und die Republik Korea unterzeichneten am 6. Oktober in Brüssel ein Freihandelsabkommen.

Die **Mongolei** konnte nach dem schwierigen Jahr 2009 vor allem aufgrund des konsequenten Ausbaus seines Minensektors und der damit verbundenen Infrastruktur wieder ein solides Wirtschaftswachstum verbuchen. Der mongolische Präsident Tsachiagiin Elbegdordsch kündigte Mitte Januar ein Moratorium betreffend die Todesstrafe an. Mit der EU, von der Mongolei als „dritter Nachbar" (neben China und Russland) bezeichnet, konnte am 20. Dezember das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen paraphiert werden, das die Grundlage für die Beziehungen in den nächsten Jahren bildet.

11.1.2. Afghanistan

Die Lage in **Afghanistan** hat sich auch 2010 nicht stabilisiert. Trotz Unterstützung durch die Internationale Staatengemeinschaft konnte die Regierung in Kabul keine entscheidenden Erfolge gegen die fundamentalistischen Taliban erringen. Der massive Einsatz der internationalen Sicherheitstruppe in Afghanistan **(ISAF)** gemeinsam mit der Afghanischen Nationalen Armee erwies sich nicht stark genug, um den Widerstand der Taliban zu brechen. Das Jahr 2010 war bisher das blutigste für die internationalen Truppen. Angesichts dieser Herausforderung haben die USA eine Strategie zur Unterstützung von Afghanistan und Pakistan in einem gemeinsamen Kontext entwickelt. Die Afghanistan-Konferenzen in London am 28. Jänner und in Kabul am 20. Juli hatten zum Ziel, mehr Verantwortung sowohl in sicherheitspolitischer wie auch in finanzieller und rechtsstaatlicher Hinsicht der afghanischen Regierung zu übertragen ("Afghan Ownership"). Auf dem NATO-Gipfel am 20. November in Lissabon wurde der prinzipielle Abzug der Kampftruppen der NATO-Staaten bis Ende 2014 beschlossen. Am 18. September wurden Parlamentswahlen abgehalten. Sie wurden an vielen Orten durch die Taliban, die zum Wahlboykott aufgerufen hatten, gestört. Auch gab es zahlreiche Unregelmäßigkeiten. In der neuen Volksvertretung stellen die Abgeordneten, die Präsident Hamid Karzai unterstützen, nicht die Mehrheit.

11.1.3 Süd- und Südostasien

Die vordergründig größte Herausforderung für **Pakistan** stellt die Bedrohung durch fundamentalistischen Extremismus und Terrorismus dar. Trotz Erfolgen bei der Bekämpfung der Terroristen kommt es laufend zu blutigen Anschlägen. Der Kampf gegen den Terrorismus nahm den Großteil der ver-

fügbaren Mittel und Energien in Anspruch, sodass die Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes nicht angegangen werden konnte. Im April wurde durch einstimmigen Parlamentsbeschluss die unter Pervez Musharraf erlassenen Verfassungsänderungen rückgängig gemacht und so die parlamentarische Demokratie in vollem Umfang wieder hergestellt. Im August verwüsteten nach heftigen Monsunregen schwere Überschwemmungen weite Teile Pakistans. Nationale wie internationale Hilfs- und Rehabilitierungsmaßnahmen sind nach wie vor im Gange. Die EU stellte für die Opfer der Flutkatastrophe Hilfe im Wert von etwa 241 Millionen Euro zur Verfügung. Am 4. Juni fand in Brüssel das zweite Gipfeltreffen EU-Pakistan statt.

Der Entspannungsprozess zwischen **Indien** und **Pakistan**, deren Verhältnis seit Jahrzehnten aufgrund der Kaschmirfrage stark belastet ist, hat unter den Terroranschlägen islamistischer Gruppierungen auf indische Ziele gelitten und war nach dem Anschlag auf die Finanzmetropole Mumbai Ende November 2008 zum Stillstand gekommen. Indien beschuldigt Pakistan, islamistische Terrororganisationen, wie die Lakshar-e-Toiba, die für die meisten Anschläge in Indien verantwortlich gemacht werden, auf pakistanischem Boden zu dulden und nicht energisch genug gegen die Hintermänner vorzugehen. Ein Treffen zwischen den beiden Premierministern im April während des Gipfels der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation **(SAARC)** in Thimphu brachte nicht den erhofften Durchbruch. Zwar konnten seither Treffen zwischen den Außen- und Innenministern arrangiert werden, jedoch in den Hauptstreitfragen weiterhin keine Erfolge erzielt werden.

Schwerpunkte der Außenpolitik in **Indien** bildeten die Stärkung der Beziehungen zu seinen Nachbarländern, der Wiedereinstieg in den zivilen Nuklearhandel, sowie in Vorbereitung seiner VN-SR Mitgliedschaft für die Jahre 2011/2012 die teils strategische, teils wirtschaftliche Annäherung an die fünf Ständigen VN-SR Mitglieder. Vor allem im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und im Bereich der zivilen nuklearen Zusammenarbeit strebt Indien eine enge Partnerschaft mit den USA an. Ein Hauptthema des 11. EU-Indien Gipfeltreffens in Brüssel am 10. Dezember waren die seit 2007 laufenden Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen, deren Abschluss für das erste Halbjahr 2011 in Aussicht genommen wurde. Als regionale Großmacht in Südasien versucht Indien – in zunehmender Konkurrenz zu China – stabilisierend auf die krisengeschüttelten Nachbarländer Nepal, Bangladesch und Sri Lanka einzuwirken.

In **Bangladesch** geht die linksgerichtete Awami League unter Führung von Sheikh Hasina entschlossen gegen Korruption vor und hat begonnen, die während und nach dem Unabhängigkeitskrieg gegen Pakistan Anfang der 1970er-Jahre begangenen Kriegsverbrechen aufzuklären und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegensatz zur islamisch-nationalistisch orientierten Vorgängerregierung tritt die Regierung Hasina betont pro-indisch auf. So sagte Hasina bei ihrem Indienbesuch im Jänner zu, bei der Verfolgung

anti-indischer in Bangladesch untergetauchter Rebellengruppen eng zu kooperieren.

Im Königreich **Bhutan** wurde das Regierungsprogramm „Gross National Happiness" des Königs fortgeführt. Außenpolitisch orientiert sich das Land stark an Indien, das auch wirtschaftlich – vor allem im Wasserkraftbereich – den mit Abstand wichtigsten Partner darstellt.

Die politische Lage in **Nepal** wurde im Sommer wieder angespannter, als Premierminister Madhav Kumar Nepal nach einer nur knapp einjährigen Amtszeit unter dem Druck der maoistischen Opposition Ende Juni zurücktreten musste. Wichtigste Aufgabe der jungen Republik bleibt es, eine Verfassung auszuarbeiten und den Friedensprozess durch die Integration und Rehabilitierung ehemaliger Rebellenkämpfer und durch eine alle Parteien zufriedenstellende Machtaufteilung voranzubringen.

Die Präsidentenwahlen in **Sri Lanka** Anfang des Jahres gewann der zur Wiederwahl angetretene Präsident Mahinda Rajapaksa überzeugend. Auch aus den Parlamentswahlen im April ging Präsident Rajapaksa mit seiner Parteienallianz United People's Freedom Alliance mit über 60 % der Stimmen als überragender Wahlsieger hervor. Nach dem militärischen Sieg der Regierung gegen die separatistischen tamilischen Befreiungstiger von Tamil Eelam **(LTTE)** im Mai 2009 steht das Land nach wie vor vor der schwierigen Herausforderung, eine politische Lösung für den Jahrzehnte alten Konflikt zwischen der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung zu finden.

Auf den **Malediven** war Staatspräsident Mohammed Nasheed weiterhin bemüht, die demokratische Öffnung des moslemischen Inselstaates nach 30-jähriger Alleinherrschaft von Präsident Maumoon Abdul Gayoom voranzutreiben, gegen Korruption anzukämpfen und frühere Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Das politische Klima zwischen Regierung und Opposition bleibt allerdings vergiftet.

Die innenpolitische Lage in **Thailand** blieb angespannt. Die tiefe Kluft zwischen Anhängern des sich nunmehr im Exil befindlichen ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra ("Rothemden") und seinen Gegnern ("Gelbhemden") hat sich nach den gewalttätigen Ereignissen im April und Mai mit zahlreichen Toten, Verletzten und abgebrannten Gebäuden weiter verschärft. Vom 14. März bis 10. Mai besetzten Anhänger der Opposition (UDD United Front for Democracy and Development) einige zentrale Orte in Bangkok und forderten die Regierung zum Rücktritt und zur sofortigen Abhaltung von Neuwahlen auf. Die Demonstration wurde vom thailändischen Militär gewaltsam aufgelöst und zahlreiche Anführer der „Rothemden" verhaftet. Mehrere Provinzen wurden anschließend unter Notstandsrecht gestellt. Die thailändische Regierung hat nach diesen gewalttätigen Ereignissen einen Nationalen Plan zur Versöhnung vorgelegt und dazu zwei Kommissionen eingesetzt. Zu den großen politischen Herausforderungen der Regierung zäh-

len auch weiterhin die Probleme in den drei südlichen Provinzen mit muslimischer Mehrheit, wo die Regierung generell geringes Vertrauen genießt. Von der Wirtschaftkrise konnte sich Thailand schneller als erwartet erholen.

In dem im Jahre 2006 gemeinsam von den VN und **Kambodscha** eingerichteten Gerichtshof zur Verfolgung der durch die Roten Khmer begangenen Verbrechen wurde am 24. Juli nach längeren Verhandlungen im ersten Fall das Urteil gegen den Angeklagten Khank Khek Leu (Duch), der ehemalige Leiter des berüchtigten S-21 Sicherheitsgefängnisses, ausgesprochen.

Laos organisierte die Erste Vertragsstaatenkonferenz der Streumunitionskonvention, welche vom 9.-12. November in Vientiane stattfand.

In **Myanmar** fanden am 7. November Parlaments- und Regionalwahlen statt. Damit wurde die 2003 begonnene siebenstufige Road Map für politische Reformen abgeschlossen. Die Regierungspartei USDP (Union Solidarity and Development Party) gewann fast achtzig Prozent der Stimmen. Die demokratischen Oppositionsparteien gewannen nur einen geringen Stimmenanteil. In den mit der neuen Verfassung geschaffenen Regionalparlamenten gab es jedoch durchaus beachtliche Gewinne für einzelne ethnische Oppositionsparteien. Ein erheblicher Einfluss des Militärs auf die beiden Häuser des Parlaments, dem Abgeordnetenhaus und dem Haus der Nationalitäten, wurde bereits in der neuen Verfassung des Landes von 2008 festgeschrieben. Von der EU und westlichen Regierungen wurden die Wahlen als weder frei noch fair kritisiert. Weite Teile der Opposition waren von vornherein ausgeschlossen. Die Menschenrechtssituation bleibt weiterhin erschreckend. Vor allem ethnische Minderheiten werden systematisch verfolgt und misshandelt. Es gibt nach wie vor mehr als 2.100 politische Gefangene. Die sich seit 1989 mit kurzen Unterbrechungen in Hausarrest befindliche Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi wurde am 13. November freigelassen. Sie hat angekündigt, für den Demokratisierungsprozess in Myanmar weiterkämpfen zu wollen, gleichzeitig aber auch ihre Gesprächsbereitschaft mit dem derzeitigen Regime betont.

Aufgrund der zunehmenden Schwäche der Opposition konnte die Regierungskoalition in **Malaysia** nach dem erstmaligen Verlust der Zweidrittelmehrheit im Jahre 2008 mit dem Sieg in zwei wichtigen Zwischenwahlen wieder Terrain gewinnen. Von der Wirtschaftskrise erholte sich Malaysia rasch und wies wieder ein Wachstum um die 7 % vor. Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU wurden zu Jahresende aufgenommen.

Seit dem Ende des autoritären Regimes von Langzeitpräsident Suharto im Jahr 1998 konnte sich die Demokratie in **Indonesien** festigen und verwurzeln, wobei insbesondere die Medienfreiheit im regionalen Kontext beispielgebend ist. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise berührte Indonesien kaum; die positive wirtschaftliche Entwicklung resultierte in einer boomenden Börse und einem Wirtschaftswachstum von rund 6 %.

Timor-Leste hat sich – auch dank der seit 2006 entsandten Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste **(UNMIT)** und mit der australisch-neuseeländischen internationalen Friedenstruppe – weiter konsolidiert. Schrittweise übernimmt die lokale Polizei Sicherheitsaufgaben im Land.

Auf den **Philippinen** haben am 10. Mai landesweite Präsidentschafts-, Parlaments-, Gouverneurs- und Lokalwahlen stattgefunden; insgesamt wurden etwa 18.000 politische FunktionärInnen neu gewählt und damit die politische Ausrichtung des Landes für die nächsten sechs Jahre vorbestimmt. Klarer Wahlsieger für das Präsidentenamt war der frühere Senator Benigno S. Aquino III, Sohn von Ex-Präsidentin Corazon und Benigno Aquino II, dem 1983 ermordeten Helden der philippinischen Demokratiebewegung. Im Bereich der inneren Konflikte des Landes hat Präsident Aquino seine Bereitschaft zu einer Verständigung mit der muslimischen Bevölkerung hervorgehoben, ebenso zu einer friedlichen Lösung aller bewaffneten Konflikte, allen voran in Mindanao. Verhandlungen mit der EU über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurden im Juni erfolgreich abgeschlossen.

Vietnam führte den ASEAN-Vorsitz, in dessen Zuge unter anderem das erste Treffen der „ASEAN-Verteidigungsminister plus 8" (Australien, China, Indien, Japan, Republik Korea, Neuseeland, Russische Föderation, USA) stattfand und Außenministerin Hillary Clinton zwei Mal (Juli und Oktober) nach Hanoi reiste. Am 14. September wurden die Verhandlungen EU-Vietnam über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen erfolgreich abgeschlossen. Wirtschaftlich geriet das Land insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte in Turbulenzen: Bekanntwerden der Überschuldung des staatlichen Werft-Konzernes Vinashin, steigende Staatsschuld und Handelsbilanzdefizit sowie Abwertung der Landeswährung.

11.2. Die Partnerschaft EU-Asien

Dem Prozess der Asien-Europa-Treffen **(ASEM)** kommt als Dialogforum zwischen der EU und Asien große Bedeutung zu. Am 4. und 5. Oktober fand in Brüssel der **8. ASEM-Gipfel der Staats- und Regierungschefs** statt. Erstmals nahmen die neuen Mitglieder Australien, Russland und Neuseeland teil. Hauptthemen des Gipfels waren die Weltwirtschaftskrise und Wege zu deren Bewältigung.

Die Asia-Europe Foundation **(ASEF)**, mit Sitz in Singapur, ist die einzige fixe Institution im Rahmen von ASEM. Sie hat die Förderung der Beziehungen vor allem im kulturell-wissenschaftlichen Bereich zwischen den ASEM-Staaten zum Ziel.

Die EU wirkt aktiv am ASEAN Regionalforum **(ARF)** mit, das sich mit Sicherheitsfragen in der asiatisch-pazifischen Region befasst. Das **17. ARF Ministertreffen** fand im Juli in Hanoi statt und thematisierte auch Territorialfragen im Südchinesischen Meer.

11.3. Regionale Organisationen

Die zehn Mitgliedstaaten der **ASEAN** (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) trafen sich vom 28.-30. Oktober in Hanoi zum **17. ASEAN Gipfeltreffen**, welches einen Masterplan zur Förderung der ASEAN-Interkonnektivität annahm.

Die ASEAN Menschenrechtskommission **(ASEAN Intergovernmental Commission on Human Rights, AICHR)** wurde operativ, und eine eigene Kommission für Frauen und Kinder **(ASEAN Commission on the Rights of Women and Children, ACWC)** wurde etabliert.

Fernziel der ASEAN ist die Schaffung einer aus drei Säulen (Politik/Sicherheit, Wirtschaft und Sozio-Kulturelles) bestehenden **Gemeinschaft**, wobei die Wirtschaftsgemeinschaft bereits 2015 verwirklicht sein soll.

Am 26. Mai fand das **18. EU-ASEAN Ministertreffen** in Madrid statt, das angesichts der ASEM-Erweiterung auf 48 Mitglieder als Rahmen für einen freien Meinungsaustausch an Bedeutung gewonnen hat.

Die EU strebt den Beitritt zum **ASEAN Freundschafts- und Kooperationsvertrag in Südostasien (TAC)** an. Beim 43. ASEAN-Ministertreffen im Juli in Hanoi wurde ein TAC-Protokoll unterzeichnet, das nun einen zukünftigen Beitritt der EU erlaubt.

Da Vorverhandlungen für ein **Freihandelsabkommen** mit ASEAN ohne Ergebnis blieben, nahm die EU mit Singapur und Malaysia Verhandlungen über bilaterale Freihandelsabkommen auf und plant solche auch mit weiteren Ländern der Region.

Vietnam hatte im Jahr 2010 den rotierenden ASEAN-Vorsitz inne, 2011 übernimmt ihn Indonesien. Der österreichische Vertreter bei der ASEAN ist Österreichs Botschafter in Indonesien, Klaus Wölfer.

Aufgrund der engen wirtschaftlichen Kontakte vieler ASEAN-Staaten mit China, Japan und der Republik Korea haben sich parallel weitere Integrationsebenen, ASEAN+3 beziehungsweise Ostasiengipfel **(East Asia Summit, EAS)**, entwickelt. Die USA und Russland wurden offiziell zur Teilnahme am EAS eingeladen, eine Einladung an die EU unterblieb bisher.

Der acht Staaten umfassende **Südasiatische Verband für Regionale Zusammenarbeit (SAARC)** hielt das 16. Gipfeltreffen am 28. und 29. April in Thimphu ab. Die EU nimmt als Beobachter teil.

12. Australien, Neuseeland, Ozeanien

12.1. Australien

Am 24. Juni wurde Premierminister Kevin Rudd von seiner Stellvertreterin Julia Gillard an der Regierungsspitze abgelöst. Nach den Wahlen im August

bildete Premierministerin Gillard am 14. September eine Minderheitsregierung (mit Kevin Rudd als Außenminister). Außenpolitische Prioritäten Australiens bleiben die Zusammenarbeit mit den USA („AUSMIN"-Treffen im November in Melbourne), eine aktive Rolle im multilateralen Bereich, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, die Bekämpfung des Terrorismus sowie die Intensivierung der Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum. Das australische Engagement in seiner Nachbarschaft, insbesondere auf den pazifischen Inselstaaten, ist weiterhin sehr stark im Bemühen um politische und wirtschaftliche Stabilität dieser Region. Das Thema Klimawandel bleibt eine Priorität der australischen Politik, die innenpolitische Diskussion um die mögliche Einführung einer Abgabe auf Kohlenstoffemissionen wird kontrovers geführt. Australien hat im Oktober vorgeschlagen, das 2008 geschlossene Partnerschaftsabkommen mit der EU um ein rechtsverbindliches Abkommen zu ergänzen. Australien wurde in den ASEM-Prozess aufgenommen.

12.2. Neuseeland

Die seit November 2008 im Amt befindliche Regierung von Premierminister John Key verfolgt die traditionellen außenpolitischen Schwerpunkte Neuseelands weiter: aktiver Multilateralismus, Klimaschutz, Sicherung der Absatzmärkte für die vorwiegend landwirtschaftlichen Produkte, Liberalisierung des Welthandels sowohl im Rahmen der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) als auch der Trans-Pacific Partnership **(TPP)**, sowie die Beziehungen zur EU.

Besonderer Wert wird jedoch auf den Austausch – insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene – mit dem asiatischen Raum gelegt. In diesem Zusammenhang hat sich aus neuseeländischer Sicht das 2008 mit China geschlossene Freihandelsabkommen sehr bewährt. Die Bemühungen um eine Intensivierung des Verhältnisses zu den USA wurden erfolgreich fortgesetzt. Auch Neuseeland wurde in den ASEM-Prozess aufgenommen.

Am 4. November eröffnete Neuseeland eine bilaterale Botschaft in Wien, welche auch eine Brückenkopffunktion nach Südosteuropa übernehmen soll.

12.3. Ozeanien

Alle Inselstaaten des Pazifiks gehören der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten **(AKP-Staaten)** an. Die EU ist nach Australien zweitgrößter Entwicklungshilfegeber im Pazifik. Mit 13 Staaten des Südpazifiks wurden im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds Strategiepapiere unterzeichnet. Es sind insgesamt 452 Millionen Euro für Projekte der EZA in der Region von 2008 bis 2013 vorgesehen. Schwerpunkte sind gute Regierungsführung, Eindämmung der Auswirkungen des steigenden Meeres-

spiegels, nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Energieversorgung und Projekte im Gesundheitsbereich.

Das regional wichtigste politische Thema ist weiterhin die Rückführung Fidschis in demokratische Verhältnisse. Österreich nahm am diesjährigen 41. Pazifischen Insel Forum **(PIF)** in Vanuatu (4. und 5. August) teil. Die Regionale Unterstützungsmission für die Salomonen **(RAMSI)** unter der Führung Australiens wurde fortgesetzt.

Österreich hat seine Beziehungen zu den pazifischen Staaten weiter intensiviert. Bundespräsident Heinz Fischer kündigte die Fortführung des 2007 begonnenen gemeinsamen österreichisch-italienischen regionalen Kooperationsprojektes für die pazifischen Kleininsel-Entwicklungsländer **(SIDS)** im Bereich erneuerbare Energie an.

B. Österreich in anderen europäischen Foren

I. Europäische Sicherheitspolitik

1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden

1.1. Entwicklungen innerhalb der NATO

Beim Gipfel der Nordatlantikvertrags-Organisation **(NATO)** in Lissabon am 19. und 20. November hat die NATO ein **neues Strategisches Konzept** verabschiedet, welches das bisherige, aus 1999 datierende, ablöst. Das Konzept berücksichtigt insbesondere die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen (v.a. Terrorismus, „cyber defence", Energiesicherheit, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen), die Notwendigkeit einer verstärkten Kooperation mit Partnern und die Notwendigkeit eines effizienteren Ressourceneinsatzes. Als die drei Kernaufgaben der NATO werden kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit definiert. Die klassische Rolle der NATO als Verteidigungsallianz wird bekräftigt, inklusive des Prinzips der nuklearen Abschreckung, solange es Nuklearwaffen gibt. Erstmals verschreibt sich die NATO zugleich auch dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Weiters wird die Grundsatzentscheidung zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems für Europa getroffen, wobei Russland zur Mitwirkung eingeladen wird. Was das internationale Krisenmanagement betrifft, wird insbesondere die Wichtigkeit des „comprehensive approach" (also eines arbeitsteiligen Herangehens aller verschiedenen Akteure nach dem Prinzip der komparativen Vorteile) und der Prävention unterstrichen. Um mit anderen relevanten Akteuren, insbesondere den VN und der EU, besser zusammenarbeiten zu können, wird sich die NATO begrenzte zivile Kapazitäten schaffen. Im Bereich kollektive Sicherheit soll die Rolle der Partner deutlich aufgewertet und eine umfassende Reform der NATO-Partnerschaftspolitik durchgeführt werden. Schließlich wird eine verstärkte Rolle als internationale Konsultationsplattform für Fragen der Sicherheitspolitik angestrebt. Die Partner der NATO, darunter Österreich, waren eng in den Ausarbeitungsprozess des neuen Strategischen Konzepts eingebunden. So hat Österreich aktiv an den für die Partner offenen Vorbereitungstreffen in Brüssel (Juli 2009), Brdo/Slowenien (November 2009), Oslo (Jänner 2010) und Helsinki (März 2010) teilgenommen und zu den Themen „comprehensive approach" und Partnerschaften Arbeitspapiere eingebracht.

Am 7. Dezember hat das BMeiA eine Informationsveranstaltung im Parlament über das neue Strategische Konzept und seine Bedeutung für die Partner der NATO mitgestaltet.

Beim **NATO-Russland-Gipfeltreffen** in Lissabon wurde ein Neuanfang in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO beschlossen. Im neuen Strategischen Konzept wurde festgeschrieben, dass die NATO in Russland

keinen Feind sieht, selbst keine Gefahr für Russland darstellt und eine strategische Partnerschaft mit Russland angestrebt wird.

Die wesentlichen inhaltlichen Ergebnisse des NATO-Gipfels in Bezug auf **Afghanistan** sind zum einen der Beginn einer neuen Phase der internationalen Sicherheitstruppe in Afghanistan **(ISAF)** durch die Ankündigung des Beginns der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Institutionen für Anfang 2011, welche schrittweise bis 2014 erfolgen soll, und zum anderen die Unterzeichnung einer langfristigen Partnerschaft zwischen der NATO und Afghanistan.

Die NATO verfolgt weiterhin eine „open door policy" gegenüber beitrittsinteressierten Staaten. So nehmen gegenwärtig drei Staaten – Mazedonien, Montenegro und Bosnien und Herzegowina **(BuH)** – am Membership Action Plan **(MAP)**, einem auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittenen Beratungs- und Unterstützungsprogramm der NATO für Beitrittswerber, teil. Mazedonien war bereits 1999 in den MAP aufgenommen worden, einem Beitritt steht jedoch nach wie vor der noch immer nicht gelöste Streit mit Griechenland um den Staatsnamen entgegen. Montenegro erhielt 2009 MAP-Status. Beim Treffen der NATO-Außenminister in Talinn im April wurde die Aufnahme Bosnien und Herzegowinas in den MAP unter der Bedingung beschlossen, dass BuH die ungeklärte Frage der Überführung der von den nationalen Streitkräften benötigten Liegenschaften in gesamtstaatliches Eigentum regelt. Da bis dato keine Einigung darüber erzielt werden konnte, fanden noch keine Aktivitäten im Rahmen des MAP statt.

Nach dem Regierungswechsel im Februar strebt die **Ukraine** zwar keinen NATO-Beitritt an, ist aber weiterhin an einer aktive Zusammenarbeit mit der NATO – im Rahmen des Euroatlantischen Partnerschaftsrates **(EAPC)**, der NATO-Ukraine Kommission und NATO-geführten Operationen – interessiert.

Weiterhin Interesse an einer Aufnahme in den MAP signalisiert Georgien, dem die NATO auf ihrem Gipfel in Bukarest 2008 einen künftigen Beitritt – allerdings ohne Festsetzung eines bestimmten Zeithorizonts – in Aussicht gestellt hat. Das wichtigste Forum für die Intensivierung der Beziehungen zwischen Georgien und der NATO ist die nach dem Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 ins Leben gerufene **NATO-Georgien-Kommission**.

1.2. Österreich in NATO-geführten Operationen, in der Partnerschaft für den Frieden und im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat

Im Jahr 2010 stellte Österreich mit etwa 450 SoldatInnen das größte Kontingent eines Partnerstaates im Rahmen der NATO-geführten Friedensmission im Kosovo **(KFOR)**, wobei das österreichische Kontingent gemeinsam mit Deutschland, Schweiz und Türkei im Rahmen des multinationalen Gefechtsverbandes Süd (Multinational Battle Group South) eingesetzt wurde. Österreich beteiligte sich auch gemeinsam mit Deutschland an der Stellung der

Operativen Reserve. Weiters unterstützte Österreich die Ausbildung der Kosovo Sicherheitstruppe **(KSF)** im Rahmen der Military Civil Advisory Division **(MCAD)** mit drei Ausbildnern. Im Juni 2009 beschloss die NATO, die Operation KFOR in mehreren Schritten zu reduzieren. In einem ersten Schritt wurde die Präsenz von KFOR im Februar auf rund 10.000 Personen verringert. Im Oktober wurde die Entscheidung zu einer weiteren Reduzierung der Truppenstärke auf ca. 5.000 Personen getroffen, welche bis Ende Februar 2011 umgesetzt werden soll. Im Laufe des Jahres wurde die Erstverantwortung für den Schutz von fünf der neun bisher von KFOR bewachten religiösen und Kulturstätten an die kosovarische Polizei übertragen.

Weiters war Österreich mit drei Stabsoffizieren auch im Hauptquartier der NATO-geführten **ISAF** in Afghanistan präsent.

Sechs österreichische Offiziere waren im Rahmen einer dreijährigen Auslandsverwendung im Bereich Ausbildung und Evaluierung in verschiedenen NATO-Kommanden tätig.

Österreich war 2010 an folgenden **Treuhandfondsprojekten** im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden **(PfP)** beteiligt: Zerstörung von Klein- und Leichtwaffen, schultergestützten Flugabwehrraketen sowie Munition in der Ukraine; Zerstörung explosiver Kampfmittelrückstände in Jordanien; Schaffung alternativer Existenzgrundlagen für ehemalige Militärangehörige in Serbien; Gestaltung von Ausbildungsprogrammen zur Förderung der Korruptionsbekämpfung im Verteidigungssektor.

II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

1. Der „Korfu-Prozess“ und das OSZE-Gipfeltreffen in Astana

Im Rahmen des **informellen „Korfu Prozesses“**, dessen Fortführung durch den OSZE-Ministerrat in Athen im Dezember 2009 beschlossen wurde, erfolgte eine sehr intensive, umfassende und **alle OSZE-Dimensionen umfassende Diskussion zur Sicherheit im Europäischen und Euro-Asiatischen Raum**. Dabei ging es neben der Bekräftigung der OSZE-Grundwerte auch um Bemühungen zur Stärkung der Organisation und ihrer Mechanismen im gesamten Konfliktspektrum. Österreich und die EU beteiligten sich sehr aktiv an dieser Diskussion. Die EU, USA und Kanada zielten vor allem auf Fortschritte bei ungelösten Konflikten, eine Stärkung der OSZE-Institutionen, Fortschritte bei der konventionellen Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, bessere Umsetzung der Verpflichtungen in der Menschlichen Dimension und eine Weiterentwicklung des OSZE-Instrumentariums zur Konfliktbeilegung ab. Im Gegensatz dazu betonte die Russische Föderation besonders die Bewahrung des Konsensprinzips, Ausstattung der OSZE mit einer Satzung und bemühte sich um eine einseitige Stärkung der politisch-militäri-

schen Dimension als Ergänzung zum von Präsident Medwedew propagierten **russischen Entwurf eines paneuropäischen Sicherheitsvertrags.** Die Russische Föderation beabsichtigte mit diesem Vertragsentwurf die Herstellung rechtlich verbindlicher, ungeteilter Sicherheit unter allen Vertragsstaaten. Aus Sicht der EU und Österreichs zielt dieser Entwurf aber zu einseitig auf rein politisch-militärische Belange ab und klammert zentrale Elemente wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und neue nichtmilitärische Bedrohungen aus. Russische Sicherheitsanliegen sollen weiterhin im Rahmen des etablierten, breiten Sicherheitsbegriffs der OSZE erörtert werden.

Beim **informellen OSZE-Aussenministertreffen in Almaty** (16. und 17. Juli) wurden die Weichen für die Abhaltung des **OSZE-Gipfels vom 1. und 2. Dezember in Astana** gestellt. Es handelte sich um den ersten OSZE-Gipfel seit 1999 und den ersten in Zentralasien. Seitens Österreichs nahm **Bundespräsident Heinz Fischer** daran teil. Die Verabschiedung eines Aktionsplans mit konkreten Arbeitsaufgaben scheiterte zwar letztlich an der Frage der ungelösten Konflikte (Berg-Karabach, Georgien, Transnistrien), doch gelang die **Verabschiedung der Astana-Gedenkerklärung auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft**. Besonders positiv ist darin die deutliche Bekräftigung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, der dimensionenübergreifende Ansatz etwa zur Bekämpfung von transnationalen Bedrohungen, die Unterstützung des Verhandlungsprozesses zur Weiterentwicklung eines konventionellen Rüstungskontrollregimes (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa), die Bereitschaft zur Modernisierung des Wiener Dokuments 1999 zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowie die Stärkung des Dialogs über Energiesicherheit. Die OSZE-Vorsitze Litauen 2011, Irland 2012 und Ukraine 2013 wurden **mit der Ausarbeitung eines konkreten Aktionsplans beauftragt**. Ein weiterer Erfolg war auch die am Rande des Treffens verabschiedete **gemeinsame Erklärung der Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe zum Berg-Karabach Konflikt** mit den Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan, die beide Seiten zur Intensivierung der Konfliktbeilegungsbemühungen sowie zu konkreten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf allen Gebieten auffordert.

2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Zu Jahresende einigte sich der Ständige Rat auf eine Verlängerung sämtlicher OSZE-Missionen mit Ausnahme des Büros in Minsk (Blockade von Belarus). Im Kosovo gibt es weiterhin die automatische monatliche Verlängerung des Mandats, falls nicht seitens eines Teilnehmerstaats Einspruch erhoben wird. Die Entscheidung über den Weiterbestand eines Büros in Zagreb wurde Ende Dezember ebenfalls angenommen. Am 1. Jänner 2011 übernimmt Litauen den Vorsitz der OSZE.

Die OSZE unterhielt 17 Feldoperationen in Südosteuropa und der GUS, für die der Großteil des OSZE-Budgets (62 %) sowie der personellen Ressourcen

aufgewendet wurde. Österreich entsandte 28 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen. Der überwiegende Teil davon war in Südosteuropa tätig.

In der Projektfinanzierung legte Österreich den Schwerpunkt auf jene Länder, die besonders dringend Hilfe zur Konsolidierung demokratischer Strukturen, von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit benötigen.

Punktuell werden auch Aktivitäten in der politisch-militärischen sowie der Wirtschafts- und Umweltdimension im Sinne des Gleichgewichts der drei Dimensionen unterstützt. Besonders im Bereich Grenzmanagement verfügt Österreich aufgrund seiner natürlichen Gegebenheiten für Einsätze im Hochgebirge über besondere Expertise, die sich großer Nachfrage erfreut. Hier wurden Projekte in Kirgisistan und Tadschikistan, die in direktem Zusammenhang mit internationalen Stabilisierungsbemühungen in Afghanistan stehen, personell und finanziell unterstützt.

2.1. Südosteuropa

Die OSZE unterhält ihre größten Feldoperationen weiterhin in Südosteuropa, mit Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie im Kosovo. Die beiden größten Missionen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina wurden personell und budgetär weiter verringert. Das Mandat des OSZE-Büros in Zagreb wurde bis Ende 2011 verlängert.

Die Feldoperationen der OSZE leisten einen wichtigen Beitrag für den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Entwicklung und Festigung multi-ethnischer Gesellschaften in Südosteuropa. In einigen Bereichen verschob sich die Rolle der OSZE in Richtung eines verstärkten Monitoring und der Beratung der administrativen und politischen Strukturen vor Ort. In Zusammenarbeit mit der EU und anderen internationalen Akteuren nimmt die OSZE zahlreiche Aufgaben wahr, welche im Annäherungsprozess der Länder an die euro-atlantischen Strukturen unverzichtbar sind.

2.2. Moldau/Transnistrien

Der schwelende Konflikt in Transnistrien ist weiterhin ungelöst. Das international anerkannte „5+2 Format“ (5: Moldau, Transnistrien, OSZE, Russische Föderation und Ukraine als Fazilitatoren + 2: EU und USA als Beobachter) traf sich 2010 fünf Mal (zuletzt am 16. November in Kiew). Das Verhandlungsformat trifft seit Jahren nur zu informellen Sitzungen zusammen. Allerdings haben alle Verhandlungspartner die Möglichkeit der Wiederaufnahme von formellen Verhandlungen nach den Moldau Parlamentswahlen (28. November) und der anschließenden Regierungsbildung in den Raum gestellt. Überdies wurden erstmals auch direkte bilaterale Gespräche auf

politischer Ebene zwischen den Konfliktparteien geführt, um den Weg für technischere Fragen frei zu machen (1+1 Format). Der moldauische Premierminister Vlad Filat und der transnistrische politische Führer Igor Smirnov trafen einander außerdem im August und September im Rahmen zweier Fußballspiele („Fußballdiplomatie"). Ein konkreter Erfolg der seit 2008 eingerichteten Arbeitsgruppen zur Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen ist die Wiederaufnahme des Bahnverkehrs zwischen Chisinau und Odessa via Tiraspol. Das Hauptziel der OSZE Mission in Moldau ist es, bei einer dauerhaften politischen Lösung des Transnistrien-Konflikts behilflich zu sein. Die Mission beschäftigt sich mit menschenrechtlichen Fragen, Demokratisierung, Medienfreiheit, der Bekämpfung von Menschenhandel und der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen. Im Rahmen des OSZE-Gipfels in Astana konnte keine Einigung auf eine explizite Erklärung zur Situation in Moldau/Transnistrien erzielt werden.

2.3. Belarus

Das OSZE-Büro in Minsk ist in allen drei Dimensionen der OSZE tätig und konzentrierte sich insbesondere auf Projektabwicklungen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, Aufbau demokratischer Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. In der Wirtschafts- und Umweltdimension lag der Tätigkeitsschwerpunkt auf der Fortsetzung der Projekte zur Förderung der Entwicklung der von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebiete und im Bereich Energiesicherheit, in der menschlichen Dimension auf der Bekämpfung des Menschenhandels. Das Mandat des Büros wurde zu Jahresende vorerst nicht verlängert.

2.4. Ukraine

Die Mission in der Ukraine besteht aus einem Büro eines Projektkoordinators, welches in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft Projekte zur Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung sowie Förderung der Zivilgesellschaft durchführt. Das Büro des Projektkoordinators ist in allen drei Dimensionen der OSZE tätig und arbeitet dabei sowohl mit den ukrainischen Behörden als auch mit Nichtregierungsorganisationen zusammen.

2.5. Südkaukasus

Die große Mehrheit der OSZE-Staaten forderte weiterhin eine substantielle und Dimensionen übergreifende Rolle der OSZE durch Wiedererrichtung einer OSZE-Mission in **Georgien**. Die Russische Föderation beharrte aber auf Ausarbeitung eines Mandats, welches der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Süd-Ossetien durch die Russische Föderation Rechnung trägt; dies war jedoch für die große Mehrheit der OSZE-

Staaten weiterhin inakzeptabel. Im Rahmen der Genfer Gespräche nahm die OSZE weiterhin als Ko-Vorsitzender aktiv an Bemühungen um Schaffung von mehr gegenseitigem Vertrauen zwischen den Konfliktparteien teil. Darüber hinaus ging die informelle Unterstützung des OSZE-Vorsitzes in Fragen der Gas- und Wasserversorgung zwischen Süd-Ossetien und dem restlichen Georgien weiter.

Die **OSZE Büros in Baku und Jerewan** unterstützen die beiden Staaten bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen mit besonderer Schwerpunktsetzung auf Demokratisierung (Verfassungsreform, Wahlrechtsreform), Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Medien-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie Unterstützung der Zivilgesellschaft. Besonders Probleme im Bereich mangelnder Medienfreiheit in Aserbaidschan auch im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen mussten im Ständigen Rat mehrmals behandelt werden.

Die Lösung des **Berg-Karabach Konfliktes** wird weiter im Rahmen der Minsk Gruppe verfolgt, die unter dem gemeinsamen Vorsitz von USA, Frankreich und der Russischen Föderation steht. Für die technischen Aspekte der Konfliktlösung und für den Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen ist ein persönlicher Vertreter des OSZE-Vorsitzenden zuständig. Darüber hinaus arbeitet die in Wien angesiedelte Hochrangige Planungsgruppe weiter an Vorschlägen für die mögliche Einrichtung einer multinationalen OSZE-friedenserhaltenden Operation. Berichte des Sondervertreters des OSZE-Vorsitzes häuften sich über eine Verschlechterung der Sicherheitslage entlang der Waffenstillstandslinie, ausgelöst unter anderem durch den weiteren Einsatz von Scharfschützen auf beiden Seiten. Es kam zu mehreren Treffen der Präsidenten und Außenminister von Armenien und Aserbaidschan und zur Bekräftigung der Absicht zu einer friedlichen Lösung, welche auch in Form einer gemeinsamen Erklärung zum Konflikt um Berg-Karabach beim OSZE-Gipfel in Astana bekräftigt wurde.

2.6. Zentralasien

Die OSZE ist in den Staaten Zentralasiens einer der wichtigsten internationalen Akteure, insbesondere unter einem erstmalig zentralasiatischen Vorsitzland. Die OSZE-Mission in Kasachstan unterstützte durch eine Vielzahl von Aktivitäten den Amtierenden Vorsitz bei dieser anspruchsvollen Aufgabe. Die übrigen Feldmissionen der OSZE in der Region konzentrierten sich zum einen auf die Unterstützung der Regierungen durch Bereitstellung von Expertise in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Aufbau pluralistischer Gesellschaftsstrukturen, Achtung der Menschenrechte, demokratische Medienpolitik und Antikorruptionsmaßnahmen. Zum anderen befasste sich die OSZE mit einer Vielfalt von Ausbildungsaktivitäten (insbes. OSZE-Akademie in Bischkek).

Während der Krise in **Kirgisistan** übernahm das OSZE-Zentrum in Bischkek eine koordinierende Rolle unter den internationalen Akteuren. Das Polizeireformprogramm wurde durch die international beschickte Community Security Initiative als Reaktion auf die interethnischen Auseinandersetzungen im Juni erweitert. Ein weiterer prioritärer Arbeitsbereich dieser Feldmission ist Grenzmanagement, insbesondere der Aufbau von lokalen Kapazitäten.

Auch in **Tadschikistan** findet die Arbeit der OSZE ihren Schwerpunkt weiterhin im systematischen Aufbau eines effektiven Grenzmanagements an der Grenze zu Afghanistan. In **Usbekistan** und **Turkmenistan** blieb die Zusammenarbeit zwischen OSZE und den usbekischen Behörden sehr eingeschränkt.

3. Die menschliche Dimension der OSZE

Die menschliche Dimension ist ein Kernstück der OSZE-Tätigkeit mit dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte sowie der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die operative Institution der OSZE hiefür ist das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte **(ODIHR)** mit Sitz in Warschau.

Der Wirkungsbereich des ODIHR umfasst die Förderung von demokratischen Wahlen, des Aufbaus demokratischer Strukturen, von Menschenrechten, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Rechtsstaatlichkeit. Eine international anerkannte führende Position nimmt das Büro im Bereich Wahlbeobachtung ein. Es organisierte Beobachtungen von Wahlen auf gesamtstaatlicher Ebene in 20 Teilnehmerstaaten, darunter nicht nur in „neuen Demokratien", sondern z. B. auch anlässlich der Bundespräsidentenwahl in Österreich im April. Österreich beteiligte sich an den ODIHR-Wahlbeobachtungsaktivitäten durch die Entsendung von insgesamt 38 KurzzeitbeobachterInnen und neun LangzeitbeobachterInnen für die Wahlen in der Ukraine, Tadschikistan, Kirgisistan (Referendum und Parlamentswahlen), Bosnien und Herzegowina, Aserbaidschan, Moldau und Belarus.

Eine weitere zentrale Aufgabe des ODIHR besteht in der Beobachtung der Einhaltung der Verpflichtungen im gesamten Bereich der menschlichen Dimension. Anstelle des jährlichen Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension fand zur Vorbereitung des OSZE-Gipfels in Warschau vom 30. September bis 8. Oktober der erste Teil der Überprüfungskonferenz zum Bereich der Menschlichen Dimension statt. Der zweite Teil folgte in Astana vom 26. bis 28. November. Die drei jährlich in Wien abgehaltenen Ergänzungstreffen zur menschlichen Dimension waren jeweils konkreten Themen gewidmet: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowie Beteiligung von Frauen im politischen und öffentlichen Leben (6. und 7. Mai), Unterricht und Bildung für Angehörige von nationalen Minderheiten: Integration und Gleichstellung (22. und 23. Juli) sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit

(9. und 10. Dezember). Das gleichfalls jährlich stattfindende „Seminar zur Menschlichen Dimension" war dem Thema Stärkung der Unabhängigkeit der Rechtssprechung und Zugang zur Rechtssprechung für jedermann gewidmet (Warschau, 17.–19. Mai).

Der Amtierende Vorsitzende verlängerte im Jänner die Amtszeit seiner drei Sonderbeauftragten, die für die Umsetzung der OSZE-Arbeit in den verschiedenen Teilbereichen des Toleranzspektrums zuständig sind: Rabbi Andrew Baker (USA, zuständig für den Kampf gegen Antisemitismus), Adil Akhmetov (Kasachstan, zuständig für die Bekämpfung der Intoleranz und der Diskriminierung gegen Muslime) sowie Mario Mauro (Italien, zuständig für Fragen der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung einschließlich der Intoleranz gegen und Diskriminierung von Christen und Angehörigen anderer Religionen). Im Jänner wurde Maria Grazia Giammarinaro (Italien) als neue Sonderbeauftragte des amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung des Menschenhandels bestellt. Der ehemalige norwegische Außenminister Knut Vollebæk setzte seine Tätigkeit als Hochkommissar für Nationale Minderheiten fort. Seine Aufgabe besteht darin, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungsansätze zu suchen. Der im März neu bestellte Beauftragten für Medienfreiheit Dunja Mijatovic obliegt es, die Medienentwicklung in den Mitgliedstaaten zu beobachten und schwere Verstöße gegen Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE im Bereich der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit aufzuzeigen.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Ausgelöst durch den Athener Ministerratsbeschluss über die Aktivitäten des **Forums für Sicherheitszusammenarbeit (FSK)**, des entscheidungsbefugten Organs für politisch-militärische Fragen, sowie den Korfu-Prozess, kam es zu einer Intensivierung des FSK-Sicherheitsdialogs. Dieser befasste sich unter anderem mit Militärdoktrin, Klein- und Leichtwaffen samt Lagerung konventioneller Munitionsbestände, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der regionalen Umsetzung der VN-SR-Resolution 1325 (2000) zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Gemeinsam mit dem Ständigen Rat wurden auch die Auswirkungen des START-Vertrags, die Zusammenarbeit der OSZE mit der Kollektiven Sicherheitsvertragsorganisation sowie „Cyber Security" thematisiert. Es wurden auch zwei grundsätzliche Beschlüsse zur Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999 zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und zur Ausarbeitung eines aktualisierten Wiener Dokuments 2011 verabschiedet. Weiters wurde auch ein Beschluss zur Abhaltung eines Militärdoktrinenseminars (erstmals seit 2006) sowie zur besseren Umsetzung des Aktionsplans zu Klein- und Leichtwaffen und konventionellen Munitionsbeständen getroffen. Die jährliche **Sicherheitsüberprüfungs-**

konferenz in Wien zu sicherheitspolitischen Fragen fand vom 14.–16. Juni statt.

Österreich führte seine **Rolle als Koordinator in der Debatte über die Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit** fort. Österreich unterstützte unter anderem eine Expertendiskussion zu diesem Thema und gab gemeinsam mit fünf anderen OSZE-Staaten den Auftrag zur Ausarbeitung einer Studie betreffend die Ausarbeitung eines Referenzleitfadens.

Die **nichtmilitärischen Aspekte der Sicherheit** wurden verstärkt im Sicherheitsausschuss diskutiert. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Drogen- und Menschenhandel sowie Geldwäscherei wurden als reale neue Bedrohungsbilder definiert und im Sicherheitskomitee sowie im Rahmen des Korfu-Prozesses eingehend behandelt. Die Bemühungen zur Ausarbeitung des für 2011 in Auftrag gegebenen strategischen Aktionsplans zu OSZE-Polizeiaktivitäten gingen weiter. Die Ausarbeitung einer klareren Rolle der OSZE bei der Unterstützung von VN-Bemühungen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen wurde ebenfalls in Auftrag gegeben. Österreich bemühte sich in diesem Zusammenhang besonders um eine enge Zusammenarbeit aller in Wien ansässiger internationaler Organisationen auch mit dem Ziel der Stärkung Wiens als sicherheitspolitische Drehscheide.

5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE stand im Zeichen des vom kasachischen Vorsitz für das Wirtschafts- und Umweltforum 2010 gewählten Themas Transport ("Promoting good governance at border crossings, improving the security of land transportation and facilitating international transport by road and rail in the OSCE region"). Die zwei Vorbereitungstreffen für das Forum fanden in Wien und in Minsk statt. Als Schwerpunktthema für das **Wirtschaftsforum 2011** schlug das nächstjährige Vorsitzland Litauen Energiesicherheit und Transport vor ("Promotion of Common Actions and Cooperation in the OSCE area in the Fields of Development of Sustainable Energy and Transport").

6. Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und seit 2002 einem Zweigbüro in Wien, setzt sich aus 320 Parlamentsabgeordneten der 56 Teilnehmerstaaten zusammen. Die 19. Jahrestagung wurde vom 6.–10. Juli in Oslo unter dem Generalthema Rule of Law: Combating Transnational Crime and Corruption abgehalten. Bei diesem Treffen wurde Petros Efthymiou (Griechenland) als Vorsitzender gewählt. Abgeordneter zum Nati-

onalrat Wolfgang Grossruck ist seit 2008 einer der neun stellvertretenden Präsidenten der Versammlung. Das Wintertreffen, das seit 2002 in Wien abgehalten wird, fand am 18. und 19. Februar statt.

III. Europarat

1. Politische Entwicklungen

Für den Europarat stand das Jahr ganz im Zeichen von Reformen dieser mit 61 Jahren ältesten europäischen Regionalorganisation. Diese betreffen einerseits eine Reform der Arbeit des Europarates selbst, die von Generalsekretär Thorbjørn Jagland seit seinem Amtsantritt 2009 energisch vorangetrieben wird und darauf abzielt, die Organisation politisch relevanter, effizienter und sichtbarer zu machen. So wurden bereits eine neue Budgeterstellung eingeleitet, die Programmerstellung und Budgetierung vereinigt, und klare Prioritäten für die Arbeit des Europarates gesetzt. Andererseits bedingt die ständig wachsende Zahl an Fällen, die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte **(EGMR)** vorgelegt werden, dass auch eine Reform des EGMR unumgänglich wurde. Diese Reform wurde vor allem durch die im Rahmen der vom Schweizerischen Vorsitz und dem Präsidenten des EGMR Jean-Paul Costa initiierten Konferenz von Interlaken am 18. und 19. Februar angenommenen Erklärung mit einem dazugehörigen Aktionsplan langfristig begonnen (s. Kapitel H.V. Menschenrechte).

Die Arbeit des Europarates war von einer Konzentration auf die Kernaufgaben Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit geprägt:

Der Schweizerische Vorsitz des Ministerkomitees veranstaltete am 3. und 4. Mai eine Internationale Konferenz zu **Demokratie und Dezentralisierung** in St. Gallen, in deren Rahmen die Teilnehmer ihre Erfahrungen zu verschiedenen Aspekten von Demokratie, Dezentralisierung und Teilhabe vertiefen und austauschen konnten.

Im Rahmen der 120. Sitzung des Ministerkomitees am 11. Mai in Strassburg wurde bereits eine Reihe von Entscheidungen zur Weiterverfolgung des oben erwähnten Interlaken-Prozesses zur **EGRM-Reform** getroffen. Die gemeinsame Verantwortung der Vertragsparteien, des EGMR und des Ministerkomitees zur Umsetzung der Erklärung und des Aktionsplans von Interlaken wurde bekräftigt, ebenso wie der subsidiäre Charakter des Konventionssystems. Vor Jahresende kam es zur Annahme eines neuen und vereinfachten Überwachungsmechanismus („twin-tracking“) der Urteilsumsetzung durch die Mitgliedstaaten.

In Baku fand am 24. und 25. Mai die 7. Europaratskonferenz zu **Gleichheit zwischen Frauen und Männern** statt, in deren Rahmen eine Resolution und ein Aktionsplan zu Erreichung einer de jure und de facto Gleichstellung von Mann und Frau angenommen wurden.

Am 7. Juli fand die offizielle Aufnahme von Verhandlungen zwischen EU und Europarat über den **Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskommission (EMRK)** statt. Das Inkrafttreten des 14. Zusatzprotokolls zur EMRK am 1. Juni schaffte diese Möglichkeit des Beitritts, einem seit langem von Österreich betriebenen Anliegen. Die Rechtsgrundlage für diesen Schritt auf Seite der EU existiert seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.

Vom 19.–21. Oktober fand in Jerewan das **Forum für die Zukunft der Demokratie** zum Thema Prinzipien und Herausforderungen der Demokratie in Europa statt, auf dem 270 PolitikerInnen, BeamtInnen, JournalistInnen, VertreterInnen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft Zukunftsfragen wie Einfluss des Internets auf die Demokratie erörterten.

Am 20. Oktober fand in Strassburg ein von Generalsekretär Jagland und dem mazedonischen Vorsitzenden des Ministerkomitees einberufenes **Hochrangiges Treffen zu Roma** statt, das mit der Annahme der „Straßburger Erklärung" endete, die konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Roma in Europa beinhaltet.

In Istanbul wurde von 24.–26. November die **30. Europaratskonferenz der JustizministerInnen** veranstaltet, in deren Rahmen Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner zur Vizevorsitzenden gewählt wurde.

Am 29. November fand in Rom die Auftaktveranstaltung zur Europaratskampagne zur **Bekämpfung von sexueller Gewalt an Kindern** statt.

Das Ministerdelegiertenkomitee beschloss am 8. Dezember die Einrichtung eines Juristen-Panels zur Evaluierung der KandidatInnen, die von den Mitgliedstaaten als **RichterInnen für den EGMR** vorgeschlagen werden. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, die Qualität der von der Parlamentarischen Versammlung aus einem Dreier-Vorschlag gewählten EGMR-RichterInnen im Sinne des Aktionsplans von Interlaken weiter zu erhöhen. Dem Panel gehören sieben hochrangige JuristInnen an.

Ebenfalls am 8. Dezember angenommen wurde der Text einer unter österreichischem Vorsitz ausgearbeiteten **Europaratskonvention gegen Medikamentenfälschung**, die einen verbesserten Schutz der BürgerInnen Europas gegen die Gefahren für die menschliche Gesundheit, die von gefälschten Medikamenten ausgehen, zum Inhalt hat.

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Die Beziehungen zwischen **Europarat und EU** orientieren sich an dem 2007 unterzeichneten Memorandum of Understanding zwischen den beiden Organisationen, welches einen institutionellen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Kultur, Bildung und sozialer Zusammenhalt schaffte, sowie die Rolle des Europarates als Referenz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bestätigte. Die enge Zusammen-

arbeit des Europarates mit der EU wurde weiter verstärkt. Auf Beamtenebene findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen dem Europaratssekretariat und der Europäischen Kommission über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der Europarat unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. Die EU nimmt an den Sitzungen des Europarates teil und hat eine Vertretung in Strassburg. Auch an den Ministerkonferenzen nimmt ein Vertreter der EU teil. Ein besonderer Schwerpunkt sind die gemeinsam erstellten und kofinanzierten Programme für südost- und osteuropäische Länder, die eine vertiefte Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 43 gemeinsame Projekte umgesetzt – ca. 30 % der programmatischen Aktivitäten des Europarates. Die EU ist damit der mit Abstand größte freiwillige Geber für Projekte des Europarates. Auf politischer Ebene finden sogenannte quadrilaterale Treffen unter Teilnahme des Europarats- und des EU-Ratsvorsitzes, des Europarat-Generalsekretärs sowie eines hochrangigen Vertreters der EK statt. Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit der EU-Grundrechteagentur in Wien zu. Beide Institutionen informieren sich gegenseitig vorab über geplante Aktivitäten und agieren in enger Abstimmung miteinander. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik nimmt der Europarat an zwei der vier Plattformen der Östlichen Partnerschaft teil (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität sowie Kontakte zwischen Menschen).

Die Zusammenarbeit zwischen **Europarat und OSZE** findet im institutionellen Rahmen der so genannten 2+2-Treffen (Vorsitzende und Generalsekretäre) sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Das 2+2 Treffen fand am 5. März in Genf statt. Die Zusammenarbeit zwischen Europarat und OSZE wurde auch im Rahmen der Co-ordination Group am 22. Oktober in Wien fortgesetzt. Die vier Hauptbereiche der Zusammenarbeit sind Terrorismusbekämpfung, Schutz nationaler Minderheiten, Bekämpfung von Menschenhandel sowie die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Zwischen **Europarat und VN** finden ebenfalls regelmäßige Kontakte statt. Die Initiative der VN zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe wird vom Europarat uneingeschränkt unterstützt. Am 14. Juni fand das jährliche High-level Tripartite Plus-Treffen von VertreterInnen aller drei Organisationen (Europarat, VN und OSZE) sowie weiterer Internationaler Organisationen in Wien zum Thema „Gender und Sicherheit" statt. Das Treffen widmete sich der Rolle von Frauen in Konfliktvorbeugung und -verhütung und beschloss eine engere Zusammenarbeit und Koordination auf diesem Gebiet, sowie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. VN-GS Ban Ki-moon nahm am 19. Oktober an einem Festakt in Strassburg zum 60-jährigen Bestehen der EMRK teil.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel H.V.

4. Monitoring

Das Monitoring der von den Mitgliedstaaten bei ihrer Aufnahme in den Europarat eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit zählt zu den wichtigsten Instrumenten der Organisation.

Das **Monitoring-Komitee der Parlamentarischen Versammlung** befasste sich mit Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Russland, Serbien sowie der Ukraine, und unternahm dafür Inspektionsreisen. Mit vier weiteren Staaten (Bulgarien, Türkei, Monaco und Mazedonien) wird ein Post-Monitoring-Dialog hinsichtlich der Stärkung ihrer demokratischen Institutionen geführt. Darüber hinaus verfasst das Komitee alle zwei Jahre Länderberichte sowie Empfehlungen, die das Plenum der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet.

Das **Monitoring des Ministerkomitees** kann auf verschiedenen Grundlagen erfolgen: Auf Basis von aus dem Aufnahmeverfahren entstandener Verpflichtungen (wie im Fall von Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro) oder aufgrund von Verpflichtungen, die den betroffenen Mitgliedstaaten nach deren jeweiligem Beitritt aufgrund spezifischer Schwierigkeiten erwachsen sind (Georgien, Moldau und Ukraine). Dazu kommt noch themenspezifisches Monitoring. In allen Fällen handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt.

Die Überwachung der nationalen **Umsetzung der Urteile des EGMR durch das Ministerkomitee** erfolgt aufgrundlage von Artikel 46 der EMRK und deren 11. Zusatzprotokoll in vier Sitzungen pro Jahr.

Das **Sekretariat** verfasst vierteljährliche Berichte zu Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro an das Ministerkomitee; im Falle Georgiens alle sechs Monate. Im Rahmen der sogenannten „Bestandsaufnahmen" wird auch Moldau de facto einem Monitoring unterzogen. Darüber hinaus berichten die Büros des Sondervertreters des Generalsekretärs des Europarates und andere Büros außerhalb von Strassburg in Baku, Belgrad, Jerewan, Chişinău, Podgorica, Pristina, Sarajewo und Tbilisi sowie Tirana und Skopje beinahe monatlich über die Entwicklungen in den betroffenen Staaten. Die Konsequenzen des Kriegs zwischen Georgien und der Russischen Föderation vom August 2008 stehen auch im Vordergrund der Arbeit des Europarates, der vor allem zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in allen betroffenen Gebieten beizutragen versucht. Diese Aktivitäten umfassen insbesondere auch die Arbeit des Menschenrechtskommissars, des Antifolterkomitees und des konkreten Hilfsprojekts zur Unterstützung traumatisierter Kinder.

Spezifisches Monitoring findet zu einer Vielzahl von Aspekten statt. So führt das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe **(CPT)**, dem alle Europarats-Mitgliedstaaten angehören, periodische und ad-hoc Inspektionen nationaler

Haftanstalten durch. Die Staatengruppe gegen Korruption **(GRECO)** wurde mit dem Ziel gegründet, durch gegenseitige Evaluierung und Gruppendruck Reformen der nationalen Gesetzgebungen einzuleiten, um den Europaratsstandards im Bereich Korruption gerecht zu werden. GRECO steht auch für Nichtmitglieder des Europarats offen und umfasste im Berichtszeitraum 46 Mitglieder, darunter Österreich und auch die USA. Mit Helmut Sax wurde bei der Sitzung des Vertragsstaatenkomitees des 2008 in Kraft getretenen Vertrages des Europarates gegen Menschenhandel **(GRETA)** auch ein Österreicher zum Mitglied des Expertenkomitees, das die Umsetzung der Konvention überwacht, gewählt. Der Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat, Botschafter Thomas Hajnoczi, wurde zum Vizevorsitzenden des Vertragsstaatenkomitees wiedergewählt. Das Beratungsgremium der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten evaluiert die nationale Umsetzung der in der Konvention enthaltenen Verpflichtungen. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz **(ECRI)** widmet sich ihren Aufgaben vornehmlich durch Länderüberprüfung, der Befassung mit einschlägigen Themen und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

5. Hilfsprogramme

Neben seinen Tätigkeiten im Bereich der Festlegung von Standards und des Monitoring unterstützt der Europarat vor allem die Länder Südosteuropas und des Kaukasus sowie Russland bei der Umsetzung der Ziele des Europarates. Die Spannweite der Hilfsprogramme reicht von der Förderung der Menschenrechte, Verwirklichung einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaates über Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt; der Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa durch Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen bis zur Suche nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme Europas, wie Diskriminierung von Minderheiten, Drogen und organisiertes Verbrechen. Dazu kommen noch vorwiegend von der EU finanzierte aber gemeinsam umgesetzte „Joint Projects“ die sich ebenfalls auf diese Länder und Themenschwerpunkte konzentrieren.

6. Die Organe des Europarats

6.1. Das Ministerkomitee

Das Ministerkomitee ist das oberste Entscheidungsorgan des Europarates und setzt sich aus den AußenministerInnen der 47 Mitgliedstaaten bzw. deren Ständigen VertreterInnen („Ministerdelegierte“) zusammen. Es wechselt halbjährlich den Vorsitz und tagt in der Regel einmal jährlich auf Ministerebene. Die Ministerdelegierten treten einmal wöchentlich zu Sitzungen zusammen. Dort werden nicht nur Debatten geführt, sondern insbesondere

Entscheidungen getroffen, die in den sehr zahlreichen themenbezogenen Ausschüssen, in denen VertreterInnen der zuständigen österreichischen Ministerien bzw. der Vertretungen in Strassburg arbeiten, vorbereitet werden.

6.2. Die Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung **(PV)** besteht aus 318 Mitgliedern der nationalen Parlamente und 318 StellvertreterInnen, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), Gruppe der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG) sowie Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). 18 Mitglieder sind fraktionslos. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsandt werden (siehe Anhang VII.6.). Die PV tagt viermal jährlich jeweils eine Woche in Plenarsitzung und periodisch in Ausschüssen. Sie wendet sich in Entschließungen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Ministerkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Die Versammlung nimmt auch Monitoring- und Wahlbeobachtungsaufgaben wahr. Im Jänner wurde Mevlüt Çavusoglu (Türkei, AK Partei) zum Präsidenten der PV gewählt

6.3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (1957 gegründet), konstituierte sich 1994 als Beratendes Organ des Europarates. Die 318 Mitglieder tagen zweimal jährlich für eine Woche in Strassburg. Arbeitsaufgabe des Kongresses ist die Formulierung von Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, des Umweltschutzes, Katastrophenschutzes und der sozialen Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas erfüllt vor allem beim Monitoring und der Förderung der Gemeinde- und Regionaldemokratie sowie der Beobachtung von Regional- und Lokalwahlen eine bedeutende Aufgabe. Sein Monitoring überwacht auch die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen. Für Südosteuropa bietet der Kongress Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts (Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene) sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an. Im Herbst wurde der Brite Keith Withmore zum Präsidenten des Kongresses und der österreichische Delegationsleiter Landtagspräsident Herwig van Staa zum Präsident der Kammer der Regionen gewählt. Der Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas ist seit April der Österreicher Andreas Kiefer.

6.4. Der Generalsekretär

Der Generalsekretär wird von der PV des Europarates auf Empfehlung des Ministerkomitees für fünf Jahre gewählt. Der Generalsekretär stellt die strategischen Weichen für das Arbeitsprogramm und für den Haushalt der Organisation. Er trägt darüber hinaus die Verantwortung für das Sekretariat des Europarates, das aus 16 Organisationseinheiten mit rund 2.150 Bediensteten besteht. Derzeit ist der ehemalige Parlamentspräsident, Premier- und Außenminister Norwegens, Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarates.

7. Der Europarat und Österreich

Österreich zeigt großes Engagement im Europarat und stellte bereits drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der PV sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Besonders aktiv ist Österreich in der Verteidigung des Individualbeschwerderechts beim EGMR, bei der Unterstützung der Reform sowie der Weiterentwicklung des Forums für die Zukunft der Demokratie. Insgesamt sind rund zwanzig ÖsterreicherInnen im Europarat beschäftigt, davon in höheren Positionen der Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen, der Leiter einer Abteilung der Venedig-Kommission, die Leiter zweier Abteilungen des EGMR, eine Abteilungsleiterin im Generalsekretariat, eine Abteilungsleiterin im Sekretariat des Kongresses, sowie ein Referatsleiter im Sekretariat der Anti-Folter-Konvention.

Die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat legte besonderes Augenmerk auf die Mitarbeit beim Monitoring von Armenien und Aserbaidschan (Ago-Gruppe), und bei der Reform des EGMR. Der Ständige Vertreter Österreichs wurde vom Ministerdelegiertenkomitee auch zum Vorsitzenden von dessen Liaison-Komitees mit dem EGMR und zum Thematischen Koordinator für Informationspolitik, einschließlich Fragen der Informationsgesellschaft und der Internet Governance gewählt. Darüber hinaus informiert die Vertretung interessierte ÖsterreicherInnen über Ziele und Aufgaben des EuR.

IV. Zentraleuropäische Initiative

Vorrangiges Ziel der aus 18 Staaten bestehenden Zentraleuropäischen Initiative **(ZEI)** ist die Zusammenarbeit zwischen den mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten im Hinblick auf regionale Stabilität.

Bei ihrem jährlichem Treffen verabschiedeten die ZEI-Außenminister im Juni unter montenegrinischem Vorsitz die sogenannten Budva Empfehlungen, die darauf abzielen, der Organisation größere Sichtbarkeit zu verleihen, sie stärker an die EU (v.a. via Donauraumstragie) anzubinden und als Brücke zwischen den Makro-Regionen Baltikum-Donauraum/Schwarzmeer-Adria zu etablieren.

Die traditionelle Rolle der ZEI als ein Forum für den politischen Dialog mit Staaten, die sich der EU annähern möchten, soll durch eine verstärkte Interaktion zwischen ZEI und der EU gestärkt werden. Verstärkte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene erfolgte auch zwischen dem ZEI-Exekutivsekretariat und dem Sekretariat des Regionalen Kooperationsrates **(RCC)** sowie dem UNESCO Regionalbüro für Wissenschaft und Kultur in Europa.

Österreich ist nach Italien der zweitgrößte Beitragszahler der ZEI und unterstützt die Organisation vor allem auch bei ihrem 2004 gegründeten Know-how Austauschprogramm. Dieses Programm fördert den Know-how Transfer zwischen EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten der ZEI.

Das jährliche Treffen der Parlamentarischen Versammlung fand am 27. November in Budva statt.

Der österreichische Diplomat Botschafter Gerhard Pfanzelter wurde in seinem Amt als Generalsekretär der ZEI für weitere drei Jahre bestätigt.

V. Nachbarschaftspolitik

1. Regionale Partnerschaft

Das 2001 entstandene Konzept der Regionalen Partnerschaft **(RP)** mit den benachbarten Staaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn" Polen ist eine logische Konsequenz der engen Kooperation in Mitteleuropa.

Während die Regionale Partnerschaft vor der EU-Erweiterung von 2004 dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsvorbereitungen sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess gedient hat, wurde sie seit der Erweiterung vermehrt zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU genutzt.

Nach den 2004 gesetzten Initiativen zur Zukunft des Kosovos sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine konnte im Herbst 2005 mit der Einrichtung des Budapester Prozesses bei der Westbalkan-Konferenz der RP in Budapest ein dauerhafter und konkreter Beitrag zur Unterstützung der Integrationsarbeit der westlichen Balkanländer erbracht werden.

Durch die seit Dezember 2007 gegebene Zugehörigkeit aller regionalen Partner zum Schengen-Vertragsraum hat die Zusammenarbeit im Visa- und Konsularbereich zusätzlich an Effizienz gewonnen.

Im Gegensatz zur verwandten Visegrad-Gruppe, mit der die RP immer wieder anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit sucht, liegt die strukturelle Besonderheit der RP im völligen Verzicht auf institutionelle und administrative Strukturen. Nach der Tschechischen Republik hat im Juli Polen den informellen Vorsitz für ein Jahr übernommen.

Der polnische Vorsitz organisierte am 4. und 5. November in Warschau das 12. Treffen der ParlamentspräsidentInnen, welches ganz im Zeichen der bevorstehenden EU-Präsidentschaften der beiden RP-Länder Ungarn und Polen sowie deren Vorsitzprioritäten Energiesicherheit und ENP/Östliche Partnerschaft stand.

Bei den Fachressorts hat in den letzten Jahren insbesondere die Zusammenarbeit der InnenministerInnen im nahezu zeitgleich mit der RP entstandenen Forum Salzburg, dem neben den sechs RP-Staaten auch Bulgarien, Rumänien und als Beobachter Kroatien angehören, eine eigenständige und fruchtbringende Entwicklung genommen.

2. Schweiz, Liechtenstein

2.1. Schweiz

Die **bilateralen Beziehungen** sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchsaustausch auf allen Ebenen gekennzeichnet. Es leben ca. 60.000 ÖsterreicherInnen ständig in der Schweiz und es gibt ca. 7.000 GrenzgängerInnen. Kooperiert wird derzeit in mehreren Bereichen, u. a. im VN-Rahmen, GASP/ESVP, Krisenvorsorge, Human Security Network, Entwicklungszusammenarbeit, Migrations- und Asylfragen, Konsularisches und Diplomatenaustausch. Im Rahmen des bilateralen Nuklearinformationsabkommens finden jährlich bilaterale Nuklearexpertentreffen statt, zuletzt am 11. Juni in der Schweiz. Bilaterale Wirtschaftsgespräche wurden am 13. und 14. September in Klagenfurt abgehalten.

Die Beziehungen der Schweiz zur **EU** stützen sich auf die beiden Pfeiler bilaterale Verträge und autonomer Nachvollzug durch die Schweiz. In seinem Bericht vom 17. September über die Evaluation der schweizerischen Europapolitik hat der Bundesrat neuerlich erklärt, dass der bilaterale Weg für die Schweiz die beste Option ist und daher weitergeführt und ausgebaut werden soll. Dieser Weg soll weiter dynamisiert werden, um eine Harmonisierung mit dem EU-Recht zu erzielen.

Verhandlungen über ein Stromabkommen und über das Landwirtschaftsabkommen, eine Teilnahme an diversen EU-Vorhaben wie Galileo, Gesundheitsbehörde, Eurojust, Ziviles Krisenmanagement, REACH (Chemie) und Emissionshandel sowie die Frage eines Rahmenabkommens stehen im Raum. Im Bereich Landverkehr wurde eine Vereinbarung über die dynamische Anpassung an den EU-Rechtsbesitzstand getroffen. Am 15. Februar wurde das bilaterale Abkommen zur Teilnahme der Schweiz an den EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen unterzeichnet, wodurch ab 2011 ein gleichberechtigter Zugang zu allen Mobilitäts- und Zusammenarbeitsprojekten der EU ermöglicht wird. Ein Dialog über die Anpassung kantonaler Steuern/Beihilfen wurde initiiert und eine Arbeitsgruppe über institutionelle Fragen im Rahmen der bilateralen Abkommen eingesetzt. Die Schweiz

leistet einen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten (1 Mrd. CHF / 5 Jahren) in der erweiterten EU.

Die Schweiz ist seit dem 29. März 2009 Vollmitglied im **Schengensystem**. Die Fortführung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit mit der EU sowie die Ausweitung des Abkommens auf Bulgarien und Rumänien wurden in einer Volksabstimmung am 8. Februar 2009 gebilligt.

Die **Außenpolitik** der Schweiz orientiert sich weiterhin primär an den Beziehungen zur EU, zu großen Drittstaaten wie den USA und den sogenannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Einen besonderen Schwerpunkt bildet auch der Westbalkan. Traditionell wird besonderes Gewicht der Außenwirtschaftspolitik und der Neutralität sowie globalen Fragen der Friedenspolitik und der Entwicklungspolitik beigemessen. International ist die Schweiz bemüht, etwa in Georgien/Russische Föderation, Kuba/USA, USA/Iran und Südsudan/Darfur Gute Dienste zu leisten.

Im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation **(EFTA)** hat die Schweiz Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit diversen Drittstaaten weitergeführt.

In **Steuerfragen** verpflichtete sich die Schweiz im März 2009 zur Neuausrichtung der internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen und Übernahme des neuen OECD-Standards bei der Amtshilfe in Steuersachen. Im September 2009 wurde die Schweiz von der „grauen" OECD-Liste „unkooperativer Staaten" gestrichen. Bisher sind Verhandlungen für über 30 Doppelbesteuerungsabkommen **(DBA)** abgeschlossen und zahlreiche Abkommen unterzeichnet worden. Das neue DBA mit Österreich tritt am 1. März 2011 in Kraft und ist ab 1. Jänner 2012 anwendbar.

2.2. Liechtenstein

Österreich und Liechtenstein sind einander traditionell durch enge und ausgezeichnete Beziehungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verbunden, die durch einen regelmäßigen Besuchsaustausch zwischen beiden Ländern gepflegt werden. Täglich pendeln fast 7.000 Personen aus Österreich nach Liechtenstein, über 2.000 ÖsterreicherInnen leben im Fürstentum.

Als Mitglied der EFTA, des Europarates, des EWR, der OSZE, der VN und der WTO orientiert Liechtenstein seine Außenpolitik an den Zielen der Wahrung seiner Souveränität, eines möglichst freien Zugangs zu den europäischen und außereuropäischen Märkten sowie der Pflege der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten.

Eine Steuerfluchtaffäre mit Deutschland und der verstärkte internationale Steuerwettbewerb hatte direkte Auswirkungen auf den **Finanzplatz Liechtenstein**. Im März 2009 bekannte sich Liechtenstein zum neuen OECD-Standard beim Informationsaustausch in Steuerfragen. Die Regierung nahm die Steuerfluchtkontroverse zum Anlass, eine Vorwärtsstrategie für das Land zu

fordern, die ein ausreichendes Maß an Informationsaustausch und Rechtssicherheit sicherstellt, das Bankgeheimnis wahrt und Liechtenstein als seriösen und anerkannten Finanzplatz positioniert. Liechtenstein wurde im November 2009 nach Abschluss einer ausreichenden Anzahl von Doppelbesteuerungsabkommen von der „grauen Liste" der OECD gestrichen. Per Ende 2010 hatte das Fürstentum mit insgesamt 25 Staaten Doppelbesteuerungsabkommen oder Tax Information Exchange Agreements (TIEA) abgeschlossen, davon 15 mit OECD-Mitgliedsstaaten. Noch nicht abgeschlossen sind die Verhandlungen über ein Betrugsbekämpfungsabkommen mit der Europäischen Union, welches einen umfassenden Informationsaustausch im Bereich der direkten und indirekten Steuern vorsieht. Der Finanzplatz Liechtenstein hat bisher von seinem kooperativen Vorgehen profitiert; die Kapitalflüsse nach Liechtenstein haben zuletzt wieder zugenommen.

Der ursprünglich gleichzeitig mit der Schweiz für November 2008 angestrebte Beitritt Liechtensteins zum **Schengenraum** verzögert sich aus technischen Gründen. Liechtenstein rechnet mit einem Beitritt im zweiten Halbjahr 2011.

3. Südtirol

In der österreichischen Außenpolitik hat Südtirol weiterhin einen besonderen Stellenwert. Die im Pariser Vertrag vom 5. September 1946 verankerte Schutzfunktion Österreichs für Südtirol wird von der Bundesregierung verantwortungsbewusst wahrgenommen. Sie kommt in einem ständig begleitenden Interesse für die autonomiepolitische und allgemeine Entwicklung in Südtirol und in regelmäßigen Gesprächen der politisch Verantwortlichen aus Wien, Innsbruck und Bozen zum Ausdruck. Die Entwicklung zeigt, dass die Autonomie auch als gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) gesehen werden kann, die es zu bewahren und dynamisch zu entfalten gilt. Mit Italien ist Österreich durch sehr freundschaftliche und nachbarschaftliche Beziehungen verbunden. Auf europäischer Ebene kommt der Südtirol-Autonomie Modellfunktion für die Lösung eines Minderheitenkonflikts zu. Durch die gemeinsame Mitgliedschaft Österreichs und Italiens in der Europäischen Union sind eine Reihe zusätzlicher Bindungen entstanden, die auch Südtirol zu Gute kommen.

Am 16. Mai fanden in Trentino-Südtirol Gemeinde-Wahlen statt. In Südtirol wurde in 111 der 116 Gemeinden gewählt. Die regierende SVP konnte sich als „Bürgermeisterpartei" behaupten und stellt 106 der 116 Bürgermeister des Landes. Sie musste aber mit 57,4 % gegenüber den 59,4 % im Jahr 2005 erhaltenen Stimmen ein Minus von zwei Prozent und den Verlust von 73 Gemeinderatssitzen hinnehmen.

Teil des Regierungsprogramms der Landesregierung ist die Regelung der Toponomastik, d. h. die Schaffung eines Ortsnamensgesetzes gemäß § 101 Autonomiestatut. Ein Vorschlag für ein Toponomastikgesetz wurde im Som-

mer im Landtag eingebracht. Im Zuge einer systemischen Bereinigung von tausenden obsolet gewordenen italienischen Rechtsnormen wäre im Dezember 2009 beinahe auch die Abschaffung des Tolomeischen Dekrets erfolgt. Die Landesregierung hat gegen das Gesetz betreffend der Feststellung der Weitergeltung des Tolomeischen Dekrets Beschwerde beim italienischen Verfassungsgerichtshof erhoben. Ausschließlich deutschsprachige Wegschilder des Alpenvereins führten im Spätfrühling und Sommer zu Unstimmigkeiten, auf die auch Regionenminister Raffaele Fitto reagierte. Eine Einigung im „Schilderstreit" wurde am 22. September durch Unterzeichnung eines Protokolls erzielt. Eine vierköpfige Kommission bestehend aus zwei Südtiroler und zwei italienischen Vertretern wird sich für die rund 1500 strittigen Namen bei Wegweisern um eine Lösung bemühen.

Das 2009 zwischen Landeshauptmann Luis Durnwalder und Wirtschaftsminister Giulio Tremonti abgeschlossene Mailänder Abkommen sieht vor, dass neun Zehntel aller im Land eingehobenen Steuern an das Land zurückgeführt werden. Durch diese fixe Neun-Zehntel-Regelung muss Südtirol nun nicht mehr wie früher die variablen Anteile des Budgets jährlich in Rom neu verhandeln. Das Mailänder Abkommen bedeutet auch einen Beitrag der Region Trentino-Südtirol zum italienischen Stabilitätspakt und zur Umsetzung des Steuerföderalismus in Italien und führte auch dazu, dass Südtirol im Rahmen der Budgetkonsolidierung keine größeren Einschnitte hinnehmen musste.

Sehr positiv bewertet wurde ein umfassendes Gespräch zwischen Landeshauptmann Durnwalder und Außenminister Franco Frattini am 16. Oktober in Südtirol, in dem mögliche weitere Zuständigkeiten für das Land, u. a. für die Postverwaltung, erörtert wurden.

Gegen Ende des Jahres hat der Ministerrat in Rom eine Durchführungsbestimmung verabschiedet, mit der der Nationalpark Stilfserjoch künftig von den Provinzen Südtirol, Trentino und Lombardei verwaltet wird.

Die Europaregion „Tirol, Südtirol, Trentino" entfaltet eine vielfältige Tätigkeit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation, Gesundheit, Forschung, Kultur, Bildung, Energie, Umwelt und Fremdenverkehr. Der Antrag zur Gründung eines Europäischen Verbandes Territorialer Zusammenarbeit **(EVTZ)** ist in der Genehmigungsphase.

Überlegungen, einen optionalen Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen und Südtirol dadurch emotional und symbolisch enger an Österreich zu binden, wurden auch von Landeshauptmann Durnwalder gegenüber Bundesminister Spindelegger angesprochen und sind derzeit Gegenstand laufender Erörterungen.

Am 25. Mai verstarb Altlandeshauptmann Silvius Magnago im Alter von 96 Jahren. Ein weiterer Architekt der Südtirol Autonomie, Alfons Benedikter, starb am 3. November im Alter von 92 Jahren.

Der Besuchsaustausch zwischen Österreich und Südtirol ist auf allen Ebenen sehr rege: Am 20. Februar nahmen Landeshauptmann Günther Platter und Landtagspräsident Herwig van Staa an der Gedenkfeier zum 200. Todestag von Andreas Hofer in Mantua teil. Landeshauptmann Erwin Pröll stattete am 26. Februar Landeshauptmann Durnwalder in Bozen einen Besuch ab. Bundespräsident Heinz Fischer traf anläslich seines Privatbesuchs von 7. bis 16. Mai in Südtirol Landeshauptmann Luis Durnwalder. Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll und Landeshauptmann Günther Platter nahmen an den Trauerfeierlichkeiten für Landeshauptmann a.D. Silvius Magnago am 28. Mai in Bozen teil. Landeshauptmann Erwin Pröll besuchte am 24. September Landeshauptmann Durnwalder in Bozen. EU-Regionalkommissar Johannes Hahn besuchte am 1. Juni Bozen. In Obergurgl trafen Bundesminister Spindelegger und Landeshauptmann Platter am 2. Februar Landeshauptmann Durnwalder und SVP-Obmann Richard Theiner. Landeshauptmann Gerhard Dörfler empfing am 10. und 11. März in Klagenfurt den Südtiroler Landeshauptmann. Am 3. Dezember war Landeshauptmann Durnwalder in Wien zu Gast in der ORF-Pressestunde. Weiters stehen Landeshauptmann Durnwalder und Bundesminister Spindelegger über die regelmäßigen Treffen hinaus in laufendem Kontakt.

Der Südtiroler Landeshaushalt beläuft sich auf 5,3 Milliarden Euro. Das Wirtschaftswachstum betrug 2010 1 %, die Inflationsrate 2,4 %. Eine Zunahme der Exporte von 17,3 % und der Importe von 18,9 % sind zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 2,4 %. Bozen ist 2010 zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität in Italien aufgerückt.

4. Nukleare Sicherheit

Österreich ist weiterhin bemüht, seine eindeutige Position, dass die Kernenergie weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels darstellt, auch gegenüber Partnern mit Sachargumenten zu untermauern und sich für die Abkehr von der Kernenergie einzusetzen. Dieses Ziel wurde im Rahmen zahlreicher Gespräche und Interventionen auf politischer und Expertenebene in bilateralem und internationalem Rahmen verfolgt. Besonderes Augenmerk wurde dabei weiterhin auch der Schaffung und Einhaltung striktester Sicherheitsstandards für Nuklearanlagen gelegt.

In diesem Sinne wurde der Sicherheitsdialog mit jenen Nachbarstaaten, welche Kernkraftwerke **(KKW)** betreiben oder planen mit Nachdruck weiter fortgesetzt. Expertentagungen im Rahmen der bilateralen Nuklearinformationsabkommen fanden mit Deutschland, der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, der Schweiz und mit Polen statt. Mit Italien, welches die Aufnahme von Verhandlungen für den Abschluss eines solchen Abkommens zugesagt hatte, konnten am 8. November erste exploratorische Gespräche geführt werden.

Anlässlich des Beschlusses der deutschen Bundesregierung über die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken wurde am 19. Oktober ein Sondertreffen auf Basis des bilateralen Nuklearinformationsabkommens abgehalten, in dessen Rahmen die österreichische Positionen zu Kernkraft generell und zum gegenständlichen Beschluss der deutschen Bundesregierung eingebracht und österreichische Sicherheitsinteressen, insbesondere betreffend die Stilllegung von Kernkraftwerken der ersten Generation, vorgebracht werden konnten.

In Bezug auf das KKW Temelín verfolgt Österreich weiter die vollständige Umsetzung des Brüsseler Abkommens (Schlussfolgerungen des Melker Prozesses). Die von der gemischten parlamentarischen Kommission empfohlenen Forschungsprojekte zur Abklärung seismischer Fragen werden in Zusammenarbeit mit den tschechischen Partnern durchgeführt. Im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung **(UVP)** für die Ausbaupläne der Betreiber des KKW Temelín hat Österreich eine Fachstellungnahme sowie die im Zuge der öffentlichen Auflage eingelangten Stellungnahmen an die tschechische Seite übermittelt und mit Konsultationen über die österreichischen Bedenken begonnen.

Hinsichtlich des Ausbaues des KKW Mochovce in der Slowakischen Republik nimmt Österreich weiterhin alle zur Verfügung stehenden Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten wahr. So wurden die im UVP-Verfahren offen gebliebenen Sicherheitsfragen im Rahmen mehrerer Expertenworkshops intensiv behandelt. Der im Frühjahr erlassene UVP-Standpunkt des slowakischen Umweltministeriums zum Ausbau des KKW sagt zudem insbesondere auch die Fortsetzung der Informationsweitergabe an Österreich, die Abhaltung weiterer Expertenworkshops und die Berücksichtigung der Ergebnisse der bilateralen Konsultationen beim Erlass der Betriebsbewilligung für das KKW zu.

Auch im Rahmen der EU wurden die Bemühungen um die Schaffung hoher und rechtsverbindlicher Sicherheitsstandards für Kernanlagen weiter fortgesetzt. Im November begannen die Verhandlungen für eine Richtlinie über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle.

Im Rahmen der Energiepartnerschaften mit mittel- und osteuropäischen Ländern konnte vor allem die Zusammenarbeit mit Bulgarien, der Ukraine und Belarus weiter entwickelt werden.

5. Alpenkonvention

Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen einer weitreichenden Zukunfts- und Strukturdebatte unter den Alpenstaaten, deren Bandbreite von kosmetischen Änderungen bis hin zu komplexen Grundsatzerörterungen reichte. Mehr und mehr rückten die Diskussionen um eine künftige „Makroregion Alpen“, einhergehend mit der zentralen Frage nach der Positionierung der Alpenkonvention, in den Mittelpunkt.

Inhaltlich stand weiterhin die Umsetzung des 2009 beschlossenen **Klimaaktionsplanes** im Vordergrund. Zudem sind unter dem „lead country" Slowenien Aktivitäten in Angriff genommen worden, um die Studie zur Frage eines klimaneutralen Alpenraumes bis 2050 als Projekt im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit **(ETZ)** voranzutreiben.

Der **Überprüfungsausschuss** konnte mittlerweile das zweite Überprüfungsverfahren über die Umsetzung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle weitestgehend abschließen. Der entsprechende Abschlussbericht wird den MinisterInnen vorgelegt. Auch die jeweiligen nationalen Aktivitäten zur Umsetzung der Deklaration „Bevölkerung und Kultur" wurde im Wege einer standardisierten Berichtsstruktur erfasst und in einem ersten Berichtsentwurf zusammengeführt. Die zuvor angesprochene Debatte um die zukünftige Arbeitsweise im Regime der Alpenkonvention führt auch zur Frage einer allfälligen Neuorientierung der Rolle des Überprüfungsausschusses. Auch hier sollte die nächste MinisterInnenkonferenz für Klarheit sorgen.

6. Die Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarzmeerregion

6.1. Donauraumkooperation

Aus dem traditionellen Engagement und Interesse Österreichs in Mittel- und Südosteuropa entsprang eine zunächst mit Rumänien lancierte Initiative, die Europäische Kommission und die EU insgesamt stärker für die Chancen und Herausforderungen des Donauraumes zu sensibilisieren.

Nachdem die EK daraufhin erstmals die Möglichkeit der Ausarbeitung einer EU-Strategie für den Donauraum nach dem Modell der Strategie für die Ostsee erwähnte, konnten aufgrund einer österreichisch-rumänischen, von Bundesminister Michael Spindelegger angeregten Initiative, zunächst die 14 Staaten der Donaukooperation, eine 2002 ins Leben gerufene lose Konsultationsplattform mit Teilnahme von Österreich, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Moldau, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine und Ungarn für diese Idee gewonnen werden.

In der Folge gelang es, alle Mitgliedsstaaten der Union von dem Vorhaben zu überzeugen, und der Europäische Rat erteilte im Juni 2009 der EK den Auftrag, in Konsultation mit allen betroffenen Staaten und Akteuren eine umfassende EU-Strategie für den Donauraum **(EUSDR)** bis Jahresende 2010 auszuarbeiten. Die Strategie soll einen Rahmen und Katalysator für Projekte und Aktivitäten bilden, wobei zusätzliche Gelder bzw. Institutionen nicht vorgesehen sind. Einer öffentlichen Konsultierung sowie der Durchführung von fünf „stakeholder"-Konferenzen (eine davon wurde im April in einer österreichisch-slowakischen Gemeinschafts-Veranstaltung in Wien und

Bratislava abgehalten) folgte eine intensive Beratungsphase zwischen der EK und den EUSDR-Ländern.

Am 8. Dezember wurden die Mitteilung der EK mit der EU-Strategie für den Donauraum sowie der dazugehörige konkrete Aktionsplan präsentiert. Die vier Säulen des Aktionsplans umfassen elf Prioritätsbereiche wie Transport, Energie, Umweltschutz, Kultur, Tourismus, Forschung, Bildung und Informationstechnologie sowie Wirtschaft, institutionelle Kapazität, Sicherheit etc.

Die Strategie soll unter ungarischem Vorsitz im 1. Halbjahr 2011 vom Rat beschlossen werden.

6.2. Schwarzmeerfokus

Die Schwarzmeerregion, die unmittelbar an den Donauraum anschließt, ist ein Brennpunkt der europäischen Nachbarschaft – als Raum des Handels und des Energietransits, als Ort politischer Umbrüche, als Brücke nach Zentralasien und in den Nahen Osten, aber auch aufgrund von Stabilitätsrisiken durch eingefrorene Konflikte, grenzüberschreitende Kriminalität, Migration und den Wettbewerb um Energieressourcen.

Die EU setzte mit Initiativen wie der Schwarzmeersynergie und der 2009 lancierten Östlichen Partnerschaft klare Signale, mit Partnerländern dieser sehr sensiblen Region zusammenzuarbeiten, um die Stabilität in der Region zu stärken und Themen zu behandeln, die nur durch ein aktives Zugehen Europas auf unsere neuen östlichen Nachbarn in Angriff genommen werden. Auch für Österreich gilt es, die enormen Chancen in dieser Region zu nützen und das bestehende Engagement der Wirtschaft verstärkt mit politischem, diplomatischem und kulturellem Engagement zu begleiten. Bundesminister Michael Spindelegger hat im Juni Aserbaidschan, Armenien und Georgien besucht und im Rahmen seiner Reise in die Türkei am 8. Oktober am Spatenstich für ein OMV-Gaskraftwerk in der am Schwarzmeer gelegenen Stadt Samsun teilgenommen.

Bundesminister Spindelegger und Bundesminister Mitterlehner stellten am 17. Juni eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung über die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu den Schwarzmeer Anrainerstaaten Moldau, Türkei, Ukraine, Aserbaidschan, Armenien und Georgien vor. Die Vorbereitung des Regionalforums des World Economic Forum, das am 8. und 9. Juni 2011 in Wien stattfinden wird und das sich im Wesentlichen dem Donauraum, der Schwarzmeerregion, dem Südkaukasus bis hin zu Zentralasien widmen wird, war ebenfalls ein wichtiges Thema.

6.3. Donauschifffahrt

Ein für die Donauschifffahrt wesentlicher Harmonisierungsschritt auf dem Gebiet der Verkehrsregeln auf Wasserstraßen konnte durch die Beschlussfas-

sung der Revision 4 des European Code for Inland Waterways **(CEVNI)** gesetzt werden. Die Donaukommission hat ihre „Grundsätzlichen Bestimmungen für die Schifffahrt auf der Donau“ **(DFND)** bereits an Revision 4 des CEVNI angepasst und empfiehlt ihren Mitgliedstaaten, die neue Version ab 1. Jänner 2012 anzuwenden. Die anderen europäischen Flusskommissionen befassen sich noch mit dieser UNECE-Empfehlung, um in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Verkehrsregeln möglichst nahe an CEVNI anzupassen.

Die bereits 2008 begonnenen Arbeiten zur Umsetzung des Integrated European Action Programme for Inland Waterway Transport **(NAIADES)** im Rahmen des durch Österreich koordinierten Platina-Projekts wurden erfolgreich fortgeführt.

Im Rahmen der Donaukommission konnten die Arbeiten zur Vereinheitlichung auf technischem und nautischem Gebiet weiter fortgesetzt werden. Angesichts des noch nicht absehbaren Inkrafttretens des revidierten Belgrader Abkommens, unter dem mit Einstimmigkeit gefasste Beschlüsse bindenden Charakters möglich sein sollen, wurde 2009 das Sekretariat der Donaukommission für eine weitere Dreijahres-Periode bestellt. Außerdem soll sich der Mitgliederkreis um Frankreich und die Türkei erweitern und die EU Mitgliedsstatus in der Donaukommission der revidierten Akte erlangen.

C. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen **(VN-GS)** Ban Ki-moon erklärte das Jahr 2010 zum „Jahr der Entwicklung". Trotz erster Anzeichen einer globalen Erholung von der Wirtschafts- und Finanzkrise bleiben konjunkturelle Schwankungen, Konfliktausbrüche, Naturkatastrophen, mangelnde Ernährungssicherheit und Druck auf die natürlichen Ressourcen als Gefahren präsent. Die Vereinten Nationen **(VN)** haben auf diese Herausforderungen mit Hilfe der Millenniums-Erklärung und den Millenniums-Entwicklungszielen **(MDGs)** reagiert, wobei auf der im September organisierten hochrangigen Plenartagung der Generalversammlung **(VN-GV)** über die MDGs gezielt darauf hingewirkt wurde, die Fortschritte bis zum Jahr 2015 durch weitere Maßnahmen zu beschleunigen. Anhaltende Konflikte und politische Spannungen unterstreichen die Dringlichkeit des Engagements der Weltgemeinschaft zur Wahrung der Menschenrechte, Herstellung der Rechtsstaatlichkeit sowie Förderung der Demokratie und guten Regierungsführung.

Österreich setzte sich daher im Rahmen der VN, insbesondere auch im zweiten Jahr seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat **(VN-SR)**, für die Stärkung des Schutzes der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, einschließlich des besonderen Schutzes von Kindern und Frauen, der Rechtsstaatlichkeit, des Schutzes der Menschenrechte und für Abrüstungsfragen ein. So war Österreich intensiv an den Vorbereitungen zum 10. Jahrestag der Annahme von SR-Resolution 1325 (2000) zu Frauen, Frieden und Sicherheit und an der Ausarbeitung von Indikatoren, die die Fortschritte in der Umsetzung dieser Resolution besser nachvollziehbar machen, beteiligt.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember 2009 setzte die EU ihre Arbeiten an der Grundlage für eine verbesserte Außenvertretung der EU in den VN, insbesondere in der Arbeit der VN-GV, fort.

II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

1. Organisatorische Fragen

1.1. Generaldebatte, hochrangige Treffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen und kleinen Inselentwicklungsländern

Die Generaldebatte der 65. VN-GV fand in New York vom 23.–29. September statt. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger. Vom 20.–22. September fand ein hochrangiges Treffen der VN-GV zu den MDGs statt und am 24. und 25. September ein hochrangiges Treffen zur Situation der kleinen Inselentwicklungsländer **(SIDS)**. Bundespräsident Fischer gab dabei

die österreichischen Erklärungen ab und sprach auch bei einer zu diesem Anlass abgehaltenen Veranstaltung der UNIDO zum Thema „Zugang zu Energie".

Am Rande der Generaldebatte wurde am 23. September unter dem Vorsitz des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül ein Gipfeltreffen des VN-SR zur Frage der Verbesserung der Rolle des VN-SR in der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit veranstaltet, an dem Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger teilnahmen. Am 23. September wurde die fünfte Ministerkonferenz zur Förderung des Inkrafttretens des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen **(CTBT)** abgehalten, an der Bundesminister Spindelegger teilnahm. Auf Einladung des VN-GS fanden am 24. September ein hochrangiges Treffen zur Revitalisierung der Genfer Abrüstungskonferenz **(CD)** sowie eine hochrangige Sitzung zum Sudan statt. Bundesminister Spindelegger gab bei beiden Treffen die österreichische Erklärung ab. Ebenfalls am 24. September wurde ein Ministertreffen der Allianz der Zivilisationen organisiert, an dem Bundesminister Spindelegger teilnahm. Am 25. September übernahm Bundesminister Spindelegger den Ko-Vorsitz im Rahmen eines Ministertreffens zum 10. Jahrestag der SR-Resolution 1325 (2000) zu Frauen, Frieden und Sicherheit gemeinsam mit seinen Ministerkollegen aus Kanada, Großbritannien, Sierra Leone, Bangladesch, Namibia, Chile und Liberia. Am 27. September nahm Bundesminister Spindelegger an der SR-Sitzung zum Thema Terrorismusbekämpfung unter dem Vorsitz des türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu teil.

Bundesminister Spindelegger sprach in seiner Rede vor der VN-GV am 25. September die aktuelle Situation im Nahen Osten an und unterstrich, dass sich beide Seiten ihrer Verantwortung für den Frieden bewusst sein müssten. Neben der Forderung nach einer Reform des VN-SR bekräftigte er die Notwendigkeit verbesserter Teilnahmerechte der EU in der VN-GV im Lichte des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon. In Bezug auf die Anstrengungen der VN in der Friedenssicherung betonte er, dass der Schutz der Zivilbevölkerung immer mehr zu einer Kernaufgabe im Rahmen friedenserhaltender Missionen werde und forderte eine volle Umsetzung der unter österreichischem SR-Vorsitz im November des Vorjahres angenommenen SR-Resolution 1894 (2009) zu dieser Thematik. Er begrüßte weiters die Fortschritte im Abrüstungsbereich und kündigte in diesem Zusammenhang die Gründung eines Zentrums für nukleare Abrüstung und Non-Proliferation in Wien an. Bundesminister Spindelegger verwies auch auf Österreichs Kandidatur für den Menschenrechtsrat und gab ein deutliches Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit in den VN ab.

Während der Ministerwoche führten Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger zahlreiche bilaterale Gespräche. Bundespräsident Fischer traf mit der Präsidentin von Kirgisistan sowie mit den Präsidenten der Ukraine, Türkei, des Libanon und Iraks zusammen. Bundesminister Spindelegger führte Gespräche mit dem Präsidenten der Palästinen-

sischen Autonomiebehörde sowie mit den AußenministerInnen von Ägypten, Algerien, Israel, Kanada, Kuba, Marokko, San Marino, Sri Lanka, Sudan, Uganda und hochrangigen Vertretern des Südsudans. Er traf auch zu Gesprächen mit dem Präsidenten der VN-GV, dem VN-GS und dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten zusammen.

2. Politische Fragen

2.1. Naher Osten

Bei der am 26. Februar angenommenen arabischen Nachfolgeresolution zur Ermittlungsmission der VN für den Gaza-Konflikt konnte sich die EU auf keine gemeinsame Abstimmungshaltung einigen. Österreich stimmte mit Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Malta, Portugal, Schweden, Spanien, Slowenien und Zypern für die Resolution. Die anderen EU-Mitgliedstaaten enthielten sich der Stimme. Bei der Behandlung der 19 jährlichen Nahostresolutionen der 65. VN-GV fand die EU mit Ausnahme der Resolutionen zum „Syrischen Golan", zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes" und zur „Abteilung für die Rechte der Palästinenser im Sekretariat" zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten. Malta und Zypern stimmten als Mitglieder des Ausschusses im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten für die beiden letzteren Resolutionen. Zypern stimmte auch für die Resolution zum „Syrischen Golan", bei der sich die übrigen EU-Mitgliedstaaten der Stimme enthielten. Bei der von der EU eingebrachten Resolution zur „Hilfe für die palästinensische Bevölkerung" handelte es sich um die einzige von allen VN-Mitgliedstaaten im Konsens angenommene Nahostresolution. Die EU stimmte auch der vom Libanon erneut eingebrachten Nachfolgeresolution zur gleichnamigen Resolution des Vorjahres zum „Ölteppich an der libanesischen Küste" zu.

2.2. Abrüstung und internationale Sicherheit

Die im Mai in New York abgehaltene **Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT)** einigte sich überraschend auf umfassende Aktionspläne zu den drei Säulen des NPT (nukleare Abrüstung, nukleare Nichtverbreitung und friedliche Nutzung der Kernenergie) und initiierte einen Prozess für eine kernwaffenfreie Zone im Nahen Osten. Mit diesem Erfolg konnte das Scheitern der letzten Konferenz (2005) überwunden und die Glaubwürdigkeit des Non-Proliferationsregimes wieder hergestellt werden. Die wichtigsten Neuerungen des unter österreichischer Federführung erarbeiteten Aktionsplans für nukleare Abrüstung umfassen die erstmalige Anerkennung des Ziels einer Welt ohne Atomwaffen, Verweise auf humanitäre Konsequenzen eines Einsatzes von Nuklearwaffen und auf eine Nuklearwaffenverbotskonvention sowie die Verbesserung der Trans-

parenz hinsichtlich nuklearer Abrüstung und die Errichtung einer Datenbank für nukleare Abrüstungsschritte beim VN-GS. Zur Frage der Unterstützung für den Ausbau der Atomenergie hielt Österreich nach Annahme des Abschlussdokuments in einer Erklärung fest, dass es die Maßnahmen nur in Übereinstimmung mit der österreichischen Bundesverfassung und den österreichischen Gesetzen umsetzen werde.

Das 4. Biennalstaatentreffen zur Umsetzung des **VN-Aktionsprogramms gegen den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen** vom 14.–18. Juli konnte erstmals seit Bestehen ein substantielles Abschlussdokument im Konsens annehmen. Zentrale Themen der Beratungen waren internationale Kooperation und Unterstützung sowie die Stärkung eines Follow-up-Mechanismus für das VN-Aktionsprogramm. Österreich strich sein Engagement im Bereich der Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen besonders in Afrika hervor.

Im Rahmen des ersten Vorbereitungskomitees eines künftigen globalen **Waffenhandelsvertrags (ATT)** vom 120-23. Juli wurden dessen Umfang, Prinzipien, Ziele, Kriterien und Umsetzung diskutiert. Die generelle Machbarkeit eines Vertrags zur Regelung des Imports, Exports und der Durchfuhr konventioneller Waffen wurde von bisher skeptischen VN-Mitgliedstaaten wie z. B. Pakistan, Ägypten, China, Indien, Iran und der Russischen Föderation nicht mehr in Frage gestellt. Die USA erklärten erstmals explizit ihre Unterstützung, sofern bei der für 2012 vorgesehenen Konferenz der Vertrag im Konsens angenommen werden könne. Österreich setzte sich u. a. für die Berücksichtigung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts als Parameter eines ATT sowie für die Würdigung der Arbeit der Zivilgesellschaft ein. Gemeinsam mit Australien und Luxemburg unterstützte Österreich ein Symposium in Boston (USA), bei dem einzelne mögliche Elemente eines ATT von StaatenvertreterInnen und der Zivilgesellschaft erörtert wurden.

Am 23. September fand in New York das **5. Ministertreffen zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT** statt. Im Gegensatz zum letzten derartigen, von Österreich und Costa Rica als Kovorsitzenden des Artikel XIV-Prozesses organisierten Ministertreffen (2008), blieb dieses Treffen mit nur 30 teilnehmenden VN-Mitgliedstaaten weit hinter den Erwartungen zurück. In der dabei angenommenen Gemeinsamen Erklärung wurden die verbleibenden neun Annex-2 Staaten zu einer raschen Ratifikation des CTBT aufgefordert. Zahlreiche Staaten würdigten die Vorteile des CTBT-Verifikationssystems. Bundesminister Spindelegger betonte das von allen VN-Mitgliedstaaten geteilte Ziel einer atomwaffenfreien Welt und forderte einen beschleunigten Prozess des Inkrafttretens des CTBT.

Auf Initiative und Einladung des VN-GS fand am 24. September in New York ein hochrangiges Treffen zur **Revitalisierung der Abrüstungskonferenz (CD)** und Belebung der multilateralen Abrüstungsbemühungen statt, das Gelegenheit für einen offenen Gedankenaustausch aller VN-Mitglieder zur Überwindung der Blockade in der CD in Genf bot. Pakistan hatte als einziges CD-Mitglied den Verhandlungsbeginn für einen Vertrag über das Verbot der Herstel-

lung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper **(FMCT)** blockiert. Die schriftliche Zusammenfassung des VN-GS spiegelt das breite Meinungsspektrum zu Ursachen und möglichen Lösungen der CD-Blockade wider und zeigt mögliche nächste Schritte auf. Bundesminister Spindelegger nahm an der Debatte teil. Er sprach sich für eine funktionsfähige CD aus und forderte eine Überprüfung der Arbeitsmethoden der CD sowie den Beginn substantieller Verhandlungen. Österreich brachte anschließend im Ersten Komitee eine Resolution zu diesem Treffen ein.

Die Beratungen des **Ersten Komitees** (Abrüstung und Internationale Sicherheit) der VN-GV waren aufgrund der jüngsten Fortschritte im Abrüstungs- und Non-Proliferationsbereich neuerlich von einer guten Atmosphäre geprägt. Ein erheblicher Teil der Diskussionen war der CD gewidmet, wobei der von Österreich erarbeiteten, neuen und im Konsens angenommenen Resolution zum „Follow-up zum hochrangigen Treffen vom 24. September zur Revitalisierung der Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz" eine besondere Bedeutung zukam. Die alljährliche Resolution „Bericht der CD" wurde diesmal vom CD-Vorsitz Kamerun verhandelt. Zur Frage der Finanz- und Sachmittel für die CD enthielten sich nur Mexiko, Norwegen, Neuseeland und Österreich der Stimme. In der von Norwegen im Namen von Österreich, Neuseeland und Norwegen abgegebenen Votumserklärung wurde das u. a. damit begründet, dass eine Finanzierung der CD wegen der ca. zwölfjährigen Blockade als nicht automatisch anzusehen sei. Im Komitee zeigte sich die große Bereitschaft, bald die Verhandlungen für den FMCT aufzunehmen. Pakistan war dabei isoliert und stimmte als einziger VN-Mitgliedstaat gegen die FMCT-Resolution. Die von der EU eingebrachte und mit 149 Ja-Stimmen angenommene Resolution zum Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper **(HCOC)** wurde von ca. 90 Staaten miteingebracht, 18 Staaten enthielten sich der Stimme, nur Iran stimmte gegen die Resolution. Weitere neue Resolutionen umfassten die von der Russischen Föderation und den USA eingebrachte Resolution zum START-Nachfolgevertrag sowie die von Trinidad und Tobago eingebrachte Resolution zur Rolle der Frauen bei Abrüstung, Waffenkontrolle und Nonproliferation. Österreich würdigte in seiner Erklärung die erfolgreiche NPT-Überprüfungskonferenz, forderte eine Lösung der Blockade der CD und kündigte als Follow-up zur NPT-Überprüfungskonferenz und zur besseren Einbindung der Zivilgesellschaft in die Abrüstungsbemühungen die Einrichtung eines **Zentrums für nukleare Abrüstung und Non-Proliferation in Wien** an. Im Rahmen der Arbeiten des Komitees konnte Österreich nach langjährigen Bemühungen die Einrichtung eines **Verbindungsbüros des VN-Abrüstungsbüros in Wien (UNODA)** ab 2011 erreichen.

2.3. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen

Die VN-Abrüstungskommission **(UNDC)** konnte während ihrer Tagung vom 29. März bis 16. April im zweiten Jahr ihres dreijährigen Arbeitszyklus die

Arbeiten zu „Empfehlungen für nukleare Abrüstung und Non-Proliferation" sowie zu Elementen für einen Erklärungsentwurf zur Dekade 2010 als vierte Abrüstungsdekade nicht abschließen. Im Rahmen des hochrangigen Treffens zur Revitalisierung der multilateralen Abrüstungsmaschinerie am 24. September konnte Österreich eine breitere Debatte zur Reform der UNDC-Arbeitsmethoden mitinitiieren. Österreich gab Erklärungen zum CTBT, FMCT und der Nuklearwaffenverbotskonvention ab und sprach sich gegen die Erwähnung der Förderung internationaler Kooperation im Bereich der Nuklearenergie im Erklärungsentwurf aus.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Im Zentrum der Arbeit des **Zweiten Komitees** (Wirtschaft und Finanzen) standen die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Nahrungsmittelkrise, des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf die Verwirklichung der MDGs bis 2015. In einer Plenartagung der VN-GV vom 20.–22. September wurde ein Abschlussdokument angenommen, das die gemeinsame Verantwortung für die Verwirklichung der MDGs bekräftigt, die bisher erzielten Erfolge evaluiert und Strategien zur Verwirklichung jedes einzelnen MDG empfiehlt. Eine weitere Plenartagung der VN-GV am 24. und 25. September bewertete die Fortschritte kleiner Inselentwicklungsländer bei der Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung durch die Umsetzung der 2005 beschlossenen Mauritius-Strategie. Für Österreich nahm Bundespräsident Heinz Fischer an beiden Tagungen teil.

Eines der wichtigsten Themen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit war die Artenvielfalt. Anlässlich des von den VN ausgerufenen Internationalen Jahrs der biologischen Vielfalt 2010 und zur Vorbereitung der Biodiversitätskonferenz in Nagoya (Japan) fand am 22. September eine Plenartagung der VN-GV zu diesem Thema statt. Weiters nahm das Komitee wichtige Resolutionen in den Bereichen Klimaschutz, Katastrophenvorsorge, Wüstenbildung und Wasserkooperation an. Österreich engagierte sich beim Zustandekommen einer Resolution, welche 2012 zum Internationalen Jahr für nachhaltige Energie für alle erklärt.

4. Menschenrechte

Siehe Kapitel G sowie Teil C. III.

5. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Herausforderung, welche das in Wien ansässige **Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)** in allen Aspekten zu bekämpfen ver-

sucht. Durch zielgerichtete Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion soll der Anbau, die Produktion, der Handel und der Konsum von Suchtstoffen reduziert werden. Österreich unterstützt die Anstrengungen von VN und UNODC, die internationale Zusammenarbeit auf der Basis eines ausgewogenen Ansatzes, der menschenrechtliche Aspekte berücksichtigt, zu fördern.

Die **VN-Suchtstoffkommission (CND, Commission on Narcotic Drugs),** welche jährlich in Wien tagt, ist die „lead agency" im Rahmen der Umsetzung der VN-Drogenpolitik. Anlässlich der 53. Tagung der CND vom 8.–12. März in Wien wurde die Wichtigkeit der Arbeit von UNODC im Bereich der internationalen Drogenpolitik betont. Die 2009 begonnene Diskussion zur Minimierung der negativen Folgeerscheinungen von Drogenabhängigkeit („harm reduction") wurde weitergeführt. Im Rahmen der Sitzung konnten 16 Resolutionen angenommen werden. Österreich brachte sich bei den Resolutionen zu HIV/Aids und Prävention von Drogenkonsum ein. In Vorbereitung auf die XVIII. Weltaidskonferenz im Juli in Wien wurde anlässlich der Tagung ein Themenschwerpunkt auf HIV/AIDS gelegt.

6. Internationale Verbrechensverhütung

Österreich unterstützte auch 2010 maßgeblich die Tätigkeit von UNODC im Bereich der internationalen **Verbrechensverhütung.**

Die **19. Sitzung der Kommission der VN zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ, Commission on Crime Prevention and Criminal Justice)**, welche vom 17.–21. Mai in Wien stattfand, befasste sich mit aktuellen Fragen zu Terrorismus, Menschenhandel und Korruption. Insgesamt wurden 14 Resolutionen zu verschiedenen Themen, wie z. B. Verbesserung der Daten- und Informationssammlung über neue Kriminalitätstrends sowie die Entwicklung von effizienten Arbeitsmethoden zur Zerschlagung von kriminellen Netzwerken, angenommen.

Der **12. VN-Verbrechenskongress (UN Crime Congress),** der vom 120-19. April in Salvador, Brasilien, stattfand, beschäftigte sich mit der Entwicklung von umfassenden Strategien zur Verbrechensbekämpfung in einer globalisierten Welt. In der Abschlusserklärung bekräftigten die VN-Mitgliedstaaten ihre Absicht, sich den globalen Herausforderungen zu stellen und ihre Anstrengungen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung zu intensivieren. Unter aktiver Mitarbeit der österreichischen Delegation konnten auch strittige Punkte, wie z. B. der Schutz von Rechten von Häftlingen sowie Umweltstrafrecht in die Abschlusserklärung aufgenommen werden.

UNODC nimmt durch seine umfassende Expertise im gesamten Bereich der Drogen- und Verbrechensbekämpfung auch eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von neuen Herausforderungen im Sicherheitsbereich ein. Österreich hat sich während seiner VN-Sicherheitsratsmitgliedschaft dafür einge-

setzt, den **Konnex zwischen grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität, Konflikt und Entwicklung** im VN-Sicherheitsrat verstärkt zu behandeln (sh. auch Kap. C).

Österreich misst der Bekämpfung der Korruption große Bedeutung bei und hat sich daher unter Federführung des BMI für die **Errichtung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA)** in Laxenburg, Niederösterreich, engagiert. Nach der erfolgreichen Gründungskonferenz am 2. und 3. September in der Hofburg in Wien wurde das Übereinkommen im Jahr 2010 von insgesamt 53 Parteien (51 Staaten und 2 IOs) unterzeichnet. Österreich hat als erster Staat das Übereinkommen Ende Dezember ratifiziert. Die IACA leistet einen bedeutenden Beitrag zur effektiven Implementierung der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption **(UNCAC)** und anderer regionaler und internationaler Verträge und Konventionen auf Basis eines globalen Ansatzes unter Berücksichtigung von geographischer Vielfalt.

7. Sozialpolitik

Die Themen der 48. Tagung der Kommission für soziale Entwicklung **(CSocD)** vom 3.–19. Februar waren soziale Integration, die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Gender-Dimension sowie die Überprüfung der Umsetzung von Aktionsprogrammen für soziale Gruppen. Bundesminister Rudolf Hundstorfer nahm an einer hochrangigen Paneldiskussion anlässlich des 15. Jahrestags des Kopenhagener Weltgipfels für soziale Entwicklung teil. Die CSocD nahm Resolutionen zur sozialen Integration, zur Überprüfung des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern, zum Mainstreaming von Behinderung in die Entwicklungs-Agenda sowie zur sozialen Dimension der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas **(NEPAD)** an. Alle vom **Dritten Komitee** (soziale, humanitäre und kulturelle Fragen) behandelten Resolutionen zu Sozialthemen wurden vom Plenum der VN-GV im Konsens angenommen. Für die Resolution über das Altern übernahm Österreich die EU-Verhandlungsführung.

8. Internationale Frauenfragen

Siehe Kapitel G.

9. Humanitäre Angelegenheiten

Der Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen **(CERF)** wurde für das Jahr 2011 mit insgesamt 358 Millionen US-Dollar durch freiwillige Beiträge der VN-Mitgliedstaaten ausgestattet. Damit verfehlte der Fonds zum zweiten Mal infolge sein vorgegebenes jährliches Finanzierungsziel von 450 Millionen US-Dollar und fiel auch hinter das Vorjahresbudget von 399,9 Millionen US-Dollar zurück. Seiner primären Aufgabe, in humanitären Krisen-

fällen die unverzügliche Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen sicherzustellen, wird der Fonds daher nur eingeschränkt gerecht werden können. Mit Kirgisistan, Costa Rica und Gambia hat sich die Gesamtzahl der VN-Geberländer auf 124 erhöht. Die zehn größten Geberländer (davon sieben EU-Staaten) finanzierten ca. 90 % des Gesamtspendenvolumens (+7 % gegenüber 2009). Österreich stockte seinen Kernbeitrag für 2010 (300.000 Euro) im Rahmen des Spendenaufrufs vom 15. Jänner zur Erdbebenkatastrophe in Haiti um weitere 100.000 Euro auf.

Die vom Plenum der VN-GV im Konsens angenommenen Resolutionen zu humanitären Angelegenheiten betrafen Haiti, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Tschernobyl sowie thematische Bereiche (Sicherheit humanitären Personals, Koordination humanitärer Hilfe, Unterstützung des palästinensischen Volkes). Die Verhandlungen zum Resolutionsentwurf „Internationale Kooperation im Bereich der humanitären Hilfe bei Naturkatastrophen" konnten Ende Dezember abgeschlossen werden. Die EU beteiligte sich als Haupteinbringer bzw. Fazilitator der Resolutionsentwürfe zur Sicherheit humanitären Personals und zur Unterstützung der Palästinenser. Österreich unterstützte vier der sechs bisher angenommenen Plenarresolutionen als Miteinbringer. Resolutionen zum Erdbeben in Haiti und zur Flutkatastrophe in Pakistan wurden im Konsens angenommen.

10. Friedliche Nutzung des Weltraums

Im Rahmen der 53. Tagung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums **(COPUOS)** vom 9.–18. Juni in Wien wurde die Bedeutung dieses Forums zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Fragen der zivilen Raumfahrt bekräftigt und der wichtige Beitrag der Weltraumtechnologie für die sozioökonomische Entwicklung und die Bewältigung globaler Herausforderungen, insbesondere im Klima- und Umweltbereich, unterstrichen. In der Arbeitsgruppe des Rechtsunterausschusses zu nationaler Weltraumgesetzgebung führte Österreich den Vorsitz. Ein an der Diplomatischen Akademie am 25. März veranstaltetes Seminar zum Mondvertrag fand breite Anerkennung. Österreich unterstützte weiterhin die VN-Plattform für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen **(UN-SPIDER)** des in Wien angesiedelten Büros für Weltraumangelegenheiten **(OOSA)** und finanzierte einen Regionalworkshop für Afrika vom 6.–9. Juli in Äthiopien zur verbesserten Nutzung regionaler raumfahrtgestützter Lösungen. Das jährliche Weltraumsymposium in Graz widmete sich vom 21.–24. September dem Thema „Nutzlasten für Kleinsatellitenprogramme im Dienste nachhaltiger Entwicklung".

11. Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Eines der Hauptthemen im **Fünften Komitee** (Verwaltungs- und Haushaltsfragen) war die Fortsetzung der Managementreform der VN. Im Bereich

Humanressourcen konnte eine Einigung über die systemweite Harmonisierung der Einsatzbedingungen im Feld erzielt werden. Dadurch wurden einheitliche Gehaltspakete für Bedienstete in friedenserhaltenden Operationen **(FEO)** bzw. politischen Sondermissionen und für Bedienstete von Fonds und Programmen geschaffen. Weiters konnte die in der 63. VN-GV lancierte Reform zur Vereinfachung der Verträge für VN-Bedienstete durch die Festlegung der Bedingungen zur Gewährung von unbefristeten Verträgen abgeschlossen werden. Lokale Bedienstete an Amtssitzen außerhalb von New York (einschließlich am Amtssitz Wien) werden ebenfalls von dieser Maßnahme profitieren. Bedeutende Fortschritte konnten auch bei der Stärkung der Verantwortlichkeit innerhalb der VN im Hinblick auf eine effizientere Nutzung der den VN zur Verfügung stehenden Mittel erzielt werden. Zudem wurde eine erste Überprüfung des mit 1. Juli 2009 in Kraft gesetzten Systems der Rechtspflege der VN durchgeführt, und es wurden Maßnahmen zu dessen Stärkung angenommen.

Das Fünfte Komitee behandelte außerdem mehrere vom VN-GS vorgeschlagene Zusatzhaushalte, u. a. zur Finanzierung der politischen Sondermissionen, der neuen Gender-Einheit „UN Women" und der Sonderbeauftragten des VN-GS **(SRSG)** zu sexueller Gewalt in Konflikten. Die revidierten Veranschlagungen für den **ordentlichen VN-Haushalt 2010/2011** wurden mit **5,4 Milliarden US-Dollar** festgesetzt. Der **österreichische Pflichtanteil** am ordentlichen VN-Haushalt für 2011 beträgt **0,851 %**. Der für FEO der VN angesetzte Jahreshaushalt von Juli 2010 bis Juni 2011 beträgt 7,8 Milliarden US-Dollar. Österreich leistet auch zum FEO-Haushalt einen Pflichtbeitrag in der Höhe von 0,851 %.

12. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte des **Sechsten Komitees** (Völkerrechtskomitee) waren die jährliche Völkerrechtswoche, die rechtlichen Fragen der Reform der internen Rechtspflege der VN sowie die Themen Terrorismus, Universelle Gerichtsbarkeit, Strafrechtliche Verantwortlichkeit von VN-Bediensteten und Sachverständigen im Auftrag der VN und Rechtsstaatlichkeit. Weiters beschäftigte sich das Komitee mit den Berichten der Kommission der VN für internationales Handelsrecht **(UNCITRAL)**, deren Resolutionen von Österreich koordiniert werden, und des Charta- und Sitzstaatkomitees.

12.1. Völkerrechtswoche

Bei der auf einem österreichischen Vorschlag beruhenden Völkerrechtswoche trafen vom 25.–29. Oktober RechtsberaterInnen zur Erörterung völkerrechtlicher Themen im Sechsten Komitee zusammen. Im Mittelpunkt stand die Diskussion des **Berichts der Völkerrechtskommission** zu aktuellen Fragen des Völkerrechts wie Vertragsvorbehalte, Ausweisung Fremder, Auswir-

kung bewaffneter Konflikte auf Verträge, Verträge im Verlauf der Zeit, die Verpflichtung zur Auslieferung oder Strafverfolgung sowie geteilte natürliche Ressourcen. Im Rahmen der österreichisch-schwedischen Initiative zur Revitalisierung des Sechsten Komitees fand erneut ein interaktiver Dialog mit SpezialberichterstatterInnen der Völkerrechtskommission statt.

12.2. Reform des Systems der Rechtspflege der Vereinten Nationen

Bei der ersten Überprüfung des neuen Systems stellte das Sechste Komitee fest, dass hinsichtlich der budgetären Ausstattung des Systems zu beachten ist, dass gewisse Standards der Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden können. Österreich setzte sich als VN-Sitzstaat in den Verhandlungen für eine verbesserte Rechtsstellung von VN-MitarbeiterInnen ein, die keinen offiziellen Personalstatus haben. Die Verhandlungen werden im Herbst 2011 aufgrundlage eines Berichts des VN-GS fortgesetzt.

12.3. Universelle Gerichtsbarkeit

In der Diskussion zur Universellen Gerichtsbarkeit wurden deren Verankerung im heutigen Völkerrecht und ihre Wichtigkeit im Kampf gegen die Straflosigkeit bekräftigt. Ferner wurden Fragen ihrer Anwendung und einer möglichen Politisierung diskutiert. Die Diskussion wird im Herbst 2011 aufgrundlage eines Berichts des VN-GS fortgeführt.

12.4. Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law")

Das im Sechsten Komitee unter dem Tagesordnungspunkt Rechtsstaatlichkeit diskutierte Spezialthema lautete „Laws and practices of Member States in implementing international law". In der GV-Resolution 65/32 wurde bekräftigt, den von der Einheit für Rechtsstaatlichkeit im VN-Sekretariat **(RoL-Unit)** initiierten Dialog mit den VN-Mitgliedstaaten über die Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene fortzusetzen. Zudem wurde die Wichtigkeit betont, die RoL-Unit mit den notwendigen Ressourcen und dem erforderlichen Personal auszustatten, damit sie ihre Aufgaben effektiv erfüllen kann. Das Spezialthema für die 66. VN-GV wird „Rule of law and transitional justice in conflict and post-conflict situations" lauten. Zur Vorbereitung eines hochrangigen Treffens zum Thema „Rule of Law" während der Ministerwoche der 67. VN-GV soll im Frühjahr 2011 eine interaktive thematische GV-Debatte stattfinden.

12.5. Terrorismus

Siehe Kapitel H.

12.6. Weitere Themen

Beim Thema **Strafrechtliche Verantwortlichkeit** von VN-Bediensteten und Sachverständigen im Auftrag der VN wurden mit GV-Resolution 65/20 die kurzfristigen Maßnahmen, wie die Begründung von Jurisdiktion durch die Staaten für schwere Straftaten, die von ihren Staatsangehörigen als VN-Bedienstete oder Sachverständige verübt wurden, bekräftigt. Die Diskussion über die Ausarbeitung einer Konvention wird in der 67. VN-GV weitergeführt. Die Frage der Ausarbeitung von Konventionen zu den Themen **Staatenverantwortlichkeit**, diplomatischer Schutz und Prävention grenzüberschreitenden Schadens durch gefährliche Aktivitäten wurde auf die 68. VN-GV vertagt. Weiters nahm die VN-GV Resolutionen zum Status der Genfer Abkommen und Protokolle, zu Schutz und Sicherheit diplomatischer und konsularischer Missionen und VertreterInnen und zu den Berichten des Charta- und Sitzstaatkomitees an. Die Präsidenten des IGH, des ISt GH und der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien **(ICTY)** und für Ruanda **(ICTR)** präsentierten der VN-GV ihre jährlichen Berichte. Die VN-GV nahm die jährliche Seerechts- und Fischereiresolution an.

III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

1. Die Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat

Österreich war von 1. Jänner 2009 bis 31. Dezember 2010 – nach 1973/74 und 1991/92 – zum dritten Mal Mitglied des VN-SR. Neben den fünf ständigen Mitgliedern (P-5) Frankreich, Großbritannien, der Russischen Föderation, den USA und der Volksrepublik China, gehörten dem VN-SR im zweiten Jahr der österreichischen Mitgliedschaft – abgesehen von Österreich – auch Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Gabun, Japan, Libanon, Mexiko, Nigeria, die Türkei und Uganda als nicht-ständige Mitglieder an.

Insgesamt hat der VN-SR in den zwei Jahren der österreichischen Mitgliedschaft 403 formelle Sitzungen und 212 informelle Konsultationen abgehalten. Auf Basis dieser Beratungen hat der VN-SR 107 Resolutionen, 65 Vorsitzerklärungen und 88 Presseerklärungen beschlossen. Neben aktuellen Krisen wurden dabei Entwicklungen in sämtlichen Ländern, in denen die VN mit Friedensmissionen bzw. durch Sonderbeauftragte oder sonstige VertreterInnen des VN-GS engagiert sind, sowie Querschnittsthemen erörtert.

Österreich hat auch im zweiten Jahr der SR-Mitgliedschaft in seiner Arbeit klare inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Durch die Fokussierung auf Themen wie die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz von Zivilisten, insbesondere von Frauen und Kindern, sowie Fragen der Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen konnte Österreich zu konkreten Fortschritten in der Arbeit des VN-SR beitragen. Zugleich hat sich Österreich aber auch bemüht, sich in die gesamte SR-Agenda unter Einschluss der sehr wichtigen Aktivitäten in den Sanktionenkomitees und anderen Unterorga-

nen des VN-SR konstruktiv und engagiert einzubringen. Österreich führte zudem weiterhin den Vorsitz im Al-Qaida/Taliban Sanktionen-Komitee, im Sudan Sanktionen-Komitee und in der Arbeitsgruppe für internationale Tribunale.

Österreich hat sich **als EU-Mitglied im VN-SR** in spezifischer Weise bemüht, den jeweiligen EU-Vorsitz, die übrigen EU-Mitgliedstaaten und die New Yorker EU-Delegation über alle relevanten Entwicklungen im VN-SR informiert zu halten. Über österreichische Initiative konnte die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik **(EU-HV)**, Catherine Ashton, im Mai im Rahmen einer Debatte über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen VN und EU, an der auch Bundesminister Spindelegger teilnahm, zum ersten Mal vor dem VN-SR sprechen.

Österreich bemühte sich auch im zweiten Jahr der Mitgliedschaft im VN-SR gegenüber der Gesamtheit der VN-Mitgliedstaaten, von denen es mit großer Mehrheit in den VN-SR gewählt worden war, um Transparenz über dessen Entscheidungen und war auch gegenüber der Zivilgesellschaft und den VertreterInnen der Medien um eine **aktive Informationspolitik** bemüht.

An dem neuerlich von Österreich in Alpbach veranstalteten „VN-Retreat" nahmen die Ständigen VertreterInnen der meisten SR-Mitglieder und etlicher anderer VN-Mitgliedstaaten teil. Diese Veranstaltung konnte insbesondere in konkreter Weise für die Vorbereitung des 10. Jahrestages der Annahme der Resolution 1325 (2000) im Oktober genützt werden. Der Retreat konnte überdies mit dem „Senior Management Retreat" des VN-GS verknüpft werden. VN-GS Ban Ki-moon brachte anlässlich dieser internen Klausurtagung des VN-Sekretariats dessen gesamte Führungsspitze (die stellvertretende VN-Generalsekretärin Asha-Rose Migiro, alle UntergeneralsekretärInnen und alle beigeordneten GeneralsekretärInnen, insgesamt mehr als 70 Personen) nach Alpbach.

Wie schon im Vorjahr stand der **Schutz der Zivilbevölkerung in Konfliktsituationen** auch im Mittelpunkt des zweiten Jahres der österreichischen Mitgliedschaft im VN-SR. Ein Land, in dem die Frage des Schutzes der Zivilisten in der Arbeit des VN-SR eine sehr wesentliche Rolle spielte, war der **Tschad**. Das Mandat der VN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad **(MINURCAT)** hatte sich von Beginn an auf den Schutz der Zivilbevölkerung in den Flüchtlingslagern konzentriert. Zu Jahresbeginn teilte die Regierung des Tschad den VN allerdings mit, dass sie einer Verlängerung des MINURCAT-Mandats nicht mehr zustimmen wolle. Nach schwierigen Verhandlungen wurde mit SR-Resolution 1923 (2010) im Mai doch noch eine Einigung über die Verlängerung des MINURCAT-Mandats bis Jahresende erreicht; die verkleinerte militärische Komponente der Mission war aber nur mehr für den Schutz der zivilen VN-Präsenz verantwortlich. Auf österreichisches Drängen wurde in die Resolution allerdings eine Notfallsklausel aufgenommen, die MINURCAT autorisierte, auf Akte der Gewalt gegen Zivilisten im unmittelbaren Umfeld der Mission zu reagieren. Außer-

dem schreibt SR-Resolution 1923 (2010) in sehr klarer Form die Verantwortung der tschadischen Regierung für den Schutz der Zivilisten fest.

Die Debatten im VN-SR haben im Übrigen auch eine breite Diskussion zum Grundsatz der Zustimmung des Gastlandes („host country consent") ausgelöst: Es wächst im VN-SR zunehmend die Überzeugung, dass Länder, in denen VN-Missionen zum Einsatz kommen, mit den VN eigentlich eine Vereinbarung („compact") zur Bewältigung einer bestimmten Aufgabe eingehen, und es daher dem Geist dieser Abmachung widerspricht, die Zustimmung zum Verbleib der jeweiligen VN-Mission einseitig zurückzuziehen, bevor die gesetzte Aufgabe erfüllt ist.

Dies war dann auch der Ansatz, mit dem die große Mehrzahl der SR-Mitglieder an die Forderung von Präsident Joseph Kabila nach einem schrittweisen Abzug der gesamten Mission der VN in der **Demokratischen Republik Kongo (MONUC)** heranging. Der Großteil der SR-Mitglieder war sich einig, dass ein frühzeitiger Rückzug dieser – mit 20.000 Mann noch immer weltweit größten – FEO der VN v.a. im Ostkongo mit katastrophalen Folgen für die Zivilbevölkerung verbunden wäre. Die VN-Mission wurde im Mai bis Mitte 2011 verlängert.

Auf der Agenda des VN-SR haben afrikanische Themen traditionell ein deutliches Übergewicht. Der VN-SR befasste sich insbesondere mit Fragen des Konfliktmanagements in der Region der **Großen Seen, in Westafrika, im Sudan und am Horn von Afrika**. Beide Jahre der österreichischen SR-Mitgliedschaft waren durch eine wachsende Zusammenarbeit zwischen den VN, der Afrikanischen Union **(AU)** und afrikanischen Regionalorganisationen wie der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten **(ECOWAS)** gekennzeichnet, zum Jahresende v.a. auch in Côte d'Ivoire. Ganz allgemein hat die SR-Arbeit zu Afrika auf afrikanischer Seite zweifelsohne zu einer deutlichen Erhöhung der Visibilität Österreichs geführt. Ein konkretes Ergebnis dieses Engagements war die im Vorjahr erfolgte Aufnahme Österreichs in die länderspezifische Konfiguration der VN-Kommission für Friedenskonsolidierung **(PBC)** für Sierra Leone.

Aktiv eingebracht hat sich Österreich auch in Debatten des VN-SR zum Thema **Sudan**. Dieses österreichische auf Initiative Bundesminister Spindelegger initiierte Engagement wurde durch den Umstand erleichtert, dass Österreich sowohl in Khartum als auch im Südsudan als objektiver und historisch unbelasteter Partner angesehen wird. Bundesminister Spindelegger ist allein in diesem Jahr insgesamt siebenmal mit seinem sudanesischen Amtskollegen Ali Karti zusammengetroffen und hat im Dezember Khartum und Juba (Südsudan) besucht. Das österreichische Angebot, beiden Seiten für den Fall einer Sezession des Südens Expertise in rechtlichen Fragen, insbesondere betreffend Staatsbürgerschaft und Fragen zur Staatennachfolge zur Verfügung zu stellen, stieß im Norden und im Süden auf eine grundsätzlich positive Reaktion. Im November hat in Wien und Baden – über Initiative des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik und der

Politischen Akademie – eine Sudan-Tagung mit hochrangigen TeilnehmerInnen aus dem Norden und dem Süden stattgefunden.

Ein afrikanisches Thema, mit dem Österreich während seiner SR-Mitgliedschaft wiederholt konfrontiert wurde, war die **Westsahara**. In der eigentlichen Kernfrage, dem künftigen Status dieses Territoriums, gab es keine Bewegung. Nachdem im August des Vorjahres die Konfliktparteien über Einladung Österreichs in Dürnstein zu informellen Gesprächen unter der Führung des VN-Sondergesandten Christopher Ross zusammengetroffen waren, fanden im März, November und Dezember in New York drei weitere Gesprächsrunden statt. Die SR-Konsultationen, die im November wegen der Gewaltakte rund um die Räumung des sahrauischen Zeltlagers bei El Aaiun stattfanden, haben die Dringlichkeit einer Bewegung in den Bemühungen zur Bewältigung dieses ungelösten Konflikts – einschließlich eines substantiellen Dialogs der Parteien zu humanitären Themen – neuerlich unterstrichen.

Ein zentrales und aus österreichischer Sicht besonders wichtiges Thema, dem sich der VN-SR in den vergangenen zwei Jahren widmete, war der **Kampf gegen die nukleare Proliferation**. Österreich hat diese Bemühungen im Hinblick auf seine klare Grundsatzposition in dieser Frage und als Sitzstaat der IAEO mit Nachdruck und aus Überzeugung unterstützt.

Im Juni reagierte der VN-SR auf das fortgesetzte **iranische Nuklearprogramm** und die Entdeckung einer geheimen nuklearen Anreicherungsanlage in Qom nach schwierigen Verhandlungen der „E3+3" (Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie Russische Föderation, USA und Volksrepublik China) mit einer deutlichen Ausweitung und Verschärfung des bestehenden Sanktionenregimes. SR-Resolution 1929 (2010), die mit zwölf Ja-Stimmen gegen zwei Nein-Stimmen (Brasilien, Türkei) bei einer Enthaltung (Libanon) angenommen wurde, enthält u. a. ein Verbot von Raketentests, ein weitgehendes Waffenembargo und Beschränkungen für den iranischen Transport-, Banken- und Finanzdienstleistungssektor. Im Dezember organisierte Österreich in Zusammenarbeit mit dem 1540-Komitee des VN-SR, das für Maßnahmen zur Bekämpfung einer möglichen **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen** zuständig ist, eine Konferenz in Wien, an der 25 Regionalorganisationen teilnahmen.

Österreich hat sich im VN-SR weiterhin systematisch und gezielt für den **Schutz von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen** eingesetzt. Zum Themenkreis „Frauen, Frieden und Sicherheit" wurde im Dezember SR-Resolution 1960 (2010) angenommen. Darin wird der VN-GS aufgefordert, seinen jährlichen Berichten an den VN-SR zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten Listen von Gruppierungen beizuschließen, die solche Gewaltakte begehen und die entsprechenden „Monitoring, Analysis and Reporting Arrangements" zu schaffen. Österreich hat an der Erarbeitung dieser Resolution aktiv mitgewirkt.

Darüber hinaus hat Österreich viele Monate sehr intensiv an der Vorbereitung des am 26. Oktober begangenen **10. Jahrestages der Annahme der SR-Resolution 1325 (2000) („zu Frauen, Frieden und Sicherheit")** mitgewirkt. Die wichtigsten Etappen dieses Vorbereitungsprozesses waren der österreichische VN-Retreat in Alpbach Anfang September, eine (vom kanadischen Außenminister Lawrence Cannon im Zusammenwirken mit Bundesminister Spindelegger organisierte) „Commitment Conference" am Rande der VN-GV Ende September in New York und ein (im Oktober von Österreich, Mexiko und Großbritannien gemeinsam veranstaltetes) öffentliches Treffen von SR-Mitgliedern mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft.

Auf diesen Arbeiten aufbauend, konnte der VN-SR in seiner öffentlichen Sitzung vom 26. Oktober, an der u. a. US-Außenministerin Hillary Clinton und Bundesminister Spindelegger teilnahmen, eine Vorsitzerklärung annehmen, in der sich der VN-SR für die Verwendung von 26 Indikatoren ausspricht, mit denen Fortschritte bei der Umsetzung von SR-Resolution 1325 (2000) künftig messbar gemacht werden sollen. Insgesamt hat es nach Meinung der meisten Beobachter in den zehn Jahren seit der Annahme der SR-Resolution 1325 (2000) im Themenbereich „Frauen, Frieden und Sicherheit" nie so viele konkrete Entwicklungen gegeben wie in den beiden letzten Jahren; ein Ergebnis, zu dem Österreich nach allgemeiner Einschätzung maßgeblich beigetragen hat.

Den Vorsitz im 1267-Komitee, welches für die Führung der **Al-Qaida/Taliban-Sanktionenliste** zuständig ist, hatte Österreich gerade deshalb bewusst angestrebt, weil dessen Verfahren aus der Sicht zahlreicher Kritiker sowie nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs **(EuGH)** unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit und der Verfahrensgerechtigkeit reformbedürftig sind. Der österreichische Vorsitz des Komitees trug die Hauptverantwortung für die erste umfassende Sichtung der Liste in der Geschichte des Komitees. Insgesamt wurden in eineinhalbjähriger Arbeit 488 Einträge überprüft, davon rund 270 zum ersten Mal seit 2001; 46 Namen konnten von der Liste gestrichen werden; rund 50 weitere Delistinganträge sind noch in Bearbeitung. Für die auf österreichische Anregung geschaffene Funktion einer unabhängigen Ombudsperson bestellte der VN-GS im Juni die ehemalige kanadische Richterin Kimberly Prost.

Als Vorsitz der Informellen **Arbeitsgruppe des VN-SR für Internationale Tribunale** konnte Österreich zum Kampf gegen die Straflosigkeit beitragen. In dieser Eigenschaft brachte Österreich in den zwei Jahren der SR-Mitgliedschaft insgesamt neun SR-Resolutionen zur Unterstützung der Arbeit der VN-Straftribunale für Jugoslawien **(ICTY)** und Ruanda **(ICTR)** ein. Nach fast zweijährigen Verhandlungen nahm der VN-SR am 22. Dezember SR-Resolution 1966 (2010) an, mit der ab Mitte 2012 für das ICTR und ab Mitte 2013 für das ICTY ein Restmechanismus geschaffen wird. Dieser soll vor allem gewährleisten, dass noch flüchtige Kriegsverbrecher wie Ratko Mladic oder

Félicien Kabuga auch nach Schließung der Tribunale der internationalen Gerichtsbarkeit unterworfen bleiben.

Eine detailliertere Beschreibung der Positionen, die Österreich zu den einzelnen Themen, die 2010 auf der Tagesordnung des VN-SR standen, eingenommen hat, findet in den unmittelbar anschliessenden Abschnitten zur Tätigkeit des Sicherheitsrates.

2. Tätigkeit des Sicherheitsrates – Geografische Themen

2.1. Afrika

Die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent bestimmten einen Großteil der Arbeit des VN-SR. Im Zentrum standen die Beiträge der VN zur Erhaltung des Friedens und zur Friedenskonsolidierung in der Region der Großen Seen, in Westafrika, im Sudan und am Horn von Afrika.

2.1.1. Sudan

Der Sudan nahm eine zentrale Stellung in den Beratungen des VN-SR ein, sowohl im Hinblick auf die Situation in Darfur als auch im Hinblick auf die Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens **(CPA)** zwischen dem Nord- und dem Südsudan. In der zweiten Jahreshälfte rückten die Vorbereitungen für das Unabhängigkeitsreferendum am 9. Jänner 2011 ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Reise des VN-SR in den Sudan im Oktober bot die Gelegenheit, mit den Parteien des CPA im Süden (Juba) und im Norden (Khartum) über die Vorbereitungen zum Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan zu beraten und der Erwartungshaltung Ausdruck zu verleihen, das Referendum zeitgerecht abzuhalten und das Ergebnis zu respektieren. Die zentrale Bedeutung der Entwicklungen im Sudan kam auch in hochrangigen Treffen in New York zum Ausdruck.

Im Süden des Landes ist die VN-Mission im Sudan **(UNMIS)** stationiert. Das Mandat von UNMIS wurde im April mit SR-Resolution 1919 (2010) um weitere zwölf Monate verlängert. Im Zentrum des Mandats steht die Unterstützung bei der Umsetzung des CPA. UNMIS stellte technische und logistische Unterstützung für die Vorbereitung der Wahlen vom 10.–15. April zur Verfügung. UNMIS unterstützte auch die Vorbereitung des Unabhängigkeitsreferendums. Österreich setzte sich v.a. für eine Priorisierung des Schutzes von Zivilisten im UNMIS-Mandat sowie für eine vollständige Umsetzung desselben ein. UNMIS erstellte eine entsprechende Strategie, um während und nach dem Referendum umgehend auf Menschenrechtsverletzungen reagieren zu können.

In Darfur kam es erneut zu regelmäßigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebellen sowie zu Angriffen auf VN-Truppen und humanitäres Personal. Das Mandat der gemeinsamen Mission

der VN und der AU **(UNAMID)** wurde im Juli mit SR-Resolution 1935 (2010) um weitere zwölf Monate verlängert. Über Bemühen Österreichs zielt die Resolution auf eine Priorisierung des Schutzes der Zivilbevölkerung und des Zugangs humanitärer Organisationen zur Bevölkerung. Auf Anregung Österreichs konnte zudem die explizite Forderung nach der Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in die Resolution aufgenommen werden.

Das von Österreich geleitete 1591-Komitee ist für die Überwachung des Sanktionenregimes in Darfur zuständig. Dieses umfasst ein Waffenembargo und gezielte Sanktionen (Reiseverbot, Einfrieren von Vermögen) gegen Einzelpersonen. Die Arbeit des Komitees konzentrierte sich u. a. darauf, Unternehmen für eine verstärkte Sorgfaltspflicht in Darfur zu sensibilisieren. Mit SR-Resolution 1945 (2010) wurden das Mandat der Expertengruppe des Komitees um ein weiteres Jahr verlängert und die Ausnahmen vom Waffenembargo klarer als bisher definiert.

Zur Sudan-Initiative von Bundesminister Michael Spindelegger siehe Kapitel C.III.1.

2.1.2. Somalia

Die Autorisierung der Mission der AU in Somalia **(AMISOM)** wurde mit SR-Resolution 1910 (2010) um zwölf Monate verlängert. Mit SR-Resolution 1964 (2010) wurde die Autorisierung der Mission bis 30. September 2011 verlängert und die autorisierte Stärke von 8.000 auf 12.000 Truppen erhöht. Das 2009 beschlossene VN-Unterstützungspaket für die AU-Truppen in Somalia wurde verlängert. Der VN-SR autorisierte mit SR-Resolution 1950 (2010) Maßnahmen gegen die Piraterie vor der Küste Somalias für ein weiteres Jahr. Mit SR-Resolution 1918 (2010) wurde der VN-GS erstmals aufgefordert, einen Bericht über mögliche Optionen zur Strafverfolgung von Piraten vorzulegen. Im Hinblick auf das Sanktionenregime in Somalia wurde mit SR-Resolution 1916 (2010) eine vorübergehende Ausnahme vom Finanzembargo für Zahlungen eingeführt, die notwendig sind, um die rechtzeitige Lieferung dringend benötigter humanitärer Hilfe in Somalia sicherzustellen. Außerdem stellte der VN-SR klar, dass auch internationale, regionale (z. B. EU) und subregionale Organisationen Ausnahmen vom Waffenembargo für Somalia beantragen können.

2.1.3. Demokratische Republik Kongo

Angesichts des Auslaufens des bestehenden Mandats der VN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo **(MONUC)** forderte die Regierung des Landes im Mai die Beendigung von MONUC, obwohl der Schutz der Zivilbevölkerung, die Hauptaufgabe der Mission, noch nicht gewährleistet war. Nach schwierigen Verhandlungen und einer Reise des VN-SR in die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo), einigte sich der VN-SR darauf, die Mission

lediglich geringfügig zu verkleinern und bis 30. Juni zu verlängern. Mit SR-Resolution 1925 (2010) wurde MONUC mit 1. Juli durch die VN-Stabilisierungsmission in der Demokratischen Republik Kongo **(MONUSCO)** abgelöst. Die oberste Priorität von MONUSCO bleibt weiterhin der Schutz der Zivilbevölkerung, gefolgt von Stabilisierung und Friedenskonsolidierung. Österreich setzte sich in den Verhandlungen erfolgreich für die Aufnahme relevanter Bestimmungen der SR-Resolution 1894 (2009) zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten in das Mandat von MONUSCO ein. In Folge von Massenplünderungen und -vergewaltigungen durch Rebellengruppen in Walikale im Osten der DR Kongo nahm der VN-SR am 17. September eine Vorsitzerklärung an, in der die primäre Verantwortung des Landes betont wurde, die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung zu garantieren. Die Regierung wurde aufgefordert, den Opfern Unterstützung zu gewähren sowie Straflosigkeit zu beenden und die Reform des Sicherheitssektors voranzutreiben. Der VN-SR unterstützte die Tätigkeit der SRSG zu sexueller Gewalt Margot Wallström und erklärte seine Bereitschaft, alle angemessenen Maßnahmen, einschließlich gezielter Sanktionen gegen die Verantwortlichen, zu erwägen.

Im November verlängerte der VN-SR mit Resolution 1952 (2010) das Sanktionenregime zur DR Kongo und das Mandat der Expertengruppe um weitere zwölf Monate. In dieser Resolution wurden erstmals Bestimmungen zur Sorgfaltspflicht festgeschrieben, womit die Risiken vermindert werden sollen, beim Handel mit Bodenschätzen aus dem Osten der DR Kongo direkt oder indirekt illegale bewaffnete Gruppierungen, sanktionierte Personen, kriminelle Netzwerke und andere Gruppierungen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, zu unterstützen. Im Dezember konnte sich das Komitee auf die Verhängung gezielter Sanktionen gegen vier Einzelpersonen einigen, die gegen das auferlegte Sanktionenregime verstoßen hatten.

2.1.4. Tschad und Zentralafrikanische Republik

Zu Jahresbeginn teilte der tschadische Präsident Idriss Déby den VN mit, dass sein Land einer Verlängerung der VN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad **(MINURCAT)** nicht mehr zustimmen wolle. Eine Reihe von SR-Mitgliedern, darunter auch Österreich, das VN-Sekretariat und zahlreiche NRO zeigten sich über die Perspektive eines Abzugs von MINURCAT besorgt, da ein funktionierender Schutz der Zivilbevölkerung zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet schien. Der VN-SR einigte sich mit SR-Resolution 1923 (2010) auf eine Verlängerung des Mandats von MINURCAT bis Jahresende, wobei die verkleinerte militärische Komponente der Mission nur mehr für den Schutz der zivilen VN-Präsenz verantwortlich war. Auf österreichisches Drängen wurde eine Notfallsklausel aufgenommen, die MINURCAT autorisierte, auf Akte der Gewalt gegen Zivilisten im unmittelbaren Umfeld der Mission zu reagieren. Außerdem unterstreicht die Resolution die Verantwortung der tschadischen Regierung für den Schutz der Zivilbevöl-

kerung. In einer letzten Vorsitzerklärung zu MINURCAT vom 20. Dezember verlangte der VN-SR einen Bericht des VN-GS über die Entwicklung der Lage im Osten des Tschad im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung.

Die Aufgaben des Integrierten Büros der VN für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik **(BINUCA)** konzentrierten sich auf die Unterstützung des nationalen Dialogs, Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Rebellen, Sicherheitssektorreform, die Wiederherstellung der Staatsgewalt sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Auf Betreiben Österreichs wurde das Mandat um den Schutz von Kindern ergänzt. BINUCA wurde im Dezember um weitere zwölf Monate verlängert. Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik ersuchte die VN nach dem Abzug von MINURCAT um Unterstützung beim Kapazitätenaufbau der nationalen Armee.

2.1.5. Côte d'Ivoire

Im Zentrum der Arbeit des VN-SR zu Côte d'Ivoire stand die Umsetzung des Ouagadougou-Abkommens. Kernpunkte sind die Entwaffnung und Demobilisierung der Milizen, die Wiedervereinigung der seit dem Bürgerkrieg faktisch getrennten Landesteile, die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Staatsgebiet, die Durchführung von Wahlen und die nationale Aussöhnung. Das Mandat der VN-Mission in Côte d'Ivoire **(UNOCI)** wurde mit SR-Resolution 1962 (2010) bis 30. Juni 2011 verlängert. Am 24. November, unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen, autorisierte der VN-SR mit SR-Resolution 1951 (2010) für die Dauer von vier Wochen eine Verstärkung von UNOCI durch VN-Truppen aus der im benachbarten Liberia stationierten VN-Mission **(UNMIL)**. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Erstellung der Wählerlisten konnte die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober durchgeführt werden. Am 28. November fand der zweite Wahlgang zwischen Amtsinhaber Laurent Gbagbo und Alassane Ouattara statt. Das von der unabhängigen Wahlbehörde bekannt gegebene Wahlergebnis wies Ouattara mit über 54 % der Stimmen als Wahlsieger aus. Der Leiter von UNOCI, SRSG Young-jin Choi, bestätigte in Ausübung der ihm mit SR-Resolution 1765 (2007) übertragenen Zertifizierungsfunktion am 3. Dezember das Wahlergebnis. Die Weigerung von Amtsinhaber Gbagbo, das Wahlergebnis anzuerkennen und das Amt an Ouattara zu übergeben, führte zu einer ernsten politischen Krise, bei der es infolge auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Das Sanktionenregime in Côte d'Ivoire und das Mandat der Expertengruppe des 1572-Komitees wurde mit SR-Resolution 1946 (2010) verlängert.

2.1.6. Guinea-Bissau

Mit SR-Resolution 1949 (2010) vom 23. November wurde das Mandat des Integrierten VN-Büros für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau

(UNIOGBIS) bis 31. Dezember 2011 verlängert. Der VN-SR brachte seine Besorgnis über die anhaltende politische und militärische Instabilität sowie die vom Drogenhandel und vom organisierten Verbrechen ausgehende Bedrohung aus. UNIOGBIS soll Guinea-Bissau beim politischen Dialog, effizienter Bekämpfung von Straflosigkeit und einer umfassenden Sicherheitssektorreform unterstützen sowie die Arbeit der Kommission für Friedenskonsolidierung **(PBC)** in Guinea-Bissau fördern.

2.1.7. Liberia

Der VN-SR verlängerte das Mandat der VN-Mission in Liberia **(UNMIL)** mit Resolution 1938 (2010) um weitere zwölf Monate. Die Resolution sieht erstmals eine Vorbereitung auf die Übergabe von Aufgaben zur Wahrung der inneren Sicherheit an die liberianischen Sicherheitskräfte vor. Trotz Fortschritten in der Sicherheitssektorreform gibt es noch Herausforderungen im Justiz- und Justizvollzugssystem sowie bei der Korruptionsbekämpfung. Weitere bedeutende Themen im Stabilisierungsprozess waren die Bestätigung der Nominierungen für die nationale Menschenrechtskommission durch den liberianischen Senat sowie die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission. Die Bestimmungen zum Reiseverbot und zur Einfrierung von Vermögenswerten von Personen aus dem Umkreis des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor sowie das Mandat des Expertenpanels des 1521-Komitees zum Sanktionenregime für Liberia, wurden mit SR-Resolution 1961 (2010) bis 16. Dezember 2011 verlängert.

2.1.8. Sierra Leone

Der VN-SR verlängerte mit Resolution 1941 (2010) das Mandat des Integrierten VN-Büros für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone **(UNIPSIL)** um weitere zwölf Monate. Die Resolution betont die Notwendigkeit der Umsetzung der Strategiedokumente für Sierra Leone („Joint Vision" sowie „Agenda for Change"), die von UNIPSIL gemeinsam mit dem VN-Länderteam und der Regierung sowie der PBC erreicht werden soll. Hauptaufgaben der Mission sind die Unterstützung bei der Vorbereitung der Wahlen 2012 und in den Bereichen Gute Regierungsführung, Menschenrechte, Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit sowie Kampf gegen organisiertes Verbrechen, Drogenhandel und Korruption. Der VN-SR nahm zudem am 29. September Resolution 1940 (2010) an, die mit sofortiger Wirkung das Sanktionenregime zu Sierra Leone beendete.

2.1.9. Burundi

Das Integrierte VN-Büro in Burundi **(BINUB)** wurde durch SR-Resolution 1959 (2010) mit 1. Jänner 2011 durch das neue VN-Büro in Burundi **(BNUB)** abgelöst und soll die Regierung u. a. beim Aufbau nationaler Institutionen, der Förderung des interparteilichen Dialogs, der Bekämpfung der Straflosig-

keit, im Bereich Übergangsgerichtsbarkeit, bei der Überprüfung der Wahrung von Menschenrechten und bei der Senkung der Armut unterstützen. Positiv hervorzuheben sind fünf erfolgreiche Wahlgänge und die Entwicklungen im Bereich der Übergangsgerichtsbarkeit.

2.1.10. Westsahara

Der Persönliche Gesandte des VN-GS **(PE)** für die Westsahara, Christopher Ross, setzte seine Bemühungen um eine Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen Marokko und der Polisario fort. An drei Runden informeller Gespräche der Parteien außerhalb von New York nahmen auch Vertreter Algeriens und Mauretaniens teil. Das Mandat der Mission der VN für das Referendum in der Westsahara **(MINURSO)** wurde mit SR-Resolution 1920 (2010) um zwölf Monate verlängert. Darin richtete der VN-SR an die Parteien den Aufruf, mehr politischen Willen für eine Verhandlungslösung zu zeigen. Die Parteien wurden zur Zusammenarbeit mit dem VN-Flüchtlingshochkommissariat **(UNHCR)** bei der Durchführung von Familienbesuchen auf dem Landweg und der Wiederaufnahme von Besuchen auf dem Luftweg ermutigt. Österreich setzte sich in den Resolutionsverhandlungen für einen Dialog der Parteien mit dem Büro der Hochkommisarin für Menschenrechte **(OHCHR)** ein. Der VN-SR beschäftigte sich ebenfalls mit der Räumung des Zeltlagers Gdim Izik bei El Aaiun durch marokkanische Sicherheitskräfte im November. Österreich unterstützte die Abhaltung von Konsultationen des VN-SR zu dieser Frage.

2.2. Naher und Mittlerer Osten

2.2.1. Israel / Palästinensische Gebiete

In Reaktion auf die Erstürmung der Gaza-Hilfsflotille durch Israel am 31. Mai nahm der VN-SR am 1. Juni eine Vorsitzerklärung an, in der er zu einer prompten, unparteiischen, glaubwürdigen und transparenten Untersuchung des Vorfalls im Einklang mit internationalen Standards aufrief. In einer Presseerklärung vom 4. August begrüßte der VN-SR die Einrichtung einer Kommission zur Untersuchung des Zwischenfalls durch den VN-GS und das Bekenntnis Israels und der Türkei zur umfassenden Zusammenarbeit mit dem gemischt israelisch-türkischen Gremium unter Leitung des ehemaligen neuseeländischen Premierministers Geoffrey Palmer und des ehemaligen kolumbianischen Staatspräsidenten Alvaro Uribe.

2.2.2. Libanon

Im **Südlibanon** kam es am 3. August zu den schwersten Auseinandersetzungen zwischen israelischer und libanesischer Armee seit 2006 mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten. Der VN-SR einigte sich auf Bemerkungen des SR-Vorsitzes gegenüber der Presse, in denen die Parteien zur äußersten

Zurückhaltung und zur Einhaltung der Waffenruhe aufgerufen wurden. Deren Brüchigkeit verdeutlichten erneut auch regelmäßige Verletzungen des libanesischen Luftraums durch die israelische Luftwaffe sowie andere Zwischenfälle. Insgesamt gelang es der Interimstruppe der VN im Libanon **(UNIFIL)**, die gespannte Ruhe südlich des Litani-Flusses aufrechtzuerhalten, wobei die Truppen mit Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit konfrontiert waren. Mit SR-Resolution 1937 (2010) wurde das Mandat von UNIFIL um ein weiteres Jahr bis 31. August 2011 verlängert. Österreich setzte sich in den Beratungen des VN-SR zum Libanon für die Beendigung der Verletzungen des libanesischen Luftraums durch israelische Überflüge, den Rückzug der israelischen Truppen aus Ghajar und dem Gebiet der Shebaa Farmen im Südlibanon sowie die Entwaffnung von Hisbollah und palästinensischen Milizen in den UNRWA-Flüchtlingslagern im Libanon ein. Angesichts anhaltender Berichte über Waffenschmuggel in den Südlibanon forderte Österreich die strikte Einhaltung des Waffenembargos.

Der Sondergesandte des VN-GS für die Umsetzung der Resolution 1559 (2004), Terje Rød-Larsen, informierte den VN-SR zweimal über relevante Entwicklungen. Mit dieser Resolution wurde der Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon und die Entwaffnung und Auflösung aller im Libanon aktiven Milizen gefordert. Weiters wurde der libanesischen Regierung Unterstützung bei der Erweiterung ihrer Kontrolle auf das gesamte Staatsgebiet zugesagt.

Spekulationen um mögliche Anklageerhebungen des **Sondertribunals für den Libanon** nährten zunehmend innenpolitische Spannungen. Am 5. November befasste sich der VN-SR mit Übergriffen auf ein Ermittlerteam des Büros des Chefanklägers des Sondertribunals in Beirut. Österreich setzte sich in diesem Zusammenhang für die Wahrung der Unabhängigkeit des Sondertribunals ein und unterstrich seine Unterstützung für dessen Tätigkeit im Dienste der Bekämpfung der Straflosigkeit und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit.

2.2.3. Irak

SRSG Ad Melkert unterrichtete den VN-SR in seiner Funktion als Leiter der Unterstützungsmission der VN für den Irak **(UNAMI)** vierteljährlich über die Lage im Irak. Nach der aktiven Unterstützung der irakischen Wahlkommission in der Vorbereitung und Durchführung der Parlamentswahlen vom 7. März konzentrierten die VN ihre Bemühungen auf die Begleitung des mehr als acht Monate dauernden Regierungsbildungsprozesses. Diese politische Pattstellung brachte UNAMI-Initiativen zur Lösung von Binnengrenzkonflikten und offenen Verfassungsfragen weitgehend zum Stillstand. Österreich unterstützte die Bemühungen von UNAMI um eine nationale Aussöhnung und die Stärkung von Menschenrechts- und Minderheitenschutz sowie Rechtsstaatlichkeit. Mit SR-Resolution 1936 (2010) wurde das Mandat von UNAMI bis 31. Juli 2011 verlängert. In einer Presseerklärung vom 10. Novem-

ber verurteilte der VN-SR eine Anschlagsserie auf christliche und muslimische Glaubensstätten sowie einen Anschlag auf den Konvoi von SRSG Melkert. Am 15. Dezember hob der VN-SR unter Teilnahme von Generalsekretär Johannes Kyrle mit der Annahme von drei Resolutionen eine Reihe von Sanktionen gegen den Irak auf und beendete zwei Programme auf Basis von Mandaten gemäß Kapitel VII der VN-Satzung. Mit SR-Resolution 1956 (2010) wurden die Privilegien und Immunitäten sowie der internationale Aufsichtsmechanismus für den Entwicklungsfonds für den Irak **(DFI)** letztmalig bis 30. Juni 2011 verlängert. SR-Resolution 1957 (2010) hob Sanktionen aus dem Jahr 1991 gegen Massenvernichtungswaffenprogramme des Iraks und Restriktionen im Bereich der zivilen Nuklearentwicklung auf. SR-Resolution 1958 (2010) leitete die Endabwicklung des Oil-for-Food-Programms ein. Im Hinblick auf die Aufhebung von Sanktionen im Zusammenhang mit irakischen Massenvernichtungswaffenprogrammen setzte sich Österreich für eine rasche Ratifizierung des Zusatzprotokolls des IAEO-Sicherheitskontrollabkommens und des CTBT ein. Der VN-SR verlängerte am 17. Dezember die Finanzierung des Mandats des Hochrangigen Koordinators des VN-GS, Gennadij Tarasow, zur Aufklärung des Schicksals vermisster kuwaitischer Staatsangehöriger und Drittstaatsangehöriger sowie zur Repatriierung kuwaitischen Eigentums bis 30. Juni 2011. In einer Presseerklärung vom 21. Dezember begrüßte der VN-SR die Genehmigung der Bildung einer Regierung der nationalen Partnerschaft durch das irakische Parlament. An die politischen Führer des Landes wurde appelliert, die nationale Aussöhnung voranzutreiben.

Darüber hinaus führte Österreich den Vorsitz des Verwaltungsrats der VN-Entschädigungskommission **(UNCC)**. Diese ist ein gemäß SR-Resolution 692 (1991) eingerichtetes, subsidiäres Organ des VN-SR zur Abwicklung von Schadenersatzansprüchen aus der irakischen Besetzung Kuwaits 1990/91 mit Sitz in Genf. Die österreichische Position spiegelte einerseits Unterstützung für die Bemühungen des Irak, seinen internationalen Status vor 1991 vollständig wiederherzustellen, andererseits Anerkennung legitimer kuwaitischer Sicherheitsanliegen wider.

2.2.4. Iran

Im Juni reagierte der VN-SR auf das fortgesetzte iranische Nuklearprogramm und die Entdeckung einer geheimen nuklearen Anreicherungsanlage in Qom nach schwierigen Verhandlungen der E3+3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie Russische Föderation, USA und Volksrepublik China) mit einer deutlichen Ausweitung und Verschärfung des bestehenden Sanktionenregimes. **SR-Resolution 1929 (2010)**, die mit zwölf Ja-Stimmen gegen zwei Nein-Stimmen (Brasilien, Türkei) bei einer Enthaltung (Libanon) angenommen wurde, enthält u. a. ein Verbot von Raketentests, ein weitgehendes Waffenembargo und Beschränkungen für den iranischen Transport-, Banken-

und Finanzdienstleistungssektor und sieht die Etablierung eines Expertenpanels vor.

Österreich brachte sich konstruktiv in die Resolutionsverhandlungen ein und engagierte sich für eine Stärkung der Rechtssicherheit und -klarheit des Resolutionstexts. Weiters wurde auf österreichisches Betreiben die Aufforderung zur raschen Ratifizierung des CTBT und des Zusatzprotokolls zum IAEO-Sicherheitskontrollabkommen verankert. In seiner Votumserklärung anlässlich der Annahme der Resolution 1929 (2010) am 9. Juni betonte Österreich seine Unterstützung der langjährigen EU-Politik des doppelgleisigen Ansatzes (diplomatische Verhandlungen mit dem Iran parallel zu einer Verschärfung der Sanktionen bei Nichtkooperation) und forderte den Iran erneut auf, das Gesprächsangebot der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik **(EU-HV)** Catherine Ashton zu erwidern. In diesem Sinne unterstützte Österreich die beiden E3+3 Anreizpakete aus 2006 bzw. 2008 in der Hoffnung, dass der Iran ohne Vorbedingungen den Dialog mit den E3+3 und EU-HV Ashton aufnehmen werde, um eine umfassende Lösung des Nukleardossiers zu erzielen. Diese Position hatte Bundesminister Michael Spindelegger auch anlässlich des Besuchs des iranischen Außenministers Manouchehr Mottaki in Wien im April unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Das mit SR-Resolution 1737 (2006) eingerichtete **Sanktionenkomitee** zum Iran setzte seine Überwachungstätigkeiten fort. Mit Resolution 1929 (2010) wurde vorerst für ein Jahr ein neues Expertenpanel eingerichtet. Dieses soll das 1737-Komitee durch Informationsanalysen, Empfehlungen und Berichte unterstützen. Das Expertenpanel führte bereits am 14. Dezember in Wien Arbeitsgespräche mit VertreterInnen des BMeiA und anderen Ressorts. Die Experten wurden dabei über die österreichischen Bemühungen zur Umsetzung seiner Verpflichtungen gemäß den einschlägigen SR-Resolutionen sowie über die EU-autonomen Sanktionen gegen den Iran umfassend informiert.

2.3. Asien

2.3.1. Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK)

Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel verschärften sich erneut aufgrund von zwei militärischen Zwischenfällen im Gelben Meer. Beim **Untergang des südkoreanischen Marineschiffs Cheonan** am 26. März kamen 46 Seeleute der Republik Korea ums Leben. Ein von der Republik Korea unter Beteiligung internationaler Experten publizierter Untersuchungsbericht hielt fest, dass die Cheonan durch Einwirkung eines Torpedos aus den Produktionsbeständen der DVRK versenkt worden sei. Am 14. Juni fanden zu den Untersuchungsergebnissen informelle interaktive Dialoge des VN-SR mit den Ständigen Vertretern der Republik Korea und der DVRK statt. In der am 9. Juli vom VN-SR angenommenen Vorsitzerklärung wird der Angriff auf die Cheonan verurteilt, ohne auf die Frage der Urheberschaft ein-

zugehen. Der seitens der DVRK erfolgte **Artilleriebeschuss der dem Hoheitsgebiet der Republik Korea unterstehenden Insel Yongpyong** am 23. November stellte die bislang schwerste Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 dar. In zeitlicher Nähe zu dem Vorfall war ein Bericht eines amerikanischen Expertenteams (sog. „Hecker-Bericht") über die Aktivitäten der DVRK hinsichtlich des Betriebs einer Urananreicherungsanlage und der Errichtung eines Leichtwasserreaktors veröffentlicht worden. Informelle Konsultationen im VN-SR dazu blieben ergebnislos. Angesichts fortgesetzter Androhungen militärischer Gewaltanwendung durch die DVRK für den Fall der Abhaltung der von der Republik Korea für 18.–21. Dezember angekündigten Militärübungen beantragte die Russische Föderation für 19. Dezember eine Dringlichkeitssitzung des VN-SR. Der VN-SR konnte sich auf keine Presseerklärung einigen. Das Expertenpanel des 1718-Sanktionenkomitees führte im März und im September mit den zuständigen österreichischen Behörden Arbeitsgespräche über die Umsetzung der gegen die DVRK gemäß SR-Resolutionen 1718 (2006) und 1874 (2009) bestehenden Sanktionen.

2.3.2. Afghanistan

Der VN-SR trat im Laufe des Jahres zu fünf öffentlichen Debatten zu Afghanistan zusammen. In Presseerklärungen vom 5. Februar bzw. 23. Juli rief der VN-SR zur zügigen Umsetzung der im Rahmen der Londoner bzw. Kabuler Afghanistan-Konferenz formulierten Bekenntnisse und Vorhaben auf. Staffan de Mistura trat am 13. März die Nachfolge von Kai Eide als SRSG und Leiter der Unterstützungsmission der VN in Afghanistan **(UNAMA)** an. Mit Resolution 1917 (2010) verlängerte der VN-SR am 22. März das Mandat von UNAMA um weitere zwölf Monate. Als Prioritäten der Arbeit von UNAMA wurden die Koordination der internationalen Hilfsleistungen, die Verbesserung der zivil-militärischen Koordination, die Leistung von Guten Diensten zur Unterstützung des afghanischen Reintegrations- und Versöhnungsprogramms sowie technische Unterstützung der Parlamentswahlen und des Wahlreformprozesses verankert. Vom 21.–24. Juni besuchte der VN-SR Afghanistan und traf u. a. mit der afghanischen Staats- und Regierungsspitze, ParlamentarierInnen sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft zusammen. Das Mandat der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe **(ISAF)** wurde mit SR-Resolution 1943 (2010) um zwölf Monate bis 13. Oktober 2011 verlängert. Der VN-SR reagierte im Dezember mit einer Presseerklärung auf die Bekanntgabe des Endergebnisses der afghanischen Parlamentswahlen vom 18. September.

2.3.3. Kirgisistan

Im Anschluss an den Sturz der Regierung Bakijew im April sowie anlässlich der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und der usbekischen Minderheit in den südkirgisischen Gebieten Osh und Dzhalalabad im Juni befasste sich der VN-SR mehrmals mit den Entwicklungen in der zent-

ralasiatischen Republik. Der VN-GS informierte den VN-SR am 15. April über die erzielte Einigung zur Ausreise von Präsident Kurmanbek Bakijew und forderte Kirgisistan zur Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit auf. Die SR-Mitglieder begrüßten die effektive Kooperation der VN mit der EU und der OSZE bei der Bewältigung der Krise. Am 14. Juni berichtete der VN-Untergeneralsekretär **(UGS)** für politische Angelegenheiten, Lynn Pascoe, dem VN-SR über die jüngsten Entwicklungen in Kirgisistan, zeigte sich besorgt über die Anstiftungen zu ethnischer Gewalt und informierte über die humanitären Hilfsmaßnahmen der VN für die rund 75.000 Flüchtlinge. In den Konsultationen des VN-SR am 24. Juni wies der beigeordnete VN-Generalsekretär **(ASG)** für politische Angelegenheiten, Oscar Fernández-Taranco, auf die anhaltend instabile Lage in Kirgisistan hin. Die Konsultationen des VN-SR blieben ohne konkretes Ergebnis. In seinem halbjährlichen Briefing über die Arbeit des VN-Regionalzentrums für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien **(UNRCCA)** am 5. August informierte SRSG Miroslav Jenča den VN-SR in seiner Funktion als Leiter von UNRCCA über die Aktivitäten des Zentrums zur Bewältigung der Krise in Kirgisistan. Der VN-SR nahm eine Presseerklärung an, in der die Rolle des UNRCCA im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kirgisistan begrüßt wurde.

2.3.4. Nepal

Die Leiterin der Politischen Mission der VN in Nepal **(UNMIN)** und Beauftragte des VN-GS **(RSG)**, Karin Landgren, informierte den VN-SR im Jänner, Mai und September über die politische Situation in Nepal. Hauptaufgabe von UNMIN war die Überwachung des Umgangs mit den Waffen und des bewaffneten Personals der ehemaligen Bürgerkriegspartien. Im Lichte der Stagnation des Friedensprozesses und der ungeklärten Frage der Übergabe der Monitoring-Aufgaben an nepalesische Akteure wurde das Mandat von UNMIN insgesamt drei Mal um jeweils vier Monate verlängert. SR-Resolution 1909 (2010) sah eine Verlängerung bis 15. Mai vor und forderte zudem auch konkret zur Vorbereitung des Abzugs der Mission auf. Am 12. Mai wurde das Mandat von UNMIN mit SR-Resolution 1921 (2010) in unveränderter Form abermals um vier Monate bis 15. September verlängert. In ihrem Briefing vom 7. September berichtete RSG Landgren dem VN-SR über die zu Sorge Anlass gebenden Entwicklungen in Nepal nach dem Rücktritt von Premierminister Madhav Kumar Nepal Ende Juni. Mit der Verlängerung der Frist zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung bis zum 28. Mai 2011 konnte vorläufig der Fortbestand des Friedensprozesses gesichert werden. Mit SR-Resolution 1939 (2010) wurde das Mandat von UNMIN ein letztes Mal um vier Monate bis 15. Jänner 2011 verlängert. Im Oktober und Dezember reiste UGS Pascoe zu Vermittlungsgesprächen nach Nepal und berichtete im Anschluss daran dem VN-SR. Am 20. Oktober nahm der VN-SR eine Presseerklärung an, in der die Parteien in Nepal zu verstärkter Kooperation aufgefordert wurden. Österreich war während des gesamten Jahres mit zwei Militärexperten („Arms Monitors“) an UNMIN beteiligt.

2.3.5. Myanmar

Der VN-SR trat am 24. März zu geschlossenen Konsultationen zu Myanmar zusammen, in deren Rahmen der Kabinettchef des VN-GS, Untergeneralsekretär Vijay Nambiar, in seiner Funktion als Sonderberater des VN-GS **(SA)** für Myanmar über die Situation nach Veröffentlichung der Wahlgesetze für die Parlamentswahlen im November informierte. Die SR-Mitglieder äußerten breite Unterstützung für die Guten Dienste der VN und betonten die Notwendigkeit, auf einen die Opposition mit einschließenden politischen Prozess hinzuwirken. Nach den Wahlen vom 7. November sowie der darauffolgenden Entlassung von Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest trat der VN-SR am 18. November neuerlich zu geschlossenen Konsultationen mit SA Nambiar zusammen. Österreich wies gemeinsam mit der Mehrheit der SR-Mitglieder darauf hin, dass die Wahlen nicht demokratischen Standards entsprochen hätten, begrüßte das Ende des Hausarrests von Daw Aung San Suu Kyi und forderte die Freilassung aller weiteren politischen Gefangenen. Am 6. Dezember berichtete SA Nambiar dem VN-SR in geschlossenen Konsultationen über seinen ersten offiziellen Besuch in Myanmar am 27. und 28. November.

2.3.6. Timor-Leste

Der VN-SR befasste sich auf der Grundlage der halbjährlichen Berichte des VN-GS in zwei offenen Debatten mit der Situation in Timor-Leste, die sich im Laufe des Jahres nicht zuletzt aufgrund der fortgesetzten Präsenz der Integrierten Mission der VN in Timor-Leste **(UNMIT)** weiter stabilisiert hat. Das Mandat von UNMIT wurde mit SR-Resolution 1912 (2010) vom 26. Februar um ein weiteres Jahr verlängert. In einer offenen Debatte des VN-SR am 23. Februar zeigte sich die neue Leiterin von UNMIT, SRSG Ameerah Haq, zuversichtlich, dass der laufende Prozess der Übergabe der Polizeiaufgaben an die timoresische Polizei bald abgeschlossen werden könnte, wenn die Bemühungen zur Erfüllung der vereinbarten Kriterien in konzentrierter Form fortgesetzt würden. Hinsichtlich der Zukunft von UNMIT informierte SRSG Haq den VN-SR in der offenen Debatte am 19. Oktober über die Einsetzung eines Mechanismus, in dessen Rahmen die Regierung von Timor-Leste und UNMIT gemeinsam die Planung für den Übergang von UNMIT zu einer anderen Form der VN-Präsenz im Jahr 2012 vornehmen sollen.

2.4. Europa

2.4.1. Kosovo

Insgesamt vier Mal (22. Jänner, 17. Mai, 3. August und 12. November) behandelte der VN-SR unter Beteiligung von Vertretern Serbiens und des Kosovo die vierteljährlichen Berichte des VN-GS zur VN-Mission im Kosovo **(UNMIK)**. Zudem befasste sich der VN-SR auf Antrag Serbiens am 6. Juli mit der Sicherheitslage im Kosovo, nachdem es am 2. Juli in Nord-Mitrovica

wegen der Eröffnung eines Verwaltungsbüros zu Ausschreitungen gekommen war, die ein Menschenleben gefordert hatten. Während die Lage im Kosovo weitgehend stabil blieb, konnten nur wenige Fortschritte in der praktischen Zusammenarbeit zwischen Serbien und dem Kosovo in den Bereichen Justiz, Zoll und kulturelles Erbe erzielt werden. Die Integration des Nordens in die staatlichen kosovarischen Strukturen erwies sich weiter als schwierig. Seitens der kosovarischen Regierung ließ sich eine abnehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit UNMIK erkennen. In der SR-Sitzung am 12. November wurde auch die von der VN-GV am 9. September angenommene Resolution zum Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs **(IGH)** zur Frage der Rechtmäßigkeit der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung (in der die Bereitschaft der EU, einen Dialog zwischen den Parteien zu unterstützen, begrüßt wird) thematisiert.

2.4.2. Bosnien und Herzegowina

Mit SR-Resolution 1948 (2010) vom 18. November wurde das Mandat der militärischen Operation der EU in Bosnien und Herzegowina **(EUFOR Althea)** um weitere zwölf Monate verlängert. Am 24. Mai und 11. November berichtete Botschafter Valentin Inzko dem VN-SR in seiner Eigenschaft als Hoher Vertreter auf Basis seiner halbjährlichen Berichte an den VN-GS über die letzten Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina.

2.4.3. Zypern

Die im September 2008 begonnenen Direktverhandlungen zwischen den beiden Volksgruppenführern Dimitris Christofias und Mehmet Ali Talat bzw. dessen Nachfolger Derviş Eroğlu über eine Wiedervereinigung der Insel wurden fortgeführt. Auf Basis der Berichte des VN-GS zur Friedenstruppe der VN in Zypern **(UNFICYP)** und zu den Guten Diensten wurde der VN-SR vom Sonderberater des VN-GS für dessen Gute Dienste in Zypern, Alexander Downer, und vom beigeordneten VN-Generalsekretär **(ASG)** Atul Khare am 10. Juni sowie von der SRSG für Zypern, Lisa Buttenheim, am 8. Dezember über die Fortschritte in den Verhandlungen und die Lage in Zypern, die als stabil und ruhig beschrieben wurde, unterrichtet. Nach dem Treffen der beiden Volksgruppenführer mit dem VN-GS in New York am 18. November präsentierte Sonderberater Downer dem VN-SR am 30. November den ausführlichen Fortschrittsbericht des VN-GS zu den Verhandlungen. Der VN-SR unterstützte die laufenden Direktverhandlungen und unterstrich die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen für die Erzielung weiterer Fortschritte. Mit den SR-Resolutionen 1930 (2010) vom 15. Juni und 1953 (2010) vom 14. Dezember wurde das Mandat von UNFICYP jeweils um sechs Monate verlängert. Die Türkei hielt fest, dass sie der Präsenz von UNFICYP auf der Insel prinzipiell positiv gegenüberstehe, stimmte aber in beiden Abstimmungen mit dem Argument, dass die VN seit Bestehen der Mission immer nur die Zustimmung der Republik Zypern – und nicht jene der tür-

kisch-zypriotischen Seite – eingeholt habe, letztlich als einziges SR-Mitglied gegen die jeweilige Resolution.

2.5. Lateinamerika

2.5.1. Haiti

Infolge des schweren Erdbebens in Haiti am 12. Jänner erhöhte der VN-SR mit Resolution 1908 (2010) vom 19. Jänner die Stärke der Stabilisierungsmission der VN in Haiti **(MINUSTAH)** temporär um 1.500 Personen in der Polizei- und 2.000 Personen in der Militärkomponente. Dadurch sollte MINUSTAH in die Lage versetzt werden, die unmittelbaren Hilfsmaßnahmen sowie die Bemühungen zum Wiederaufbau zu unterstützen und Stabilität in Haiti zu gewährleisten. Im Rahmen der Vorbereitungen der Geberkonferenz für Haiti am 31. März in New York informierten der UGS für humanitäre Angelegenheiten John Holmes und UGS für Peacekeeping Alain Le Roy den VN-SR am 19. Februar über die Lage in Haiti. Der VN-SR einigte sich auf Bemerkungen des SR-Vorsitzes gegenüber der Presse, in denen die Solidarität mit Haiti und die Führungsrolle der haitianischen Regierung beim Wiederaufbau unterstrichen wurden. Als Nachfolger des im Zuge des Erdbebens verstorbenen Leiters von MINUSTAH, Hédi Annabi, ernannte der VN-GS mit 1. April Edmond Mulet zu seinem neuen Sonderbeauftragten für Haiti. Mit SR-Resolution 1927 (2010) vom 4. Juni beschloss der VN-SR die temporäre Aufstockung der Polizeikomponente von MINUSTAH um weitere 680 Personen sowie die Anpassung des Mandats, die eine logistische Unterstützung und Bereitstellung technischer Expertise durch die Mission im Bereich der Rechtsstaatlichkeit vorsieht. Am 14. Oktober verlängerte der VN-SR mit Resolution 1944 (2010) das Mandat von MINUSTAH um weitere zwölf Monate. Nach Abhaltung der ersten Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 28. November informierten ASG Khare und UGS Le Roy den VN-SR am 30. November bzw. am 10. Dezember über die Lage in Haiti. In einer Presseerklärung äußerte sich der VN-SR besorgt hinsichtlich der Vorwürfe des Wahlbetrugs und rief die Kandidaten auf, Ruhe zu bewahren und eine Lösung im Rahmen der vorgesehenen rechtlichen Mechanismen zu suchen.

3. Tätigkeit des Sicherheitsrates – Querschnittsthemen

3.1. Herrschaft des Rechts und Rechtsstaatlichkeit

Die Stärkung des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“) war ein Leitmotiv der österreichischen Mitgliedschaft im VN-SR. Österreich arbeitete konsequent daran, dies in der täglichen Arbeit des VN-SR umzusetzen. Am 29. Juni fand unter dem Vorsitz Mexikos seit vier Jahren erstmals wieder eine offene SR-Debatte zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit statt. Die dabei angenommene Vorsitzerklärung konnte durch österreichische Vor-

schläge zum Schutz von Zivilisten, Kampf gegen Straflosigkeit und eine Referenz auf die IStGH-Überprüfungskonferenz in Kampala wesentlich gestärkt werden. Der VN-GS wurde aufgefordert, binnen zwölf Monaten einen Bericht vorzulegen, in dem die Umsetzung früherer Empfehlungen und weitere Schritte zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen untersucht werden sollen.

Österreich setzte sich weiters für eine **Stärkung der Transparenz in der Arbeit des VN-SR** ein. In der offenen SR-Debatte zu den Arbeitsmethoden des VN-SR am 22. April sprach sich Österreich für eine verstärkte Interaktion des VN-SR mit den VN-Mitgliedstaaten aus und forderte eine verbesserte Zusammenarbeit des VN-SR mit der PBC. Mit der in der **Informellen Arbeitsgruppe des VN-SR zu Dokumentation und anderen Verfahrensfragen** überarbeiteten Note des SR-Präsidenten zu den Arbeitsmethoden des VN-SR und deren Annahme durch den VN-SR am 27. Juli wurde ein weiterer Schritt zur Stärkung der Transparenz in der Arbeit des VN-SR unternommen.

3.2. Internationale Tribunale und Gerichtshöfe

Als Vorsitz der **Informellen Arbeitsgruppe des VN-SR für Internationale Tribunale** trug Österreich wesentlich zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung der Straflosigkeit bei. Hauptaufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die Arbeit des Jugoslawien- und Ruanda-Tribunals **(ICTY, ICTR)** zu unterstützen und einen Mechanismus vorzubereiten, der die Restfunktionen der Tribunale übernehmen soll. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen nahm der VN-SR am 22. Dezember die von Österreich eingebrachte SR-Resolution 1966 (2010) zur Errichtung des Restmechanismus an. Die Annahme der Resolution stellt einen wichtigen Schritt und eine klare Botschaft des VN-SR gegen die Straflosigkeit dar. Durch den Restmechanismus, der einen Standort in Den Haag (Niederlande) und in Arusha (Tansania) haben wird, wird sichergestellt, dass gesuchte Kriegsverbrecher wie Ratko Mladic oder Félicien Kabuga auch nach Schließung der Tribunale vor ein internationales Gericht gestellt werden. Neben Gerichtsverfahren wird der Restmechanismus u. a. die Überwachung der Strafvollstreckung, den Zeugen- und Opferschutz, die Überprüfung von Urteilen und die Verwaltung der Archive übernehmen. Bei den rechtlich und politisch komplexen Resolutionsverhandlungen gelang es, in allen umstrittenen Fragen Kompromisslösungen zu finden. Als Vorsitz der Arbeitsgruppe brachte Österreich weiters die SR-Resolutionen 1915 (2010), 1931 (2010), 1932 (2010), 1954 (2010) und 1955 (2010) zur Unterstützung der Arbeit der VN-Straftribunale ein.

3.3. Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit, präventive Diplomatie

Unter nigerianischem Vorsitz widmete sich der VN-SR am 16. Juli in einer offenen Debatte dem Thema „Optimizing the Use of Preventive Diplomacy

Tools: Prospects and Challenges in Africa". Die SR-Mitglieder betonten die Wichtigkeit eines stärkeren Engagements im Bereich Konfliktprävention und riefen in diesem Zusammenhang auch zur Nutzung der komparativen Vorteile regionaler und subregionaler Organisationen in Afrika auf. In einer Vorsitzerklärung forderte der VN-SR den VN-GS auf, binnen zwölf Monaten zu berichten, wie die Bemühungen der VN in diesem Bereich innerhalb der Organisation und in Kooperation mit regionalen und subregionalen Organisationen optimiert werden können.

Am 23. September fand unter dem Vorsitz des türkischen Präsidenten Abdullah Gül ein **SR-Gipfel** zum Thema **„Sicherstellung einer effektiven Rolle des VN-SR in der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit"** statt. Im Zentrum der Diskussion standen eine effizientere Nutzung der bestehenden VN-Instrumente zur Schaffung und Erhaltung von Frieden, eine bessere Kohärenz der vielen Akteure auf regionaler und VN-Ebene sowie ein stärkeres Augenmerk auf Prävention und Frühwarnmechanismen. Für Österreich nahmen Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger am Gipfel teil. Als Ergebnis nahm der VN-SR eine Vorsitzerklärung an, in der er sein Bekenntnis zu einer effizienten Erfüllung seiner Aufgaben erneuerte und neue Herausforderungen wie etwa Terrorismus, Proliferation von KLW, organisiertes Verbrechen, Piraterie sowie Drogen- und Menschenhandel anerkennt.

3.4. Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten

Der zu den österreichischen Prioritäten im VN-SR zählende Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, in bewaffneten Konflikten war auch ein Schwerpunkt im zweiten Jahr der österreichischen Sicherheitsratsmitgliedschaft. Österreich setzte sich konsequent dafür ein, die Bestimmungen der unter österreichischem Vorsitz im November 2009 angenommenen **SR-Resolution 1894 (2009)** in die zu erneuernden Mandate von FEO zum Schutz der Zivilbevölkerung einfließen zu lassen. Dies ist u. a. bei den VN-Missionen in Afghanistan, in der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan und in Côte d'Ivoire gelungen. Die offene SR-Debatte am 7. Juli diente einer ersten Bilanzierung der bisher erzielten Fortschritte bei der **Umsetzung von SR-Resolution 1894 (2009)**. Am 22. November behandelte der VN-SR in einer weiteren offenen Debatte den jüngsten Bericht des VN-GS zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, der schwerpunktmäßig der Umsetzung und Weiterentwicklung von SR-Resolution 1894 (2009) gewidmet ist. Im Rahmen der Debatte nahm der VN-SR eine Vorsitzerklärung an, in der auf österreichische Initiative u. a. die Bedeutung nachhaltiger Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie die Notwendigkeit der Kommunikation von FEO mit der lokalen Bevölkerung betont wird.

Österreich beteiligte sich weiterhin aktiv an den Sitzungen der **Informellen Expertengruppe des VN-SR zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffne-**

ten Konflikten, die im Vorfeld der Verlängerung von FEO-Mandaten stattfanden.

3.5. Frauen, Frieden und Sicherheit – Bekämpfung sexueller Gewalt in Konflikten

Das Jahr stand im Zeichen des **zehnjährigen Jubiläums der Annahme von SR-Resolution 1325 (2000)** zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Am 27. April traf der VN-SR im Rahmen einer Debatte das erste Mal mit der Anfang des Jahres neu bestellten SRSG zu sexueller Gewalt in Konflikten, Margot Wallström, zusammen und nahm eine Vorsitzerklärung in Vorbereitung des zehnjährigen Jubiläums an.

Zur Vorbereitung des Jubiläums durch das VN Retreat in Alpbach und die Commitment Conference siehe Kapitel C.III.1.

Unter dem Vorsitz Ugandas fand aus Anlass des Jubiläums am 26. Oktober eine offene Debatte unter Teilnahme von Bundesminister Michael Spindelegger sowie weiterer Minister statt, bei der eine Vorsitzerklärung angenommen wurde. Mit dieser verabschiedete der VN-SR eine Reihe von Indikatoren, die in Hinkunft Fortschritte in der Umsetzung von SR-Resolution 1325 (2000) besser nachvollziehbar und quantifizierbar machen werden. In Vorbereitung der offenen Debatte veranstaltete Österreich gemeinsam mit Mexiko und Großbritannien ein Treffen im Arria-Format zur Frage einer verbesserten Umsetzung der Resolution in von bewaffneten Konflikten betroffenen Gebieten und ermöglichte so den VertreterInnen der Zivilgesellschaft, ihre Positionen in die Arbeiten des VN-SR einzubringen. Am 16. Dezember wurde unter dem Vorsitz der USA **SR-Resolution 1960 (2010)** angenommen, die – ähnlich dem bestehenden System zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten – die Einrichtung von „Monitoring, Analysis and Reporting Arrangements" zu konfliktbezogener sexueller Gewalt vorsieht und den VN-GS ersucht, in Hinkunft seinen jährlichen Berichten zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten an den VN-SR eine Liste von Konfliktparteien beizuschließen, die Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt begehen. Von diesen Parteien eingegangene konkrete Verpflichtungen (deren Umsetzung Voraussetzung für eine Streichung von der Liste des VN-GS ist) sollen systematisch überwacht werden. Nach der Schaffung eines normativen Rahmens mit den SR-Resolutionen 1820 (2008) und 1888 (2009) wurden damit wichtige Lücken in der Umsetzung geschlossen und die Schlechterstellung von Opfern sexueller Gewalt über 18 Jahren beendet.

3.6. Kinder und bewaffnete Konflikte

Am 16. Juni fand unter dem Vorsitz Mexikos die jährliche offene Debatte des VN-SR zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte" statt. Zu den Hauptthemen der Debatte zählte die Forderung nach verstärkten Maßnahmen gegen jene Konfliktparteien, die in fortgesetzter oder besonders gravierender

Weise Rechtsverletzungen gegen Kinder in Konfliktsituationen begehen. In der als Ergebnis der Debatte angenommenen Vorsitzerklärung bringt der VN-SR die Bereitschaft zum Ausdruck, Sanktionen gegen diese Konfliktparteien zu verhängen. Auf der Grundlage eines österreichisch-französischen Vorschlags wurden weiters Bestimmungen in die Vorsitzerklärung aufgenommen, um die gezielte Verhängung von Sanktionen in der Praxis zu erleichtern. Weiters wurde in der Erklärung festgelegt, dass die Arbeitsgruppe des VN-SR zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte" innerhalb eines Jahres ihren ersten Länderbesuch durchführen soll.

Die **Arbeitsgruppe des VN-SR zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte"** trat zu fünf formellen Sitzungen und einer Vielzahl von Konsultationen zur Ausarbeitung länderspezifischer Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammen. Insgesamt setzte sich die Arbeitsgruppe mit vier länderspezifischen Berichten des VN-GS zur Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten (Demokratische Republik Kongo, Nepal, Philippinen und Somalia) sowie mit einem speziellen Bericht über die Situation in Sri Lanka auseinander, der von Generalmajor Patrick Cammaert im Auftrag der SRSG für Kinder und bewaffnete Konflikte, Radhika Coomaraswamy, ausgearbeitet worden war. Zu fünf Ländersituationen (Kolumbien, Nepal, Philippinen, Sri Lanka und Uganda) nahm die Arbeitsgruppe Schlussfolgerungen und Empfehlungen an, worin die jeweiligen Konfliktparteien zur Einstellung der von ihnen verübten Verbrechen gegen Kinder, zur Bekämpfung der Straflosigkeit sowie zur Ausarbeitung konkreter Aktionspläne zur Entlassung von Kindersoldaten aufgefordert wurden. Die Arbeitsgruppe absolvierte im November unter österreichischer Beteiligung ihren ersten Länderbesuch, der die SR-Mitglieder nach Nepal führte. Ziel dieses Besuchs war die Überprüfung der Umsetzung des von den Konfliktparteien unterzeichneten Aktionsplans und die Identifizierung der noch bestehenden Hürden für die Reintegration ehemaliger Kindersoldaten.

3.7. Friedenserhaltende Operationen (FEO)

Mit rund 125.000 entsandten Truppen, PolizistInnen und zivilen ExpertInnen in FEO der VN wurde im Frühjahr ein historischer Höchststand erreicht. Die Knappheit an verfügbaren Personalressourcen und die wachsende Komplexität der Mandate multidimensionaler FEO erfordern Anpassungen in den Strukturen und Verfahren für die operative Führung von FEO. Der Anfang 2009 von Großbritannien und Frankreich im VN-SR eingeleitete Reflexionsprozess zu FEO sowie die vom VN-Sekretariat im Sommer 2009 lancierte **„New Horizon"-Initiative zur Reform der FEO** wurden fortgesetzt. Im September wurde der erste Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Reformdokuments „New Horizon" veröffentlicht. Die vier Prioritäten der Reformagenda sind die konzeptionelle Weiterentwicklung des Peacekeeping, Maßnahmen zur Ressourcenmobilisierung und hinsichtlich des Trainings, die Optimierung der logistischen Unterstützung von FEO sowie die Verbes-

serung der Mechanismen zur Planung und Aufsicht über FEO. Der VN-SR beschäftigte sich in dreimonatlichen Konsultationen mit generischen Fragen des Peacekeeping und behandelte zudem verstärkt das Ineinandergreifen von Peacekeeping und Peacebuilding. Der FEO-Reformprozess wurde auch durch die **Arbeitsgruppe des VN-SR zu FEO** unterstützt, die als Forum für den Dialog zwischen SR-Mitgliedern, dem VN-Sekretariat und Truppenstellern sowie großen Beitragszahlern fungierte. Österreich brachte sich in die Reformdebatte mit Vorschlägen für einen verbesserten Informationsaustausch zwischen VN-SR, VN-Sekretariat und Truppenstellern sowie für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den VN und Regionalorganisationen im Krisenmanagement ein. Weiters trat Österreich für Maßnahmen zur verbesserten Umsetzung des Schutzes der Zivilbevölkerung durch FEO ein.

Der **Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen** beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den im „New Horizon"-Dokument enthaltenen Vorschlägen zur konzeptionellen Weiterentwicklung des Peacekeeping sowie zur Optimierung der Strukturen für Durchführung und Aufsicht von FEO. Der Ausschuss nahm erstmals weitreichende Empfehlungen zum Schutz der Zivilbevölkerung an und anerkannte damit die hohe Bedeutung dieser Aufgabe in gegenwärtigen FEO. So wurde das VN-Sekretariat etwa beauftragt, einen strategischen Rahmen für missionsweite Schutzstrategien zu erstellen und Trainingsmodule zu entwickeln. Kontroversiell verlief die Diskussion zur robusten Friedenssicherung (Frage der Gewaltanwendung in FEO) und zu den Arbeitsmethoden des Komitees. Österreich setzte sich vorrangig für die Umsetzung der SR-Resolution 1894 (2009) zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, für „Gender"-Aspekte und den Schutz von Kindern sowie für die Verbesserung der Zusammenarbeit der VN mit regionalen Organisationen ein.

Für die zu Jahresbeginn bestehenden 16 FEO stellten 115 Staaten Personal. Das Mandat von MINURCAT lief mit 31. Dezember aus. Die Militär- und Polizeikomponenten von MINUSTAH mussten aufgrund des Erdbebens in Haiti am 12. Jänner signifikant aufgestockt werden. Die Mission in der DR Kongo (MONUC) wurde in eine Stabilisierungsmission (MONUSCO) umgewandelt und in ihrer Personalstärke reduziert. UNAMID erreichte erstmals seit Einrichtung im Jahr 2007 beinahe die volle mandatierte Personalstärke. Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals in allen VN-Missionen betrug mit Jahresende 98.638 Personen (31. Dezember 2009: 98.114). Neue Einsätze zeichneten sich nicht ab. Das VN-Sekretariat möchte diese Gelegenheit für eine Konsolidierung in der Organisation und Durchführung von FEO nutzen. Die größten Operationen waren UNAMID (22.444 Personen), MONUSCO (19.105 Personen), MINUSTAH (11.984 Personen) und UNIFIL (11.961 Personen). Die stärksten Personalbeiträge kamen weiterhin aus Staaten Asiens und Afrikas. Fehlende Ressourcen wirkten sich erschwerend auf die Umsetzung der Mandate von FEO insbesondere im Bereich des Schutzes der Zivilbevölkerung aus.

Zu Jahresende standen **393 ÖsterreicherInnen** (382 SoldatInnen und 11 MilitärbeobachterInnen) **in sechs FEO der VN** sowie 437 ÖsterreicherInnen in der vom VN-SR autorisierten NATO-geführten Friedensmission im Kosovo **(KFOR)** im Einsatz. Der Österreicher Generalmajor Wolfgang Jilke war bis März Kommandant der VN-Beobachtertruppe für die Truppenentflechtung auf dem Golan **(UNDOF)**. An der vom VN-SR autorisierten NATO-geführten Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe in Afghanistan **(ISAF)** nahmen drei, an der EU-Militäroperation zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina **(EUFOR Althea)** 336 ÖsterreicherInnen teil. Zu den VN-geführten Missionen und Friedenseinsätzen leistete Österreich zu Jahresende unter den Ländern der EU nach Italien, Frankreich und Spanien den viertgrößten Personalbeitrag. Insgesamt nahm Österreich Platz 38 unter den 115 Truppenstellern der VN ein.

3.8. Peacebuilding

Dem Thema „Peacebuilding in unmittelbaren Post-Konfliktsituationen" waren zwei SR-Debatten gewidmet. Hauptthemen waren die Bedeutung des nationalen „Ownership" sowie des nationalen Kapazitätenaufbaus als Grundlage für Peacebuilding, das Erfordernis der zeitlichen Parallelität von Peacekeeping- und Peacebuilding-Aufgaben, die Zusammenarbeit der VN mit anderen internationalen und regionalen Organisationen sowie die Frage des Übergangs von FEO zu sog. „Integrated Peacebuilding Offices", wie sie derzeit etwa in Guinea-Bissau oder Sierra Leone bestehen. Österreich forderte eine verstärkte Einbindung der PBC in die Arbeit des VN-SR, inklusive in der Erarbeitung von Mandaten für FEO der VN, und setzte sich für eine verbesserte Berücksichtigung der Arbeit der länderspezifischen Konfigurationen der PBC im VN-SR ein. Der im September erschienene Bericht des VN-GS zur Beteiligung und Mitwirkung von Frauen am Peacebuilding, der einen Aktionsplan für eine verstärkte Partizipation und Berücksichtigung von Frauen im Peacebuilding vorsieht, war Gegenstand der Debatte des VN-SR am 13. Oktober. Die dabei angenommene Vorsitzerklärung betont die Schlüsselrolle von Frauen im Peacebuilding und deren vollständige und gleichberechtigte Teilnahme an Friedensprozessen.

Zur Annahme der SR-Resolution 1947 (2010) siehe Kapitel C.IV.

3.9. Transversale Bedrohungen

Am 24. Februar erhielt der VN-SR ein Briefing des Exekutivdirektors des Büros der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung **(UNODC)**, Antonio Maria Costa, zu transversalen Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit wie organisierter Kriminalität und Drogenhandel. Der VN-SR nahm eine Vorsitzerklärung an, die u. a. die Möglichkeit regelmäßiger Briefings von UNODC im VN-SR vorsieht. Der VN-GS wurde zudem aufgerufen, Drogenhandel und grenzüberschreitende Kriminalität als Faktoren in Konfliktpräventionsstrategien, Konfliktanalysen sowie in der Planung und

Bewertung von integrierten VN-Missionen zu berücksichtigen und dem VN-SR entsprechende Analysen zu unterbreiten. Österreich betonte in der Debatte die Dringlichkeit der Korruptionsbekämpfung und verwies auf die im September in Laxenburg eingerichtete Internationale Anti-Korruptionsakademie **(IACA)**.

Am 19. März fand im VN-SR eine offene Debatte über die **Auswirkungen des illegalen Klein- und Leichtwaffenhandels** auf Zentralafrika statt. Im Zentrum der Diskussion standen die negativen Auswirkungen des illegalen Waffenhandels wie die Prolongierung bewaffneter Konflikte, die Verhinderung friedenskonsolidierender Initiativen, Gewalt gegen Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder, sowie Menschenrechtsverletzungen. Hervorgehoben wurde auch die Bedeutung (sub)regionaler und internationaler Kooperation sowie der Unterstützung der zentralafrikanischen Staaten beim Kapazitätenaufbau. Die im Anschluss an die Debatte angenommene Vorsitzerklärung enthält einen Aufruf zum Beitritt zur VN-Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität **(UNTOC)** und bringt Unterstützung für die Initiative der zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft **(ECCAS)** für einen Waffenkontrollvertrag zum Ausdruck.

3.10. Terrorismusbekämpfung

3.10.1. 1267-Sanktionenkomitee (Al-Qaida/Taliban)

Während der österreichischen SR-Mitgliedschaft führte Österreich den Vorsitz im 1267-Sanktionenkomitee (Al-Qaida/Taliban). Das 1267-Komitee ist für die Umsetzung der Sanktionen gegen Personen und Entitäten, die mit Al-Qaida bzw. den Taliban in Verbindung stehen, zuständig. Auf einer sogenannten „Konsolidierten Liste" werden rund fünfhundert Personen und Entitäten in Verbindung mit beiden Gruppierungen geführt, die durch Vermögenseinfrierung, Reiseverbote und Waffenembargos sanktioniert werden. Aus österreichischer Sicht muss sichergestellt sein, dass das Komitee-interne Verfahren und die Umsetzung dieser Maßnahmen den internationalen und europarechtlichen Maßstäben hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Fairness entsprechen. Wichtiger Schritt in diese Richtung war die gemäß SR-Resolution 1822 (2008) bis Mitte des Jahres durchgeführte **umfassende Überprüfung aller Listeneinträge** („Review"). Damit sollte eine Aktualisierung und Dynamisierung der Liste einhergehen. Im Zuge des „Review" wurden 488 Einträge überprüft und 46 Namen von der Liste gestrichen. Rund 50 weitere Delistinganträge sind noch in Bearbeitung. Angesichts der laufenden Debatte zur Versöhnung mit moderaten Taliban zur Stabilisierung Afghanistans hat dieser an sich technische Überprüfungsprozess an politischer Dynamik gewonnen. Bei der Beurteilung der entsprechenden Anträge berücksichtigte das Komitee insbesondere, ob die zu streichenden Personen der Gewalt entsagten, die Verbindungen zu Al-Qaida abbrachen und die afghanische Verfassung respektierten. Letztlich konnten elf „ausgesöhnte" Taliban von der Liste gestrichen werden. Eine wesentliche, mit SR-Resolu-

tion 1904 (2009) erzielte Neuerung betraf die Einrichtung einer **Ombudsperson zur unabhängigen Überprüfung von Anträgen auf Streichung** von der Konsolidierten Liste. Die vom VN-GS in diese Funktion berufende kanadische Richterin Kimberly Prost hat Anfang Juli ihre Arbeit aufgenommen.

3.10.2. Antiterrorismuskomitee

Das mit SR-Resolution 1373 (2001) eingerichtete Antiterrorismuskomitee **(CTC)** überwacht auf Ebene der VN-Mitgliedstaaten die Umsetzung von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und leistet hierbei Unterstützung. Das dem CTC beigefügte Exekutivdirektorium **(CTED)**, welches aus rund 30 ExpertInnen besteht, nimmt Staatenbesuche und -evaluierungen vor und vermittelt technische Unterstützung auf bilateraler oder multilateraler Basis. Im Rahmen der Mandatserweiterung des CTED durch SR-Resolution 1963 (2010) setzte sich Österreich für eine Stärkung des menschenrechtlichen Aspekts in der Arbeit des CTC und des CTED ein. Weiterer Schwerpunkt Österreichs war die Förderung einer transparenteren Arbeitsweise der Antiterrorismuskomitees.

3.11. 1540-Komitee

Im 1540-Komitee zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen an nichtstaatliche Akteure (Terroristen) hat sich Österreich konsequent für Verbesserungen im Bereich der Non-Proliferation eingesetzt. Die umfassende Überprüfung des Umsetzungsstands der SR-Resolution 1540 (2004) konnte am 29. Jänner abgeschlossen werden. Zentraler Bestandteil der Überprüfung waren erstmalig durchgeführte offene Komiteesitzungen, zu denen VertreterInnen aller VN-Mitgliedstaaten und ausgewählter internationaler und regionaler Organisationen und Entitäten eingeladen waren. Im Rahmen der Tätigkeit Österreichs als Koordinator der 1540-Arbeitsgruppe zur Kooperation mit internationalen Organisationen organisierte Österreich gemeinsam mit UNODA am 15. und 16. Dezember in der Wiener Hofburg erstmalig eine Expertenkonferenz zur Kooperation mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen bei der Umsetzung von SR-Resolution 1540 (2004). Österreich kündigte seine Bereitschaft für die Abhaltung ähnlicher Treffen an.

3.12. Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit Regionalorganisationen

Die am 13. Jänner unter chinesischem Vorsitz abgehaltene Debatte zur **Zusammenarbeit der VN mit regionalen und subregionalen Organisationen** in der Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit unter Beteiligung von elf Organisationen stellte das bisher größte Zusammentreffen des VN-SR mit Regionalorganisationen dar. In einer Vorsitzerklärung drückte der VN-SR seine Absicht aus, informelle interaktive Dialoge mit regionalen und subregionalen Organisationen abzuhalten.

In einer von Österreich initiierten öffentlichen Sitzung informierte EU-HV Catherine Ashton den VN-SR am 4. Mai über die **Zusammenarbeit zwischen den VN und der EU** auf dem Gebiet der Erhaltung des Weltfriedens. EU-HV Ashton verwies darauf, dass EU und VN gleiche Ziele verfolgen, die EU der kollektiv größte Beitragszahler der VN sei und sich die Partnerschaft zwischen der EU und den VN in den letzten Jahren bedeutend verstärkt habe. Österreich war durch Bundesminister Michael Spindelegger vertreten, der unterstrich, dass der Vertrag von Lissabon die internationale Vertretung der EU erleichtert habe.

Die für die logistische Unterstützung von FEO zuständige UGS Susana Malcorra berichtete dem VN-SR am 12. April über Fortschritte in der **Zusammenarbeit zwischen VN und Afrikanischer Union (AU)**. Sie erwähnte die Zusammenfassung aller in Addis Abeba angesiedelten VN-Präsenzen zu einem integrierten Büro als wichtigen Schritt zur Stärkung der Effizienz der VN-Repräsentation. Österreich erneuerte sein Angebot, die AU bei der Einrichtung eines Büros am VN-Amtssitz Wien zu unterstützen. Im Rahmen der offenen SR-Debatte am 22. Oktober stellte der VN-GS einen Bericht über Möglichkeiten zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen den VN und der AU in Aussicht. In einer Vorsitzerklärung unterstrich der VN-SR die Notwendigkeit einer nachhaltigen, vorhersehbaren und flexiblen Finanzierung von FEO der AU.

3.13. Die Reformdebatte

Die seit Jahren laufende Debatte über eine Reform des VN-SR wurde im Format zwischenstaatlicher Verhandlungen weitergeführt. Eine Neuentwicklung war die Erstellung eines Textes durch den Vorsitzenden der zwischenstaatlichen Verhandlungen zur SR-Reform, in welchem sämtliche Positionen der VN-Mitgliedstaaten systematisch unter die fünf Kernfragen der Reform – Kategorien der Mitgliedschaft, Frage des Vetos, Frage der regionalen Vertretung, Zahl der Mitglieder in einem erweiterten VN-SR, sowie Arbeitsmethoden des VN-SR und Beziehungen zwischen VN-SR und VN-GV – geordnet werden. Damit sollen in Zukunft textbasierte Verhandlungen ermöglicht werden. Trotz verstärkter Thematisierung der Reform des VN-SR auf politischer Ebene, darunter anlässlich der Generaldebatte, konnte kein Momentum für konkrete Reformschritte aufgebaut werden. Insbesondere war keine Annäherung der VN-Mitgliedstaaten in der Frage der Erweiterung um neue ständige Mitglieder zu verzeichnen.

IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung

Die Kommission für Friedenskonsolidierung **(PBC)** wurde 2005 als gemeinsames Unterorgan der VN-GV und des VN-SR gegründet und nimmt dadurch eine Sonderstellung im VN-System ein. Hauptaufgabe der PBC ist es, die

Lücke zwischen dem Ende einer FEO und dem Wirksamwerden von Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit **(EZA)** überbrücken zu helfen und damit einen Rückfall von Staaten in einen neuen Konflikt zu verhindern.

Die PBC beendete am 31. Dezember ihre vierte Sitzungsperiode und nahm ihren vierten Jahresbericht an. Darin wird die Absicht betont, die Effizienz der PBC zu steigern, näher auf länderspezifische Schwerpunkte einzugehen und die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor auszubauen. Liberia wurde als fünftes Land neben Burundi, Sierra Leone, Guinea-Bissau und der Zentralafrikanischen Republik in die Agenda der PBC aufgenommen. Österreich ist seit Juli 2009 Mitglied der länderspezifischen Formation für Sierra Leone und organisierte im Dezember in Freetown (Sierra Leone) gemeinsam mit dem Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung **(PBSO)** ein regionales Seminar zum Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Gemäß ihrer Gründungsresolutionen sollte die PBC fünf Jahre nach ihrer Errichtung einer Überprüfung (sog. „PBC Review") unterzogen werden. Die Ständigen Vertreter Irlands, Mexikos und Südafrikas wirkten als Kofazilitatoren für diesen Überprüfungsprozess und präsentierten nach intensiven Konsultationen mit den VN-Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft im Sommer ihren Abschlussbericht über die PBC Review. Am 29. Oktober nahmen der VN-SR und die VN-GV gleichlautende Resolutionen (SR-Resolution 1947 (2010)) an, in denen der Abschlussbericht begrüßt, alle relevanten VN-Akteure aufgerufen werden, dessen Empfehlungen umzusetzen, und eine weitere Überprüfung der PBC in fünf Jahren festgelegt wird.

V. Der Wirtschafts- und Sozialrat

1. Allgemeiner Teil

Die Jahrestagung des Wirtschafts- und Sozialrates **(ECOSOC)** fand vom 28. Juni bis 23. Juli in New York statt. Der Tagungsteil auf hoher Ebene war einer Evaluierung der Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Stellung der Frau (MDG 3) sowie der EZA gewidmet. Zum ersten Thema wurde eine aktionsorientierte Ministererklärung angenommen. Zum zweiten Thema fand die bisher zweite Tagung des Forums für EZA **(DCF)** statt. Im Mittelpunkt standen die Kohärenz sowie Verantwortlichkeit und Transparenz der EZA, Süd-Süd- und trianguläre Kooperation, die Auswirkungen der multiplen Krisen auf Entwicklung und die Verwirklichung der MDGs bis 2015. In Weiterverfolgung des Tagungsteils auf hoher Ebene von 2009 legte der Tagungsteil für Kooperationsfragen den Schwerpunkt auf die Verwirklichung der MDGs 4, 5 und 6, welche die Verbesserung der Gesundheit betreffen. Der Tagungsteil für operative Entwicklungsaktivitäten war der Frage gewidmet, wie das Entwicklungssystem der VN die Entwicklungsländer bei der Umsetzung ihrer nationalen Prioritäten und der Erreichung der international anerkannten Entwicklungsziele am effektivsten

unterstützen kann. Im allgemeinen Tagungsteil wurden die Berichte der Fachkommissionen und Sachverständigengruppen des ECOSOC behandelt.

2. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

Die Wirtschaftskommission der VN für Europa **(UNECE)** ist eine der fünf Regionalkommissionen der VN mit Sitz in Genf und umfasst Europa einschließlich aller Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sowie Kanada, die USA und Israel. Ziel der Organisation ist die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten durch Normsetzung und technische Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Handel und Statistik. Österreich unterstützt die UNECE insbesondere in den Themenbereichen energieeffizienter Wohnbau und Fragen des Alterns der Gesellschaft, bei den Projekten Transeuropäische Straße und Transeuropäische Schiene sowie im Umweltbereich.

VI. Der Internationale Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof **(IGH)** ist das einzige internationale Gericht mit universellem Charakter und genereller Jurisdiktion. Alle 192 VN-Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Gerichtsstatuts, 66 davon haben sich gemäß Art 36 Abs 2 der obligatorischen Gerichtsbarkeit unterworfen. Derzeit sind vor dem IGH 16 Fälle anhängig.

Im April entschied der IGH im Fall der Zellstofffabriken am Uruguay-Fluss, Uruguay habe während der Entwicklungsphase der Zellstofffabriken verabsäumt, mit Argentinien und der Verwaltungskommission für den Uruguay-Fluss zusammen zu arbeiten und somit seine prozeduralen Pflichten verletzt, nicht jedoch seine substantiellen Verpflichtungen zum Schutz der Umwelt gemäß dem Uruguay-Fluss-Statut von 1975. Im November kam der IGH hinsichtlich der Klage der Republik Guinea zu dem Urteil, dass die DR Kongo durch die Festnahme, Inhaftierung und Ausweisung von Ahmadou Sadio Diallo in den Jahren 1995 und 1996 dessen grundlegende Rechte verletzt habe, nicht jedoch seine direkten Rechte als Gesellschafter zweier Unternehmen. Drei neue Fälle wurden an den IGH herangetragen: Im Mai brachte Australien eine Klage gegen Japan in Bezug auf den Walfang in der Antarktis ein. Burkina Faso und Niger legten dem IGH im Juli gemeinsam einen Grenzstreit vor. Im November ersuchte Costa Rica wegen Territorialstreitigkeiten mit Nicaragua um Anordnung vorsorglicher Maßnahmen. Nach öffentlichen Anhörungen schloss der IGH die mündlichen Verfahren in der Frage der Anwendung der Internationalen Konvention zur Eliminierung aller Formen der Rassendiskriminierung (Georgien gegen Russische Föderation) und im Gewässergrenzstreit zwischen Nicaragua und Kolumbien ab. Im Juli veröffentlichte der IGH ein viel beachtetes Gutachten, in dem er die

Völkerrechtskonformität der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo feststellte.

VII. Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Bei der 36. Tagung der Europäischen Kommission für Landwirtschaft **(ECA)** am 11. und 12. Mai in Jerewan (Armenien) wurde u. a. der Budgetentwurf für Europa und Zentralasien diskutiert. Positiv erwähnt wurden die multilateralen Übereinkommen für das Wassermanagement und die Entwicklungen im Nutztiersektor in Zentralasien. Die 27. FAO-Regionalkonferenz für Europa (13. und 14. Mai) beschäftigte sich mit Investitionssteigerungen in der Landwirtschaft, der Förderung der regionalen Zusammenarbeit sowie dem Erfahrungsaustausch über landwirtschaftliche Politiken und Programme. Vom 11.–16. Oktober fand in Rom die 36. Tagung des Komitees für Welternährungssicherheit **(CFS)** statt. Das CFS beschloss die Einsetzung einer offenen Arbeitsgruppe zur Behandlung des Erstentwurfs der „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land and other Natural Resources" und die Beauftragung der kürzlich etablierten Sachverständigengruppe mit der Erstellung von Studien zu Preisvolatilität und Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit.

Die 37. FAO-Konferenz vom 25. Juni bis 2. Juli wurde in zwei Sitzungen des FAO-Rates im Mai und November vorbereitet. Am 7. Dezember fand in Rom ein Runder Tisch zur Bedeutung des Internationalen Vertrages über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft **(ITPGRFA)** statt. Neben der Würdigung des Vertrags als Mittel zur Bewahrung der Artenvielfalt war diese Konferenz auch ein positives Signal im Hinblick auf für die im März 2011 geplante 4. Regierungskonferenz des ITPGRFA in Indonesien. Der FAO-Welternährungstag am 16. Oktober stand unter dem Motto „Gemeinsam gegen den Hunger". Dazu veranstaltete das BMLFUW gemeinsam mit dem BMeiA und zwei NRO am 4. Oktober in der Diplomatischen Akademie eine Podiumsdiskussion unter Mitwirkung der FAO-Vizegeneraldirektorin und Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien Fernanda Guerrieri.

2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Die stimmberechtigte Vollmitgliedschaft Österreichs im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation **(ILO)** für die Periode 2008–2011 ermöglichte eine verstärkte Mitarbeit im Rahmen der Organisation. Beherrschendes Thema der diesjährigen Debatten waren Maßnahmen zur Krisenbekämp-

fung und Erholung auf den Arbeitsmärkten. Die ILO war auch in den G-20-Prozess, insbesondere im Hinblick auf Beschäftigungsfragen, eingebunden. So nahm ILO-Generaldirektor Juan Somavia stets an den G-20-Gipfeln teil. Auf der 99. Internationalen Arbeitskonferenz **(IAK)** wurde die ILO-Empfehlung (Nr. 200) zu HIV/AIDS am Arbeitsplatz angenommen. Ferner wurden Verhandlungen zu einem Übereinkommen über Hausangestellte aufgenommen, das 2011 finalisiert werden soll. Die Bundesregierung berichtete dem Parlament über die ILO-Empfehlung (Nr. 198) zum Arbeitsverhältnis und über das ILO-Übereinkommen (Nr. 188) zu den Arbeitsbedingungen in der Fischerei sowie über die ILO-Empfehlung (Nr. 199) zum selben Gegenstand.

3. Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Die Internationale Fernmeldeunion **(ITU)** ist eine Spezialorganisation der VN mit Sitz in Genf, in deren Rahmen Regierungs- und IndustrievertreterInnen gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten, insbesondere die Nutzung des Funkfrequenzspektrums und des Satellitenorbits, koordinieren. Vom 4.–22. Oktober wurde in Guadalajara (Mexiko) die im Vierjahresrhythmus stattfindende Tagung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, des obersten Lenkungsgremiums der ITU, abgehalten, bei der u. a. die Leitungsfunktionen der ITU neu besetzt wurden.

Im Rahmen des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft **(WSIS)** wurde 2005 eine verstärkte Zusammenarbeit für die Internet-Verwaltung und die Einrichtung des Forums für Internet-Verwaltung **(IGF)** beschlossen. Aufgabe des IGF ist es, den Dialog über Fragen der Internet-Verwaltung zu fördern und zu erleichtern. Vom 14.–17. September fand das fünfte IGF in Wilna (Litauen) statt. Am 20. Dezember fasste die VN-GV den Beschluss zur Fortführung des IGF und beauftragte das Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung **(CSTD)**, ein nachgeordnetes Organ des ECOSOC, mit der Überarbeitung des Mandats.

4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Die zentrale Aufgabe des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung **(IFAD)** ist die Armutsbekämpfung im ländlichen Raum. IFAD mobilisiert die nötigen Ressourcen durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht rückzuzahlenden Zuschüssen. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung. Durch stärkere Ausrichtung auf Gewinnorientierung sollen Kleinbauern und ländliche Kleinbe-

triebe besser in die bestehenden Wertschöpfungsketten integriert werden. In den letzten 33 Jahren finanzierte IFAD rund 830 Projekte im Wert von 12 Milliarden US-Dollar. Die Leistungen von IFAD ergänzen die Kredite der Weltbankgruppe und der regionalen Entwicklungsbanken. Österreich ist Gründungsmitglied von IFAD und trug bisher rund 40 Millionen Euro zum Kapital der Institution bei.

5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)

Aufgabe der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation **(ICAO)** ist die weltweite Förderung der sicheren und ordnungsgemäßen Entwicklung der internationalen Zivilluftfahrt in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Recht.

Vom 28. September bis 8. Oktober fand die 37. Vollversammlung der ICAO in Montreal statt, an der 176 Staaten sowie 40 Beobachterorganisationen teilnahmen. Dabei wurde der 36 Mitgliedstaaten umfassende ICAO-Rat neu bestellt. Österreich ist in der ABIS-Ländergruppe (Österreich, Benelux-Staaten, Irland, Schweiz, Portugal) organisiert, die für die kommenden drei Jahre durch Belgien im ICAO-Rat vertreten sein wird. Die Vollversammlung befasste sich schwerpunktmäßig mit Betriebssicherheit, Sicherheit vor äußerer Gefährdung und Umweltfragen. Einen bedeutenden Schritt im Klimaschutzbereich stellt die Annahme einer neuen Klimaresolution dar, die das globale Ziel einer jährlichen zweiprozentigen Verbesserung der Treibstoffeffizienz ab 2020, die Einführung eines CO_2-Standards für Triebwerke sowie die Errichtung eines globalen marktbasierten Maßnahmensystems vorsieht. Der Österreicher Christian Schleifer wurde als Mitglied der ICAO-Luftfahrtkommission bestätigt.

6. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Im Sommer gab Österreich seine **Kandidatur für den Exekutivrat**, dem wichtigsten Steuerungsgremium der Organisation, bekannt. Diesem hat es bislang erst zweimal, zuletzt von 1995 bis 1999, angehört. Die Wahl findet im Rahmen der Generalkonferenz im Herbst 2011 statt. Hauptprioriäten sind für Österreich die Förderung des Interkulturellen Dialogs sowie die Stärkung der Rolle der UNESCO im Bildungs- und Wissenschaftssbereich.

Das erste Jahr der Amtszeit der neuen Generaldirektorin der Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur **(UNESCO)**, Irina Bokova, war vom Bestreben nach Erneuerung gezeichnet. Durch aktive Teilnahme der UNESCO an gemeinsamen Hilfsaktionen der VN nach den Naturkatastrophen in Haiti und Pakistan konnte die Sichtbarkeit der Organisation deutlich gestärkt werden. Der von Generaldirektorin Bokova propagierte „neue Humanismus“ wurde auch durch Programme zur Förderung der Alphabetisierung und lebenslanger qualitativer Bildung unter Beweis gestellt. Erfolge gab es

ferner bei dem Bemühen Bokovas, die Verwaltung in der UNESCO zu modernisieren. Ein neues Managementteam wurde aufgebaut, das flexibler und direkter handeln soll.

Im Rahmen des **Internationalen Jahres der Annäherung der Kulturen 2010** koordinierte die UNESCO als federführende Organisation weltweit Aktivitäten mit dem Ziel, die positiven Effekte der kulturellen Vielfalt sowie die zentrale Bedeutung von Dialog und Austausch zwischen Kulturen zu verdeutlichen. Bokova hatte zu diesem Anlass eigens ein Panel hochrangiger politischer, intellektueller und religiöser Persönlichkeiten für Frieden und Dialog zwischen den Kulturen eingerichtet.

Ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der **Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen** erfolgte im Dezember mit der Genehmigung der ersten 31 Projekte für den durch die Konvention geschaffenen Internationalen Fonds für kulturelle Vielfalt **(IFCD)**, der zum Aufbau und zur Förderung eines dynamischen Kultursektors in Entwicklungsländern dient. Neben der Verpflichtung zur Gewährung von Handelsbegünstigungen stellt der Fonds ein weiteres innovatives Instrument der Nord-Süd-Kooperation im Bereich Kultur dar. Darüber hinaus übernahm die UNESCO eine Führungsrolle innerhalb des VN-Systems im Hinblick auf die Erreichung der MDGs 2 (Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung) und 3 (Förderung der Geschlechtergleichbehandlung im Bildungsbereich) sowie bei der Umsetzung des VN-Programms „Bildung für alle“ **(EFA)**.

7. Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die 63. Tagung der Weltgesundheitsversammlung vom 17.–21. Mai in Genf stand im Zeichen der Überprüfung der Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniums-Entwicklungsziele. Bis 2013 soll der Schwerpunkt weiterhin auf Mütter- und Kindergesundheit sowie ab 2011 verstärkt auf Maßnahmen gegen HIV/AIDS liegen. Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der Stärkung der nationalen Gesundheitsdienste in Entwicklungsländern. Zur Überprüfung des Umgangs der WHO mit der Epidemie der Neuen Grippe (H1N1) wurde ein Expertenkomitee eingesetzt. Als wichtiges Problem wurden nicht übertragbare Krankheiten und deren Bekämpfung auf globaler Ebene identifiziert. Ein Erfolg für die Länder des Südens war die Annahme des globalen Verhaltenskodex zur grenzüberschreitenden Anwerbung von Gesundheitsfachkräften.

Die Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa vom 13.–16. September in Moskau war strukturellen Reformbemühungen im Hinblick auf eine Stärkung der Position Europas im Verhältnis zu den anderen WHO-Regionen gewidmet. Die neue Regionaldirektorin für Europa, Zsuzsanna Jakab, betonte die Prioritäten eines neuen europäischen Rahmenkonzepts für Gesundheitspolitik, das gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und anderen Partnern entwickelt werden soll.

8. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die 1957 gegründete Internationale Atomenergie-Organisation **(IAEO)** mit Sitz in Wien ist eine autonome Organisation im System der VN. Ihre Hauptaufgabe ist die weltweite Förderung der friedlichen Nutzung von Kernenergie sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des NPT. Die Überprüfung des Nuklearprogramms im Iran durch die IAEO wurde fortgesetzt. Die mangelnde Bereitschaft des Iran, auf die Bedenken der internationalen Staatengemeinschaft über das Nuklearprogramm einzugehen, führte schließlich zur Verabschiedung der SR-Resolution 1929 (2010), mit der die bestehenden Sanktionen ausgeweitet wurden. Der neue IAEO-Generaldirektor Yukiya Amano setzte im Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie u. a. einen Schwerpunkt auf medizinische Anwendungen. So nimmt die IAEO an einer weltweiten Kampagne zur Bekämpfung der Krebsepidemie in Entwicklungsländern teil. Im Bereich der IAEO-Kontrollaufgaben wurde im März mit dem Spatenstich für den Erweiterungsbau des Kontrolllabors in Seibersdorf ein wichtiger Schritt zur Modernisierung und Ausweitung der Überprüfungskapazitäten gesetzt. Im Dezember genehmigte der Gouverneursrat die Einrichtung einer IAEO-Brennstoffbank, die auch aus Mitteln der EU finanziert werden wird. Durch solche multilateralen Einrichtungen soll es in Zukunft überflüssig werden, dass Einzelstaaten eigene Anlagen mit hochsensibler Technologie betreiben und somit Bedenken über allfällige militärische Nutzungen aufkommen.

9. Welttourismusorganisation (UNWTO)

Die Welttourismusorganisation **(UNWTO)** mit Sitz in Madrid ist die führende internationale Organisation auf dem Gebiet des Tourismus und dient als globales Forum für Tourismuspolitik, Plattform für Tourismus-Know-how und Statistiken. Ihr gehören 154 Vollmitglieder und sieben assoziierte Mitglieder an. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und war im Zeitraum 1995–2007 Mitglied im Programmkomitee, in dem es von 1999 bis 2007 den Vorsitz inne hatte. Die 51. Tagung der Europakommission **(CEU)** fand am 29. April in Sofia (Bulgarien) statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Reformpläne der Organisation, die im Rahmen der nächsten Generalversammlung von den Mitgliedern genehmigt werden sollen. Die XIX. Generalversammlung der UNWTO ist für 8.–14. Oktober 2011 in Gyeongiu (Republik Korea) angesetzt.

10. Weltpostverein (UPU)

Der Weltpostverein **(UPU)** wurde 1874 gegründet und ist neben der ITU die älteste internationale Organisation. Österreich ist seit der Gründung Mitglied der UPU. Der Weltpostverein regelt den internationalen Postverkehr und

empfiehlt Maßnahmen zur Steigerung des Postaufkommens sowie zur qualitativen Verbesserung der Postdienste. Am 22. und 23. September fand in Nairobi (Kenia) die UPU-Strategiekonferenz statt. Diese wird jeweils zwischen zwei Weltpostkongressen zur Evaluierung des bisher Erreichten und zur Diskussion über künftige Schwerpunkte abgehalten. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Anwendung neuer Technologien im Postbereich sowie die Bedeutung der Postzahlungsdienste (Postanweisungen), vor allem für Entwicklungsländer. Der nächste Weltpostkongress wird 2012 in Doha (Katar) abgehalten.

11. Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Die 1951 gegründete und in Genf angesiedelte Weltorganisation für Meteorologie **(WMO)** koordiniert und unterstützt den weltweiten Ausbau eines meteorologischen und hydrologischen Mess- und Beobachtungsnetzes. Zentrales Thema war die Umsetzung der Ergebnisse der Dritten Weltklimakonferenz 2009 bezüglich der Schaffung eines Globalen Rahmenwerks für Klimadienstleistungen **(GFCS)**. Die Arbeiten hierfür sollen 2011 abgeschlossen werden. Ziel ist eine Verbesserung der Genauigkeit von Prognosen, die zur Erforschung des Klimawandels und für den Katastrophenschutz erforderlich sind.

12. Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO)

Der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) mit Sitz in London gehören 169 Mitgliedstaaten an. Österreich ist der IMO im Jahre 1975 beigetreten.

Im Jahr 2010 fand keine Generalversammlung statt.

D. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen sowie für jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei erforderlichenfalls die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-BürgerInnen gemäß Art. 23 AEUV).

Durch eine Novellierung des Konsulargebührengesetzes per 1. Jänner 2011 wurde klargestellt, dass Auslagen, die den Vertretungsbehörden in Zusammenhang mit einer Amtshandlung erwachsen auch dann von der Partei zu ersetzen sind, wenn die Amtshandlung aus der Partei zurechenbaren Gründen nicht zustande kommt. Durch den erhöhten Kostenaufwand bei Abnahme biometrischer Merkmale an österreichischen Honorarkonsulaten in Zusammenhang mit der Beantragung von Reisepässen und Personalausweisen im Ausland wurde die Verpflichtung zur Übernahme der Auslagen notwendig. Darüber hinaus wurden die Konsulargebühren für Beglaubigungen und die Beantragung eines Visums D angepasst. Des Weiteren wurde die Einholung von Beglaubigungsvermerken von den örtlichen Behörden durch die Vertretungsbehörden gebührenpflichtig. In Anpassung an den EU-Visakodex erfolgte eine neue Regelung bezüglich Gebührenbefreiungen für die Beantragung von Sichtvermerken.

1. Bürgerservice

Das Bürgerservice des BMeiA bietet in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden konsularische Hilfestellung bei Notlagen österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland. Unter der Telefonnummer 0501150–4411 stehen rund um die Uhr MitarbeiterInnen des BMeiA für konsularische Notfälle zur Verfügung. Im Monatsdurchschnitt sind unter dieser Telefonnummer knapp über 1.200 Anrufe zu verzeichnen. Überdies stehen die Telefonnummern 0 50 11–3775 und 0 50 11–3900 für Anfragen zu Reiseinformationen und allgemeine Auskünfte betreffend Visaerteilung, Dokumentenbeschaffung aus dem Ausland, Beglaubigungen, Behördenwege etc. zur Verfügung. Im Monatsdurchschnitt sind unter diesen drei Telefon-

nummern 3.000 Telefonanrufe und in Spitzenzeiten knapp über 4.000 Anrufe monatlich zu verzeichnen.

Während im Jahr 2000 noch 7.527.800 Urlaubs- und Geschäftsreisen von in Österreich mit Hauptwohnsitz aufhältigen BürgerInnen zu verzeichnen gewesen sind, waren es im Jahr 2010 berets 10 Millionen. Vier Millionen ÖsterreicherInnen haben zumindest eine Auslandsurlaubsreise gemacht und 588.000 ÖsterreicherInnen zumindest eine Geschäftsreise. (Quelle: Statistik Austria: Urlaubs- und Geschäftsreisen Kalenderjahr 2010).

Die Zunahme von Auslandsreisen österreichischer StaatsbürgerInnen spiegelt sich auch in der Inanspruchnahme von konsularischer Unterstützung bei Krankheit, Unglücks- und Todesfällen im Ausland wider. Dabei stieg auch die Zahl der Betreuungs- und Heimsendungsfälle von psychisch labilen oder geistig erkrankten österreichischen StaatsbürgerInnen, sowie von österreichischen StaatsbürgerInnen ohne Krankenversicherungsschutz im Ausland. Insgesamt standen Budgetmittel von ca. 240.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen StaatsbürgerInnen in Notsituationen im Ausland zur Verfügung.

Dank des hohen Bekanntheitsgrads der Reisehinweise, die Auslandsreisenden als objektives Informationsmedium dienen, verzeichnete die Webseite des BMeiA (www.aussenministerium.at) zu Spitzenzeiten bis zu 283.000 Zugriffe pro Monat. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und den EU-Partnern wird vor allem die Einschätzung der Sicherheitslage in den einzelnen Ländern laufend aktualisiert.

Das Bürgerservice hat am 26. Oktober die Sicherheits- sowie Notfallskarte, die Reiseinformationen auf der Webseite des BMeiA und die verschiedenen Möglichkeiten der Hilfestellung durch das Bürgerservice und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland im Rahmen des Tages der offenen Tür präsentiert.

2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement

2.1. Die nationale Dimension

Naturkatastrophen, Terroranschläge sowie Bürgerkriege verdeutlichen die zunehmende Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen des BMeiA und der Vertretungsbehörden im Ausland. Zur weiteren Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit wurden umfangreiche Schulungen konsularisch ausgebildeter MitarbeiterInnen für den Einsatz in Kriseneinsatzteams durchgeführt und die technische Ausrüstung durch den Aufbau mobil einsetzbarer Kriseneinsatzeinheiten verbessert.

2.2. Die EU-Dimension

Aufbauend auf den nationalen Maßnahmen gab es in Krisenfällen eine verstärkte Kooperation der betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Dienste der Bür-

gerInnen der Union, die schon während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 besonders forciert worden war. Zwischen den Krisenzentren in den Hauptstädten, Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern sowie nationalen Krisenteams vor Ort wurden laufend Informationen ausgetauscht und koordiniert, gemeinsame Informationsstellen an Flughäfen, in Flüchtlingszentren, Spitälern und Hotels errichtet, gemeinsame Suchteams zum Auffinden von EU-BürgerInnen gebildet, gemeinsame Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet sowie Behörden des Gastlandes nach Abstimmung kontaktiert.

3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen

Hilfestellungen in Rechtsschutzfällen wurden in insgesamt 1.471 Fällen geleistet, wobei die Vertretungsbehörden allerdings weder direkt in laufende Verfahren eingreifen können noch in privatrechtlichen Angelegenheiten zur Vertretung österreichischer StaatsbürgerInnen als Partei befugt sind.

4. Neue Verträge

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Marokko über die Zusammenarbeit im Bereich des Zivilschutzes wurde am 16. Juni vom Nationalrat genehmigt. Die weiteren Schritte zur Inkraftsetzung wurden eingeleitet.

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wurde am 27. Jänner unterzeichnet und am 18. November vom Nationalrat genehmigt. Die weiteren Schritte zur Inkraftsetzung wurden eingeleitet.

Das Abkommen zwischen der Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für innere Angelegenheiten von Georgien über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde am 22. Februar unterzeichnet und tritt am 1. Jänner 2011 in Kraft.

Das Protokoll zwischen der Regierung der Republik Österreich vertreten durch die Bundesministerin für Inneres und der Regierung der Republik Mazedonien zur Durchführung des Abkommens über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 334/1 –L 334/24 vom 19. 12 2007 wurde am 24. Juni in Skopje unterzeichnet.

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Aufteilung entzogener Erträge aus Straftaten wurde am 29. Juni in Wien unterzeichnet.

Das Protokoll zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Serbien zur Umsetzung des Abkommens zwischen

der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Serbien über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt wurde am 25. Juni in Belgrad unterzeichnet.

Expertengespräche zur Vorbereitung des Abschlusses eines Protokolls zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat Bosnien und Herzegowinas zur Durchführung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien und Herzegowina über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Durchführungsprotokoll) fanden im Juli in Sarajewo statt.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Moldau über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Kriminalität wurde am 25. September in Chisinau unterzeichnet.

Das Protokoll zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Moldau über die Durchführung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt wurde am 25. September in Chisinau unterzeichnet.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kosovo über die Übernahme und Durchbeförderung von Personen (Rückübernahmeabkommen) samt Durchführungsprotokoll wurde am 30. September in Wien unterzeichnet.

Die Verhandlungen über ein Protokoll zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat der Ukraine zur Durchführung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine über die Rückübernahme von Personen konnten im Oktober in Kiew abgeschlossen werden.

Die Verhandlungen über einen bilateralen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Republik Brasilien über die Auslieferung wurden im November fortgesetzt.

Das Durchführungsprotokoll zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation zur Durchführung des Abkommens zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Gemeinschaft über die Rückübernahme vom 25. Mai 2006 wurde am 16. Dezember in Moskau unterzeichnet.

Das Vorhaben eines österreichischen Beitritts zur Konvention über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa wurde dem Nationalrat zu Genehmigung weitergeleitet.

II. Reise- und Grenzverkehr

1. Sichtvermerksangelegenheiten

Mit Stichtag 31. Dezember 2010 konnten Österreichische StaatsbürgerInnen in 107 (2009: 105) Staaten, unter anderem in alle Nachbarstaaten, nach Japan, Kanada, in die USA sowie in viele weitere Staaten Afrikas, Asiens und Südamerikas, mit gewöhnlichen Reisepässen sichtvermerksfrei einreisen, davon in 40 Staaten mit dem Personalausweis und in 18 Staaten mit einem bis zu fünf Jahren abgelaufenem Reisepass. Staatsangehörige von 126 (2008: 129) Staaten benötigen für die Einreise nach Österreich einen Sichtvermerk. Visa zur Einreise nach Österreich wurden an 95 österreichischen Vertretungsbehörden erteilt. An weiteren 89 Orten wurden Schengenvisa zur Einreise nach Österreich durch unsere Partner erteilt. Im Gegenzug erteilte Österreich an 37 Dienstorten Visa im Rahmen von 59 Schengenvertretungen.

Mit Wirkung vom 15. Dezember wurde nach intensiven Vorarbeiten die Visumpflicht für Staatsangehörige von Bosnien und Herzegowina sowie Albanien für die Schengener Staaten aufgehoben. Ein EU-Visaerleichterungsabkommen mit Georgien wurde im Juni unterzeichnet. Im Dezember beschloss die EU die Einführung der Visumfreiheit für StaatsbürgerInnen Taiwans mit Inkrafttreten am 11. Jänner 2011. Weiters hat die EK mit Kap Verde Verhandlungen über Visumerleichterungen und Rückübernahme geführt.

Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten 292.700 Visa, was gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Rückgang von rund 8 % bedeutet. Dieser Rückgang erklärt sich zum überwiegenden Teil aus dem Wegfall der Visumpflicht für StaatsbürgerInnen Serbiens, Montenegros und Mazedoniens. Die meisten übrigen Vertretungsbehörden verzeichneten teils signifikante Zuwächse, die sich durch die Erholung nach dem wirtschaftlichen Krisenjahr 2009 erklären lassen. Diese wären noch stärker ausgefallen, wären nicht aufgrund der Visumerleichterungsabkommen insbesondere mit Russland und der Ukraine, aber auch mit anderen europäischen Staaten, verstärkt Mehrjahresvisa erteilt worden, wodurch die Gesamtzahl erteilter Visa weiter reduziert wurde.

Am 5. April trat der neue EU-Visakodex für die Mitgliedstaaten in Kraft, der die verschiedenen bisherigen EU-Rechtsakte im Visumbereich zusammenfasst und ersetzt, sowie das Visumrecht vereinheitlicht. Dies führte zu Änderungen bei der Administration des Visumbetriebes. Unter anderem mussten die Vertretungsvereinbarungen mit den Schengenpartnern neu gefasst werden.

Auch 2010 wurden die Maßnahmen zur Erhöhung der Prüfsicherheit, Effizienz und Serviceorientierung im Visabereich in fortgesetzter Umsetzung der Empfehlungen der Visakommission weiterentwickelt.

Wie in früheren Jahren organisierten BMeiA und BMI im Juni im gemeinsam einen Visa-Workshop, der den Konsularbediensteten die Möglichkeit gab,

Erfahrungen im Sinne von „best practice“ auszutauschen und die Visumadministration noch missbrauchssicherer zu machen.

Weiters wurde im Rahmen eines im September abgehaltenen Visa-Workshops für MissionschefInnen ein zur Überprüfung der Visumadministration und Verstärkung der Missbrauchssicherheit eigens für MissionschefInnen erstellter Arbeitsbehelf vorgestellt. Die Tätigkeit der gemeinsamen Schulungs- und Prüfteams des BMeiA und des BMI an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und in der Zentrale wurde weiter intensiviert. Die Inspektionstätigkeit wurde weitergeführt, wobei Prüfungen von Dienststellen in besonders migrationskritischen Staaten gemeinsam mit dem BMI vorgenommen wurden.

Die enge Zusammenarbeit mit dem BMI zur Analyse der Entwicklung der Visazahlen, zu laufenden gemeinsamen Schulungen im Konsularbereich sowie zur Evaluierung der Visumadministration an den Vertretungsbehörden einschließlich der Umsetzung der Maßnahmen wurde ebenfalls intensiv fortgesetzt. Ein umfassender Grundsatzerlass wurde in aktualisierter Form verlautbart.

Die österreichische Visumpraxis an den österreichischen Botschaften in London und Tunis wurde durch die Schengenpartner evaluiert, wobei diese an beiden Dienstorten attestierten, dass der bestehende Acquis ohne Versäumnisse umgesetzt wurde.

Die enge und erfolgreiche Kooperation mit der WKÖ und der Industriellenvereinigung im Rahmen eines Runden Tisches mit der Tourismuswirtschaft sowie eines Dialogforums zum Thema Visa für Geschäftsreisende wurde fortgesetzt. Nicht zuletzt Dank dieser Kooperation konnte ein Jahr mit deutlichen Steigerungen im Tourismus gerade aus visapflichtigen Ländern bewältigt werden.

Auf Initiative des BMeiA wurde von der Österreichischen Universitätenkonferenz auch ein Runder Tisch zu Visa- und Aufenthaltsfragen für Studierende organisiert.

Schließlich wurde 2010 eine auf EU-Ebene adaptierte Visumvignette eingeführt, die nunmehr an allen Vertretungsbehörden zum Einsatz kommt. Im Zuge dieser Umstellung wurde seitens des BMeiA und des BMI ein entsprechendes Vertragswerk mit der Österreichischen Staatsdruckerei unterzeichnet.

2. Grenzverträge

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den Verlauf der Staatsgrenze in den Grenzabschnitten VIII bis XV und XXII bis XXVII wurde am 21. Juli unterzeichnet und dem Nationalrat zur Genehmigung zugeleitet.

III. Die AuslandsösterreicherInnen

Die **Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen** ist eine der Kernaufgaben der österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate. Die österreichischen Vertretungsbehörden stellen – ebenso wie die AuslandsösterreicherInnen-Webseite des BMeiA (www.auslandsoesterreicher.at) – ein wichtiges Bindeglied der AuslandsösterreicherInnen zur Heimat oder zur früheren Heimat dar. Sie sind für AuslandsösterreicherInnen eine erste Anlauf- und Servicestelle für Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahlangelegenheiten, für weitere Behördenkontakte und konsularischen Schutz, für den Erhalt von Informationen mit Österreichbezug, für effektive Krisen(vorsorge)koordination sowie die Organisation und Vermittlung von österreichbezogenen Veranstaltungen.

Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Aufenthalt im Ausland amtlich registrieren zu lassen, sind Angaben über die **Zahl der AuslandsösterreicherInnen** zum Großteil Schätzungen. Belegbare Angaben drücken nicht die tatsächliche Zahl der im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen aus.

Es leben derzeit geschätzte 470.000 ÖsterreicherInnen im Ausland. Etwa 328.000 sind bei den Vertretungsbehörden registriert, davon sind ca. 250.600 wahlberechtigt. Durch ein zeitgemäßes Registrierungssystem sollen die Zahl der Registrierten und die Qualität der Daten erhöht werden. Die meisten von ihnen leben in Deutschland (242.700), der Schweiz (36.600), den USA (26.900), Großbritannien (22.200), der Republik Südafrika (13.400), sowie Australien (15.000).

Zur Erleichterung der offiziellen **Registrierung** von AuslandsösterreicherInnen an österreichischen Vertretungsbehörden besteht seit dem Frühjahr 2008 eine elektronische Dateneingabe- und Datenänderungsmöglichkeit **per Internet**, die auf den Webseiten des BMeiA und der Vertretungsbehörden verfügbar ist. Damit können die Erstregistrierung von AuslandsösterreicherInnen und auch die Änderung ihrer Kontaktdaten einfacher und rascher erfolgen.

Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen" – Personen, die zwar nicht österreichische StaatsbürgerInnen sind, aber entweder früher österreichische StaatsbürgerInnen waren oder sich aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen oder aus anderen Gründen Österreich besonders verbunden fühlen – kann nur geschätzt werden. Es ist davon auszugehen, dass sie ein paar Hunderttausend umfasst.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung der AuslandsösterreicherInnen zu Österreich wird insbesondere in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland mit Österreichbezug gepflegt. Es gibt davon über 400 in fast 60 Ländern, die auf der AÖ-Webseite des BMeiA – www.auslandsoesterreicher.at – unter „Kontakte" / „Vereinigungen" zu finden sind. Für Interessierte besteht

auf der AÖ-Webseite – unter „AuslandsösterreicherInnen" – die Möglichkeit, sich im „**AuslandsösterreicherInnen-Netzwerk"** zu registrieren.

Der **Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB)** mit Sitz in Wien ist Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen. Präsident ist seit 1. Juli 2004 Gustav Chlestil, Generalsekretärin Irmgard Helperstorfer. Der AÖWB unterhält eine eigene Webseite – www.weltbund.at – und gibt das Magazin „ROT-WEISS-ROT" heraus. Er veranstaltet alljährlich ein AuslandsösterreicherInnen-Treffen in Österreich, das vom 20-5. September in Eisenstadt stattfand. Der AÖWB erhielt 2010 Subventionen des BMeiA in Höhe von 200.000 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland. Ihr Ziel ist die Erhaltung und Vertiefung der Heimatverbundenheit der BurgenländerInnen in aller Welt. Dazu dient auch die Zeitschrift „Die burgenländische Gemeinschaft". Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

Neben traditionellen Vereinigungen entstehen in zunehmendem Maße auch **Internetforen** wie „Austrians Abroad" (sh. Webseite http://groups.yahoo.com/group/austriansabroad).

2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen sorgt der 1967 gegründete **Auslandsösterreicher-Fonds**. Das am 1. Jänner 2007 in Kraft getretene Bundesgesetz über den Auslandsösterreicher-Fonds (AÖF-G), BGBl. I Nr. 67/2006, erweiterte den Kreis der möglichen UnterstützungsempfängerInnen. Der jeweils zur Hälfte vom BMeiA und von den neun Bundesländern subventionierte Fonds leistete 2010 finanzielle Zuwendungen in der Gesamthöhe von rund 672.000 Euro an über 1172 bedürftige ÖsterreicherInnen in 71 Ländern. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, Geschäftsführer ist Josef Knapp. Das BMeiA subventionierte den Fonds im Jahr 2010 mit 342.000 Euro.

Im Rahmen der alljährlichen Weihnachtsaktion des BMeiA für bedürftige AuslandsösterreicherInnen wurden aus Mitteln des BMeiA Geld- und Sachspenden an 569 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 49 Ländern der Welt in der Höhe von insgesamt rund 67.800 Euro geleistet.

Im Ausland wohnhaften, betagten oder schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr imstande sind, für sich selbst zu sorgen, kann vom BMeiA eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung vermittelt werden. Voraussetzungen dafür sind unter anderem, dass nicht durch Verwandte oder eine lokale Organisation geholfen werden kann, der Zustand der/des Hilfsbedürftigen einen Transport gestattet

und sie/er damit einverstanden ist. Im Jahr 2010 wurden aus sieben Staaten – Großbritannien, Indonesien, Italien, Philippinen, Schweiz, Spanien und Thailand – neun ÖsterreicherInnen und vier Familienangehörige nach Österreich zurückgebracht.

3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen – und auch für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen" – das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie das Teilnahmerecht an bundesweiten Volksabstimmungen. Auch an den Wahlen der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament können AuslandsösterreicherInnen – und nichtösterreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich – teilnehmen.

Das mit 1. Juli 2007 erheblich erleichterte AuslandsösterreicherInnen-Wahlrecht ermöglicht die Teilnahme an Wahlen bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr, für das passive Wahlrecht zum/zur Abgeordneten für den Nationalrat und das Europäische Parlament gilt das vollendete 18. Lebensjahr als Voraussetzung. Von der Briefwahl kann jede/r im In- und Ausland Gebrauch machen, der/die am Wahltag verhindert ist, seine/ihre Stimme in einem Wahllokal abzugeben. Für die Stimmabgabe per Briefwahl genügt eine unterschriebene eidesstattliche Erklärung. Die Portokosten für die Rücksendung der Wahlkarten mittels normaler Post aus allen Teilen der Welt werden von der Republik Österreich übernommen. AuslandsösterreicherInnen haben ferner die Möglichkeit, Wahlkarten für die Dauer von zehn Jahren im Voraus zu bestellen (sog. „Wahlkartenabo"), d. h. automatische Zusendung der Wahlkarten für alle bundesweiten Wahlen in diesem Zeitraum. Die Wählerevidenzgemeinden informieren registrierte Wahlberechtigte über kommende Wahlen sowie über bevorstehende Streichungen aus der Wählerevidenz von Amts wegen.

Die österreichische Bundesverfassung räumt den Bundesländern die Möglichkeit ein, auch AuslandsösterreicherInnen an den Wahlen zum Landtag ihres früheren Wohnsitz-Bundeslandes teilnehmen zu lassen. Bisher machten nur Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg davon Gebrauch.

Bei den Landtagswahlen 2010, die in Wien, dem Burgenland und der Steiermark stattgefunden haben, waren die Vertretungsbehörden bei der Zustellung und Rückleitung der Wahlkarten von AuslandsösterreicherInnen und Auslandsreisenden unterstützend und koordinierend tätig.

Die Serviceangebote für AuslandsösterreicherInnen werden laufend ausgebaut. Zuletzt gab es insbesondere in den Bereichen Wahlrecht, Online-Regis-

trierung sowie Informationen im Internet den gegenwärtigen veränderten Bedürfnissen angepasste Verbesserungen.

Insbesondere betraf dies die schon durch das Wahlrechtsänderungsgesetz 2009 eingeführte und 2010 ausgedehnte Erleichterung der Beteiligung an Wahlen aus dem Ausland durch Vereinfachung der Briefwahl. Bei der Bundespräsidentenwahl am 25. April entfiel dadurch, wie bereits bei der EP-Wahl 2009, die Notwendigkeit von Zeugen sowie Angabe von Ort und Uhrzeit bei der eidesstattlichen Erklärung auf der Wahlkarte. Die Geheimhaltung personenbezogener Daten war durch die Neugestaltung der Wahlkarte gewährleistet.

Anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten am 25. April wurde im BMeiA ein eigenes „Wahlbüro" sowie eine permanente Hotline für alle Fragen zum Thema AuslandsösterreicherInnen-Wahlrecht eingerichtet.

279.255 wahlberechtigte AuslandsösterreicherInnen wurden individuell schriftlich über die Wahlmodalitäten informiert und zur Teilnahme an der Bundespräsidentenwahl eingeladen. Die Rücksendung erfolgte ordnungsgemäß und routinemäßig auf dem Postweg, somit wurden nur noch 1.360 Wahlkarten von AuslandsösterreicherInnen im Wege der Vertretungsbehörden an die Wahlbehörden übermittelt.

Allgemein erhalten AuslandsösterreicherInnen Informationen und Beratung in Wahlangelegenheiten mittels telefonischer Info-Hotline und eigens eingerichteter Website. Weitere Details und Beratung von AuslandsösterreicherInnen in Wahlangelegenheiten zum AuslandsösterreicherInnen-Wahlrecht sowie alle Formulare befinden sich auf der BMeiA-Wahlinformationswebseite www.wahlinfo.aussenministerium.at.

4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eParticipation, eVoting

Um der Forderung der AuslandsösterreicherInnen nach modernen Informations- und Kommunikationstechnologien **(IKT)** nachzukommen, hat das BMeiA bereits 2002 eine eigene AuslandsösterreicherInnen-Webseite eingerichtet (www.auslands-oesterreicher/innen.at). Seit 2005 werden wiederholt elektronische Partizipationsprojekte (www.aoe-umfrage.at) durchgeführt und seit Sommer 2007 wird ein Internet-Ratgeber für AuslandsösterreicherInnen: www.aoe-ratgeber.at angeboten.

Das BMeiA untersucht und unterstützt gemeinsam mit österreichischen Behörden, Ministerien, Kompetenzzentren und WissenschafterInnen mögliche weitere AuslandsösterreicherInnen-bezogene IKT-Anwendungen im Bereich der Kommunikation, insbesondere eGovernment und der BürgerInnen-Beteiligung.

E. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

I. Einleitung

Die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz natürlicher Ressourcen sind die wichtigsten Ziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit **(OEZA).** Grundprinzipien dabei sind das Recht auf die Wahl des eigenen Entwicklungsweges, die Berücksichtigung kultureller und sozialer Rahmenbedingungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und von Menschen mit Behinderung.

1. Internationale Grundlagen

Als Mitglied der EU, OECD, VN und der Weltbankgruppe gestaltet Österreich in den entsprechenden Gremien die internationale Entwicklungspolitik mit. Nach der richtungweisenden „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit" aus dem Jahr 2005 wurde 2008 in Accra (Ghana) eine erste Zwischenbilanz gezogen, die Ergebnisse flossen in einen Aktionsplan mit klaren Handlungsempfehlungen. Mit den Vorbereitungen auf das 4. OECD High Level Forum zur Wirksamkeit der EZA 2011 in Busan (Südkorea) wurde bereits begonnen.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit **(EZA-G)** bildet die rechtliche Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik. Es enthält einen Zielkatalog, der für die gesamte Bundesverwaltung entwicklungspolitische Kriterien vorgibt. Dem BMeiA kommt dabei die Koordinierungsfunktion zu. Darüber hinaus ist das Ministerium für die strategische Ausrichtung der OEZA, die im jährlich fortgeschriebenen Dreijahresprogramm vom Ministerrat angenommen und dem Parlament zur Kenntnis gebracht wird, verantwortlich. Die Austrian Development Agency **(ADA)** ist die Agentur der OEZA und setzt die bilateralen Programme und Projekte in den Partnerländern um.

3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen **(ODA)** beliefen sich im Jahr 2010 laut Vorausmeldung an den Entwicklungsausschuss der OECD **(DAC)** auf 905,20 Millionen Euro bzw. 0,32 % des Bruttonationaleinkommens **(BNE).**

Das ist eine Steigerung von 85 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

4. Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Ungerechtigkeit, eine wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, zunehmende Umweltzerstörung (auch durch den Klimawandel), die Missachtung der Menschenrechte und Krieg widersprechen den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Die OEZA ist bemüht zur nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern beizutragen. So werden etwa alle Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen.

5. Politikkohärenz im Interesse von Entwicklung

Die Bedeutung von Politikkohärenz zur Förderung von Entwicklung in Entwicklungsländern wird zunehmend erkannt. Das Prinzip der entwicklungspolitischen Kohärenz ist in Österreich in §1 Abs 5 EZA-G gesetzlich verankert. Die OEZA hat systematische Verfahren wie die interministerielle Arbeitsgruppe Kohärenz oder den Dialog mit der Zivilgesellschaft („Strukturierter Dialog") ins Leben gerufen. Österreich nimmt regelmäßig an den Netzwerken für Politikkohärenz der EU und der OECD teil. Die Verfolgung von entwicklungspolitischen Zielsetzungen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Im Arbeitsfeld **Sicherheit und Entwicklung** wurde im Sinn der Politikkohärenz der „3C Ansatz" formuliert, das heißt, dass sich alle österreichischen Akteure darum bemühen, in fragilen Situationen koordiniert, komplementär und kohärent zu agieren. Besonderes Augenmerk wurde auf die Einbindung der Zivilgesellschaft gelegt („Wiener 3C Appell"). Dazu fand von 5.–7. Mai eine internationale Konferenz in Wien statt. Zu den Konferenzergebnissen wurde ein Buch herausgegeben, mit dem die Politiklinie in OECD, EU und VN eingebracht wird. Eine zweite Aufgabestellung zur Erhöhung von Politikkohärenz war die Erarbeitung des Strategischen Leitfadens Sicherheit und Entwicklung als gemeinsame Vorgabe in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenmanagament, Friedenskonsolidierung und Aufbau staatlicher Strukturen. Der Leitfaden wurde sowohl interministeriell als auch mit der Zivilgesellschaft beraten. Der Entwurf wird nach Verabschiedung der österreichischen Sicherheitsdoktrin und allfälligen Anpassungen dem Ministerrat vorgelegt. Weiters wurde die österreichische Initiative, sozio-ökonomische Auswirkungen von friedenserhaltenden Operationen auf die lokale Bevölkerung zu optimieren, vorangebracht. Die Initiative beinhaltet die Förderung von lokaler Vergabe und Rekrutierung durch die Missionen und die systematische Ankurbelung des lokalen Privatsektors. Österreich veranstaltete ein hochrangiges Seminar am 1. Oktober in New York und legte konkrete Fallbeispiele vor.

Im Arbeitsfeld **Umwelt** und Entwicklung standen erste Schritte der Umsetzung des strategischen Leitfadens zu Umwelt und Entwicklung im Mittelpunkt. Dieser wurde im Sinne der gesamtösterreichischen Kohärenz gemeinsam mit dem BMLFUW, der ADA und unter Einbeziehung weiterer österreichischer Akteure 2009 ausgearbeitet und vom Ministerrat zur Kenntnis genommen. Bei der Integration von Umweltfragen in die Programme und Projekte lag der Schwerpunkt auf der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Das Engagement im Bereich Bekämpfung der Wüstenbildung wurde insbesondere im EU- und VN-Rahmen fortgesetzt. Inhaltlich bildete auch das Thema Biodiversität aus Anlass des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt einen Schwerpunkt.

II. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Süd

1.1. Schwerpunktregion Zentralamerika

Die **„Regionalstrategie Zentralamerika 2009 – 2013“** ist die Grundlage für die weitere Entwicklungszusammenarbeit mit der Region.

Die OEZA unterstützt den wirtschaftlichen und sozialen Integrationsprozess in Zentralamerika vor allem durch Maßnahmen zur Förderung einer verstärkten Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dazu zählen Programme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleingewerbetreibende und kleinbäuerliche Betriebe sowie zur Stärkung marginalisierter Bevölkerungsschichten bei der Einforderung ihrer Menschenrechte. Weiters fördert die OEZA gemeinsam mit Finnland die Anwendung erneuerbarer Energieformen im Rahmen der Energie und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika.

Die Aktivitäten der OEZA im **Schwerpunktland Nicaragua** betreffen Programme im Bereich der ländlichen Entwicklung, der Förderung von Kleinunternehmen sowie im Gesundheitssektor. Gemeinsam mit Finnland, den Niederlanden, Schweden und der Weltbank leistete die OEZA einen Beitrag zur Sektoriellen Budgethilfe (Veranschlagung von Mitteln für prioritäre Bereiche) für die Umsetzung der nationalen Gesundheitsstrategie. Ende 2010 wurde der Beschluss gefasst, die bilaterale Zusammenarbeit mit Nicaragua wie auch das regionale Programm mit SICA bis längstens 2013 einzustellen; Mitte 2012 ist beabsichtigt, das Koordinationsbüro in Managua zu schließen.

Die Zusammenarbeit in der besonders katastrophenanfälligen Region **Karibik** soll mittelfristig aufrecht bleiben; 2010 konzentrierte die OEZA sich auf die Stärkung von Kapazitäten besonders der CARICOM sowie auf Katastrophenhilfe und Klimawandel (erneuerbare Energien und Umwelt).

Österreich bot in Zusammenarbeit mit ITH Salzburg Klessheim die Ausbildung von 6 Fachkräften im Tourismussektor an. Zudem konnten im Mai 17

DiplomatInnen an der Diplomatischen Akademie in Wien einen Spezialkurs besuchen und erfolgreich absolvieren.

1.2. Schwerpunktregion Westafrika

Thematische Schwerpunkte in **Westafrika** waren Energie, Konfliktprävention und lokale Entwicklungsmodelle. Die Zusammenarbeit mit der Regionalorganisation **ECOWAS** wurde insbesondere durch die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (das zweite nach jenem von 2006 zur Konfliktprävention) zur Unterstützung des Aufbaus des regionalen Zentrums für erneuerbare Energie und Energieeffizienz mit Sitz in Kap Verde vertieft. Darüber hinaus wurde auch die Zusammenarbeit mit dem von Seiten der ECOWAS und der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion **(UEMOA)** unterstützten Sahel und Westafrica Club der OECD intensiviert, wobei wie bisher Fragen der Ernährungssicherheit, der Konfliktprävention und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Mittelpunkt standen .

Auf Basis des 2008 für sechs Jahre unterzeichneten bilateralen Kooperationsabkommens zwischen Österreich und **Burkina Faso** unterstützte Österreich weiterhin die Bereiche ländliche Entwicklung, Berufsausbildung sowie Handwerksförderung und den Aufbau von Klein- und Kleinstunternehmen und konzentrierte seine Bemühungen im Sinne eines systemischen und möglichst integrierten Ansatzes auf die Provinz Boucle de Mouhoun. Im politischen Dialog wird besonderer Wert auf die Ausarbeitung von nationalen Sektorpolitiken gelegt, zu deren Umsetzung Österreich beitragen wird.

Die bilaterale Zusammenarbeit mit dem **Senegal** lief 2010 aus. Die Übernahme einzelner von der OEZA unterstützter Vorhaben durch andere Geber wurde abgeschlossen. Die über Jahrzehnte entstandenen, zahlreichen, etablierten Partnerbeziehungen haben die Nutzung globaler Instrumente der OEZA (Stipendienprogramme, NRO-Kofinanzierungen, Wirtschaftspartnerschaften etc…) sowie bilateraler regionaler Zusammenarbeit (z. B. ENDA) im Senegal aufrecht erhalten.

Das EZA Koordinationsbüro in **Kap Verde** wurde per 31. März geschlossen. Neben der Umsetzung der laufenden Projekte im Bereich Dezentralisierung und Regionalentwicklung und der Unterstützung der Umsetzung des nationalen Umweltaktionsplans durch Sektorbudgethilfe wurde mit dem BMF ein Memorandum of Understanding über einen mehrjährigen Soft Loan Rahmen von 20 Millionen unterzeichnet. Ab 2010 bringt sich Österreich mehr über die spezielle Partnerschaft der EU mit Kap Verde ein. Weiters wird die Valorisierung globaler OEZA Instrumente (regionale Kooperation, NRO-, Wirtschafts- und Bildungskooperation) der **Graduierung Kap Verdes als Middle Income Country** gerecht. Im Juli wurde ein u. a. durch Österreich gefördertes regionales Zentrum der ECOWAS zur Förderung erneuerbarer Energie und Energieeffizienz in der Region eröffnet.

1.3. Schwerpunktregion Ostafrika

Österreich engagiert sich auf regionaler Ebene vor allem durch Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft und Entwicklung, Wissenschaft und Forschung sowie mit NRO. So wurde etwa ein Programm der UNCTAD unterstützt, das ein regionales Netzwerk von Verbänden zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Ostafrika aufbaut.

Die OEZA war darüber hinaus im Schwerpunktland **Äthiopien** vor allem in den beiden Bereichen ländliche Entwicklung/Ernährungssicherung und Gesundheit aktiv. Es gab auch Interventionen in den Bereichen erneuerbare Energie, Gender sowie Wissenschaft und Forschung. Die OEZA beteiligt sich auch an der Finanzierung eines nationalen Multi-Donor-Programms, das auf eine Verbesserung staatlicher Dienstleistungen in den Sektoren Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Wasserversorgung abzielt.

In Übereinstimmung mit dem nationalen Armutsminderungsprogramm engagierte sich die OEZA im Schwerpunktland **Uganda** vorwiegend in den Sektoren Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie im Rechtswesen und im Justizsektor. Hinzu kamen Stipendien-, Studien- und Wissenschaftsprogramme. Die OEZA legte dabei besonderes Augenmerk auf den Wiederaufbau der durch den Bürgerkrieg zerrütteten nördlichen Landesteile.

1.4. Schwerpunktregion Südliches Afrika

Die OEZA fokussiert sich in der **Schwerpunktregion Südliches Afrika** unter anderem auf das für unmittelbare Armutsminderung besonders wichtige Thema des Zugangs zu Land sowie Landnutzung. Im Bereich Governance steht die Förderung der Zivilgesellschaft, welche die Interessen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft und gegenüber der Politik äußern und einfordern kann, im Mittelpunkt. Im Infrastrukturbereich fördert die OEZA im Southern African Development Community **(SADC)** Raum den **Zugang zu leistbaren und qualitätsvollen Energiedienstleistungen**.

Das österreichische Engagement ist eng mit der EK und den EU-Mitgliedstaaten abgestimmt. Österreich ist als International Cooperation Partner **(ICP)** bei der SADC anerkannt und trägt zur Umsetzung des Regional Indicative Strategic Development Plan **(RISDP)** und dem Strategic Indicative Plan for the Organ on Peace and Security **(SIPO)** bei.

Die Landestrategie 2009–2013 für das **Schwerpunktland Mosambik** ist auf Grundlage des aktuellen mosambikanischen Regierungsprogramms und des Plans zur Armutsbekämpfung, PARPA II, ausgearbeitet. In Abstimmung mit der mosambikanischen Regierung bleibt die Provinz Sofala Schwerpunktregion der OEZA. Der Fokus liegt auf der Förderung der nationalen Dezentralisierungsmaßnahmen mit den thematischen Ausrichtungen in ländlicher Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene und in kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Die Landesstrategie wird in Zusammenarbeit mit der mosam-

bikanischen Regierung, insbesondere den subnationalen Stellen der Provinzregierung Sofalas abgewickelt.

In Mosambik leistet die OEZA neben der sektoriellen auch generelle Budgethilfe. Die sektorielle Budgethilfe bezieht sich auf den Etat des mosambikanischen Landwirtschaftsministeriums und dessen nationaler Entwicklungsstrategie, wobei der österreichische Beitrag für die Provinz Sofala gewidmet ist.

In **Südafrika** konzentrierte sich die OEZA auf die Kapazitätsentwicklung der subnationalen staatlichen Verwaltung und die Befähigung der zivilen Bevölkerung im Rahmen der Ausarbeitung von integrierten Entwicklungsplänen. Die geografische Schwerpunktsetzung lag in den ärmsten Provinzen Südafrikas.

1.5. Schwerpunktregion Himalaya Hindukusch

Die OEZA unterstützt gemeinsame Anliegen der Region wie nachhaltige Bewirtschaftung von Weideland, Einkommensdiversifizierung sowie Schutz der natürlichen Ressourcen und Energieeffizienz im Rahmen des Internationalen Zentrums für integrierte Gebirgsentwicklung **(ICIMOD).**

Die Landesstrategie für das **Schwerpunktland Bhutan** 2010–2013 bildet die Grundlage für die Fortsetzung der Kooperation. Die OEZA konzentriert sich in Bhutan auf die Sektoren Energie, Tourismus und Governance. Im Energiesektor wurde technische Assistenz für die Regierung von Bhutan als Bauherr für das Wasserkraftwerk Dagachhu sowie für die ländliche Elektrifizierung in Phobjikha geleistet. Im Oktober wurde in Wien ein Finanzierungsabkommen über 5,8 Millionen Euro dafür unterzeichnet. Im Sektor Tourismus lag der Schwerpunkt in der Fertigstellung des Traininghotels und Royal Institute for Tourism and Hospitality; die Eröffnung fand im Oktober statt. Die Lehrplanentwicklung mit begleitender Beratung für den Lehrkörper und das Management wurde fortgeführt. Im Sektor Governance wurde die Zusammenarbeit mit anderen Gebern zur Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses und zur Stärkung der Kapazitäten der lokalen Regierungen fortgesetzt. Weiters besuchten einige hochrangige bhutanische Delegationen aus Wirtschaft, Finanzen und Justiz Österreich.

1.6. Palästinensische Gebiete

Die Kriterien für die Auswahl der OEZA-Programme und Projekte sind deren Übereinstimmung mit dem Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan 2008–2010 sowie die Berücksichtigung beider Teile der Palästinensischen Gebiete, also des Gazastreifens und des Westjordanlands. Das OEZA-Engagement umfasste die Bereiche Gesundheit, Wasser/Abwasser, humanitäre Hilfe, sowie Kapazitätsentwicklung v.a. im Bereich Frauenrechte. Die OEZA-Programme werden mit Fachministerien und anderen

bilateralen Gebern abgestimmt; die Implementierung erfolgt zum Großteil über die EK und internationale Organisationen sowie über palästinensische NRO. Ebenso wurde die Zusammenarbeit mit UNRWA fortgeführt.

2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Ost

2.1. Schwerpunktregion Südosteuropa

Die Annäherung bzw. Integration in die Strukturen der EU stellte weiterhin ein zentrales Anliegen in der Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas dar. Sektorielle bzw. thematische Schwerpunkte waren Wirtschaft und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Stärkung von Governance, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft.

Die bilaterale OEZA zieht sich aus Südosteuropa/Westbalkan mit Ausnahme des Kosovo zurück. Nach der Schließung der ADA-Koordinationsbüros in Podgorica und Skopje im Sommer 2010 werden bis Ende 2012 auch die KOBÜs in Sarajewo, Belgrad und Tirana geschlossen. Für Bosnien und Herzegowina, Serbien und Albanien wurde mit der Ausarbeitung von entsprechenden Ausstiegsstrategien begonnen.

Die OEZA unterstützte das **Schwerpunktland Albanien** vor allem in den Bereichen Wasser und Siedlungshygiene, Berufsbildung, Regionalentwicklung und Integration von marginalisierten sozialen Gruppen. Österreich ist Lead Donor im Wasserbereich. In den Querschnittsbereichen Governance und Gendergleichstellung wurden Akzente im Aufbau des Integrated Planning System sowie bei der Etablierung von Gender Focal Points gesetzt. Die ADA setzte im Rahmen delegierter Kooperation (Indirect Centralised Management, ICM) erstmals auch Mittel der EK um. Grundlage der bilateralen Zusammenarbeit war die Landesstrategie 2007–2009. Eine Ausstiegsstrategie für den Zeitraum 2011–2014 befindet sich in Vorbereitung.

Im **Schwerpunktland Bosnien und Herzegowina** wurde das Landesprogramm 2005-2007 mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung fortgeschrieben. Neben Maßnahmen zur Stärkung der gesamtstaatlichen Identität und der Unterstützung des Staatsgerichtshofes wurden auch Aktivitäten in den Bereichen Entminung und Grundbuchverwaltung, die zur Verbesserung des Investitionsklimas beitragen sollen, fortgesetzt. Zur Verbesserung der Gendergleichstellung förderte die OEZA die Umsetzung des nationalen Gender Action Plans. Im Berichtszeitraum wurde der Entwurf einer Phasing out-Strategie erstellt.

In der Zusammenarbeit mit dem **Schwerpunktland Mazedonien** lag das Augenmerk weiterhin auf den Sektoren erneuerbare Energie/Energieeffizienz sowie Wirtschaft und Entwicklung. Die Projekte in diesen Sektoren sollen gemeinsam mit Aktivitäten in den Querschnittsbereichen Governance und Gender einen sichtbaren Beitrag zu nachhaltiger und sozial ausgewogener Entwicklung und damit auch zur Armutsminderung leisten. Angesichts

der insgesamt positiven sozioökonomischen Entwicklung und der Fortschritte im EU-Annäherungsprozess wurde am 30. Juni das Koordinationsbüro geschlossen. Programmatische Grundlage für den Rückzug der bilateralen OEZA aus Mazedonien ist die Landesstrategie 2010–2012.

Die Kooperation mit dem **Schwerpunktland Montenegro** im Bereich nachhaltige Regional- und Tourismusentwicklung im Nordosten Montenegros und am Shkutari-See wurde fortgesetzt. Weiters wurden Maßnahmen im Schwerpunktbereich Berufsbildung und Höhere Bildung sowie zur Stärkung der administrativen Kapazitäten des jungen Staates gefördert. Aufgrund der positiven sozioökonomischen Entwicklungen und der erzielten Fortschritte in der EU-Annäherung wurde auch für Montenegro eine Ausstiegsstrategie 2010–2012 beschlossen und die Tätigkeit des ADA-Koordinationsbüros mit 30. Juni eingestellt.

Für das **Schwerpunktland Serbien** wird eine Phasing out-Strategie ausgearbeitet. Die OEZA unterstützt schwerpunktmäßig die Bereiche Wirtschaft und Beschäftigung sowie Höhere Bildung. Geografische Schwerpunkte sind die Vojvodina und Südserbien, wo jeweils ambitionierte Regionalentwicklungsprogramme umgesetzt werden. Das Koordinationsbüro Belgrad ist führender Geber in der Regionalentwicklung. Mit der EK wurden Gespräche über ein gemeinsam mit der portugiesischen Entwicklungsagentur abzuwickelndes ICM-Projekt zur Förderung der sozioökonomischen Entwicklung im serbischen Donauraum geführt.

Grundlage der Zusammenarbeit im **Schwerpunktland Kosovo** war das Landesprogramm 2008–2011, in dessen Rahmen vor allem die von der OEZA gemeinsam mit dem österreichischen und kosovarischen Bildungsministerium initiierte institutionelle Partnerschaft für Höhere Bildung fortgesetzt wurde. Weiters wurden Maßnahmen in den Bereichen Klein- und Mittelbetriebsförderung, Wasserversorgung und ländliche Entwicklung/Regionalentwicklung finanziert, mit dem geografischen Schwerpunkt Großraum Suhareka. OEZA-Querschnittthemen im Kosovo sind interethnische Kooperation/Konfliktprävention und Gender.

Neben den bilateralen Programmen hat die OEZA wie auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der **Regionalstrategie Südosteuropa** übergreifende regionale Kooperationen gefördert, bei denen die langfristige Friedenssicherung und die nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der Region, etwa durch Projekte im Bereich Konfliktlösung und Stärkung der nationalen Verwaltungen, im Vordergrund stehen. In Wien fand wieder die „Balkan Case Challenge“ statt, ein Studienwettbewerb mit Berufsmesse für südosteuropäische Studierende. In Kooperation mit der Diplomatischen Akademie förderte die OEZA die Ausbildung von MitarbeiterInnen des Öffentlichen Dienstes der Länder Südosteuropas.

2.2. Osteuropa und Zentralasien

Im **Südkaukasus** lag der Schwerpunkt der OEZA weiterhin auf Konfliktprävention und -management, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der menschlichen Sicherheit sowie Stärkung der Zivilgesellschaft. In diesen Schwerpunktbereichen wurden u. a. Zeugenschutzprogramme, vertrauensbildende Maßnahmen in Konfliktregionen und Projekte zur Berufsausbildung und Integration von Flüchtlingen und Minenopfern unterstützt. In **Belarus**, der **Ukraine** und in **Zentralasien** wurden vor allem NRO-Kofinanzierungsprojekte im Sozialbereich gefördert.

Wichtigstes Ziel der OEZA in **Moldau** ist die Schaffung von Lebensperspektiven im ländlichen Raum, insbesondere durch die Verbesserung der Wasserver- und Wasserentsorgung sowie durch arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und die Förderung von landwirtschaftlichen Berufsschulen. Weitere Themen sind Rückkehr- und Integrationshilfe für freiwillig zurückkehrende MigrantInnen, und die EU-orientierte Stärkung der öffentlichen Verwaltung. Im Oktober konnte mit der EK ein Abkommen über die gemeinsame Finanzierung eines Wasserprojektes im Rahmen der delegierten Kooperation (Indirect Centralised Management) unterzeichnet werden.

Das Schwerpunktland Moldau bildet auch den außen- und entwicklungspolitisch wichtigen Schnittpunkt zwischen **Donauraum** und **Schwarzmeerraum**. Die OEZA arbeitete an der EU Donauraum-Strategie mit, die einen wichtigen Referenzrahmen für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit in dieser EU-Makroregion bilden wird.

3. Themen und Sektoren

Vorrangiges Ziel der OEZA ist die Reduzierung der weltweiten **Armut** in all ihren Dimensionen und die Befähigung von Menschen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Artikulation ihrer politischen Interessen, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sowie die Gewährleistung von menschlicher Sicherheit unter Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren. Die Unterstützung von verletzlichen Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern sowie die Förderung von benachteiligten Regionen stehen dabei im Vordergrund. Diese grundsätzliche Zielsetzung wurde in den internationalen Geberforen weiterverfolgt und ist in den Leitlinien verankert.

Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der häufig durch mangelnde Basisinfrastruktur, erschwerten Zugang zu grundlegender Versorgung und öffentlichen Dienstleistungen sowie unzureichende Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gekennzeichnet ist. Interventionen im Bereich **Ländliche Entwicklung** zielen darauf ab, die Lebensbedingungen und -chancen der ländlichen Bevölkerung sowie die Nahrungsmittelversorgung in den Partnerländern zu verbessern. Diese sind zumeist von

den Auswirkungen der verschiedenen Krisen in den letzen Jahren sowie den Folgen des Klimawandels am meisten betroffen.

Die OEZA unterstützt **Dezentralisierungsprozesse** in den Partnerländern. Maßnahmen zur Entwicklung von Kapazitäten der Verwaltung sowie anderer Beteiligter auf lokaler Ebene, die Ermächtigung der Bevölkerung zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen sowie die bestmögliche Nutzung des vorhandenen sozialen Kapitals standen im Vordergrund.

Aktivitäten im Bereich **Governance und Menschenrechte** standen insbesondere im Zeichen der Implementierung und systematischen Integration der Themen in die Arbeit der OEZA. So wurden das, als Handlungsanleitung bei der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in der OEZA dienliche, „Handbuch Menschenrechte" ausgearbeitet sowie Trainings zum Handbuch in Wien und in Kampala (Uganda) durchgeführt. Mit der Ausarbeitung eines vergleichbaren „Handbuches Good Governance", das 2011 fertig gestellt werden soll, wurde ein weiterer Schritt zu einer umfassenden Implementierung von Governance begonnen. Zu den Schwerpunkten im Bereich **Friedenssicherung und Konfliktprävention** zählte die Erstellung des Handbuchs „Friedenssicherung und Konfliktprävention, eine Handlungsanleitung". Die Förderung der Umsetzung der VN Resolutionen 1894 zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und von 1325 und folgende über Rolle und Schutz von Frauen in und nach Konflikten in der OEZA wurde fortgesetzt.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** und **das Empowerment von benachteiligten Frauen** sind wesentliche Prinzipien der OEZA. Die OEZA/ADA führte Fortbildungen für MitarbeiterInnen im Inland und an den Koordinationsbüros im Ausland zur Umsetzung des Gender Mainstreaming (Integration einer Geschlechterperspektive in alle Bereiche der Entwicklungspolitik) durch. Besondere Aufmerksamkeit galt der Integration von Gleichstellungsanliegen als Querschnittsthema, etwa beim Gender Budgeting. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der VN-SR Res. 1325 wurde am 20. Oktober in Wien eine internationale Konferenz zum Thema „Women's Participation and Leadership in Conflict Situations and Peace Building" veranstaltet.

Im Sektor **Bildung** liegen die Schwerpunkte der OEZA in den Bereichen Berufliche Bildung und Hochschulbildung. Das neue Hochschulkooperationsprogramm APPEAR, welches mehrjährige Partnerschaften zwischen Hochschulinstituten in Schwerpunktländern der OEZA-Süd und Österreich mit dem Ziel der umfassenden Kapazitätenstärkung ermöglicht, wurde ins Leben gerufen. Im Rahmen des ersten Aufrufes wurden 35 Vollanträge eingereicht, wovon fünf ausgewählt wurden und mit Beginn 2011 starten. Zudem erfolgte die Finalisierung der strategischen Evaluierung „Hochschulbildung in Nicaragua und Südosteuropa 2005–09" mit Fokus auf Serbien, Kosovo und Nicaragua. Die Länder Südosteuropas wurden in Kooperation mit dem

BMWF bei der Integration in den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum sowie bei der Reform der Berufsbildung unterstützt.

Die Stärkung des insbesondere die Sektoren Wasser und Nachhaltige Energie umfassenden Bereichs **Infrastruktur** wurde weiterverfolgt.

Österreich war weiterhin als Troika-Mitglied in der Africa Working Group **(AWG)** der EU Wasserinitiative **(EUWI)** vertreten und konnte damit nachdrücklich zur Abstimmung der Interventionen aller europäischen Akteure beitragen. Österreich hat sich ferner maßgeblich bei der Evaluierung der Afrikanischen Wasserfazilität der Afrikanischen Entwicklungsbank engagiert. Die Evaluierung bestätigte den Mehrwert der Afrikanischen Wasserfazilität zur Erreichung der MDGs und vor allem die wichtige Rolle der Fazilität als Wissensträger in Policy-Fragen. Mit Uganda wurde im Wassersektor mit 12 Millionen Euro über eine Laufzeit von drei Jahren die derzeit größte OEZA-Finanzierung vereinbart. Sie besteht aus einem Mix an Sektorbudgethilfe, Korbfinanzierung und technischer Assistenz. Insgesamt konzentriert sich die Kooperation im Wassersektor auf die Länder Uganda, Mosambik, Palästinensische Gebiete, Albanien und Moldau.

Der Sektor **Nachhaltige Energie** umfasste armuts- und entwicklungsrelevante Aktivitäten mit Fokussierung auf möglichst energieeffiziente Nutzung lokal verfügbarer erneuerbarer Energiequellen. Auf politischer Ebene kam es im September zur Abhaltung des High Level Meeting der „EU-Afrika Energie Partnerschaft" in Wien. Auf Programm-/Projektebene konzentrierten sich die Bemühungen auf folgende Interventionen: Start des Programms „Energy and Environmental Partnership" in acht Ländern des südlichen und östlichen Afrikas (EEP S&EA) und Weiterführung des gleichen Programms in acht Ländern Zentralamerikas (EEP CA), Unterstützung des „Regional Center for Renewable Energy and Energy Efficiency" (ECREEE) in Westafrika (ECOWAS-Region) und Vorbereitung eines Energieprogramms im Südkaukasus.

Im Arbeitsfeld **Wirtschaft und Entwicklung** wurde die Umsetzung der drei Interventionssäulen fortgesetzt: Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement, Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern und Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft in die OEZA. Die OEZA ist Mitglied bei der Private Infrastructure Development Group **(PIDG)**, einer Gebergruppe zur Mobilisierung privater Investitionen in Infrastruktur in Afrika. Die PIDG-Geber mobilisierten mit ihrem Beitrag von 371 Millionen US-Dollar seit 2002 ein Volumen von 12,1 Milliarden US-Dollar an privaten Investitionen im Infrastrukturbereich in den ärmeren Entwicklungsländern. Ein regionales Reformprogramm für Buchführung und Wirtschaftsprüfung **„REPARIS"** in Südosteuropa wird von dem in Wien ansässigen Büro der Weltbank im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit der ADA umgesetzt. Die Wirtschaftspartnerschaften mit heimischen Unternehmen wurden weiter ausgebaut. Seit Gründung der ADA wurden 81 Wirtschaftspartnerschaften geschlossen. Mit 43 % befindet sich ein Großteil der Projekte in Südosteuropa. Weitere 25 % entfallen auf Afrika,

18 % auf Asien und 12 % auf Lateinamerika. Wirtschaftspartnerschaften besitzen eine beachtliche Hebelwirkung: Mit Förderungen in Höhe von 14,4 Millionen Euro konnten Projekte mit einem Gesamtvolumen von 41 Millionen Euro angestoßen werden.

Im Bereich der **öffentlichen Finanzen und Verwaltung** wurde im Oktober der OEZA Budgethilfe Review mit Fokus auf vier Schwerpunktländer der OEZA fertig gestellt. Ein Handbuch für die operative Handhabung von Korbfinanzierungen und Budgethilfe innerhalb der OEZA wurde im Entwurf erarbeitet, wobei die Finalisierung für 2011 geplant ist. Als komplementäre Aktivität zu einer verstärkten Nutzung der Durchführungsorganisationen der Partnerländer wurde in Kooperation mit INTOSAI (der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) die Unterstützung der Rechnungshöfe in Partnerländern beschlossen.

4. Kofinanzierung

Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind wichtige Partner der OEZA. Zur NRO-Kofinanzierung zählen Projektvorhaben, die auf Eigeninitiative der NRO basieren und sowohl durch Eigenmittel als auch Mittel der OEZA finanziert werden. Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung ist die „Leitlinie der NRO-Kooperation in der OEZA".

Elf österreichische NRO haben Rahmenprogrammverträge mit einer Gesamtvertragssumme von rund 20 Millionen Euro für drei Jahre und führten wichtige Initiativen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, ländliche Entwicklung und Gesundheit durch.

Für die Entsendung von Fachkräften und VoluntärInnen wurden im Rahmen der personellen Entwicklungszusammenarbeit zwei österreichische NRO gefördert. Die Förderrichtlinie für personelle Entwicklungszusammenarbeit wurde fertig gestellt.

Im Rahmen von NRO-Einzelprojekten wurden 15 Projekte in Entwicklungsländern des Südens sowie in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien genehmigt. Weiters wurden zehn Mikroprojekte österreichischer NRO kofinanziert. Zusätzlich zu laufenden EU-Kofinanzierungsprojekten wurden 16 neue Förderverträge für die kommenden Jahre abgeschlossen.

5. Evaluierung

Gemäß der vereinbarten Arbeitsteilung obliegt dem BMeiA die Auswahl und Themenstellung der strategischen Evaluierungen, während die ADA für deren operative Steuerung zuständig ist. Strategische Evaluierungen betreffen in der Regel Themen, Sektoren, Instrumente oder Landesstrategien der OEZA und haben nicht einzelne Projekte zum Gegenstand. Diese strategischen Evaluierungen werden entsprechend dem österreichischen Bundes-

vergabegesetz ausgeschrieben und von Organisationen oder Firmen durchgeführt, die auf Grundlage einer fachlichen Bewertung ihrer inhaltlich-methodischen Konzepte als Bestbieter ausgewählt und vertraglich mit der Durchführung der jeweiligen Evaluierung beauftragt werden.

Strategische Evaluierungen wurden 2010 zur humanitären Hilfe, zur Hochschulkooperation, sowie zur Budgethilfe abgeschlossen. Im Rahmen einer internationalen Evaluierung zur Umsetzung der Ziele der Pariser Deklaration wurden eine Österreich- und eine Ugandastudie durchgeführt. Auch die Umsetzung von Ergebnissen und Empfehlungen früherer Evaluierungen wurde weiter betrieben (z. B. ADA Evaluierung 2008, Peer Review 2009, Rechnungshof-Prüfung 2008).

Auf internationaler Ebene waren das BMeiA und die ADA in den für Evaluierung zuständigen Gremien und Netzwerken innerhalb der EU, im Rahmen des Ausschusses für Entwicklungshilfe **(DAC)** der OECD, sowie in der Gruppe der deutschsprachigen Evaluierungsdienste **(DACH)** regelmäßig vertreten. Ein Angehöriger der Evaluierungsabteilung des BMeiA hat an dem Peer Review Neuseeland, eine Vertreterin der ADA an dem Peer Review der UNIDO teilgenommen. Das BMeiA war weiters auch im Rahmen von **MOPAN** („Multilateral Organisations Performance Assessment Network") aktiv, einem internationalen Netzwerk, das sich die Evaluierung der Tätigkeit multilateraler Entwicklungshilfeorganisationen zum Ziel gesetzt hat.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Im Zentrum der entwicklungspolitischen Bemühungen der Staatengemeinschaft standen neben der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der VN **(MDGs)** die Bekämpfung und Linderung der negativen Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer.

1. Die Vereinten Nationen

Das bei der **Hochrangigen Plenarveranstaltung der VN-GV zu den MDGs (High Level Plenary Meeting; HLPM)** in New York Mitte September verabschiedete Abschlussdokument sieht einen detaillierten Aktionsplan vor, der die Erreichung der MDGs bis zum Zieldatum 2015 doch noch ermöglichen und als Referenzrahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Bereich der VN bis dahin dienen soll. Beim HLPM wurde auch bereits die Frage debattiert, wie die globale Entwicklungsagenda nach 2015 gestaltet werden solle. Am HLPM nahmen alle Leiter der Internationalen Entwicklungsorganisationen der VN und der Weltbank-Gruppe sowie rund 140 hochrangige Staatenvertreter (Staats- und RegierungschefInnen, MinisterInnen) und der Präsident der EK José Manuel Barroso teil. Österreich war durch

Bundespräsident Heinz Fischer vertreten, der in seiner Erklärung zu den Prioritäten der OEZA besonders auf die Bedeutung von Frauen für den Entwicklungsprozess, die Anliegen von Behinderten im entwicklungspolitischen Kontext und die Bedeutung des universellen Zugangs zu Energie für die Entwicklungsländer hingewiesen hat.

Beim HLPM wurden Geberzusagen über zusätzliche Mittel für die EZA in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar gemacht, wobei die EU einen Beitrag in Höhe von 1 Milliarde Euro leisten wird. Diese Mittel sollen zur Erreichung der stark nachhinkenden MDGs 4 (Verringerung der Kindersterblichkeit) und 5 (Verbesserung der Müttergesundheit) eingesetzt werden.

Im Vorfeld des HLPM haben die VN wie auch die Weltbank/IWF eine Reihe von Berichten zur Umsetzung der MDGs und zu den bis 2015 verbleibenden Herausforderungen herausgegeben. Demnach besteht insbesondere in den Bereichen Bekämpfung von Armut und Hunger (MDG 1), Geschlechtergleichheit und Ermächtigung von Frauen (MDG 3), Verringerung der Kindersterblichkeit (MDG 4) und Verbesserung der Müttergesundheit (MDG 5) nach anfänglichen Erfolgen deutlicher Aufholbedarf. Gewisse Erfolge sind im Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten (MDG 6) sowie bei der weltweiten Partnerschaft für Entwicklung (MDG 8) zu verzeichnen. Insgesamt bleibt die erfolgreiche Umsetzung aller MDGs bis zum Zieldatum 2015 jedoch fraglich bzw. gefährdet. Länder mit mittlerem Einkommen haben grundsätzlich bessere Chancen, die MDGs zu erreichen. Die Chancen von LDCs und LLDCs sind hingegen sehr gering, wobei Afrika südlich der Sahara und Ozeanien besonders benachteiligt ist.

Der Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council – **ECOSOC**) der VN hat zur Aufgabe, wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben. Thema der hochrangigen Tagung in New York waren Geschlechtergleichheit und Ermächtigung von Frauen. Zweijährlich richtet der ECOSOC das Development Cooperation Forum **(DCF)** aus, um Trends der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu debattieren, Kohärenz zwischen den verschiedenen Akteuren der EZA zu fördern und normative und operationelle Tätigkeiten der VN auf diesem Gebiet zu stärken. Vorbereitend zum DCF in New York Ende Juni fand vom 24.–26. März in Bogotá ein hochrangiges Forum statt, bei welchem über Chancen und Herausforderungen der Süd-Süd Zusammenarbeit sowie Kapazitätsentwicklung diskutiert wurde.

Die Organisation der VN für industrielle Entwicklung **(UNIDO)** ist nach Jahren der Umstrukturierung eine der effizientesten VN-Organisationen und genießt unter der Führung von Generaldirektor Kandeh K. Yumkella hohes Ansehen. Österreich ist Mitglied in den ständigen Lenkungsgremien der Organisation, dem „Programme and Budget Committee“ **(PBC)** und dem „Industrial Development Board“ **(IDB)**, das 2010 und 2011 unter österreichischem Vorsitz steht. Neben dem Pflichtbeitrag in der Höhe von knapp 700.000 Euro hat Österreich durch freiwillige Beiträge von insgesamt 1,1 Million Euro verschiedene Programme der UNIDO (u. a. Investitionen zur

weiteren Verbesserung des Managements der Organisation, Investitionen in Afrika, Jugendbeschäftigung in Westafrika, saubere Produktionsprogramme) unterstützt. Eine gemeinsame Präsentation von Bundesminister Michael Spindelegger und Generaldirektor Kandeh K. Yumkella des Berichts der Beratergruppe des VN-GS für Energie und Klimawandel „Energy for a Sustainable Future" Mitte Mai in der Wiener Hofburg betonte die Bedeutung von Energie im entwicklungspolitischen Kontext. Bundespräsident Heinz Fischer hat bei einer von der UNIDO organisierten Veranstaltung im Rahmen der Hochrangigen Plenarveranstaltung der VN-GV zu den MDGs Mitte September in New York gleichfalls die Bedeutung von Energie für die Erreichung der MDGs und für nachhaltige Entwicklung thematisiert.

Österreich unterstützte 2010 die Umsetzung der Ziele des Entwicklungsprogramms der VN **(UNDP)** – Demokratieförderung, Armutsminderung, Energie/Umwelt, Krisenprävention/Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS – entsprechend dem erweiterten strategischen Plan der Organisation für die Periode 2008–2013 mit insgesamt rund 6,3 Millionen Euro. Darin enthalten sind Beiträge an die thematischen Fonds „Demokratieförderung" und „Energie". Österreich förderte ferner das UNDP-Projekt „Verfassungsreferendum und Wahlen in Kirgisistan" und den VN-Reform-Prozess in Albanien, um das Ziel einer schnelleren und effizienteren Umsetzung von EZA-Operationen der VN im Feld zu gewährleisten. Die diesem Ansatz entsprechende VN-Pilotinitiative "Einheit in der Aktion" zielt durch gemeinsame Büros auf verstärkte Kohärenz und Effizienz im operativen Bereich der VN-Entwicklungsarchitektur ab. UNDP kommt gemeinsam mit anderen VN-Agenturen eine wichtige Rolle in der Vorbereitung der IV. Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder **(LDC-IV)** vom 9.–13. Mai 2011 in Istanbul zu. Auch Österreich beteiligt sich aktiv an diesem Prozess.

Der Kapitalentwicklungsfonds der VN **(UNCDF)** verfügt über das Mandat zur Unterstützung von Strukturen und demokratischen Entwicklungsprozessen auf lokaler Ebene, wobei insbesondere Fragen der Planung, des Managements und der Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund stehen. UNCDF leistet nicht nur Unterstützung beim Aufbau des Finanzsektors durch lokale Entwicklungsprogramme und Mikrofinanzprojekte, sondern auch Hilfe beim Aufbau demokratischer Strukturen auf lokaler Ebene in den am wenigsten entwickelten Ländern. Österreich hat seinen Beitrag zum Kernbudget um zwei Drittel auf 1 Million Euro angehoben und die Arbeit des Fonds mit Projektfinanzierungen in Äthiopien und im Norden Ugandas maßgeblich unterstützt. Anfang März fand in Wien unter Leitung des UNCDF-Exekutivdirektors David Morrison ein gemeinsam mit dem Fonds organisierter Workshop zum Thema „Lokale Entwicklung" statt, Anfang Oktober erörterte das „Global Forum on Local Development" in Kampala die Frage der Bedeutung lokaler Entwicklungsansätze für die Erreichung der MDGs.

Der Bevölkerungsfonds der VN **(UNFPA)** unterstützt als vergleichsweise kleines, dezentral organisiertes Programm Projekte zur Kontrolle der demografi-

schen Entwicklung. Der Fonds spielt in der zentralen Frage der Reproduktionsgesundheit sowohl bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, als auch bei der Verbesserung der Situation von Mädchen und Frauen sowie im Kampf gegen die Müttersterblichkeit eine wichtige Rolle. Trotz Budgeteinsparungen konnte der Beitrag zum Kernbudget von UNFPA beibehalten werden. Die Unterstützung des thematischen Fonds zur Förderung der Gesundheit von Müttern ergänzte diesen Ansatz.

Das Kinderhilfswerk der VN **(UNICEF)** setzte den Mittelfristigen Strategischen Plan für die Jahre 2006–2009 um. Dieser wurde bis 2013 verlängert. Die darin festgelegten Schwerpunkte fokussieren die Arbeit der Organisation auf den Kampf gegen Kindersterblichkeit, Hunger und Unterernährung von Kindern, die Verbesserung der Effektivität UNICEFs und das Erreichen der MDGs. Österreich unterstützte die Arbeit von UNICEF besonders in den Bereichen Bekämpfung von Polio allgemein und von HIV/AIDS in der Ukraine sowie die Stärkung von Kinderrechten im Kosovo.

Zu UNIFEM und UN WOMEN, siehe Kapitel G.VII.3.

2. Die Europäische Union

Die EU (Mitgliedstaaten und Kommission) ist mit einem Anteil von mehr als 55 % der gesamten internationalen Entwicklungshilfeleistungen der größte Geber weltweit. Österreichs finanzieller Beitrag zur EZA der EU stellt einen der größten Einzelposten der österreichischen ODA dar. Im Jahr 2010 trug Österreich 245,06 Millionen Euro zur EZA im Rahmen des EU-Haushalts und des Europäischen Entwicklungsfonds **(EEF)** bei, das sind 27 % der gesamten ODA Österreichs.

Zentrales Thema auf EU-Ebene war die **Implementierung des Vertrages von Lissabon im Entwicklungsbereich.** Durch die Einsetzung der Hohen Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes **(EAD)** ergeben sich **auch für die EZA der EU wesentliche strukturelle Veränderungen**. Künftig werden EAD und die Generaldirektion Entwicklung in Fragen der EZA Programmierung eng zusammenarbeiten. Die Hohe Vertreterin ist direkt verantwortlich für außenpolitische Beziehungen, gemeinsame Sicherheitspolitik und EZA und hat auch das Mandat, die Kohärenz des gesamten auswärtigen Handelns der EU sicherzustellen. Die große Chance besteht darin, dass durch diese Zusammenführung der EU-Außenbeziehungen die Kohärenz zwischen EZA und anderen Politikbereichen wie Sicherheit und Handel wesentlich gestärkt wird. Zu den Herausforderungen zählen eine klare Aufgabenteilung zwischen EAD und den diversen Generaldirektionen der EK sowie die tatsächliche Berücksichtigung entwicklungspolitischer Interessen in allen EU-Außenbeziehungen. Österreich hat sich insbesondere für eine klare Arbeitsteilung, für eine Zusammenfassung der beiden EZA Außeninstrumente (EEF und Instrument für Entwicklungszusammenarbeit) in einer Generaldirektion

der EK, für die Vermeidung von Duplizierungen und die Zusammenlegung von Generaldirektion Entwicklung und EUROPEAID eingesetzt.

Inhaltlich standen die Vorbereitung einer gemeinsamen **EU Position für den MDG-Gipfel** Mitte September in New York und die Diskussion über die **strategische Ausrichtung der EZA der EU ab 2014** im Vordergrund. Österreich hat sich intensiv in diese Diskussionen eingebracht. Für die Erarbeitung einer österreichischen Position für die künftige entwicklungspolitische Strategie der EU hat das BMeiA begonnen, auch in Österreich einen breit angelegten Konsultationsprozess zu organisieren.

Beim EZA Ministerrat im Juni wurde die gemeinsame EU Position für den MDG-Gipfel im September in New York beschlossen. Die EU bekräftigt darin, sich weiterhin für die Erreichung der MDGs bis 2015 einsetzen zu wollen. Ebenso bekräftigt sie ihre Zusage, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen **(BNE)** bis 2015 auf 0,7 % zu steigern. Gleichzeitig wird aber auch eingeräumt, dass die EU ihr ODA Zwischenziel für 2010 (0,56 % des BNE) nicht erreichen wird. Um die MDGs zu verwirklichen, ist ODA allein viel zu wenig, es bedarf der Mobilisierung zusätzlicher Finanzierung (inländische Ressourcen, Investitionen des Privatsektors, etc.) sowie einer Steigerung der Effektivität und Effizienz der eingesetzten ODA-Mittel. In New York kündigte die EU eine MDG-Initiative an, die besonders jene Länder unterstützen soll, die in der Umsetzung der MDGs besonders weit zurückliegen.

Im **ersten Halbjahr** wurden unter spanischer EU-Präsidentschaft auch Ratsschlussfolgerungen zu den Themen **Steuer und Entwicklung, länderübergreifende Arbeitsteilung, Ernährungssicherheit und globale Gesundheit** beschlossen. Im Bereich Steuer und Entwicklung sollen die Partnerländer einerseits bei der Verbesserung ihrer Steuersysteme unterstützt werden, andererseits sollen auch die Geberländer durch Maßnahmen zur Verhinderung von Kapitalflucht dazu beitragen, dass in den Entwicklungsländern mehr eigene Ressourcen für Entwicklung generiert werden können. Der im Jahr 2009 verabschiedete Operative Rahmen für die Wirksamkeit der Hilfe wurde um das Kapitel der **länderübergreifenden Arbeitsteilung** ergänzt.

Im **zweiten Halbjahr** standen die Themen **Budgethilfe, Economic Partnership Agreements (EPAs) und Innovative Finanzierung** im Zentrum der Diskussion. Darüber hinaus war es der Hohen Vertreterin ein Anliegen, auch geographische Themen verstärkt aus dem Blickwinkel der EZA zu diskutieren, um so die außenpolitische Kohärenz zu steigern. Im Bereich der Budgethilfe wurde von der EK ein Green Paper vorgelegt, das die Diskussionsbasis für eine gemeinsame Position der EU bilden soll. Österreich hat sich aktiv an der Expertengruppe zur Vorbereitung des Green Papers beteiligt. In Vorbereitung des dritten Afrika-EU-Gipfels (29. und 30. November in Tripolis) wurde das Thema der EPAs nach langer Pause wieder diskutiert. Dabei ging es aufgrund der geringen Verhandlungsfortschritte seit Anfang 2008 insbesondere um die weitere Vorgehensweise der EU. Auf Seiten der Partnerländer besteht nach wie vor große Skepsis gegenüber diesen Abkommen. Österreich vertrat

in dieser Frage die Position, dass die EU möglichst große Flexibilität zeigen und nicht den Eindruck erwecken solle, dass man den AKP-Staaten diese Abkommen aufzwingen wolle.

Im November wurde das vierte Kapitel des operativen Rahmens für die Wirksamkeit der Hilfe verabschiedet, das sich mit **Transparenz und gegenseitiger Rechenschaftspflicht** beschäftigt. Österreich unterstützt Bestrebungen für konkrete Verbesserungen in diesem Bereich und hat durch den Vorsitz im Statistikausschuss des entwicklungspolitischen Komitees der OECD und durch die Veröffentlichung aller neuen bilateralen Verträge auf der EZA-Homepage auch konkrete Schritte in diese Richtung gesetzt. Gleichzeitig warnte Österreich eindringlich davor, durch die ständige Schaffung neuer Systeme zur Datenerhebung lediglich den administrativen Aufwand zu erhöhen. Aus österreichischer Sicht wäre es wesentlich zielführender, dass sich die EU für notwendige Änderungen und/oder Ergänzungen im statistischen System der OECD einsetzt, anstatt eigene Systeme aufzubauen.

Österreich hat sich auch in diesem Jahr aktiv in die Umsetzung der Afrika-EU- Partnerschaft eingebracht. Höhepunkt war die Organisation eines **hochrangigen Treffens der Energiepartnerschaft am 14. und 15. September in Wien**, an der zahlreiche afrikanische MinisterInnen und mehrere EU- und AU-KommissarInnen teilnahmen. Konkrete Ergebnisse sind der Beschluss des zweiten Aktionsplans für die Umsetzung der Energiepartnerschaft und die Festlegung auf Zielsetzungen wie die Schaffung von Zugang zu erneuerbarer Energie für weitere 100 Millionen AfrikanerInnen bis 2020. Bundesminister Michael Spindelegger stellte die Ergebnisse der Konferenz beim dritten Afrika-EU-Gipfel in Tripolis als wichtigen Schritt zur Intensivierung der Kooperation im Bereich erneuerbarer Energie, einer wesentlichen Grundlage für nachhaltige Entwicklung, dar.

3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen

Im Rahmen eines auf zwei Jahre befristeten Einsatzes von Nachwuchskräften im professionellen Dienst der VN (Junior Professional Officer – JPO) besteht für österreichische JungakademikerInnen die Möglichkeit, erste entwicklungspolitische Erfahrungen zu sammeln. Das BMeiA übernimmt die Finanzierung dieser Einsatzkosten.

Insgesamt waren 16 JungakademikerInnen in entwicklungspolitischen VN-Organisationen wie UNDP, UNICEF, UNFPA, UNIFEM, UNDESA oder UNCDF tätig. Sie waren am Sitz dieser Organisationen in New York, Wien, Brüssel oder im Außenvertretungsnetz (Moldau, Mazedonien, Kosovo, Ägypten, Ruanda, Sierra- Leone, Sudan, Laos, Guyana) tätig.

Das Programm der EK zur Ausbildung von „Junior Experts in Delegation" ermöglicht jungen österreichischen AkademikerInnen einen ein- bis maximal zweijährigen Einsatz in den Delegationen der EK. Das BMeiA und die EK

tragen hierbei gemeinsam die Einsatzkosten. Zwei ÖsterreicherInnen waren in den Delegationen der EK in Burundi und Fidschi tätig.

IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

1. Österreichische bilaterale humanitäre Hilfe

Die bilaterale humanitäre Hilfe Österreichs wird sowohl vom BMeiA, der ADA als auch von anderen Bundesministerien, etwa dem BMI, dem BMLFUW und dem BMLVS, von den Ländern und Gemeinden sowie von anderen öffentlichen Stellen finanziert und abgewickelt.

Zur Bewältigung dieser unvorhergesehenen Katastrophen wurden Mittel aus dem **Auslandskatastrophenfonds (AKF), die vom BMeiA verwaltet werden, und über dessen Vergabe in jedem einzelnen Fall die Bundesregierung entscheidet,** zur Verfügung gestellt. Die Mittel wurden im Wege der ADA sowohl an internationale humanitäre Organisationen als auch an NROs vergeben. Zusätzlich zu den humanitären Krisen in Haiti und Pakistan, welche durch Gelder aus dem AKF unterstützt wurden, wurden auch Mittel aus dem AKF zur Bewältigung der humanitären **Krisensituation in Afghanistan** verwendet.

Die bilaterale humanitäre Hilfe der ADA umfasst die Bereiche humanitäre Sofortmaßnahmen, Wiederaufbau sowie Katastrophenprävention und dient sowohl der Unterstützung chronischer Krisengebiete als auch der Reaktion auf unvorhergesehene Katastrophenereignisse. Zu letzteren zählten vor allem das schwere **Erdbeben in Haiti** und die verheerenden **Überschwemmungen in Pakistan**.

1.1. Internationale Katastrophenhilfe

Österreich leistete aufgrund von Hilfeersuchen im Rahmen des EU-Mechanismus in direkter Koordination mit der EK/MIC internationale Katastrophenhilfe: Nach den **Überschwemmungen in Albanien** wurden im Jänner mit Logistikunterstützung der österreichischen Feuerwehren Stromgeneratoren und Schmutzwassertauchpumpen aus Mitteln des BMI bereitgestellt. Nach dem verheerenden **Erdbeben in Haiti** stellte Österreich der betroffenen Bevölkerung mit Hilfe des Österreichischen Roten Kreuzes aus Mitteln der Katastrophenhilfe Familienzelte sowie Nothilfekits für die medizinische Erstversorgung von bis zu 20.000 Menschen zur Verfügung. Darüber hinaus half ein österreichischer Experte mit fünf weiteren ExpertInnen der EK dabei, im Einsatzgebiet die internationale Hilfe zu koordinieren. Nach dem **Erdbeben in Chile** im Februar wurden aus Mitteln der Katastrophenhilfe des BMI Stromgeneratoren und Großraumzelte zur Verfügung gestellt. Nach dem **Tropensturm in Guatemala** im Juni half Österreich der betroffenen Bevölkerung

mit Wasseraufbereitungsstoffen zur Wasserentkeimung in Zisternen und Wasseraufbereitungsanlagen. Nach den **Überschwemmungen** in **Rumänien, Moldau und Pakistan** im Juli und August des Jahres wurden Schmutzwasserpumpen, Stromgeneratoren, Sandsäcke, Kunststoffplanen, Wasseraufbereitungstabletten, Allwetterzelte, Wassertanks, Wasserkanister sowie Hygienesets und Nothilfepakete für die betroffenen Familien und deren Kinder zur Verfügung gestellt. Weiters wurde ein EU-Experte des Landes Tirol sowie ein UNDAC Mitglied des BMLVS in das Katastrophengebiet nach Pakistan entsendet. Anlässlich des **Dammbruches in Ungarn** im Oktober half Österreich durch die Entsendung eines Experten des Umweltbundesamtes sowie durch fünf Dammbauexperten der Pioniertruppe des BMLVS bei der Bewältigung der Katastrophe. Anlässlich der **Choleraepidemie in Haiti** im November sendete Österreich aus Mitteln der Katastrophenhilfe des BMI mit Logistikunterstützung des Roten Kreuzes Wasseraufbereitungstabletten. Nach den **Überschwemmungen in Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro** im Dezember wurden der betroffenen Bevölkerung Familienzelte, Decken, Sandsäcke sowie Stromgeneratoren und Schmutzwasserpumpen im Rahmen der internationalen Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellt.

1.2. Das Minenaktionsprogramm Österreichs

Das Minenaktionsprogramm stellt einen wesentlichen Beitrag zur humanitären Hilfe und zur Entwicklungspolitik dar. Die Maßnahmen umfassen etwa die Entminung betroffener Gebiete, die sozioökonomische Rehabilitierung von Minenopfern sowie die Aufklärung und die Bewusstseinsvermittlung über Minenrisiken. Von der ADA wurden Neuverträge mit Schwerpunkt auf Bosnien und Herzegowina, Afghanistan und Laos abgeschlossen.

1.3. Die Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1999 ist das BMLFUW zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgte in Kooperation mit dem BMeiA und der ADA. Aktuelle Schwerpunkte waren Hilfen an das **VN-Welternährungsprogramm (WFP)** zugunsten der Erdbebenopfer in Haiti sowie der Flutopfer in Pakistan. Daneben wurden auch **FAO-Projekte** im Gazastreifen sowie in Madagaskar, Kirgisistan, Nicaragua und Moldau unterstützt.

2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe

2.1. Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten **(OCHA)** ist für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN, deren Förderung im Verhältnis zu anderen VN-Stellen sowie für die internationale Koordination der

humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe zuständig und verfügt neben den Sitzen in Genf und New York über ein Netzwerk von 30 Feld- und Regionalbüros. Der Finanzbedarf von OCHA wird nur zu rund 11 % aus Mitteln des ordentlichen VN-Haushalts bedeckt, der Rest stammt aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten, so auch aus Österreich. Die Aufnahme Österreichs in die **Donor Support Group von OCHA**, dem zentralen globalen Steuerungsinstrument im Bereich humanitärer Hilfe, konnte dieses Jahr finalisiert werden. Damit bieten sich für Österreich eine Reihe von Möglichkeiten für eine stärkere Sichtbarkeit.

Österreich gab seinen Vorsitz in der Konsultativgruppe für Militärische und Zivilschutzressourcen **(MCDA)** an die Schweiz ab. Am Trainingsprogramm für die zivil-militärische Koordination der VN **(UN-CMCoord)** nahmen fünf ÖsterreicherInnen teil. Das Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsprogramm der VN **(UNDAC)** wurde aus Mitteln des BMI finanziell und personell unterstützt. Weiters wird die Internationale Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste **(INSARAG)** vor allem mit ExpertInnen und Einsatzteams unterstützt. Das BMI (Abt. II/4) ist der nationale Point of Contact in der Joint Environment Unit von OCHA sowie beim VN-SPIDER Programm (United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response).

2.2. Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen

Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der VN **(UNHCR)** ist als eine der größten Hilfsorganisationen der VN in allen Erdteilen operativ tätig. Die umfangreichsten UNHCR-Programme werden zurzeit in Afrika, im Nahen Osten und in Süd-West-Asien (Afghanistan, Pakistan) umgesetzt. An der Spitze von UNHCR steht als Hoher Flüchtlingskommissar der VN der ehemalige portugiesische Regierungschef António Guterres, der 2010 für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt wurde.

Österreich unterstützte UNHCR sowohl durch einen ungebundenen Kernbeitrag als auch durch die Finanzierung konkreter Projekte in Äthiopien, Algerien und in Uganda. Zudem leistete Österreich erstmals finanzielle Unterstützung für die Aktivitäten von UNHCR in Afghanistan, sowie in Pakistan infolge der Überschwemmungskatastrophe.

2.3. Internationales Komitee vom Roten Kreuz und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz **(IKRK)** war in mehr als 80 Ländern operativ tätig und leistete damit weltweit gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften **(IFRK)** sowie den nationalen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag zur Linderung humanitären Leids. Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK in

Haiti und Pakistan sowie die des IFRK und leistete einen Beitrag zum Amtssitzbudget des IKRK.

2.4. Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Das VN-Welternährungsprogramm **(WFP)** ist die größte humanitäre Organisation der VN. Seitens des BMLFUW wurden Projekte in Haiti, Pakistan und Mosambik finanziell unterstützt.

2.5. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

Österreich leistete wie in den vergangenen Jahren einen Kernbeitrag an das Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten **(UNRWA)** für Projekte im Westjordanland und im Gazastreifen.

2.6. Sonstige multilaterale Hilfe

Österreich leistete über das Amt für humanitäre Hilfe der EK **(ECHO),** dessen Budget rund eine Milliarde Euro betrug, insgesamt 20,72 Millionen Euro für weltweite humanitäre Hilfe.

2.7. Nothilfsfonds der Vereinten Nationen

Der von der VN-GV im Dezember 2005 beschlossene reformierte Nothilfsfonds der VN **(CERF),** der im März 2006 seine Arbeit aufnahm, stellt die Verwirklichung eines zentralen Reformvorhabens der VN im humanitären Bereich und eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zum System der „Flash Appeals“ (dringender Appell) dar, die erst nach einem Katastrophen- oder Krisenereignis durch die Mitgliedstaaten dotiert werden. Er ist ein Standby-Fonds, mit dem Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten eine frühere und verlässlichere humanitäre Hilfe geleistet werden kann (siehe auch Kapitel E.II.8.). Österreich leistete einen Kernbeitrag zum Nothilfsfonds der Vereinten Nationen.

F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Im Rahmen der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages konnte Österreich als Vorsitz der Arbeitsgruppe zu Abrüstungsfragen sein intensives Engagement fortsetzen. Außerdem war ein Schwerpunkt die erste Vertragsstaatenkonferenz der Oslo-Konvention (Streumunition).

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

Der 1970 in Kraft getretene Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen **(NPT)** stellt mit 189 Vertragsstaaten das völkerrechtliche Fundament des internationalen Nuklearregimes und einen Eckpfeiler der nuklearen Nichtverbreitung dar. Der Vertrag verpflichtet seine Mitglieder – mit Ausnahme der fünf im NPT anerkannten Nuklearwaffenstaaten – zum Verzicht auf Atomwaffen und schreibt gleichzeitig das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie fest. Die fünf Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA verpflichten sich ihrerseits zur nuklearen Abrüstung und zum Ziel der vollständigen Eliminierung von Nuklearwaffen. Indien, Israel und Pakistan sind die einzigen Staaten außerhalb des NPT. Die Demokratische Volksrepublik Korea hatte zwar 2003 den Austritt aus dem Vertrag bekannt gegeben, dieser wird jedoch international nicht anerkannt. Die Vertragsstaaten treffen alle fünf Jahre zu einer Überprüfungskonferenz zusammen, um den Stand der Implementierung des NPT zu evaluieren.

Nach dem Scheitern der Überprüfungskonferenz 2005 bestand eine große Erwartungshaltung vor jener im Mai. Dort erarbeiteten die Vertragsstaaten ein substanziell anspruchsvolles Konsensergebnis und erzielten damit einen nicht erwarteten Erfolg: Erstmals einigten sich die Vertragsstaaten auf umfassende Aktionspläne zu den drei Säulen des NPT und belebten den Prozess für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten. Österreich konnte speziell durch seinen Vorsitz bei den Verhandlungen des Aktionsplans für nukleare Abrüstung einen wertvollen und allseits anerkannten Beitrag leisten. Gleichzeitig gelang es vor dem Hintergrund der österreichischen Anti-Atompolitik eine aggressive Förderung der zivilen Nutzung der Kernenergie abzuwenden.

2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen **(CTBT)** sieht ein Verbot aller nuklearen Explosionen vor. Seit der Annahme des Vertragsentwurfs durch die VN-GV im Jahr 1996 unterzeichneten 182 Staaten und ratifizierten 153 Staaten den CTBT, darunter Österreich. Da bisher erst 35 der 44 im Annex 2 genannten Schlüsselstaaten den Vertrag ratifiziert haben, ist dieser noch nicht in Kraft getreten. Indonesien und die USA kündigten im Mai eine baldige Ratifikation an. Beim fünften Ministertreffen zur Unterstützung des CTBT am 23. September in New York wurde eine **Gemeinsame Erklärung** angenommen. Bundesminister Michael Spindelegger betonte dabei die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt und forderte einen beschleunigten Prozess des Inkrafttretens des CTBT, dessen rechtsverbindliche Kraft nicht durch unilaterale Testmoratorien ersetzt werden könne.

Das Provisorische Technische Sekretariat **(PTS)** der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen **(CTBT PrepCom)** ist seit März 1997 in Wien tätig. Seine Hauptaufgabe ist der Aufbau des im CTBT vorgesehenen internationalen Verifikationssystems **(IMS)** mit weltweit 337 Überwachungseinrichtungen (321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors) und einem Internationalen Datenzentrum in Wien. Über IMS gesammelte seismische Daten werden regelmäßig auch an ein Tsunami-Warnsystem geliefert, was der Arbeit der CTBT PrepCom über den Bereich der nuklearen Non-Proliferation hinaus Bedeutung verleiht.

3. Genfer Abrüstungskonferenz

Die 1979 gegründete Genfer Abrüstungskonferenz **(CD)** bemüht sich seit 13 Jahren, die Blockade von substanziellen Ergebnissen zu überwinden. Die von den 65 Mitgliedstaaten, darunter seit 1996 Österreich, im Jahr 2006 aufgenommene Erörterung der Themen nukleare Abrüstung, Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper **(FMCT),** negative Sicherheitsgarantien sowie die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum **(PAROS)** konnte intensiviert werden. Die endgültige Umsetzung des Arbeitsprogramms aus 2009 scheiterte jedoch am Widerspruch Pakistans. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen **(VN-GS)** lud zu einem Hochrangigen Treffen am 24. September in New York, an dem auch Bundesminister Spindelegger teilnahm. Ursachen und mögliche Lösungen konnten erörtert werden. In einer, unter maßgeblicher Beteiligung Österreichs, verabschiedeten Resolution, fasste die VN-GV den Beschluss, die Ergebnisse der Tätigkeit der CD im Herbst 2011 erneut zu evaluieren und über allfällige weitere Maßnahmen zu entscheiden.

4. Chemiewaffenkonvention

Die 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention **(CWK)** enthält ein Verbot sämtlicher Chemiewaffen und schreibt deren phasenweise Vernichtung

vor. Mit nunmehr 188 Vertragsstaaten nähert sich die Konvention ihrem Ziel der universellen Geltung, wenn auch der bislang letzte Beitritt (Irak) im Jahr 2009 erfolgte. Bei der Vernichtung bestehender Arsenale durch sieben Besitzerstaaten wurden bedeutende Fortschritte erzielt: 62,83 % der deklarierten Kategorie 1-, bzw. 52,1 % der Kategorie 2-Bestände sind bereits vernichtet. Albanien, die Republik Korea und Indien haben die Vernichtung abgeschlossen. Die anderen Besitzerstaaten (darunter Russland und die USA) ersuchten um Verlängerung der ursprünglich für 2007 vorgesehenen Frist bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, dem 29. April 2012. Nach gegebenem Fortschritt sollte Libyen die Vernichtung fristgerecht erreichen können. Die größten Besitzerstaaten Russland und die USA haben bekanntgegeben, dass die verlängerte Vernichtungsfrist überschritten werden wird (derzeit projektierter US-Abschluss 2021). Für den jüngsten Besitzerstaat, Irak, sind noch keine Fristen festgesetzt worden.

Im Juli hat Botschafter Ahmet Üzümcü (Türkei) die Nachfolge von Botschafter Rogelio Pfirter (Argentinien) als Generaldirektor der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen **(OPCW)** in Den Haag angetreten.

Bereits 2009 verabschiedete die EU die bislang vierte Gemeinsame Aktion zur Unterstützung der OPCW in einer Höhe von rund 2,1 Millionen Euro; womit bis ins Jahr 2011 reichende Aktivitäten der Organisation ermöglicht bzw. unterstützt werden.

Österreich war bis Mai Mitglied des Exekutivrats der CWK und wird nach gültigem Rotationsschema wieder ab Mai 2019 für zwei Jahre Mitglied des Exekutivrats sein.

5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen

Das Übereinkommen aus 1972 umfasst ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und Toxinwaffen **(BTWK).** Derzeit zählt die BTWK 163 Vertragsstaaten und 13 Unterzeichnerstaaten. Bei den in Genf abgehaltenen jährlichen Experten- und Vertragsstaatentreffen standen Maßnahmen zur Erhöhung der Biosicherheit sowie die Überwachung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf doppelverwendungsfähige Güter im Mittelpunkt der Erörterungen. Bei der Überprüfungskonferenz im Herbst 2011 wird insbesondere die Frage der Schaffung eines funktionierenden Verifikationsregimes für die BTWK im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen.

6. Ballistische Raketen

Der Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper **(HCOC),** das einzige normative Instrument der Nichtverbreitung von ballisti-

schen Raketen und Marschflugkörpern, umfasst mit dem Beitritt Iraks nunmehr 131 Mitgliedstaaten. Österreich ist mit der Funktion der Zentralen Kontaktstelle (Exekutivsekretariat) des HCOC betraut und fungiert somit als Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch im Rahmen dieses Mechanismus. Im Vordergrund des politisch verbindlichen, multilateralen Abkommens stehen vertrauensbildende Maßnahmen, beispielsweise die Vorankündigung von Raketenstarts. Seit dem Inkrafttreten des HCOC wurden neun Staatentreffen in Wien abgehalten, das letzte unter französischem Vorsitz am 31. Mai und 1. Juni. Themen waren die verlässliche Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen durch alle Mitgliedstaaten und mögliche Aktivitäten zur Universalisierung des Kodex, sowie die Schaffung einer elektronischen zentralen Kontaktstelle, mit deren Aufbau im Herbst begonnen wurde.

II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen

1. Antipersonenminen

Die Antipersonenminen-Verbotskonvention **(Ottawa-Konvention)** wurde 1997 angenommen, trat 1999 in Kraft und umfasst derzeit 156 Vertragsparteien. Als einer der führenden Staaten des Ottawa-Prozesses ist Österreich dem Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung besonders verpflichtet. Die Unterstützung der internationalen Implementierung der Konvention wurde ebenso fortgesetzt wie die Umsetzung des österreichischen Minenaktionsprogramms. Seit 1999 werden dafür Mittel zur Verfugung gestellt, davon rund 1,2 Millionen Euro im Jahr 2010. Die Ottawa-Konvention präsentiert sich heute als eines der erfolgreichsten Instrumente im Bereich des humanitären Völkerrechts und der Abrüstung. Elf Jahre nach ihrem Inkrafttreten sind Einsatz und Herstellung von Minen deutlich eingeschränkt, der Handel kam fast vollständig zum Erliegen. Bedeutende Lagerbestände wurden bereits vernichtet und große Gebiete von vermintem Land geräumt. Die Zahl der neuen Opfer wurde dadurch von 35.000 auf 17.000 jährlich merklich reduziert. Im Rahmen des Cartagena Action Plan wird Minenopferhilfe weiterhin einen Schwerpunkt der Konvention darstellen. Die größte Herausforderung hierbei ist die wirtschaftliche und soziale Reintegration der Opfer. Diese Zielsetzungen wurden auch bei der Vertragsstaatenkonferenz Ende des Jahres in Genf weiter verfolgt.

2. Streumunition

Das **Übereinkommen über Streumunition** trat nach der 30. Ratifikation mit Anfang August in Kraft. Mit Stand Ende 2010 haben bei 108 Unterzeichnun-

gen bereits 49 Staaten die Oslo-Konvention ratifiziert. Das Übereinkommen stellt den bedeutendsten Abrüstungsvertrag seit der Ottawa-Konvention 1997 dar und führt zu einer wesentlichen Weiterentwicklung des humanitären Volkerrechts. Es sieht ein kategorisches Verbot von Einsatz, Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Transfer von Streumunition vor, die inakzeptables Leiden der Zivilbevölkerung verursacht und umfasst alle Waffenarten, die bisher zum Einsatz kamen. Im Bereich Opferhilfe werden, nicht zuletzt durch den Einsatz Österreichs, neue zukunftsweisende Standards gesetzt.

Die Erste Vertragsstaatenkonferenz der Oslo-Konvention fand im November unter unerwartet hoher Beteiligung von Staatenvertretern und Vertretern der Zivilgesellschaft in Vientiane/Laos statt. Die einstimmig angenommen Dokumente, darunter die Vientiane Erklärung und der operative Aktionsplan, legen sehr weitreichende Vorgaben für die Umsetzung der Verpflichtungen fest. Der Schwerpunkt in der Umsetzung des Übereinkommens liegt einerseits auf der Zerstörung der Bestände an Streumunition, andererseits aber auch im Bereich Opferhilfe. Österreich hatte die Vorbereitung der Konferenz durch Abstellung eines JPO unterstützt und war zudem als „Friend of the Chair" für Opferhilfe federführend in der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz tätig.

3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Kleinwaffen und leichte Waffen **(KLW)** verursachen jährlich rund 500.000 Opfer und werden daher oft auch als die eigentlichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Ihre destabilisierende Wirkung steht in direktem Zusammenhang mit der steigenden Zahl von internen Konflikten und der hohen Rate von Gewalt und Verbrechen auch nach Beendigung der Konflikte. Österreich setzt sich in den zuständigen Gremien der VN und anderen multilateralen Foren für die Eindämmung dieser katastrophalen Folgen ein.

III. Exportkontrollregime

1. Multilaterale Exportkontrolle

Die fünf bestehenden **Kontrollregime** verfolgen das Ziel, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensible Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die diese für militärische Zwecke nutzen könnten. Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nicht-Mitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetzes 2005.

Im Nuklearbereich bestehen in Wien das Zangger-Komitee (**ZC** – seit Beitritt von Belarus im November mit 38 Mitgliedern) und die Gruppe Nuklearer Lieferländer (**NSG** – mit 45 Mitgliedern). Diese führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nicht friedliche Zwecke zu verhindern. Die 41 Mitglieder umfassende Australien-Gruppe **(AG)** bemüht sich durch Exportkontrollen sicherzustellen, dass bestimmte Produkte nicht zur Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen beitragen. Das 34 Mitglieder umfassende Trägertechnologie-Kontrollregime **(MTCR)** kontrolliert die Verbreitung von nuklearwaffenfähiger Raketentechnologie (Raketen mit Steuerungssystemen und Marschflugkörpern).

Ziel des 1997 gegründeten Wassenaar Arrangement **(WA),** dessen Sekretariat in Wien seinen Sitz hat, ist es, durch Koordination nationaler Exportkontrollen sowie erhöhte Transparenz eine destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien zu verhindern. Besonders betont wurde von den 40 teilnehmenden Staaten die Notwendigkeit eines substantiellen und informierten Meinungsaustausches zu Regionalanalysen im Zusammenhang mit der Prüfung potentiell destabilisierender Anhäufungen konventioneller Waffen in bestimmten Destinationen und Regionen. Neben der Analyse aktueller und zukünftiger Bedrohungen für regionale oder internationale Sicherheit und Stabilität war ein weiteres Dauerthema die Anpassung der bestehenden Kontrolllisten und Leitfäden an den technologischen Fortschritt sowie an Markttrends und Entwicklungen im internationalen Sicherheitssektor. Es wurden auch wieder Informationsveranstaltungen für Drittstaaten, internationale Organisationen und die Industrie veranstaltet.

2. Waffenhandelskontrollvertrag

Die negativen Auswirkungen des verantwortungslosen Waffenhandels auf Stabilität, Sicherheit und Menschenrechte, aber auch nachhaltige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, sind unumstritten. Ein international abgestimmtes Vorgehen mittels eines verbindlichen Waffenhandelsvertrags **(ATT)** ist Österreich wie allen EU-Partnern daher seit Jahren ein großes Anliegen. Mit der Einberufung einer Staatenkonferenz für Juli 2012 wurde ein konkreter Zeitplan zur Ausarbeitung eines Waffenhandelsvertrags festgelegt.

Im Rahmen des ersten ATT-Vorbereitungskomitees vom 120-23. Juli wurden grundlegende Elemente eines künftigen Vertrags behandelt. Österreich setzte sich im Rahmen der EU wie auch in den VN-Sitzungen u. a. für die Berücksichtigung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts als Parameter eines Waffenhandelsvertrags sowie für die Würdigung der Arbeit der Zivilgesellschaft ein. Zur Förderung der weiterführenden Diskussionen im Vorfeld des Vorbereitungskomitees im März 2011 unterstützte Österreich als Sponsor die Abhaltung eines Symposiums in Boston/USA, bei dem unter

Einbeziehung der Zivilgesellschaft einzelne mögliche Elemente eines ATT im Detail erörtert wurden. Österreich fungierte als einer der Vorsitzenden des Symposiums und unterstrich dadurch sein fortgesetztes Engagement zur Ausarbeitung des ATT.

Mit Förderung der EU hielt das United Nations Institute for Disarmament Research **(UNIDIR)** weltweit Seminare und Workshops mit dem Ziel ab, eine solide überregionale Unterstützungsbasis für einen ATT zu schaffen. In Wien fand im Februar die Regionalkonferenz für „Wider Europe" sowie die Schlusstagung der ersten Seminarreihe statt. Parallel dazu wurde eine von Österreich unterstützte NRO-Konferenz zum Thema ATT organisiert. Eine weitere Regionalkonferenz fand im November in Kathmandu statt.

3. Nationale Exportkontrolle

Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von konventionellen Waffen sind in Österreich das **Außenhandelsgesetz** und das **Kriegsmaterialgesetz**. Bewilligungspflichtige Rüstungsgüter werden einerseits durch die Außenhandelsverordnung mit ihrer Anlage, welche der Wassenaar-Militärgüterliste bzw. der EU-Militärgüterliste entspricht, andererseits durch die Kriegsmaterialverordnung bestimmt.

Darüber hinaus ist Österreich zur Einhaltung des **Gemeinsamen Standpunktes des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern** vom Dezember 2008 verpflichtet. Mit diesem rechtsverbindlichen Gemeinsamen Standpunkt wurde die Reform des EU Verhaltenskodex für Waffenausfuhren abgeschlossen. Dies trug wesentlich zur weiteren Harmonisierung der nationalen Ausfuhrregime und Umsetzungsmaßnahmen bei und wirkte sich positiv auf die Positionierung der EU im ATT-Prozess aus.

Im Rahmen der Gemeinsamen Aktion des Rates zur Unterstützung von Maßnahmen der EU zur Förderung der Waffenausfuhrkontrolle in Drittstaaten fanden Veranstaltungen in Algier, Sarajewo und Kiew für Staaten der jeweiligen Region statt. Angesichts des Erfolgs soll dieser strukturierte Prozess an Informationsveranstaltungen auch in Zukunft fortgesetzt werden. Zu den Begünstigten zählen die südosteuropäischen Länder, die Partnerländer in Nordafrika und im Mittelmeerraum, die osteuropäischen und kaukasischen Partnerländer im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie die Ukraine.

Die Qualität und Transparenz des konsolidierten Jahresberichts als Informationsquelle über tatsachlich erfolgte EU-weite Ausfuhren konnten weiter verbessert werden.

G. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die weltweite Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards gehört zu den zentralen Anliegen Österreichs. Auch während seiner Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat **(VN-SR)** engagierte sich Österreich für den Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern in Konflikt- und Postkonfliktsituationen. Zur Fortsetzung dieser Bemühungen wird Österreich im Jahr 2011 für einen Sitz im VN-Menschenrechtsrat **(MRR)** kandidieren. Weitere menschenrechtliche Schwerpunktthemen im Rahmen internationaler oder regionaler Organisationen und in bilateralen Kontakten sind Religionsfreiheit und der Schutz religiöser Minderheiten, die Situation von Binnenvertriebenen, der Schutz von Minderheiten, die Menschenrechtsbildung sowie die Förderung der Demokratisierung und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit. Österreich setzt sich weiters für die Abschaffung der Todesstrafe und die Bekämpfung des Menschenhandels ein. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Umsetzung und Verbreitung des humanitären Völkerrechts stellt einen weiteren Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik dar.

II. Menschenrechte in der Europäischen Union

1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union

Zu den **Zielsetzungen der GASP** gehören die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik gegenüber Drittstaaten werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte in EU-Außenbeziehungen **(COHOM)**, in Zusammenarbeit mit Ratsarbeitsgruppen mit geographischem Schwerpunkt und in dem von der EK geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung behandelt. Österreich führte sein Engagement für eine bessere Integration der Menschenrechte in alle EU-Politikbereiche fort und setzte sich mit Erfolg für die weitere Verankerung der Menschenrechte im EU-Krisenmanagement ein. Mit Jahresbeginn hat die neugegründete Ratsarbeitsgruppe für Grundrechte, Bürgerrechte und Bewegungsfreiheit **(FREMP)** ihre Arbeit aufgenommen.

Durch den Vertrag von Lissabon wurde die **europäische Grundrechtscharta** für die EU verbindlich und schuf die Verpflichtung, der Europäischen Menschenrechtskonvention **(EMRK)** beizutreten. Es haben die von der EK geführten Verhandlungen mit dem Europarat dazu begonnen. Außerdem wurden Bemühungen eingeleitet, die Grundrechtskonformität der Tätigkeit der EK zu verbessern.

Die EK führt seit dem Jahr 2000 **EU-Wahlbeobachtungsmissionen** durch. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ **(NEEDS)** werden Ausbildungsveranstaltungen für WahlbeobachterInnen angeboten, unter anderem im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung **(ÖSFK)**. Rund 30 ÖsterreicherInnen kamen bei EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Äthiopien, Burundi, Côte d'Ivoire, Guinea, dem Irak, dem Sudan, Tansania und Togo zum Einsatz.

1.1. Die Integration von Menschenrechtspolitik in die ESVP

Österreich setzt sich mit Nachdruck für die Integration von Menschenrechten in alle Bereiche der ESVP ein, insbesondere für die Berücksichtigung der Rechte von Frauen und Kindern im EU-Krisenmanagement. Einen besonderen Schwerpunkt für Österreich stellt der Schutz der Zivilbevölkerung dar. In Fortsetzung seines Engagements im VN-SR hat Österreich auch auf eine Stärkung des Schutzes der Zivilbevölkerung in den militärischen Operationen und zivilen Missionen der EU hingewirkt und eine Überarbeitung der diesbezüglichen EU-Leitlinien erzielt. Diese wurden vom Rat im Oktober angenommen.

1.2. Leitlinien der Europäischen Union zu Menschenrechten

Die EU-Leitlinien zu Menschenrechten sind vom Rat beschlossene Dokumente, die jeweils einen Katalog von Maßnahmen für das ständige Engagement der EU gegenüber Drittstaaten in einzelnen menschenrechtlichen Bereichen umfassen. Die zu den **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte 2009 entwickelten** spezifischen Pilotprogramme für Armenien, Brasilien, Ghana, Indien, den Iran, Jamaika, Jordanien, Kanada, Kenia und Russland wurden weiter durchgeführt und sollen demnächst überarbeitet werden. Als Mitglied der EU Task Force für die im Dezember 2003 unter österreichischer Beteiligung beschlossenen **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** arbeitete Österreich an der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Umsetzung und an der 2010 durchgeführten Aktualisierung dieser Leitlinien mit. Die EU arbeitet weiterhin eng mit der Sonderberichterstatterin der VN für Kinder in bewaffneten Konflikten, Radhika Coomaraswamy, zusammen. Im Juni nahm die EU Ratsschlussfolgerungen zur Kinderarbeit an, in denen die EU weitere Schritte zur Beseitigung der schlimmsten Formen der **Kinderarbeit bis 2016** vorsieht. Dafür sollen Maßnahmen in den Bereichen politischer Dialog, EZA und Handel gesetzt werden.

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist für Österreich und die EU eine Priorität, die auf der Grundlage der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe** verfolgt wird. Es wurden Demarchen durchgeführt und öffentlichen Erklärungen abgegeben und eine verstärkte Thematisierung in regionalen und internationalen Gremien sowie

in Menschenrechtsdialogen und Konsultationen mit Drittstaaten vorgenommen. Die EU hat sich dabei auf jene Länder konzentriert, die einerseits zu erkennen gegeben haben, die Todesstrafe abschaffen oder deren Vollstreckung aussetzen zu wollen, oder andererseits eine Wiedereinführung oder vermehrte Anwendung der Todesstrafe diskutieren. Das BMeiA setzt sich auf bilateraler Ebene für die Nichtvollstreckung von Todesurteilen in zahlreichen Ländern ein.

Mit den **Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe** verpflichtet sich die EU zur ständigen Überzeugungsarbeit gegenüber Drittstaaten und engagiert sich in multilateralen Foren mit dem Ziel der weltweiten Abschaffung der Folter. Bei der Umsetzung der Leitlinien konzentrierte die EU ihr bilaterales Engagement im Kampf gegen die Folter auf besonders betroffene Länder. Auf multilateraler Ebene ist die EU um eine Stärkung des **VN-Unterausschusses zur Verhütung von Folter (SPT)** bemüht. Die Thematik wird in die politischen Dialoge und Menschenrechtsdialoge der EU mit Drittstaaten einbezogen. Darüber hinaus werden gezielt auf Einzelpersonen bezogene Foltervorwürfe thematisiert und in Einzelfällen wird in Drittstaaten auch interveniert. Spezifische Probleme des jeweiligen Staates im Umgang mit angehaltenen Personen werden direkt angesprochen und eine fallbezogene Unterstützung bei deren Lösung angeboten. Jene Staaten, die nicht Vertragspartei des VN-Übereinkommens gegen Folter sind, werden aufgefordert, diesem beizutreten; mit Staaten, die bereits Vertragspartei sind, werden Fragen der effektiven Umsetzung des Übereinkommens diskutiert.

Der Schwerpunkt der **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen** der EU lag weiterhin bei der Entwicklung von lokalen Strategien zur effektiven Umsetzung dieser Leitlinien in Zusammenarbeit mit den Botschaften vor Ort und auf der Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen durch die Ernennung eines EU-Verbindungsbeamten in den jeweiligen Ländern. In mehr als 70 Ländern hat ein jährliches Treffen der EU-Delegationen mit MenschenrechtsverteidigerInnen stattgefunden. Die EU unterstützte in mehr als 200 Fällen bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen.

Österreich ist Initiator und Mitglied der EU Task Force für die im Dezember 2008 angenommenen **Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**. Die Task Force überwacht die Umsetzung dieser Leitlinien. Die EU Task Force für Frauen, Frieden und Sicherheit, an der Österreich ebenfalls aktiv teilnimmt, treibt die Umsetzung von VN-SR Resolution 1325 voran, für die eigene EU-Indikatoren über den Implementierungsfortschritt entwickelt wurden.

1.3. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Die Aufbauphase der **Agentur der EU für Grundrechte (GRA)** mit Sitz in Wien wurde mit der Ernennung des ersten Direktors, Morten Kjaerum, im

März 2008 abgeschlossen. Österreich unterstützt eine starke GRA und arbeitet eng mit dieser zusammen. Im Juni wurde das Amtssitzabkommen zwischen Österreich und der GRA unterzeichnet.

Die GRA hat mit der **Veröffentlichung von Studien** über Kinderrechte, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Homophobie, Diskriminierung von Minderheiten und die Situation von Roma und Muslimen in Europa, sowie mit Beratungstätigkeiten für EU-Institutionen zu Gesetzesvorhaben bereits zahlreiche Beiträge zur Verbesserung des Grundrechtsschutzes in Europa geleistet. Darüber hinaus organisierte die GRA gemeinsam mit dem belgischen EU-Ratsvorsitz in Brüssel im Dezember eine europäische Grundrechtekonferenz zum Thema Kinderrechte.

Neuerlich wurden die auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden **Menschenrechtsländerblätter** (Fact Sheets) durch EU-Missionschefs in Drittländern aktualisiert. Eigene länderspezifische Menschenrechtsstrategien sollen jedoch ab 2011 diese Fact Sheets ersetzen. Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt vor allem durch das **Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)**.

2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Seit 2001 wendet die EU eigene **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte** an und legt unterschiedliche Dialogformen fest, nämlich strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge mit Staatengruppen sowie Expertentreffen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen.

Seit im Juni der seit 1995 stattfindende **strukturierte Menschenrechtsdialog EU-China** abgehalten wurde, akzeptierte China in der Folge keinen weiteren Terminvorschlag der EU, weshalb kein zweites Treffen zustande gekommen ist. Der Dialog soll im Jahr 2011 fortgeführt werden. Ergänzend zu den Treffen auf Regierungsebene fanden Expertenseminare mit TeilnehmerInnen aus dem akademischen Bereich, von NRO und VertreterInnen der EU und Chinas statt. Die beim Dialog angesprochenen Fragen betrafen die chinesische Ratifikation des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die Kooperation mit VN-Menschenrechtsmechanismen, die Reform des Systems „Umerziehung durch Arbeit“ und des Justizsystems, die Entwicklungen in Tibet und Xinjiang, die Verfolgung von AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, religiöser Gruppen und der Falun-Gong-Bewegung sowie die Themen Todesstrafe, Folterverbot, Religionsfreiheit, Meinungsäußerungsfreiheit durch das Internet, Recht auf ein faires Verfahren. Die EU spricht auch regelmäßig menschenrechtliche Einzelfälle an (siehe Kapitel G.II.1.2.).

Der Ende 2002 eingerichtete **Menschenrechtsdialog EU-Iran** kam nach der vierten Runde im Juni 2004 praktisch zum Erliegen. Im Jahr 2006 gab es

unter österreichischem EU-Ratsvorsitz Bemühungen für eine Wiederaufnahme des Dialogs, die jedoch aufgrund der Besorgnis erregenden Menschenrechtslage im Iran ausblieb. Die Menschenrechtslage wurde auch in einer von Österreich miteingebrachten Resolution der 65. VN-GV kritisiert. Die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen wurden von Österreich regelmäßig gegenüber der iranischen Regierung angesprochen.

Im Mai und November fanden die elfte bzw. zwölfte Runde der **Menschenrechtskonsultationen EU-Russland** statt. Aktuelle Themen wie die Lage im Nordkaukasus und die anhaltende Gewalt gegen MenschenrechtsaktivistInnen, Fragen der Straflosigkeit, der Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit sowie der Religionsfreiheit und Frauenrechte usw. standen auf der Tagesordnung. Einzelfälle wurden ebenfalls angesprochen. Hinsichtlich Fragen der Kooperation in multilateralen Foren wurden die Themen Religionsfreiheit, Rassismus, Menschenrechte und traditionelle Werte sowie Lesbian-Gay-Bisexual-Transgender-Rechte diskutiert. Beiden Runden gingen Treffen der EU-Delegation mit russischen NROs voraus.

In Umsetzung der **EU-Zentralasienstrategie** fanden **Menschenrechtsdialogrunden** der EU mit drei zentralasiatischen Staaten statt: mit **Usbekistan** am 5. Mai, mit **Turkmenistan** am 18. Juni und mit **Kasachstan** am 14. Dezember.

Die siebente Runde des **Menschenrechtsdialogs EU-AU** und das zweite EU-AU Zivilgesellschaftsseminar wurden am 20. Oktober in Addis Abeba abgehalten und dabei Themen wie Versammlungsfreiheit, MenschenrechtsverteidigerInnen oder Straflosigkeit angesprochen. In den Schlussfolgerungen des Treffens wurden u. a. der Wille zu einer verstärkten Zusammenarbeit in internationalen Foren, einschließlich der Koordinierung beider Seiten vor Treffen des MRR und des 3. GV-Ausschusses, sowie die Bereitschaft zu gemeinsamen Initiativen zur SR-Resolution 1325 sowie betreffend Migration bekräftigt.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die operativen Menschenrechtskapazitäten der VN wurden infolge der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte 1993 gestärkt. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung, dienen dabei der Aufbau und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen sowie breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung. Zur Vorbereitung einer umfassenden Überprüfung im Rahmen der Universellen Staatenprüfung (Universal Periodic Review, **UPR**) durch den Menschenrechtsrat **(MRR),** der sich Österreich erstmals im Jahr 2011 unterziehen wird, wurde unter Einbindung der Zivilgesellschaft der Staatenbericht erstellt, der von der Bundesregierung am 5. Oktober genehmigt wurde.

1. Der Menschenrechtsrat

Österreich setzt sein traditionelles Engagement für den weltweiten Schutz der Menschenrechte auch im wichtigsten Organ der VN in diesem Bereich fort, dem MRR. Dieses Forum führt die rechtlichen, politischen und strukturellen Maßnahmen der Staatengemeinschaft zusammen, um das internationale System zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte weiter zu stärken; damit soll sowohl eine bessere Umsetzung der rechtlichen Verpflichtungen der VN-Mitgliedstaaten als auch der politischen Beschlüsse der VN-GV und der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte 1993 erreicht werden.

Der MRR wurde im Jahr 2006 als Nachfolgeorgan der Menschenrechtskommission **(MRK)** gegründet. Das Jahr 2010 stand bereits im Zeichen einer ersten Überprüfung der Arbeit des MRR. Dieser Bewertungs- und Reformprozess aller Aspekte der Arbeits- und Funktionsweise des MRR soll im Jahr 2011 in Genf sowie bei der VN-GV in New York zum Abschluss gebracht werden. Österreich und andere westliche Staaten setzten sich im Rahmen dieses Prozesses für eine Steigerung der Effizienz und Wirksamkeit dieser für den globalen Menschenrechtsschutz zentralen Institution ein. Insbesondere wurden Vorschläge präsentiert, um den zeitgerechten und effektiven Umgang mit konkreten Menschenrechtskrisen zu verbessern.

Um seine Mitwirkung an den Arbeiten des MRR weiter zu stärken, hat Österreich auch seine **Kandidatur** für eine Mitgliedschaft für die Periode 2011–2014 angemeldet. Die Wahlen werden von der VN-GV im Mai 2011 abgehalten. Von der Bundesregierung wurden die österreichischen Vorhaben und Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich im Februar beschlossen, die im September auch offiziell in Genf vorgestellt worden sind.

Eine der wesentlichen Neuerungen gegenüber dem Vorgängerorgan stellt das periodische Überprüfungssystem (Universal Periodic Review) dar, durch welches innerhalb einer vierjährigen Periode die MR-Situation in allen Staaten überprüft wird. Außerdem hält der MRR mindestens drei Tagungen jährlich ab; Sondersitzungen können auf Verlangen von zumindest 16 seiner 47 Mitglieder einberufen werden.

Im Jahr 2010 wurden folgende Tagungen abgehalten:

Die **13. reguläre Tagung** im März wurde traditionell mit dem sogenannten „High-Level Segment“ eröffnet. Österreich war durch Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner vertreten. Der Präsentation der thematischen Berichte der Sonderberichterstatter u. a. zu Folter, Terrorismus, Minderheiten, Binnenvertriebene, Religionsfreiheit und Gewalt gegen Kinder und Menschenrechtsverteidiger folgten Debatten zur Lage der Menschenrechte in der Demokratischen Volksrepublik Korea **(DVRK)**, Myanmar, Somalia, Demokratische Republik Kongo sowie in den besetzten palästinensischen Gebieten. Während der MRR die Ländermandate der Sonderberichterstatter zu Myanmar und DVRK verlängerte, scheiterte die Erneuerung des Mandats des

Sonderberichterstatters für die DR Kongo am starken Widerstand von Staaten der Region. Daher soll jetzt eine Gruppe thematischer Sonderberichterstatter über die MR-Situation in der DR Kongo berichten.

Österreich setzte erfolgreich seine langjährige Initiative für die Rechte von Angehörigen von nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen **Minderheiten** fort. Der Fokus der diesjährigen Resolution lag auf den **Themen Recht auf Bildung und Recht auf politische Partizipation**; damit werden Schwerpunkte der bisherigen Arbeiten des auf Initiative Österreichs mit einer Resolution im Jahr 2007 eingerichteten Forums für Minderheitenfragen in den MRR eingebracht.

Inhaltlich schwierige Verhandlungen wurden va. zu den Themen Folter, Terrorismus, sowie Rassismus geführt, wobei schlussendlich die entsprechenden Resolutionen im Konsens angenommen werden konnten. Österreich brachte unter anderem zwei Nahost-Resolutionen zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sowie über die Verurteilung israelischer Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten mit ein. Die aus menschenrechtlicher Sicht nicht unproblematische Initiative zum Thema „Diffamierung von Religionen" wurde mit knapper Mehrheit angenommen; viele Staaten befürchten damit allerdings eine weitere Polarisierung zum Themenbereich der Religionsfreiheit.

Die **14. reguläre Tagung** im Juni stand im Zeichen des Zwischenfalls um die sogenannte „Gaza-Flottille". Einer dringlichen Debatte folgte die Annahme einer Resolution zur Einsetzung einer internationalen Ermittlungskommission zur Untersuchung der Vorfälle. Große Aufmerksamkeit erzielte auch die maßgeblich vom VN-Sonderberichterstatter für Folter Manfred Nowak mit anderen Kollegen erstellte Studie zur geheimen Inhaftierung („secret detention").

Spezielle Paneldiskussionen wurden über folgende Themen abgehalten: Schutz von Journalisten in bewaffneten Konflikten, Giftmüll, Müttersterblichkeit sowie Menschenhandel. Zum Thema Menschenhandel wurde außerdem mit österreichischer Unterstützung und in Zusammenarbeit mit dem in Wien angesiedelten Drogen- und Verbrechensverhütungszentrum der VN eine Fotoausstellung gezeigt.

Die jährliche eintägige Debatte über die Menschenrechte von Frauen stand diesmal im Zeichen des Rechts auf Bildung. Insbesondere die Erschwernis der Bildung für Frauen aufgrund der Religion wurde kritisiert.

In den länderbezogenen Debatten wurde von zahlreichen Staaten die Situation im Iran thematisiert. Der MRR verabschiedete eigene Länderresolutionen zur Situation in Afghanistan und in Kirgisistan. Das Mandat des Sonderberichterstatters zu Sudan wurde aufgrund dessen krankheitsbedingter Abwesenheit um drei Monate verlängert.

Österreich setzte seine Initiative zum **Schutz von Binnenvertriebenen** erfolgreich fort. Das Mandat eines diesbezüglichen Sonderberichterstatters konnte

im Konsens und erstmals in überregionaler Kooperation mit Uganda für weitere drei Jahre verlängert werden. Ebenfalls über österreichische Initiative wurden zwei „side events" im Rahmen der Initiative zu Menschenrechten im Strafvollzug abgehalten. Die kanadische Initiative „Eliminierung aller Formen von Gewalt gegen Frauen" sieht einen über drei Jahre verteilten thematischen Ansatz mit den Komponenten Prävention, Schutz und Wiedergutmachung vor.

Der MRR bestellte außerdem acht neue Experten zu Sonderberichterstattern und wählte den Ständigen Vertreter Thailands in Genf zu seinem neuen Präsidenten. Zudem übernahm Österreich für ein Jahr die Koordination der Gruppe westlicher und anderer Staaten **(WEOG)**.

Erfolgreich verlief die **15. Tagung** im September mit der Bestellung von zwei neuen Sonderberichterstattern: Die USA, die dem Rat seit 2010 als Mitglied angehören, konnten eine Initiative zur Schaffung eines Sonderberichterstatters zu Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nach anfänglichem Widerstand schließlich ohne Abstimmung durchsetzen. Dies ist das erste neue Mandat des MRR im Bereich der politischen und bürgerlichen Rechte seit seiner Einrichtung.

Ebenfalls erfolgreich endeten die Verhandlungen zur Neuschaffung einer fünfköpfigen Experten-Arbeitsgruppe zur „Beseitigung der Diskriminierung von Frauen in Gesetzen und Praxis". Die von Mexiko und Kolumbien federführend betriebene und von der EU und USA tatkräftig unterstützte Initiative erfreute sich auch der Unterstützung zahlreicher Staaten verschiedener anderer Regionen. Auch das umstrittene Ländermandat zur Lage im Sudan konnte gegen dessen Widerstand verlängert werden.

Auch fanden zwei **Sondersitzungen** statt: Am 27. Jänner befasste sich der Rat nach dem schweren Erdbeben mit der Situation auf **Haiti**. Am 23. Dezember wurde eine Sondersitzung zur Lage in **Côte d'Ivoire** nach den Präsidentschaftswahlen abgehalten. Die Hochkommissarin für Menschenrechte wurde aufgefordert, dem Rat über die weiteren Entwicklungen zu berichten.

2. Die Generalversammlung

Im **Dritten Komitee der 65. Tagung der VN-GV wurden 56 Resolutionen zu menschenrechtlichen und sozialen Themen verhandelt und angenommen**. Aus EU-Sicht waren die Annahmen der überregionalen Initiative zum Moratorium über den Gebrauch der Todesstrafe, der EU-Initiativen zur Menschenrechtssituation in Myanmar und der DVRK sowie der von der EU unterstützten kanadischen Resolution zu Iran mit jeweils besseren Abstimmungsergebnissen und in verbesserter Atmosphäre als in den Vorjahren ein Erfolg. Die traditionell von der EU und der Gruppe lateinamerikanischer Staaten eingebrachte Resolution über die Rechte des Kindes konnte neuerlich im Konsens angenommen werden und wurde erstmals von den USA, die bis 2008

Abstimmungen zu dieser Resolution verlangt hatten, miteingebracht. Auch die von der EU eingebrachte Resolution zur religiösen Intoleranz konnte im Konsens angenommen werden, während die Initiative der Organisation der Islamischen Konferenz **(OIC)** zur Diffamierung von Religionen weiter an Unterstützung verlor. Die Frage der Behandlung von Religion im VN-Rahmen und insbesondere im menschenrechtlichen Kontext war auch Thema in anderen Verhandlungsprozessen und führte zu Spannungen zwischen EU/WEOG und Ländern des Südens/OIC. Auch in anderen menschenrechtlichen Fragen, etwa bei den Resolutionen zu Rassismus und zum Recht auf Entwicklung, erschwerte die zum Teil bewusst herbeigeführte Blockbildung des „Südens" gegen den „Norden" eine konstruktive Zusammenarbeit.

In der **Resolution zu außergerichtlichen, summarischen oder willkürlichen Tötungen** wurde der Hinweis auf sexuelle Orientierung entsprechend eines von der Arabischen und Afrikanischen Gruppe in Abstimmung durchgesetzten Änderungsvorschlags gestrichen, konnte aber auf Initiative der USA mit Unterstützung der EU bei der Annahme des Berichts des Dritten Komitees im Plenum der VN-GV wieder eingefügt werden.

Österreich brachte eine **Resolution zu Menschenrechten im Bereich Strafverfahren und Strafvollzug** ein, die im Konsens angenommen und von 73 Ländern aus allen Regionen miteingebracht wurde. Des Weiteren beteiligte sich Österreich aktiv an den Verhandlungen in der EU und in informellen Konsultationen, wobei neben den EU-Initiativen und Länderresolutionen auch die Resolutionen zu Gewalt gegen Frauen, Verwirklichung der Millenium-Entwicklungsziele für Menschen mit Behinderungen, Rassismus sowie Drogen und Verbrechensverhütung besonders aufmerksam verfolgt wurden. An den Debatten beteiligte sich Österreich neben den EU-Erklärungen mit einer nationalen Erklärung einer Jugend-Delegierten an der Debatte zur sozialen Entwicklung sowie an den interaktiven Dialogen mit der Unabhängigen Expertin für Minderheiten, Gay McDougall, dem SRSG für Intern Vertriebene, Walter Kälin, sowie dem Sonderberichterstatter für Folter, Manfred Nowak. Österreich stellte auch einen der drei Vize-Präsidenten des Dritten Komitees.

Die EU organisierte Veranstaltungen zum Schwerpunktthema der Kinderrechtsresolution „Frühe Kindheit" sowie mit einer überregionalen Gruppe von Ländern zu Diskrimierung von LGBT-Personen. An letzterer Veranstaltung nahm auch VN-GS Ban Ki-moon teil.

3. Die Frauenstatuskommission

Die 54. Tagung der **Frauenstatuskommission (FSK)** in New York vom 1.–12. März war der Umsetzung der Ergebnisse der IV. Welt-Frauen-Konferenz in Peking 1995 („Peking + 15") gewidmet. Dazu wurde eine Politische Erklärung angenommen, welche die Pekinger Deklaration und Aktionsplattform bekräftigt, die bisherigen Fortschritte zu ihrer vollen Umsetzung begrüßt und

die Notwendigkeit weiterer Bemühungen betont. Des Weiteren wurden sieben Resolutionen zu den Themen Reduktion der Müttersterblichkeit, HIV/AIDS, wirtschaftliches „Empowerment" von Frauen, weibliche Genitalverstümmelung, der Reform der VN Gender-Architektur, Frauen und Mädchen in Geiselhaft sowie der Situation von palästinensischen Frauen angenommen. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek; weitere Mitglieder der Delegation waren u. a. Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat und Bundesministerin a.D. Helga Konrad. Österreich organisierte gemeinsam mit Spanien, Portugal und UNIFEM eine Veranstaltung zum Thema „Gute Regierungsführung und die politische Partizipation von Frauen" sowie eine Veranstaltung zur Bestandsaufnahme der Implementierung der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform aus österreichischer Sicht.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Siehe Kapitel B.II.3.

V. Menschenrechte im Europarat

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarats stützt sich wesentlich auf die **Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)** und die Tätigkeit des **Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR)**. Das Anwachsen der Mitgliedsstaaten des Europarats von 23 im Jahr 1989 auf gegenwärtig 47 sowie die breitere Öffentlichkeitswirkung des Menschenrechtssystems brachten eine deutliche Zunahme der Beschwerden mit sich. Die Anzahl der Individualbeschwerden wuchs von rund 4.000 im Jahr 1989 auf ca. 62.500 im Jahr 2010. Die überwiegende Mehrheit davon ist unzulässig. Mit 31. Dezember waren knapp 143.000 Beschwerden vor dem EGMR anhängig. Seit Jahren wurden daher Bemühungen eingeleitet, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Insbesondere wurde das 14. Zusatzprotokoll zur EMRK ausgearbeitet, das die internen Arbeitsabläufe des Gerichtshofs reformiert und nach der letzten noch ausständigen Ratifikation durch Russland am 1. Juni in Kraft trat. Um dem wieder in Angriff genommenen Reformprozess den politischen Rückhalt zu gewähren, veranstaltete der schweizerische Vorsitz am 18. und 19. Februar in Interlaken eine Konferenz auf Ministerebene. Dabei wurden eine politische Deklaration und ein Aktionsplan verabschiedet, die auf kurz- und langfristige Reformschritte auf nationaler Ebene, des Ministerkomitees und des Gerichtshofes ausgerichtet sind. Aus österreichischer Sicht muss das in der Konvention enthaltene Individualbeschwerderecht jedenfalls auch weiterhin voll gesichert bleiben. Darüber hinaus muss darauf geachtet werden, dass die Reformbemühungen das bestehende Schutzsystem nicht beschädigen.

Der seit 2006 amtierende **Europäische Kommissar für Menschenrechte,** Thomas Hammarberg, führte Besuche in der Russischen Föderation, Griechenland, Kosovo, Georgien, Aserbaidschan, Kroatien, Frankreich, Türkei, Zypern, Niederlande, Rumänien, der Tschechischen Republik sowie Bosnien und Herzegowina durch. Seine Aufgabe ist die Beratung und Bewusstseinsbildung in den Mitgliedstaaten.

Der Franzose Jean-Paul Costa ist seit 2007 Präsident des EGMR; Elisabeth Steiner ist seit 2001 die österreichische Richterin am EGMR; Gerald Schöpfer ist Mitglied der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz **(ECRI)**; Julia Kozma ist Mitglied im Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe **(CPT)** und Karin Lukas ist Mitglied im Europäischen Ausschuss für soziale Rechte.

VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit **(HSN)** ist eine überregionale, themenübergreifende und aktionsorientierte Interessengemeinschaft von **zwölf Staaten** (Chile, Costa Rica, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, Norwegen, Österreich, die Schweiz, Slowenien und Thailand sowie Südafrika als Beobachter), die 1998/1999 im Zuge des Ottawa-Prozesses zur Erarbeitung der Antipersonenminen-Verbotskonvention entstand. Das Konzept der menschlichen Sicherheit stellt die Sicherheitsbedürfnisse der/des Einzelnen in den Mittelpunkt; seine wichtigsten Fundamente sind Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Flüchtlingsrecht und Entwicklung. Das HSN konzentriert sich auf folgende Themen: Landminen, Kleinwaffen, Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen, Frieden und Sicherheit, Menschenrechtsbildung, Dialog der Zivilisationen sowie seit kurzem die Auswirkungen des Klimawandels auf besonders gefährdete Personengruppen. Österreich hatte während seines Vorsitzes von Juli 2002 bis Mai 2003 Menschenrechtsbildung sowie Kinder und bewaffnete Konflikte zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen unter anderem ein mittlerweile in fünfzehn Sprachen übersetztes HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ sowie ein Trainingscurriculum zur Stärkung der Kinderrechte erarbeitet wurden.

Costa Rica hat den Vorsitz des HSN seit April 2009 inne und leitete im September 2010 ein hochrangiges Treffen in New York im Rahmen der Ministerwoche der VN-GV. Costa Rica wird den Vorsitz noch bis März 2011 ausüben, danach erfolgt der Vorsitzwechsel wieder jährlich gemäß dem historischen Rotationssystem (nächster Vorsitz Schweiz). Zur Unterstützung des Vorsitzes wurde ein System der thematischen Aufgabenteilung entwickelt, demzufolge Österreich gemeinsam mit Irland im ersten Halbjahr 2011 als sog. „Burdensharer“ zum Themenbereich „Friede und Sicherheit“ fungieren wird. Neben dem HSN besteht im VN-Rahmen eine losere und mehr auf Entwick-

lungsfragen fokussierte Gruppe von „Freunden menschlicher Sicherheit“ unter japanischer Führung. Japan initiierte auch die erste formelle GV-Debatte (Mai 2010) und die erste GV-Resolution zum Thema menschliche Sicherheit (Annahme Juli 2010, von Österreich miteingebracht).

VII. Schwerpunktthemen

1. Religionsfreiheit und Schutz religiöser Minderheiten

Der Einsatz Österreichs für das **Recht auf Religionsfreiheit** stellt einen Schwerpunkt der österreichischen Menschenrechtspolitik dar. Österreich hat sich an der Ausarbeitung einer **EU-Strategie betreffend den verstärkten Einsatz der EU für Religionsfreiheit** beteiligt, die ein kontinuierliches Engagement der EU in Fragen der Religionsfreiheit auf bi- sowie multilateraler Ebene vorsieht. Zur Umsetzung dieser Strategie wurde eine eigene „Task Force Religionsfreiheit“ eingerichtet, die im Juli erstmals zusammentraf.

Bundesminister Michael Spindelegger hat sich für die Behandlung des Themas auf Ebene der EU-Außenminister eingesetzt. Es sollen weitere Grundlagen einer gemeinsamen europäischen Initiative für die Umsetzung und Entwicklung einer effektiven EU-Strategie zur Religionsfreiheit und für den Schutz religiöser Minderheiten ausgearbeitet werden, die im jährlichen Menschenrechtsbericht der Union einfließen werden.

Österreich ist gemeinsam mit der EU traditioneller Einbringer von **Resolutionen zur Religionsfreiheit** in der VN-GV und im VN-Menschenrechtsrat. Auch in der 65. VN-GV wurde die diesbezügliche EU-Resolution wieder im Konsens angenommen. Das Mandat des/der VN-SonderberichterstatterIn für Religions- und Glaubensfreiheit wurde auf Initiative der EU 1986 geschaffen. Derzeitiger Sonderberichterstatter ist der Deutsche Heiner Bielefeldt, der im Juni nach sechs Jahren Asma Jahangir aus Pakistan abgelöst hat.

2. Menschenrechte von Kindern

Im VN-SR gehörten die Förderung und der Schutz der Rechte von Kindern zu den Prioritäten Österreichs. Österreich beteiligte sich an den Arbeiten der vom VN-SR eingerichteten eigenen Arbeitsgruppe zu Kindern in bewaffneten Konflikten. Auf Initiative Österreichs konnte in einer eigenen thematischen Debatte am 16. Juni eine Vorsitzerklärung angenommen werden, in der vom VN-SR seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, Sanktionen gegen sog. „persistent perpetrators“ (i.e. Konfliktparteien, die in fortgesetzter oder besonders gravierender Weise Rechtsverletzungen gegen Kinder in Konfliktsituationen begehen) zu verhängen. Damit konnte eine substantielle **Stärkung des Schutzes von Kindern in bewaffneten Konflikten** seit der Verabschiedung von VN-SR Resolution 1882 im Jahr 2009 erreicht werden.

Österreich engagiert sich seit vielen Jahren für die Verankerung eines weltweiten Verbots der Einziehung oder des Einsatzes von KindersoldatInnen. Österreich hat sich auf der Pariser Konferenz „Befreien wir die Kinder vom Krieg" im Jahr 2007 an die Pariser Grundsätze und Verpflichtungen gebunden, die den rechtlichen Rahmen für die weltweite Allianz gegen den Einsatz von KindersoldatInnen vorgeben.

Im Rahmen des MRR beteiligt sich Österreich an der vom MRR eingerichteten offenen Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls über ein Individualbeschwerdeverfahren zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Im Dezember fand die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe statt, in welcher der erste Entwurf des Zusatzprotokolls behandelt wurde.

Österreich beheimatet mit dem Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung **(ÖSFK)** eines der führenden Ausbildungszentren für den Schutz von Kindern, wo regelmäßig **Kurse zum Schutz von und den Umgang mit Kindern in bewaffneten Konflikten** abgehalten werden. In zahlreichen Staaten unterstützt Österreich Projekte zur Reintegration von KindersoldatInnen und anderen betroffenen Kindern durch Beiträge an VN-Organisationen oder im Wege der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

3. Menschenrechte von Frauen

Die Stärkung der Rechte von Frauen ist ein zentrales Element der österreichischen Menschenrechtspolitik. Dazu zählt die Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von Programmen zur aktiven Einbindung von Frauen in Friedensprozesse.

Als nichtständiges Mitglied im VN-SR hat sich Österreich für eine bessere Verankerung der Rechte von Frauen in der täglichen Arbeit des VN-SR eingesetzt. Eine maßgebliche Stärkung des Schutzes gegen sexuelle Gewalt konnte in den Verhandlungen zur VN-SR-Resolution 1960 (2010) über **sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten** durch eine Einigung zur Schaffung eines eigenen Überwachungsmechanismus erzielt werden, für den sich Österreich maßgeblich eingesetzt hat.

Als Zeichen der Unterstützung für die systemweite Kampagne des VN-GS zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** wurde zum eigens dafür eingerichteten UN Trust Fund beigetragen und die Umsetzung der Empfehlungen der von Österreich mitfinanzierten Anti-Gewaltstudie der VN unterstützt. Auch die Unterstützung des Gender-Direktorates der Afrikanischen Union wurde fortgesetzt. Im Rahmen der EU bemüht sich Österreich als Mitglied der EU Task Force „Gewalt gegen Frauen" um eine umfassende Umsetzung der im Dezember 2008 angenommenen EU-Leitlinien Gewalt gegen Frauen.

Gemeinsam mit den Partnern in der EU setzte sich Österreich für die Errichtung von **UN Women** ein, die mit 1. Jänner 2011 operativ wird. UN Women

führt die bestehenden VN-Einheiten im Genderbereich zusammen. Im September wurde Michelle Bachelet mit der Leitung von UN Women betraut.

Besondere Aufmerksamkeit ist dem zehnjährigen Jubiläum der Annahme der VN-SR-Resolution **1325 (2000) über Frauen, Frieden und Sicherheit** zugekommen. Aus diesem Anlass fand am 26. Oktober eine hochrangige offene Debatte des VN-SR statt, an der Bundesminister Michael Spindelegger teilnahm und konkrete österreichische Verpflichtungen zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 ankündigte. Österreich setzte sich maßgeblich in den Verhandlungen der Vorsitzerklärung, die anlässlich der offenen SR-Debatte angenommen wurde, für eine wirkungsvolle Umsetzung der Resolution ein.

Auch viele Initiativen der **Sonderbeauftragten für internationale Frauenfragen im BMeiA, Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik** standen im Zeichen der Umsetzung von SR-Resolution 1325, wie die Teilnahme an der Konferenz der EU-Präsidentschaft aus Anlass des Jubiläums dieser wegweisenden Resolution im September in Brüssel. Auch eine eigene von der ADA finanzierte Fachtagung über dieses Thema fand im Oktober in Wien statt.

Der vom BMeiA koordinierte dritte Umsetzungsbericht über den österreichischen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von SR-Resolution 1325 (2000) wurde im Dezember dem Ministerrat vorgelegt und an das Parlament weitergeleitet. Er führt die von Österreich gesetzten Maßnahmen für die Förderung der Einbindung von Frauen in Friedensprozessen und für die Stärkung von Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten im Zeitraum von Herbst 2009 bis Herbst 2010 an.

4. Minderheitenschutz

Die Einrichtung eines Gremiums für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten im Rahmen des MRR war ein großes Anliegen Österreichs, um Maßnahmen für die weitere Umsetzung der 1992 von der VN-GV verabschiedeten Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, festzulegen.

Das dritte Treffen des **Forums über Minderheitenfragen** tagte am 14. und 15. Dezember in Genf und widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema „Minderheiten und wirtschaftliche Partizipation". Es wurde wieder von der unabhängigen Expertin für Minderheitenfragen des MRR, Gay McDougall, vorbereitet. Unter den mehr als 500 TeilnehmerInnen waren neben VertreterInnen von Staaten und internationalen Organisationen auch VertreterInnen von NRO und ExpertInnen für Minderheitenfragen gleichberechtigt vertreten. Gay McDougall wird im Rahmen ihres Jahresberichts an den MRR über die am dritten Forum erarbeiteten Empfehlungen berichten.

5. Menschenrechtsbildung

Mit dem **Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“** stellt Österreich ein weltweit verwendetes Instrument zur Verfügung, das im Bericht der Allianz der Zivilisationen besondere Anerkennung fand. Das Handbuch wurde bereits in fünfzehn Sprachen übersetzt und kommt im Europäischen Regionalen Masterprogramm für Demokratie und Menschenrechte in Sarajewo und im Europäischen Masterprogramm für Menschenrechte und Demokratie in Venedig zum Einsatz. Trainingsmaterialien sind auf der Webseite des European Training and Research Center for Human Rights and Democracy **(ETC)** in Graz der Öffentlichkeit zugänglich.

In seiner 13. Sitzung im März hat der MRR die Ausarbeitung einer **VN-Deklaration zu Menschenrechtserziehung und Training** beschlossen.

6. Humanitäres Völkerrecht

Auf der 30. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz 2007 sagte Österreich zu, Veranstaltungen über aktuelle Fragen des humanitären Völkerrechts zu organisieren und sich für dessen bessere Verbreitung und Umsetzung einzusetzen. In diesem Zusammenhang finden regelmäßig, unter Koordination des BMeiA, Treffen der nationalen Kommission für die Umsetzung des humanitären Völkerrechts statt, welcher Vertreter von Ministerien, des Österreichischen Roten Kreuzes **(ÖRK)** sowie AkademikerInnen angehören. Schwerpunktmäßig wird dabei eine **bessere Verbreitung des humanitären Völkerrechts** verfolgt, insbesondere durch Eingliederung von humanitärem Völkerrecht in Lehrpläne von Schulen sowie Trainingskurse gemeinsam mit dem ÖSFK auf Burg Schlaining.

Auf internationaler Ebene setzte Österreich seinen Einsatz für den **Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten** fort, mit dem Ziel der raschen Umsetzung der von Österreich während seines Vorsitzes im VN-SR der Vereinten Nationen eingebrachten Resolution 1894.

VIII. Der Internationale Strafgerichtshof

Der in Den Haag angesiedelte Internationale Strafgerichtshof **(IStGH)** ist ein durch das Römer Statut von 1998 geschaffenes ständiges und unabhängiges Gericht. Seine Jurisdiktion erstreckt sich derzeit auf die Tatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, sofern diese nach dem Inkrafttreten des Römer Statuts am 1. Juli 2002 auf dem Gebiet oder von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates begangen wurden. Auch hat der VN-SR die Möglichkeit, eine Situation, sogar wenn der betroffene Staat kein Vertragsstaat des Römer Statuts ist, dem IStGH zu unterbreiten. Das Römer Statut, dem derzeit 114 Vertragsstaaten angehören, normiert eine sogenannte komplementäre Jurisdiktion des IStGH, d. h., sie

kommt erst dann zum Tragen, wenn die primär zur Aburteilung der Verbrechen zuständigen Staaten entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Verbrechen zu untersuchen bzw. zu verfolgen.

Derzeit sind folgende **Situationen** beim IStGH anhängig: Demokratische Republik Kongo, Uganda, Zentralafrikanische Republik, Kenia und – infolge einer Zuweisung durch die Resolution 1593 (2005) des VN-SR – Darfur/Sudan. Der am 4. März 2009 erlassene Haftbefehl des IStGH gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmed Al Bashir, der erste gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt, wurde bisher nicht vollzogen. Die einzelnen Verfahren vor dem IStGH befinden sich in unterschiedlichen Stadien, wobei der Vollzug der erlassenen Haftbefehle gegen Führungsmitglieder der LRA (Uganda-Situation) nach wie vor aussteht.

Ein halbes Jahrhundert nach den Prozessen von Nürnberg und Tokio gelang der im Mai/Juni in Kampala stattgefundenen ersten **Überprüfungskonferenz** des Römer Statuts die Aktivierung der Jurisdiktion über das in diesem Vertragswerk bereits vorgesehene **Verbrechen der Aggression**. Diese historische Beschlussfassung, die auch Definitionen sowohl des Aggressionsaktes als auch des Verbrechens der Aggression umfasst, kam trotz schwieriger Ausgangslage ohne Abstimmung zustande. Mit Konsens angenommen wurde auch ein von Österreich miteingebrachter Änderungsvorschlag zur Erweiterung des Kriegsverbrechenskatalogs des Römer Statuts.

Österreich gehört zu den traditionellen Unterstützern des IStGH. Es schloss als erster Vertragsstaat mit dem IStGH ein **Abkommen über den Vollzug von Freiheitsstrafen** ab und nahm im November Gespräche mit dem IStGH auf, die auf den Abschluss einer **Vereinbarung über Zeugenschutz** abzielen.

H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

I. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen

Migrationsbewegungen nach Europa gewinnen eine zunehmend höhere Priorität in der politischen Diskussion. Neben kriegerischen Konflikten, wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Ungleichgewichten tragen neuerdings auch Umweltzerstörung und Klimawandel sowie erleichterte Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten dazu bei, die Migrationsbewegungen nach Europa zu verstärken. Die für Flüchtlinge zuständige Organisation **UNHCR** unterstützte seit ihrer Gründung im Jahr 1950 rund 50 Millionen Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen sowie Asylsuchende, Rückkehrende, Staatenlose und Binnenvertriebene.

Hauptthema des diesjährigen **Globalen Forums über Migration und Entwicklung** in Puerto Vallarta/Mexiko vom 8.–11. November war, den Einfluss von Klimawandel auf Migrationsbewegungen zu erörtern. Ein wesentlicher Vorteil des Globalen Forums als Diskussionsplattform ist, dass Herkunfts-, Transit- und Zielländer einen offenen Meinungsaustausch führen können. Anlässlich der Veranstaltung wurden weitere Themen, wie z. B. die Rechte von MigrantInnen und die Herausforderungen, denen sich Gesellschaften mit einem hohen Migrationsanteil stellen müssen, diskutiert. Österreich beteiligte sich auch im Jahr 2010 aktiv am Globalen Forum.

Ein wichtiges Ziel im Stockholm-Programm ist, ein gemeinsames Europäisches Asylsystem aufzubauen. Die Einrichtung des **Europäischen Asylunterstützungsbüros (EASO)** mit Sitz in Malta stellte 2010 eine wichtige Maßnahme dar. Der Niederländer Robert K. Visser wurde zum ersten Exekutivdirektor und der Direktor des österreichischen Bundesasylamts, Wolfgang Taucher, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Behörde gewählt. Hauptaufgabe des EASO ist es, die praktische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Asylfragen zu koordinieren. Weiters unterstützt das EASO jene Mitgliedstaaten, welche am meisten von Asylsuchenden betroffen sind.

II. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich

Österreich verfolgt im Rahmen seiner Migrations- und Flüchtlingspolitik einen umfassenden Ansatz, der politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt. Österreich ist in erster Linie von der Ost-West-Migration betroffen. Auf EU-Ebene unterstützt Österreich den globalen Ansatz zur Migration, der sowohl die Migrationsströme über das östliche und westliche Mittelmeer als auch jene über Ost- und Südosteuropa berücksichtigt.

In Österreich sind die Asylanträge 2010 insgesamt zurückgegangen (-30,40 %). Bei den Herkunftsländern stand die Russische Föderation mit 2.322 Asylanträgen an der Spitze gefolgt von Afghanistan (1.852), Kosovo (622), Nigeria (573), Indien (433), Iran (387), Georgien (370), Türkei (369), Serbien (350), und Irak (336).

III. Die Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die **Internationale Organisation für Migration (IOM)** wurde 1951 mit dem Ziel gegründet, in der Nachkriegszeit Flüchtlinge und vertriebene Personen in Europa zu betreuen. IOM tritt für eine humane und geregelte Migrationspolitik ein und sieht es als eine Hauptaufgabe, MigrantInnen sowie Regierungen bei der Bewältigung von Migrationsprozessen zu unterstützen. Als bedeutendste internationale Organisation in Migrationsfragen beschäftigt IOM weltweit rund 6.900 MitarbeiterInnen und zählt 127 Mitgliedstaaten, darunter alle 27 EU-Mitgliedstaaten.

Das IOM-Büro in Wien ist zugleich „Nationaler Kontaktpunkt Österreich" des von der EK im Jahr 2003 geschaffenen Europäischen Migrationsnetzwerks. Das Büro arbeitet eng mit den betroffenen österreichischen Institutionen zusammen. Im Jahr 2010 wurde das IOM-Büro Wien im Rahmen einer Strukturreform zu einem von insgesamt acht Regionalbüros der Organisation aufgewertet.

IV. Bekämpfung des Menschenhandels

Die **Bekämpfung des Menschenhandels** stellte weiterhin eine wichtige Priorität der österreichischen Außenpolitik dar. Österreich ist Vertragsstaat sämtlicher relevanter internationaler Rechtsinstrumente gegen den Menschenhandel und bestrebt, die entsprechenden internationalen Verpflichtungen durch konkrete Maßnahmen zu implementieren. Die bereits im Jahr 2004 unter der Leitung des BMeiA eingerichtete **Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels** setzte unter dem Vorsitz der **Nationalen Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels**, Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, Sektionsleiterin im BMeiA, ihre Aktivitäten zur Umsetzung des **Nationalen Aktionsplans gegen den Menschenhandel 2009–2011** fort. Im Mittelpunkt der Maßnahmen standen Prävention, Opferschutz, Strafverfolgung sowie regionale, nationale und internationale Koordination und Kooperation. Das BMeiA war auch präventiv in über 100 Risikoländern tätig. Alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wurden aufgefordert, aktiv Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu setzen. Auch OEZA und ADA leisteten einen wichtigen Beitrag, um den Menschenhandel bereits im Ursprungsland zu bekämpfen. So widmeten sich einige Projekte der Stärkung der Rechte von Opfern von Menschenhandel. Um den Schutz von Hausangestellten von in Österreich akkreditierten DiplomatInnen oder inter-

nationalen BeamtInnen zu erhöhen, entwickelte das BMeiA in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Ministerien und Opferschutzeinrichtungen eine Vielzahl an Kontrollmaßnahmen, um jeglichen Missbrauch zu unterbinden. Österreich hat hier auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle eingenommen. Im Bereich der Prävention organisierte das BMeiA anlässlich des „EU-Anti-Trafficking-Day 2010" die jährliche öffentliche Veranstaltung zum Thema „Gemeinsam gegen Menschenhandel – die österreichischen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels" am 15. Oktober in der Diplomatischen Akademie Wien. Unter der Federführung des BMeiA wurde die Ausstellung „Menschenhandel – die Sklaverei im 21. Jahrhundert" gestaltet, welche sich in erster Linie an österreichische SchülerInnen richtet und dazu beitragen soll, das Phänomen Menschenhandel zu erklären und die Diskussion über Hintergründe zu fördern.

I. Multilaterale Wirtschaftspolitik

I. Welthandelsorganisation (WTO)

In der internationalen Handelspolitik stellen die Verhandlungen im Rahmen der Doha Development Agenda **(DDA)** weiterhin die Hauptaktivität dar. Trotz aller Bemühungen konnte jedoch auch 2010 vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise kein signifikanter Fortschritt erzielt werden. Das Potential der Handelspolitik für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Entwicklung konnte daher vorerst nicht realisiert werden.

Die Themenbereiche Landwirtschaft und Industriegüter bilden weiterhin die tragenden Säulen einer künftigen Einigung. Es gilt, eine Balance zwischen der Verringerung der handelsverzerrenden Stützungen, bzw. Senkung der Einfuhrzölle bei landwirtschaftlichen Gütern auf der einen Seite und einer Zollreduktion im nicht agrarischen Bereich auf der anderen Seite zu erzielen. Aufgrund der schwierigen Gesamtsituation ist man zuletzt etwas vom Primat dieser beiden Bereiche zu Gunsten einer umfassenderen Sichtweise abgegangen, welche die horizontale Behandlung aller Dossiers (neben Landwirtschaft und Industriegüter auch Dienstleistungen, Handelsregeln, Handelserleichterungen und Fragen des Geistigen Eigentums) ermöglicht.

Politische Absichtserklärungen der Staats- und Regierungschefs ergingen im Rahmen der G20 Treffen von Toronto im Juni und Seoul im November, wobei das multilaterale Engagement der USA gegen Jahresende zu einer Intensivierung der Verhandlungstätigkeit auf technischer Ebene in Genf führte.

Auch wenn 2010 kein weiterer Beitritt zur derzeit 153 Mitglieder umfassenden Organisation stattfand, wurden einige Fortschritte erzielt. Vor allem Russland kehrte an den Verhandlungstisch zurück, nachdem die USA einen raschen WTO-Beitritt zur politischen Priorität erklärten. Im Herbst konnten daher auch die offenen bilateralen Fragen mit den USA und später auch der EU geklärt werden. Große Fortschritte wurden auch in den Beitrittsverhandlungen mit Vanuatu, Samoa, Jemen sowie Serbien verzeichnet. Der bereits für Ende 2008 vorgesehene Beitritt Montenegros wurde weiterhin durch zusätzliche Liberalisierungsforderungen der Ukraine blockiert.

Die von der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong 2005 ins Leben gerufene – und von der Doha Runde abgekoppelte Initiative „Hilfe für Handel" („Aid for Trade", AfT) konzentrierte sich in erster Linie auf die Umsetzung auf regionalem Niveau (v.a. Aktivitäten der regionalen Entwicklungsbanken). Im Rahmen von AfT galt das besondere Augenmerk dem Programm „Enhanced Integrated Framework" **(EIF)**, das sich auf den spezifischen Bedarf der LDC-Länder spezialisiert und dessen Operationalität weiter ausgebaut wurde.

II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

1. 50 Jahre OECD

Am 14. Dezember 1960 wurde die OECD-Konvention in Paris unterzeichnet. Dieses Ereignis wurde am 13. Dezember im Elysée auf Einladung von Präsident Nicolas Sarkozy gefeiert und war gleichzeitig der Auftakt für weitere Feierlichkeiten in der OECD und deren Mitgliedstaaten. Auch von österreichischer Seite ist für 2011 ein Symposium geplant.

2. Erweiterung und globale Beziehungen

Die OECD hat nun 34 Mitglieder. Chile, Estland, Israel und Slowenien traten der Organisation im Jahr 2010 bei. Die Beitrittsverhandlungen mit Russland werden weitergeführt, wobei von politischer Ebene in Russland eine neue Dynamik ausgeht. Generalsekretär Gurría bemüht sich weiterhin, die OECD für neue Länder und Regionen zu öffnen, um die globale Relevanz der OECD zu stärken. Die OECD leistet vermehrt Beiträge für die G20 und lässt damit ihre Erfahrungen und Analysen in die dortige Politikdebatte einfließen, wobei sie dabei oft mit verschiedenen anderen Internationalen Organisationen (z. B. IWF, ILO, etc.) kooperiert und gemeinsame Studien erstellt. Im Rahmen einer vertieften Zusammenarbeit mit Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika wird diesen Ländern die Möglichkeit gegeben, als Nichtmitglieder eine Rolle als privilegierte Partner zu spielen und an Komiteearbeiten, thematischen Länderprüfungen oder anderen wichtigen OECD-Projekten teilzunehmen. Diese vertiefte Zusammenarbeit soll weiter entwickelt und überarbeitet werden. Die globalen Beziehungen werden auch ausgebaut durch die Teilnahme anderer Staaten als Beobachter in den Komitees, durch regionale Programme, globale Fora und die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Internationalen Organisationen.

3. Wirtschafts- und Finanzpolitik

Das diesjährige Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen der OECD am 27. und 28. Mai unter dem Vorsitz Italiens stand ausgehend von der aktuell wachsenden Belastung für die öffentlichen Finanzen in den meisten OECD-Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund nur mäßiger Wirtschaftsaussichten und hoher Arbeitslosigkeit. Die MinisterInnen versicherten einander die Notwendigkeit glaubwürdiger Sanierung ihrer Staatsfinanzen gepaart mit strukturpolitischen Maßnahmen und der Betonung zu mehr „grünem Wachstum“ und verstärkter Innovationspolitik. Einmal mehr strichen sie die Dringlichkeit von Fortschritten bei den WTO-Verhandlungen heraus.

Staatssekretär Andreas Schieder und Staatssekretärin Christine Marek nahmen für Österreich an diesem Treffen teil.

Das OECD-Sekretariat bemühte sich indes, vom OECD-Ministerrat sowie von der G20 selbst einzelne Arbeitsaufträge bzw. -aufforderungen an die OECD für an die G20 zu liefernde Berichte und Studien einzuholen. Dies gelang ihr insbesondere in den Bereichen Wachstumspolitik (Strukturpolitik, u. a. mit Augenmerk auf die Auflösung von Zahlungsbilanzungleichgewichten), Arbeitsmarktpolitik, Handelspolitik, Energiepolitik (Reduktion staatlicher Beihilfen im Energiesektor) sowie Steuerpolitik (insbes. Fortschritte beim internationalen Austausch von Steuerinformation).

Im Bereich Finanzmarktpolitik widerstrebte es einigen OECD-Mitgliedstaaten, das zuständige OECD-Finanzmarktkomitee an der Ausarbeitung einer neuen Finanzarchitektur aktiv mitwirken zu lassen. Dem OECD-Sekretariat ist es jedoch gelungen, mit entsprechenden Publikationen das Argumentarium für eine konsistente Regulierung im Bereich der Finanzmärkte zu stärken; zudem konnte die OECD ihre Mitwirkung am sog. „Financial Stability Board" sichern.

4. Österreich und das „Bankgeheimnis"

Der internationale Steuerwettbewerb und das Vorgehen gegen Steuerflüchtlinge und Steueroasen haben sich seit 2009 weiter verschärft und letzteres wird in internationalen Foren wie der EU, der OECD, dem FATF oder den G20 betrieben. Frankreich, das Mitte November für ein Jahr den G20-Vorsitz übernommen hat, will die „good governance" in Steuerfragen auf internationaler Ebene weiter voranbringen.

Österreich sah sich bereits 2009 gezwungen – ebenso wie Luxemburg, Schweiz oder Liechtenstein – sein Bankgeheimnis durch die Annahme des neuen OECD-Standards, der einen Informationsaustausch „auf Anfrage" vorsieht, zu lockern. Die Umsetzung erfolgt sukzessive durch die Anpassung von rund 80 bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen **(DBA)** und Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen **(TIEA)**. Bis Ende 2010 hatte Österreich 17 bilaterale Abkommen nach dem neuen Standard ratifiziert.

Das „Steuerpaket", bestehend aus Amtshilfe-Richtlinie, Zinsbesteuerungs-Richtlinie, Beitreibungs-Richtlinie und Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten, wird seit 2009 auf ECOFIN-Ebene debattiert. Auf EU-Ebene kam es im Dezember zu einem politischen Durchbruch in Zusammenhang mit der Amtshilfe-Richtlinie. Der Kompromiss vom 7. Dezember sieht eine schrittweise Verschärfung des Informationsaustausches ab 2014 vor, wobei es auch eine allmähliche Ausweitung des verpflichtenden Austausches von Informationen in einer bestimmten Zahl von Einkunftskategorien geben soll. Der Zweck der Auskunftserteilung muss „erheblich" sein, er betrifft ab 2014 nur

fünf Einkommenskategorien, von welchen vorerst drei „verpflichtend" ausgetauscht werden müssen. Ziel der EK ist ein verpflichtender Informationsaustausch in acht Einkunftsarten ab 2018, über welche zur gegebenen Zeit einstimmig abgestimmt werden muss. Die EK wird dazu im Lauf des Jahres 2017 einen Bericht mit Vorschlägen vorlegen.

Österreich hatte in der EU-internen Debatte stets darauf hingewiesen, dass sich die Transparenz in Steuerfragen jedoch nicht allein auf die Beseitigung des Bankgeheimnisses konzentrieren dürfe. Die Bestimmungen der bestehenden Zinsenrichtlinie ermöglichen weiterhin Umgehungsmöglichkeiten über bestimmte anonyme Einrichtungen (Trusts, Stiftungen) in Drittstaaten. Österreich hatte in der EU-internen Debatte stets darauf hingewiesen, dass sich die Debatte zur Transparenz in Steuerfragen nicht allein auf die Beseitigung des Bankgeheimnisses konzentrieren dürfe, sondern dass sich die Mitgliedstaaten dazu bekennen müssten, künftig für die lückenlose Abschaffung anonymer Veranlagungsformen sowohl in der EU als auch in Drittstaaten sowie auch in abhängigen und assoziierten Gebieten zu sorgen, mit dem Ziel der Wettbewerbsgleichheit für alle.

5. Arbeit und Beschäftigung

Die Folgen der Krise für Beschäftigung und Arbeitsmärkte standen weiter im Mittelpunkt der Debatten. Beim Beschäftigungsgipfel der G20 in Pittsburgh im April, zu dem Präsident Obama auch die ILO und die OECD eingeladen hatte, bekannten sich die Teilnehmerstaaten dazu, dass in den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise menschenwürdige Arbeit und Beschäftigung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen Priorität haben sollten. Sie forderten einen beschäftigungsorientierten Rahmen für künftiges Wachstum. Die OECD wies dabei vor allem auf die Folgen der Krise für die Beschäftigung junger ArbeitnehmerInnen hin.

Da das österreichische Regierungsprogramm Vollbeschäftigung als eines der wesentlichen Ziele formuliert, wird das Streben nach Vollbeschäftigung auch in den Gremien der OECD aktiv vertreten.

Die Beteiligung der Sozialpartner an den Arbeiten der OECD ist im Wandel begriffen und die Sozialpartner waren voll an den Arbeiten des Ministerial Council Meeting **(MCM)** beteiligt. Der Generalsekretär der OECD würde dies gerne als Muster auch für die verschiedenen anderen Gremien der OECD sehen. Dazu ist allerdings eine einhellige Beschlussfassung der Mitgliedstaaten erforderlich. Die Diskussionen dazu sind im Gange.

6. PISA Veröffentlichung

Am 7. Dezember wurde „PISA 2009", das „Programme for International Student Assessment" der OECD, vorgestellt. Diese seit dem Jahr 2000 alle drei

Jahre durchgeführte Studie, die von den Medien intensiv aufgegriffen wird, untersucht, inwieweit SchülerInnen gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit (mit 15 Jahren) die Kenntnisse und Fähigkeiten für eine volle Teilhabe an der Wissensgesellschaft erworben haben. Außerdem wird der Einfluss von sozialer Herkunft, Geschlecht oder Migrationshintergrund auf das Leistungsniveau erfasst. PISA versucht damit Orientierungspunkte zur Verwirklichung von Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu bieten.

7. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sind der einzige umfassende Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen, zu dessen Förderung sich die teilnehmenden Regierungen (neben den OECD-Mitgliedern auch Ägypten, Argentinien, Brasilien, Litauen, Marokko, Peru und Rumänien) verpflichtet haben. Sie enthalten Empfehlungen für verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten und sind weltweit gültig; multinationale Unternehmen aus Mitgliedsländern werden unabhängig davon erfasst, wo sie ihre geschäftlichen Aktivitäten entfalten. Die Leitsätze wurden zuletzt im Jahr 2000 überarbeitet. Aktuell sind unter Federführung des OECD-Investitionskomitees, dessen Vorsitz derzeit Österreich innehat, umfassende Arbeiten für eine neuerliche Aktualisierung im Gange. Österreich ist dabei aktiv beteiligt. Die Ergebnisse sollen dem OECD-Ministerrat im Mai 2011 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

8. OECD-FachministerInnentreffen

Gemeinsam mit dem neuseeländischen Landwirtschaftsminister leitete **Bundesminister Nikolaus Berlakovich** am **25. und 26. Februar** die **OECD AgrarministerInnenkonferenz** in Paris. Die OECD-Mitgliedstaaten sowie einige weitere Partnerländer einigten sich dabei auf die strategische Ausrichtung der künftigen OECD Agrararbeit sowie auf Politikgrundsätze für die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung. Die Arbeiten im Agrarkomitee basieren auf diesen Beschlüssen.

Am 17. September fand ein bilateraler Besuch des OECD-Generalsekretärs Ángel Gurría in Wien statt. Dabei wurde der Bericht zur Österreich-Prüfung im Bereich Better Regulation von Seiten der OECD an Staatssekretär Josef Ostermayer übergeben. Im Rahmen des Österreichbesuchs des Generalsekretärs fanden auch Gespräche mit Vizekanzler Josef Pröll sowie Bundesminister Michael Spindelegger statt.

Am Treffen der **GesundheitsministerInnen der OECD in Paris am 7. und 8. Oktober** unter norwegischem Vorsitz zum Thema „Health Priorities in the Aftermath of the Crisis“ nahm von österreichischer Seite **Bundesminister Alois Stöger** teil. Die Veranstaltung brachte MinisterInnen aus den OECD-

Mitgliedstaaten sowie hochrangige VertreterInnen des Europarates, der internationalen „Social Security Association" und der WHO zusammen. Es erfolgte ein breiter Gedankenaustausch über neue Herausforderungen im Gesundheitsbereich und eine spannende Diskussion über leistungsfähige und effizient gestaltete Gesundheitssysteme.

Die Tagung der **OECD-BildungsministerInnen in Paris am 4. und 5. November** unter dem **Vorsitz von Bundesministerin Claudia Schmied** stand ganz im Zeichen des Themas „Investing in Human and Social Capital – New Challenges" und brachte 38 Ressortchefs aus der OECD und anderen Partnerstaaten und VertreterInnen der EU, des Europarates sowie der UNESCO zusammen, um die bedeutende Rolle der Bildung für die zukünftige gesellschaftliche Weiterentwicklung sowie im Hinblick auf wirtschaftliche Veränderungen, zu diskutieren. Die MinisterInnen konsultierten im Vorfeld die Sozialpartner bei der OECD und profitierten in ihrem Gedankenaustausch auch von den Anregungen einer innovativen, weltweit organisierten Online Befragung. Im Zuge des erfolgreichen zweitägigen Treffens wurde erneut unterstrichen, dass kontinuierliche und breit angelegte Reformbemühungen notwendig sein werden, um die Fähigkeit der Bildungssysteme, für eine adäquate Aus- und Weiterbildung der BürgerInnen zu garantieren, zu erhalten.

Am 15. November fand in Venedig **das MinisterInnentreffen des OECD „Public Governance Committees"** statt. Das Treffen unter dem Vorsitz Italiens, an dem insgesamt 44 Delegationen teilnahmen, war dem Thema „Towards Recovery and Partnership with Citizens: The Call for Innovative and Open Government" gewidmet und wurde von Österreich auf hoher Beamtenebene beschickt.

9. Green Growth Strategy

Das Querschnittsthema Grünes Wachstum wurde eingehend in zahlreichen Gremien der OECD erörtert. Beim Treffen der Wirtschafts- und FinanzministerInnen **(MCM)** im Mai wurde der Zwischenbericht des OECD-Sekretariats vorgelegt. Beim MCM 2011 soll der Endbericht präsentiert werden.

10. Wiederernennung des Generalsekretärs

Generalsekretär Ángel Gurría wurde im September für eine neue Amtsperiode von fünf Jahren beginnend mit 1. Juni 2011 wiedergewählt.

11. Internationale Energieagentur (IEA)

Als Konsequenz der wachsenden Bedeutung der großen aufstrebenden Volkswirtschaften und Energielieferanten für die Energiepolitik der IEA-Mitgliedstaaten lag ein Schwerpunkt der IEA-Aktivitäten in einem weiteren

Ausbau der Kooperation mit entsprechenden Drittländern. Ein hochrangiges „Partnerschaftstreffen“ im Oktober mit den Schwerpunkten Versorgungssicherheit, Zugang zu Energiequellen und Nachhaltige Energie versammelte neben den IEA-Mitgliedstaaten VertreterInnen aus Algerien, Brasilien, Chile, China, Indien, Indonesien, Kasachstan, Mexiko, Russland und Südafrika und soll die Grundlage künftiger verstärkter „Outreach“-Aktivitäten der IEA bilden. Chile hat, aufbauend auf dem jüngst erfolgten OECD-Beitritt, im Oktober einen offiziellen Beitrittsantrag zur IEA gestellt. Ebenfalls unter starker Beteiligung von Drittstaaten wurde eine internationale Plattform für CO2-sparende Technologien („International Low-Carbon Energy Technology Platform“) ins Leben gerufen, auf Grundlage derer die IEA-Arbeiten im Themenbereich Energie und Klimawandel weiter ausgebaut werden sollen. Das Engagement der IEA in diesem Bereich spiegelt sich auch in ihren Beiträgen zu den G20-Treffen (Analyse von Subventionen für fossile Brennstoffe), der Konferenz von Cancún im Dezember sowie der zentralen Rolle von CO2-reduzierenden Maßnahmen in den Szenarien des diesjährigen „World Energy Outlook“, der weltweit große Beachtung erfuhr, wider.

J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Umwelt und nachhaltige Entwicklung zählen derzeit zu den hochaktuellen Themen im internationalen Kontext. Die großen Herausforderungen durch Klimawandel, den Verlust der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcenbasis sowie Nahrungsmittelknappheit erfordern global konzertiertes und entschiedenes Handeln. Hierzu wurden seit 1992 auf Basis der Vorgaben der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro diverse Konventionen und Rechtsinstrumente geschaffen (Klimaschutz, Biodiversität, Wüste, gefährliche Chemikalien), wichtige Prinzipien der Rio-Deklaration fanden Eingang in die nationale und europäische Gesetzgebung und das Erfordernis nachhaltiger Entwicklung fließt in verstärktem Maß in das politische Handeln ein. Dennoch wird immer deutlicher, dass langfristige Weichenstellungen im Umweltbereich in der globalen Politik verstärkte Berücksichtigung erfahren sollten.

I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002

Die 18. Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung **(CSD-18)** tagte in New York vom 3.–14. Mai. Im Mittelpunkt der Sitzung standen eine Bestandsaufnahme der Entwicklung in den Themenbereichen des vierten Umsetzungszyklus der Johannesburg-Agenda: Verkehr, Chemikalien, Abfallmanagement, Bergbau und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Diese Bestandsaufnahme bildet die Grundlage für politische Empfehlungen im kommenden Jahr.

Gleichzeitig haben die Vorbereitungen für die VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung **(United Nations Conference on Sustainable Development, Rio+20)** auf internationaler Ebene mit der ersten Vorbereitungssitzung vom 17.–19. Mai in New York begonnen.

II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Die 11. Sondersitzung des **UNEP-Verwaltungsrats** fand gleichzeitig mit dem Globalen Umweltministerforum **(GMEF)** und dem außerordentlichen Treffen der Vertragsparteien des Basler, Rotterdamer und Stockholmer Übereinkommens (EX-COPs) in der Zeit vom 220-26. Februar in Bali statt. Die dort verabschiedete Nusa Dua-Erklärung, die allgemein die Bedeutung einer Verbesserung des relativ fragmentierten Managements der globalen Umwelt hervorhebt, bezieht sich auch auf Umweltverschmutzung durch gefährliche Chemikalien und gefährlichen Abfall. Diese Erklärung wird der VN-Generalversammlung im Vorfeld der „Rio+20"-Sitzung übermittelt werden.

III. Globale Umweltschutzabkommen

Vom 29. November bis 10. Dezember tagten in Cancún parallel die 16. Konferenz der Vertragsparteien des **VN-Klimarahmenübereinkommens (UNFCCC)** und die sechste Konferenz der Vertragsparteien des **Kyoto-Protokolls.** Mit dem Ergebnis von Cancún wurde auch das Vertrauen in die Lösungskompetenz des multilateralen Klimaprozesses neu gestärkt. Österreich beteiligte sich konstruktiv am Vorbereitungsprozess und an den Verhandlungen und konnte auch einen wichtigen Beitrag durch die Vorsitzführung von Unterarbeitsgruppen leisten.

Das bei der Konferenz verabschiedete umfangreiche Paket an Entscheidungen („Cancún Agreements") enthält neben dem Bekenntnis zur Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf maximal zwei Grad Celsius detaillierte Bestimmungen zur Verankerung von Emissionsreduktionsangeboten im Verhandlungsprozess, zum internationalen Berichtswesen **(MRV)**, zu Maßnahmen gegen die tropische Entwaldung **(REDD+)** sowie zu Anpassung, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau. Im Bereich Finanzierung einigte man sich auf die Schaffung eines neuen **„Green Climate Fund"** unter der UNFCCC. Die Entscheidungen enthalten zudem das Bekenntnis, an den Modalitäten einer zweiten Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll weiterzuarbeiten. Die Mandate der beiden Untergruppen unter der UNFCCC (**AWG-LCA)** und dem Kyoto-Protokoll **(AWG-KP)** wurden verlängert bzw. bestätigt. Die beiden Gruppen sollen ihre Arbeiten im Jahr 2011 fortführen und das Ergebnis ihrer Verhandlungen in die 17. Konferenz der Vertragsparteien einfließen lassen.

Der Bereich der **Biodiversität** erhielt durch das „Internationale Jahr der Biologischen Vielfalt" große Aufmerksamkeit und konnte weitreichende Erfolge verzeichnen. Anlässlich der fünften Konferenz der Vertragsparteien **zum Cartagena Protokoll über die biologische Sicherheit** (11.–15. Oktober in Nagoya) konnte mit dem Nagoya-Kuala Lumpur-Zusatzprotokoll über Haftung und Entschädigung ein rechtlich verbindliches internationales **Haftungsregime für die Verbringung von gentechnisch veränderten Organismen** verabschiedet werden. Zum Kernthema Risikoabschätzung wurden die unter österreichischer Leitung erstellten technischen Dokumente zur Risikoabschätzung von gentechnisch veränderten Organismen vom Plenum begrüßt, und die Fortführung der Arbeiten beschlossen. Zudem wurde ein strategischer Plan verabschiedet, der die Schwerpunkte der Arbeiten am Cartagena Protokoll bis 2020 festlegt.

Auf der zehnten Konferenz der Vertragsparteien zum **Übereinkommen über die biologische Vielfalt**, die vom 18.–29. Oktober ebenfalls in Nagoya tagte, konnte nach jahrelangen Verhandlungen das **Nagoya Protokoll über den Zugang zu genetischen Ressourcen und dem Vorteilsausgleich aus deren Nutzung (Access and Benefit-Sharing, ABS)** verabschiedet werden. Angenommen wurde außerdem der nach der japanischen Aichi-Provinz benannte

Strategische Plan zum Schutz der Artenvielfalt, der eine langfristige Zielsetzung („vision") bis 2050, eine Aufgabensetzung („mission") bis 2020, sowie 20 konkrete Ziele enthält. Darunter fallen eine 50–100 %-ige Reduktion des Verlustes von relevanten Umweltbiotopen, die Eindämmung der Überfischung der Meere, der Stopp der Zerstörung der Korallenriffe, die Eindämmung von schädlichen Subventionen, die Erweiterung von Schutzzonen von 13 auf 17 % am Land und von 1 bis 10 % auf den Meeren/Küsten. Die Umsetzung des Plans soll durch konkrete Zielsetzungen zur Ressourcenmobilisierung gestärkt werden. Österreich konnte durch die Vorsitzführung in einer der beiden Arbeitsgruppen einen konstruktiven Beitrag zum erfolgreichen Abschluss der Konferenz leisten.

Die 62. Jahrestagung der **Internationalen Walfangkommission (IWC)** wurde vom 21.–25. Juni in Agadir abgehalten. Nachdem die Organisation jahrelang durch zwei rivalisierende Lager in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt war, wurden die 2007 begonnenen Verhandlungen für eine einvernehmliche Lösung zur „Future of IWC" fortgesetzt. Entscheidungen zu strittigen Fragen konnten jedoch noch keine erzielt werden. Bis zur Jahrestagung 2011 sind die Hauptakteure angehalten, bilaterale Verhandlungen zu führen.

Im Bereich der **Chemikalien** wurden zu den bestehenden Übereinkommen (Rotterdamer und Stockholmer Übereinkommen) und Initativen (SAICM) mit den Verhandlungen zur **Ausarbeitung eines Quecksilberübereinkommens** im Rahmen der ersten Sitzung des Verhandlungskomitees (7.–11. Juni, Stockholm) begonnen. Das Übereinkommen soll ein umfassendes, globales Instrument zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit vor Quecksilber und – im Falle einer Mandatserweiterung – auch weiterer Schwermetalle darstellen. Die erste Verhandlungsrunde war von einer ungewöhnlichen Reihenfolge der zu verhandelnden Themen geprägt; nach Ziel und Struktur wurden bereits zu Beginn ein Einhaltungsmechanismus und die Finanzierung, insbesondere durch die Globale Umweltfazilität oder ein sich an den Finanzierungsmechanismus des Montreal-Protokolls anlehnendes „MLF-ähnliches Modell", diskutiert.

Vom 10.–14. Mai fand in Genf die siebente Sitzung der **„Open-Ended Working Group" (OEWG)** statt, einem Unterorgan der Vertragsstaatenkonferenz des **Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung**. Sowohl im Bereich technischer Fragen (Richtlinien zu Quecksilber, Altreifen), als auch in Hinblick auf die strategischen Partnerschaftsprogramme zu spezifischen Abfallströmen (Computer) wurden Impulse für eine Fertigstellung der Arbeiten bis zur 11. Vertragsparteienkonferenz im Oktober 2011 getroffen. Seitens der EU wurden besonders im Bereich der Synergien mit den Chemikalien-Übereinkommen (in Verbindung mit den Budgetentwürfen), zu den technischen Richtlinien (Altreifen) und zum Abwracken von Schiffen (Vergleich der Anforderungen des Hong-Kong-Übereinkommens über umweltverträgliches

Recycling von Schiffen und des Basler Übereinkommens) Schwerpunkte gesetzt.

Das 22. Treffen der Vertragsparteien zum **Montreal Protokoll über Substanzen, die zum Abbau der Ozonschicht führen,** fand vom 8.–12. November in Bangkok statt. Das Treffen diente vor allem der Vorbereitung der Wiederauffüllung des Multilateralen Fonds für das Triennium 2012–2014, wobei die Verhandlungen über das Finanzkapitel unter österreichischer Leitung standen. Der Fonds unterstützt die Durchführung von Umstellungsprojekten in Entwicklungsländern. Aufgrund des Beschlusses der 19. Vertragsparteienkonferenz, die Ausstiegspläne aus teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen **(HFCKW)** zu beschleunigen und für Entwicklungsländer um zehn Jahre vorzuverlegen, werden diesbezügliche Projekte einen Kernpunkt der zukünftigen Aktivitäten des Fonds darstellen. Wie im Vorjahr waren mögliche Beschränkungen von teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen **(HFKW)** ein weiteres wichtiges Verhandlungsthema. Diese Stoffe, die zwar nicht Ozon abbauend, jedoch klimaschädlich wirken, werden vermehrt als Ersatzstoffe für HFCKWs eingesetzt, insbesondere in den Entwicklungsländern. Obwohl bisher keine Einigung erzielt werden konnte, ist davon auszugehen, dass dieses Thema angesichts der aktuellen klimapolitischen Diskussionen weiterhin auf der Tagesordnung bleiben wird.

K. Auslandskulturpolitik

I. Zielsetzungen und Schwerpunkte

Die Auslandskulturarbeit des BMeiA ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Faktor der österreichischen Außenpolitik. Mit über 5000 Projekten pro Jahr trägt sie maßgeblich zur Positionierung und zum Bild Österreichs im Ausland bei. Österreich wird dabei als innovatives und kreatives Land präsentiert, das sich durch eine zukunftsfähige Kulturszene auszeichnet, die Tradition neu zu interpretieren und neuartige kulturelle Ansätze zu entwickeln vermag. Das BMeiA unterstützt KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen bei internationalen Auftritten und fördert durch Veranstaltungen und Projekte im In- und Ausland nachdrücklich den Dialog der Kulturen. Österreichs traditioneller Ruf als „kulturelle Großmacht" wird damit um den Aspekt einer internationalen Begegnungsstätte ergänzt und erweitert. Das Netzwerk der Auslandskulturarbeit des BMeiA umfasst 82 Botschaften, 30 Kulturforen, 11 Generalkonsulate, 59 Österreich-Bibliotheken, 9 Österreich Institute sowie Spezialbüros in Lemberg, Sarajewo und Washington DC.

Gustav Mahler als musikalischer „Jahrespatron" 2010 bildete einen der thematischen Schwerpunkte der Auslandskulturarbeit des BMeiA. Die 200. Wiederkehr der Unabhängigkeit von Argentinien, Kolumbien, Chile und Mexiko bot Gelegenheit, die kulturellen Beziehungen Österreichs zu einer sozio-ökonomisch dynamischen Weltregion zu stärken. Das Südosteuropaprogramm „Culture Matters" wurde durch zahlreiche Projekte weiter vertieft. Zu nennen sind hier insbesondere die Eröffnung einer Österreich-Bibliothek in Iasi/Rumänien und das Festival of Conversation for Culture and Science „flow" in Chisinau/Moldau. In der Donau- und Schwarzmeerregion wurde durch die Eröffnung von Österreich-Bibliotheken in Baku/Aserbaidschan, Samsun/Türkei und Jerewan/Armenien die Kulturarbeit weiter intensiviert. Im Rahmen der Schreibwerkstatt Schwarzes Meer verbrachten zwölf Autoren der Region je zwei Monate in Wien. Österreich war mit zahlreichen Projekten an den Programmen der Europäischen Kulturhauptstädte Istanbul, Pécs und Essen mit dem gesamten Ruhrgebiet beteiligt.

Das BMUKK unterstützte durch die Bereitstellung finanzieller Mittel für kulturelle Projekte an Kulturforen und Vertretungsbehörden in der Höhe von 200.000 Euro die Auslandkulturarbeit des BMeiA.

1. Auswahl aus der Auslandsprojektarbeit

1.1. Musik

Anlässlich des 150. Geburtstags von Gustav Mahler unterstützte das BMeiA schwerpunktmäßig zahlreiche Projekte in aller Welt. Im Zentrum standen Aufführungen von Mahlers Werken, Werkeinführungen und Vorträge zur musikhistorischen Bedeutung des Jubilars sowie die Wanderausstellung

„Gustav Mahler und Wien“. Unterstützt wurde beispielsweise die „Casa da Musica“ in Porto, welche im Rahmen des Konzertzyklus „Austria 2010“ neben Mahler auch zeitgenössische österreichische KomponistInnen – darunter Friedrich Cerha, Olga Neuwirth und Johannes Maria Staud – zur Aufführung brachte. Auch der 150. Geburtstag von Hugo Wolf war Anlass für mehrere Konzertveranstaltungen.

Die Förderung des zeitgenössischen österreichischen Musikschaffens und junger Musikertalente ist eine wesentliche Aufgabe der Auslandskulturarbeit. Im Rahmen des seit 2005 bestehenden Aktionsprogramms „The New Austrian Sound of Music“ (NASOM) wurden daher zahlreiche junge InterpretInnen aller Musikgenres bei Auftritten im Ausland unterstützt. Erwähnt sei auch die Unterstützung des Wiener Jeunesse Orchesters sowie des European Union Youth Orchestra.

Im Jahr 2009 war mit „frauen/musik österreich“ in Buchform versucht worden, die Rolle der Frauen in der heimischen Musikszene ins rechte Bild zu rücken. Um weiterhin die ganze Bandbreite des weiblichen Musikschaffens in Österreich in jeweils auf den letzten Stand gebrachter Form präsentieren zu können, wurde 2010 gemeinsam mit dem Music Information Center Austria (mica) die ersten Vorabreiten für die Errichtung einer Datenbank gestartet.

1.2. Literatur, Tanz, Theater

Der Schwerpunkt der Veranstaltungen in den Bereichen Literatur und Theater lag auf der Vorstellung zeitgenössischer Werke und Inszenierungen österreichischer Autoren. Österreichische Schrifsteller stoßen weiterhin auf weltweites Interesse. Stellvertretend für viele seien hier Ruth Aspöck, Edith Binderhofer, Karl Markus Gauß, Walter Grond, Norbert Gstrein, Yasmin Hafedh, Werner Kofler, Ulli Lust, Nicolas Mahler, Eva Menasse, Robert Menasse, André Pilz, Doron Rabinovici, Hans Raimund, Angelika Reitzer, Gerhard Roth, Gerhild Steinbach, Linda Stift, Folke Tegethoff, Erwin Uhrmann genannt. AutorInnenlesungen nehmen neben der Unterstützung von Publikationen und literaturwissenschaftlichen Projekten insgesamt einen großen Teil der Aktivitäten im Bereich „Literatur“ ein.

Der Theaterbereich umfasste ausländische Produktionen von Werken österreichischer AutorInnen, wie beispielsweise „Sibirien“ von Felix Mitterer, Markus Kupferblum (in Israel), Werner Schwab (in Schweden) oder Inszenierungen fremder Theaterstücke durch österreichische Regisseure. Weiters erfolgten Beteiligungen an Theaterfestivals in verschiedenen Ländern. Neben dem klassischen AutorInnentheater fanden andere Formen, wie etwa Performances, Puppentheater, Figurentheater und Kindertheater Unterstützung.

Der von Christian Papke initiierte und in Kooperation mit dem österreichischen P.E.N. Club in verschiedenen Ländern Südosteuropas durchgeführte Dramenwettbewerb „Über Grenzen sprechen“ wurde in Albanien fortgesetzt.

Jonila Godole war die Preisträgerin des albanischen Wettbewerbs mit ihrem Stück „Der Sandmann", das in szenischer Lesung im Mai im Wiener Burgtheater zur Aufführung kam.

Die österreichische Tanzszene hat sich international erfolgreich etabliert. TänzerInnen und Tanzgruppen wie Editta Braun Company, Aline Kristin Mohl (Mexiko), Chris Haring (Niederlande), Dancescreen (Niederlande), Willi Dorner (Belgien) und „Superamas" (Belgien) waren zu Festivals und Einzelaufführungen weltweit eingeladen. Steigende Nachfrage verzeichneten auch Tanzworkshops, die Studierenden und Interessierten spannende Einblicke gaben.

1.3. Bildende Kunst

Neben zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen und Präsentationen bei internationalen Festivals sind im Ausstellungsbereich Veranstaltungen zum Gustav Mahler Gedenkjahr und zu 200 Jahren Unabhängigkeit in Lateinamerika (Bicentenario) besonders hervorzuheben.

Zum 150. Geburtstag Gustav Mahlers wurden mehrere Projekte unterstützt, die Österreich international als ein Land darstellen sollten, das Tradition immer wieder neu zu interpretieren vermag. Die Wanderausstellung „Gustav Mahler und Wien" (1897–1907), die in Zusammenarbeit mit der Wiener Staatsoper (Kuratoren: Peter Blaha und Therese Gassner), der Österreichischen Nationalbibliothek und dem Österreichischen Theatermuseum, KHM Wien, entwickelt wurde, kam weltweit an den Vertretungsbehörden zum Einsatz.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europe on Water" der Europäischen Kulturhauptstadt Istanbul 2010 organisierte das Österreichische Kulturforum das Projekt „Lichtflotte" mit Waltraut Cooper, die vor dem großen Sütlüce Kultur- und Kongresszentrum am Goldenen Horn eine spektakuläre Lichtinstallation, bestehend aus 25 Flößen mit Lichtmasten, inszenierte. Einen weiteren Beitrag zum Europäischen Kulturhauptstadtjahr Istanbul 2010 lieferte das Steirische Universalmuseum Joanneum mit einer Ausstellung über Joseph von Hammer-Purgstall (1774–1856).

Seit 2009 kooperiert das BMeiA mit dem MuseumsQuartier Wien im Rahmen des Projekts „freiraum quartier21 INTERNATIONAL". Ziel dieser neuen Veranstaltungsreihe ist es, verstärkt internationale Ausstellungen und Projekte aus den Schwerpunktbereichen Mode, Design und Digitale Kultur zu präsentieren. Es war u. a. die Ausstellung „The Art of Design/ak7", für die Künstler wie Erwin Wurm, Lois Weinberger oder Esther Stocker spezielles Design entwarfen, zu sehen.

Serbien auf dem Radarschirm der zeitgenössischen Kunst stand im Mittelpunkt einer Ausstellung des Kulturforums New York. Die Ausstellung mit dem Titel „FAQ/Serbia – Frequently Asked Questions" wurde von dem bekannten Belgrader Kunsthistoriker Branislav Dimitrijević gemeinsam mit

Kulturforums-Direktor Andreas Stadler kuratiert und präsentierte Werke von namhaften KünstlerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien wie Anri Sala, Zoran Todorović und Milica Tomić sowie von Johanna Kandl, Paul Albert Leitner und Walter Steinacher. „Serbia – Frequently Asked Questions" wurde vom europäischen Kulturnetzwerk „European Union National Institutes of Culture" **(EUNIC)** mitgetragen und kristallisierte sich rasch als dessen Vorzeigeprojekt des Jahres heraus.

Das Kulturforum Moskau nahm mit dem Projekt „New Lives – Modernization of public buildings" an der Architekturbiennale Moskau, der größten und qualitativ hochwertigsten Präsentation zeitgenössischer Architektur in Russland, teil. In Kooperation mit der Stella Art Foundation gelang außerdem die Realisierung der ersten „Hermann Nitsch – Ausstellung" im Freud Museum St. Petersburg.

Im Pariser Centre Georges Pompidou nahm der Fotograf Reiner Riedler mit Unterstützung des Kulturforums Paris an der prestigereichen Großausstellung „Dreamlands" teil, die Besucherrekorde erzielte.

Das bewährte Angebot der Wanderausstellungen wurde von den Kulturforen und Vertretungsbehörden in großem Ausmaß genutzt; im Besonderen sind die Ausstellung "Europe – Work in Progress" von Barbara Zeidler, Institut für kulturresistente Güter/Wien (Präsentationen in Krakau, Pressburg, Vilnius, Astana und Almaty), die Ausstellung „Die unbekannten Europäer"/Texte: Karl-Markus Gauß, Fotograf: Kurt Kaindl (Einsatz in Rostock und im Dokumentationszentrum in Lusern/Italien) sowie die Ausstellung über österreichische Architektur und Design von Walter Zednicek (Einsätze u. a. in der Tschechischen Republik, in Chile u. Georgien) hervorzuheben.

1.4. Film

Der österreichische Film gewann in den letzten Jahren hauptsächlich durch die Erfolge von Michael Haneke und die Oscar-Prämierungen von Stefan Ruzowitzky und Christoph Waltz internationale Reputation. Mittlerweile sind österreichische Beiträge aus allen Filmgenres mit über 350 Teilnahmen bei internationalen Filmfestivals nicht wegzudenken. Dort errangen elf österreichische Filme insgesamt 27 Preise. Die Botschaften und Kulturforen unterstützten diese Festivalteilnahmen, so erforderlich, finanziell und logistisch.

Großer Beliebtheit erfreuten sich die österreichischen Filmwochen, Retrospektiven und Filmabende. Österreich beteiligte sich weltweit an der Präsentation aktueller österreichischer Produktionen bei europäischen Filmtagen und übernahm in Teheran selbst die Veranstaltung einer solchen europäischen Filmwoche.

In Einzelfällen konnte österreichisches Filmschaffen im Ausland auch bei der Produktion unterstützt werden. Von solchen Projekten aus den Vorjahren konnte der Film „Muezzin" von Sebastian Brameshuber seinen Kinostart

erfolgreich feiern und die 3D-Animation „Intiñahui – Im Auge der Sonne“ von Klaus Schrefler als DVD ihren internationalen Einsatz beginnen.

1.5. Wissenschaftliche Veranstaltungen

Vorträge und Konferenzteilnahmen sowie Workshops und Seminare von WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen fanden in beinahe allen Wissenschaftssparten und Kunstbereichen statt. Politikwissenschaftliche Fragen, didaktische Themen, naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Theorien wurden in annähernd 500 Veranstaltungen ebenso behandelt wie kunstgeschichtliche Erörterungen, rechtliche Probleme und historische Fragen, wobei künstlerische Darbietungen vermehrt mit Workshops verbunden wurden, in denen die Künstler ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Studierende und andere Interessierte weitergeben.

2. Auslandskulturpolitische Initiativen

Die Feierlichkeiten in mehreren Ländern Lateinamerikas zu 200 Jahren Unabhängigkeit („bicentenario“) boten den Rahmen für eine verstärkte kulturelle Präsenz. Höhepunkte waren in Mexiko im März/April eine Retrospektive der Linzer ARS Electronica mit dem Titel „dynamic (in) position“ mit dem Künstlerduo Christa Sommerer und Laurent Mignonneau sowie im Mai/Juni eine Wechselausstellung des mexikanischen Kunstförderungsfonds FONCA mit der Landesgalerie Salzburg mit den KünstlerInnen Elisabeth Wörndl, Patrick Schaudy, Ursula Hansbauer und Christian Schwarzwald, in Kolumbien im Juni/Juli die Erwin Wurm-Ausstellung „Memory in an age of Globalization“ im „Museo de Arte Moderno de Bogotá“ (MamBo), in Argentinien im August die Uraufführung des Auftragstheaterstücks „LIZ“ von Klaus Händl und dem bolivianisch-argentinischen Regisseur Percy Jimenez zur Mentalität in Europa und Südamerika und schließlich in Chile im September/Oktober die ARS Electronica Installation „Magic Eye – Dissolving Borders“ von Christa Sommerer und Laurent Mignonneau im „Museo Nacional de Bellas Artes“ in Santiago de Chile mit direkter Verbindung zur ARS Electronica in Linz.

Diese vier Länder traten in Wien gemeinsam mit Ecuador und Venezuela (200 Jahre Unabhängigkeit 2009 bzw. 2011) als „Grupo Bicentenario“ auf und präsentierten ein reichhaltiges kulturelles Programm. Beim Seminar „Free and United. 200 Years Later“ als Schlüsselveranstaltung am 7. Juni an der Diplomatischen Akademie hielt Bundesminister Michael Spindelegger den Hauptvortrag.

3. Kulturelle Förderungen

Das BMeiA stellt zur Unterstützung innovativer Projekte mit kulturpolitischem Inhalt sowie zur Verankerung außenpolitischer und auslandskultur-

politischer Zielsetzungen in der Öffentlichkeit Finanzmittel in Form von Förderungen für kulturelle Projekte im In- und Ausland zur Verfügung. Im Jahr 2010 wurden dazu Budgetmittel in der Höhe von 391.900 Euro für insgesamt 57 Projekte im künstlerischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich bereitgestellt. Stellvertretend für das weite Spektrum der gewährten Förderungen seien folgende Projekte genannt: Im musikalischen Bereich wurden die Auslandstourneen des Gustav Mahler Jugendorchesters, die Auslandsauftritte des Klangforums Wien und des Vienna Art Orchestra sowie das 12. Konzert der Österreichisch-Koreanischen Philharmonie gefördert. Im Ausstellungsbereich wurde unter anderem das Projekt einer historischen Aufarbeitung des jüdischen Flüchtlingscamps „Givat Avoda" in Saalfelden vom NEXUS Kunsthaus Saalfelden mit Subventionsmitteln bedacht.

Wie jedes Jahr wurde eine Reihe von Theaterprojekten, Festivals und Veranstaltungen wie die Österreichischen Architekturtage, welche jedes Jahr österreichweit und in den benachbarten Regionen stattfinden, das Urban Culture Festival in Linz, das Projekt des Wiener Volkstheaters „Die Besten aus dem Osten, Folge 6: Serbien" oder das Festival Retz „Offene Grenzen" gefördert. Im Filmbereich wurden Festivals wie das Menschenrechtsfilmfestival „This Human World" oder das EU XXL Film Forum in Wien und das Crossing Europe Film Festival in Linz finanziell unterstützt.

Im Tagungs- und Konferenzbereich seien die Paneuropa-Jugendkonferenz in Linz der Paneuropabewegung Österreich, die Tagungen des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, das Internationale Symposium „Die Kaiser von Carnuntum" des Vereins „Art Carnuntum", das Projekt „Viel Glück! Migration heute" der Initiative Minderheiten sowie das Europäische Forum Alpbach erwähnt, denen Förderungen zuerkannt wurden.

Auch dieses Jahr wurde die Teilnahme von StudentInnendelegationen der Universitäten Wien und Graz an internationalen Völkerrechtswettbewerben finanziell unterstützt. Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die zahlreichen projektbezogenen Förderungen an diverse Kulturvereine sowie die finanzielle Unterstützung von Deutschkursen diverser kultureller Institutionen im In- und Ausland.

II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Mazedonien über kulturelle Zusammenarbeit wurde in Wien am 19. Oktober von Bundesminister Michael Spindelegger und der Ministerin für Kultur der Republik Mazedonien, Elizabeta Kanceska-Milevska, unterzeichnet. Am 13. Juli fand in Wien die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Serbien über wissenschaftlich-technische Zusammenar-

beit durch Bundesministerin Beatrix Karl und dem Vizepräsidenten und Minister für Wissenschaft und Technologische Entwicklung der Republik Serbien, Bozidar Djelic, statt

Aufgrund der geltenden Kulturabkommen trat am 22. Juli in Wien die Gemischte Österreichisch-Montenegrinische Kommission zu ihrer zweiten Tagung zusammen und am 30. September und 1. Oktober tagte zum zehnten Mal die Gemischte Kommission für die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur mit Mexiko in Wien. Ein Kulturarbeitsprogramm mit Serbien für die nächsten Jahre wurde am 31. Dezember unterzeichnet. Österreichischerseits erfolgte eine Evaluierung des Kulturarbeitsprogramms mit Slowenien, welches der slowenischen Seite zur Verfügung gestellt wurde.

Die neunte Tagung der österreichisch-chinesischen Gemischten Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 12. März in Wien statt. Die österreichisch-ukrainische Gemischte Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit kam am 21. Oktober in Kiew zum vierten Mal zusammen. Die vierte Tagung der österreichisch-slowakischen Kommission über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde am 24. November in Wien durchgeführt. Vom 17.–19. November fanden in Moskau Delegationsverhandlungen über den Abschluss eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt.

III. Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland sind nach einer rund 20-jährigen Entwicklung etablierte Plattformen des interkulturellen Dialogs, die einen besonderen Beitrag zur Überwindung der geistigen Ost-West-Teilung Europas seit 1989 leisten. Schwerpunktmäßig befinden sie sich in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, weiters auch im Kaukasus und in Zentralasien. Mit der Gründung der Österreich-Bibliothek an der ältesten rumänischen Universität in Iasi wurde der Schwarzmeer-Bibliotheken-Cluster im Rahmen der Zielsetzung der Auslandskulturpolitik ebenso wie durch die Eröffnung von Österreich-Bibliotheken in Baku/Aserbeidschan, Jerewan/Armenien und einer weiteren Bibliothek in Samsun/Türkei erweitert.

Durch die institutionelle Anbindung an Universitäten und Nationalbibliotheken sind die Bibliotheken von Studierenden und Lehrenden aus dem wissenschaftlichen Bereich wie auch von der breiten Öffentlichkeit gut besucht. Neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit Österreich-Bezug entwickeln sie sich zusehends zu Informations- und Kulturzentren, die in Kooperation mit den Botschaften und Kulturforen kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen. Sie bilden einen unverzichtbaren Bestandteil der Auslandskulturpolitik, die nicht nur im mitteleuropäischen Rahmen hinsichtlich der Breite und Mannigfaltigkeit der Vermittlung und Förderung des

österreichischen Kultur- und Geisteslebens im Ausland wesentliche und nachhaltige Akzente setzen.

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen derzeit 59 Bibliotheken in 27 Ländern. Diese führten neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb mehr als 650 Veranstaltungen mit über 70.000 BesucherInnen durch. Mehr als 180.000 Personen frequentierten die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände auf rund 350.000 Bücher, 4.500 Tonträger, 1600 CD-Roms, 3.450 Videos und 2780 DVDs angewachsen sind. Die über das Web-Portal der Österreich-Bibliotheken (www.oesterreich-bibliotheken.at) zugängliche Datenbank der österreichischen Literatur in Übersetzungen (Auslands-Austriaca) umfasst bereits mehr als 12.000 Titel. Die im Umfeld von Österreich-Bibliotheken entstandenen Übersetzungen werden häufig mit Übersetzerprämien und Auszeichnungen auch im Gastland bedacht.

Die Österreich-Bibliotheken werden vielfach von LektorInnen des Österreichischen Austauschdienstes **(OeAD)** mitbetreut. Als Vernetzer zur österreichischen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsarbeit werden die OeAD-LektorInnen von den LeiterInnen der Österreich-Bibliotheken besonders geschätzt. An Standorten mit Österreich-Bibliotheken wird auch das Österreichische Sprachdiplom geprüft und vergeben.

Im Mai fand auf Einladung des Instituts für Geschichte und des Zentrums für Wissenschaftsgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz ein Workshop mit TeilnehmerInnen aus dem wissenschaftlichen Umfeld von Österreich-Bibliotheken zur Bedeutung der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte für internationale Kooperationen und über die Pariser Vorortverträge im Spiegel der Gegenwart mit Schwerpunkt auf die Methodik und Problematik einer Schulbuchanalyse statt, der auch weitere gemeinsame regionale Forschungsziele behandelte.

Im September wurden die wissenschaftlichen BetreuerInnen von Österreich-Bibliotheken im Ausland von der Universität Udine zu einem Kolloquium über Italien in der österreichischen Literatur eingeladen. Die wertvolle Vermittlerrolle der Österreich-Bibliotheken im Ausland in einem Netzwerk von Partnerschaften mit verschiedenen Nationalitäten, Sprachen und Religionen wurde dabei auch von den offiziellen italienischen Repräsentanten besonders gewürdigt.

Mit Festveranstaltungen, Symposien, Vortragsreihen, Ausstellungen und Konzerten wurde das 20-jährige Bestandsjubiläum der Österreich-Bibliotheken in Brünn und in Marburg gefeiert.

Die Österreich-Bibliothek in Oppeln/Opole (Polen) erhielt am 8. Dezember in der Kategorie „Institutionen“ den von deutschen und polnischen Stellen vergebenen „Brücken des Dialogs“- Preis 2010 verliehen, der Menschen, Institutionen und NROs, die seit Jahren das multikulturelle Erbe der Region, Multikulturalität und Dialog pflegen und Maßnahmen zur regionalen Integration und Toleranz ergreifen, auszeichnet.

Neben den Österreich-Bibliotheken im Ausland wurden Buchspenden an germanistische und sozialwissenschaftliche Institute an Universitäten in aller Welt, insbesondere mit Schwerpunkt zur österreichischen Geisteswissenschaft, gewährt, u. a. in Belgien, China, Großbritannien, Irland, Japan, Kanada, Kenia, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, Tschechien, Türkei, Südafrika und Ungarn.

IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache

1. Wissenschaft und Bildung

1.1. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Diese Einrichtungen an Universitäten, vor allem in Europa und Nordamerika sowie in Israel, haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlandes die Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen sowie wissenschaftliches Arbeiten samt Publikationen im jeweiligen Themenbereich anzuregen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben tragen regelmäßige Kooperationen der Lehrstühle und Studienzentren mit Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen maßgeblich bei. Die Lehrstühle verstärken durch ihre Vernetzung mit entsprechenden lokalen sowie österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in das internationale wissenschaftliche und kulturelle Netzwerk.

1.2. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration verschiedener Mobilitätsprogramme wie Erasmus und bilateraler Stipendienprogramme, von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erfolgt durch die per Gesetzesbeschluss neugegründete OeAD-GmbH, auf welche mit 1. Jänner 2009 alle Agenden des ehemaligen Österreichischen Austauschdienstes **(OeAD)** übergegangen sind. Die OeAD-GmbH fungiert als Partner des BMeiA, wobei das Ministerium in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information sowohl für die Vertretungsbehörden im Ausland als auch für die ausländischen Vertretungen in Österreich übernimmt.

2. Sprache

Die **Österreich-Institut GmbH** zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Förderung des Deutschunterrichts im Ausland und zur Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen wurde 1997 gegründet, um die für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtigen, bis dahin an den Kulturinstituten angebotenen Deutschkurse eigenverantwortlich weiterzuentwickeln. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich-

Institute bestehen in Belgrad, Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Laibach, Pressburg, Rom und Warschau. Alle Österreich-Institute verstehen sich als Zentren der Förderung des Studiums und der Pflege der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung. Das Österreichische Sprachdiplom Deutsch **(ÖSD)** ist ein Prüfungssystem für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, welches sich an jugendliche und erwachsene Deutschlernende im In- und Ausland richtet. Das an internationalen Rahmenrichtlinien orientierte Prüfungssystem bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen. **LektorInnen und SprachassistentInnen** werden seit 2009 von der OeAD-GmbH, welche die früher von der „Österreich-Kooperation" in diesem Bereich wahrgenommenen Aufgaben übernommen hat, ausgewählt und vermittelt. **DaF** (Deutsch als Fremdsprache)-PraktikantInnen werden vom Lehrstuhl für Deutsch als Fremdsprache der Universität Wien ausgewählt und betreut, die Verwaltung übernimmt die OeAD-GmbH. Lektorate bestehen an rund 120 Standorten, Sprachassistenzen in zehn Ländern, DaF-Praktika in circa 45 Staaten, wobei es zu zahlreichen Kooperationen mit den Vertretungsbehörden bei der Durchführung kultureller Veranstaltungen kommt.

V. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich legte weiterhin besonderes Augenmerk auf die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Festigung seiner Rolle als Standort der Hochtechnologie und beteiligte sich an Programmen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung **(COST)** in Brüssel, der Europäischen Organisation fur Kernforschung **(CERN)** in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde **(ESA)** in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten **(EUMETSAT)** in Darmstadt. In diesen Organisationen wird Österreich durch das BMeiA gemeinsam mit dem BMVIT bzw. dem BMWF vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie **(EMBC)** in Heidelberg, beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse **(IIASA)** in Laxenburg, beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage **(ECMWF)** in Reading (Großbritannien) sowie beim Europäischen Institut für Weltraumpolitik **(ESPI)** in Wien wahrgenommen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung der Vernetzung der Aktivitäten der internationalen wissenschaftlichen Institutionen mit Sitz in Österreich zu. Die 36 Mitgliedstaaten von COST betreiben wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorwettbewerblichen Forschung. Initiativen auf dem multi- und interdisziplinären Gebiet der Chemie (Nanowissenschaften und interdisziplinäre Forschung) wird dabei besondere Bedeutung beigemessen. Österreich ist die Förderung der Drittstaatenbeteiligung

ein spezielles Anliegen. Auch die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der westlichen Balkanländer wurde durch die Finanzierung eines eigenen COST-Fonds ermöglicht. Österreich ist seit 1971 Mitglied von COST. Österreich wirkt in der Europäischen Weltraumbehörde **(ESA)** mit, deren Konvention eine selektive Beteiligung an ESA-Programmen mit garantiertem Investitionsrückfluss ermöglicht. Diese ESA-Programmbeteiligungen sind ein guter Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktionen. So ist Österreich über ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungssystems **GALILEO** und am künftigen europäischen satellitengestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitssystem **(GMES)** beteiligt.

VI. Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Unter spanischem bzw. belgischem EU-Ratsvorsitz fanden vier Kulturministertreffen statt: zwei informelle Treffen am 31. März in Barcelona und am 7. und 8. Oktober in Brüssel sowie zwei Ratstagungen am 10. Mai und 18. November in Brüssel.

Im Mittelpunkt standen mehrere Diskussionen und Beschlüsse zum **Beitrag von Kultur zur Strategie Europa 2020.** Dazu gehören das Grünbuch der EK zu Kultur- und Kreativindustrien vom 27. April, Ratsschlussfolgerungen zum Beitrag der Kultur zur lokalen und regionalen Entwicklung vom 10. Mai und Ratsschlussfolgerungen zur Rolle der Kultur bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vom 18. November. Im Kontext der Leitinitiative „Eine Digitale Agenda für Europa" verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen am 10. Mai sowie zur Digitalisierung der Kinos bzw. zum Filmerbe am 18. November.

Der am 18. November beschlossene **Arbeitsplan im Kulturbereich 2011–2014** umfasst die Prioritäten kulturelle Vielfalt, interkultureller Dialog und eine für alle zugängliche Kultur; Kultur- und Kreativwirtschaft; Kompetenzen und Mobilität; Kulturelles Erbe, einschließlich Mobilität von Sammlungen; Kultur und Außenbeziehungen; Kulturstatistiken. Der Maßnahmenkatalog enthält zahlreiche Aktivitäten der Mitgliedstaaten und der EK. Aufgrund von erfolgreichen Erfahrungen mit der „offenen Koordinierungsmethode" im Zeitraum 2008–2010 werden wieder mehrere themenbezogene Expertengruppen eingesetzt. Als neues Steuerungsinstrument können die Vorsitze anlassbezogen gemeinsame Treffen der Generaldirektoren der Kulturministerien und der Außenministerien einberufen.

Die EK legte am 9. März den Vorschlag für einen Beschluss des EP und des Rates für das **Europäische Kulturerbe-Siegel** vor, mit dem für die Geschichte Europas oder den EU-Einigungsprozess bedeutende Stätten ausgezeichnet werden sollen. Die Umwandlung dieser zwischenstaatlichen Initiative in eine EU-Aktion soll der Auszeichnung zu mehr Prestige und Öffentlichkeits-

wirksamkeit verhelfen. Der Schwerpunkt soll auf junge Menschen gelegt werden. Die Abstimmung im EP erfolgte am 16. Dezember. Die Verhandlungen im Rat sollen 2011 unter ungarischem Vorsitz zum Abschluss gebracht werden.

Zu **Kulturhauptstädten Europas** wurden Riga (Lettland) und Umeå (Schweden) für das Jahr 2014 und Mons (Belgien) für das Jahr 2015 gekürt.

Im Rahmen des EU-Programms **„Kultur" (2007–2013)** wurden europaweit 303 Kultureinrichtungen mit insgesamt 51,2 Millionen Euro unterstützt. Zwölf österreichische Institutionen (z. B. MAK, Die Fabrikanten, Ars Electronica, EDUCULT) erhielten Zuschüsse von knapp 4 Millionen Euro, was einem Rückfluss von 336 % entspricht.

Im Rahmen des EU-Programms **„Europa für Bürgerinnen und Bürger" (2007–2013)** wurden europaweit 832 Projekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gemeinden und Städten, Think Tanks und Forschungseinrichtungen mit insgesamt 29,3 Millionen Euro unterstützt. Dabei wurden 13 österreichische Gemeinden bzw. Einrichtungen (z. B. Kirchheim im Innkreis, Radio Orange 94.0, Katholische Jugend Wien) mit einem Gesamtvolumen von rund 839.000 Euro gefördert.

Im Rahmen des EU-Programms **„MEDIA 2007" (2007–2013)** zur Stärkung audiovisueller Produktionen wurden Rückflüsse in Höhe von rund 2,1 Millionen Euro verzeichnet. Neben dem wichtigen Bereich der Verleihförderung konnten Zuschüsse in den Bereichen Filmfestivals (Crossing Europe), Video on Demand (flimmit.com), i2i audiovisual (Ulrich Seidl Film Produktion) und der Projektentwicklung (Mischief Films, KGP-Kranzelbinder Gabriele Production, Amour Fou Film) erzielt werden.

VII. Interkultureller und interreligiöser Dialog

1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs

Die innereuropäischen und globalen Entwicklungen der letzten Jahre unterstreichen die Notwendigkeit eines von Österreich schon vor drei Jahrzehnten begonnenen Dialogs zwischen und mit den großen Weltreligionen. Zugleich wurde deutlich, dass die Dialog-Strategien über die Unterstützung des interreligiösen Dialogs weit hinaus gehen und sich Themen im Spannungsfeld von Migration und Integration ebenso widmen müssen, wie den zentralen politischen Herausforderungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sowie der Förderung gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt. Dialog ist damit ein wichtiges Instrument für „Diversity Management" und für nachhaltige Konfliktprävention und -lösung. Österreich ist an einem umfassenden Dialog der Kulturen und Religionen interessiert, vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung

des Islams in Europa und des europäischen Lebensmodells. In den Dialogaktivitäten mit muslimisch geprägten Gesellschaften vornehmlich in Asien, der arabischen Welt und der Türkei wird großes Augenmerk auf die verstärkte Einbindung von Frauen, ihre gesellschaftliche und politische Partizipation sowie die Einbeziehung von Jugendlichen gelegt.

Vom 21.–25. Februar veranstaltete das BMeiA in Kooperation mit dem Türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) und dem Verein ATIB (Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich), dem Österreichischen Integrationsfonds und der Universität Wien die zweite **„Landeskundliche Schulung für türkische Religionsbeauftragte“**. Diese Schulung dient der Vorbereitung des Einsatzes von Imamen, welche in den ATIB-Moscheevereinen ihren Dienst versehen und findet jährlich statt. Die Schulung besteht aus Vorträgen, Seminaren und Exkursionen mit dem Ziel, die Religionsbeauftragten mit Geschichte, Politik, Rechtssystem, Gesellschaft und Beratungseinrichtungen in Österreich vertraut zu machen. Schwerpunkte in diesem Jahr lagen auf den Themen Gesundheit, Jugend und Familie sowie dem interkulturellen Dialog in Österreich und Europa.

Das bereits 2008 gestartete bilaterale **Austauschprogramm für DiplomatInnen im Bereich „Dialog der Kulturen und Religionen“**, welches die Beziehungen auf vielfältigen Ebenen – der öffentlichen Verwaltung, Universitäten und Forschung, Zivilgesellschaft und religiöse Gemeinschaften – stärken soll, wurde – nach Indonesien – 2010 erfolgreich mit der Liga der Arabischen Staaten fortgesetzt. Aufgrund seines Modellcharakters wird dieses Programm mittlerweile auch von anderen Staaten aufgenommen.

Am 16. und 17. April diskutierten internationale Experten im Rahmen der Konferenz **“Democracy in a Multi-Ethnic Society: Experiences and Challenges Bosnia and Herzegovina“** die Verfassungsreform in Bosnien und Herzegowina. Die Veranstaltung wurde durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien und die Politikwissenschaftliche Fakultät der Universität Sarajevo veranstaltet und durch das BMeiA, das Regionale Österreichische Kooperationsbüro in Wissenschaft, Bildung und Kultur in Sarajewo, die Stiftung “Living Together in a New Europe”, dem Center für “European Integration Strategies“ **(CEIS)**, dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa **(IDM)**, dem Renner-Institut, sowie der Botschaft von Bosnien und Herzegowina in Österreich unterstützt.

Fragen der religiösen, kulturellen und ethnischen Vielfalt in Österreich, insbesondere auch die Situation des Islam und der MuslimInnen, Herausforderungen und positive Beispiele der Integrationspolitik in Österreich und Europa waren ebenso wie Fragen der Radikalisierungsprävention und Sicherheit Thema beim Besuch einer siebenköpfigen **Delegation aus Singa-**

pur, unter Leitung von Vize-Außenminister Abidin Rasheed Zainul, von 21.–25. Juni in Wien.

Ein internationaler Workshop zum Thema **"Promoting Female Leadership in Intercultural and Interreligious Dialogue"** fand von 24.–26. Juni in Kooperation mit der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien statt. Jüdische, christliche und muslimische Expertinnen und Religionsvertreterinnen aus Europa, der Türkei, Israel, der arabischen Welt, dem Iran, sowie USA und Kanada trafen sich in Wien, um die Beteiligung und Beiträge von Frauen im intra- und interreligösen Dialog zu diskutieren. Ziel des Netzwerkes ist es, Positionen von Frauen aus Wissenschaft und Praxis im Dialog zu stärken und zur universellen Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten und der internationalen Frauenrechtskonventionen beizutragen

Als direkte Empfehlung der Konferenz des Jahres 2008 „Europe and the Arab World - Connecting Partners in Dialogue" wurde 2010 das erste **„Arab-European Young Leaders Forum (AEYLF)"** in Wien abgehalten. Es fand von 23.–27. November mit 57 TeilnehmerInnen aus 21 Ländern aus der EU, der Türkei und den Mitgliedstaaten der Liga der Arabischen Staaten **(LAS)** statt. Das erste AEYLF wurde mit Unterstützung der LAS, der BMW Stiftung Herbert Quandt, dem OPEC Fund for International Development **(OFID)**, der Stadt Wien sowie Departure – wirtschaft kunst und kultur GmbH veranstaltet. Thema des Forums war „Promoting Responsible Leadership, Innovative Forms of Cross-Cultural Cooperation" und hatte das Ziel, eine lebendige und nachhaltige Plattform für junge Führungskräfte aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft der EU, der Türkei und der arabischen Welt zu schaffen. Das zweite AEYLF ist für 2011 in Kairo geplant.

2. Anna Lindh-Stiftung (ALF)

Die Anna Lindh-Stiftung für den Dialog zwischen Kulturen, mit Sitz des Sekretariats in Alexandrien/Ägypten, betreut ein „Netzwerk der Netzwerke" unter den 43 Mitgliedstaaten der Euro-Mediterranen Partnerschaft und ergänzt auf diese Weise die politischen Ziele der Union für den Mittelmeerraum (vgl. auch Kapitel A.VI.7.3) um kulturelle und zivilgesellschaftliche Komponenten. Das österreichische ALF-Netzwerk wird im Rahmen des „Dialogs der Kulturen" durch das BMeiA koordiniert und besteht derzeit aus 52 Mitgliedern aus unterschiedlichsten Bereichen der österreichischen Zivilgesellschaft.

Höhepunkt der diesjährigen Aktivitäten war das erstmalig abgehaltene Forum der Anna Lindh-Stiftung von 4.–7. März in Barcelona, wo über 1000 Vertreter der Zivilgesellschaft aus 43 Ländern – darunter auch mehrere Vertreter des österreichischen ALF-Netzwerks – zusammenkamen. Ziel und Inhalt des Forums war, Schlüsselfaktoren der interkulturellen Beziehungen zwischen Menschen in der Region zu debattieren und die allererste Platt-

form für die verschiedenen nationalen NGOs der ALF zu sein, um neue Kooperationen zu ermöglichen, Ideen auszutauschen und Projekte sowohl national als auch international zu lancieren. Weiters nahmen österreichische ALF-Netzwerkmitglieder an Trainingsseminaren in der Slowakei und Rumänien teil, um zusätzliche Qualifikationen für erfolgreiche Projekteinreichungen zu erlangen.

Das vom Interkulturellen Zentrum in Wien koordinierte und u. a. von der ALF unterstützte Projekt „ARTiculating Values – Young People act in Euro-Med" fand am 29. April seinen Höhepunkt, bei dem 50 JungschauspielerInnen aus Österreich, Dänemark, Ungarn, Israel, Jordanien, Libanon, Niederlande und Türkei sich nach intensiven Theaterworkshops und Schreibwerkstätten kritisch mit eigenen Werten und Vorurteilen auseinandersetzten und so Verständnis und Wertschätzung füreinander entwickelten.

3. Interreligiöser Dialog des ASEM

Von besonderer Bedeutung gestaltet sich der interreligiöse Dialog im Rahmen des Asia-Europe Meetings **(ASEM)**, das die einzige direkte Kommunikationsplattform zwischen den europäischen und asiatischen Staaten darstellt. Österreich unterstützt die jährlich einmal alternierend in Asien und in Europa stattfindende interreligiöse ASEM-Dialogkonferenz sowohl sachlich und finanziell als auch personell. Österreich fungierte 2010 wieder als Ko-Sponsor dieser Dialogkonferenz, welche in der Zeit vom 7.–9. April in Madrid abgehalten wurde. Die Konferenz war im Besonderen durch ein intensives „Networking" zwischen religiösen Führern, Regierungsvertretern und Fachexperten gekennzeichnet.

VIII. Prager Holocaust-Restitutionsprozess

Ein wichtiges Follow-up der "Holocaust Era Assets Conference" (**HEAC**, Prag, Juni 2009) und der dort angenommenen Theresienstädter Erklärung bildete die Einrichtung des „European Shoah Legacy Institute" **(ESLI)**, einer internationalen Forschungsinstitution, die auch als freiwilliges Forum für Staaten, Vertreterorganisationen von Holocaust-Überlebenden und NGOs zur Förderung verschiedenster Bereiche der NS-Vergangenheitsbewältigung, insbesondere der Restitution jüdischen Eigentums und der Unterstützung von Holocaust-Überlebenden, dienen soll. Österreich ist im Beirat des ESLI, das seine Tätigkeit am 1. Jänner aufnahm, vertreten. Im Sinne eines Mandats der Theresienstädter Erklärung einigten sich die Staaten, die diese angenommen hatten, am 9. Juni in Prag auf internationale Richtlinien zur Restitution von bzw. Entschädigung für vom NS-Regime enteignete Liegenschaften. Der Annahme dieser Richtlinien waren mehrmonatige Verhandlungen unter aktiver Beteiligung Österreichs vorangegangenen.

IX. Internationale Holocaust-Task Force (ITF) – Internationales Netzwerk zu Bildung, Gedenken und Forschung

Die Task Force für Internationale Zusammenarbeit für Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust (ITF), eine internationale Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin, wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern. Sie kann dabei auf die Expertise namhafter internationaler Wissenschaftler zurückgreifen. Mit ihrem Ausschuss zur Bekämpfung von Antisemitismus und Holocaustleugnung und der zusätzlichen Schwerpunktsetzung Roma kommt die ITF aktuellen Entwicklungen nach. Die Einflussdiplomatie gegen Revisionismus sowohl des Vorsitzes als auch der Mitglieder, deren Zahl auf 28 Staaten gewachsen ist, nimmt weiter an Bedeutung zu.

Österreich wurde im Jahr 2001 in die ITF aufgenommen, hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne und zählt seither innerhalb der Task Force zu deren zentralen Akteuren. Österreich übernahm 2010 den jährlich rotierenden Vorsitz der wichtigsten Arbeitsgruppe zur Holocausterziehung und setzte Initiativen zugunsten einer verbesserten Amtssitzregelung für das Ständige Sekretariat sowie eines neuen Berichtssystems. Der unter österreichischem Vorsitz begonnene Reformprozess trägt dazu bei, die Förderungspolitik der ITF zu konsolidieren und transparenter zu gestalten. Die österreichische Delegationsleitung wird vom BMeiA und dem Nationalfonds der Republik Österreich wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch ExpertInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sowie der Organisation „_erinnern.at_“ mit. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen.

L. Medien und Information

I. Öffentlichkeitsarbeit

Das BMeiA sieht es als wichtige Aufgabe an, der Öffentlichkeit – und insbesondere auch SchülerInnen und Jugendlichen – seine Aufgaben und Tätigkeiten laufend näher zu bringen. So wurden während des gesamten Jahres mehr als 500 SchülerInnen aus ganz Österreich in das Ministerium eingeladen und eingehend über die Aktivitäten des BMeiA informiert.

Zum zehnten Mal wurde vom BMeiA ein „Girls' Day" veranstaltet, bei dem spezifisch Schülerinnen der Oberstufe über Berufschancen für Frauen im BMeiA informiert wurden.

Weiters wurden für über 300 StudentInnen, JungdiplomatInnen und anderen Personen aus dem Ausland im BMeiA Informationsveranstaltungen organisiert.

Der Tag der Offenen Tür am Nationalfeiertag gab tausenden BürgerInnen erneut Gelegenheit, das Ministerium zu besuchen und sich dort aus erster Hand über die Arbeit und Tätigkeiten des BMeiA ein Bild zu machen.

II. Medienarbeit, Pressekonferenzen und JournalistInnenbetreuung

Die Information der Öffentlichkeit im Wege von Hörfunk, TV, Tageszeitungen und neue Medien über internationale Entwicklungen und konsularische Hilfeleistungen im Ausland gehört zu den täglichen Aufgaben des BMeiA. Dies schließt insbesondere auch die rasche und umfassende Information der BürgerInnen über Krisen im Ausland und die Massnahmen, die zum Schutz und zur Hilfe von in Not geratenen ÖsterreicherInnen getroffen wurden, ein. In Spitzenzeiten werden täglich mehr als 100 Medienanfragen beantwortet.

Die Zusammenarbeit mit MedienvertreterInnen aus dem In- und Ausland ist dem Ministerium ein wichtiges Anliegen. Die Abteilung für Presse und Information organisiert Pressekonferenzen bei hochrangigen Besuchen, Hintergrundgespräche zu wichtigen Themen, wie zum Beispiel zur österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und zum World Economic Forum, und die Betreuung von JournalistInnen bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen, wie zum Beispiel die Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie **(IACA)** in Laxenburg sowie die Präsentation des VN-Berichtes „Energy and a Sustainable Future".

III. Europa-Dialogtour, Europagemeinderäte-Initiative

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sieht sich als zentraler Ansprechpartner für die BürgerInnen in Europafragen und steht der Öffentlichkeit für Fragen und Antworten zur Verfügung.

Darüber hinaus hat es sich auch zum Ziel gesetzt, aktiv auf die Menschen zuzugehen und so das Projekt Europa zu einem greifbaren und im täglichen Leben erfahrbaren zu machen.

In diesem Kontext setzte Bundesminister Michael Spindelegger seine im Herbst 2009 begonnene **Europadialog-Tour** durch die Bundesländer in Innsbruck (18. März) und Eisenstadt (15. April) fort. Bundesminister Spindelegger nutzte diese Gelegenheit, um mit BürgerInnen sowie Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft und Politik über Europa, seine Chancen und Möglichkeiten, ins Gespräch zu kommen. Aufgrund des großen Erfolges sowie vieler positiver Rückmeldungen wird die Tour auch 2011 fortgesetzt werden.

Einen Schwerpunkt der Informationsarbeit bildet die **Europagemeinderäte-Initiative,** die sich zum Ziel gesetzt hat, in jeder der rund 2350 Gemeinden Österreichs AnsprechpartnerInnen für Europafragen zu etablieren, die rasch und unbürokratisch die BürgerInnen über Fragen der europäischen Integration informieren können. Das Projekt wird vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich koordiniert. Die Auftaktveranstaltung dazu fand Ende Februar zusammen mit einem Europa-Workshop statt, an dem rund 60 BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen aller Bundesländer und politischer Parteien teilnahmen. Bundesminister Michael Spindelegger stellte die Initiative am Gemeindetag in Graz im September allen BürgermeisterInnen vor und im Dezember fand die erste Informationsreise für GemeindevertreterInnen zu den europäischen Institutionen nach Brüssel statt.

Mit großem Interesse werden auch die **Videoberichte** von Bundesminister Michael Spindelegger aufgenommen, in denen der Außenminister auf der Homepage des BMeiA die Ergebnisse der EU-Ratstreffen in Brüssel und die österreichische Haltung erläutert. Ebenso informiert Bundesminister Spindelegger über seine Europa-Dialogtour durch die Bundesländer.

Als Auftakt für den Europatag am 9. Mai wurde im BMeiA die neu überarbeitete Ausstellung **„Die EU und Du“** vorgestellt. Es handelt sich dabei um eine Wanderausstellung, die an österreichischen Schulen präsentiert und von EuropaexpertInnen des BMeiA begleitet wird. Ziel ist es, die SchülerInnen mit Europa vertraut zu machen und eine möglichst breite Diskussion anzuregen. 2010 wurden insgesamt 25 Schulen besucht und 3.450 SchülerInnen erreicht. Gleichzeitig wurde die Ausstellung auch im Rahmen von Lehrerfortbildungsveranstaltungen an Pädagogischen Hochschulen gezeigt und im Rahmen von Workshops entsprechend für den möglichen Einsatz im Unterricht aufgearbeitet.

IV. Internetauftritt

Über seine Homepage bietet das BMeiA Serviceleistungen und nützliche Informationen für in Not geratene BürgerInnen an. Außerdem informiert das

BMeiA auf der Homepage ausführlich sowohl über Tagesaktualitäten als auch die Schwerpunktthemen und Prioritäten der österreichischen Außenpolitik. Die Homepage enthält auch verschiedenste Hintergrundinformationen, wie zum Beispiel über das Aufnahmeverfahren für neue MitarbeiterInnen. Es wurden bis zu 283.000 Besuche pro Monat auf der Zentralseite des BMeiA registriert. Auf besonderes Interesse seitens der Öffentlichkeit stoßen dabei die regelmäßig aktualisierten Reisehinweise zu 193 Ländern.

Nachdem das BMeiA schon im Jahr 2008 seine Webseiten für Menschen mit Behinderungen auf Barrierefreiheit nach internationalen Standards umgestellt hat, konnte die Barrierefreiheit der Homepage noch weiter verbessert werden.

V. Publikationen

Um das Ziel einer möglichst umfassenden Information der Öffentlichkeit zu verfolgen, gibt das BMeiA zu verschiedenen Themen Publikationen heraus. So wird der jährliche Außen- und Europapolitische Bericht des Bundesministers, der über die gesamte Tätigkeitspalette des BMeiA informiert, über die Homepage des BMeiA und in Buchform der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Außerdem wurden Broschüren u. a. über die Kandidatur Österreichs für den Menschenrechtsrat, über die Mitgliedschaft Österreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Tipps für Auslandsreisende, Zahlen und Fakten, sowie über den 150. Geburtstag Gustav Mahlers herausgegeben.

Medienkooperationen wurden genutzt, um die BürgerInnen über die österreichische Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und über die Serviceleistungen des Bürgerservice zu informieren.

VI. PresserätInnentagung

Bei der jährlichen PresserätInnentagung im September wurde ein Schwerpunkt auf die Themen Public Diplomacy, Nation Branding und Neue Medien gelegt. Zu diesen Themen konnte auch eine Präsentation des Schweizer Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten angeboten werden. Die mit Presse- und Informationsarbeit betrauten Botschaftsangehörigen hatten überdies Gelegenheit, Erfahrungen untereinander und mit der Zentrale zu diskutieren.

M. Der österreichische auswärtige Dienst

I. Einleitung

Der Bereich „Administrative Angelegenheiten und Infrastruktur“ des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten war 2010 wesentlich geprägt von Budgetkürzungen aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise einerseits und der Schaffung einer neuen regionalen diplomatischen Struktur andererseits, dem sogenannten „Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)“.

Um die Budgetziele und die Vorgaben des neuen Haushaltsrechts einhalten zu können, mussten 2010 umfassende Sparmaßnahmen ergriffen werden. Dazu zählten etwa die Senkung des Dienstreisebudgets um 30 %, massive Kürzungen im Bau- und Instandhaltungsbereich sowie das Streichen von lange geplanten Projekten wie etwa dem Neubau der Österreichischen Botschaft in Warschau. Das Außenministerium hat einen erheblichen Teil seiner Zahlungen, über 100 Millionen Euro, in Fremdwährungen zu leisten. Ein Schwanken des Euro-Wechselkurses wie im Jahr 2010 hatte zusätzlich beträchtliche budgetäre Auswirkungen.

Durch die Wirtschafts- und dadurch bedingte Budgetkrise hat die Bundesregierung im Jahr 2010 die Budgetrahmen bis 2014 nochmals nach unten revidiert und weitere Kürzungen vorgenommen. Diese Vorgaben können nur durch tiefgreifende Einsparungen sowohl in den Struktur- als auch Politikbereichen des Außenministeriums eingehalten werden. Daher wurden 2010 im administrativen Bereich nachhaltig wirkende Maßnahmen getroffen: Mit jeder einzelnen Botschaft wurden Einsparungsbereiche geprüft, etwa betreffend die personelle Ausstattung, die Straffung von Service- und Wartungsverträgen, die Nach- oder Neuverhandlung von Mieten, die Entschlackung von Verwaltungsabläufen bis zur Zusammenlegung von Büros / Ko-Lokationen mit österreichischen oder europäischen Partnern. Zusätzlich wird das Netzwerk der Vertretungsbehörden im Ausland bis 2013 weiter verkleinert.

Dem „Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)“ ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Nach dem derzeitigen Stand der Entwicklungen wird der EAD insbesondere drei große Arbeitsbereiche der österreichischen Vertretungsbehörden nicht übernehmen: Das Lobbying für rot-weiss-rote Interessen, die umfassende Betreuung von Österreicherinnen und Österreichern im Ausland sowie die Ausstellung von Sichtvermerken für Personen, die nach Österreich kommen wollen.

Aus administrativer Sicht ist dennoch laufend zu überprüfen, ob die Schaffung des EAD eine weitere Optimierung der beschränkten nationalen Ressourcen erlaubt. Mit der schrittweisen Ausgestaltung des EAD über die kommenden Jahre werden diese Entwicklungen klarer deutlich werden, Antworten werden auch gemeinsam mit den europäischen Partnern zu erarbeiten sein.

Gleichzeitig wurden 2010 im Außenministerium für die MitarbeiterInnen im In- und Ausland die bestehenden Schwerpunkte in den Bereichen Sicherheit und Gesundheit weiter verstärkt. Zum Bereich Sicherheit wurden Krisenteams aus Bediensteten des Außen-, Innen- und Verteidigungsministeriums zusammengestellt, die gemeinsam die Sicherheitslage in mehreren Ländern und die Vorbereitung der Botschaften auf Krisensituationen überprüft haben.

Zusätzlich war das Außenministerium trotz Budgetknappheit bemüht, durch Umschichtungen auch in Zukunftsbereiche zu investieren. Dazu zählten die Verstärkung der IT-Sicherheit, die Modernisierung der Informations- und Kommunikationssysteme (zB Telephonie über Internet), die Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Baku/Aserbaidschan, der Bau einer „Green Embassy" in Jakarta, die Verstärkung der Nutzung von Solarenenergie in Afrika oder die Durchführung von Pilotprojekten im administrativen Bereich etwa zur Reduzierung von Verwaltungsabläufen durch die Schaffung von regionalen Verwaltungszentren.

II. Arbeiten im Außenministerium

Personalstand des BMeiA 2010 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer		Frauen		insges.	Frauenanteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	128	165	64	82	439	33,3
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	42	95	64	40	241	43,2
A3/v3, C/c (Fachdienst); A4/A5/v4, D/d, P2/P3/p2/p3, h2/h3 (qualifizierter mittlerer bzw. mittlerer Dienst); A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 (Hilfsdienst)	100	115	142	221	578	62,8
ADV	13	0	6	0	19	31,6
Gesamt	**658**		**619**		**1.277**	**48,5**

Der **Frauenanteil** für die gesamten Verwendungen von 48,5 % überschritt den im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz als Förderungsgebot angeführten Frauenanteil von 45 %. Im Höheren Dienst, jenem Bereich mit dem diesbe-

züglich größten Nachholbedarf, erreichte der Frauenanteil im Jahr 2010 33,3 %:

2010 wurden nach Ablegung der gesetzlichen Auswahlverfahren 18 Personen eingestellt (2007: 55, 2008: 102, 2009: 54). Weiters werden seit Herbst 2009 sieben Lehrlinge zu „VerwaltungsassistentInnen" ausgebildet (3 m/4 w).

Das BMeiA bietet **VerwaltungspraktikantInnen** die Möglichkeit zu einer auf maximal ein Jahr befristeten Ausbildung bzw. zum Einstieg in das Berufsleben (Stand jeweils 31.12.):

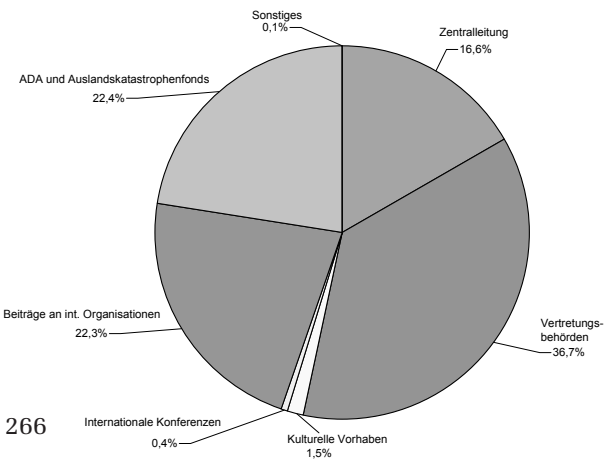
	Verwendungsgruppe	Männlich	Weiblich	Gesamt
2008	v1/v2	16	32	48
2009	v1	9	18	27
2010	v1	12	24	36

Die im Ausland an den Vertretungen tätigen Bediensteten werden in ihrer Arbeit von 650 **Lokalangestellten** (Stand 31.12.2010), die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden, unterstützt.

Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten lag in den letzten zehn Jahren immer über der 60-Jahr-Grenze und befand sich über dem Bundesdurchschnitt (2010: 60,56)

III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick

Der Bundesvoranschlag 2010 lag bei 440,902 Mio. Euro. Davon wurden rund 72,986 Mio. Euro für die Zentralleitung, 161,888 Mio. Euro für die Vertretungsbehörden, 6,637 Mio. Euro für kulturelle Vorhaben, 1,713 Mio. Euro für Internationale Konferenzen, 98,326 Mio. Euro für Beiträge an internationale Organisationen, 98,791 Mio. Euro für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds, sowie 0,561 Mio. Euro für sonstige Aufwendungen budgetiert.



Budget 2000–2010

Jahr	Budget des BMeiA	Anteil des BMeiA-Budgets am Bundesbudget in %
1999	297,232	0,53 %
2000	305,662	0,54 %
2001	303,409	0,52 %
2002	299,775	0,50 %
2003	307,000	0,50 %
2004	340,928	0,54 %
2005	380,000	0,59 %
2006	388,000	0,59 %
2007	388,109	0,56 %
2008	388,087	0,56 %
2009	435,675	0,56 %
2010	440,902	0,62 %

IV. Weltweite Infrastruktur

1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten

Rund 340 Objekte in über 80 Ländern werden vom BMeiA als Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen, Vertretungen bei zwischenstaatlichen Organisationen und für Wohn- und Repräsentationszwecke genutzt. Dazu gehören sowohl historische Gebäude, wie in London, Paris oder Rom, als auch moderne Bauten, zum Beispiel in Berlin, New York, Tokio und Brasilia. Ein Team von SpezialistInnen führt die notwendigen An- und Verkäufe, Anmietungen, Bauprojekte und Renovierungen durch und evaluiert die Liegenschaften. Alle Objekte dienen der Erfüllung der außenpolitischen und konsularischen Aufgaben des BMeiA. Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sind die wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Objekte, wobei der ökologischen Nachhaltigkeit zunehmende Bedeutung beigemessen wird.

Das BMeiA leistet auch im Rahmen der Immobilienbewirtschaftung einen Beitrag zu den erheblichen Einsparungserfordernissen und betreibt daher neben Verkäufen nicht mehr benötigter Liegenschaften eine laufende Nutzungsoptimierung bestehender Objekte sowie mögliche Vertragskürzungen.

Neben der Unterbringung von Einrichtungen der Republik Österreich durch das BMeiA im Ausland bietet die verstärkte Kooperation mit EU- bzw. Schengenpartnern wie der Tschechischen Republik und Ungarn weitere Möglichkeiten zur Optimierung von Standorten. Mittels einer neu entwickelten **Ko-**

Lokationsstrategie werden bessere Flächenauslastungen bei bestehenden Objekten sowie auch der gemeinsame Bezug bzw. Betrieb von Objekten mit befreundeten Staaten aktiv angestrebt. Weiters ist die Gruppe für Immobilienmanagement auf bestmögliche Umsetzung der Schließungsvorhaben von Vertretungsbehörden bedacht.

Als Beitrag zur Verwaltungsreform des Bundes wurde mit der Entwicklung einer Liegenschaftsdatenbank **(LIDA)** begonnen, die eine Optimierung des Liegenschaftsmanagements zum Ziel hat.

2. Informationstechnologie

Die bedeutendesten IKT-Projekte im Jahr 2010 waren:

- **ELISA –** Unter diesem Projektnamen wurde die Erneuerung der IKT-Infrastruktur an den Vertretungen weitgehend abgeschlossen. Damit gehen ein Austausch der Hard- und Software, sowie die Einführung der neuesten Büroautomationssoftware und Implementierung eines Informationsmanagementsystems **(IMS)** einher. IMS unterstützt die durchgehende elektronische Bearbeitung (elektronische Erfassung, Kategorisierung, Bearbeitung und Ablage bzw. Archivierung) der anfallenden Geschäftsfälle und löst den an den Vertretungen im Ausland früher vorherrschenden Papierakt ab.
- Voice over Internet Protokoll **(VoIP-Telefonie)**, die Sprachübermittlung über Datenleitungen, ermöglicht den Anschluss der Vertretungen an das Telefoniesystem der Zentrale. Über die BMeiA-eigenen WAN-Datenleitungen bzw. über Satellit **(VSAT)** können die Gespräche zwischen der Zentrale und den Vertretungen weltweit kostenfrei übertragen werden. Das bereits prämierte VoIP-Projekt trägt somit zu kostengünstiger und vereinfachter Kommunikation bei.
- Eine neue **Server- und Storageinfrastruktur** für die Systeme in der Zentrale wurde ausgeschrieben. Damit zusammenhängend wurde in neue und zeitgemäße IKT-Sicherheitskonzepte investiert.

3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Im Jahre 2010 konnte der Buchbestand der Außenpolitischen Bibliothek kontinuierlich erweitert werden und erreichte mit Jahresende 80.000 Exemplare.

Die von der Außenpolitischen Bibliothek betreuten Bibliotheken an den Kulturforen konnten ihre Buchbestände weiter in den Gesamtkatalog der wissenschaftlichen Bibliotheken des deutschen Sprachraums **(ALEPH)** eingeben. Mit der Möglichkeit ALEPH via Internet abzurufen ist ein höherer Verbreitungs- und Wirkungsgrad der Bibliotheken gegeben.

Um die Vertretungsbehörden rascher mit aktuellen Informationen über Ereignisse aus Österreich informieren zu können, wurde ein neues Online-Service angeboten: Die elektronische 1:1 Version der Printausgaben (e-Paper) der Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kurier“ können tagesaktuell gelesen werden. Die durch postalische Übermittlung anfallende Zeitverzögerung fällt weg.

Im Archivbereich konnte aus den Beständen das erste Jahr des Tagebuchs des ersten Generalsekretärs im Außenamt, Heinrich Wildner, veröffentlicht werden. Das Tagebuch liegt in einer Fassung als Stenogramm sowie als maschinschriftliche Version vor. Dieser von Wildner selbst verfasste Zeitzeugenbericht stellt einen lebendigen Beitrag zur österreichischen Geschichte dar.

Die logistischen Vorbereitungen für die Sichtung des ersten Jahrgangs elektronischer Akten **(ELAK)** sind so weit gediehen, dass mit der Skartierung begonnen werden kann. Nachdem das BMeiA das erste Ministerium war, in dem der elektronische Aktenlauf zum Einsatz gelangte, hat es auch bei der logistischen Abwicklung der Archivierung des ELAKS eine Vorreiterrolle.

V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Dienststellen des BMeiA	Stand 31.12.2010
Bilaterale Botschaften	82
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	11
selbständige Kulturforen	6
sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	105

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung beschlossenen Budget- und Sparvorgaben für den Zeitraum 2011–2014 müssen nach den in den Jahren 2009 und 2010 erfolgten Schließungen der Generalkonsulate in Rio de Janeiro, Hamburg und Kapstadt auf Basis einer eingehenden Evaluierung des österreichischen Vertretungsnetzes aufgrundlage objektiver Kriterien (dazu zählen u. a. die Anzahl der konsularischen Serviceleistungen für ÖsterreicherInnen im Ausland, die Intensität des politischen Besuchsaustausches, die Höhe des Handelsvolumens und der heimischen Direktinvestitionen) in den Jahren 2011 bis 2013 weitere Anpassungen im österreichischen Außennetz vorgenommen werden. Neben den Botschaften in Harare und Bogota werden dabei auch die Generalkonsulate in Zürich, Krakau und Chicago geschlossen werden. Die für 2010 vorgesehene Schließung der Botschaft in Maskat wurde vorerst ausgesetzt, die geplante Eröffnung eines Generalkonsulats in Frankfurt/Main kann bis auf weiteres nicht umgesetzt werden.

Neben den unmittelbar dem BMeiA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich bei seiner weltweiten Präsenz auch auf die Austrian Development Agency **(ADA)**, das Unternehmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die im Ausland zwölf Koordinationsbüros unterhält, zurückgreifen. Dazu kommen weiters das Österreich-Institut **(ÖI)**, welches seit 1997 an neun Orten außerhalb Österreichs Deutschkurse durchführt, sowie anderweitige Vertretungen (z. B. OECD-Vertretung in Paris), die nicht dem Ressortbereich des BMeiA angehören.

Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch rund 280 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

VI. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD)

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD, siehe auch Kapitel A) hat unter der Leitung der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Anfang Dezember 2010 seine Arbeit aufgenommen. Der EAD umfasst neben den MitarbeiterInnen jener Dienststellen in der Europäischen Kommission und im Generalsekretariat des Rates, deren Aufgaben nun in den EAD transferiert wurden, auch Angehörige der diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten, die als Zeitbedienstete im EAD beschäftigt sind und nach Ende ihrer Tätigkeit wieder in den nationalen auswärtigen Dienst zurückkehren. Durch die gemeinsame Arbeit der MitarbeiterInnen aus der Europäischen Kommission, dem Generalsekretariat des Rates und den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten soll die Kohärenz des auswärtigen Handelns auf Unionsebene gestärkt und verbessert werden. Der EAD wird dabei die Diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten, deren Kernaufgaben sich durch den EAD nicht ändern, nicht ersetzen, sondern eng mit diesen kooperieren.

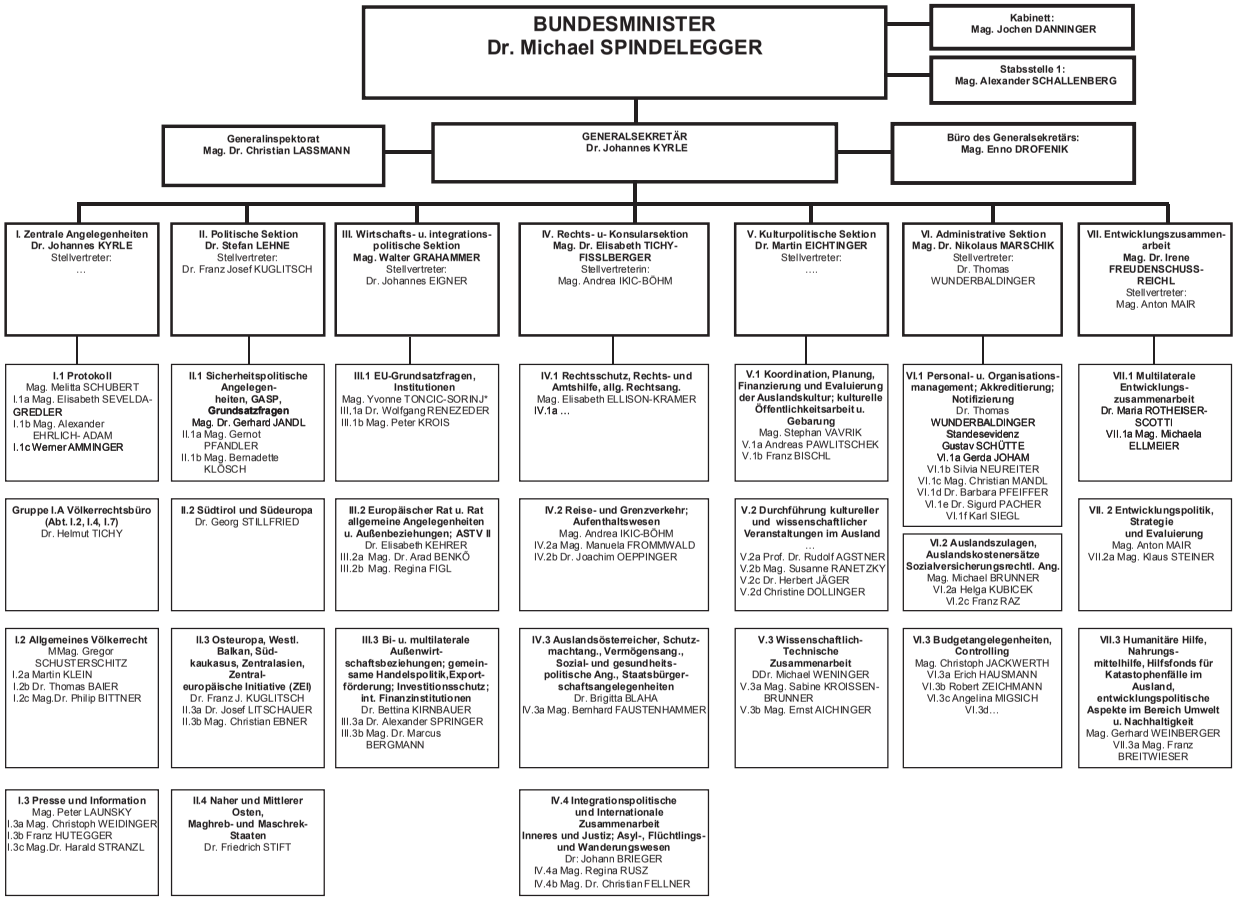
Mit Stand 31. Dezember verfügte der EAD über 1625 Planstellen und weitere 70 Vollzeitäquivalente zur Beschäftigung von zehn Vertragsbediensteten in der Zentrale und 60 Ortskräften in den Delegationen der Union. Bis Ende Juni 2013 soll gemäß dem Bericht der Hohen Vertreterin ein Drittel der Posten im Stellenplan des EAD mit MitarbeiterInnen der diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten besetzt sein.

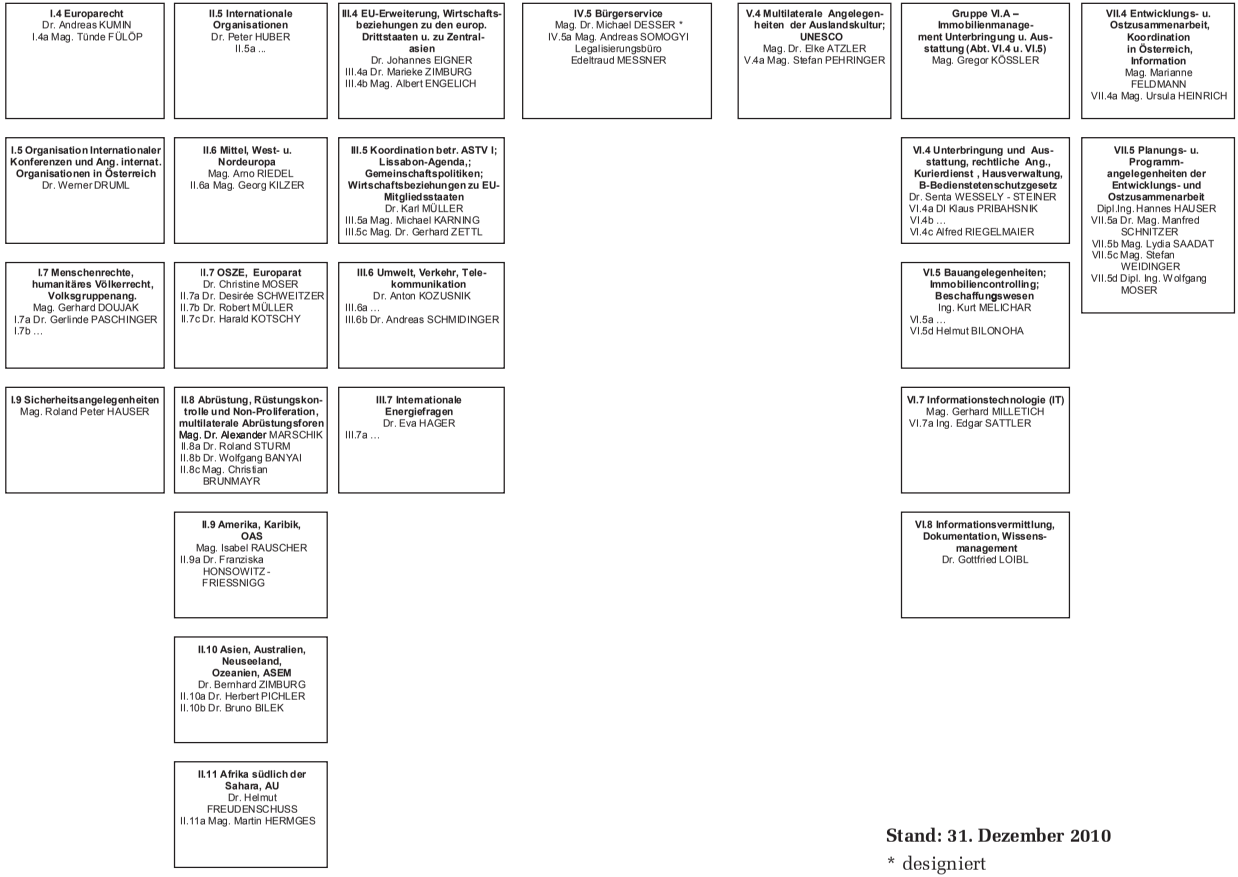
Unmittelbar nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags wurden die organisatorischen und administrativen Arbeiten zum Aufbau des EAD aufgenommen. Bereits im März, noch vor der Arbeitsaufnahme des neuen Dienstes und Verabschiedung des EAD-Ratsbeschlusses, wurden 32 DelegationsleiterInnenposten ausgeschrieben, für die sich erstmals auch Angehörige der diplomati-

schen Dienste der EU-Mitgliedstaaten bewerben konnten. VertreterInnen der Mitgliedstaaten waren in den Auswahlkommissionen vertreten und wirkten bei Auswahlverfahren mit; die Endentscheidung oblag der Hohen Vertreterin Catherine Ashton. Der österreichische Botschafter bei der EU, Hans-Dietmar Schweisgut, wurde infolge zum Leiter der EU-Delegation in Tokio bestellt.

Im Herbst wurden zahlreiche weitere Funktionen an den Delegationen der Union im Ausland wie auch in der Zentrale des EAD in Brüssel ausgeschrieben. Die Position des Vorsitzenden der Ratsarbeitsgruppe COHOM (Menschenrechte) wurde dabei mit dem österreichischen Diplomaten Engelbert Theuermann besetzt. Insgesamt kamen im Jahr 2010 rund 150 Positionen im EAD zur Ausschreibung. Ein Fünftel der ausgeschriebenen Positionen entfiel auf den Dienstort Brüssel, der Rest betraf die Unions-Delegationen im Ausland. Mittlerweile wurden 45 der ausgeschriebenen Positionen entschieden, darunter die oberste Führungsebene des EAD, die sich aus einem geschäftsführenden Generalsekretär, Pierre Vimont, zwei StellvertreterInnen, Helga Schmid und Maciej Popowski, sowie einem operativen Direktor, David O'Sullivan, zusammensetzt. Die Auswahlverfahren für die restlichen Positionen waren zu Jahresende noch nicht abgeschlossen.

VII. Organisationsplan





Stand: 31. Dezember 2010

* designiert

VIII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Thomas NADER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Florian RAUNIG
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Mag. Aloisia WÖRGETTER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	DDr. Robert ZISCHG
ASERBAIDSCHAN	ÖB Baku	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo	ÖB Addis Abeba	MMag. Dr. Gudrun GRAF
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Hanns PORIAS
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Karl SCHRAMEK
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Mag. Dr. Donatus KÖCK
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Dr. Hans Peter GLANZER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Gerhard REIWEGER
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
CHINA DVR Korea, Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Martin SAJDIK Mag. Gerhard MAYNHARDT Michael HEINZ
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Mag. Dr. Daniel KRUMHOLZ
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Dr. Ralph SCHEIDE Dr. Ingrid PECH
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Angelika SAUPE-BERCHTOLD
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Margit WÄSTFELT
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Hubert HEISS Mag. Wolfgang STROH-MAYER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Michael LINHART

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Emil BRIX Mag. Peter MIKL
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Martin BOLLDORF
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Dr. Ferdinand MAULTASCHL
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Klaus WÖLFER
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Thomas BUCHSBAUM
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Walter HAGG
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Michael RENDI
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Christian BERLAKOVITS Mag. Astrid HARZ Dr. Theresa INDJEIN-UNTERSTEINER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Mag. Franz HÖRLBERGER
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Werner BRANDSTETTER
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Mag. Ursula FAHRINGER
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Somalia, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Christian HASENBICHLER
KOLUMBIEN Ecuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Andreas LIEBMANN-HOLZMANN
KOREA	ÖB Seoul	Dr. Josef MÜLLNER
KOSOVO	ÖB Pristina	Dr. Johann BRIEGER**
KROATIEN	ÖB Agram*	Mag. Jan KICKERT
KUBA	ÖB Havanna	Mag. Andreas RENDL
KUWAIT Bahrain, Katar	ÖB Kuwait	Mag. Marian WRBA
LETTLAND	ÖB Riga	Mag. Hermine POPPELLER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Eva Maria ZIEGLER
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Dorothea AUER
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Helmut KOLLER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Christine STIX-HACKL
MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Andrea WICKE
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Caroline GUDENUS
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Georg MAUTNER-MARKHOF
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Alois KRAUT
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Mag. Martin PAMMER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Wolfgang PAUL
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, Togo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Mag. Dr. Stefan SCHOLZ
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Lorenz GRAF
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Mag. Axel WECH
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Andreas MELAN
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Mag. Wilhelm DONKO
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Herbert KRAUSS Mag. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER Mag. Christophe CESKA
PORTUGAL Kap Verde	ÖB Lissabon	Mag. Bernhard WRABETZ
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Michael SCHWARZINGER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau*	Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Johannes WIMMER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag. Dr. Ulrike TILLY
SCHWEIZ	ÖB Bern* GK Zürich	Dr. Hans-Peter MANZ DDr. Petra SCHNEEBAUER
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DEISS
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Dr. Clemens KOJA
SIMBABWE Angola, Malawi, Mosambik, Sambia	ÖB Harare	Dr. Maria MOYA-GÖTSCH
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Markus WUKETICH
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Erwin KUBESCH
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Rudolf LENNKH
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria	Dr. Otto DITZ
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Maria KUNZ
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Johann FRÖHLICH
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Heidemaria GÜRER Paul JENEWEIN Mag. Doris DANLER**
UKRAINE	ÖB Kiew*	Mag. Wolf-Dietrich HEIM
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Michael ZIMMERMANN Dr. Elisabeth KORNFEIND
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Thomas SCHULLER-GÖTZBURG

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Julius LAURITSCH
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA	ÖB Washington*	Dr. Christian PROSL
	GK Chicago	Mag. Thomas SCHNÖLL
Bahamas	GK Los Angeles	Mag. Karin PROIDL
	GK New York	Dr. Ernst-Peter BREZOVSZKY
	KF New York	Mag. Andreas STADLER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Georg HEINDL
ZYPERN	ÖB Nicosia	Mag. Martin WEISS
Armenien, Georgien, Usbekistan	ÖB für Armenien, Georgien, Usbekistan (mit Sitz in Wien)	Mag. Dr. Michael POSTL
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Dr. Thomas OBERREITER

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Dr. Thomas MAYR-HARTING
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei den VN IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien	Dr. Helmut BÖCK
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Dr. Thomas HAJNOCZI
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	Mag. Christine MOSER
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Dr. Hubert HEISS
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Dr. Wolfgang PAUL
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel	Dr. Andreas WIEDENHOFF
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Dr. Karl SCHRAMEK
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest	Dr. Michael ZIMMERMANN
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Dr. Rudolf LENNKH
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi	Mag. Christian HASENBICHLER
ÖB Chisinau (Moldau)	Koordinationsbüro der Austrian Development Agency (ADA)
ÖB Singapur (Singapur)	Büro des Handelsrates (WKÖ)

GK Guangzhou (China)	Zweigbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWFJ
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	untersteht dem BKA

Stand: 31.12.2010
**** designiert**

N. Ausgewählte Dokumente

Dieses Kapitel enthält ausgewählte Dokumente zu Schwerpunktthemen des BMeiA im Jahr 2010.

I. Österreich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2009/2010 – Bilanz der österreichischen Aktivitäten und Schwerpunkte

Im Folgenden handelt es sich um eine kurze Zusammenfassung der wesentlichsten Aktivitäten und Initiativen Österreichs während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ein ausführlicher Bericht über die umfangreichen Tätigkeiten und Initiativen Österreichs kann der Homepage des BMeiA http://www.bmeia.gv.at/ entnommen werden.

Österreich war von 1. Jänner 2009 bis 31. Dezember 2010 – nach 1973/74 und 1991/92 – zum dritten Mal Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN-SR). Während der 104 Wochen, die Österreich dem VN-SR angehört hat, haben die VertreterInnen Österreichs an mehr als 600 Sitzungen des VN-SR teilgenommen und in tausenden Stunden an Verhandlungen über mehr als 250 formelle Beschlüsse des VN-SR (Resolutionen, Vorsitzerklärungen und Presseerklärungen) mitgewirkt.

Ein wichtiges Anliegen Österreichs war es, der Stimme der **EU** bei den VN durch enge Abstimmung mit den europäischen Partnern mehr Gehör zu verschaffen. Es ist auch auf Österreichs Initiative zurückzuführen, dass die Hohe Vertreterin der EU, Catherine Ashton, im Mai 2010 zum ersten Mal vor dem VN-SR sprechen konnte. Auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wurde ebenso besonderer Wert gelegt.

Aufbauend auf der bisherigen österreichischen Arbeit bei den VN bildeten die **Stärkung des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit** ein Leitmotiv der österreichischen SR-Mitgliedschaft. Die Achtung der Menschenrechte, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten, einschließlich von Frauen und Kindern, der Kampf gegen die Straflosigkeit, Abrüstung und Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen bildeten inhaltliche Schwerpunktthemen der österreichischen Mitgliedschaft. Auf Basis dieser Zielsetzungen und Grundprinzipien setzte sich Österreich auch im internationalen Krisenmanagement ein, sei es bei Konflikten wie in Gaza oder in Sri Lanka, den Herausforderungen im Ostkongo, Sudan oder der Elfenbeinküste.

Beim **Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten,** dem Hauptthema während des österreichischen Vorsitzes im VN-SR, wurde am 11. November

2009 auf österreichische Initiative und unter dem Vorsitz des Bundesministers Dr. Michael Spindelegger SR-Resolution 1894 mit konkreten Maßnahmen zum besseren Schutz der Zivilbevölkerung in Konfliktsituationen beschlossen. Über die Annahme der Resolution 1894 hinaus hat Österreich systematisch über deren Umsetzung, auch im Falle konkreter Friedenserhaltender Operationen (FEO) der VN gewacht, wie etwa bei den Mandatsverlängerungen der VN-Missionen in der Demokratischen Republik Kongo, dem Tschad und der Elfenbeinküste, wo der Schutz von ZivilistInnen zu einer Kernaufgabe der Blauhelme gemacht wurde.

Im Bereich **Frauen, Frieden und Sicherheit** setzte sich Österreich für eine stärkere Einbindung von Frauen in Friedensverhandlungen und Wiederaufbauprozesse, eine verstärkte Ernennung von Frauen für hochrangige Positionen in den VN sowie in Friedenserhaltenden Einsätzen der VN, den Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt sowie ein Ende der Straflosigkeit von Tätern sexueller Gewalt ein. Österreich hat auch über viele Monate umfassend an der Vorbereitung des 10. Jahrestages der Annahme der SR-Resolution 1325 (2000) („Frauen, Frieden und Sicherheit") im Oktober 2010 mitgewirkt. Insgesamt hat es nach Meinung der meisten BeobachterInnen in den letzten zehn Jahren nie so viele konkrete Entwicklungen gegeben, wie in den beiden letzten Jahren; ein Ergebnis, zu dem Österreich nach allgemeiner Einschätzung maßgeblich beigetragen hat. Auch die Regelungen zum **Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** konnten während der österreichischen Mitgliedschaft und mit konsequenter österreichischer Unterstützung wesentlich gestärkt werden.

Ein weiteres zentrales – und aus österreichischer Sicht besonders wichtiges – Thema, dem sich der VN-SR während österreichischer Mitgliedschaft widmete, waren Fragen der **Abrüstung und der nuklearen Proliferation**. Österreich hat diese Bemühungen – im Hinblick auf seine klare Grundsatzposition in dieser Frage und als Sitzstaat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) – mit Nachdruck und aus Überzeugung unterstützt. Beim historisch bedeutsamen SR-Gipfeltreffen zu Abrüstung und Non-Proliferation am 24. September 2009 unter dem Vorsitz von US-Präsident Obama, an dem Österreich aktiv mitwirkte, bekannte sich der VN-SR erstmals zum Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen.

Die große Mehrheit der Themen auf der Tagesordnung des VN-SR betreffen Konflikte in **Afrika.** Die österreichische SR-Mitgliedschaft hat zweifelsohne zu einer deutlichen Erhöhung der Visibilität Österreichs in Afrika geführt. Ein konkretes Ergebnis dieses Engagements war die Aufnahme Österreichs in die länderspezifische Konfiguration der VN-Kommission für Friedenskonsolidierung (PBC) für Sierra Leone. Aktiv eingebracht hat sich Österreich auch in Debatten des VN-SR zum Thema Sudan. Das österreichische Angebot, beiden Seiten für den Fall einer Sezession des Südens Expertise in Fragen des Staatsbürgerschaftsrechts zur Verfügung zu stellen, stieß im Norden und im Süden auf eine grundsätzlich positive Reaktion. Bundesminister

Michael Spindelegger ist allein 2010 insgesamt siebenmal mit seinem sudanesischen Amtskollegen zusammengetroffen und hat im Dezember Khartum und Juba (Südsudan) besucht. Ein weiteres Thema, mit dem Österreich während seiner SR-Mitgliedschaft wiederholt konfrontiert wurde, war die Westsahara. Über österreichischen Vorschlag wurde im April 2009 nach schwierigen Verhandlungen erstmals Einigung erzielt, in SR-Resolution 1871 (2009) zumindest einen allgemeinen Hinweis auf die „menschliche Dimension" des Konflikts aufzunehmen.

Die Stärkung des Amtssitzes Wien bildete ebenso ein zentrales Anliegen der österreichischen SR-Mitgliedschaft. In den letzten beiden Jahren konnten konkrete Erfolge erzielt werden. Dazu zählt einerseits die Eröffnung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) in Laxenburg, andererseits die Einrichtung zweier neuer Zentren im Bereich Abrüstung in Wien (ein Liaisonbüro des VN-Büros für Abrüstungsfragen, sowie ein sicherheitspolitischer Thinktank – das Wiener Zentrum für Abrüstung und Non-Proliferation). Zusätzlich hat das Internationale Friedensinstitut (IPI) ein Büro in Wien eröffnet und bereichert so das internationale **Dialogangebot**. Dadurch werden auch die in Österreich ansässigen VN-Organisationen nachhaltig gestärkt und Österreich als Drehscheibe für Frieden und Dialog positioniert. Die informelle Gesprächsrunde zur Westsahara in Dürnstein im August 2009, das „Afghanistan Implementation Colloquium" Ende Februar 2010 in Baden und die Treffen führender Vertreter Khartums und des Südsudan in Wien und Baden im November 2010 sind konkrete Ergebnisse dieser Bemühungen.

Schlussfolgerungen

Durch die klare inhaltliche Schwerpunktsetzung auf Themen wie die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, insbesondere von Frauen und Kindern, sowie Fragen der Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen konnte Österreich zu konkreten Fortschritten in der Arbeit des VN-SR beitragen. Ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen SR-Mitgliedschaft ist auch die konstruktive und beharrliche Mitarbeit an der gesamten SR-Agenda unter Einschluss der sehr wichtigen Aktivitäten in den Sanktionenkomitees und anderen Unterorganen des VN-SR. Österreich hat sich gezielt um ein solches breites Engagement bemüht und die aktive Zusammenarbeit mit allen anderen SR-Mitgliedern gesucht.

Österreich hat für seine prinzipientreue und ausgewogene Arbeit im VN-SR viel Anerkennung erhalten; so hat sich Österreich für den Schutz der Zivilbevölkerung in Darfur und im Ostkongo genauso eingesetzt, wie in Gaza oder in Sri Lanka. In jeder Konfliktsituation wurde stets das Gespräch mit allen Parteien gesucht. Deshalb war es oft gerade auch Österreich, das dazu beitragen konnte, dass der VN-SR in besonders strittigen Fragen – wie etwa jener

der menschlichen Dimension des Westsaharakonflikts – eine gemeinsame Sprache gefunden hat.

Österreich wird die zusätzlich gewonnene Expertise und Erfahrung, die die SR-Mitgliedschaft dem Außenministerium gebracht hat, gezielt für die außenpolitische Arbeit der kommenden Jahre nutzen können. Die von Österreich angestrebte Mitgliedschaft im VN-Menschenrechtsrat in der Periode 2011–2014 stellt daher eine logische und konsequente Fortsetzung unserer Sicherheitsratsaktivitäten dar.

II. Rede von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anlässlich der offenen Debatte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Thema „Sicherstellung einer effektiven Rolle des VN-SR in der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit", New York, 23. September 2010 (nur Englisch)

Emerging from the biggest catastrophe in the 20th century, a war in which all together 50 million people lost their lives, the United Nations were founded to save succeeding generations from the scourge of war. The Security Council was entrusted with the responsibility to maintain international peace and security. Over the last 65 years the Council has made an enormous contribution to this noble goal. For those affected by armed conflict this often is a question of life and death, of security and development and of respect for the rule of law and human rights. No continent was spared, and while in the early years the Council had to deal primarily with interstate conflicts, the nature of conflict has changed significantly in recent times. Intra-state conflicts involving non-state actors as well as transnational threats such as terrorism, organised crime, drug trafficking, proliferation of weapons of mass destruction etc. have created new challenges for the United Nations.

Peacekeeping – originally not foreseen in the UN-Charter – has developed into a particularly successful crisis management tool. Over the last decades, the character of peacekeeping has changed: after monitoring of ceasefires and inter-positioning, peacekeepers of today find themselves in the midst of conflicts facing complex tasks and challenges. Recognising the importance of UN peacekeeping, Austria started contributing troops, police and experts to UN operations immediately after joining the United Nations. 90.000 Austrians in the service of peace since 1960 are proof of our unwavering commitment to the maintenance of international peace and security.

Our willingness to assume global responsibility furthermore manifests itself in our third membership in the Security Council. Confronted with today's threats, we identified the protection of civilians in armed conflict as a key priority. The effective protection of the civilian population is the precondi-

tion for sustainable peace, and as long as UN peacekeeping missions are involved, it is also a question of the credibility of the Council.

Resolution 1894 (2009) provides a solid basis for further enhancing the protection of the most vulnerable. Creating a favourable protection environment goes beyond the protection from physical violence. It must be complemented by activities in the fields of the rule of law, human rights, security sector reform, disarmament, demobilization and reintegration and the empowerment of local society. The swift implementation of resolution 1894 will therefore make an important contribution to the Council's effectiveness in this core area.

An equally important topic is the role of women in peace and security. We must seize the unique opportunity of the 10th anniversary of resolution 1325 (2000) this October to renew our commitment and work towards the increased participation, representation and full involvement of women in preventive diplomacy, mediation, peacekeeping and peace-building. In this context I would like to commend Secretary-General Ban Ki-moon for his strong leadership and encourage him to continue to promote the cause of women.

These efforts must be accompanied by an increased protection of women and girls, especially from sexual violence. The Security Council has several times reaffirmed its role in fighting impunity for such violations. Let me also thank Uganda (as Presidency of the Council for the month of October) for their commitment to further advance the implementation of this landmark resolution.

The systematic consideration of the "protection of civilians in armed conflict", "children and armed conflict" and "women, peace and security" demonstrates the ability of the Council to respond effectively to today's challenges.

In order to sustainably resolve a conflict, the Council should pursue an integrated approach throughout all stages of conflict. Therefore peacekeeping and peace-building need to go hand in hand to provide security and development with the clear aim of strengthening national institutions and preventing a relapse into conflict.

Finally, I would like to emphasise that prevention is the most effective and efficient way of managing conflicts. We therefore highly welcome the efforts by the Secretary General to strengthen the UN's capacity in early warning and conflict prevention and to continue his good offices and mediation activities. As a member of the European Union we strongly believe in the partnership between the United Nations and regional organisations in this regard.

In conclusion, allow me to congratulate you on organising this summit and preparing a Presidential Statement that enjoys our full support. Let me close by reiterating that the Security Council will exercise its role in a most effective and credible manner, when the guiding principle of its actions is the rule of law – clear and foreseeable rules equally applicable to everybody.

III. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger vor der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen, New York, 25. September 2010

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Staats- und Regierungschefs,
Geschätzte Außenminister,
Verehrte Delegierte zur 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen!

Das tragische Erdbeben in Haiti, die zerstörerischen Überflutungen in Pakistan und die Finanzkrise haben uns wieder einmal deutlich vor Augen geführt, dass den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur durch gemeinsames konzertiertes Handeln begegnet werden kann. Im Zentrum unseres Handelns müssen die Vereinten Nationen stehen. Sie sind im heutigen multilateralen System das Forum, das die höchste Legitimität genießt. Ihre Inklusivität ist ihr entscheidender Vorteil. Aber um ihre Wirksamkeit sicherstellen zu können, müssen wir dafür sorgen, dass dieser moralischen Autorität auch entsprechende Mechanismen und Ressourcen zur Seite gestellt werden.

Die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit ist von fundamentaler Bedeutung. Grundlage für alle multilateralen Anstrengungen und Maßnahmen müssen klare und vorhersagbare Regeln sein, die gleichermaßen für alle Mitgliedstaaten gelten. Aber nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch Männer und Frauen rund um den Erdball müssen darauf vertrauen können, dass die Vereinten Nationen in der Lage sind, die in der Charta gegebenen Versprechen Wirklichkeit werden zu lassen.

Es ist daher unerlässlich, dass die Vereinten Nationen mit anderen internationalen Akteuren zusammenarbeiten, um sich erfolgreich den komplexen Herausforderungen unserer heutigen Zeit zu stellen. Österreich und die Europäische Union stehen als verlässliche Partner der Vereinten Nationen bereit – und das in so breit gefächerten Bereichen wie Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. In diesem Zusammenhang hoffen wir, dass unsere Initiative zur Schaffung von Modalitäten zur Beteiligung der EU in der Generalversammlung, die die im Vertrag von Lissabon enthaltenen Veränderungen widerspiegeln, bald angenommen wird. Dieser Schritt würde sehr zu einer weiteren Stärkung der produktiven Partnerschaft zwischen den VN und einer Organisation, die den in der Charta festgeschriebenen Prinzipien und Zielen voll verpflichtet ist, beitragen.

Als Sitzstaat des UNO-Hauptquartiers in Wien, ist Österreich stolz, einen Beitrag zur Arbeit der Vereinten Nationen leisten zu können und bietet Wien auch weiterhin als Plattform für Dialog und Zusammenarbeit an.

„Good Governance" ist unserer Ansicht nach ein integraler Bestandteil der Global Governance. Im Kampf der Vereinten Nationen gegen Korruption und das organisierte Verbrechen spielt das in Wien ansässige Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) – das die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der internationalen Standards, wie der UN-Konvention gegen Korruption – unterstützt, eine zentrale Rolle. Korruption hat massive negative Auswirkungen auf die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Verringerung der Armut und stellt somit eine der großen Herausforderungen für die VN dar. Ein wichtiger Schritt in diesem Zusammenhang ist die Errichtung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) in Österreich, die erst kürzlich eröffnet wurde. Ziel dieser Einrichtung ist es, als Instrument für Forschung, Bildung und Ausbildung von Experten aus allen Bereichen, darunter Exekutivorgane, Richter und Staatsanwälte, zur Bewältigung dieser Herausforderung beizutragen.

Der Kampf gegen den **Klimawandel** ist eines der zentralen Themen des 21. Jahrhunderts. Mit seinen tiefgreifenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der gesamten internationalen Gemeinschaft stellt er eine weitere Herausforderung dar. Wenn wir unser Ziel einer Begrenzung des globalen durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf maximal zwei Grad Celsius und einer Trendumkehr beim Anstieg der Treibhausgasemissionen bis 2020 tatsächlich erreichen wollen, gilt es jetzt einen globalen Konsens zu schaffen. Obwohl die damit verbundenen Anstrengungen nicht unterschätzt werden dürfen, stellt der Kampf gegen den Klimawandel auch eine Chance dar. Denn er eröffnet uns die Möglichkeit, gleichzeitig einen Rahmen für nachhaltiges, qualitativ hochwertiges Wachstum weltweit zu schaffen. Österreich hat sich verpflichtet, seinen Beitrag zu diesen Anstrengungen zu leisten.

Im Kampf gegen die Armut auf der Welt haben sich die Staats- und Regierungschefs diese Woche auf konkrete Maßnahmen geeinigt, um die Millenniums-Entwicklungsziele wieder auf Kurs zu bringen. Wir sind daher aufgerufen, all unsere Kräfte zu mobilisieren, um dieser erneuerten Verpflichtung gerecht zu werden – ganz besonders im Hinblick auf die speziellen Bedürfnisse Afrikas. Denn nur durch ein gemeinsames Handeln der Regierungen der entwickelten und der Entwicklungsländer, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft wird es uns gelingen, unsere ehrgeizigen Ziele bis 2015 zu erreichen.

Herr Präsident,

Ich möchte nun auf eine der unmittelbarsten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit zu sprechen kommen. In diesen Tagen richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf die jüngst initiierten Direktgespräche zwischen Premierminister Netanyahu und Präsident Abbas. Wir begrüßen die führende Rolle und das Engagement von Präsident Obama, der diese Entwicklung erst möglich machte. Durch diese Gespräche werden die ersten konkreten Aussichten

seit Jahren auf einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten eröffnet. Eine Einigung zwischen Israel und Palästina würde nicht nur das Leben der betroffenen Menschen radikal verbessern, sondern auch der Schlüssel zu mehr Stabilität in der Region und mehr Frieden in der Welt sein. Wir hoffen, dass sich beide Seiten ihrer enormen Verantwortung bewusst sind.

Der Prozess ist immer noch fragil. Wir sind der Ansicht, dass die Verlängerung des Siedlungsmoratoriums sowohl für eine positive Entwicklung der Gespräche als auch für die Schaffung eines Klimas, in dem Kernpunkte erfolgreich in Angriff genommen werden können, entscheidend ist. Genauso wichtig ist es aber auch, dass die von den palästinensischen Behörden unternommenen Anstrengungen zum Aufbau funktionierender Institutionen eines künftigen palästinensischen Staates dynamisch voranschreiten.

Denn schlussendlich liegt es an den Parteien, den Friedensprozess zu einem positiven Abschluss zu bringen – obwohl internationale Akteure, insbesondere die Mitglieder des Quartetts, dabei eine wichtige Rolle spielen. Als Mitglied der Europäischen Union steht Österreich bereit, seinen vollen Beitrag dazu zu leisten.

Um sicherzustellen, dass die Vereinten Nationen auch weiterhin eine zentrale Rolle im Bereich „Global Governance" spielen, müssen wir unsere Anstrengungen zur internen Reform der VN – und dazu gehört auch eine **Reform des Sicherheitsrats** – fortsetzen. Durch eine Erweiterung des Sicherheitsrates, die die heutigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten widerspiegelt, und eine Reform der Arbeitsweisen des Rates werden sowohl die Legitimität als auch die Akzeptanz seiner Entscheidungen erhöht.

Als gewähltes Mitglied des Sicherheitsrats nehmen wir mit großem Engagement an seiner Arbeit teil und tun unser Bestes um Effektivität und Transparenz zu fördern.

Die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung und Sicherstellung der **UNO-Friedenssicherung,** die ein essentielles Instrument zur Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen darstellt, sind signifikant. Vor dem Hintergrund beschränkter finanzieller wie auch personeller Ressourcen und der wachsenden Komplexität der friedenssichernden Operationen, haben die Vereinten Nationen eine Überprüfung des gesamten UN-Friedenssicherungssystems in Angriff genommen, um es an die Bedürfnisse und Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen. In diesem Zusammenhang ist eine wirksame Überwachung und Überprüfung der Umsetzung der Mandate zur Friedenssicherung durch den Sicherheitsrat, der dabei in enger Zusammenarbeit mit den Truppen- und Polizeistellern, dem UN-Sekretariat und den Missionen der UNO tätig wird, von entscheidender Bedeutung. Österreich unterstützt die laufende Reform der Friedenssicherung voll und steht bereit, seine Rolle in einer erneuerten globalen Partnerschaft zur Friedenssicherung zu spielen.

Unsere Arbeiten müssen sich auch darauf konzentrieren, Friedenskonsolidierung unumkehrbar zu machen. Bei der Förderung von nachhaltigem Frieden kommt der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung (PBC) gemeinsam mit den Integrierten Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung eine entscheidende Rolle zu. Unter optimaler Nutzung der Architektur zur Friedenskonsolidierung kann dauerhafter Frieden durch das entschlossene Vorgehen und den politischen Willen des betroffenen Landes und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft geschaffen werden. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung erfordern einen integrierten Ansatz, daher wird ein verbessertes Zusammenspiel zwischen Sicherheitsrat und PBC während des gesamten Konfliktzyklus – wie diese Woche beim Sicherheitsratsgipfel bestätigt – von uns ausdrücklich unterstützt.

Da sich nicht nur die Art der Konflikte ändert, sondern auch das Handeln von nicht-staatlichen Akteuren zunimmt, stellt der **Schutz der Zivilbevölkerung** eine der Kernaufgaben im Rahmen vieler friedenserhaltender UNO-Missionen dar. Der wirksame Schutz der von Feindseligkeiten und Gewalt Betroffenen wurde zum Gradmesser für den Erfolg und die Glaubwürdigkeit von UNO-Missionen vor Ort und der Vereinten Nationen insgesamt. Im Rahmen der Bemühungen des Rates zum verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung vor physischer Gewalt, Vertreibungen und Verletzung ihrer Rechte, wurde durch die im letzen November einstimmig angenommene Sicherheitsratsresolution 1894 (2009) ein wichtiger Schritt getan.

Doch in der Praxis hat die Resolution 1894 noch keinen vollen Niederschlag gefunden. Verstöße gegen das internationale humanitäre Recht und die Menschenrechte, wie auch Straffreiheit solcher Verbrechen stellen weiterhin eine große Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und dauerhaften Frieden nach Konflikten dar. Für Österreich ist die Sicherung des Schutzes der Zivilbevölkerung vorrangige Verantwortung des Staates, dazu gehört auch die glaubhafte Verfolgung jener, die für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das Völkerrecht verantwortlich sind. In diesem Sinne unterstützen wir den Einsatz und die Förderung von Mechanismen, wie dem Internationalen Strafgerichtshof, Untersuchungskommissionen oder Expertengremien. Diese Instrumente sind als Ergänzung und Verstärkung jener Maßnahmen zu sehen, die auf nationaler Ebene zur Ahndung derartiger Verstöße umgesetzt werden. Dem Sicherheitsrat kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. In diesem Sinne hat Österreich auch die Sicherstellung der Umsetzung von Resolution 1894 zu einer der vorrangigsten Prioritäten seiner verbleibenden Zeit als Mitglied des Sicherheitsrats gemacht.

Desgleichen misst Österreich der Förderung der Rolle der Frau in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen höchste Bedeutung bei. Auch zehn Jahre nach der Annahme von Sicherheitsratsresolution 1325 (2000) zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit orten wir hier immer noch große Diskrepanzen:

Frauen sind in Friedensprozessen und Maßnahmen zur Beilegung von Konflikten weiterhin fast nicht präsent, und Verbrechen gegen Frauen bleiben all zu oft ungesühnt. Die jüngsten schockierenden Massenvergewaltigungen im östlichen Kongo führen uns den dringenden Handlungsbedarf einmal mehr vor Augen. Wir können es uns nicht leisten, diese Diskrepanzen einfach zu ignorieren. Der zehnte Jahrestag der Annahme von Resolution 1325 eröffnet uns die entscheidende Möglichkeit auf eine konsequentere Umsetzung und Förderung von Frauenthemen in allen Bereichen der internationalen Friedensbemühungen hinzuarbeiten. Diese Anstrengungen werden durch unsere Entwicklungszusammenarbeit voll unterstützt und mitgetragen.

Im Rahmen dieser Bemühungen stellt die Sicherheitsratsentscheidung zur Begründung von „UN Women" – die von Österreich ausdrücklich begrüßt wird – einen Meilenstein dar. „UN Women" wird die VN zu einem stärkeren und leistungsfähigeren Partner bei der Förderung von Frauen weltweit machen. Wir freuen uns darauf, bei der Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele mit Michele Bachelet zusammenzuarbeiten.

Kinder in bewaffneten Konflikten bedürfen des besonderen Schutzes. Die konkreten Fortschritte, die das System der UNO im Kampf gegen schwere Kinderrechtsverletzungen sowie die Anwerbung und Rekrutierung von Kindersoldaten erzielt hat, erfüllen mich mit Genugtuung.

Österreich weist erneut auf die Schlüsselrolle hin, die die Vereinten Nationen im Zentrum unserer Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus spielen. Wobei die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit Grundprinzipen sind, die es im Rahmen der Anti-Terrormaßnahmen einzuhalten gilt. Als Vorsitz des Al-Qaida/Taliban-Sanktionenkomitees ist Österreich der Förderung eines ordnungsgemäßen Prozesses im Rahmen der Sanktionenregime des Rates verpflichtet. In diesem Sinne begrüßen wir die substantiellen Verbesserungen im Zusammenhang mit den Prozessen zur Aufnahme in die Liste bzw. Streichung von derselben, sowie die jüngst erfolgte Bestellung von Kimberly Prost zur zuständigen Ombudsfrau.

Österreichs **Kandidatur für den Menschenrechtsrat** für den Zeitraum 2011–2014 ist die logische Fortsetzung unserer langjährigen Arbeit und unseres Engagements – auch im Sicherheitsrat – für die Achtung der Menschenrechte. Dialog und Partnerschaften sind von entscheidender Bedeutung, wenn die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gegebenen Versprechen für alle Menschen rund um unseren Erdball Wirklichkeit werden sollen. Österreich arbeitet gemeinsam mit allen Akteuren konsequent darauf hin, die Schere zwischen den Standards und deren Umsetzung auf nationaler wie auch internationaler Ebene zu verringern.

Herr Präsident,

ich möchte meine Ausführungen gerne mit einigen erfreulichen Betrachtungen abschließen: Heuer waren zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder posi-

tive Entwicklungen im Bereich nukleare Abrüstung zu verzeichnen. Die neue Schwungkraft ging auf die erst vor einem Jahr angenommene Sicherheitsratsresolution 1887 (2009) zurück. Und obwohl noch viele Themen zur Lösung anstehen und unserer speziellen Aufmerksamkeit bedürfen, konnte das Ergebnis der Überprüfungskonferenz im Mai das Vertrauen in den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) wieder herstellen.

– Zum ersten Mal konnte Einigung über einen umfassenden, auf alle drei Säulen des NPT abgestellten Aktionsplan erzielt werden – und ich darf betonen, dass Österreich sich geehrt fühlt, zu diesem Erfolg beigetragen zu haben.

– Zum ersten Mal wurde das Ziel „atomwaffenfreie Welt" von allen Parteien angenommen, die sich somit verpflichtet haben letztendlich alle Arten von Atomwaffen zu eliminieren.

– Zum ersten Mal wurden die katastrophalen humanitären Folgen, die der Einsatz derartiger Waffen mit sich bringt, anerkannt – das ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines endgültigen, rechtlich bindenden Verbots von Atomwaffen durch eine Atomwaffenkonvention oder einen Rahmen von Rechtsinstrumenten.

Doch trotz der positiven Ergebnisse, die bei dieser Konferenz erzielt werden konnten, bleibt noch viel zu tun:

– Der Aktionsplan muss umgesetzt werden. Die Nuklearwaffenstaaten – die ihrerseits zugesagt haben, in zahlreichen essentiellen Punkten aktiv zu werden und bis 2014 darüber zu berichten – müssen als gutes Beispiel vorangehen.

– Die internationalen Abrüstungsstrukturen müssen reformiert werden. Ich möchte Generalsekretär Ban hier für seine diesbezügliche Initiative danken.

Abschließend darf ich betonen, dass wir von erfolgreichen Abrüstungsinitiativen lernen müssen. Hervorheben möchte ich auch, dass Österreich über das Inkrafttreten des Streumunitions-Übereinkommens letzen Monat hocherfreut ist. Diese Konvention ist ein positives Beispiel für realen Fortschritt, der durch die Zusammenarbeit von engagierten Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft erzielt werden kann.

Um ein derartiges Zusammenwirken auch im Nuklearbereich zu fördern, unterstützt Österreich die Gründung eines Kompetenzzentrums für nukleare Abrüstung und Non-Proliferation Anfang nächsten Jahres in Wien. Als Plattform für offene Diskussionen und unabhängiges Fachwissen, Überwachung und Interessensvertretung, soll dieses Zentrum die Verständigung und Zusammenarbeit aller Beteiligten fördern. Ich hoffe, dass es dadurch möglich sein wird, weitere Fortschritte in den Bereichen nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung zu erzielen.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Uns, die Vereinten Nationen, eint die gemeinsame Verantwortung zusammen Fortschritte zu erzielen, um so unser aller Ziel – Frieden, Sicherheit und Entwicklung für alle Menschen dieser Welt – Wirklichkeit werden zu lassen.

IV. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der offenen Debatte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“, New York, 26. Oktober 2010 (nur Englisch)

Mr. President,

I would like to thank you for the initiative to convene this high-level open debate on Women and Peace and Security, marking the 10th anniversary of the adoption of resolution 1325 (2000). Your presence here shows the support of Uganda to the issue. Let me further congratulate you for the efforts that resulted in the Presidential Statement before the Council today. I would also like to thank the Secretary-General for joining us from far away, which is testimony to his personal commitment to this subject.

It is a particular pleasure to welcome Under-Secretary-General Ms. Michelle Bachelet in the Chamber. I would like to congratulate her on her appointment and assure her of Austria's full support. We are convinced that UN Women will play a central role in further advancing this agenda. We are equally grateful for the valuable input of Ms. Thelma Awori representing the Civil Society Advisory Group on Women, Peace and Security. Civil society has always been a driving force behind this issue and we are looking forward to further advancing this agenda in close partnership.

When adopting this landmark resolution 10 years ago, the Security Council recognized that equal participation, representation and full involvement of women in all aspects of peace-building and security, the protection of women as a group with specific needs and concerns as well as the prevention of sexual and other violence are not only a security issue but also vital for sustainable peace and stability. With the adoption of the resolutions on „sexual violence“ and „women and girls in post-conflict situations“ the Council now disposes of a strong and well developed normative framework.

Over the past decade, progress in the implementation has been slow and uneven. The resolution's real impact remains to be felt on the ground in many areas. All too often women do not make it to the tables where decisions are taken in peace processes or post-conflict reconstruction that have a direct impact on their lives. There are no issues that are not also women's issues. Every month hundreds of women and children fall victim to sexual violence

under the eyes of their governments and the international community. Women and girls with disabilities remain even more vulnerable. Ten years on, our focus must therefore lie on how we can ensure better and more coherent implementation of the objectives enshrined in these resolutions and make a real difference for women in conflict and post-conflict situations.

The Council has at its disposal a whole range of tools for the implementation of resolution 1325. These include measures such as mandates of peacekeeping and other relevant missions, briefings and reports, commissions of inquiry as well as targeted measures and sanctions. We have to be ready to use these tools and to translate words into practice in a consistent manner. We have to ensure that those that disregard the Council's decisions are being held accountable.

The Arria Meeting of the Security Council on 19 October co-chaired by Austria, Mexico and the United Kingdom has made it clear that we need more information on progress and on what measures have been successful. The comprehensive set of indicators on 1325 which received the Council's support today, will finally close this important gap and provide us with qualitative and quantitative data on important areas such as the prevalence of sexual violence or the number of women participating in peace-processes. This information will allow us to better guide and target our actions in the future. We hope that the indicators will now become operational as a matter of urgency. We do believe that all Member States should use the indicators relevant for their country's situation, including in their national action plans in order to receive a truly global picture of the implementation of resolution 1325.

As a next step we request the Secretary-General to include the information gathered on the basis of the indicators in his country-specific and relevant thematic reports in a systematic and comprehensive manner. Without accurate and timely information, it is difficult for the Council to take appropriate action in areas that need our urgent attention, such as the prevention of sexual violence. We hope the Council will in the future also receive briefings on situations, where data gathered through the indicators suggest an outbreak of violence against women or a further deterioration of a situation. Early warning and prevention is still by far the best protection.

„Women, Peace and Security" needs to be on the agenda of the Council every time the Council considers a country situation or relevant thematic issues. The establishment of an Informal Expert Group would have further enabled the Council to evaluate information on the situation of women and girls in conflict situations around the globe. We hope that the Council will revert to this question in the near future, once the indicators are fully operational. The Security Council has to show active leadership and shoulder its responsibility for the implementation of its resolution 1325.

The high-level event on resolution 1325 organized by Canada in the margins of the general debate already provided us with an opportunity to make concrete and measurable commitments to implement resolution 1325. On this occasion I have already announced a few Austrian contributions. Today, I would like to add further contributions.

At the national level:

– The development and implementation of National Action Plans is crucial to improve the implementation of resolution 1325. Austria was one of the first countries to develop a National Action Plan for resolution 1325. We will take the 10th anniversary of resolution 1325 as an opportunity to revise our National Action Plan. Work will start beginning of 2011 in close cooperation with civil society and other line ministries.
– Austria is committed to a continuous enhancement of its rule of law standards. The Rome Statute is the first international treaty to classify crimes against women, like rape or other forms of sexual violence, as crimes against humanity, war crimes or genocide. Austria is currently in the process of incorporating the crimes of the ICC Statute into its criminal code.
– Austria commits to contextualize education, and pre-deployment training of its armed forces personnel in order to address specific operational realities in regions of deployment, including the impact of conflict on gender relations and the role and participation of women (on the basis of relevant UN guidelines).

At the international level:

Supporting the UN in the implementation of 1325

– The newly-established entity „UN Women" has a central role in coordinating the UN's activities in implementing resolution 1325. Austria is committed to support UN Women and its efforts in making the newly developed indicators operational. In this context, Austria will provide UN Women with voluntary financial contributions.

Supporting the implementation of 1325 through the Austrian multilateral development cooperation

– Through the Austrian Development Agency, Austria supports and implements projects tailored towards the implementation of resolution 1325, in particular in relation to violence against women, DDR, cooperation with civil society for conflict prevention and peacekeeping. We will continue with these efforts. The Austrian multilateral development cooperation will keep a strong focus on women and children in crisis and post-conflict situations.
– With its expertise in the development of a National Action Plan on 1325, Austria stands ready to work together in the context of a „Twinning Project" with partner countries to support the establishment of National Action Plans on 1325.

Supporting the implementation of resolution 1325 through Austria's engagements in the area of peacekeeping

– Austria commits to deploy gender experts (e. g. Military Gender Advisor) to military components of peace operations if designated and posted by the international community.
– Furthermore, Austria undertakes to ensure the availability of immediate-response personnel (Gender Field Advisor, Gender Focal Points) within national contingents to address women and girls' urgent needs, with particular respect to health, security and justice.
– Austria will continue to further strengthen its training activities on 1325, in particular in pre-deployment trainings for peace and humanitarian operations that are being provided for civilian and military experts from around the world by the Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution (ASPR), and increase its training efforts in the Austrian Diplomatic Academy in 2011.
– Including through its Special Envoy for International Women's Issues, Ambassador Dr. Ursula Plassnik, Austria will continue to promote the implementation of resolution 1325 including in the UN, the EU, the Council of Europe and the OSCE. Austria is committed to dialogue initiatives promoting in particular gender equality and strengthening women in public life and dialogue activities. For example, Austria has established an international Network on „Promoting Female Leadership in Intercultural and Interreligious Dialogue" first meeting in June 2010. Certainly, I also commit to raise awareness in my bilateral contacts for resolution 1325, where appropriate.

Let me finally reiterate my hope that the commitments to action will not be a one-time effort limited to the 10 year anniversary. We are ready to follow-up on our commitments and to review progress in the implementation annually at the Open Debates on women, peace and security.

V. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der 2010 Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, New York, 3. Mai 2010 (nur Englisch)

Mr. President,

Excellencies, Ladies and Gentlemen,

Lady Ashton has delivered a statement on behalf of the EU. Permit me to add a few points from the perspective of Austria.

Forty years ago, the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons entered into force. The world was in the depths of the Cold War. At times, the threat of nuclear war seemed imminent. The goals of the NPT were clear: prevent the proliferation of nuclear weapons, benefit from peaceful uses of nuclear energy and pursue nuclear disarmament.

Forty years later, it is deeply disturbing:

- that the number of nuclear weapons is still so high;
- that North Korea developed nuclear arms; and
- that Iran – requests by the IAEA and UN notwithstanding – is still not able or willing to dispel concerns about its nuclear ambitions.

Forty years of NPT produced resolutions and decisions, high hopes and aspirations – and yet, we are still waiting:

- for progress on the establishment of a nuclear-weapons free zone in the Middle East;
- for the entry-into-force of the Test-Ban-Treaty; and
- for negotiations on a fissile-material ban.

Forty years of NPT witnessed dangerous incidents, a terrible accident in Chernobyl, and growing concerns as regards the misuse of sensitive nuclear technologies, and yet we see:

- no real solutions for addressing environmental and health concerns on many questions, such as nuclear waste;
- no universal commitment to recognize the IAEA Additional Protocol as the verification standard; and
- no real interest in safe and fair multilateral control of the nuclear fuel cycle through the IAEA.

So there we are: Forty years of NPT. Is there something to celebrate?

In my view, the inadequacies of the system, grave as they may be, must not be used to distort the overall positive record:

- Since 1970, few new states have acquired nuclear weapons;
- We witnessed states giving up nuclear arsenals, dismantling weapons programmes or reducing their atomic arsenals;
- We saw the IAEA establish a highly efficient system of monitoring and verification and become the accepted authority on nuclear issues.

For me, the most important sign of life of the NPT is this conference – where almost the whole world has gathered to support the NPT as the cornerstone of the international nuclear non-proliferation regime.

Mr. President,

A Review Conference is an occasion to reflect on the past, but it should focus on the future. There is today a new sense of optimism – thanks primarily to

US President Obama's inspirational new approach, which has enabled developments such as the Russia-US agreement signed last month. I hope the improved atmosphere will enable progress at this Conference: real, concrete steps forward – especially as regards reductions in nuclear arsenals, the nuclear test ban, a fissile material ban, the additional protocol, a process towards a nuclear-weapons-free zone in the Middle East and confidence building. Progress will require positive contributions by everyone, not confrontational rhetoric.

Austria will actively contribute to a successful outcome, just as we have done in the past, for example with our proposal on a fair and transparent system to multilaterally control the nuclear fuel cycle. Most important for Austria is that the goal of a nuclear-weapons-free-world becomes the central objective of our endeavours. Forty years ago, such ideas were considered idealist dreams. But last year, the UN Security Council resolved, at the level of Heads of State and Government, to work towards a world without nuclear weapons. In the words attributed to the Brazilian Bishop Hélder Câmara. "When you dream alone, it's just a dream; but when many have the same dream, it's the beginning of reality".

Moving from the dream of a world free of nuclear weapons to actual global zero will take time and much effort. There are several promising ideas, like UN Secretary-General Ban Ki-Moon's Five-Point-Plan. Austria supports this plan and believes that the most effective way to move towards "global zero" is through a universal legal instrument, a "Nuclear Weapons Convention", equipped with a strict multilateral verification mechanism.

You are aware how sincerely Austria engages in disarmament issues. We were at the forefront of initiatives resulting in conventions banning mines and cluster bombs. The Austrian government and the legislature – which recently adopted a formal resolution on a world without nuclear weapons – will examine closely how disarmament is dealt with at this Conference. If there is no clear progress towards "global zero", we will discuss with partners the feasibility of a global instrument to ban these weapons. The NPT remains the cornerstone of the international nuclear non-proliferation regime. But a static regime that has lost its vision may benefit from fresh ideas.

Mr. President,

To achieve a meaningful outcome at this Conference, you will require contributions from many sources. We have considered at length how Austria might assist. With no nuclear weapons to disarm, no international treaties left to ratify and no nuclear industry to monitor, we identified the following areas:

1. Strengthen the multilateral system

The UN Office of Disarmament Affairs (UNODA) shoulders a large mandate, with limited means. Last year, Under-Secretary-General Duarte stressed the

desire to devote more attention to the meetings on nuclear issues in Vienna. Austria has, therefore, put together a proposal that enables UNODA to establish and maintain a permanent liaison office in Vienna: we will provide office space, equipment, a yearly stipend to offset personnel costs for 10 years and financial support for conferences. We hope that a presence close to institutions such as the IAEA and CTBTO will also help UNODA to provide support to the NPT, especially if a support unit for the NPT-review process along the lines of the Canadian proposal is established.

2. Support civil society

The contribution of civil society in disarmament matters is vital. Many projects – such as the Mine Ban Treaty or the Convention on Cluster Munitions – would not have turned out as successful had it not been for the work of dedicated NGOs. It is my firm belief that strengthening of the monitoring role of civil society can further our goal of a world free of nuclear weapons. For this reason, and in view of the increasing importance of nuclear issues in Vienna, Austria will assist in establishing an international hub of expertise, a "Competence Centre for Nuclear Disarmament and Non-Proliferation" in Vienna. Over the next months, we will consult with partners in government and civil society on how such a hub could contribute effectively to the global efforts for a world without nuclear weapons.

Mr. President,

Before concluding, let me thank you and your team for the great effort you have put into the preparation of this Conference. I wish you much success and the best of luck.

Thank you.

VI. „Die Donauraumstrategie der Europäischen Union", Keynote Speech von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger, Alpbach, 2. September 2010

Das Forum Alpbach hat heuer das Motto „Entwurf und Wirklichkeit" gewählt. Es stellt die Fragen: Was wurde aus den Träumen und Visionen von 1989? In welche Richtung bewegt sich das globale Kräftespiel heute?

Das Forum Alpbach widmet sich vor allem auch dem Thema Donauraumstrategie. Dafür möchte ich den Organisatoren danken.

„Donau" oder „Mitteleuropa"

Die Donau, 1989 in weiten Bereichen noch ein trennender Grenzfluss, ist heute zu einem Fluss geworden, der eint und vereint. Und es ist unser

Bemühen, dass die Donau auch weiterhin und in verstärktem Maße Menschen, Ideen, Projekte vereint.

Die Chancen stehen gut. Denn die Europäische Strategie für den Donauraum spielt heutzutage in der europäischen Landschaft eine viel größere Rolle, als wir noch vor zwei Jahren zu hoffen wagten.

Anfang 2009 haben mein damaliger rumänischer Kollege und ich einen ersten Schritt gesetzt: Mit dem Vorschlag an die übrigen Mitgliedsstaaten, eine europäische Politik für diesen ebenso dynamischen wie sensiblen Teil unseres Kontinents zu entwickeln.

Diese Initiative hat übrigens einiges mit dem schillernden Begriff Mitteleuropa zu tun. Ein Begriff der erst mit und nach 1989 überhaupt wieder Gestalt annehmen konnte.

Das Gemeinsame dieser rumänisch-österreichischen Initiative betone ich auch deshalb, weil es ja durchaus Vorbehalte speziell gegen diese Mitteleuropa-Renaissance gegeben hat.

Jacques Le Rider hat es offen ausgesprochen, was viele in Europa nur gedacht haben: Mitteleuropa sei „primär eine Vorstellung von Deutschen und Österreichern bezogen auf Regionen östlich von Berlin und östlich von Wien". Darin manifestiere sich, so Le Rider, die „große Schwäche und Ambivalenz dieser Zugehörigkeitsbehauptung".

Mit dem Schwerpunkt auf den Donauraum als europäisches Entwicklungsprojekt haben wir, glaube ich, den Fokus verschoben. Von historischer Reminiszenz auf gemeinsame Zukunftsgestaltung. Nicht geschichtsfrei, aber weniger geschichtslastig und -belastet.

Der Donauraum hat vom neuen Europa ungeheuer profitiert: Der Fall des Eisernen Vorhangs, die EU-Erweiterungsrunden seit 1995 und neue Formen der Zusammenarbeit wie die Europäische Nachbarschaftspolitik haben die Völker des Donauraums einander näher gebracht. Und sie haben neue Perspektiven für die Gestaltung des Zusammenlebens im Donauraum eröffnet.

Großes Interesse an der neuen Strategie

Im Laufe dieses Jahres ist äußerst intensiv an einer substanziellen EU-Strategie für den Donauraum gearbeitet worden. Fünf Stakeholder-Konferenzen wurden organisiert: Quasi ein Jahrmarkt – im besten Sinn – an Ideen und Vorschlägen. Offen und zugänglich für alle Interessierte, im Sinne eines intensiven Miteinander.

Zudem haben mehr als 80 Organisationen die Möglichkeit genützt, bei der Europäischen Kommission schriftliche Vorschläge zu deponieren. Vieles davon ist – so wie auch die Beiträge aus den 14 Ländern des Donauraums – in den Entwurf des Aktionsplans eingeflossen.

Vieles hat sich also schon getan in relativ kurzer Zeit. Der Schritt vom Entwurf zum gelungenen, wirklichkeitstauglichen Wurf ist aber noch zu tun.

Finanzkrise

Zu den schwierigsten Herausforderungen, denen alle Länder des Donauraums gegenüberstehen, zählt die Bewältigung der Folgen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

2009 haben alle Volkswirtschaften zum Teil empfindliche Rückgänge der Wirtschaftsleistung verkraften müssen. Die Krise ist auch heute bei weitem nicht ausgestanden. Aber dass es zu einer veritablen makroökonomischen Kernschmelze in Ost- und Südosteuropa kommen würde, blieb reine Untergangsspekulation einiger schwarz malender Experten.

Wir haben auch in schwierigen Situationen einen kühlen Kopf bewahrt. Nach dem gelungenen Krisenmanagement des letzten Jahres gilt es nunmehr, die nötigen strukturellen Reformschritte anzugehen.

Die EU-Strategie für den Donauraum kann auch dazu einen bedeutenden Beitrag leisten. Denn ihre sogenannte dritte Säule verfolgt gerade das Ziel, im Bereich der sozio-ökonomischen Entwicklung neue Anstöße zu geben und die Verbindungen von Menschen und Unternehmen zu stärken.

Neue Formen der Zusammenarbeit in Europa

Wo stehen die Arbeiten an der EU-Strategie für den Donauraum? Was haben wir aus der Vorbereitungsphase der Strategie gelernt?

Die bisherigen Arbeiten an dieser Strategie haben innovative und originelle Formen der Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft entstehen lassen, die wiederum für das neue Europa, für Brüssel und andere Bereiche der EU neue Möglichkeiten aufgezeigt hat.

Wir haben es bei der Donauraumstrategie – und das ist das besonders Spannende – mit einer neuen Form der Interaktion zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten zu tun. Bei der Erarbeitung und Implementierung von makroregionalen Strategien tritt die Kommission nicht als eigentlicher Initiator, sondern eher als Koordinator und „Mediator", als Mittler, auf.

Eine solche Strategie betrifft zwar nur eine begrenzte Zahl von EU-Mitgliedsstaaten, muss aber von allen gutgeheißen werden. Es muss letztlich auch ein Mehrwert für die gesamte Union darstellbar sein. Diese neue Form der Interaktion bietet interessante institutionelle Ansätze, vielleicht auch für andere Politikfelder. Sie wurde genützt und hat sich, das kann man jetzt schon sagen, bewährt.

Weiters eröffnen sich neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen der EU und den Drittstaaten. Schon allein während der Konferenzen sind so viele Kooperationen vereinbart und auf Schiene gestellt worden, dass uns diese Tatsache optimistisch in die Zukunft blicken lässt.

Das ist ein Spezifikum, das schlicht und einfach durch die Geographie diktiert ist. Ohne Kroatien und Serbien – um die augenfälligsten Beispiele zu nennen – wäre eine Donauraum-Strategie nicht ihren Namen wert. Die Her-

ausforderung liegt darin, alle Staaten in das „decision shaping" möglichst früh und eng einzubinden, ohne die EU-Prozeduren des „decision making" zu beeinträchtigen.

Im verstärkten Miteinander liegt die Zukunft.

Zu viele Partner, zu große Unterschiede?

Hier liegt auch eine besondere Herausforderungen der Arbeit an der Donauraumstrategie: die große Zahl der beteiligten Partner – und ihre unterschiedlichen Zielvorstellungen.

Die Strategie ist richtigerweise eine für den Donau-*Raum* und nicht bloß für den Donau-*Fluss*. Sie soll idealerweise dazu beitragen, den Bedürfnissen und Vorstellungen einiger der reichsten und einiger der ärmsten Teile Europas gleichermaßen Rechnung zu tragen.

Keine einfache Aufgabe, bei der zwei Extreme vermieden werden müssen: Weder darf alles, was nur irgend wünschbar scheint, hineingestopft werden. Noch darf sich die Strategie in ein paar wenigen symbolischen Projekten erschöpfen.

Und man setzt noch mehr als bisher die Strategie auch als Plattform für die Behandlung gewisser Fragen ein, bei denen politischer Lösungsbedarf besteht.

Die Arbeit an der Donauraumstrategie wird hoffentlich den Anstoß geben können, das eine oder andere noch ungelöste Problem, etwa in Zusammenhang mit Grenzverläufen entlang der Donau, anzugehen und einer Lösung zuzuführen. Auch das wird der Mehrwert der Strategie sein.

Überhaupt ist der Begriff „Mehrwert" ein wichtiger Leitsatz in der Strategie. Es geht um den zusätzlichen Wert, der entsteht, wenn Kooperationen zwischen Ländern, Regionen, Städten, Organisationen, Behörden und Menschen entstehen, die für beide Seiten nützlich sind. Kooperationen, die ohne die Strategie nicht oder zumindest nicht in diesem intensiven Ausmaß zustande gekommen wären.

All diese Prämissen, die ich genannt habe, fließen in den Entwurf des Aktionsplans ein. Wir müssen nun – mit viel Energie – „from words to actions" schreiten.

Oder eben: Vom Entwurf zum Wurf. Auch, um die Chancen, die sich mit der historischen Zeitenwende 1989 aufgetan haben, noch besser und nachhaltiger zu nutzen, als das bisher der Fall war.

Vier Säulen der Zusammenarbeit

Der Aktionsplan, das Herzstück der Strategie, sieht vier große Säulen vor.

Die erste Säule des Aktionsplans ist die „Verbesserung der nachhaltigen Transport- und Energievernetzung" – bestehend vor allem aus den Bereichen Mobilität, Transport und Energie. Die Bedeutung der Strategie ist aus öster-

reichischer Sicht aber jedenfalls, wenn nicht zunächst überhaupt in erster Linie, in Bezug zur Donau selbst zu messen.

Es geht hier im Kern darum, widersprüchliche oder widersprüchlich scheinende Zielvorstellungen, insbesondere betreffend den Schutz und die Nutzung der Donau, bestmöglich zu vereinbaren.

Die Daten über die geringe Auslastung der Donau als Transportachse sind bekannt. Die weiteren Rückgänge des Frachtaufkommens im Jahr 2009 machen das Bemühen um eine Trendumkehr umso dringender.

Wasserstraße ist umweltfreundlicher als Straße. Ebenso bekannt ist, wie empfindlich das Ökosystem des Flusses und seiner Uferlandschaften ist. Die Donau als „grüne Wasserstraße" – notwendig ist die Beseitigung der Flaschenhälse, aber zwingend unter Einbeziehung des Umweltschutzes, die ganzjährige Schiffbarkeit etc.

Radikale Eingriffe – wie etwa neue Staustufen – werden nicht die Lösung sein. Genau hier setzt ein österreichischer Vorschlag über ein *nachhaltiges und konkurrenzfähiges Transportsystem auf der Donau* an.

Seit Beginn haben wir uns für einen Ansatz eingesetzt, der beide Anliegen – Schutz und Nutzung der Donau – gleichermaßen im Auge hat. Und noch mehr müssen in Zukunft Kooperationen und Investitionen untereinander koordiniert werden. Österreich kann speziell hier großes Know-how anbieten und eine Koordinationsfunktion übernehmen.

Ein ganz bedeutender Mehrwert der Donaustrategie besteht darin, dass transnationale Investitionen koordiniert werden – denn es hat wenig Sinn, wenn in unmittelbarer Nähe ähnliche Investitionen getätigt werden, und dann wieder Hunderte von Kilometern nichts. Dass Nationalparks grenzüberschreitend sind, macht Sinn – denn Fische und andere Tiere kümmern sich nicht um nationale Grenzen. Ein weiteres großes Kapitel, das Österreich sehr am Herzen liegt, ist die Nutzung erneuerbarer Energien.

Die zweite Säule, Umweltschutz, Wasserressourcen und Risikomanagement, umfasst zentrale Fragen unserer Existenz – unter anderem auch die großen Bereiche Hochwasserschutz und Abwasserentsorgung.

In diesem Rahmen werden die Donauraumländer die bereits laufenden Aktionen – zum Beispiel im Rahmen der Donauschutzkommission – unterstützen. Es ist noch nicht lange her, da haben uns wieder Berichte über schlimme Überschwemmungen in Europa betroffen gemacht.

Die dritte Säule – Verstärkung der sozioökonomischen und menschlichen Entwicklung – habe ich zuvor in größerem Zusammenhang schon erwähnt. Sie soll generell die Verbesserung und Verstärkung der Verbindungen fördern: Verbindungen der Menschen, die in dieser Region leben; Verbindungen von Ideen und Wissen, von Business und Forschung – von Innovationen auf all diesen Gebieten. Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Informationsgesellschaft und vieles mehr.

Dazu gehört auch ein gebührender Stellenwert für interkulturellen und religiösen Dialog, für die Rolle der Universitäten. Österreich hat in seinem Beitrag den Bereichen Bildung, Kultur und nachhaltigem Tourismus spezielle Aufmerksamkeit gewidmet. Vieles davon ist in den Aktionsplan eingeflossen.

Auch diese Arbeit ist ohne die Kooperation von Regionen, Städten und Gemeinden – „Basisarbeit" sozusagen – undenkbar. Das rege Engagement der österreichischen Bundesländer für die Donau-Strategie ist beispielhaft.

Die vierte Säule, „Governance", ist auf Drängen Österreichs, gemeinsam mit Deutschland und einigen anderen Staaten, in den Aktionsplan aufgenommen worden. Die Stärkung der institutionellen Kapazität und Kooperation zwischen Behörden und Institutionen erscheint uns ganz essentiell. In diesen Bereich gehören auch für Sicherheitsaspekte wie Polizei- und Zollkooperationen.

Dabei muss man auch immer wieder darauf achten, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Im Gegenteil – man sollte schon bestehendes Know-how nützen.

Donau und Schwarzes Meer

Das Forum Alpbach stellt sich heuer auch die Frage: „In welche Richtung bewegt sich das globale Kräftespiel heute?" – Eine Antwort liegt auf der Hand: „Nach Osten, Richtung Asien."

Das heißt für mich, dass unser Interesse und Engagement natürlich nicht an der Donaumündung enden darf. Schon gar nicht, wenn man das Dichterwort Peter Esterhazys beherzigt: „In Wien denkt die Donau zum ersten Mal an das Schwarze Meer".

Wir müssen den Schwarzmeer-Raum mitdenken, wenn wir uns mit dem Donauraum beschäftigen. Nicht um Politiken eins zu eins dorthin auszuweiten. Wohl aber, um europäische Projektionen nicht abrupt enden zu lassen an imaginären Grenzen.

Das schließt wohlverstandene österreichische und europäische Interessenspolitik durchaus mit ein. Diesem größeren Raum – bis hin nach Zentralasien – wollen wir uns im nächsten Jahr bei einer Konferenz in Wien widmen.

Meine Damen und Herren!

Für heute und die kommenden Tage wünsche ich allen Teilnehmern, dass sie in dieser wunderschönen Berglandschaft neue Erkenntnisse und Eindrücke, das Erlebnis neuer Begegnungen in Europäischem Geist mit nach Hause nehmen können.

Und wer weiß: Vielleicht denkt auch der Alpbach, auf seinem Weg zum Inn, schon an die Donau.

VII. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger zu den Schwerpunkten der österreichischen EU-Politik, „Österreich und Europa: Liebe auf den zweiten Blick?“, Wirtschaftsuniversität Wien, 21. Jänner 2010

Magnifizenz, geschätzter Herr Rektor Badelt!
Liebe Studentinnen und Studenten!
Meine Damen und Herren!

Österreich ist gefragt. In Europa und weit darüber hinaus. Wir brauchen uns nicht zu verstecken, vor niemandem. Unser Beitrag wird geschätzt. Davon kann ich mich selbst immer wieder überzeugen.

Als wir im November den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat geführt haben, hat mich am Rande einer Tagung Generalsekretär Ban Ki-moon auf die exzellente Arbeit des österreichischen Kommandanten von UNDOF angesprochen.

UNDOF ist die Blauhelm-Mission am Golan, also in einer der sensibelsten Regionen der Welt. Sie ist über 1.000 Mann stark und besteht aus Truppen aus sieben Nationen. Und sie ist zwei Jahre unter dem Kommando des österreichischen Generalmajors Wolfgang Jilke gestanden.

Zweites Beispiel Bosnien. Wenn wir den Balkan dauerhaft stabilisieren und in die EU führen wollen, dann ist Bosnien-Herzegowina mit seiner komplexen Situation sicher ein Schlüsselstaat. Und auch dort vertraut man auf österreichisches Know-how.

Der Hohe Repräsentant, also der zivile Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft, ist ein Österreicher: Botschafter Valentin Inzko. Und seit wenigen Wochen stehen auch die internationalen Truppen der EUFOR Althea unter dem Kommando des österreichischen Generalmajors Bernhard Bair.

Zwei Beispiele aus zwei Kontinenten. Es ließen sich noch andere finden. Doch schon diese beiden zeigen ganz klar:

Auch wenn sich die Welt immer mehr vernetzt, wenn die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik verschwimmen, und wenn größere Einheiten wie die Europäische Union an Bedeutung gewinnen – eine klare Handschrift, eine rot-weiß-rote Identität bleibt immer sichtbar.

Und: es gibt keinen Grund für falsche Bescheidenheit. Der rot-weiß-rote Beitrag bleibt geschätzt und ist gefragt. Eine österreichische Europa- und Außenpolitik für das 21. Jahrhundert können wir also mit Selbstbewusstsein angehen.

Meine Damen und Herren!

Vor diesem Hintergrund will ich heute auf folgende Fragen eingehen:

1. Auf die Europäische Union selbst: Wo sehen wir Österreicher nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags Nachjustierungsbedarf, welchen Beitrag

werden wir leisten? Wie sehen wir insbesondere das Verhältnis zwischen europäischer, nationaler, Länder- und Gemeindeebene? Welchen Beitrag kann die EU, trotz Wirtschaftskrise, zu einer menschlicheren Marktwirtschaft leisten?

2. Auf einige konkrete Schwerpunkte der österreichischen Europa- und Außenpolitik: Wie nützen wir die Chancen, die uns der Fall des Eisernen Vorhangs eröffnet hat? Wie geht es mit der von uns angestoßenen Donauraum-Strategie weiter? Welche Chancen sehen wir für uns im Schwarzmeer-Raum? Was machen wir aus der Regionalen Partnerschaft? Und wo sehen wir die Friedens- und Dialogdrehscheibe Österreich im 21. Jahrhundert?

Meine Damen und Herren!

Am 1. Dezember letzten Jahres ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Damit haben wir einen Verhandlungsprozess abgeschlossen, der vor acht Jahren begonnen wurde – kurz nach den Anschlägen des 11. September und am Vorabend der großen EU-Osterweiterung.

Das Ziel dieses Reformprozesses war klar: die EU effizienter, moderner und demokratischer zu machen. Wir haben es auch in vielem erreicht. Wenn auch mit Umwegen, zu denen uns die negativen Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland gezwungen haben. Die Suche nach immer neuen Kompromisslösungen hat uns sicher viel wertvolle Zeit gekostet.

Jetzt aber ist der Vertrag in Kraft, und wir stehen in Europa vor einem Paradigmenwechsel: Wir haben neue Regeln, neue Institutionen und neue Köpfe an der Spitze dieser Institutionen. Noch ist die Neuaufstellung Europas nicht völlig abgeschlossen; die neue Kommission muss – in wenigen Tagen – noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden.

Es gibt auch da und dort noch Ungereimtheiten, Anlaufschwierigkeiten und Reibungsverluste.

Der Europäische Rat hat nun, mit Herman Van Rompuy, einen für zweieinhalb Jahre bestellten Präsidenten. Er ist nun auch formell ein Organ im EU-Rechtsetzungsverfahren geworden.

Aber verträgt es sich da, dass seine Mitglieder, die Regierungschefs, gerade jetzt versuchen, nur mehr im kleinsten Kreis zu tagen? Ohne personellen Link zu ihrem Vorbereitungsgremium, dem Rat Allgemeine Angelegenheiten? Ohne die Außenminister, obwohl die alle ihre Entscheidungen vorverhandeln?

Hier ist sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Die Europäische Union verfügt nun, mit Catherine Ashton, über eine Defacto-Außenministerin. Ihr soll ein neugeschaffener Europäischer Auswärtiger Dienst zur Seite stehen.

Aber Catherine Ashton ist nicht nur das Gesicht und die Stimme der EU in der Welt, sondern auch Vizepräsidentin der Kommission. Wie kann sich das

mit ihrem sicher umfangreichen Reiseprogramm vertragen? Wie wird sich die Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Präsidenten des Europäischen Rats einspielen? Und werden nicht die übrigen Kommissare eifersüchtig darüber wachen, dem neuen Auswärtigen Dienst nicht zu viele Kompetenzen zu überlassen?

Seit den Fünfziger Jahren waren die Außenminister die Hauptverantwortlichen für das europäische Projekt. Sie waren die Generalmanager des Einigungswerks und in vielem auch die entscheidenden Impulsgeber.

Aber ist es damit nicht nun vorbei? Ist die Europapolitik nun die Domäne alleine der Regierungschefs geworden, ohne Rolle für die Außenminister und die nationalen diplomatischen Dienste?

Viele Fragen sind also noch offen. Es gibt einigen Nachjustierungsbedarf. Und Österreich ist entschlossen, auch hier einen wichtigen Beitrag zu leisten. Dieser wird – so wie in der Vergangenheit – wesentlich im Außenministerium formuliert werden. Es wird auch in Zukunft eine klare rot-weiß-rote Außen- und Europapolitik geben.

Meine Damen und Herren!

Seit Jahren bieten wir – erfolgreich – den europäischen Entscheidungsträgern Foren für informelle, oft auch vertrauliche Diskussion an. Gelegenheiten, um sich abseits des politischen Alltagsgeschäfts auf das Wesentliche und Zukunftsrelevante zu konzentrieren.

Dieses Angebot wird geschätzt: Seien es die Europaforen in Lech und Göttweig, sei es der Salzburger Trilog, sei es das Forum Alpbach. In diesem Jahr wird diesen Formaten eine besondere Bedeutung zukommen, denn es liegen einige Fragen am Tisch.

Um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht uns nicht bloß darum, die handelnden Personen zusammenzubringen, um Gruppendynamik in einer Art europäischen Selbsterfahrungsgruppe.

Es geht uns um eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Frage, mit welcher Drehzahl sich der Motor der europäischen Integration weiterbewegen soll. Wer im neuen europäischen Kräfteparallelogramm ihn antreibt.

Es geht darum, ob wir im Inkrafttreten von Lissabon an einem Endpunkt angelangt sind. Oder ob es in Europa nicht doch eine ganze Menge von „unfinished business“ gibt.

Meine Damen und Herren!

Endpunkt oder „unfinished business“? Diese Frage stellt sich schon im ganz Grundsätzlichen, so im Verhältnis der Union zu ihren Mitgliedstaaten.

Der Vertrag von Lissabon thematisiert diesen Punkt – vor allem unter dem Stichwort Subsidiarität – in einer Reihe von neuen Bestimmungen. Doch es geht nicht nur um eine europarechtlich anspruchsvolle Frage, sondern zuerst

um eine eminent politische. Die öffentliche Diskussion in Österreich zeigt uns das immer wieder. Und auch in meiner Zuhör- und Dialogtour mache ich diese Erfahrung.

Wie hält es die EU mit ihren Mitgliedstaaten und den kleineren Einheiten generell? Muss zum Beispiel ihr Binnenmarkt auch den letzten Winkel Europas reglementieren? Ist immer und überall die heute erreichte Regelungsdichte Europas notwendig? Und: Hat Europa schon gelernt, wieder loslassen zu können? Kompetenzen an die Mitgliedstaaten auch wieder zurückzugeben?

Die Diskussion um den Hochschulzugang macht nur allzu deutlich, dass dies keine akademische Frage ist. Ohne den Grundsatz der freien Wahl des Studienorts in Frage zu stellen – aber der Ansturm von Studenten aus Deutschland in einigen Studienbereichen schafft massive Probleme für unsere Universitäten. Muss es wirklich so sein, dass die Europäische Union einen Mitgliedstaat zwingt Zugangsbeschränkungen, wie den Numerus Clausus, zu übernehmen? Die Freizügigkeit der Studenten darf nicht dazu missbraucht werden, um die Grundsätze des nationalen Bildungssystems in Frage zu stellen. Hier ist politisches Augenmaß und gerade auch von den EU-Institutionen die Bereitschaft zu differenzierten Lösungen gefordert.

Es wäre im eigenen Interesse der neuen Kommission hier eine tragfähige Lösung zu entwickeln, die die Freiräume der Nationalstaaten respektiert. Wenn dies nicht gelingt, werden wir eine klare Grenzziehung und Absicherung der österreichischen Wahlfreiheit direkt in den EU-Verträgen überlegen müssen.

Sie wissen, dass die Subsidiaritäts-Diskussion eine unverkennbar rot-weißrote Handschrift trägt. Wir haben nicht zuletzt mit der Subsidiaritätskonferenz von Sankt Pölten während unserer EU-Präsidentschaft 2006 vieles angestoßen, zum Beispiel die rasche und direkte Information der nationalen Parlamente durch die Europäische Kommission.

Als föderaler Mitgliedstaat hat Österreich größtes Interesse daran, dass die Subsidiaritätsdebatte nicht zu einer Beruhigungspille verkommt. Die EU muss es sich schuldig sein, dieses aus der katholischen Soziallehre stammende Prinzip mit Leben zu erfüllen.

Wir Österreicher haben uns deshalb stets dafür eingesetzt, das Subsidiaritätsprinzip in den Verträgen selbst möglichst klar zu fassen. Und dafür, dass auch die Länder- und Gemeindeebene ausdrücklich berücksichtigt wird.

Das ist uns gelungen. Über die korrekte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips wachen nun vor allem auch die nationalen Parlamente. Sie haben durch den Vertrag von Lissabon erstmals die Möglichkeit, eine Subsidiaritätsrüge zu erteilen oder als letztes Mittel auch Klage vor dem EuGH zu erheben.

Ich kann hier nicht auf Details eingehen. Aber ein Punkt ist mir besonders wichtig: Kontroll- und Mitspracherechte wahrzunehmen heißt auch, Mitverantwortung zu übernehmen.

Mitverantwortung für das europäische Projekt zu tragen – das gilt zunehmend auch für die regionale und lokale Ebene.

Es sind auch die politischen Verantwortungsträger in den Ländern und Gemeinden, an die sich die Bürger als erste wenden, wenn sie Sorgen und Anliegen an Europa haben. Europa darf nicht nur dem Europaminister ein Anliegen sein. Es wird uns nicht gelingen, die EU in Österreich verständlicher zu machen, wenn sich Länder und Gemeinden systematisch ihrer Verantwortung entziehen.

Ich habe deshalb vorgeschlagen, in den österreichischen Gemeinderäten eigene EU-Beauftragte zu etablieren. Sie würden als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen, Erstinformationen geben und Fragen weiterleiten.

Ich freue mich daher, dass dieser Vorschlag in vielen Städten und Gemeinden so positiv aufgenommen wurde. Wir werden in den nächsten Wochen in meinem Ministerium erstmals österreichische „Europa-Gemeinderäte" aus den verschiedensten Bundesländern zusammenbringen. Ich bin der Vertretung der Europäischen Kommission dankbar, dass sie diese Initiative unterstützt.

Meine Damen und Herren!

Der Vertrag von Lissabon bringt unter anderem auch einen klaren Werte- und Zielkatalog. Gemäß Artikel 3 des neuen EU-Vertrags steht die EU vor allem für – ich zitiere – „*eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität*".

Das ist ein Bekenntnis und ein klarer Auftrag in Richtung soziale Marktwirtschaft.

Damit stellt die EU klar, dass sie im härter werdenden globalen Wettbewerb auf die spezifisch europäischen Errungenschaften nicht verzichten wird: auf Solidarität, Nachhaltigkeit und den Schutz der Umwelt.

Europa wird als kleiner, ressourcenarmer Kontinent im globalen Wettbewerb nur bestehen, wenn es seine spezifischen Stärken optimal nutzt – sein Humankapital, die gute Ausbildung und Kreativität seiner Menschen.

Nachhaltiges Wachstum können wir nur über Innovation, Forschung, Bildung, Ausbildung und Wissen erreichen. Das sind die wahren Zukunftsthemen.

Den Rohstoff Bildung zu fördern, verlangt aber auch offene Grenzen, die Möglichkeit, sich kennenzulernen und auszutauschen.

Für die Studenten hier, Angehörige der Generation Erasmus, klingt das vielleicht wie eine Selbstverständlichkeit. Doch das ist es nicht, auch nicht in Europa. Ich habe am Balkan gesehen – zuletzt in Albanien und im Kosovo –, wie schwer und teuer, und damit letztlich unmöglich, es für junge Menschen sein kann, Europa kennenzulernen.

Meine Damen und Herren!

Wir erleben derzeit die schlimmste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Wohlstand in Europa ist zwar da, aber er vermehrt sich nicht in die Breite. Der Mittelstand wird kleiner. Da müssen wir gegensteuern.

Diese Krise müssen wir auch als Chance begreifen und das System hin zu einer menschlicheren Marktwirtschaft aktiv verändern. Hier liegt eine Möglichkeit, aktiv an einem menschlicheren System zu arbeiten.

Wir müssen uns bereits jetzt Gedanken machen, wie diese menschlichere Marktwirtschaft nach der Krise aussehen könnte.

In Österreich führen wir diese Diskussion sehr offensiv, etwa mit kreativen Beiträgen für ein Zeitwertkonto und für mehr Mitarbeiterbeteiligung:

– Zeitwertkonten sind eine innovative Maßnahme. Die angesparte Zeit aus geleisteten Überstunden ließe sich hier für Kinderbetreuung, Weiterbildung oder längeren Urlaub aufbrauchen.
– Nicht nur Manager, sondern alle Mitarbeiter in erfolgreichen Unternehmen sollen Boni bekommen. Die Beteiligung aller am Gewinn ist ein Gebot von Leistungsgerechtigkeit.

Die Möglichkeit, durch Leistung aufzusteigen, sich selbst zu entfalten – dafür stand bisher Europa. Das muss so bleiben. Die Möglichkeit, durch eine gute Ausbildung, Einsatz und Kreativität aufzusteigen und ein erfolgreiches Mitglied der Leistungsgesellschaft zu werden, ist für mich ein zentraler Bestandteil des Lebensmodells Europa.

Eine gute Bildung der Bürger ist der Schlüssel zum Leben in einem freien und offenen Europa einer Gesellschaft, die auch in Zukunft von der realen Chance auf sozialen Aufstieg gekennzeichnet sein muss. Bildung ist notwendige Voraussetzung der beruflichen Arbeit, aber auch der Lebenstätigkeit überhaupt. Bildung ist die Basis von Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft. Bildung ist aber auch ein zentrales Instrument der Einbindung vielfältiger Gruppen in ein solidarisches Ganzes.

Ich habe daher eine breite Bildungsdiskussion zu führen begonnen, die vom Kindergarten über den Schulbereich bis hin zur Erwachsenenbildung sämtlichen Bildungsbereichen Rechnung trägt. Wir müssen zeitgemäße Antworten auf die vielen Fragen geben, die der Themenkomplex „Bildung“ an uns stellt, stehen Bildung und Weiterbildung doch in direktem Zusammenhang mit Beschäftigung.

Zahlreiche europäische Tests untersuchen laufend unser Bildungswesen. In kaum einem anderen Industrieland Europas besteht bei 15 Jährigen Schülern ein so großer Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Herkunft und Bildungserfolg. In Österreich hat das Kind eines Professors deutlich höhere Chancen auf einen Maturaabschluss, als ein vergleichbar begabtes Kind eines kleinen Angestellten. Zuwandererkinder schaffen in Ballungsräumen deutlich seltener die Matura als Kinder klassischer österreichischer Familien.

Man kann sich nahezu jede Hauptschule in urbanen Zentren Österreichs anschauen und man gewinnt leider den Eindruck, dass es sich dabei um Restschulen handelt, die stark vernachlässigt wurden. Wir verschwenden hier wertvolles Potenzial. Der Verlust durch das Nichtausschöpfen der Bildungspotenziale geht in die Milliarden Euro. Eine erfolglose Bildungspolitik kommt uns in Zukunft teuer zu stehen und gefährdet Österreichs Position als ein wirtschaftliches und geistiges Zentrum Mitteleuropas!

Daher habe ich auch am vergangenen Sonntag in der Pressestunde gesagt, dass die neue Mittelschule grundsätzlich eine interessante Möglichkeit ist, die Hauptschulen zu einer Art „Fünf-Stern-Hauptschule" aufzuwerten, dh man sollte sich diesem Schulversuch unter bestimmten Bedingungen öffnen. Aber es muss uns gelingen, auch in Österreichs Städten die Hauptschule mit neuen Ansätzen wieder attraktiver zu machen, damit allen die besten Bildungschancen ermöglicht werden. Wir dürfen aber nicht noch einmal 30 Jahre mit Organisationsfragen verbringen.

Es ist wesentlich, keinen jungen Menschen auf der Bildungslaufbahn zu „verlieren". Der Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss" muss sich weiterhin durch unser gesamtes Bildungssystem ziehen. Dazu müssen Übergänge geschaffen und die Schnittstellen von den Volksschulen zu den Hauptschulen und Gymnasium neu fließend geregelt werden. Die vollkommene Durchlässigkeit muss verwirklicht werden. Voraussetzung dafür ist eine starke Leistungsorientierung, wie sie Schulabgänger im Berufsleben vom ersten Tag an erwartet.

Meine Damen und Herren!

Ich sehe es als wesentliche Aufgabe der österreichischen Europa- und Außenpolitik, für diese Entwicklungsmöglichkeiten einen stabilen Rahmen zu gewährleisten.

Eine exportorientierte Volkswirtschaft im Herzen Europas, wie es Österreich ist, ist auf eine stabile, prosperierende Nachbarschaft angewiesen. Auf offene Grenzen. Auf Austausch und freundschaftliche Beziehungen zu allen unseren Partnern in Mitteleuropa und am Balkan.

Auch in Österreich selbst haben wir noch die eine oder andere Hausaufgabe zu erledigen, wenn wir die Chancen voll nützen wollen, die uns das neue Europa bietet. Das betrifft vor allem das Verhältnis zu unseren Nachbarn.

Österreich kann in Europa nur dann ein gewichtiger und glaubwürdiger Akteur sein, wenn es selbst seine internationalen Verpflichtungen einhält.

Zu diesen Verpflichtungen gehört es, den Schutz von ethnischen Minderheiten ohne Vorurteile und Vorbehalte zu respektieren. Die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Schutzes slowenischer und kroatischer Minderheiten in Artikel 7 des Staatsvertrags von Wien ist in einem Punkt bis heute nicht ganz erfüllt, nämlich in der Frage zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten.

Der Verfassungsgerichtshof ist seit Jahren mit Beschwerden von Einzelpersonen und Anträgen der Volksanwaltschaft befasst, die Entscheidungen überraschen niemanden mehr.

Die Zeit ist längst reif für eine Lösung der Ortstafelfrage durch eine verfassungsgesetzliche Regelung. Im Jahr 2006 war man auf der Basis eines Vorschlages des damaligen Bundeskanzlers nahe daran. Mit diesem Vorschlag, basierend auf einem Vorschlag der „Kärntner Konsensgruppe" wäre ein guter Ausgangspunkt für eine neue Initiative gegeben.

Es stünde der Republik Österreich gut an, wenn am Nationalfeiertag des Jahres 2010, 55 Jahre nach dem Staatsvertrag, der Welt und den europäischen Nachbarn die Erledigung dieser Hausaufgabe vermeldet werden könnte. Voraussetzung dafür ist freilich, dass der dafür zuständige Bundeskanzler bis zum Sommer einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Es wird nicht reichen, die Verantwortung dafür allein auf Kärnten abzuwälzen. Aber auch in Kärnten sind die politisch Verantwortlichen aufgefordert, endlich Mut zu fassen und den Schritt ins 21. Jahrhundert zu wagen.

Meine Damen und Herren!

Erst der Fall des Eisernen Vorhangs hat es ermöglicht, dass wir unser wirtschaftliches Potential voll ausschöpfen können.

Erst die EU-Erweiterung – unser eigener Beitritt und dann der unserer Nachbarn – hat uns die Sicherheit und Vorhersehbarkeit gleicher Spielregeln gegeben.

Und nur die glaubhafte und greifbare europäische Perspektive aller Balkanländer schafft Stabilität und Sicherheit, die nicht zuletzt unsere Unternehmen in dieser Nachbarschaftsregion brauchen.

Vergessen wir aber nicht, dass es vor der großen EU-Erweiterungsrunde 2004 gerade in Österreich zahlreiche Befürchtungen gegeben hat: Dass unsere Wirtschaft durch die Aufnahme der zwölf neuen Mitgliedstaaten überfordert werden könnte. Dass unser Arbeitsmarkt überschwemmt würde.

Diese Befürchtungen haben sich im Großen und Ganzen als unbegründet erwiesen. Das muss man auch in der jetzigen Wirtschaftskrise – die ihren Ursprung gerade nicht in Mittel- und Osteuropa genommen hat – klar sagen: Die Erweiterung war und ist eine Win-Win-Situation für die alten und neuen Mitglieder der Union.

Und gerade für die österreichische Wirtschaft haben sich die neuen EU-Mitgliedsländer als wertvoller Zukunftsmarkt erwiesen.

Die EU ist zu einem Wirtschaftsraum mit fast einer halben Milliarde Menschen angewachsen. Sie stellt damit den weltweit größten integrierten Wirtschaftsraum dar. Die erweiterte EU hat als internationaler Akteur in Fragen von globaler Bedeutung, wie zum Beispiel der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Klimawandel, vielfach die Themenführerschaft übernommen.

Unternehmen und Bürger in der gesamten EU haben Nutzen aus der Erweiterung gezogen.

So sind unter anderem die österreichischen Exporte in die zwölf neuen Mitgliedstaaten in den fünf Jahren vor der Wirtschaftskrise, also von 2004 bis 2008, auf fast 21 Mrd Euro angestiegen. Das entspricht einer Steigerung um knapp 60 %.

Besonders hervorheben möchte ich dabei die österreichischen Erfolge in unseren Nachbarstaaten: Seit 1993 haben sich die österreichischen Exporte in unsere Nachbarländer Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien sowie in unser „kulturelles" Nachbarland Polen – also die anderen Staaten der Regionalen Partnerschaft – verfünffacht.

Österreichs positive Handelsbilanz mit den 12 neuen Mitgliedstaaten hat sich seit 2003 insgesamt verdreifacht.

Die Länder Mittel- und Osteuropas sind also eine bedeutende Stütze der österreichischen Exportwirtschaft. Das werden sie auch in Zukunft bleiben: Die unmittelbare Nachbarschaft zu den neuen Mitgliedsländern ist für die österreichischen Unternehmen traditionell ein Wettbewerbsvorteil. Und wir haben gut daran getan uns unser Ostengagement nicht madig machen zu lassen. Im Gegenteil: Wir werden uns vielmehr weiterhin darum bemühen, es auszubauen. Als Exportnation muss es Teil unserer Antwort auf die Wirtschaftskrise sein, unser Ostengagement unbeirrt fortzusetzen und versuchen, neue Märkte zu erschließen.

Denken wir an die zahlreichen österreichischen Klein- und Mittelunternehmen, die die österreichische Wirtschaft prägen und die ihre Chancen in den angrenzenden neuen Märkten nutzen.

Doch es ist nicht nur der Außenhandel im engeren Sinn, aus dem die österreichische Wirtschaft in den vergangenen Jahren großen Nutzen gezogen hat. Auch für Österreichs Direktinvestitionen spielen die neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa eine zentrale Rolle.

Durch die frühzeitige Präsenz in der Region hat sich Österreich in vielen dieser Länder als wichtiger Investor etabliert. Österreich nimmt dort eine Spitzenposition ein und steht unter anderem in Slowenien, Bulgarien und Rumänien im Ranking der ausländischen Direktinvestoren auf Platz 1.

Laut Oesterreichischer Nationalbank entfallen seit 2004 etwa die Hälfte der gesamten aktiven Direktinvestitionen Österreichs auf Mittel- und Osteuropa, wobei die meisten Investitionstätigkeiten im Kredit- und Versicherungswesen sowie im Bau- und Energiebereich erfolgt sind.

Wenn man diese Zahlen betrachtet wird klar, dass österreichische Unternehmen die Chance ihres grenzüberschreitenden Engagements in den Emerging Markets Mittel- und Osteuropas genutzt haben.

Noch immer besteht in den neuen Mitgliedstaaten ein hoher Investitionsbedarf, besonders in den Bereichen Umwelt-, Energie- und Verkehrsinfrastruk-

tur. Für unsere Unternehmen, die gerade im Bau- und Umwelttechnikbereich zu Europas führenden Unternehmen gehören, bieten sich dadurch weiterhin enorme Chancen.

Meine Damen und Herren!

Wachsender Wohlstand in unserer Nachbarschaft bedeutet auch Wachstum für uns. Stabilität in unserer Nachbarschaft bedeutet mehr Sicherheit für uns.

Aus diesem Grund setze ich mich insbesondere für den EU-Beitritt aller Balkan-Länder ein. Kroatien wird hoffentlich schon nächstes Jahr den Anfang machen. Wir dürfen dann aber nicht stehen bleiben.

Die Vorzeichen stehen gut, dass 2010 zum „Westbalkan-Jahr" für die EU wird. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und der Deblockade der Verhandlungen mit Kroatien hat die EU die Hände frei und kann die Heranführung der Region wieder an die Spitze der EU-Agenda stellen. Kroatien ist auf klarem Kurs Richtung EU-Mitgliedschaft, und auch für die anderen Partner am Balkan steht die Tür für weitere Annäherungsschritte offen.

Ich erwarte, dass nun auch das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien in den nächsten Monaten endlich zur Genehmigung durch die Mitgliedstaaten freigegeben wird. Österreich wird seine Partner am Balkan auf ihrem Weg nach Europa jedenfalls auch weiter konsequent unterstützen.

Meine Vision für Europa: Bis 2020 werden wir alle Westbalkanstaaten in die EU aufnehmen.

Meine Damen und Herren!

Zukunftschancen für unser Land – dabei sind für mich als Außenminister über unsere engste Nachbarschaft hinaus zwei Regionen von besonderer Bedeutung: Der Donau- und der Schwarzmeerraum.

Die Donau ist das Symbol für unseren wiedervereinigten Kontinent. Der Fluss verbindet die alten Mitgliedsländer der Europäischen Union mit den neuen. Sowohl die Quellen als auch die Mündung der Donau liegen heute in der EU.

Gerade für uns Österreicher ist der Donauraum von besonderer Bedeutung. Wir haben eine Fülle politischer, wirtschaftlicher, kultureller und vor allem menschlicher Beziehungen in diese Region. Sie ist für uns auch die Verbindung in den Schwarzmeerraum, der nach Überwindung der Wirtschaftskrise wieder zu den dynamischsten Wachstumsmärkten der Welt zählen wird.

Ich habe deshalb bei meinem Amtsantritt als Bundesminister im Dezember 2008 den Donau- und Schwarzmeerraum besonders in den Fokus der österreichischen Außenpolitik gerückt. Außerdem habe ich mich gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen dafür eingesetzt, die gezielte Förderung des Donauraums zu einem gesamteuropäischen Anliegen zu machen.

Das ist uns gelungen. Bei seiner Tagung im Juni 2009 hat der Europäische Rat die Kommission beauftragt, bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donauraum auszuarbeiten. Der Grundstein für eine effizientere und besser koordinierte Donauraumpolitik ist damit gelegt. Der nun eingeleitete Prozess wird gegen Jahresende 2010 in einem Vorschlag der Kommission münden. Unter der EU-Präsidentschaft Ungarns, eines Donaustaats par excellence, soll der Europäische Rat in der ersten Jahreshälfte 2011 dann die neue EU-Strategie für den Donauraum beschließen.

Es ist mir ein großes Anliegen, dass die Erarbeitung dieser Strategie in einer offenen Art und Weise erfolgt. Nicht nur Regierungsstellen, sondern auch die Wirtschaft, Wissenschaftler, Künstler und die Zivilgesellschaft insgesamt sollen sich einbringen können. Ihre Ideen und Vorschläge sind willkommen.

Die Strategie soll auch die praktische Zusammenarbeit mit jenen Donauländern umfassen, die nicht oder noch nicht EU-Mitglieder sind. Denn wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, gerade in der derzeitigen Krise, in Bezug auf das Verkehrsaufkommen, den demografischen Wandel, das organisierte Verbrechen oder die Umweltverschmutzung, um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht zuletzt aber auch in Bezug auf die Erhaltung der einmaligen Kulturschätze, die entlang der Donau liegen.

Meine Damen und Herren!

Es ist mir wichtig, dass wir auch die Perspektiven unserer Wirtschaft in den Ländern des Schwarzen Meeres zu einer Priorität unserer Außenpolitik machen. Seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 reicht die EU bis ans Schwarze Meer.

Schon deshalb ist die Europäische Union gefordert, sich mit ihrer neuen Nachbarschaft an den Ufern des Schwarzen Meers intensiv auseinanderzusetzen.

Unsere Unternehmen haben das wirtschaftliche Potenzial aber schon viel früher erkannt und sind längst in der Region aktiv. Das Außenhandelsvolumen mit den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres hat im Vorjahr 13 Milliarden Euro betragen, die österreichischen Direktinvestitionen trotz aufziehender Krise 5,2 Milliarden Euro.

Die Region spielt auch eine immer wichtigere Rolle in unserer Energieversorgung. Die Gaskrisen der letzten Jahre haben die Frage nach unserer Versorgungssicherheit dramatisch unterstrichen.

Dank rechtzeitig errichteter und ausreichender Lagerstätten, aber auch dank der starken Stellung erneuerbarer Energien wie der Wasserkraft, ist Österreich weniger hart getroffen worden als manche unserer Nachbarn. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Energieversorgung auch auf europäischer Ebene ist aber unerlässlich.

Gerade in der sensiblen Schwarzmeer-Region muss unser Engagement freilich über das rein Wirtschaftliche hinausgehen. Der Schwarzmeerraum ist von Bedeutung für die nachhaltige Stabilität unseres gesamten Kontinents. Es ist daher nur logisch, dass Österreich seine Präsenz in der Region weiter ausbauen wird. Noch heuer werde ich eine neue österreichische Botschaft in Baku eröffnen.

Die Beziehungen rund um das Schwarze Meer und im Kaukasus sind vielfach von Spannungen und Rivalitäten gekennzeichnet. In einigen Fällen wie in Transnistrien, Berg-Karabach oder Südossetien auch von offenen Konflikten.

Wir, Österreich und die Europäische Union insgesamt, haben ein massives Interesse an einer Stilllegung dieser Konfliktherde. Es ist in unserem ureigensten Interesse, dafür zu sorgen, dass an unseren Grenzen demokratische Staaten mit stabilen Institutionen und rechtsstaatlichen Strukturen bestehen.

Dem Menschenhandel, dem Schmuggel von Drogen und Waffen, der organisierten Schlepperei und der Korruption muss ein Riegel vorgeschoben werden. Hier erwarten wir von unseren Partnern nicht nur klare Bekenntnisse, sondern auch ein tatsächliches Engagement.

Die Europäische Union hat bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass sie mit ihren Instrumenten Reformprozesse wirksam begleiten und beschleunigen kann. Es stehen – etwa mit dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument – gut funktionierende und auch gut dotierte Programme zur Verfügung, die wir mit unseren nationalen Bemühungen ergänzen.

Gerade in den Schwarzmeerstaaten ohne explizite Beitrittsperspektive ist Europa gefordert, durch aktive Nachbarschaftspolitik an der Sicherung von Stabilität und Wohlstand zu arbeiten.

Meine Damen und Herren!

Liebe auf den zweiten Blick? Gehen wir die österreichische Europa- und Außenpolitik für das 21. Jahrhundert mit Selbstvertrauen und Mut an. Wie kaum ein anderes Land hat Österreich aus der europäischen Einigung Nutzen gezogen – wirtschaftlich, politisch, kulturell, menschlich.

Ja, es gibt weiterhin Fragen und Ängste der Menschen. Mit meiner Dialogtour durch die österreichischen Bundesländer will ich Gelegenheit geben, sie offen anzusprechen.

Diese Tour zeigt aber auch immer wieder, dass das Bild der Österreicher nicht einfach schwarz-weiß ist. In der Wirtschaftskrise haben die Österreicher sehr gut einschätzen können, was sie an der EU haben: einen Schutzmantel, der sie vor Ärgerem bewahrt.

Lassen Sie mich es zum Abschluss auf den Punkt bringen: Eine gewisse Skepsis bleibt. Aber vielleicht ist das Verhältnis der Österreicher zur EU ja Liebe auf den zweiten Blick.

VIII. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger anlässlich der europäischen Imame-Konferenz in Wien, 14. Mai 2010

Sehr geehrter Herr Präsident Schakfeh!
Exzellenzen!
Geschätzte Gäste!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zur Eröffnung der 3. Konferenz Europäischer Imame und Seelsorger in Wien. Ich freue mich sehr, dass dieses 2003 mit Unterstützung des Außenministeriums begonnene Projekt seine Fortsetzung und Weiterentwicklung findet. Aufbauend auf der Grazer Erklärung 2003 und der Wiener Erklärung 2006 enthält das Programm für diese Konferenz viele Themen, die von zentraler Bedeutung für die Muslime Europas sind: Stärkung von Frauen innerhalb des Islams, Gewaltprävention, Ausbildung von Imamen und islamischen Religionslehrern und der interreligiöse und interkulturelle Dialog als Chance und Herausforderung. Diese Themenvielfalt zeigt uns: Bürgerinnen und Bürger in Europa, gleich welcher Religionsangehörigkeit, stehen vor ähnlichen Herausforderungen – und unsere Chance, diese zu meistern und gemeinsam Lösungen und gangbare Wege zu entwickeln liegt im Dialog.

Meine Damen und Herren,

ich möchte heute auf drei Punkte eingehen, die mir anlässlich des Zusammentreffens europäischer Imame in Wien besonders wichtig erscheinen:

- erstens die Rolle der Religionsgemeinschaften im Aufbau Europas
- zum zweiten die Bedeutung der Religionsfreiheit in Europa und in der Welt
- und zum dritten, die Bedeutung von Integration, Demokratie und Partizipation als Eckpfeiler für die Zukunft unserer Gesellschaften in Europa

Im Vertrag von Lissabon ist erstmals ein Grundsatzdialog zwischen der Europäischen Union und den Kirchen und Religionsgemeinschaften festgeschrieben worden. Die explizite Anerkennung ihrer spezifischen Identität und ihres positiven Beitrags zum europäischen Einigungsprozess sind ein großer Fortschritt. In diesem Bekenntnis der Europäischen Union zum Dialog sind drei wichtige Herausforderungen enthalten:

Erstens eine Aufforderung an Kirchen und Religionsgemeinschaften einen Beitrag **zur stärkeren Akzeptanz der Europäischen Union, ihrer Ziele und Werte in der Bevölkerung zu leisten.** Das Europa der Vielfalt basiert auf den universellen Menschenrechten und Grundfreiheiten, auf dem Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und zur Demokratie – gleich welcher Religionsgemeinschaft wir angehören, gleich welche religiösen und kulturellen Tradi-

tionen unser Leben prägen mögen. Dialog bedeutet also auch, den Dialog **in der eigenen Glaubensgemeinschaft zu suchen** und die eigenen Mitglieder für Europa, für eine gemeinsame europäische Identität basierend auf ihren Werte und Grundlagen zu gewinnen.

Zweitens soll der Dialog **zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften untereinander gestärkt werden**. Zweifellos benötigen wir diesen zivilgesellschaftlichen Dialog, um gemeinsam den sozialen Frieden, ein harmonisches und konstruktives Miteinander in Österreich, Europa und über seinen Grenzen hinaus zu gewährleisten. Wenn wir vom Islam sprechen, so müssen wir auch von seiner Vielfalt in Ausrichtung und Repräsentanz sprechen: Gerade in Europa stehen Staat und Gesellschaft vor der Herausforderung, mit muslimischen Vertreterinnen und Vertretern des Islam zu sprechen, deren Organisationsformen und Wirkungsgrad sehr unterschiedlich sind. Gerade die Konferenz europäischer Imame und Seelsorger **könnte die Chance bieten, der Vielfalt der Stimmen, Initiativen und Organisationen des Islams in Europa Platz zu bieten**.

Drittens bedeutet der Dialog auch **voneinander zu lernen.** Wir alle sind aufgefordert, die historischen, sozialen und politischen Erfahrungen der anderen **für die Entwicklung der eigenen Gemeinschaften und Institutionen im Europa von heute zu nützen.**

De Vergangenheit zeigt eindrucksvoll wie die Weiterentwicklung der Wissenschaften vor allem zwischen dem 5. und 15. Jahrhundert stark durch den Dialog von Juden, Christen und Muslimen geprägt war. So sind wir stolz auf die bestehenden Einrichtungen an der Universität Wien zur Ausbildung muslimischer Religionslehrer und Weiterbildung der Imame und hoffen, dass die österreichischen und europäischen Universitäten und Bildungseinrichtungen Zentren dieses Dialogs bleiben und in diesem Sinne gestärkt werden.

Meine Damen und Herren!

Ein zweiter Punkt, der mir in Verbindung mit der Konferenz der europäischen Imame und Seelsorger von zentraler Bedeutung erscheint, ist die Religionsfreiheit. Im Sinne der Unteilbarkeit der Menschenrechte ist die Religionsfreiheit eng mit anderen Grund- und Freiheitsrechten verknüpft, einschließlich mit dem Recht auf Meinungsfreiheit und der Gleichstellung von Männern und Frauen. Das universale Recht des Menschen, seinen Glauben und seine Religion frei zu wählen, sie ungestört auszuüben, sie zu wechseln oder auch keiner Religion anzugehören, ist – auch in Europa – hart erkämpft.

Österreich nimmt, was die Anerkennung von mittlerweile 14 Kirchen und Religionsgesellschaften betrifft, in Europa eine einzigartige Stellung ein. Aus dieser Anerkennung heraus ergeben sich eine Reihe von Rechten und auch Privilegien, wie auch die aus der Verfassung und den entsprechenden Gesetzen erwachsenden Pflichten. Gerade die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich ist, etwa was die Abhaltung des Religionsunterrichtes an

öffentlichen Schulen betrifft, im europäischen Vergleich in einer privilegierten Situation.

Religionsfreiheit, so möchte ich hier jedoch betonen, ist nicht nur von Relevanz, was die Rechte, Privilegien und Pflichten betrifft. In zahlreichen Staaten der muslimisch geprägten Welt gibt es zweifelsohne eine gelebte Vielfalt an Religionen und Kulturen, ein lebendiges Neben- und Miteinander. Doch in vielen Ländern wird um die Einhaltung der Menschenrechte gerungen. Es ist eine traurige Tatsache, dass Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Religionsfreiheit oftmals gänzlich fehlen oder missachtet werden und die Situation von religiösen Minderheiten prekär ist.

Doch nicht nur weltweit, sondern gerade in Europa müssen wir uns die Frage stellen, was wir mit der erkämpften Religionsfreiheit machen? Nützen wir diese Freiheit genügend, um an der Entwicklung und Stabilität Europas mitzubauen, um den Dialog mit den anderen Kirchen und Gemeinschaften aktiv und konstruktiv zu suchen?

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Religionsfreiheit in Europa als eine Aufforderung sehen müssen, die Ziele und Werte der Europäischen Union aktiv mit zu gestalten. Dafür brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Demokratie und zum Pluralismus, zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, zum Recht auf Bildung und Ausbildung für alle. Religionsfreiheit in Europa bedeutet die Chance, Theologie und Praxis der Religion im Dialog mit den Anderen zu gestalten und im Sinne des europäischen Gemeinwohls weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun zu meinem letzten Punkt kommen.

Die Herausforderung für alle, Mehrheits- oder Minderheitsgesellschaft, liegt nicht in den Unterschieden zwischen Christentum und Islam, sondern in unserem Ja oder Nein zu Demokratie und Partizipation. Motoren unserer Gesellschaft sind gut ausgebildete Frauen und Männer und eine engagierte Jugend. Doch das Interesse gerade junger Menschen an Politik und ihr Vertrauen in politische Institutionen sinkt. Das macht junge Menschen anfällig für vereinfachende Antworten auf die komplexen Fragen des Lebens und der Gesellschaft. Jugendliche, gleich welcher Religion oder ethnischen Herkunft, haben sehr ähnliche Erwartungen und Ziele – sie wollen Ausbildung, Arbeitsplätze, Zukunftsperspektiven. Die kulturelle Vielfalt müssen wir daher als wirtschaftliches und gesellschaftliches Potential nutzen.

Ich hoffe daher, dass die Imame und Seelsorger Europas sich auch als Dialog- und Integrationslotsen verstehen, und ihre Verantwortung für eine gemeinsame europäische Zukunft in Frieden und Wohlstand wahrnehmen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen fruchtbare Diskussionen und Ihrer Konferenz viel Erfolg!

IX. Rede von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger in der Park East Synagoge in New York, 25. September 2010 (nur Englisch)

Dear Rabbi Schneier,
Dear Congregants,
Ladies and Gentlemen,

I very much appreciate the invitation to speak to you today. It gives me the opportunity to get to know this synagogue which is famous for the vital role it plays in the cultural, civic and spiritual life of New York City, and for its spiritual leader, Rabbi Arthur Schneier.

Rabbi Schneier, you have been a globally recognized leader on behalf of Jewish life and of universal values such as religious freedom, human rights and tolerance. You are a great symbol of the dialogue of religions and cultures and of efforts to reduce tensions across cultural divides to which I myself am profoundly committed. It is a great honour, indeed, to be invited to address your congregation.

As most of you are surely aware, Rabbi Schneier was born in Austria and spent part of his childhood there before he was forced into emigration in 1938. At that time, he had to flee from a country which had reached the lowest point of its history. Regrettably, post-war Austria started to face the full extent of the involvement of Austrians in the Holocaust far too late.

It is true that Austria has a long tradition of providing a safe transit for Jews from the Soviet Union and Iran on their way to freedom. But it is also true that it took until the 1990s for high-ranking members of the Austrian Government to clearly acknowledge that Austrians were not only victims of National Socialism but also perpetrators. Too many people in Austria backed the Nazi-regime and many of the worst henchmen of the regime were Austrians.

As a consequence of this change of paradigm, a series of new programs were introduced to address the remaining open questions related to the Holocaust era.

Much credit must be given to the Washington Agreement of 2001 on restitution and compensation which was signed by the Austrian and United States Governments, in addition to other interested parties. In implementing this Agreement, the General Settlement Fund Law of 2001 created the legal basis for dealing with the still-open financial claims of Holocaust victims as well as for restitution of state property to the Jewish community.

We are fully aware that no financial measure can ever make up for the terrible loss and the suffering Jews in Austria had to go through. They can never be more than a symbolic gesture, but they are part of our endeavour to reach out to the Jewish communities worldwide.

Austria will continue to pursue this policy. The current government has adopted several measures, such as a contribution of 20 Million Euros for the restoration and maintenance of Jewish cemeteries in Austria and a social benefits package which, among other things, extended benefits to Austrian Jews living abroad. Furthermore, art restitution legislation was introduced which is exemplary on a world-wide scale. It is with such new initiatives that Austria assumed a leading role among European countries in the field of restitution and compensation.

The Austrian measures on behalf of Holocaust victims have received international recognition, most recently by Ambassador Stuart Eizenstat, who was both the Clinton and the Bush Administrations' leader on Holocaust-Era restitution issues.

Ladies and Gentlemen,

let me now turn to a topic which both Rabbi Schneier and I consider to be of the utmost importance: the Dialogue of Cultures and Religions. Looking back in history we had to learn important lessons for the future with regard to tolerance, respect, dignity and equal rights of all human beings, regardless of their ethnic or religious backgrounds.

Let me stress two issues here:

First, Austria believes that the Dialogue of Cultures and Religions is an important instrument to face and deal with such challenges as increasing social diversity and integration of all citizens in a stable democratic framework. Today the dialogue between religions and cultures is a regular topic on the international agenda with the Alliance of Civilizations as a central platform. Austria is proud to host the Fifth Annual Forum of the Alliance of Civilisations in Vienna in 2013.

Second, we believe that foreign policy has an important role to play in tackling issues of migration, integration, participation and fostering more inclusive societies. Therefore, Austria seeks an open dialogue and closer co-operation with other countries in this field, in particular with regard to Muslim communities.

Ladies and Gentlemen,

due to our historic experience we are convinced that we have a special obligation to fight against violence, for peace and justice, human rights and the rule of law. These are also priorities of Austria's action within the European Union and as a non-permanent member of the Security Council for the years 2009 and 2010.

One of my very first trips as Foreign Minister of Austria took me to Israel in December 2008. I thus had the opportunity to gain a fuller understanding of the Israeli security concerns. Just a few weeks later, during our very first days on the Security Council we were confronted with the conflict in Gaza. Let me

stress: We respected the right of the government of Israel to defend its population against rocket attacks from Gaza, but we were shocked and concerned by the plight of so many innocent Palestinian civilians in Gaza, in particular women and children.

Today the direct talks between Israelis and Palestinians offer the first glimmer of hope in years that peace might actually be reached. We therefore strongly support the efforts undertaken by President Obama and encourage all parties to the conflict to focus on the only viable longer term objective: a two-state solution based on a State of Israel within secure borders, living in peace with a future State of Palestine and the entire Arab world.

Ladies and Gentlemen,

hundred years ago Vienna was a most dynamic cultural and intellectual centre, in particular also because of the contributions of outstanding Jewish writers, artists and intellectuals such as Arthur Schnitzler, Arnold Schönberg, Gustav Mahler, Ludwig Wittgenstein and Sigmund Freud. Thanks to Theodor Herzl, Vienna was even the place where the idea of the new Israel was born. This "laboratory of modernity" was destroyed through the crimes of National Socialism and the Holocaust – and lost forever.

In recent times, we have nonetheless witnessed a remarkable revival of Jewish life in Vienna. The new campus of the Jewish Community in Vienna is now in full operation. Next to the Maimonides Center a nursing home and a home for the elderly, a school including a kindergarten and the Hakoah Sport Center are located on the campus. The opening of the entire campus is an encouraging show of strength by the Jewish Community of Vienna. Let me assure you that my Ministry will continue to cooperate closely with the Jewish Community in helping to strengthen Jewish life in Vienna as well as in all of Austria.

Dear Rabbi Schneier,

you were in Vienna just a few months ago to receive a high award from the hands of the Mayor of Vienna. I am sure I will have the pleasure of seeing you there again in the not too distant future as you were gracious enough to maintain contact with the city of your birth.

Please consider Vienna your second home, and keep in mind that we will gladly cooperate whenever you think Vienna is an appropriate venue for one of your future projects.

May the New Year bring peace, health and prosperity to all of you.

Anhang

I. Länderinformationen

Anmerkung: Die Schengenvertretungen sind im Internet auf der BMeiA Homepage unter <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/pass-und-visum/schengen-visainformationen.html> abrufbar.

Die Außenhandelszahlen beruhen auf vorläufigen Ergebnissen (Quelle: Statistik Austria).

Die EZA-Zahlen beruhen auf vorläufigen Zahlen ohne Anteile aus geographisch verteilten Stipendien- und NRO-Rahmenprogrammen.

Afghanistan
(Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hamid Karzai	Zalmai Rassoul (seit 18. Jänner)

ÖB: siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Teilnahme an der Afghanistankonferenz (20. Juli).

Vom 25.–28. Februar veranstaltete das BMeiA gemeinsam mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) in Baden bei Wien eine Afghanistan Implementierungskonferenz an der neben internationalen Afghanistan-Experten Bundesminister Michael Spindelegger, die liechtensteinische Außenministerin Aurelia Frick, der Generalsekretär der OSZE Marc Perrin de Brichambaut, sowie mittels Videoeinschaltung der afghanische Außenminister Zalmai Rassoul und US-Botschafter Karl Eickenberry teilnahmen.

Österreich beteiligte sich weiterhin an ISAF. Drei österreichische Offiziere sind beim Stab von ISAF in Kabul eingesetzt.

Im Zuge der Sicherheitssektorreform beteiligt sich Österreich mit fünf Polizeibeamten an der Europäischen Polizeimission in Afghanistan, EUPOL Afghanistan.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 193.000 Euro erbracht.

Zwischen dem Kunsthistorischen Museum in Wien und dem Kabul Museum bestehen wissenschaftliche Kontakte.

Die österreichischen Exporte betrugen 14,374 Millionen Euro (+88,9%), die Importe 76.000 Euro (+161,1%).

Ägypten
(Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mohamed Hosni Mubarak	Ahmed Nazif	Ahmed Aboul Gheit

Kairo – **ÖB, KF, Büro des Verteidigungsattachés, AHSt, ÖAI;** Alexandria – **HGK**

Das neu eingerichtete Büro eines residenten Verteidigungsattachés in Ägypten nahm seine Geschäfte am 12. Juli auf. Es wurde durch Bundesminister Norbert Darabos am 27. Oktober offiziell eröffnet.

Treffen von Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Ahmed Aboul Gheit am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 24. September).

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, offizieller Arbeitsbesuch (27.–29. Oktober).

Besuche in Österreich: Gouverneur von Qalyubiya Adli Hussein, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (9.–12. März); Hochschul- und Wissenschaftsminister Hani Helal, Teilnahme an der Bologna Anniversary Konferenz (11. März); First Lady Suzanne Mubarak, Teilnahme am Scientific Forum der 54. Generalversammlung der IAEO, Gespräch mit Frau Margit Fischer (21. und 22. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 40.000 Euro erbracht.

Die in der Kairoer Oper uraufgeführte Inszenierung des Musicals Tutankhamun der Festspiele Gutenstein zählte zu den wichtigsten kulturellen Ereignissen Ägyptens. Der überwiegende Teil der ägyptischen Medienberichterstattung über Österreich konzentrierte sich auf die Veranstaltungen des Kulturforums. Eine Ausstellung von „Smiles", die von krebskranken Kindern sowie Prominenten in Österreich und Ägypten gemalt wurden (darunter eine von der First Lady Suzanne Mubarak persönlich, speziell für diese Veranstaltung angefertigte Zeichnung) sowie ein Konzert des radio.string.quartet.vienna stießen auf besonders großes Medienecho auch in anderen arabischen Ländern. Mit der zweiten Auflage des „Poetry Jams" (einer gemeinsamen literarischen Jam-Session österreichischer, schweizerischer, deutscher und ägyptischer Slam-Poeten in Kooperation mit der Schweizerischen Botschaft und dem Goethe Institut) setzte das Kulturforum sein 2009 begonnenes Projekt eines für ein breites Publikum wahrnehmbaren Dialogs der Kulturen über die Sprachgrenzen hinweg erfolgreich fort.

Das Interesse an den beiden Webseiten www.acfc.cc und www.austro-arab.net, nahm weiter zu. Insgesamt mehr als 15.000 BesucherInnen informierten sich auf den beiden Webseiten über die Arbeit des Kulturforums und den Dialog Österreichs mit der arabischen Welt.

Ägypten zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs im Nahen Osten. An der von der Außenhandelsstelle organisierten Wirtschaftsmission (20.-5. Mai) nahmen 21 österreichische Firmen teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 193,553 Millionen Euro (-6,7%), die Importe 81,743 Millionen Euro (+38,1%).

Albanien
(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bamir Topi	Sali Berisha (seit 16. September)	Edmond Haxhinasto

Tirana – **ÖB, Verbindungsbeamter des BMI, AHSt** mit Sitz in Laibach, **Koordinationsbüro der OEZA**; Shkodra – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Fekter, Treffen mit Innenminister Lulzim Basha (23. und 24. Juni).

Besuche in Österreich: Innenminister Lulzim Basha, Abkommensunterzeichnung mit Bundesministerin Maria Fekter (27. Jänner); Vizeaußenministerin Edith Harxhi, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (27. Jänner); Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli, Treffen mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (17. Februar); Generalsekretär des albanischen Außenministeriums Gazmend Turdiu, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (3. März); Vizepremierminister und Außenminister Ilir Meta, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (20. April); Umweltminister Fatmir Mediu, Treffen mit Generalskretär des BMLFUW Reinhard Mang (13. Juli); Premierminister Sali Berisha, Terffen mit Bun-

deskanzler Werner Faymann anläßlich der Salzburger Festspiele (27. August), Landwirtschaftsminister Genc Ruli, Besuch der Welser Messe mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (1. September); Innenminister Lulzim Basha, IACA-Gründungskonferenz (2. und 3. September); Finanzminister Ridvan Bode, Einladung von Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll zu internationaler Finanzkonferenz (17. September); Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (19. Oktober).

Zu Jahresbeginn unterzeichneten Innenminister Lulzim Basha und Bundesministerin Maria Fekter ein Memorandum zur Zusammenarbeit im Polizeibereich sowie ein bialterales Katastrophenschutzabkommen.

Österreichische Lang- und KurzzeitexpertInnen waren im Auftrag der EU und internationaler Organisationen am Aufbau moderner Strukturen im Zoll- und Polizeiwesen sowie im Justizbereich tätig. Unter Federführung des BMJ und des Center for Legal Competence wurde das mit IPA-Mitteln der EK geförderte Projekt "Europäische Unterstützungsmission für das albanische Justizsystem" (EURALIUS) zum Abschluss gebracht. Weiterhin waren drei Beamte des BMI und ein Beamter des BMF für die „Police Assistance Mission of the European Community to Albania" (PAMECA III) und zwei Beamte des BMF bei der albanischen Generalzolldirektion tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von ca. 2,268 Millionen Euro erbracht.

Die Bildungsbeauftragte des BMUKK setzte ihre Tätigkeit fort. Im Rahmen der Bildungskooperation wurden vom „k-education office Tirana" Projekte im Bereich der Berufsbildung, Gendermainstreaming an Schulen und Deutsch als Fremdsprache durchgeführt. Außerdem wurden albanische Wirtschaftsschulen durch ein von der Austrian Development Agency finanziertes Projekt unterstützt. An der Österreichischen Schule für Informationstechnologie „Peter Mahringer" in Shkodra waren neben sechs albanischen auch fünfzehn österreichische Lehrkräfte beschäftigt. Seitens der Universitäten Wien, Graz und Klagenfurt bestehen längerfristige Kooperationsabkommen mit der Universität Shkodra. An der Universität Shkodra ist zudem die Österreich Bibliothek angesiedelt und am Germanistikinstitut unterrichteten zwei österreichische Lektoren.

Neben einer Vielzahl an Kulturveranstaltungen, an denen österreichische Kulturschaffende und WissenschafterInnen mitwirkten, standen drei Projekte im Vordergrund: die Gastauftritte des Altenberg Trios in Tirana und Durrës, die traditionelle österreichische Kultur- und Kunstwoche Mozaik und die den Jahresabschluss krönende Inszenierung der „Lustigen Witwe" von Franz Lehár an der Oper Tirana durch den in Österreich tätigen Regisseur Christian Papke.

Im Norden des Landes sowie in Mittelalbanien wurden Nachkommen von AltösterreicherInnen betreut, die während der langjährigen Diktatur bis Anfang der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts besonders benachteiligt gewesen waren. Diesem Personenkreis wurde im Rahmen von in Shkodra und in Tirana veranstalteten Weihnachtsfeiern finanzielle Unterstützung gewährt.

Mehrere in Tirana abgehaltene bi- und multilaterale Veranstaltungen wurden von österreichischen Wirtschaftstreibenden zur Intensivierung der Handelskontakte genutzt.

Die österreichischen Exporte betrugen 60,345 Millionen Euro (+7,2%), die Importe 30,534 Millionen Euro (-40,0%).

Algerien
(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Ahmed Ouyahia	Mourad Medelci

Algier – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Teilnahme einer österreichischen Delegation unter der Leitung von Bundesminister a.D. Erwin Lanc (23.–27. September) an einem Seminar über das Selbstbestimmungsrecht; Besuch des Vorsitzenden der österreichisch-algerischen Freundschaftsgesellschaft, Johann

Moser (4.–8. November); Teilnahme von Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch am Symposium zum 50. Jahrestag der VN-Dekolonisierungsresolution (120-14. Dezember).

Vorschläge für ein Katastrophenhilfeabkommen, ein neues Luftverkehrsabkommen, und Fachabkommen in den Bereichen Umwelt und Gesundheit liegen vor. Ein Abkommen über die Aufhebung der Visapflicht für InhaberInnen von Diplomatenpässen steht vor dem Abschluss.

Eine DaF-Assistentin unterrichtete im Sommersemester 2010 österreichische Literatur und Landeskunde an der Universität Oran.

Im Rahmen des EU-Kulturfestivals gastierte das Trio Netnakisum (deeLinde, Marie-Theres Härtel, Magdalena Zenz) in Algier (25. Mai), und mit einem Werk der Schriftstellerin Anna Kim war Österreich am euro-maghrebinischen Schriftstellerinnenseminar präsent (18./19. Oktober). Christian Wachter war am EU-Photoworkshop – Architektur in Algier beteiligt (9.–12. November). Das Duo Prof. Wolfgang Klos/Harald Kosik nahm am 2. Internationalen Festival für Symphonische Musik in Algier teil (13. Dezember).

Vom 13.–15. März fand ein Austria Showcase in den Bereichen Umwelttechnik und Erneuerbare Energie statt. Bei der Kunststoffmesse „Plast Alger" war Österreich das Land mit den meisten Ausstellern. Auch dieses Jahr war die Außenhandelsstelle wieder an der Fachmesse „SIPSA – Viehzucht- und Veterinärmesse" (17.–20. Mai) mit einem eigenen Gruppenstand vertreten. Im Rahmen der jährlichen österreichischen Wirtschaftsdelegation (5.–8. November) waren zahlreiche österreichische Unternehmen in Algier präsent. Bei einer Pressekonferenz anlässlich der „SITP – Internationale Messe für Hoch- und Tiefbau" (6. November) stellten sich mehrere österreichische Firmen einer breiten Öffentlichkeit vor.

Die österreichischen Exporte betrugen 157,142 Millionen Euro (+1,2%), die Importe 34,304 Millionen Euro (-22,2%).

Andorra
(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten:	Jaume Bartumeu Cassany	Xavier Espot Miró
Nicolas Sarkozy		
(französischer Staatspräsident)		
Joan Enric Vives i Sicília		
(Bischof von La Seu d'Urgell)		

ÖB, AHSt: siehe Spanien

Das 2009 unterzeichnete bilaterale Abkommen über den Informationsaustausch in Steuerfragen wurde von Österreich und Andorra im Laufe des Jahres ratifiziert und trat am 10. Dezember in Kraft.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,796 Millionen Euro (+12,1%), die Importe 541.000 Euro (k.A.).

Angola
(Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Antonio Paulo Kassoma	Georges Rebelo Chikoti

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Im Mai erfolgte eine Wirtschaftsmission der WKÖ nach Luanda.

Die österreichischen Exporte betrugen 9,767 Millionen Euro (-60,9%), die Importe 34.000 Euro (-65,2%).

Antigua und Barbuda
(Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Winston Baldwin Spencer

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Dame Louise Lake-Tack

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Die Ausbildung von Tourismusfachkräften in Österreich wurde durch die ADA unterstützt.

Die österreichischen Exporte betrugen 197.000 Euro (+20,5%), die Importe 27.000 Euro (+28,7%).

Äquatorialguinea
(Republik Äquatorialguinea), Malabo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema	Ignacio Milam Tang	Pastor Micha Ondo Bile

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 686.000 Euro (-63,8%). Es wurden keine Importe verzeichnet.

Argentinien
(Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Cristina Fernández de Kirchner	Héctor Timerman

Buenos Aires – **ÖB, AHSt**; Córdoba, Posadas (derzeit gesperrt), San Carlos de Bariloche – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an den Zweihundertjahrfeiern Argentiniens, Gespräche mit Außenminister Jorge Taiana, Zusammentreffen mit Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner (23.–26. Mai).

Besuche in Österreich: Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation José Lino Baranao, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding im Wissenschaftsbereich mit Bundesministerin Beatrix Karl, Teilnahme am Forum Alpbach, Treffen mit Bundesministerin Beatrix Karl, Vizekanzler a.D. Erhard Busek und Rektor der TU Universitätsprofessor Karl-Heinz Töchterle (23.–26. August).

Am 26. August wurde von Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation José Lino Baranao und Bundesministerin Beatrix Karl ein Memorandum of Understanding im Wissenschaftsbereich unterzeichnet.

Die Botschaft unterstützte u.a. eine Porzellanfigurenausstellung von Gundi Dietz; Konzerte des Computermusikers Christof Kurzmann, von MisSis Soul Tangos, des Guitarristen Alvaro Pierri, des Jazztrios HDV sowie das Klassikfestival in Ushuaia; die Ausarbeitung und Werkstattinszenierung des Stücks „LIZ" zu den Unabhängigkeitsfeiern von Klaus Händl und Percy Jimenez; die Aufführung österreichischer Filme bei diversen Filmfestivals; einen Antarktisaufenthalt des Tonkünstlers Werner Dafeldecker sowie ein Währungsrechtliches Seminar mit den Universitätsprofessoren Waldemar Hummer, Jesus Crespo Cuaresma und Kunibert Raffer.

Die österreichischen Exporte betrugen 121,842 Millionen Euro (+48,7%), die Importe 128,930 Millionen Euro (+19,2%).

Armenien
(Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Serzh Sargsyan	Tigran Sargsyan	Edward Nalbandian

Wien – **ÖB;** Jerewan – **Österreich-Bibliothek**; **Informationszentrum**; **AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Premierminister Serzh Sargsyan, Außenminister Edward Nalbandian, Parlamentspräsidenten Howik Abrahamyan und dem armenischen Patriarchen Katholikos Karekin II (25. Juni); Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Martin Eichtinger, Treffen mit Kulturministerin Hasmik Poghosyan, Bildungs- und Wissenschaftsminister Armen Ashotyan und Vizeaußenministerin Karine Kazinian (27. und 28. Oktober); Sektionsleiter im BMUKK Anton Dobart, Treffen mit Bildungs- und Wissenschaftsminister Armen Ashotyan (16.–18. November).

Besuche in Österreich: Kulturministerin Hasmik Poghosyan, Bildungs- und Wissenschaftsminister Armen Ashotyan, Gespräche mit Bundesministerin Claudia Schmied, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur (25.–28. Jänner).

Beim vierwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatInnen aus Südkaukasien, Süd- und Südosteuropa an der DA waren zwei TeilnehmerInnen aus Armenien vertreten (8. November bis 3. Dezember).

Die WKÖ veranstaltete eine Wirtschaftsmission (Juni).

Vom 3.–5. Juni organisierte das BMUKK an der Staatlichen Linguistischen W.-Brjussow-Universität in Jerewan Österreichtage. Am 25. Juni wurde der Film „Die Fälscher“ gezeigt. Vom 7.–16. September fand das Österreichisch-Armenische Musikfestival mit Konzerten in Jerewan, Gyumri und Vanadzor statt. Am 28. Oktober eröffnete der Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMeiA, Botschafter Eichtinger, die Österreich Bibliothek an der Staatlichen Linguistischen W.-Brjussow-Universität in Jerewan. Aus diesem Anlass wurden die Ausstellung „Josef Hoffmann und die Wiener Werkstätte“ sowie der Film „Gustav Klimt“ gezeigt. Botschafter Alfred Missong hielt an der Österreich Bibliothek und im Informationszentrum Vorträge (November).

Die österreichischen Exporte betrugen 48,875 Millionen Euro (-6,4%), die Importe 1,347 Millionen Euro (-6,7%).

Aserbaidschan
(Republik Aserbaidschan), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Alijew	Artur Rasisade	Elmar Mammadjarow

Baku – **ÖB, Marketingbüro, Österreich-Bibliothek**

Treffen von Bundespräsident Heinz Fischer und Präsident Ilham Alijew am Rande des OSZE-Gipfels (Astana, 1. November).

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Treffen mit Präsident Ilham Alijew, Premierminister Artur Rasisade, Außenminister Elmar Mammadjarow, Kommunikationsminister Ali Abbasow, Minister für Wirtschaftsbeziehungen Schachin Mustafajew und Energieminister Natig Alijew (220-24. Juni); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Teilnahme an der Konferenz “2010 Parliamentary Elections in Azerbaijan: more democratic, more transparent” (15.–18.April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Vizepremierminister Yagub Eyyubow, Steuerminister Fazil Mammadow, Finanzminister Samir Scharifow und dem Vorsitzenden des Staatlichen Zollkomitees Ajdin Alijew (31. August bis 2. September); Politischer Direktor im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Treffen mit Vizeaußenminister Wagif Sadikow und dem Vorsitzenden der Behörde der Muslime des Kau-

kasus, Allahschükür Paschasade (13. Oktober); Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer, 6. Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission (21. und 22. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck als Leiter der OSZE-PV-Wahlbeobachtermission und der OSZE-Kurzzeitwahlbeobachter anlässlich der Parlamentswahlen (14.–17. Oktober und 3.–11. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Elmar Mammadjarow beim Trilog (Salzburg, 20.–22. August).

Die österreichische Botschaft Baku und die Österreich Bibliothek an der Sprachenuniversität Baku wurden am 23. Juni von Bundesminister Michael Spindelegger eröffnet.

In Baku wurden am 23. Juni das bilaterale Abkommen über die Befreiung der Visapflicht für Diplomaten- und Dienstpassinhaber und am 1. September das Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung von Zollvergehen unterzeichnet**.** In Wien fanden Verhandlungen zur Vorbereitung eines bilateralen Katastrophenhilfsabkommens statt (29. November bis 3. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 56.000 Euro erbracht.

Das erste Twinning-Projekt in Aserbaidschan mit österreichischer Beteiligung (in Kooperation mit der Nationalen Standardisierungsbehörde SCSMP) wurde erfolgreich abgeschlossen.

Das Minetti-Quartett gestaltete das Musikprogramm anlässlich der Botschaftseröffnung (23. Juni), eine Fotoausstellung von Franz Wimmer präsentierte „Impressionen aus Österreich" (Oktober), Botschafter Alfred Missong hielt Vorträge (November) und im Rahmen des „1. EU-Filmfestivals in Baku" wurde der Film „Die Fälscher" gezeigt (Dezember). Eine DaF-Assistentin unterrichtete an der Sprachenuniversität Baku.

Die WKÖ veranstaltete eine Wirtschaftsmission (Juni).

Beim vierwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatInnen aus Südkaukasien, Süd- und Südosteuropa an der DA waren mehrere TeilnehmerInnen aus Aserbaidschan vertreten (8. November bis 3. Dezember).

Die Exporte betrugen 73,108 Millionen Euro (+74,1%), die Importe 79,209 Millionen Euro (+112,4%).

Äthiopien
(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Wolde Giorgis	Meles Zenawi	Hailemariam Desalegn (seit 5. Oktober)

Addis Abeba – **ÖB, StV AU; Koordinationsbüro der OEZA; Außenstelle der AHSt Kairo (AHSt: siehe Ägypten)**

Besuche aus Österreich: Delegation unter der Leitung von Bundesminister a.D. Günther Fasslabend, Meinungsaustausch auf Expertenebene mit sudanesischen Vertretern zum Thema „Challenges of the Referendum: Interdependencies for Sustainable Peace (17. und 18. Dezember); Delegation der Universität Wien unter Leitung von Universitätsprofessor Horst Seidler, Auslotung von Kooperationsmöglichkeiten mit der Universität Axum (7.–12. April); Vorarlberger Altlandtagspräsident Bertram Jäger, Einweihung des neuen, vom Vorarlberger Altlandtagspräsidenten gespendeten Schultraktes der Kessate Birhan Schule in Wonji gemeinsam mit der Caritas Vorarlberg (28. November).

Besuche in Österreich: Bildungsminister Demeke Mekonen Hassen, Teilnahme an dem von Österreich und Ungarn gemeinsam organisierten „Bologna Ministerial Anniversary Meeting" (12. März); Minister für Energie und Bergbau Argaw Alemayehu Tegenu, Teilnahme am Ministertreffen der EU-Afrika-Energiepartnerschaft in Wien (14. und 15. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5,107 Millionen Euro erbracht.

Am 19. Mai wurde im Rahmen des Europäischen Filmfestivals in Addis Abeba im italienischen Kulturinstitut der österreichische Filmbeitrag „Klimt" gezeigt.

Am 13. Dezember gab der junge österreichische Pianist Christoph Traxler im Rahmen der Chopin Konzertreihe aus Anlass des 200. Geburtstages des Komponisten an der Yared Musikschule in Addis Abeba ein Konzert.

Am 27. November fand in Addis Abeba die zweite Alumnikonferenz ehemaliger äthiopischer StudentInnen in Österreich statt, welche vom äthiopischen Verein AEEA (Association of Ethiopians Educated in Austria) unter Beteiligung des ÖAD organisiert wurde. In den letzten 25 Jahren wurden über 200 ÄthiopierInnen, finanziert durch das Nord-Süd-Dialog Stipendienprogramm, in Österreich ausgebildet. Die meisten davon sind nach Äthiopien zurückgekehrt und arbeiten nun erfolgreich an verschiedensten Institutionen.

Die österreichischen Exporte betrugen 6,280 Millionen Euro (-34,2%), die Importe 3,418 Millionen Euro (+26,2%).

Australien
(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Julia Gillard	Kevin Rudd

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Quentin Bryce

Canberra – **ÖB;** Sydney – **HGK, AHSt, ÖW;** Brisbane, Melbourne – **HGK;** Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Besuche in Österreich: Außenminister Stephen Smith, Unterzeichnung des 2. Zusatzprotokolls zum Abkommen über soziale Sicherheit mit Bundesminister Rudolf Hundsdorfer, Gespräche mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (17. Dezember).

Im Rahmen einer hochkarätig besetzen Feier zur Verleihung des Austrian Holocaust Memorial Award in Melbourne sandte Nationalratspräsidentin Prammer ein Grußwort. Der designierte Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses Michael Danby überbrachte Empfehlungen von Premierministerin Julia Gillard.

Der Leiter der Abrüstungsabteilung im BMeiA, Botschafter Alexander Marschik hielt –zeitgleich mit dem Beginn der parlamentarischen Umsetzung der Konvention in Australien – einen Vortrag zur Streubombenmunitionskonvention an der Australian National University.

Professor Gerald Raunig referierte im Februar als Hauptredner der Eröffnung des Adelaide Festivals zum Thema: "The Industrial Turn. Enslavement and Resistance in the Machines, Factories, and Industries of Creativity". Im Rahmen des NowNow Festivals sprach Lisi Breuss „Über die Situation der zeitgenössischen Bildenden Kunst in Wiener Museen – Modelle zur Kunstvermittlung". Kathrin Stumreich präsentierte ein umfangreiches Programm zu Ihrem Kunstprojekt „Stofftonband". Aus Anlass des Mahler-Jahres fand eine Konzertreihe in der Botschaftsresidenz statt. Weiters tourten Pianist Hannes Löschel und das Köhne Quartett Wien in Australien.

Der Sieger der „Canberra Haydn Festival Competition" 2009 James Huntingford absolvierte einen mehrwöchigen Aufenthalt in Österreich auf Einladung des Landes Burgenland.

Die österreichischen Exporte betrugen 647,221 Millionen Euro (+7,9%), die Importe 51,954 Millionen Euro (-0,6%).

Bahamas
(Commonwealth of The Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Hubert Alexander Ingraham	Theodore Brent Symonette

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Arthur Foulkes

ÖB: siehe Vereinigte Staaten; **AHSt:** siehe Vereinigte Staaten (AHSt New York); Nassau – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 10,004 Millionen Euro (+19,4%), die Importe 1,462 Millionen Euro (+43,8%).

Bahrain
(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Sheikh Hamad Bin Isa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalid Bin Ahmed Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Königreichs Bahrain auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll fand in Manama am 30. November statt. Das Abkommen tritt damit am 1. Februar 2011 in Kraft.

Die österreichischen Exporte betrugen 17,933 Millionen Euro (-16,8%), die Importe 3,747 Millionen Euro (+14,4%).

Bangladesch
(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenministerin
Mohammad Zillur Rahman	Sheik Hasina Wajed	Dipu Moni

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – **HK, Marketingbüro**

Das Acies Quartett konzertierte auf Einladung des Österreichischen Kulturforums New Dehli in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium von Bangladesch in Dhaka.

Zu den wichtigsten österreichischen Exporten gehören Stromaggregate (86%). Bangladesch ist für österreichische Unternehmen vor allem als Beschaffungsmarkt im Textilbereich von Bedeutung. Mehr als 90% der österreichischen Importe entfallen auf Bekleidungsartikel. Seit Dezember 2009 besteht ein Marketingbüro in Dhaka, das durch die Internationalisierungsoffensive der WKÖ und des BMWFJ finanziert wird.

Die österreichischen Exporte betrugen 38,071 Millionen Euro (-12,2%), die Importe 191,816 Millionen Euro (+12,5%).

Barbados
(Barbados), St. James

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	Freundel Jerome Stuart (seit 23. Oktober)	Maxine McClean

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Clifford Straughn Husbands

ÖB, AHSt: siehe Caracas**;** Bridgetown – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 973.000 Euro (-13,6%), die Importe 971.000 Euro (+512,1%)

Belarus
(Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Michail Mjasnikowitsch (seit 28.Dezember)	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Russland; Minsk – **HK, AWO-Marketingbüro**

Das Honorarkonsulat Minsk wurde am 29. September eröffnet.

Besuche aus Österreich: Vizepräsident des Obersten Gerichtshofs Ronald Rohrer, Teilnahme am Internationalen Justizforum (15. und 16. April).

Besuche in Österreich: Vize-Außenminister Walery Woronetsky, Konsultationen mit dem Leiter der Politischen Sektion im BMeiA, Botschafter Stefan Lehne (5. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 30.000 Euro erbracht.

Österreich unterhält an der Staatlichen Linguistischen Bibliothek in Minsk eine Österreich-Bibliothek. Wichtigste vom KF Moskau durchgeführte Kulturveranstaltung war der Auftritt des Timna Brauer Ensembles in der Philharmonie in Minsk im September. Für 2011 sind u.a. eine Österreich-Konferenz in Minsk bzw. die Schaffung eines „Artist in Residence"- Programms geplant.

Größere österreichische Investitionen wurden zuletzt in den Bereichen Bankwesen und Telekommunikation getätigt. Österreich exportierte vor allem Maschinen und Anlagen, Pharmazeutika, chemische Erzeugnisse, Kunststoffe, Papier und Farbstoffe. Wichtige Einfuhrgüter aus Belarus waren Eisen und Stahl, Bekleidung, Holz und Holzwaren sowie Kunststoffe.

Die österreichischen Exporte betrugen 161,021 Millionen Euro (+27,4%), die Importe 31,119 Millionen Euro (-25,5%).

Belgien
(Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Yves Leterme	Steven Vanackere

Brüssel – **ÖB, AHSt, ÖW**; Eupen, Gent, Lüttich, Namur – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsgespräche mit Premierminister Yves Leterme im Rahmen eines Besuchs bei den Institutionen der EU in Brüssel (14. und 15. September); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme am ASEM-Gipfel in Brüssel (4. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit Jean-Marc Delizée, Teilnahme an der 18. Internationalen Aids Konferenz (18.–23. Juli)

Das Österreichische Kulturforum Brüssel arbeitete an den ständig neu zu formulierenden Schnittstellen zwischen Tradition und Innovation und reflektierte in seiner Programmierung den „Mainstream" ebenso wie die Avantgarde. Neben der pluralistischen inhaltlichen Ausrichtung wurde auch auf geographische Vielfalt geachtet – sowohl durch Vermittlung von Künstlern aus möglichst allen Bundesländern und Regionen Österreichs wie auch durch eine Kooperation mit Partnern in allen Landesteilen und Sprachgemeinschaften Belgiens.

Aufgrund der belgischen EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember waren zahlreiche kulturelle Aktivitäten in Belgien – vor allem in der zweiten Jahreshälfte – multinational-europäisch geprägt. Parallel fand das Mahler-Gedenkjahr in den Kulturprogrammen seinen Niederschlag.

Im Brüsseler Zentrum für zeitgenössische Kunst wurde den Installationen von Ralo Mayer (20.–27. Februar) ein Stockwerk zur Verfügung gestellt. Die Tiroler Künstlerin Heidi Holleis stellte vom 13.–20. März in der Brüsseler Galerie „Croissant" aus. Beate Länger eröffnete im Rahmen der jährlichen Sommerbowle des Niederösterreich-Vertretungsbüros in Brüssel ihre Ausstellung (7. Juli). Anlässlich der FIFA- Fußballweltmeisterschaft wurde auf einem öffentlichen Platz im Brüsseler EU-Viertel die Ausstellung „Menschenrechte in Südafrika" des Fotokünstlers Lukas Hüller und seiner Projektparterin Juliane Hauser gezeigt (9. Juni bis 10. September). Ab dem 14. September widmete das Silbermuseum Sterckshof in Antwerpen der Silberproduktion der Wiener Werkstätte eine Ausstellung mit zahlreichen Leihgaben aus Österreich. Für die Teilnahme am multidisziplinären Kunst- und Kulturprojekt „Alter Nature" im Zentrum für Zeitgenössische Kunst und Design in Hasselt konnte Georg Tremmel gewonnen werden (Eröffnung: 21. November).

Die Pianistin Elena Misirkova trat im Rahmen eines Empfangs der Galileo Application Days vor dem Gebäude der EK auf (4 März). Das Holzbläserquintett „Ventus" aus Salzburg trat am 22. März im Ungarischen Kulturinstitut in Brüssel im Rahmen eines österreichisch-ungarischen Konzertabends auf. Matthias Loibner und Natasa Mirkovic-DeRo waren am 16. April mit ihrem Programm „Ajvar & Sterz" zu einem Konzert in Belsele eingeladen. Das österreichisch-belgische Julia-Siedl-Jazzquartett gab im Mai Konzerte in renommierten Brüsseler Jazzlokalen. Alex Konrad, Emanuel Donner, Klemens Wihlidal und Matthias Loitsch hatten im Mai als Gruppe „Ginga" insgesamt sechs Auftritte in Belgien (Kortrijk, Brüssel, Gent, Sint-Niklaas, Antwerpen). Die Parov Stellar Band trat im Rahmen des Eupener Musikmarathons (26. und 27. Juni) auf. Bei der 11. Nuit des Choeurs in Braine-l'Alleud konnte am 27. und 28. August der Wiener Staatsopernchor neben fünf weiteren Chören anderer Stilrichtungen insgesamt ca. 40.000 Zuhörer begeistern.

Am 13. und 14. September veranstaltete der Fachbereich deutsche Literatur der Universität Antwerpen gemeinsam mit dem Österreich-Zentrum Antwerpen („OCTANT") eine Konferenz zu dem Thema „Gegen den Strich – Das Subversive in der deutschsprachigen Literatur nach 1945" mit Vorträgen von Universitätsprofessorin Annegret Pelz und Christoph Leitgeb. Vom 25.–27. November fand an der Universität von Lüttich ein Germanistik-Kolloquium zum Thema „Der Spieler in der deutschsprachigen Literaturgeschichte" unter österreichischer Beteiligung statt. Den alljährlichen Deutschlehrertag eröffnete am 27. November Universitätsprofessor Roland Fischer von der Universität Linz mit einem Impulsreferat zum Thema „Vokabel, Grammatik, Aussprache – war da nicht noch was? Aktivitäten zur interkulturellen Sprachdidaktik".

Robert Menasse war im März am Internationalen Literaturhaus Brüssel als „Writer in Residence" zu Gast. Am 30. Juni hielt Vizekanzler a.D. Erhard Busek neben zahlreichen anderen prominenten Teilnehmern einen Vortrag bei einer internationalen Konferenz zur EU-Donauraumstrategie in Brüssel. Ruth Beckermann referierte am 16. Dezember über das Thema „Österreicher und Juden. Reflexionen einer belasteten Beziehung" an der Universität Antwerpen.

Im Rahmen von „Deutschcafé", einer Initiative des Österreich-Zentrums OCTANT in Antwerpen, fand in Zusammenarbeit mit dem Sprachenzentrum LINGUAPOLIS am 1. März ein Abend mit dem Film „Die Fälscher" statt. Im Rahmen des „Festival International du Film Fantastique"

wurde „Der Knochenmann“ gezeigt (April). Beim 8. European Film Festival in Brussels lief als österreichischer Beitrag (25. Juni) der Film „Der Räuber“.

Als Teil der Serie „Nepotists, opportunists, freaks, friends and strangers intersecting in the grey zone“ des Zentrums für zeitgenössische Kunst z33 im flämischen Hasselt experimentierte die junge Salzburger Künstlerin Johanna Kirsch mit den Konzepten Autonomie und Freiheit (13. März). Das deutsche „Figurentheater Wilde & Vogel“ führte gemeinsam mit Christoph Bochdansky „Faust“ in Eupen auf (17. März). Vom 28. Mai bis zum 9. Juli setzte das Brüsseler Zentrum für abstrakte Gegenwartskunst CCNOA das Projekt „With Your Eyes Only“ unter der Beteiligung von Clemens Hollerer und Esther Stocker fort.

Das Brüsseler Kaaitheater zeigte im Rahmen des Tanzfestivals „Re:Move“ eine in Koproduktion mit dem Tanzquartier und dem Steirischen Herbst entstandene Performance des Wiener Kollektivs „United Sorry“ (9. und 10. Februar). Die Choreografin Valerie Oberleithner kreierte im März und April in Österreich und in Belgien (Gent, Brüssel und Antwerpen) in Zusammenarbeit mit der New Yorker Choreografin Jennifer Lacey und dem französischen Sounddesigner Olivier Tirmarche die Soloperformance „Splendid Isolation“. Doris Uhlich war am 1. Mai beim Festival „Trouble Sentimental“ im Europäischen Tanzzentrum der Französischen Gemeinschaft Belgiens „Les Halles de Schaerbeek“ zu sehen.

Bei insgesamt sieben Aufführungen im Dezember (Kortrijk, Brüssel, Gent) mischte das franko-österreichische Tanztheaterensemble Superamas in ihrem neuesten Projekt „youdream“ Elemente von Bühnenstück, Fernsehshow und Internetplattform. Das neue „Festival Kanal“ lud Willi Dorner mit seiner Performance „Bodies in Urban Space“ ein (17.–19. September).

Als Mitglied des Netzwerkes „EU National Institutes for Culture“ (EUNIC) in Brüssel beteiligte sich das KF an zahlreichen EUNIC-Gruppenprojekten, so auch an einem clusterverbindenden Projekt über die „Post-1989-Generation“ im Anschluss an die EUNIC Brussels Konferenz „Focus 89“ sowie an einem Networking Event für Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Design zu dem Thema „Climate Change and the Arts“.

Die österreichischen Exporte betrugen 1.502,178 Millionen Euro (+6,3%), die Importe 1.824,832 Millionen Euro (+17,5%).

Belize
(Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Dean Barrow	Wilfred Elrington

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize-Stadt – **HGK**

Die österreichischen Exporte betrugen 6,152 Millionen Euro (+197,4%), die Importe 266.000 Euro (+4,9%).

Benin
(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Thomas Boni Yayi	Jean-Marie Ehouzou

ÖB, AHSt: siehe Nigeria; Cotonou – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 5,788 Millionen Euro (-15,2%), die Importe 85.000 Euro (+166,2%).

Bhutan
(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Khesar Namgyel Wangchuk	Jigmi Y. Thinley	Ugyen Tshering

ÖB, AHSt: siehe Indien; **Koordinationsbüro der OEZA –** Thimphu

Besuche aus Österreich: Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer, Geschäftsführerin der ADA, Unterzeichnung der „Country Strategy Bhutan 2010–2013" für und im Auftrag des BMeiA (Oktober).

Besuche in Österreich: Dasho Neten Zangmo, Vorsitzende der Bhutanischen Antikorruptionskommission, Teilnahme an der IACA-Gründungskonferenz (2. und 3. September); Staatssekretär im bhutanischen Wirtschaftsministerium Sonam Tshering, Gespräche mit ADA-Geschäftsführerin Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer und Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer (20.–23. September); Finanzminister Wangdi Norbu, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Unterzeichnung des Soft Loan Abkommens für Ländliche Elektrifizierung über € 5.8 Millionen (5. Oktober); Präsident und Richter des bhutanischen Verfassungsgerichtshofes, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Vertretern der österreichischen Höchstgerichte (15.–19. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 3,038 Millionen Euro erbracht.

Im Oktober unterzeichnete Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer, Geschäftsführerin der ADA, die gemeinsam mit den bhutanischen Behörden erstellte Landesstrategie „Country Strategy Bhutan 2010–2013", auf deren Basis die OEZA in Bhutan in den kommenden 3 Jahren fortgeführt wird.

Die Royal University of Bhutan ist Mitglied im Eurasia-Pacific-Uninet. Es werden regelmäßig Forscher und Professoren mit österreichischen Universitäten ausgetauscht und gemeinsame, wissenschaftliche Projekte durchgeführt. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten.

Zu den bedeutendsten Exportprodukten gehören Maschinen und Werkzeuge. Die wichtigsten Importprodukte sind Farbmittel.

Die österreichischen Exporte betrugen 305.000 Euro (-70,4%), die Importe 8.000 Euro (+4,3%).

Bolivien
(Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Juan Evo Morales	David Choquehuanca Céspedes

ÖB: siehe Peru; **AHSt:** siehe Argentinien; La Paz – **HGK**; Santa Cruz – **HK**

Besuche in Österreich: Ministerin für Transparenz und Korruptionsbekämpfung Nardi Suxo Iturry, Teilnahme an der Eröffnung der Internationalen Korruptionsakademie in Laxenburg (2. und 3. September)

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 109.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 8,561 Millionen Euro (+116,3%), die Importe 4,644 Millionen Euro (+19,4%).

Bosnien und Herzegowina
(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Staatspräsidium	Nikola Špirić	Sven Alkalaj

mit rotierendem Vorsitz
Nebojša Radmanović
(seit 10. November)
Željko Komšić
Bakir Izetbegović

Sarajewo – **ÖB** mit **Visaannahmestelle** in Banja Luka (Schließung per 9. Dezember); **Koordinationsbüro der OEZA, AHSt, regionales österreichisches Kooperationsbüro in Wissenschaft und Kultur der Österreichischen Kulturvereinigung, Büro des Verteidigungsattachés, des Verbindungsbeamten des BMI, Büro der Bildungsbeauftragten des BMUKK, Verbindungsbüro der Stadt Wien, nichtresidenter Sozialattaché**

Besuche aus Österreich: Präsident des Bundesrates i.R Universitätsprofessor Herbert Schambeck, Teilnahme an Bischofsweihe in Mostar (23. Jänner); Delegation des Österreichischen Integrationsfonds unter Leitung von Geschäftsführer Alexander Janda (3. und 4. März), Gespräche mit Minister für Menschenrechte und Flüchtlinge Safet Halilovic und Föderationsminister für Vertriebene und Flüchtlinge Edin Music; Österreichisches EZB-Mitglied Gertrude Tumpel-Gugerell, Gespräche mit Zentralbankgouverneur Kemal Kozaric (15. März); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme an einer internationalen Konferenz über „Interkulturellen Dialog und Sicherheit" in Sarajewo (28. und 29. April); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der EU-Westbalkankonferenz in Sarajewo (2. Juni); Parlamentarische Bundesheer-Kommission in Begleitung von Generalleutnant Christian Segur-Cabanac, Besuch der österreichischen EUFOR-Truppen in Sarajewo/Camp Butmir und Tuzla/Camp Edelweiss, Treffen mit EUFOR-Kommandant Generalmajor Bernhard Bair und mit dem Hohen Repräsentanten Botschafter Valentin Inzko (14. und 15. Juni); Landeshauptmann Gerhard Dörfler mit einer Wirtschafts- und JournalistInnendelegation, Besuche in Sarajewo, Mostar, Medjugorje, Tuzla und Jahorina (30. Juni bis 3. Juli); Salzburger Landesrätin und Präsidentin der NRO „Bauern helfen Bauern", Doraja Eberle, mit einer Delegation, Teilnahme an den 15. Srebrenica-Gedenkfeiern (11. Juli); Bundesminister Norbert Darabos, EUFOR-Truppenbesuch in Sarajewo, Tuzla und Mostar, offizielles bilaterales Treffen mit den beiden stv. Verteidigungsministern Marina Pendes und Zivko Marjanac, Höflichkeitsbesuch beim Mitglied des Staatspräsidiums Željko Komšić (20.–22. Juli); Abgeordnete zum Nationalrat Werner Neubauer, Hannes Weninger, Gisela Wurm, Teilnahme an der Wahlbeobachtungsmission der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (30. September bis 4. Oktober); ehemaliger EU-Kommissar Bundesminister a.D. Franz Fischler, Besuch des United World College in Mostar (8. und 9. November); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Besuch der österreichischen EUFOR-Truppen in Sarajewo/Camp Butmir (4. und 5. Dezember); Generalstabschef General Edmund Entacher, Besuch der österreichischen EUFOR-Truppen in Sarajewo/Camp Butmir (19. und 20. Dezember).

Besuche in Österreich: Sicherheitsminister Sadik Ahmetović, offizielles bilaterales Treffen mit Bundesministerin Maria Fekter in Wien, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über bilaterale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich (27. Jänner); Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Beziehungen Mladen Zirojević in Begleitung des Energieministers der Republika Srpska Slobodan Puhalać und des Energieministers der Föderation Bosnien und Herzegowina Vahid Heco, Teilnahme an Ministerkonferenz der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (15.–18. Februar); Vorsitzender des Ministerrats Nikola Spirić, stv. Premierminister und Finanzminister Dragan Vrankić, Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Beziehungen Mladen Zirojević, Transport- und Kommunikationsminister Rudo Vidović, stv. Premierministerin der Republika Srpska Jasna Brkić und Minister für Transport und Kommunikation der Republika Srpska, Nedeljko Cubrilović, Teilnahme an der Tagung des Wiener Wirtschaftsforums (11. und 12. März); Premierminister der Republika Srpska Milorad Dodik, Gespräche mit STRABAG-Vorstand wegen Autobahnbaus in der Republika Srpska (17. März); Minister für Verkehr und

Kommunikation der Föderation Bosnien und Herzegowina Nail Šećkanović, Treffen mit Bundesministerin Doris Bures und Landeshauptmann Gerhard Dörfler (Mitte April); Kardinal Vinko Puljić, Besuch der Sarajewoer Partnerdiözese Gurk-Klagenfurt (April); Präsident der Außenhandelskammer Mahir Hadziahmetović, Teilnahme am 15. Europa-Forum Wachau in Göttweig (26. und 27. Juni); Delegation der parlamentarischen Versammlung, Besuch des OGH, VfGH und der Grundbuchgerichte (6. und 7. Juli); Sicherheitsminister Sadik Ahmetović, Teilnahme am 10. Salzburg-Forum, (Salzburg, 27. und 28. August); Stv. Sicherheitsminister Mijo Kresić, Teilnahme an IACA-Gründungskonferenz (2. und 3. September); Interministerielle Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik unter Vorsitz des stv. Sicherheitsministers Mijo Kresić, bilateraler Austausch mit BMeiA, BMLVS, BMI, BKA (9.–12. November).

Am 16. Dezember wurden das Doppelbesteuerungsabkommen sowie die Änderung des bilateralen Abkommens über die finanzielle Kooperation mit Bosnien und Herzegowina in Sarajewo unterzeichnet. Letztere sieht die Aufstockung des Kreditrahmens um weitere 45 Millionen Euro und die Verlängerung der Laufzeit bis Ende Juli 2011 vor.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 3,858 Millionen Euro erbracht.

Die Botschaft finanzierte zahlreiche Kulturprojekte, die in Sarajewo und anderen Teilen des Landes durchgeführt wurden. Auf besondere Resonanz stießen die Ausstellung „Culture Matters" über UNESCO-Weltkulturerbestätten in Südosteuropa, die Präsentation eines Dokumentarfilms über das Werk des Architekten und Intellektuellen Bogdan Bogdanović, die Lesereise des österreichischen Märchenerzählers Folke Tegetthoff sowie die Konzerttournee des Klavierduos Eichinger-Ascherl.

Neben einer Beauftragten für Bildungskooperation des BMUKK sind drei Österreich-Lektorinnen an den Universitäten Banja Luka, Mostar und Sarajewo tätig. Am United World College in Mostar arbeitet seit Herbst 2009 eine österreichische Lehrkraft. Es gibt drei Österreich-Bibliotheken an den Universitäten Sarajewo, Tuzla und Banja Luka. Die vom BMeiA kofinanzierte, deutsch-österreichisch-schweizerisch-slowenische Literatur- und Übersetzungsinitiative TRADUKI (Geschäftsführung in Berlin, Regionalbüro in Sarajewo) konnte im dritten Jahr ihres Bestehens die Übersetzung von rund 400 Werken aus dem Deutschen in die Sprachen Südosteuropas und umgekehrt sowie zwischen diesen Sprachen vorweisen und seine Funktion als Kulturvermittler festigen. In Fortführung der bestehenden Zusammenarbeit im Bereich des Dialogs der Zivilisationen und Religionen wurden im Laufe des Jahres unter wesentlicher Beteiligung des regionalen Kooperationsbüros der Österreichischen Kulturvereinigung internationale Konferenzen zu den Themen „Interkultureller Dialog und Sicherheit" und „Islamische Schulbücher und Lehrpläne in Südosteuropa" veranstaltet. Im Bereich Wissenschaftskooperation organisierte die Österreichische Kulturvereinigung darüber hinaus eine weitere Verfassungskonferenz zum Thema „Die Staatlichkeit Bosnien und Herzegowinas im Kontext der Implementierung des Friedensvertrages von Dayton und der EU- und NATO-Integration".

Österreich beteiligt sich mit einem Bundesheerkontingent von ca. 350 Personen an der militärischen GSVP-Mission EUFOR ALTHEA sowie mit zwei Polizisten an der Polizeimission EUPM.

Österreich ist unter Berücksichtigung der Kredite österreichischer Banken weiterhin der größte ausländische Investor in Bosnien und Herzegowina.

Die österreichischen Exporte betrugen 293,237 Millionen Euro (+5,4%), die Importe 244,999 Millionen Euro (+35,2%).

Botsuana
(Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Seretse Khama Ian Khama

Außenminister
Phandu Tombola Chaka Skelemani

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Besuche in Österreich: Transport- und Kommunikationsminister Frank Ramsden, Treffen mit Bundesministerin Doris Bures (24. September).

Die im Okavango-Delta lebende österreichische Künstlerin Christiane Stolhofer stellte im September Holzskulpturen in der Nationalgalerie in Gaborone aus und hielt Workshops ab.

Die österreichischen Exporte betrugen 804.000 Euro (+193,3%), die Importe 177.000 Euro (-61,4%).

Brasilien
(Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister
Celso Luiz Nunes Amorim

Brasília – **ÖB**, São Paulo – **ÖGK, AHSt**; Belo Horizonte, Curitiba, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Fortaleza, Manaus, Porto Alegre, Rio de Janeiro, Salvador, Vitória – **HK**

Mitte November wurde in Rio de Janeiro – das Generalkonsulat wurde im Jahr 2009 geschlossen – ein Honorarkonsulat eröffnet.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger mit Wirtschaftsdelegation (Leitung: Vizepräsident der WKÖ, Abgeordneter zum Nationalrat Christoph Matznetter) anlässlich des 3. Forums der Allianz der Zivilisationen in Rio de Janeiro, Treffen mit Außenminister Celso Amorim, dem Wirtschaftssekretär des Bundesstaates Sao Paulo sowie dem **Stadtrat für Außenbeziehungen der Stadt Sao Paulo** (26.–29. Mai); Wirtschafts- und Technologiedelegation aus Oberösterreich unter Leitung von Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl und Bildungslandesrätin Doris Hummer (10.–18. April).

Besuche in Österreich: Außenminister Celso Amorim, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger (21. Juni); Generalsekretär im brasilianischen Außenministerium, Antonio de Aguiar Patriota, politische Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (31. August).

Verhandlungen über ein Auslieferungsabkommen mit Brasilien stehen kurz vor dem formellen Abschluss.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) von rund 50.000 Euro erbracht.

Es fanden Solo-/Kammermusikkonzerte von Armin Egger in Brasilia (23. und 24. März), des Dorian Consort und Karl Heinz Schütz in Rio de Janeiro, Curitiba und Sao Paulo (11.–17.Mai), des Karl-Heinz Miklin-Trios in Sao Paulo und Brasilia (11.–18. August), des Hugo Wolff Quartetts, das auch Meisterkurse gab, in Rio de Janeiro, Olinda, Goiana und Brasilia (20-14. September) statt. Der Drehleiher-Virtuose Matthias Loibner gab Konzerte und Workshops in Salvador (28. November bis 6. Dezember) und der Pianist Mattheus Soucek konzertierte beim Festival Virtuosi in Recife (12.-19.Dezember).

Österreich war mit dem Film „Nordrand" beim in Brasilia abgehaltenen EU-Filmfestival (10.–20. Mai) sowie bei der Europawoche der Kulturinstitute EUNIC (6.–16. Mai) vertreten. Beim Kurzfilmfestival in Rio de Janeiro (28. Oktober bis 7. November) wurden insgesamt zehn österreichische Filme gezeigt; Dietmar Schwärzler nahm am Festival als Jurymitglied und Vortragender teil.

Die Multimediakünstler Bernhard Fleischmann sowie Andreas Haider und Irina Ulrike Andel nahmen am Festival für zeitgenössische Kultur (22.–25. Juli) bzw. am Internationalen Festival für elektronische Sprache (FILE, 26. Juli bis 29. August), beide in Sao Paulo, teil.

Universitätsprofessorin Angelika Hauser referierte beim Weltkongress für Theaterpädagogik in Belem (17.–25. Juli.). Vertreter des Bundesdenkmalamtes sowie des Architekturzentrums Wien referierten beim internationalen Symposium zu Architektur und Museen in Brasilia (13.–17. Sep-

tember). Am 16. September wurde eine Ausstellung über Clemens Holzmeister in der Architekturfakultät der Universität von Brasilia (UNB) eröffnet. Ebenfalls in Salvador fand am 17. Dezember eine szenische Lesung und Fotoausstellung unter dem Titel „Rilke und Cézanne" von und mit Gloria Kaiser statt.

Das bilaterale Handelsvolumen erreichte einen neuen Spitzenwert. Brasilien ist der mit Abstand wichtigster Wirtschaftspartner Österreichs in Lateinamerika und insgesamt der viertgrößte Überseemarkt. Mehr und mehr österreichische Firmen gründen in Brasilien eigene Vertriebs-, Service- und Produktionsniederlassungen. Mittlerweile existieren über 170 Tochterfirmen mit monatlich ein bis zwei Neugründungen; darunter finden sich vermehrt Klein- und Mittelbetriebe. Dieses große Interesse am brasilianischen Markt reflektieren auch die zahlreichen **In- und Auslandsver**anstaltungen der Außenwirtschaft Österreich, die einen historischen Höchstwert erreichten und teilweise aus Mitteln der Internationalisierungsoffensive „go international" gefördert werden. Hervorzuheben sind die AWO-Wirtschaftsmissionen (eine davon anlässlich des Besuches von Bundesminister Michael Spindelegger), Marktsondierungsreisen und zahlreichen AWO-Katalogausstellungen und AWO-Austria Showcases (Spital/Gesundheit, Umweltschutz, Sportstättenausrüstung, Werkzeugmaschinen, Bauindustrie, Öl- und Gasindustrie, Tourismuswirtschaft).

Die österreichischen Exporte betrugen 843,843 Millionen Euro (+34,2%), die Importe 501,016 Millionen Euro (+23,7%).

Brunei
(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Sultan Haji Hassanal Bolkiah Mu'izzaddin Waddaulah	Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia

Die österreichischen Exporte betrugen 1,204 Millionen Euro (-25,2%), die Importe 13.000 Euro (-33,0%).

Bulgarien
Bulgarien (Republik), Sofia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Georgi Parvanov	Boyko Borissov (seit 27. Jänner)	Nickolay Mladenov

Sofia – **ÖB, AHSt, Verbindungsbüro der Stadt Wien**

Besuche aus Österreich: Stadtrat Rudolf Schicker, Gespräche über wirtschaftliche Kooperation und Besuch des Wiener Balls (13. Februar); Leiter der Integrations- und Wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Walter Grahammer, Treffen mit Vize-Außenminister Konstantin Dimitrov und der Leiterin der Abteilung EU-Angelegenheiten im bulgarischen Außenministerium Bisserka Benisheva (26. Mai); Vorarlberger Landtagspräsidentin Bernadette Mennl und Delegation, Treffen mit dem Europa-Ausschuss des bulgarischen Parlaments (26. und 27. Juni); Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Treffen der europäischen Parlamentspräsidentinnen in Varna (26.–28. August); Landeshauptmann Erwin Pröll, Zusammentreffen mit Premierminister Borissov aus Anlaß des gemeinsamen Spatenstichs für ein neues Strom-Wärme Kraftwerk der EVN in Plovdiv (13. September); Präsident des Bundesrates i.R. Universitätsprofessor Herbert Schambeck, Verleihung des Ehrendoktorats der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften (9.–13. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Sixtus Lanner, Studienreise für die ARGE Ländlicher Raum (8.–10. November); Sektionschef Alfred Maier, BMWFJ, Teilnahme an der Südosteuropa-Energie-Konferenz (30. November); Mitglied des Europäischen Parlaments Innenminister a.D. Ernst Strasser, Runder Tisch zu Bulgariens Schengen-Beitritt (17. Dezember).

Besuche in Österreich: Vizeaußenminister Konstantin Dimitrov, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (24. März); General Simeon Simeonov, Chef der Verteidigung der Republik Bulgarien, Offizieller Besuch bei Generalstabchef General Entacher (13.–15. April); Bürgermeisterin von Sofia Jordanka Fandakova und Delegation, 6. Welttreffen der bulgarischen Medien (16.–18. Mai); Premierminister Boyko Borissov, Offizieller Arbeitsbesuch, Gespräche mit Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Bürgermeister Michael Häupl, Landeshauptmann Erwin Pröll (19. und 20. Juli); Vizeministerin für regionale Entwicklung und Städteplanung Pavlova, Teilnahme am Europaforum Wachau (25.–27. Juli); Außenminister Nickolay Mladenov, Teilnahme am 9. Trilog Salzburg (20.–22. August); Vizepremier- und Innenminister Tsvetan Tsvetanov, Teilnahme am Salzburg Forum (26.–28. August); Justizministerin Popova und Stellvertretender Innenminister Veselin Vuchkov, Teilnahme an der Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie IACA (2. und 3. September); Finanzminister Simeon Djankov, Teilnahme an der Konferenz des BMF "Beyond the Vienna Initiative: Towards a New Banking Model in a New Growth Model for CESEE" (17. September); Delegation von BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen von Sofioter Bezirken und anderen bulgarischen Gemeinden, „Best Practice bei der Prävention von Kinderkriminalität in Budapest und Wien" (2. Oktober); Gouverneur des Bezirks Veliko Tarnovo, Pencho Penchev, Studienreise zum Thema Erneuerbare Energie nach Güssing (4.–7. Oktober); Wirtschaftsminister Traicho Traikov, Teilnahme am Vienna Economic Forum (8. und 9. November); Außenminister Nickolay Mladenov, Gespräch mit der Geschäftsführung der Nabucco Gas Pipeline International GmbH (23. und 24. November);

Die Botschaft realisierte 43 Kulturprojekte in sämtlichen größeren bulgarischen Städten und erreichte damit ein sehr breites Publikum. Den Höhepunkt im Musikbereich stellten wie in den Vorjahren die „Österreichischen Musikwochen in Bulgarien" dar, die zum 14. Mal veranstaltet wurden und klassische Konzerte, Meisterkurse, einen Kammermusik-Wettbewerb, sowie Konzerte mit Jazz und elektronischer Musik beinhalteten (22. April bis 21. Mai). Beim 14. Internationalen Sofia Film Festival war Österreich mit Filmen von Michael Haneke („Das weiße Band"), Michael Glawogger („Das Vaterspiel"), sowie der Koproduktion „Pianomania" vertreten (4.–20. März). Mehrere bildende KünstlerInnen aus Oberösterreich beteiligten sich an der Kunstbiennale in Varna (7. August bis 7. November). Andreas Haider und Julian Palacz von der Universität für angewandte Kunst zeigten zwei Installationen im Rahmen des 2. Digital Art Festivals der bulgarischen Nationalen Kunstakademie (13.–17. September). Eine Reihe von literarischen Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit den Österreich-Bibliotheken in Plovdiv, Ruse und Sofia sowie den Österreich-LektorInnen in Plovdiv, Sofia und Veliko Tarnovo durchgeführt. Die wissenschaftliche Konferenz „Beiderseits der Donau. Politisches Engagement zeitgenössischer Künstler" brachte Kulturschaffende und EntscheidungsträgerInnen aus dem Kulturbereich in Ruse zusammen (15. und 16. November).

Ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Bulgarien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wurde mit Protokoll am 20. Juli in Wien unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte betrugen 601,627 Millionen Euro (+2,6%), die Importe 296,950 Millionen Euro (+26,7%).

Burkina Faso
(Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Tertius Zongo	Alain Bédouma Yoda

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou **– Koordinationsbüro der OEZA**

Burkina Faso nahm an der Wiener Konferenz am 2. September zur Gründung der Internationalen Antikorruptionsakademie mit Sitz in Laxenburg teil.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 3,260 Millionen Euro erbracht.

Für die Durchführung eines Forschungsvorhabens an der Universität für Bodenkultur Wien wurde einem Stipendiaten aus Burkina Faso ein Stipendium für 2009/10 zuerkannt. Ein Student des UNESCO-Institutes für Erziehungsplanung (IIEP) aus Burkina Faso erhielt im Studienjahr 2009/2010 ein von Österreich finanziertes Stipendium.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,338 Millionen Euro (-14,7%), die Importe 575.000 Euro (+28,8%).

Burundi
(Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Pierre Nkurunziza	Augustin Nsanze

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 76.000 Euro (-67,4%), die Importe 224.000 Euro (-30,2%).

Chile
(Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Sebastián Piñera Echenique (seit 11. März)	Alfredo Moreno Charme (seit 11. März)

Santiago de Chile **– ÖB**, **Zweigbüro der AHSt Buenos Aires**; Arica, Valdivia, Valparaíso **– HK**

Bundesminister Michael Spindelegger und Außenminister Alfredo Moreno, bilaterales Treffen am Rande des EU-LAC-Gipfels in Madrid (18. Mai).

Besuche aus Österreich: Generalsekretär des BMWF Friedrich Faulhammer, Teilnahme am Wissenschafts- und Innovationsseminar (1.–4. November).

Nach dem schweren Erdbeben vom 27. Februar leistete die österreichische Bundesregierung im Verbund mit den EU-Stellen humanitäre Hilfe in Form von Großraumzelten und Notstromaggregaten. Auch Nichtregierungsorganisationen und Private schickten Hilfsmaterial aus Österreich nach Chile.

Die Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen wurden fortgesetzt.

Zu den 200-jährigen Unabhängigkeitsfeiern Chiles trug Österreich im Kulturbereich bei: Die Ausstellung „El fotógrafo vienés“ präsentierte den österreichisch-chilenischen Fotographen Ignaz Hochhäusler; eine Fachpublikation wurde dem Urbanisten Karl Heinrich Brunner gewidmet, der in den 1930er-Jahren die Stadtentwicklung Santiagos beeinflusst hatte; die Computerinstallation „Magic Eye – Dissolving Borders“ von Christa Sommerer und Laurent Mignonneau bildete einen von 14 Länderbeiträgen in der Jubiläumsausstellung des Museo Nacional de Bellas Artes.

Im Rahmen einer Zusammenarbeit der Universidad Andres Bello und der Johann Sebastian Bach Musikschule Wien musizierten zwei der Preisträger des Musikwettbewerbs „Gradus ad Parnassum“ als Solisten in Chile. Gastspiele gaben weiters das Ensemble Salzburg sowie eine Volks- und Vokalmusikgruppe aus Kärnten.

Österreich beteiligte sich am „Europäischen Dramaturgiefestival“ in Santiago mit einer szenischen Lesung von Elfriede Jelineks „Ein Sportstück“. Der Streifen „März“ von Klaus Händl lief beim 12. Europäischen Filmfestival.

Die Universidad Andrés Bello präsentierte die Fotodokumentation „Culture Matters“, die 18 auf dem westlichen Balkan gelegene Stätten des Weltkulturerbes mit Berichten und Beobachtungen der dort lebenden Menschen in Verbindung bringt. „Ornament und Verbrechen“, eine Wanderausstellung über Adolf Loos, wurde in vier Städten gezeigt. „AnnABlau-Fotos“ war der Titel einer Schau von künstlerischen Aufnahmen aktueller österreichischer Architektur, die das Architekturzentrum DUC in Valparaiso dem Publikum vorstellte.

Lehr- und Vortragstätigkeit österreichischer Universitätsprofessoren (Josef Seifert – Philosophie; Elisabeth Simbürger – Soziologie; Wolfgang Winter – Bauen mit Holz; Hans Gangoly – Architektur; Axel Borsdorf – Umwelttechnologie; Alfried Längle – Logotherapie; Michael Metzeltin – Sprachwissenschaft) unterstreicht das wachsende Interesse am Wissenschaftsaustausch mit Österreich, das sich ebenso in einem regen StudentInnenaustausch niederschlägt. Ein gemeinsam mit der chilenischen Wissenschaftsagentur CONICYT organisiertes Seminar beleuchtete aus verschiedenen Blickwinkeln den Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Österreich.

Österreich war bei folgenden Fachmessen durch Firmenpräsenz sowie Katalogausstellungen der WKÖ vertreten: FIDAE (Luftfahrt, Rüstung), Edifica (Bauwirtschaft und Technik), Chileplast, Expomin (Bergbau), Exponaval (Schifffahrt, Seetransport, Logistik). Die Wirtschaftskammer Kärnten entsandte eine Wirtschaftsmission nach Chile. In Wien wurde von der WKÖ ein Seminar über die Bedarfslage im Sektor der erneuerbaren Energien in Chile abgehalten.

Die österreichischen Exporte betrugen 126,355 Millionen Euro (+77,5%), die Importe 120,172 Millionen Euro (+77,5%).

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Yang Jiechi

Sonderverwaltungsregion Hongkong	**Sonderverwaltungsregion Macao**
Regierungschef (Chief Executive)	Regierungschef (Chief Executive)
Tsang Yam-Kuen Donald	Fernando Chui Sai On

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** Shanghai – **GK, AHSt;** Hongkong – **GK, AHSt,** Guangzhou – **GK f. Handelsangelegenheiten/Zweigbüro AHSt Hongkong;** Chengdu, Shenyang, Xi’an – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Staatsbesuch Bundespräsident Heinz Fischer, begleitet von Bundesminister Norbert Darabos, Bundesminister Alois Stöger, Zweiter Präsident des Nationalrats Fritz Neugebauer, Staatssekretär Andreas Schieder und Staatssekretärin Christine Marek, Gespräche mit Staatspräsident Hu Jintao, Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses Wu Bangguo und Premierminister Wen Jiabao, Minister für Nationale Verteidigung General Liang Guanlie (Peking und Shanghai, 18.–22. Jänner); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Teilnahme an der Eröffnung der Weltausstellung EXPO 2010 (Shanghai, 30. April und 1. Mai); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Gespräche mit Minister für Umwelt Zhou Shengxian, Minister des Staatsbüros für Angelegenheiten ausländischer Experten Ji Junshi, Landwirtschaftsminister Han Changfu, Forstminister Jia Zhibang, Wasserwirtschaftsminister Chen Lei (Peking und Shanghai, 3.–7. Mai); Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer, Österreichtag bei der Weltausstellung EXPO 2010, Gespräche mit dem Bürgermeister von Shanghai Han Zheng (Shanghai, 21. Mai); Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger (Shanghai 120-16. Juli); Staatssekretär Andreas Schieder (Hong Kong und Shanghai 26. und 27. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Gespräche mit Kulturminister Cai Wu und Vize-Bildungsminister Hao Ping (Peking und Shanghai, 15.–20. September); Generalsekretär der Industrieellenvereinigung Markus Beyrer

(Peking, Shanghai, Nanjing, 25.–30. Oktober); Generalstabschef Edmund Entacher, Gespräche mit dem Chef des Generalstabes, General Chen Bingde, und Verteidigungsminister General Liang Guanglie (Xi'an, Chengdu, Peking, 6.–10. Dezember). Zahlreiche Bundesländerdelegationen besuchten die Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai. Im Rahmen von Delegationen des Europäischen Parlaments besuchten österreichische Abgeordnete China.

Besuche in Österreich: Minister Chen Haosu, Vorsitzender des chinesischen Dachverbandes der Freundschaftsgesellschaften, Gespräche mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (29. März); Vizeminister für Justiz Han Henglin, Gespräche mit Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner (12. Mai); Handelsminister Chen Deming begleitet von einer chinesischen Wirtschaftsmission, Gespräche mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Präsident Christoph Leitl (19. Mai); Vizepremierminister Zhang Dejiang, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann (17. und 18. Juni); Transportminister Li Shenglin, Gespräche mit Bundesministerin Doris Bures (17. und 18. Juni); Minister Xie Zhenhua, Stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission, Gespräche mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Präsident Christoph Leitl (5. und 6. Juli); Außenminister Yang Jiechi, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, und Bundesminister Michael Spindelegger (23.–26. Juli); Wissenschaftsminister Wan Gang, Gespräche mit Bundesministerin Beatrix Karl (9. und 10. Oktober).

Die Weltausstellung EXPO 2010 (Mai bis Oktober) in Shanghai bot für Österreich eine einmalige Plattform, sich einer breiten chinesischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Österreich Pavillon empfing rund 3,3 Millionen Besucher.

Anlässlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Heinz Fischer konnten in einer Reihe von bilateralen Projekten konkrete Fortschritte erzielt werden. Der Arbeitsplan für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zwischen dem Ministerium für Gesundheit der Volksrepublik China und dem Bundesministerium für Gesundheit der Republik Österreich für die Jahre 2010 – 2014 zielt auf folgende Bereiche ab: Traditionelle Chinesische Medizin (TCM), insbesondere Forschung und Entwicklung; Westliche Medizin; Lebensmittelsicherheit; Arzneimittelzulassung und –überwachung. Im Bereich Lebensmittelexport nach China wurde die Grundlage für die Zulassung im Bereich Schweinefleisch und Milch gelegt. Die Genehmigung für den Export von österreichischem Rindersamen nach China wurde erteilt. Die Universität Wien wird mit Unterstützung des chinesischen Bildungsministeriums einen Lehramtsstudiengang für Chinesisch für Höhere Schulen einrichten.

Ebenfalls im Jänner wurde zwischen dem BMLFUW und dem chinesischen Staatsbüro für Angelegenheiten ausländischer Experten eine Absichtserklärung zum Austausch von wissenschaftlichem und technischem Personal unterzeichnet. Im Rahmen des Besuches von Bundesminister Nikolaus Berlakovich wurde ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forstwirtschaft zwischen dem BMLFUW und der chinesischen Staatlichen Forstverwaltung unterzeichnet. Im Februar wurde zwischen dem BMVIT und der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission eine Absichtserklärung zur technologiebezogenen Zusammenarbeit im Infrastrukturbereich geschlossen. Die 1. Tagung der Arbeitsgruppe am vom 17. August in Peking legte konkrete Kooperationsprojekte fest. Anlässlich des Besuchs von Transportminister Li Shenglin am 17. Juni in Wien wurde ebenfalls mit dem BMVIT eine Absichtserklärung über die technologische Zusammenarbeit in den Bereichen Straßenverkehr, Luftfahrt, Wasserwege und Infrastruktur unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 22.000 Euro erbracht.

Zwischen Österreich und China besteht eine enge Kooperation im Hochschul- und Forschungsbereich. Rechtlicher Rahmen für die Zusammenarbeit ist das bilaterale Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, in dessen Kontext eine Gemischte Kommission ein mehrjähriges Arbeitsprogramm vereinbart. Im Rahmen des im Jahr 2000 gegründeten „Eurasia Pacific Uninet" (EPU) wurden Verbindungen zwischen insgesamt 124 Bildungseinrichtungen, davon 36 in Österreich und 53 in China etabliert. Das EPU stellt somit das größte Netzwerk eines EU-Mitgliedstaats mit China im Bildungsbereich dar. Das EPU fördert multilaterale wissenschaftliche

Zusammenarbeit, gemeinsame Forschungsprojekte, Konferenzen, Kurzzeit-Gastprofessuren, fachspezifische Sommerschulen und den Austausch von Studierenden. Im Juni wurde mit dem „Sino-Austrian Diagnosis, Treatment and Research Center of Cardiovascular Diseases" an der Nanjing Medical University bereits das siebte gemeinsame universitäre Forschungszentrum eröffnet. Im Oktober veranstaltete das EPU seine 3. Plenarversammlung in Nanjing, bei der Vertreter von allen Mitgliedsinstitutionen teilnahmen, um über verschiedene Kooperationen zu beraten und neue Forschungspartnerschaften zu knüpfen.

Im Rahmen der jährlich in Peking veranstalteten Wochen der Frankophonie, an denen Österreich regelmäßig teilnimmt, wurde im März der österreichische Film „Der Überfall" vorgeführt. Beim EU-Filmfestival in Peking im Herbst wurde der österreichische Film „Klimt" gespielt.

Ars Electronica überraschte die Besucher mit neuen „Sprachmelodien" beim Art Beijing Festival vom 29. April bis 2. Mai. Das „Ullens Centre for Contemporary Art" im Pekinger Künstlerviertel „798" zeigte im Mai und Juli die Skulpturenausstellung „Narrow Mist" von Erwin Wurm. Aus Anlass des 150. Geburtstages präsentierte das größte Opernhaus Chinas, das „National Centre for the Performing Arts" in Peking die Ausstellung „Gustav Mahler und Wien", die von Bundesministerin Claudia Schmied am 18. September eröffnet wurde. Im November wurde im Pekinger Künstlerviertel 798 die Gruppenausstellung „da bao" gezeigt, bei der 21 österreichische Künstler vor Ort produzierte Kunst präsentierten. Im Himalaya Art Museum Shanghai zeigten vom 17. Oktober bis 15. November Ruth Anderwald und Leonhard Grond ihre Videoinstallationen aus der Serie „Atlas".

Neben mehreren klassischen Konzerten aus Österreich wurden mehrere Jazzkonzerte aus Österreich angeboten. Vom renommierten Nine Gates Festival (9.- 19. Oktober) wurde die Gruppe „Mosaik" von Angela Tröndle als österreichische Vertreter eingeladen. Gitarrenvirtuose Harry Stojka und seine Musiker konzertierten im Oktober in mehreren chinesischen Städten. Einen Jazz mit volkstümlichen Komponenten bot im Oktober das Ensemble Stelzhamma aus Oberösterreich. Am 27. November präsentierte DJ Peter Kruder im Pekinger Link Star 8 Club seine Musikkreationen. Als krönenden Abschluss des Jahres veranstaltete ein chinesischer Musikliebhaber und Kunstmäzen am 4. Dezember in Peking ein Konzert mit Ausschnitten aus den bekanntesten österreichischen Operetten.

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China betrugen 2.816,948 Millionen Euro (+39,7%), die Importe 5.423,093 Millionen Euro (+21,0%).

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong betrugen 540,441 Millionen Euro (+22,7%), die Importe 103,994 Millionen Euro (-10,6%).

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macao betrugen 2,866 Millionen Euro (-56,4%), die Importe 1,753 Millionen Euro (-32,1%).

Taiwan (Chinese Taipei)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taiwan besteht ein Österreich Büro.

Die österreichischen Exporte nach Taiwan betrugen 335,845 Millionen Euro (+58,3%), die Importe 536,723 Millionen Euro (+25,1%)

Costa Rica
(Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister
Laura Chinchilla	René Castro
(seit 8. Mai)	(seit 8. Mai)

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; San José – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister René Castro am Rande des EU-LAC-Gipfels (Madrid, 19. Mai).

Besuche aus Österreich: Dritter Präsident des Nationalrates Martin Graf, Treffen mit Parlamentspräsident Luis Gerardo Vilanueva, der Rektorin der „Universidad Nacional" Sandra Léon, dem Vorsitzenden des „Movimiento Libertario" Otto Guevara sowie der Multilateralen Koordinatorin im Außenhandelsministerium Gabriela Castro (29. und 30. Juli).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 28.000 Euro erbracht.

Am 4. Februar wurde der Film „Circo Fantazztico" von Carola Mair präsentiert. Christian Vogl, Universität für Bodenkultur, nahm am Seminar „Forschungsmethoden zur biokulturellen Diversität in Zentralamerika" teil (La Gamba, 25. und 26. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 16,630 Millionen Euro (-45,9%), die Importe 93,459 Millionen Euro (+34,9%).

Côte d'Ivoire
(Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alassane Ouattara	Guillaume Soro	Jean-Marie Kacou Gervais
(seit 4. November)	(seit 4. November)	(seit 5. November)

ÖB: siehe Senegal; Abidjan – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche in Österreich: Industrieminister Moussa Dosso nahm am Industrial Development Board der UNIDO teil und führte an dessen Rande am 12. Mai wie auch anlässlich der Reise einer ivorischen Wirtschaftsdelegation nach Österreich am 1./2. Juli Gespräche auf Beamtenebene. Am 2. Juli traf er auch zu einem Gespräch mit Wirtschaftsminister Mitterlehner zusammen.

Eine österreichische Wirtschaftsdelegation unter Leitung der AHSt. Casablanca besuchte am 4./5. Oktober Abidjan.

Die österreichischen Exporte betrugen 6,165 Millionen Euro (-1,4%), die Importe 25,729 Millionen Euro (+7,4%).

Dänemark
(Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Margrethe II.	Lars Løkke Rasmussen (Seit 1. Februar)	Lene Espersen

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW;** Aabenraa, Aarhus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: WKÖ Präsident Christoph Leitl und Generaldirektor Ludwig Scharinger anlässlich des Wirtschaftsforums der Raiffeisenlandesbank OÖ (14. Mai).

Die Botschaft unterstützte die Teilnahme der Ensembles Bauchklang und Fiago sowie der Ink Music am SPOT Festival 2010 in Aarhus. Österreich war bei der WOMEX 2010 in Kopenhagen durch Matthias Loibner (Drehleier) vertreten. Weiters wurden Auftritte von Meena Cryle sowie Orgelkonzerte von Gottfried Frieberger gefördert. Die Galerien Stalke und Rohde Contemporary in Kopenhagen präsentierten Iv Toshain bzw. Deborah Sengl. Im Institut Overgaden waren Werke von Oliver Ressler zu sehen. Die Cinemateket in Kopenhagen zeigte im Oktober die österreichisch/tschechisch/slowakische Ko-Produktion „Cooking History".

Die österreichischen Exporte betrugen 589,759 Millionen Euro (+11,5%), die Importe 450,443 Millionen Euro (-2,1%).

Deutschland
(Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Christian Wulff (seit 2. Juli)	Angela Merkel	Guido Westerwelle

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW;** Hamburg – **GK (bis 31. August);** München – **GK, AHSt;** Bremen – **HK;** Dresden – **HK**; Frankfurt a.M.–**AHSt;** Düsseldorf – **HK**; Hannover – **HK;** Kiel – **HK;** Lübeck – **HK;** Nürnberg – **HK;** Rostock – **HK;** Saarbrücken – **HK;** Stuttgart – **HK.** Darüber hinaus verfügen die AHSten über Marketingbüros in Dresden, Düsseldorf und Stuttgart.

Besuche aus Österreich: Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll und Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Besuch der Internationalen Grünen Woche (14.–16. Jänner); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch der Internationalen Filmfestspiele (12. und 13. Februar); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Besuch der Internationalen Tourismus Börse (10. März); Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Gespräch mit Universitätsprofessorin Gesine Schwan sowie Besuch des FidAR-Forums II (Frauen in die Aufsichtsräte e.V.) (15. März); Landeshauptmann Josef Pühringer, Präsentation der OÖ Landesausstellung „Renaissance und Reformation" (13. und 14. April, Augsburg, München, Passau); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (18. Mai); Petitionsausschuss des Nationalrats (Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Haubner, Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Lohfeyer, Abgeordnete zum Nationalrat Anna Höllerer, Abgeordnete zum Nationalrat Susanne Winter, Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Pirklhuber), Gespräch mit dem Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag (8. Juni); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme an der Eröffnung der Bayreuther Festspiele und anschließendem Staatsempfang (Bayreuth, 25. und 26. Juli); Landeshauptmann Erwin Pröll, Präsentation des Landes Niederösterreich (München, 25. Juli), Landeshauptmann Günther Platter, Gespräch mit Bundesverkehrsminister Ramsauer (3. September); Bundeskanzler a.D. Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Schüssel, Diskussionsveranstaltung „Wie geht es weiter mit der EU" in der Österreichischen Botschaft (15. September); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Mitglieder des Geschäftsordnungsausschusses, Gespräche im Deutschen Bundestag (30. September); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Gespräch mit Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, und Technologie des Freistaates Bayern Martin Zeil und Eröffnung des Empfangs am Österreich-Stand der „Expo Real" (5. Oktober, München); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter (1. November, Lübeck); Bundesminister Michael Spindelegger, Mitveranstalter der Konferenz „Perspektiven für Südosteuropa: Deutschland, Österreich und die USA im Dialog mit Entscheidungsträgern aus der Region" in der Österreichischen Botschaft Berlin (10. Dezember).

Besuche in Österreich: Bundesminister a.D. und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Sigmar Gabriel, Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (10. und 11. Februar); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle, Teilnahme am Wiener Opernball (12. und 13. Februar); Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag Gunther Krichbaum, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger und im Nationalrat (Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Abgeordneter zum Nationalrat Kurt Gaßner) (17.–20. Februar); Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan, Gespräche mit Bundesministerin Beatrix Karl (11. und 12. März); Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Peter Ramsauer bei Bundesministerin Doris Bures (12. Mai); Präsident des Bundestages Norbert Lammert anlässlich eines Vortrags bei der Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung (25. und 26. Mai); Delegation des Finanzausschusses des Bundestages bei Staatssekretär Andreas Schieder (30. Mai bis 1. Juni); Ministerpräsident von Baden-Württemberg Stefan Mappus, Gespräche mit Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll und Bundesminister Reinhold Mitterlehner (31. Mai bis 1. Juni); Vorsit-

zender der CSU-Landesgruppe im Bundestag Hans-Peter Friedrich, Gespräch mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner (21. und 22. Juni); Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, und Technologie des Freistaates Bayern Martin Zeil, Teilnahme an einer Veranstaltung der Deutschen Handelskammer in Österreich (24. und 25. Juni); Bundespräsident Christian Wulff, Antrittsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (14. Juli); Regierender Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, Besuch bei Bürgermeister Michael Häupl (17. und 18. Juli); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 31. Juli bis 1. August); Bundeskanzlerin Angela Merkel, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 8.–11. August); Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (21. und 22. August); Bundesminister der Finanzen Wolfgang Schäuble, Treffen deutschsprachiger Finanzminister (26. August); Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag Gunther Krichbaum, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel und dem Zweiten Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer (6. und 7. September); Bundespräsident a.D. Roman Herzog, Besuch des Anwaltstages 2010 (Salzburg, 15.–18. September); Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag Volker Kauder (20. und 21. September); Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, Besuch des 14. Philosophicum (Lech, 23. und 24. September); Bundespräsident a.D. Roman Herzog, u.a. Festrede zum Festakt anlässlich des 90-Jahr-Jubiläums der Österreichischen Bundesverfassung (29. September bis 5. Oktober); Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Nikolaus Berlakovich und Betriebsbesichtigung Weingut Markowitsch in Göttlesbrunn (19. November); Ministerpräsident des Landes Niedersachsen David McAllister, Gespräch mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Teilnahme an der Jahrestagung der Deutschen Außenhandelskammer (24. und 25. November).

Das Programm des Kulturforums Berlin stand unter einem die Jahre 2010 und 2011 überspannenden Motto: „Das Lied von der Erde“. Die Orientierung am gleichnamigen Meisterwerk Gustav Mahlers – Jubilar beider Jahre – sollte helfen, die Kulturarbeit an zwei Grundfragen unserer Zeit auszurichten: an der Frage der Beziehung des Menschen zur Erde einerseits und an der Frage nach den Bedeutungs- und Wirkmöglichkeiten von Kunst innerhalb dieser Beziehung und für diese Beziehung andererseits. Unter Hinzuziehen unterschiedlicher Ansätze aus Biologie, Astrophysik, Psychologie, Philosophie, Bildender Kunst, Literatur etc. sollte ein breiter Horizont an Fragestellungen ermöglicht werden. Gleichzeitig sollte diese Auslegung Gelegenheit geben, auf aktuelle österreichische Forschung und wichtige Ausschnitte österreichischer Kultur- und Geistesgeschichte aufmerksam zu machen.

Im Sinne des Mottos stellten in der Reihe „Europäische Liederabende“ die beiden österreichischen Sängerinnen Julia Kamenik und Elisabeth Starzinger sowie der italienische Bassbariton Alex Esposito Gustav Mahlers Lieder in den Mittelpunkt ihrer Präsentation, der Tenor Alexander Kaimbacher widmete sich Mahlers Schwiegersohn, dem bedeutenden Komponisten Ernst Krenek. Ein „Gespräch über Mahler“ der beiden hochkarätigen Mahler-Kenner Franz Willnauer und Jens Malte Fischer leitete die intellektuelle Auseinandersetzung mit Leben und Werk Mahlers ein. Ein Höhepunkt der Mahler gewidmeten Veranstaltungen war der Abend für Violoncello und Klavier mit Friedrich Kleinhapl und Andreas Woyke, die zum Thema „Todessehnsucht – Lebensverlangen“ u.a. Bearbeitungen von Liedern Mahlers zu Gehör brachten. Die in Kooperation mit dem „Salon Wien-Berlin“ gezeigte Ausstellung „schattenhaft“ eröffnete im November einen Reigen von Präsentationen der Beschäftigung mit Mahler, dessen Gedankenwelt, dessen Umfeld und dessen Wirkungen aus dem Bereich der Bildenden Kunst.

Einen vielbeachteten musikalischen Akzent setzte ein Konzert des Koehne-Quartetts zu Ehren Kurt Schwertsiks anlässlich dessen 75. Geburtstags. Der preisgekrönte Film „Das Schreiben und das Schweigen“ von Carmen Tartarotti widmete sich Person und Schaffen Friederike Mayröckers, Ausstellungen in der hauseigenen Galerie galten der burgenländischen Malerin Gerlinde Kosina und dem Werk des steirischen Malers Gerhard Lojen (gest. 2005). Die Reihe „Jazz an der Botschaft“ wurde fortgesetzt, die Autoren Clemens J. Setz und Erwin Einzinger lasen aus ihren neuen Büchern, eine aus szenischer Darstellung, Vortrag und Filmausschnitten zusammengesetzte „Hommage an Oskar Werner“ komplettierte das Programm in den Räumlichkeiten der Botschaft.

Außerhalb der Botschaft wurden Projekte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen realisiert, wobei in Berlin der Auftritt von „Kollegium Kalksburg“ und der „Tschuschenkapelle“ sowie ein Abend im Gedenken an den österreichisch-polnisch-ukrainischen jüdischen Schriftsteller Adam Zielinski, der im Juni verstorben war, auf dem ehemaligen „UFA“–Gelände hervorzuheben sind. Außerhalb Berlins standen Kooperationen mit dem „Ruhr Festival 2010“ und zwei großen – Österreich als Schwerpunktland gewidmeten – Festivals im Zentrum der Kulturarbeit: mit der Hamburger „Altonale“ und dem von der Stuttgart vorgelagerten Stadt Fellbach veranstalteten „Fellbacher Kultursommer“.

Das Programm des Kulturforums wurde von zwei kulturellen Veranstaltungen ergänzt, zu denen der österreichische Botschafter, unterstützt von Sponsoren aus der Privatwirtschaft, einlud: ein „Neujahrskonzert“ im Jänner und ein Liederabend mit Angelika Kirchschlager und Helmut Deutsch im November.

Die österreichischen Exporte betrugen 34.431,387 Millionen Euro (+18,0%), die Importe 44.823,963 Millionen Euro (+12,5%).

Dominica
(Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Nicholas Liverpool	Roosevelt Skerrit

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 46.000 Euro (-87,8%), die Importe 139.000 Euro (-80,7%).

Dominikanische Republik
(Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Leonel Fernández Reyna	Carlos Morales Troncoso

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – **Büro der österreichischen Botschaft Caracas, HGK**

Der Pianist Markus Prause gab am 19. Mai ein Konzert in Santo Domingo.

Die österreichischen Exporte betrugen 15,607 Millionen Euro (+83,5%), die Importe 16,168 Millionen Euro (+30,6%).

Dschibuti
(Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Dilaita Mohamed Dilaita	Mahamoud Ali Youssouf

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – **HK; AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betrugen 1,105 Millionen Euro (-24,3%), die Importe 16.000 Euro (-69,7%).

Ecuador
(Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Rafael Correa Delgado	Ricardo Armando Patiño Aroca (seit 21. Jänner)

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – **HGK;** Guayaquil – **HK; AHSt:** siehe Venezuela

Fünf Auslandsdiener waren im Rahmen von Sozialprojekten in Guayaquil im Einsatz.

Die Botschaft unterstützte im Rahmen der Kulturarbeit einen Dokumentarfilm über die in Ecuador lebende österreichische Schauspielerin und Psychotherapeutin Vera Kohn.

Die österreichischen Exporte betrugen 28,926 Millionen Euro (+35,5%), die Importe 31,786 Millionen Euro (-21,4%).

El Salvador
(Republik El Salvador), San Salvador

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mauricio Funes	Hugo Martínez

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; San Salvador – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 77.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,950 Millionen Euro (+24,7%), die Importe 2,011 Millionen Euro (-0,6%).

Eritrea
(Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Isaias Afewerki	Osman Saleh Mohammed

ÖB: siehe Ägypten; **AHSt:** siehe Ägypten

Besuche in Österreich: Außenminister Osman Saleh Mohammed, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (16. Februar).

Der bilaterale Außenhandel ist gering und besteht in der Regel aus Einmallieferungen.

Die österreichischen Exporte betrugen 58.000 Euro (+120,5%), die Importe 14.000 Euro (-56,0%).

Estland
(Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Toomas Hendrik Ilves	Andrus Ansip	Urmas Paet

Tallinn – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Tiroler Landtagspräsident Herwig van Staa, Salzburger Landtagsvizepräsidentin Gudrun Mösler-Törnström und Abgeordneter zum Nationalrat Hannes Weninger, Teilnahme an der Tagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (10. Dezember); Botschafter Johannes Eigner (BMeiA), Teilnahme am 1. Jahresforum der Ostsee-Strategie der EU in Tallinn (14. und 15. Oktober).

Besuche in Österreich: Offizieller Arbeitsbesuch des estnischen Staatspräsidenten Toomas Hendrik Ilves in Wien, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Bürgermeister Michael Häupl und Präsident der WKÖ Christoph Leitl (23. und 24. November).

Die Feierlichkeiten und Veranstaltungen rund um den 75. Geburtstag des estnischen Komponisten Arvo Pärt, der auch seit 1981 die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, prägten das kulturelle Leben im Sommer und Herbst in Estland. Diese Veranstaltungen fanden vorwiegend in den Städten Rakvere, Paide und Tallinn, alles Orte, an denen Pärt gelebt und gewirkt hat, statt. Ein Höhepunkt war das große Konzert im Estonia-Konzertsaal in Tallinn, bei dem der Staatspräsident, der Premierminister, der Außenminister und weitere Regierungsmitglieder und Politiker sowie herausragende Persönlichkeiten der estnischen Gesellschaft, Kunst und Kultur teilnahmen. Zur Aufführung gebracht wurde von der Camerata Salzburg sowie dem schwedischen Eric Ericson-Kammerchor die estnische Uraufführung von Pärts „Adam's Lament".

Im Rahmen der Kreuzfahrt „Meer und Musik" (9. Juli) erfolgte auf dem Platz der Türme in Tallinn ein Konzert des Kammerensembles der Wiener Philharmoniker. Peter Frisée gab zwei Orgelkonzerte in der Peetri-Kirche in Tartu und der Jaani- Kirche in Tallinn (27. und 28. November).

Die Österreich-Bibliothek in der estnischen Nationalbibliothek in Tallinn ist mit einigen Veranstaltungen aus Beständen der Österreich-Bibliothek auf großes Publikumsinteresse gestoßen, wie z.B. die Ausstellungen in der estnischen Nationalbibliothek „Österreichischer Film heute und gestern" (11.–30. Jänner), „Literaturpreise 2009 an österreichische Autoren" (1.–28. Februar), „Wiener Theaterwelt" (1.–31. März), „Nicht nur die Alpen – Schlossparks, Gärten, Zoos, Nationalparks" (11.–31. Mai) sowie „Ernst Jandl 1920-2000" (7. Juni bis 2. Juli). Ebenfalls im Österreichischen Lesesaal erfolgte die Überreichung der Preise (24. September) an die estnischen SiegerInnen des Schulwettbewerbs „Alles Wasser" für Nordische Länder und das Baltikum.

Ingrid und Christian Mitterecker brachten das Theaterstück „Eine österreichische Märchenreise" des Kinder- und Jugendtheaters AMAL im estnischen Kinderliteraturzentrum und im Deutschen Gymnasium in Tallinn (12. Mai) zur Aufführung. Österreich hat mit diesem Projekt einen wesentlichen Beitrag zur Initiative des estnischen Bildungsministeriums – nämlich der Förderung des frühen Lernens der deutschen Sprache – geleistet. Mit diesem Theaterstück wurden auch die geographischen und sprachlichen Besonderheiten Österreichs dem jungen estnischen Publikum näher gebracht.

Bei einer Präsentation der österreichischen Hochschulen und Universitäten bei der Internationalen Ausbildungsmesse an der Universität Tallinn (17. Februar) wurden estnische StudentInnen mit dem Studienangebot in Österreich vertraut gemacht.

Bei der Veranstaltung „International Fusion" an der Technischen Universität Tallinn (14. April) fand eine Länderpräsentation mit einer Ausgabe von Informationsmaterialien statt. Die Botschaft nahm auch wieder am jährlichen Projekt eines Europatages der Vertretung der EK in Estland „Tag der offenen Tür" mit einer Ausstellung (8. Mai) teil.

Beim XIV. Internationalen Tallinn Black Nights Filmfestival (19. November bis 5. Dezember) kamen die österreichische Filme „David Wants to fly", „The Poll Diaries", „Pepperminta", „Adrienn Pál", „On the Path" (Nominierung zum Europäischen Filmpreis) und „Talleres Clandestions" (Nominierung für den Europäischen Kurzfilmpreis) in Tallinn und Tartu zur Vorführung. Der Spielfilm „The Poll Diaries" (Deutschland/Österreich/Estland) war im Programm EurAsien unter den drei populärsten Filmen. Der Filmregisseur Chris Kraus von „The Poll Diaries" wurde von der Jury als der beste Filmregisseur ausgezeichnet. Die 23. Gala anlässlich der Europäischen Filmpreisverleihung der Europäischen Filmakademie wurde vom Filmfestival „Dunkle Nächte" am 4. Dezember ausgerichtet. Es war zugleich Teil der offiziellen Eröffnungsveranstaltungen für Tallinn als Europäische Kulturhauptstadt 2011. Am Festival für visuelle Kultur „Worldfilm" in Tartu (220-28. März) nahm der Dokumentarfilm „Heaven Earth" teil (Regisseure Harald Scherz und Rudolf Amaral). Anlässlich einer Filmwoche in Tallinn (13. bis 19. August) wurde eine Michael-Haneke-Retrospektive mit dem Titel: „Sechs Fragmente aus Michael Hanekes Filmographie – Österreich 1989–2009" gezeigt.

Beim internationalen Jazzfestival „Jazzkaar“ im Theater NO99 in Tallinn gab der Gitarrenvirtuose Wolfgang Muthspiel ein Solokonzert (1. Mai). Hermann Härtel (Geige, Gesang) hielt beim XVIII. Viljandi Folk Music Festival Workshops ab und gab Ethno-Musik Konzert (220-25. Juli). „Paul Zauner's Blue Brass“ gab beim XIV International Muhu Future Music Festival auf der Insel Muhu (3. Juli) ein Konzert.

Die Botschaft eröffnete die Internationale Kunstausstellung „Join Art“ der Jackie Mauersberger-Arce Gallery in Wien in der Galerie des Kastellanhauses/E.Vilde Museum (13. August bis 3. September) in Tallinn. In der Kunsthalle Tallinn (23. Oktober bis 18. November) präsentierte sich die Heidrun Holzfeind im Rahmen der Internationalen Skulptur- und Videoausstellung „Revenge“ mit dem Video „Bitches Brew“.

Der Kunsthistoriker Ralph Gleis (Wien Museum) hielt bei der Internationalen Konferenz „Baltisches Biedermeier“ im Kunstmuseum Kadriorg in Tallinn einen Vortrag „Biedermeier in Vienna – Between Realism and Sentiment“ (7. Mai). Michaela Gigerl (Japanische Schule in Wien, für das BMUKK in der internationalen LehrerInnenfortbildung tätig) hielt beim Sommercamp des Estnischen Deutschlehrerverbandes (EDLV) in Toila im Zusammenwirken mit dem BMUKK und dem EDLV Workshops (9.–11. August) ab. Der Philosoph Andreas Leo Findeisen, Akademie der bildenden Künste Wien, hielt am 17. August beim ArtSymposium AVAMAA (16.–21. August) in Mooste einen Vortrag über die internationale Kunstrichtung Fluxus der 60er- und 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts.

Im Rahmen des bilateralen österreichisch-estnischen Austauschprogrammes in den Gymnasien Kuressaare, Tabasalu, Tarvastu, Törva, Pärnu und Pärnu-Jaagupi sowie im Deutschen Gymnasium Kadriorg in Tallinn erfolgte ein pädagogischer Aufenthalt von vier LehrerInnen (Susanna Söls, Elisabeth Gruber, Martin Möderl, Esther Janscha, 20. September bis 15. Oktober). Die HistorikerInnen Gerhard Ammerer, Alfred Stefan Weiss, Katharina Karin Mühlbacher und Gerhard Jaritz haben an der internationalen HistorikerInnenkonferenz „Modus Vivendi: das Bild der Stadt im 17.–19. Jahrhundert“ im Kunstmuseum KUMU in Tallinn (4. und 5. Oktober) teilgenommen.

Zu den wichtigsten österreichischen Exportprodukten nach Estland zählen Arzneimittel, landwirtschaftliche Maschinen, Pumpen, Stromverteiler, Nahrungsmittelzubereitungen, isolierte Drähte und Kabel, Fernsehgeräte, Ethylenpolymere, synthetische Fasern sowie Bleche. Die wichtigsten Importprodukte aus Estland sind Polyester, bearbeitetes oder gesägtes Holz, anorganische Chemikalien, Bettwaren, KFZ-Anhänger und KFZ-Teile, Metalle, Milch und Milchprodukte sowie orthopädische Apparate. Die wichtigsten österreichischen Direktinvestitionen in Estland wurden auf dem Versicherungssektor sowie in der Zellstoff-, Baumaterialien-, Verpackung- und der Unterhaltungsindustrie getätigt.

Die österreichischen Exporte betrugen 75,001 Millionen Euro (+41,6%), die Importe 36,540 Millionen Euro (-0,7%).

Fidschi
(Republik Fidschi-Inseln), Suva

Interimsregierung:		
Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
Ratu Epeli Nailatikau	Josaia Voreqe (Frank) Bainimarama	Ratu Inoke Kubuabola

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 281.000 Euro (-23,1%), die Importe 589.000 Euro (-1,7%).

Finnland
(Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tarja Halonen	Mari Kiviniemi (seit 22. Juni)	Alexander Stubb

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt;** Kajaani, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku, Vaasa – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitsbesuch bei Außenminister Alexander Stubb und Informationsgespräch mit Bildungsministerin Henna Virkkunen (28. April); Thomas Angyan, Generalsekretär der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, Sondergast der Sibeliusakademie für ein Seminar über Musikmanagement (17.–19. März); Jahreskonferenz der Volkshilfe unter Leitung von Josef Weidenholzer mit ca. 50 Teilnehmern (6.–9. April); Direktor der Austrian Business Agency Mattias Bruck, Investitionswerbekampagne (7. und 8. April); Universitätsprofessor Karl Sigmund, Verleihung des Ehrendoktorats der Philosophie durch die Universität Helsinki (28. Mai); Generalstabschef General Edmund Entacher, Teilnahme an einem NATO-Seminar (14. und 15. Juni); Abgeordneter zum Nationalrat Stefan Prähauser, Vorsitzender der Finnischen Freundschaftsgruppe im Nationalrat, (24. Juni bis 7. Juli); Wolfgang Lipa, ZAMG, 15. Sitzung der Commission for Instruments and Methods of Observation der WMO (20-8. September); Generaldirektor Peter Widermann und Direktorin Sabine Klinglmair, International Centre for Migration Policy Development, Informationsaustausch mit dem Finnischen Innenministerium und Grenzschutz (27. und 28. September); Oberst Friedrich Schnetzer, Erfahrungsaustausch mit dem finnischen Verteidigungsministerium (Oktober und November).

Besuche in Österreich: Staatspräsidentin Tarja Halonen, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (11. und 12. Dezember); Bildungsministerin Henna Virkkunen zu einem Treffen über den Bologna-Prozess (11. und 12. März); Justizministerin Tuija Brax bei den Salzburger Gesprächen von Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner (13.–15. August); Verteidigungsminister Jyri Häkämies, Konsultationen mit Bundesminister Norbert Darabos (11. und 12. November); ehemaliger Ministerpräsident Paavo Lipponen bei den Wirtschaftspolitischen Gesprächen der WKÖ und des IHS (29. November).

Österreichische Kulturschaffende nahmen an einer großen Zahl von Ausstellungen, Musikveranstaltungen und Festivals teil. Als bemerkenswertes Großereignis fand am 10. September die Verleihung des Spirit of Nature Wood Architecture Preises an den Vorarlberger Architekten Hermann Kaufmann statt, der damit für sein umfassendes Schaffenswerk von Gebäudekonstruktionen aus Holz prämiert wurde. Nutzbare Erfahrungen für das neu erbaute Musikzentrum Helsinki standen im Mittelpunkt eines Musikmanagement-Seminars am 19. März, zu dem der Generalsekretär der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, Thomas Angyan, als Hauptredner eingeladen war.

Die österreichischen Exporte betrugen 511,779 Millionen Euro (+17,6%), die Importe 443,054 Millionen Euro (-3,6%).

Frankreich
(Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Nicolas Sarkozy	François Fillon (seit 14. November)	Michèle Alliot-Marie

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** Strassburg – **GK, AHSt, ÖW;** Marseille – **HGK;** Ajaccio (vorübergehend geschlossen), Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Abgeordnete zum Nationalrat Kai Jan Krainer und Günter Stummvoll, Teilnahme am Hochrangigen Parlamentarischen Seminar der OECD (18. Februar); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme als Kovorsitzender am OECD-Landwirtschaftsministertreffen (25. Februar) und Teilnahme an der internationalen Agrarmesse SIA (27. Februar); Abgeordneter zum Nationalrat Klubobmann Karlheinz Kopf, Treffen mit dem Vorsitzenden der Fraktion

der Regierungspartei UMP in der französischen Nationalversammlung und dem Vorsitzenden der Kommission für europäische Angelegenheiten in der Nationalversammlung Pierre Lequiller (28. April); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Treffen mit Justizministerin Michèle Alliot-Marie (7. Mai); Staatssekretär Andreas Schieder und Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am jährlichen OECD-Ministerrat (27. und 28. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Mario Kunasek, Stefan Markowitz und Stefan Prähauser sowie Mitglieder des Bundesrates Franz Eduard Kühnel und Stefan Schennach, Teilnahme an der 58. Plenartagung der WEU-Versammlung (15.–17. Juni); Bundesminister Alois Stöger, Teilnahme am OECD-Gesundheitsministertreffen (7. und 8. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme am Treffen der OECD zur Vorbereitung des OECD-Bildungsministertreffens (11. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme am OECD-Bildungsministertreffen (4. und 5. November); Abgeordnete zum Nationalrat Peter Fichtenbauer, Stefan Markowitz und Stefan Prähauser sowie Mitglied des Bundesrates Franz Eduard Kühnel, Teilnahme an der 59. Plenartagung der WEU-Versammlung (30. November bis 2. Dezember); Dritter Präsident des Nationalrates Martin Graf, Teilnahme am Ausschuss für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (16. Dezember); Bundesministerin a.D. Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme als Eröffnungsrednerin des internationalen Kolloquiums auf hoher Ebene im französischen Senat „Lateinamerika und Karibik in der globalisierten Welt".

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Justiz Jean-Marie Bockel, Treffen mit Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner (12. Jänner); Staatssekretär für europäische Angelegenheiten Pierre Lellouche, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (20. Mai); Delegation von rund 90 BürgermeisterInnen aus der Region Burgund, Treffen mit AmtskollegInnen zum Thema „Organisation von Dienstleistungen ländlicher Gemeinden" in Wien und im Ypsertal (8. und 9. November); Minister für Landwirtschaft, Ernährung, Fischerei, ländlichen Raum und Raumordnung Bruno Le Maire, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (22. November).

Das Österreichische Kulturforum Paris gestaltete mit namhaften Kulturinstitutionen in Paris und den französischen Regionen ein breites Spektrum an österreichischen Kulturprojekten:

Die unter der Patronanz von Kulturminister Frédéric Mitterrand stehende „Woche fremder Kulturen" in Paris wurde von mehr als vierzig in Paris ansässigen ausländischen Kulturinstituten gestaltet und dem Thema des „kulturellen Erbes" gewidmet. Österreich war durch die niederösterreichische bildende Künstlerin Christina Maria Starzer vertreten. Ihre Ausstellung "Von der Sinnlichkeit des Erinnerns" im Pariser Galerienviertel „Le Marais" baute auf den Errungenschaften des Design aus Wien um 1900 auf und schlug eine Brücke in die Zukunft.

Der Kunstfotograf Reiner Riedler wurde nach erfolgreicher Teilnahme an der Pariser Fotomesse „Mois de la Photo 2009" vom Pariser Centre Georges Pompidou zu einer Teilnahme an der von Mai bis August laufenden Sonderausstellung „Dreamlands" eingeladen. Das ÖKF Paris ermöglichte die erste Soloshow des Künstlers in Frankreich in der heart-Galerie im Pariser Bastille-Viertel.

In der aus dem 12. Jahrhundert stammenden Zisterzienserabtei von Auberive in der französischen Region Champagne-Ardenne war dem Maler, Graphiker und Schriftsteller Alfred Kubin eine große Ausstellung gewidmet. Diese umfasste mehr als 90 Aquarelle und Tuschezeichnungen aus maßgeblichen österreichischen Sammlungen.

Das internationale Literaturfestival „Impressions d´Europe" in Nantes stellte die zeitgenössische Literatur Österreichs und der Schweiz in den Mittelpunkt: Die SchriftstellerInnen Werner Kofler, Eva Menasse, Doron Rabinovici und Norbert Gstrein sowie der Zeichner und Comic-Künstler Nicolas Mahler präsentierten ihr literarisches Schaffen. Die Übersetzung ihrer Werke in die französische Sprache und die Förderung der Präsenz dieser AutorInnen auf dem französischen Buchmarkt war ein wichtiges Ziel des Festivals.

Drei Tage lang widmeten sich an der Österreichischen Botschaft in Paris und dem Maison Heinrich Heine internationale Expertengespräche der Vertiefung der Analyse des Werks von Manès Sperber. Dessen Wirkung auf Literatur und Philosophie späterer Generationen war ein zentrales Thema.

Im nördlich von Paris gelegenen Compiègne wurde der Eheschließung von Kaiser Napoleon I. mit Marie-Louise von Österreich vor 200 Jahren gedacht. Unter Patronanz von Kulturminister Frédéric Mitterrand und Botschafter Hubert Heiss wurde eine umfassende Ausstellung mit dem Titel „**1810: Napoleon I. & Marie-Louise in Compiègne – oder die Politik der Liebe" präsentiert**. Der Wiener Kammerchor und das slowakische Orchester „Solamente Naturali" brachten nach der Ausstellungseröffnung im Theater von Compiègne u.a. die anlässlich der kaiserlichen Hochzeit in Auftrag gegebene Hochzeitskantate von Johann Nepomuk Hummel sowie die „Ode à l´Hymen pour le mariage impérial" von Luigi Maria Cherubini zur Aufführung.

Maestro Georges Prêtre, Dirigent des Neujahrskonzertes im Wiener Musikverein in den Jahren 2008 und 2010, präsentierte in der Österreichischen Botschaft vor Gästen aus dem französischen Musik- und Verlagswesen, Journalismus und der Diplomatie seine Biographie „Georges Prêtre; Maestro con brio" (Styria-Verlag, 2009). Die Autoren dieser bisher weltweit einzigen Biographie Prêtres, die Wiener Musikkritiker und Musikwissenschaftler Michaela Schlögl und Wilhelm Sinkovicz, führten durch die wichtigsten künstlerischen Lebensstationen des Maestros.

Musik von Komponisten, die unter dem nationalsozialistischen Regime vertrieben wurden, waren zwei bereits traditionsreiche Festivals gewidmet: „Voix étouffées" unter der Leitung des Musikologen Amaury du Closel präsentierte Werke von Kurt Weill, Viktor Ullmann und Erich Zeisl im Rahmen einer wissenschaftlich begleiteten Konzertserie in Paris, der Pariser Umgebung und Strassburg. An der Oper von Marseille interpretierte Ute Gfrerer Lieder des Komponisten Joseph Beer im Rahmen des Festivals „Musiques Interdites".

Kammermusikkonzerte in Paris mit dem Cellisten Robert Nagy, begleitet von der Pianistin Eva Kardos, dem ACIES-Quartett oder dem Posaunenquartett „Trombone Attraction" beleuchteten die Kunst der österreichischen Kammermusik.

Der Gitarrist und Komponist Wolfgang Muthspiel vertrat die österreichische Jazzszene beim internationalen Festival „Jazzycolors" in Paris.

Der Avantgardemusiker Franz Koglmann stellte mit seinem Monoblue-Quartett seine Komposition „Lo-lee-ta – Music on Nabokov" dem Pariser Jazzpublikum vor. Im serbischen Kulturzentrum Paris folgten die vier Musiker, einer akustischen Spurensuche durch den Roman „Lolita" von Vladimir Nabokov und den gleichnamigen Film Stanley Kubricks. Die Geigerin Mia Zabelka, eine Pionierin der elektroakustischen Musik, stellte die klanglichen Möglichkeiten der Violine mittels elektronischer Effekte und innovativen Aufführungstechniken im Rahmen des Programmschwerpunkts „frauen/musik/österreich" bei einem Konzert im Pariser „Quartier Latin" vor.

Die Botschaft war mit Veranstaltungen zu aktuellen Wirtschaftsfragen und zur Bewerbung des Wirtschaftsstandorts Österreich Begegnungsort von Wirtschaft und Diplomatie, an denen auch hochrangige Vertreter französischer und europäischer Finanzinstitutionen wie Generaldirektor Pierre Jaillet von der Banque de France, Henry Marty-Gauquié von der EIB und Kurt Bayer von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung am Panel teilnahmen. Der Leiter der G20-Taskforce im Finanzministerium, Guillaume Chabert, präsentierte an der Botschaft vor Wirtschaftsdiplomaten erstmals die Prioritäten und den Arbeitskalender der französischen G20-Präsidentschaft.

Frankreich ist der fünftgrößte Abnehmer österreichischer Produkte und Dienstleistungen. Mehr als 70 % dieser Lieferungen beliefen sich auf Investitionsgüter, etwa Maschinen, gefolgt von bearbeiteten Waren, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, ferner Kraftfahrzeuge und chemische Produkte. Als Lieferant Österreichs nimmt Frankreich die sechste Stelle ein. Die wichtigsten Lieferungen aus Frankreich sind Kraftfahrzeuge, Maschinen, Halbfertigwaren, Lebensmittel und Konsumgüter. Von den etwa 230 österreichischen Niederlassungen in Frankreich sind etwas mehr als 60 Produktionsstätten, knapp 170 Vertriebsniederlassungen und einige Dienstleistungsbetriebe.

Die österreichischen Exporte betrugen 4.551,271 Millionen Euro (+22,7%), die Importe 3.235,022 Millionen Euro (+8,8%).

Gabun
(Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali-Ben Bongo Ondimba	Paul Biyoghe Mba	Paul Toungui

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 10,736 Millionen Euro (-29,1%), die Importe 245.000 Euro (-54,9%).

Gambia
(Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Yahya A.J.J. Jammeh	Mamadou Tangara (seit 7. Juni)

ÖB: siehe Senegal; Banjul – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Für den Studienlehrgang am Institut für Tourismus und Hotelmanagement in Klessheim (ITH) erhielten 2009/2010 drei KandidatInnen aus Gambia Teilstipendien. Im Studienjahr 2010/11 wurden für den ITH-Studienlehrgang zwei StipendiatInnen aus Gambia ausgewählt

Die österreichischen Exporte betrugen 702.000 Euro (-15,7%), die Importe 0 Euro (-99,9%).

Georgien
(Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michail Saakaschwili	Nikoloz Gilauri	Grigol Waschadse

Wien – **ÖB**; Tbilisi – **HK, Büro Polizeiattaché**; **Österreich-Bibliothek; AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Präsident Michail Saakaschwili, Premierminister Nikoloz Gilauri, Außenminister Grigol Waschadse und dem ehemaligen Präsidenten Eduard Schewardnadse (24. und 25. Juni); Politischer Direktor im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Treffen mit Außenminister Waschadse (14. Oktober); Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Martin Eichtinger, Treffen mit Kulturminister Nikolos Rurua, Vizebildungsminister Nodar Surguladze und Vizeaußenminister David Jalagania (27. und 28. Oktober).

Besuche in Österreich: Innenminister Vano Merabishvili, Unterzeichnung eines Polizeikooperationsabkommens mit Bundesministerin Maria Fekter (22. Februar); Vizepremierminister Georgi Baramidze, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Sektionschef im Bundeskanzleramt Harald Dossi sowie Zweitem Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer (22. und 23. Juli), Außenminister Grigol Waschadse, Teilnahme am Trilog (Salzburg, 20.–22. August).

Österreich nimmt an der Monitoring Mission der Europäischen Union in Georgien (EUMM Georgien) mit drei Polizeibeamten, einer zivilen Expertin und drei Bundesheerangehörigen teil.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 96.000 Euro erbracht.

Beim vierwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatInnen aus Südkaukasien, Süd- und Südosteuropa an der DA waren vier TeilnehmerInnen aus Georgien vertreten (8. November bis 3. Dezember).

Die WKÖ veranstaltete eine Wirtschaftsmission (Juni).

Die Österreich Bibliothek an der Staatlichen Ilia-Universität Tbilisi feierte mit einer Festveranstaltung (10.–12. Mai) ihr 10jähriges Jubiläum. Anlässlich des Besuches von Bundesminister Michael Spindelegger (24. und 25. Juni) wurde die Ausstellung „Josef Hoffmann und die Wiener Werkstätte" sowie der Film „Die Fälscher" gezeigt. Unter der Leitung von Catrin Bolt fand ein Symposium zum Thema Skulpturen statt (24. September – 4. Oktober). Die Österreich Bibliothek veranstaltete im Rahmen des Nationalfeiertages Österreichtage (25. und 26. Oktober) und zeigte den Film „Gustav Klimt". Botschafter i.R. Alfred Missong hielt Vorträge (November).

Die österreichischen Exporte betrugen 42,008 Millionen Euro (+19,5%), die Importe 11,437 Millionen Euro (+64,5%).

Ghana
(Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
John Evans Atta Mills	Muhammad Mumuni

ÖB, AHSt: siehe Nigeria, Accra – **HK**

Besuche in Ghana: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, offizieller Besuch, Treffen mit Staatspräsident John Evans Atta Mills, Außenminister Muhammad Mumuni, Parlamentspräsidentin Joyce Bamford-Addo sowie Umweltministerin Shirley Ayitey (22. bis 24. Mai).

Die österreichischen Exporte betrugen17,136 Millionen Euro (+58,9%), die Importe 11,357 Millionen Euro (-24,9%).

Grenada
(Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Tillman Thomas (seit 21.November)	Carl Hood

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Carlyle Arnold Glean

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Saint George's – **HK**

Vom 24. November bis 5. Dezember leitete in Saint George's die österreichische Gesangspädagogin Elisabeth Wolfbauer einen Gesangsworkshop. Als Abschluss fand auf Einladung der SEALES-Musikschule und des HK Saint George's ein musikalischer Österreich-Abend statt.

Die Ausbildung von Tourismusfachkräften wurde durch die ADA unterstützt.

Die österreichischen Exporte betrugen 61.000 Euro (-58,1%), die Importe 563.000 Euro (+16,3%).

Griechenland
(Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Karolos Papoulias	Giorgos Papandreou (seit 7. September)	Dimitris Droutsas

Athen – **ÖB, HK, AHSt, ÖAI;** Heraklion, Hermoupolis/Syros, Patras, Rhodos, Thessaloniki – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Premierminister und Außenminister Giorgos Papandreou sowie dem stellvertretenden Außenminister Dimitris Droutsas (21. und 22. Februar); Leiter der Sektion für Integrations- und Wirtschaftspolitische Angelegenheiten Botschafter Walter Grahammer, Arbeitsbesuch (4. und 5. März); Präsident der Österreichischen Ärztekammer Walter Dorner, Gespräche mit dem griechischen Ärztekammerpräsidenten Emmanuel Kalokerinos (16.–19. September); Generalsekretär des Österreichischen Olympischen Komitees Peter Mennel, Teilnahme am Kongress der Association of International Marathons and Distance Races (AIMS) (29. und 30.Oktober).

Besuche in Österreich: Stellvertretender Außenminister Dimitris Droutsas, Teilnahme an hochrangigem Expertenseminar zum Westbalkan (12. Mai); Premierminister Giorgios Papandreou, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann sowie Teilnahme am „Spring Membership Meeting" des Institute of International Finance (10. und 11. Juni); stellvertretender Außenminister Dimitris Droutsas, Teilnahme am „Salzburger Trilog" (Salzburg, 20. und 21. August); Generalstabschef General Ioannis Giagkos, Treffen mit Generalstabschef General Edmund Entacher (Wien und Zeltweg, 26.–28. September).

Österreichische Ensembles und InterpretInnen aus den Bereichen Klassik und Jazz standen wieder im Mittelpunkt zahlreicher musikalischer Veranstaltungen: Haydn Trio Eisenstadt (Athen, 30. Jänner); Harald Ossberger und Christos Marantos (Klavier) (Athen, Volos, Kifissia, Februar); Trio Tritonous (Komotini, Februar); Robert Bachner Jazz-Quartett (Athen, Syros, Mai); HDV-Trio (Athen, 26. Mai); Christian Haimel (Gitarre) (Syros, Juli); Mozart-Quartett Salzburg gemeinsam mit dem Klarinettisten Dionysis Grammenos (Heraklion, Rethymnon, Santorini (Oia), Naxos, Juli); Duo Gereon Kleiner (Klavier)/Milan Vrsajkov (Cello) (Kalymnos, Symi, Nissyros, August); Trio Echos (Santorini, 5. September); Christos Marantos (Klavier) (Naxos, 1. August); Erich Schagerl (Violine) und Christos Marantos (Klavier) (Athen, 18. November); Elke Eckerstorfer (Orgel) und Peter Weitzer (Trompete) (Athen, 20. November); Schönbrunn Orchester Wien (Athen, Dezember). Im Rahmen von Vollmondfestivals, die gleichzeitig an drei archäologischen Stätten im Raum Korinth am 26. Juli und 24. August stattfanden, traten das Attersee-Trio (Alt-Korinth), die Wiener Strauss-Company (Alt-Nemea) und Netnakisum (Sikyon) bzw. die European Chamber Players (Alt-Korinth), Saitsiing (Alt-Nemea) und das Doremis Ensemble (Sikyon) auf. Darüber hinaus fanden in Athen Konzerte der Wiener Philharmoniker unter Ricardo Muti (22. Juni) und der Wiener Symphoniker unter Georges Prêtre (23. und 24. November) sowie der Wiener Sängerknaben (22. Dezember) statt.

Im Bereich anderer Musikformen (insbesondere Pop und Experimentalmusik) traten folgende KünstlerInnen auf: Dorian Concept (Athen, 12. Februar); Christian Fennesz (Athen, 19. Februar); Paper Bird und Sir Tralala (Athen, 14. Mai), Dust Covered Carpet (Agrinio, Athen, Ioannina, Mai) sowie Liger (Athen, 15. Mai).

Einige griechische Filmfestivals widmeten dem österreichischen Filmschaffen spezifische Schwerpunkte: Das 12. Dokumentarfilmfestival in Thessaloniki zeigte drei österreichische Filme bzw. Ko-Produktionen („The Five Cardinal Points", „Winds of Sand, Women of Rock" bzw. „Nairobi Love Story") (120-21. März); beim Kurzfilmfestival in Drama wurde der Film „Catafalque" von Christoph Rainer präsentiert (20.–25. September); das Experimentalfilmfestival Thessaloniki gab eine Hommage an den Regisseur und Kameramann Martin Putz, bei dem in Anwesenheit des Künstlers einige seiner Filme gezeigt wurden (3.–12. Dezember).

In der Ausstellung „Austria la vista, baby" der Athener Galerie The Art Foundation wurden Werke von neun jungen österreichischen KünstlerInnen gezeigt (11. Mai bis 13. Juni). Arbeiten des Fotokünstlers H.H. Capor wurden bei der Kunstmesse Art Athina (Athen, 13.–16. Mai) präsentiert. Oliver Ressler hielt im griechischen Nationalmuseum für zeitgenössische Kunst einen Vortrag über seine Werke (Athen, 2. Dezember). Im Bereich der darstellenden Kunst gab es unter anderem sieben Vorstellungen des Salzburger Marionettentheaters („Sound of Music" und „Nussknacker") (Athen, 5.–9. März); die Editta Braun Company trat mit dem Tanzstück „Abseits" auf (Serres, 21. März); Martin Scharnhorst inszenierte den dramatisch-poetischen Monolog „Wenn der Fremde kommt" (Athen, 14.–16. Mai) und das „Karin Schäfer Figuren Theater" trat beim „International Puppet & Mime Festival" mit seiner Produktion „Bilder einer Ausstellung" auf

(Kilkis, 20-4. Oktober); weiters wurde „The Infernal Comedy" über das Leben von Jack Unterweger aufgeführt (Athen, 25. und 26. Mai).

Universitätsprofessor Wolfgang Schmale (Institut für Geschichte der Universität Wien) hielt einen Vortrag zum Thema „The Construction of Masculinity and the National" (Athen, 28. Jänner); unter Beteiligung mehrerer österreichischer WissenschafterInnen fand die Internationale Tagung „Das Ursprüngliche – Zwischen Philosophie und Pschoanalyse" statt (Thessaloniki, 220-24. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 513,912 Millionen Euro (-11,8%), die Importe 136,080 Millionen Euro (+1,7%).

Großbritannien
(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	David Cameron	William Hague

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** Birmingham, Cayman Islands, Edinburgh – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Teilnahme an der Afghanistan Konferenz (London, 27. und 28. Jänner); Gouverneur der OeNB Ewald Nowotny, Vortrag an der EBRD (6.–9. Februar); Abgeordnete zum Nationalrat Marianne Hagenhofer und Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, IPU-Seminar über Menschenhandel (22. und 23. Februar); Forchtensteiner Kreis, Treffen mit Europaminister David Lidington (16.–19. September); Generalsekretär der ÖVP Fritz Kaltenegger, Parteitag der Konservativen (Birmingham, 5. und 6. Oktober); Volksanwalt Peter Kostelka, 10. Treffen des ICC – International Coordinating Committee of National Human Rights Institutions (Edinburgh, 6.–9. Oktober); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister William Hague, Schatten-Außenministerin Yvette Cooper sowie mit britischen Parlamentsabgeordneten, Vortrag zum Balkan im Think Tank International Institute for Strategic Studies (11. November); Abgeordnete zum Nationalrat Silvia Fuhrmann, Teilnahme an der IPU-Konferenz „Youth Participation in Politics" (London, 7.–9. Dezember); Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Treffen mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Lady Catherine Ashton (11. und 12. Dezember).

Besuche in Österreich: Energiestaatssekretär Charles Hendry, Treffen mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner sowie Teilnahme an der IAEO-Konferenz (21. September); Justizminister Kenneth Clarke, Treffen mit Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner sowie Besuch der neuen Internationalen Anti-Korruptions-Akademie (Wien/Laxenburg, 27. September).

Im Vordergrund der Ausstellungsprojekte in den Räumlichkeiten des KF London stand die Fotografie, der insgesamt drei Projekte gewidmet waren: Wolf Suschitzky und Gerti Deutsch, die beide Österreich in den 1930er-Jahren verlassen mussten, sowie die vom Museum der Moderne in Salzburg kuratierte Ausstellung „Brave New World", die jüngere österreichische Fotografen, wie etwa Dorothee Golz, Hubert Blanz, Iris Klein, Helmut Grill, Birgit Jürgenssen und Anita Witek, vorstellte.

Im Rahmen der „Visual Arts Platform" präsentierte das KF London die aufstrebenden österreichischen Künstlerinnen Deniz Sözen („Be Longing"), Elke Auer & Esther Straganz („Lick Our Souls: Blended Bodies and Golden Loopholes") und Markus Proschek („Repetition Compulsion"). In Kooperation mit der „Plattform für junge Kunst" in Wien waren Arbeiten von Thomas Gänszler und Elisabeth Wedenig zu sehen. Werke einer langen Reihe weiterer österreichischer Künstler wurden in Galerien und Museen im ganzen Land gezeigt, darunter Franz West, Otto Mühl, Markus Schinwald und Rainer Ganahl, sowie Otto Zitko, Gerlinde Miesenböck, Roman Kirschner, Isa Roseneder, Gernot Wieland, Gebhard Sengmüller und Clemens Stecher.

Im Rahmen des vom British Council organisierten „International Showcase" beim London Festival of Architecture beteiligte sich das KF mit dem Projekt „Field Trip". Fünf junge ArchitektInnen

und KünstlerInnen wurden mit spezifischen Aufgaben nach Graz, Wien, Bregenz und Linz geschickt; die vor Ort gesammelten Erkenntnisse bildeten den Inhalt der Ausstellung in London.

Auf Londoner Bühnen waren einige Stücke österreichischer Autoren zu sehen: Arthur Schnitzlers „Sweet Nothings" in einer Koproduktion der Wiener Festwochen mit dem Young Vic; Martin Crimps englische Übertragung der „Krankheit der Jugend" von Ferdinand Bruckner im National Theatre; „Heldenplatz" von Thomas Bernhard in einer Produktion des Arcola Theatre sowie eine szenische Lesung der englischen Version von „schlafengehn" von Gerhild Steinbuch im selben Theter.

Literatur aus Österreich war ebenfalls gut vertreten: In der „European Literature Night" in der British Library las Julya Rabinowich aus ihrem Roman „Spaltkopf"; Lydia Mischkulnig war Writer-in-Residence am Ingeborg Bachmann Center der University of London und las am KF; Gabriele Petricek nahm an einem Übersetzerworkshop am British Centre for Literary Translation in Wales teil; Clemens Setz nahm am Literaturfestival in Hay-on-Wye teil; Rosa Pock präsentierte am KF einen Querschnitt aus ihrem Oeuvre.

Hinzu kamen Buchpräsentationen von bzw. über Stefan Zweig, Mela Hartwig, Jean Améry und Arthur Schnitzler sowie die erstmalige Präsentation des von Traute Molik-Riemer ins Leben gerufenen Projektes „Tagebuchtag" außerhalb Österreichs. Dabei wurden „Ruth Maier's Diary", die bewegenden Aufzeichnungen eines nach Norwegen geflüchteten jüdischen Mädchens, das 1942 im KZ Auschwitz umkam, sowie Kurt Schuschniggs „Austrian Requiem" vorgestellt.

Im Tanzbereich seien vor allem zwei Projekte erwähnt: "Exile", eine Kooperation der nordirischen Compagnie Dance United NI mit Tanz die Toleranz (Ö) und ResiDance (D), sowie „Move About", eine Workshop-Reihe im Gedenken an die bahnbrechende Ausdruckstänzerin und Tanzpädagogin Hilde Holger.

Zum Mahler-Jahr gestaltete das KF London eine Vortragsreihe mit Musik, die die vielschichtigen Beziehungen zwischen Gustav Mahler, seiner Frau Alma und den Komponisten und Musikern, die von 1890–1911 zu seinem inneren Zirkel gehörten, beleuchtete. „Soundings", die Plattform für Neue Musik am KF London, lud die sechs teilnehmenden Komponisten ein, ein von Gustav Mahler inspiriertes Werk zu komponieren. In Kooperation mit dem Italienischen Kulturinstitut wurden Gedichte der italienischen Lyrikerin Antonia Pozzi in der Vertonung der österreichischen Komponistin Johanna Doderer präsentiert. Die New Artists Series des KF London schließlich stellte Catalina Butcaru (Klavier), Sebastian Bru (Cello), Stefan Stroissnig (Klavier) und Christoph Urbanetz (Viola da Gamba) vor.

Das KF London startete „Sound Park Austria", eine neue Initiative zur Präsentation von Musikgenres außerhalb der klassischen Tradition, in deren Rahmen österreichische und britische Musiker gemeinsam auftreten. Kuratiert von einem in London lebenden österreichischen Musiker widmeten sich die ersten vier Konzerte den Genres Jazz, Neue Musik, Pop und Weltmusik.

Im renommierten Institute for Contemporary Arts in London und in der Foundation for Art and Creative Technology in Liverpool präsentierte das KF London „film ist." des österreichischen Experimentalfilmers **Gustav Deutsch, während im Cineclub des KF u.a. die Spielfilme „Der Räu**ber" von Benjamin Heisenberg, „Für einen Augenblick Freiheit" von Arash T. Riahi und „Das weiße Band" von Michael Haneke sowie die Dokumentarfilme „Gurbet-In der Fremde" von Kenan Kiliç und „Kick Off" von Hüseyin Tabak gezeigt wurden.

Im Rahmen seiner Mitgliedschaften bei EUNIC (European National Institutes of Culture) und ERCG (Exhibition Road Cultural Group) beteiligte sich das KF London am Filmfestival „Screen Green" (mit „Plastic Planet" von Werner Boote) und dem Exhibition Road Music Day (mit Adrian Gaspar's Gypsy Jazz).

Die rund 230 österreichischen Tochter- und Konzernunternehmen hatten per Ende 2008 im Vereinigten Königreich insgesamt 3,5 Mrd. Euro investiert und beschäftigten über 17.000 Personen. Die britischen Investitionen in Österreich beliefen sich zum gleichen Zeitpunkt auf 2,8 Mrd. Euro mit 10.000 Beschäftigten.

Die österreichischen Exporte betrugen 3.304,221 Millionen Euro (+15,1%), die Importe 1.729,470 Millionen Euro (+7,7%).

Guatemala
(Republik Guatemala), Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Álvaro Colom	Haroldo Rodas

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Guatemala-Stadt – **HGK**, **Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 543.000 Euro erbracht.

Lilian Faschinger kam zu einer Lesung an die Österreichische Schule Guatemala (7. Mai).

Die österreichischen Exporte betrugen 10,645 Millionen Euro (+0,8%), die Importe 4,503 Millionen Euro (+37,6%).

Guinea
(Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alpha Condé	Mohamed Said Fofana	Edouard Gnakoye Lamah
(seit 21. Dezember)	(seit 27. Dezember)	(seit 27. Dezember)

ÖB: siehe Senegal; Conakry – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Eine Veranstaltungsreihe der westafrikanischen Menschenrechtsorganisation „Rencontre Africaine pour la Défense des Droits de l'Homme" (Raddho) zur Wahlsensibilisierung vor der Stichwahl der Präsidentenwahlen wurde von der Botschaft finanziell unterstützt.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,463 Millionen Euro (-90,3%), die Importe 260.000 Euro (+47,6%).

Guinea-Bissau
(Republik Guinea-Bissau), Bissau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Malam Bacai Sanha	Carlos Gomes Jr.	Adelino Mano Queta

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betrugen 64.000 Euro (-94,7%), die Importe 2.000 Euro (-55,9%).

Guyana
(Kooperative Republik Guyana), Georgetown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Bharrat Jagdeo	Samuel Archibald Hinds	Carolyn Rodrigues-Birkett

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Georgetown – **HK**

Die Ausbildung von Tourismusfachkräften wurde durch die ADA unterstützt.

Die österreichischen Exporte betrugen 238.000 Euro (+2,4%), die Importe 337.000 Euro (+174,6%).

Haiti
(Republik Haiti), Port-au-Prince

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
René Préval	Jean-Max Bellerive	Marie-Michèle Rey

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Nach dem schweren Erdbeben hat Österreich aus öffentlichen Mitteln (Bund, Länder, Gemeinden) rund 7 Mio. € für die Haiti-Hilfe aufgewendet. Auch für die Linderung der Auswirkungen der Cholera-Epidemie und des Tropensturmes wurde Hilfe geleistet.

Aus dem Fonds für kleine Botschaftsprojekte unterstützte die Botschaft Projekte mit „Groupe Haïtien d'Etudes du Sarcome de Kaposi et des Infections Opportunistes".

Die österreichischen Exporte betrugen 1,828 Millionen Euro (-20,7%), die Importe 35.000 Euro (-5,2%).

Honduras
(Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Porfirio Lobo	Mario Canahuati
(seit 27. Jänner)	(seit 27. Jänner)

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 3,068 Millionen Euro (+16,7%), die Importe 7,114 Millionen Euro (+57,8%).

Indien
(Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pratibha Devisingh Patil	Manmohan Singh	S.M. Krishna

New Delhi – **ÖB, AHSt, ÖW;** Mumbai – **HGK, Marketingbüro;** Chennai – **HK, Marketingbüro;** Kalkutta, Goa – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizekanzler Josef Pröll und Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftsmission (New Delhi, Mumbai, Bangalore, 17.–20. Februar); Rechnungshofpräsident Josef Moser, Teilnahme als INTOSAI-Präsident an der Konferenz der Rechnungskontrollbehörden der SAARC-Mitgliedsländer (16. März).

Am 13. September wurde in Wien ein Ressortübereinkommen zwischen dem BMLFUW und dem indischen Landwirtschaftsministerium unterzeichnet. Im Dezember wurden Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen aufgenommen.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von 25.000 erbracht.

Das Österreichische Kulturforum New Delhi präsentierte zahlreiche österreichische Künstler in den Bereichen Musik, Literatur, Bildende Kunst sowie Film. So gaben Joji Hattori mit dem Wiener Kammerorchester im Frühjahr, sowie das Streicher-Ensemble „Acies Quartett" im Herbst Konzerte westlicher klassischer Musik in Delhi, Mumbai, Kolkata, Chennai und Goa. Weiters traten das Weltmusik-Quartett AMRIDAN, die Jazz-Formationen K3 und Harri Stojka and Band auf. Der Autor Peter Rosei besuchte im Rahmen einer Lesereise neben Delhi auch Pune und Hyderabad. Die bildenden Künstler Lisa Wolf-Telek und Werne Dornik waren mit Ausstellungen in Indien vertreten. Schließlich nahm das KF mit dem Beitrag „All the Queen's Men" von Stefan Ruzowitzky am 16. EU-Filmfestival teil. Auch der erfolgreiche „Mozart Choir of India" Kinderchor

setzte seine Arbeit als angesehene Ausbildungsstätte westlicher klassischer Musik fort. Im Dezember fand ein Chorkonzert bei der indischen Staatspräsidentin, Frau Pratibha Devisingh Patil statt.

Die Zusammenarbeit mit indischen Universitäten und Forschungseinrichtungen wurde verstärkt. Derzeit sind acht indische Universitäten Mitglieder im Eurasia-Pacific-Uninet. Es wurden mehrere Stipendien für Forschungsaufenthalte indischer und österreichischer UniversitätsprofessorInnen vergeben. Im Februar veranstaltete das KF in Kooperation mit dem Eurasia-Pacific-Uninet und der Universität Madras eine Konferenz inkl. Workshop zum Thema „Integrated Water Resource Management" unter Teilnahme von Experten der Universität für Bodenkultur Wien.

Es existieren derzeit 90 österreichisch-indische Joint Ventures in Indien. Mehr als 500 österreichische Firmen waren im bilateralen Handel mit Indien involviert. Im Rahmen der Internationalisierungsoffensive des BMWFJ in Zusammenarbeit mit der WKÖ wurde Indien als Zukunftsdestination für österreichische Direktinvestitionen und Exporte speziell in den Bereichen Maschinen- & Anlagenbau sowie Automotive präsentiert. Über die AHSt wurden folgende österreichische Gruppen- und Katalogausstellungen bei Fachmessen organisiert: 7th Everything about Water Expo 2010 (Jänner, Chennai), Tube India International 2010 (Februar, Mumbai) und Wire & Cable India 2010 (November, Mumbai). Auch wurde eine Wirtschaftsmission zum Thema Maschinen- & Anlagenbau und Infrastruktur nach Delhi und Mumbai organisiert. Im November fand in den Automotiv-Boomstädten Pune und Chennai ein Austria Showcase „Automotive" statt.

Die Exporte betrugen 654,876 Millionen Euro (+16,9%), die Importe 483,145 Millionen Euro (+9,9%).

Indonesien
(Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Susilo Bambang Yudhoyono

Außenminister
R. M. Marty Natalegawa

Jakarta – **ÖB, AHSt;** Bandung, Surabaya – **HK**

Eröffnung des Honorarkonsulats Bandung am 11. März.; Provisorische Inbetriebnahme des Honorarkonsulats in Surabaya am 24. November.

Besuche aus Österreich: Staatsbesuch von Bundespräsident Heinz Fischer und Frau Margit Fischer in Jakarta in Begleitung von Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Alois Stöger, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein und einer großen Wirtschaftsdelegation, Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung zum Dialog der Kulturen und Religionen im Beisein der Staatspräsidenten, Treffen von Bundesminister Mitterlehner mit koordinierendem Wirtschaftsminister Hatta Rajasa und Österreich-Indonesien-Wirtschaftsforum; Unterzeichnung diverser Absichtserklärungen von Firmen und eines Kooperationsabkommens zwischen der Universität für Bodenkultur und der Syiah Kuala Universität Aceh (9. und 10. November); Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofs Brigitte Bierlein, Treffen mit Verfassungsgerichtshofspräsident Mohammad Mahfud, Teilnahme an der 7. Konferenz der Verfassungsgerichtshöfe Asiens in Jakarta (120-15. Juli); ÖAD-Leiter Prof. Hubert Dürrstein, Treffen mit Bildungsminister Mohammad Nuh und Teilnahme an der „European Higher Education Fair" in Jakarta (6.–10. Oktober); Gunther Neumann, Vizepräsident des Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding, Teilnahme am 3. Bali Democracy Forum (9. und 10. Dezember).

Besuche in Österreich: Abordnung der Investitionsförderungsbehörde besuchte Oberösterreich (Clusterland) zu Studienzwecken (14.–17. April); Kommission V (Wohnbau) der indonesischen Abgeordnetenkammer, Studienreise nach Österreich (28. Juli bis 1. August); Vertreter des indonesischen Verfassungsgerichts, Besuch beim Verfassungsgerichtshof (3.–6. Oktober); indonesische Delegation für Vortragsreihe zum Dialog der Kulturen und Religionen in Wien und Salzburg (15.–18. November); Delegation des indonesischen Forschungsministeriums, Kontakte zur Inten-

sivierung der Forschungszusammenarbeit (Wien und Graz, Anfang Dezember); Besuch einer Delegation des indonesischen Ministeriums für benachteiligte Regionen auf Einladung eines Unternehmens in Linz (15. bis 18. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 18.000 Euro erbracht.

Österreich unterstützte über wissenschaftlich-universitäre Partnerschaften, insbesondere ASEA-Uninet, die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen in Österreich. Die Wirtschaftuniversität Wien und die Technische Universität Wien haben ein mehrwöchiges Sommerprogramm in Yogyakarta (Universitas Gadjah Mada, UGM) durchgeführt, die Fachhochschule Krems hat im Juni ein einwöchiges Seminar „Business Focus ASEAN" in Jakarta abgehalten.

Vom 22. bis 25. September fand ein Dialogsymposium zum Thema Enhancing Cooperation between Indonesia and Austria through the Promotion of Respect on Religious and Cultural Diversity an der Gadjah Mada Universität (Zentrum für religiöse und interkulturelle Studien) in Yogyakarta statt. Im November statteten drei indonesische Lektoren Wien und Salzburg im Kontext des laufenden bilateralen Dialogs der Kulturen und Religionen einen Besuch ab und hielten Vorträge.

Teilnahme von „HDV Trio" am Java Jazz Festival (5.–7. März); deutschsprachiger Filmabend mit „Bock for President" von Houchang und Tom-Dariusch Allahyari (26. Juni); Konzerte zeitgenössischer Musik des „Pierrot Lunaire Ensemble" im Rahmen des Jakarta Art Summit im Theater Salihara (22. und 23. Oktober); Neuauflage eines Buches in englischer und indonesischer Sprache „Austria & Indonesia" beim Nationalfeiertagsempfang; Teilnahme am „Europe on Screen" – EU Filmfestival in Jakarta und Banda Aceh mit dem Film „Cooking History" (5.–12. November)

Indonesien ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für österreichische Waren in Südostasien. Die wichtigsten Ausfuhrprodukte sind elektrische Ausrüstung, Maschinen, organische Chemikalien, Papier und Pappe.

Die österreichischen Exporte betrugen 149,750 Millionen Euro (-3,9%), die Importe 179,292 Millionen Euro (+9,0%).

Irak
(Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jalal Talabani	Nuri Al-Maliki	Hoshyar Zebari

ÖB: siehe Jordanien; Erbil – **AHSt** (eingeschränkter Betrieb)

Gespräche von Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Jalal Talabani am Rande der 65. VN-Generalversammlung (23. September).

Besuche aus Österreich: Wirtschaftsmission unter Leitung von WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz in die Region Kurdistan (19. Mai bis 4. Juni); Teilnahme der WKÖ und sieben Aussteller an der 6. Internationalen Handelsmesse in Erbil, Region Kurdistan (15.–19. Oktober).

Besuche in Österreich: Präsident der Region Kurdistan-Irak, Massoud Barzani, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer (30. Jänner).

Die österreichischen Exporte betrugen 103,451 Millionen Euro (+29,5%), die Importe 87,700 Millionen Euro (-79.7%).

Iran
(Islamische Republik Iran), Teheran

Oberster Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Mahmoud Ahmadinejad (seit 13. Dezember)	Ali Akbar Salehi

Teheran – **ÖB, KF, AHSt**

Besuche in Österreich: Präsident der iranischen Handelskammer Mohammad Nahavandian, Treffen mit WKÖ-Vizepräsident Richard Schenz (14. und 15. Jänner); Außenminister Manouchehr Mottaki, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger sowie Termine bei der IAEO (25. April).

Der Dialog der Kulturen ist Leitlinie für die Arbeit des Österreichischen Kulturforums Teheran, umgesetzt im Austausch von KünstlerInnen, WissenschafterInnen und KunstmanagerInnen sowie in der Vermittlung österreichischer Kultur, insbesondere im sprachlichen und musikalischen Bereich. Dialogveranstaltungen wurden zu Religionsfragen, Philosophie, zeitgenössischer Literatur, Komposition, Architektur, und Bildender Kunst organisiert. Der seit 15 Jahren bestehende österreichisch-iranische interreligiöse Dialog, ein Wahrzeichen der bilateralen Beziehungen, wurde wiederbelebt und dessen zweite Phase begonnen.

Rund 2.500 KursteilnehmerInnen in etwa 125 Kursen mit zwölf Niveaustufen in mehr als 10.000 Unterrichtseinheiten nahmen das Angebot zur Deutschausbildung am Kulturforum in Anspruch, welche durch eine eigene Bibliothek, der größten deutschsprachigen im Iran, ergänzt wird. Im Rahmen des ÖSD (Österreichisches Sprachdiplom Deutsch) wurden mehr als 300 internationale Sprachprüfungen abgenommen.

Das von Österreich geförderte und von österreichischen KünstlerInnen ausgebildete Austro-Iranian Symphony Orchestra (AISO) mit dem Austro-Iranian Choir (AIC) gab eine Reihe von öffentlichen Konzerten einschließlich Händels Messias und ein Sound of Vienna-Sinfoniekonzert zu Mozarts Geburtstag. Das Kulturforum ist auch Begegnungsort für junge iranische KünstlerInnen, die sich mit österreichischer Kultur befassen und Vokal- und Instrumental-Konzerte geben, einschließlich Klassik, Rock und Pop.

Musikdarbietungen, Lesungen und Ausstellungen österreichischer KünstlerInnen fanden sowohl im Kulturforum als auch an iranischen Veranstaltungsorten statt. Drei österreichische KünstlerInnen lebten im Rahmen des österreichischen Artist-in-Residence-Programms einige Zeit im Iran. Musik-Workshops und Meisterkurse am Kulturforum und an iranischen Musikinstitutionen ergänzten die Konzerte und fanden große Nachfrage.

An monatlichen Filmabenden wurden zeitgenössische österreichische Filme präsentiert. Von 220-27. Mai fand auf der Freiluftbühne der Botschaft eine europäische Filmwoche statt, bei der neben einem österreichischen Film auch Filme aus fünf weiteren europäischen Ländern gezeigt wurden.

Die österreichischen Exporte betrugen 345,295 (+6,2%), die Importe 315,982 Millionen Euro (+397,6%).

Irland
(Irland), Dublin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mary McAleese	Brian Cowen	Micheál Martin

Dublin – **ÖB, AHSt**

Besuche in Österreich: Außenminister Michèal Martin, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger (8. September).

Die kulturellen Aktivitäten mit Österreichbezug umfassten ein breites Spektrum an Lesungen, Konzerten, Filmpräsentationen und Ausstellungsbeteiligungen unter Mitwirkung von KünstlerInnen wie Thomas Baum, Lydia Mischkulnig und dem Duo Nota Bene. Anlässlich des Mahler-Gedenkjahres organisierte die Botschaft mehrere Konzerte sowie Lesungen in Dublin, Cork und Galway.

Im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit fand neben diversen Seminaren und Vorträgen die von der Österreichischen Nationalbank unterstützte jährliche Schrödinger Lecture am Trinity College Dublin statt: Gastredner war Renée Schroeder, Professorin für RNA-Biochemie am Department für Biochemie, Zentrum für Molekulare Biologie, Max F. Perutz Laboratories, Universität Wien. Weiters hielt Matthias Pfaffenbichler, Kurator am Kunsthistorischen Museum Wien, Hof- und Rüstkammer, die jährliche Austrian History Lecture an den Universitäten Galway, Cork, Maynooth und UCD Dublin.

Die österreichischen Exporte betrugen 196,849 Millionen Euro (-14,5%), die Importe 603,395 Millionen Euro (+14,4%).

Island
(Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Ólafur Ragnar Grímsson	Jóhanna Sigurðardóttir	Össur Skarphéðinsson

ÖB: siehe Dänemark; **AHSt:** Kopenhagen; Reykjavik – **HGK**

Österreich war beim Northern Wave International Film Festival in Grundarfjörður vom 5.–7. März mit „Walrus“ von Christoph Rainer vertreten.

Die österreichischen Exporte betrugen 10,729 Millionen Euro (-14,8%), die Importe 15,943 Millionen Euro (+88,1%).

Israel
(Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Shimon Peres	Benjamin Netanyahu	Avigdor Lieberman

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW**; Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräche mit Staatspräsident Shimon Peres, Premierminister Benjamin Netanyahu, Außenminister Avigdor Lieberman, Verteidigungsminister Ehud Barak und Oppositionsführerin Tzipi Livni (15.–18. Februar); Bundesrat Stefan Schennach mit einer Delegation des Ad-Hoc-Ausschusses zu Energie, Umwelt und Wasser der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung, Fact-Finding Mission in das Jordantal (31. Jänner); Bundesministerin Claudia Schmied, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräche mit Kulturministerin Limor Livnat, Bildungsminister Gideon Sa'ar, Sozialminister Itzhak Herzog und der Vorsitzenden der israelisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe MK Anastassia Michaeli (13.–17. März); Bürgermeister Michael Häupl, Verleihung des „Teddy-Kollek-Award“ in der Knesset (3. und 4. Mai); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräche mit Staatspräsident Shimon Peres, Finanzminister Yuval Steinitz, Gouverneur Stanley Fisher (Bank of Israel) und Minister Michael Eitan (Improvement of Government Services) (25.–27. Mai); Bundeskanzler Werner Faymann, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräche mit Staatspräsident Shimon Peres, Premierminister Benjamin Netanyahu, Außenminister Avigdor Lieberman, Sozialminister Itzhak Herzog und Oppositionsführerin Tzipi Livni (220-24. Juni); Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Teilnahme an der Generalversammlung der International Women's Commission (IWC) in Jericho sowie Treffen mit der Vorsitzenden der israelisch-österreichischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe MK Anastassia Michaeli (13.–17. Oktober);

Landeshauptmann Josef Pühringer, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding im Bereich Kultur zwischen Oberösterreich und Israel für die Jahre 2011–2015, Teilnahme an der ORF-Aktion „Friedenslicht" (21.–23. November); Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer, Teilnahme an einer Konferenz der Labor-Partei in Tel Aviv (24.–26. November); Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, mehrfache Teilnahme am Plenum der „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research" (ITF) (zuletzt 13.–16. Dezember).

Besuche in Österreich: Bildungsminister Gideon Sa'ar, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Claudia Schmied (17.–19. Oktober); State Comptroller Micha Lindenstrauss, offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräch mit Rechnungshofpräsident Josef Moser (17.–21. Oktober); Minister Michael Eitan (Improvement of Government Services), offizieller Arbeitsbesuch, Arbeitsgespräch mit Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll (11. und 12. November).

Der Einladung zum dritten „Red-White Clubbing" am 26. Mai in der Botschaftsresidenz, das diesmal ganz im Zeichen des 150. Geburtstags von Theodor Herzl stand, folgten über 400 junge Israelis mit österreichischen Wurzeln und Nahebeziehungen zu Österreich, die gemeinsam mit Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll feierten. Hintergrund dieser Initiative ist es, zur jungen Generation von Israelis unter Einbeziehung diverser Anknüpfungspunkte aus Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung in Österreich frischen Kontakt herzustellen („to re-connect").

Elf österreichische GedenkdienerInnen arbeiten in Israel, drei davon in Holocaust Gedenkeinrichtungen (zwei in den Archiven von Yad Vashem in Jerusalem und einer im „Ghetto Fighters' House Museum" in Akko) sowie zwei zur Unterstützung österreichischer Shoah-Überlebender in Altersheimen (einer im Anita Müller Cohen Elternheim in Ramat Chen und einer in Beer Sheva im Rahmen des Sozialdienstvorhabens in der Kfar Rafael-Remedial Community) und sechs im Österreichischen Hospiz zur Heiligen Familie in Jerusalem.

Die schon bisher vielfältige kulturelle Kooperation verzeichnete eine Intensivierung. Eine große Installation mit dem Titel „Ninth November Night" von Gottfried Helnwein am Platz vor der Israeli Opera in Tel Aviv sorgte gleich zu Jahresbeginn für mediales Aufsehen.

Die von der Abteilung Philatelie der Österreichischen Post AG gemeinsam mit der Israelischen Post durchgeführte Briefmarkenausstellung „Jüdische Persönlichkeiten auf österreichischen Briefmarken" präsentierte vom 8. Februar bis 15. Juni 45 Briefmarken im Eretz Museum in Tel Aviv. Die Ausgabe einer Briefmarke zu Ehren von Simon Wiesenthal in Israel und Österreich bildete den Abschluss dieser erfolgreichen Kooperation.

In der Zeit von 27. März bis 15. April besuchten mehr als 2000 Interessierte die Multimedia-Ausstellung des Vorarlberger Fotokünstlers Lukas Birk in Tel Aviv. Bei der 5. Internationalen Videokunst-Biennale von 23.–29. November in Tel Aviv war Österreich mit Constanze Ruhm vertreten.

Der Film „Der Räuber" von Benjamin Heisenberg und der von Jessica Hausner gedrehte Film „Lourdes" waren die Beiträge beim 26. Haifa International Film Festival, das von 23.–30. September veranstaltet wurde.

Den Reigen musikalischer Veranstaltungen mit österreichischen MusikerInnen in Israel eröffnete die oberösterreichische Popband Valina, die vom 20.–25. Jänner in Tel Aviv und Jerusalem gastierte. Das jährlich veranstaltete Eilat Kammermusikfestival in der Zeit von 17.–27. Februar bot MusikerInnen wie dem Geiger Julian Rachlin und NachwuchsmusikerInnen aus Österreich gleichermaßen Gelegenheit, ihre Talente unter Beweis zu stellen. Zum fünften Mal versammelte das „Sounding Jerusalem" Kammermusikfestival, das der Cellist Erich Oscar Hütter ins Leben gerufen hatte, von 27. Juni bis 11. Juli Musikerpersönlichkeiten aus Österreich und ausgewählte junge Künstler aus den Palästinensischen Autonomiegebieten und Israel in Jerusalem (Westteil und Altstadt), Nablus, Hebron, Ras Karkar, Qubeibeh, Abu Gosh, En Karem, Bethlehem und Jericho zu Konzerten und einem Percussions Workshop. In der Zeit von 19.–17. Oktober tourte die Salzburger Alternative Musicband „the merry poppins" erstmals durch Israel. Das Gitarrenduo Gunter Schneider und Barbara Romen konzertierte im Felicia Blumenthal Music Center in Tel Aviv mit einem zeitgenössischen Programm (24. Juni bis 3. Juli). In der Zeit von 6.–21. Dezember gastierte

der Komponist Clemens Gadenstätter auf Einladung des israelisch-österreichischen Ensembles Nikel in Jerusalem und Tel Aviv.

Im musikpädagogischen Bereich fand der Meisterkurs des Dirigenten Johannes Wildner im Rahmen des von 20. Juni bis 20. Juli veranstalteten Sommerkurses des „Young Israel Philharmonic Orchestra" statt.

Die beiden Schriftsteller Vladimir Vertlib und Doron Rabinovici lasen im Rahmen des am 21. und 22. März an der Haifa Universität veranstalteten Seminars zum Thema „Globalisierung und Multikulturalität" aus ihren Werken „Zwischenstationen" und „Am Morgen des zwölften Tages" sowie „Credo und Credit".

Straßentheater der Grazer Gruppe „Irrwisch" sorgte anlässlich des „14th Street Theater Festivals Bat Yam" vom 26.–28. September für Begeisterung bei den israelischen Zuschauern wie auch die Uraufführung von Markus Kupferblums Stück „Antwort auf einen ungeschriebenen Brief", die beim „Akko Fringe Theatre Festival 2010" vom 26. September bis 1. Oktober präsentiert wurde.

Am Zentrum für deutsche und österreichische Studien der Ben Gurion Universität im Negev ist die einzige in Israel tätige Österreich-Lektorin Julia Rammer im Einsatz. Mit der Berufung von Professor Israel Yuval zum neuen Inhaber des lange Zeit vakanten Teddy Kollek Lehrstuhls an der Hebräischen Universität in Jerusalem konnte eine wichtige Position in der wissenschaftlichen und universitären Kooperation zwischen Österreich und Israel neu besetzt werden. Daneben bietet das Österreich-Zentrum an der Hebräischen Universität Jerusalem mit der Österreich-Bibliothek auf dem Bloomfield Campus und der am Institut für Kunstgeschichte angesiedelte Kardinal König-Lehrstuhl wissenschaftliche Veranstaltungen und Forschungsvorhaben mit Österreich-Bezug an.

Dem Quantenphysiker Professor Anton Zeilinger wurde in der Knesset am 13. Mai gemeinsam mit John Clausen und Alain Aspect die höchste von Israel zu vergebende wissenschaftliche Auszeichnung in der Form der Verleihung des Wolf-Preises in der Kategorie Physik zuteil.

Die österreichischen Exporte betrugen 210,185 Millionen Euro (+3,3%), die Importe 173,301 Millionen Euro (+41,9%).

Italien
(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Giorgio Napolitano	Silvio Berlusconi	Franco Frattini

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, Zweigbüro AHSt;** Mailand – **GK, KF, AHSt, ÖW;** Padua – **AHSt;** Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Günther Platter und Landtagspräsident Herwig van Staa, Teilnahme an der Gedenkfeier zum 200. Todestag von Andreas Hofer (Mantua, 20. Februar); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 26. Februar); Bundesministerin a. D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Entgegennahme des „Premio Mediterraneo Diplomazia" (Neapel, 11.–14. April); **Präsident des Bundesrates Peter Mitterer**, Teilnahme an der XII. Konferenz der Europäischen Senate (15.–17. April); Generalstabschef General Edmund Entacher, Treffen mit Generalstabschef General Vincenzo Camporini (17.–19. Mai); Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll und Landeshauptman Günther Platter, Teilnahme am Begräbnis von Landeshauptmann a. D. Silvius Magnago (Bozen, 28. Mai); Politischer Direktor im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Gespräche mit dem Politischen Direktor des italienischen Außenministeriums, Botschafter Sandro De Bernardin (8. Juni); Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl, Landesrätinnen Verena Dunst und Michaela Resetar, Romaufenthalt anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Diözese Eisenstadt (18. August); Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesministerin Claudia Schmied, Staatssekretär Josef Ostermayer sowie die Stadträte Andreas Mailath-Pokorny und Rudolf Schikker, Teilnahme an der Eröffnung des Österreich-Pavillons bei der Biennale (Venedig, 27.–

29. August); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 24. September); Abgeordnete zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Johann Maier, Werner Neubauer, Karl Öllinger, Wolfgang Spadiut, Teilnahme an der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Palermo, 8.–11. Oktober); Vorsitzender des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderats Ernst Woller, Teilnahme am Wien-Ball in Vertretung des Bürgermeisters der Stadt Wien (16. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Giampiero Massolo (18. Oktober); Präsident des Bundesrates Martin Preineder, Teilnahme an der Konferenz der Landtagspräsidenten Österreichs (Bozen, 19. Oktober); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Vize-Finanzminister Giuseppe Vegas und Unterstaatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Alberto Giorgetti (28. und 29. Oktober); mehrere Besuche des Vorsitzenden des Südtirol Unterausschusses Abgeordneter zum Nationalrat Hermann Gahr in Südtirol.

Besuche in Österreich: Landeshauptmann Luis Durnwalder und SVP-Obmann Richard Theiner, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger und Landeshauptmann Günther Platter (Obergurgl, 2. Februar); Landeshauptmann Luis Durnwalder, Treffen mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler (Klagenfurt, 10. und 11. März); Unterstaatssekretär im Außenministerium Alfredo Mantica, Treffen mit Generalsekretar für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (22. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Giampiero Massolo, Treffen mit Generalsekretar für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (10. Mai); Staatspräsident Giorgio Napolitano, informelles Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (11. und 12. Dezember).

Von 9.–12. Februar fand in Wien die 21. Tagung der Gemischten Expertenkommission gemäß dem Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Titel statt. Die von der Gemischten Kommission beschlossenen Ergänzungen der Liste gleichgestellter Studien traten nach Durchführung des diplomatischen Notenwechsels am 1. November in Kraft. (BGBl III Nr 115/2010).

Vom 20.–22. April wurde in Klagenfurt die vierte Tagung der Ständigen Gemischten Österreichisch-ltalienischen Kommission für die Instandhaltung der Grenzzeichen sowie die Vermessung und Vermarkung der gemeinsamen Staatsgrenze abgehalten.

Am 19. November fand in Rom eine Sitzung der Zwischenstaatlichen Kommission zwischen Österreich und Italien zum Brenner Basistunnel statt.

Das KF Rom misst der Arbeit der AustauschlektorInnen große Bedeutung im Rahmen der Sprach- und Kulturvermittlung bei. Nach einer Gesetzesänderung 2008, mit der Italien die administrative Grundlage für deren Weiterbeschäftigung abgeschafft hat, konnten von den bis dahin sieben österreichischen Austauschlektoraten auch für das Studienjahr 2010/2011 sechs aufrecht erhalten werden: Triest, Neapel, Venedig, Roma Tre, Pisa und Florenz.

Die Sprachkurse des Österreich Instituts in Rom sind gut gebucht und erfreuen sich großer Beliebtheit. Im Schuljahr 2010/2011 wurden vom BMUKK 28 österreichische SprachassistentInnen an italienische Schulen vermittelt. Damit bleibt die Zahl der in Italien tätigen österreichischen SprachassistentInnen unverändert.

Das KF Rom beging das Gustav Mahler-Jahr 2010 mit einer Reihe von Veranstaltungen: einem Liederabend des Baritons Peter Edelmann (31. Jänner in der Accademia Filarmonica Romana), am Klavier von Manfred Schiebel begleitet einem Konzert des Geigers Gernot Winischhofer und des italienischen Pianisten Maurizio Barboro (20. April) sowie Auftritten des Trios Tris (11. Oktober) und des Violoncellisten Friedrich Kleinhapl, der vom deutschen Pianisten Andreas Woyke begleitet wurde (4. November).

Die musikalischen Initiativen umfassten weiters einen Liederabend von Peter Edelmann mit Musik verfemter KomponistInnen aus Anlass des Holocaustgedenktages (29. Jänner), Konzerte unter dem Motto „1989I2009: Aufbruch in ein neues Europa“ (2. Februar und 4. Februar in Prato), einen Auftritt des Jubal Trios Wien anlässlich der Skulpturenschau von Sabine Pleyel mit dem Titel „Pleyel&Pleyel“, bei dem Werke des in Italien gleichsam unbekannten Haydn-Schülers

Ignaz Joseph Pleyel – einem Vorfahren der Bildhauerin – zur Aufführung kamen (18. Mai), ein Konzert von Karlheinz Essl und Susanne Pumhösl im Rahmen des Festivals Intonazione – einer österreichischen Initiative (5. Juli auf Elba), ein Kammermusik-Konzert des Quartetts cedag (28. September), einen Auftritt des Jazz-Duos Adriane Muttenthaler und Ingrid Köttler (15. November), ein Solo-Konzert der in Moskau gebürtigen österreichischen Geigerin Elena Denisova (9. Dezember) sowie Auftritte der Ensembles Soap&Skin (11. April), Hotel Palindrone (14. Mai in Catania) und Netnakisum (18. Juni).

Im Rahmen der Ausstellungstätigkeit sind zu nennen: die Schau „Von Menschen und Göttern" mit Arbeiten der Bildhauerin Sabine Pleyel am KF (vom 12. Mai bis 28. September). Die Künstlerin war daneben auch mit einem Werk bei einer Ausstellung am Rande der internationalen Kunstmesse ROMA (26.–30. Mai in Rom) vertreten. Auf großes Publikumsinteresse stieß auch die Ausstellung „Lost in G 276" von Regina Antal und Karin Weinhandl am KF (vom 19. Oktober bis 4. Dezember). Zu den gezeigten Arbeiten waren sie anlässlich eines Studienaufenthaltes in der österreichischen KünstlerInnen-Residenz Paliano in der Nähe von Rom inspiriert worden. Die seit Anfang der 90er-Jahre bestehende österreichisch-italienische Künstlergruppe OSMOSI war eingeladen, in der Villa Basaglia in Livorno, einer Einrichtung für psychisch Kranke, an der Initiative PAC180 (Parco d'Arte Contemporanea) teilzunehmen und haben dort gemeinsam mit den PatientInnen Skulpturen, Videos und Installationen geschaffen. Die Werke, die am 2. Juli der Öffentlichkeit präsentiert wurden, verbleiben dauerhaft im Park der Villa. Gezeigt wurden auch Arbeiten des Malers Kurt Panzenberger (vom 15. Februar bis 31. März am KF) und Einzelausstellungen von Eduard Winklhofer (vom 8. Februar bis 10. April in Rom) und Helmut Schaberl (vom 25. Februar bis 20. März in Neapel) wurden unterstützt. Außerdem wurde eine von Peter Weiermair kuratierte Schau mit Arbeiten von Günter Brus, Maria Bussmann, Bruno Gironcoli, Franz Graf, Arnulf Rainer, Werner Reiterer, Erwin Wurm und Michael Ziegler unterstützt (vom 5. Oktober bis 10. Jänner 2011 in Rom).

Das KF unterstützte maßgeblich die Publikation in italienischer Sprache des Buches „Österreichisches Exil in Italien, 1938–1945" (Herausgeber: Klaus Voigt und Christina Köstner). Das Werk wurde am 12. Oktober gemeinsam mit der Fondazione Museo della Shoah Roma im KF der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Schwerpunkt zur österreichischen Literatur wurde fortgesetzt mit Lesungen von Robert Seethaler aus seinem Roman „Die weiteren Aussichten" (23. März am KF, 24. März an der Universität Roma Tre und 25. März in Florenz), von Otto Brusatti aus Gedichten von Giuseppe Ungaretti und Ingeborg Bachmann (12. Mai am KF), von Peter Paul Wiplinger aus seinem zweisprachigen Gedichtband „Lebenszeichen" (18. Oktober in Rom), von Linda Stift aus ihrem Roman „Stierhunger" (25. November) sowie von Linda Stift und Angelika Reitzer aus der neuen Anthologie „Alle Wege. 13 Romgeschichten", die Blicke junger österreichischer AutorInnen auf die Ewige Stadt vereint (30. November am KF und 1. Dezember an der Universität Roma Tre).

Im Bereich des Theaters sind zu nennen: eine Performance mit dem Titel „Fragile Show" der italienischen Theatergruppe Biancofango auf Basis des Romans „Der Untergeher" von Thomas Bernhard (9. Februar am KF) und eine Serie von Aufführungen von „Wild wuchern die Wörter in meinem Kopf – Ein Triptychon" von Josef Winkler (vom 28.–30. April in Neapel).

Als interdisziplinäres Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem BMUKK und der renommierten Accademia Filarmonica Romana eine Aufführung des preisgekrönten österreichischen Episodenfilms „Universalove" von Thomas Woschitz mit Livemusik der Indie-Rock-Band Naked Lunch umgesetzt (1. Oktober in Rom).

Folgende wissenschaftliche Projekte wurden realisiert oder unterstützt: international hochkarätig besetztes Symposium über die Literatur im Donauraum in Erinnerung an den Germanisten Wendelin Schmidt-Dengler (19. und 20. Mai) und Tagung „Ingeborg Bachmann – Paul Celan. Jeder spricht mit der Schuld von der Liebe" aus Anlass der Präsentation von „Herzzeit" in italienischer Sprache (15. und 16. Juni).

Der 150. Geburtstag Gustav Mahlers prägte das Programm des KF Mailand: Die Veranstaltungsreihe MILANO PER MAHLER, die in Zusammenarbeit mit renommierten Experten und Mailän-

der Kulturinstitutionen, u.a. der Scala, organisiert wurde, widmete dem Komponisten mehrere Vorträge mit musikalischer Begleitung, Buchpräsentationen, die Ausstellung „Gustav Mahler und Wien" am Theatermuseum der Scala und ein „öffentliches Interview" zwischen der Mahler-Enkelin Marina Mahler und dem künstlerischen Koordinator der Scala, Gastón Fournier-Facio, am Kulturforum. Das KF Mailand unterstützte darüber hinaus eine von der Österreich-Bibliothek in Udine veranstaltete Vortragsreihe zu Gustav Mahler.

Die Kooperation mit den Jazzfestivals im Veneto und in Triest wurde mit Konzerten von Célia Mara bzw. dem Ensemble Bauchklang fortgeführt. Das Radio String Quartet Vienna trat im Rahmen der Mailänder Concerti della domenica auf und Mnozil Brass im Rahmen des Internationalen Brassfestivals in Meran. Im Bereich der Elektronikmusik wurden Performances von Mia Zabelka (gemeinsam mit der Video-Künstlerin Tina Frank) und von Christian Fennesz im Spazio O' in Mailand unterstützt, und im Bereich Weltmusik trug das KF zu Konzerten der Ensembles Aufstrich (Mals), Netnakisum (Gompm-Alm, Südtirol) und Ajvar&Sterz (Bologna) bei.

Im Rahmen des Festivals Nuovo Cinema Europeo in Genua gewann der vom KF vorgeschlagene Film „Einen Augenblick Freiheit" von Arash T. Riahi den ersten Preis der Jury und den Publikumspreis. Ferner nahm die Diagonale-Direktorin Barbara Pichler auf Vermittlung des KF als Mitglied der Jury am Milano Film Festival teil.

Das KF unterstützte die Teilnahme des Wiener Architekturbüros feld72 am Mailänder Public Design Festival sowie jene der Tanzkompanie Liquid Loft und des Künstlerkollektivs Gelitin an der Ausstellung „Terre vulnerabili" im Hangar Bicocca, einem wieder eröffneten Zentrum für zeitgenössische Kunst im ehemaligen Mailänder Industrieviertel. Darüber hinaus konnte eine Teilnahme der Tanzkompanie DANS.KIAS am Mittelfest in Cividale del Friuli vermittelt werden.

Das KF fungierte als Ko-Veranstalter der Fotoausstellung „Die unbekannten Europäer" von Kurt Kaindl im Dokumentationszentrum Lusern im Trentino sowie der Fotoausstellung „Culture Matters", die das Weltkulturerbe in den Ländern des Westlichen Balkans in den Mittelpunkt stellt, im Rathaus in Bologna. Darüber hinaus wurde am Kulturforum eine Personale des Künstlers Eduard Winklhofer veranstaltet.

Im Bereich Literatur unterstützte das KF Lesungen von Semier Insayif beim Lyrikfestival in Genua sowie von Clemens Setz beim Literaturfest in Mantua. Präsentationen der neu erschienenen Übersetzungen der Ingeborg-Bachmann-Biografie von Hans Höller in Trient und Bologna, sowie des Kriminalromans „Zwischen zwei Nächten" von Edith Kneifl in Mailand seien als weitere Literaturprojekte erwähnt. Außerdem organisierte das KF an der Österreich-Bibliothek in Trient ein Treffen von GermanistInnen aus Norditalien mit dem Schwerpunkt österreichische Literatur.

Die Präsentation des Projektes „Audioweg Gusen" in Zusammenarbeit mit dem Verband der ehemaligen politischen Deportierten aus Sesto San Giovanni in NS-Lagern sowie die Vorstellung des Buches „Österreichisches Exil in Italien" thematisierten die Geschichte Österreichs während der NS-Zeit.

Sowohl export- als auch importseitig ist Italien zweitwichtigster Handelspartner Österreichs. Der Schwerpunkt des Handels liegt mit rund 80 – 85% der österreichischen Lieferungen eindeutig im Norden des Landes. Auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet sich dort. Die österreichischen Exporte nach Italien verteilen sich praktisch über alle Sektoren, wobei zu den wertmäßig bedeutendsten Exportgütern folgende Warengruppen zählen: Holz und Holzwaren, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte, Eisen und Stahl, elektrische Maschinen und Apparate, Fahrzeuge sowie Nahrungsmittel und Getränke.

Die österreichischen Exporte betrugen 8.546,805 Millionen Euro (+12,7%), die Importe 7.650,102 Millionen Euro (+15,4%).

Jamaika
(Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Orette Bruce Golding	Kenneth Baugh

vertreten durch:
Generalgouverneur
Patrick Linton Allen

ÖB: siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 50.000 Euro erbracht.

Österreich war beim Filmfestival der EU in Kingston mit dem Film „Karo und der Liebe Gott" von Danielle Proskar vertreten (6.–16. Mai).

Eine jamaikanische Stipendienempfängerin absolvierte einen Lehrgang an der Tourismusschule in Klessheim.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,356 Millionen Euro (-12,5%), die Importe 3,348 Millionen Euro (+40,6%).

Japan
(Japan), Tokio

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kaiser Akihito	Naoto Kan (seit 4. Juni)	Seiji Maehara (seit 17. September)

Tokio – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, Wien-Büro;** Osaka – **HGK;** Sapporo (Verlegung des HK nach Asahikawa in Vorbereitung), Nagoya (Wiedereröffnung in Vorbereitung), Hiroshima – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme an Konferenz über Biodiversität COP10 (Nagoya, 28. und 29. Oktober).

Besuche in Österreich: Umweltminister Sakihito Ozawa, Treffen mit Generalsekretär Reinhard Mang, BMLFUW (4. Mai).

In die Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen ist Bewegung gekommen. Ein erstes Expertentreffen fand im November in Österreich statt. Bezüglich einer baldigen Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens gibt es derzeit keine Anzeichen.

Für die mit rund 400 Auftritten von Ensembles und Solisten aus Österreich reiche Musikpräsenz können stellvertretend die traditionellen Japantourneen der Wiener Sängerknaben (29 April bis 20. Juni), der Wiener Symphoniker (25. Mai bis 2. Juni) und der Wiener Philharmoniker (1.–10. November) sowie das Tokio-Gastspiel des Concentus Musicus Wien unter Nikolaus Harnoncourt (24. Oktober bis 3. November) genannt werden.

Beste Aufnahme wurde in Tokio und Osaka den Musicals „Elisabeth" und „Mozart!" in von den Vereinigten Bühnen Wien übernommenen Inszenierungen zuteil, daneben stieß auch zeitgenössische elektronische Musik auf Interesse, wie etwa beim von SuperDeluxe, Tokio, veranstalteten „Festival TOKYO-WIEN_MODERN" (19. und 20. Mai).

Breites Publikumsinteresse verzeichneten die letzten Stationen der im Österreich-Japan Jahr 2009 in Tokio präsentierten Ausstellungen des Kunsthistorischen Museums („Schätze der Habsburger", Kyoto National Museum, 6. Jänner bis 14. März) und des Wien Museums („Klimt, Schiele and Viennese Art at the turn of the Century", Kitakyushu, 2. Jänner bis 28. Februar).

Besonderes vielfältig gestaltete sich die Präsentation zeitgenössischer Kunst: Die langjährigen künstlerischen Beziehungen zwischen Japan und Österreich im Bereich Video- und Medienkunst wurden im Museum of Contemporary Art Tokyo mit der Ausstellung „Cyber Arts Japan. Ars

Electronica – 30 years for Art and Media Technology“ (2. Februar bis 22. März) gewürdigt. Die vom BMUKK und dem Kulturforum unterstützte Ausstellung „PSYCHOANALYSIS – Gazes on Photo and Video Art from Austria“ war in der Tokyo Wonder Site (29. Mai bis 1. August) und im Contemporary Art Museum, Kumamoto (18. September bis 28. November) zu sehen, wo auch die im Tokyo Metropolitan Museum of Photography (15. Mai bis 19. Juli) präsentierte Ausstellung “Seiichi Furuya. Mémoires” des in Graz lebenden Camera Austria-Mitbegründers ihre zweite Station hatte. Bei der erstmals unter breitem Medieninteresse veranstalteten Aichi Triennale 2010 in Nagoya (21. August bis 31. Oktober) war Österreich u.a. durch Beiträge von Franz West und Gelatin vertreten.

Das Yebisu International Festival for Art and Alternative Visions 2010 (19.–28. Februar), an dem u.a. VALIE EXPORT teilnahm, setzte einen Programmschwerpunkt mit österreichischen Experimentalfilmen. Mit der Wiener Festwochen-Produktion „Riesenbutzbach. Eine Dauerkolonie“ von Christoph Marthaler und Anna Viebrock fand beim Festival/Tokyo erstmals ein Gastspiel der Wiener Festwochen außerhalb Europas statt (19.–21. November). Eine weitere Japan-Premiere war das nach Vorbild der jährlichen Open Air-Veranstaltungen am Wiener Rathausplatz organisierte „Vienna Music Film Festival in Tokyo“ (13.–15. August).

Im wissenschaftlichen Bereich sind die Teilnahme einer von Sonderbeauftragtem Professor Josef Höchtl geleiteten österreichischen Delegation am Science and Technology in Society (STS) Forum in Kyoto (3.–5. Oktober), und der von der Japan Science and Technology Agency und dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im National Institute of Informatics, Tokio, veranstaltete „Japan-Austria Joint Workshop on ICT“ (18. und 19. Oktober) hervorhebenswert. Zu Jahresende hielt das BMUKK im Kulturforum gemeinsam mit dem Japanischen Deutschlehrerverband die Landeskundeveranstaltung „Österreich-Tage in Japan“ (20.–22. Dezember) ab.

Zu den wichtigsten Exportgütern nach Japan zählen Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, aber auch Holz, Stahl, Eisen, chemische Erzeugnisse, Pharmazeutika und Schweinefleisch. Österreichischer Wein schaffte es zuletzt auf zweistellige Zuwächse. Bei den Importen aus Japan dominieren die Produkte der Gruppe Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Derzeit sind ca. 60 österreichische Firmen in Japan durch Repräsentanzen oder Niederlassungen tätig.

Die Exporte betrugen 1.023,543 Millionen Euro (+32,6%), die Importe 1.770,283 (+17,0%).

Jemen
(Republik Jemen), Sana’a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Ali Mohammed Mujawar	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana’a – **HK; AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Die österreichischen Exporte betrugen 16,095 Millionen Euro (-2,3%), die Importe 428.000 Euro (+112,9%).

Jordanien
(Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt:	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II bin Al-Hussein	Samir Rifai	Nasser Judeh

Amman – **ÖB**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Arbeitsbesuch (29. Mai bis 1. Juni); Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Herbert Anderl, in Begleitung einer Delegation, Arbeitsbesuch (20.–24. September); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Paraphierung eines bilateralen Abkommens über finanzielle Zusammenarbeit (11.–13. Dezember); Nahosttournee der

Absolventen des 18. Generalstabskurses, Besuch von Einrichtungen der jordanischen Sicherheitskräfte; Ad-Hoc-Ausschuss zur Energie, Umwelt und Wasser der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung unter Vorsitz von Bundesrat Stefan Schennach, Fact Finding Mission (29. Jänner bis 2. Februar); Exkursion von 48 Richtern und Staatsanwälten (25. Oktober bis 3. November).

Besuche in Österreich: Generaldirektor der jordanischen Zivilschutzbehörde Generalmajor Hamadneh, Arbeitsbesuch (31. Mai bis 4. Juni); Umweltminister Hazem Malhas, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (3. Februar).

Teilnahme einer vierköpfigen Schülerdelegation des BG/BRG/BORG Polgarstrasse, Wien 22, am 30. Arabischen Kinderkongress in Amman (11.–18. Juli).

Beim 22. EU-Filmfestival vom 25. September bis 2. Oktober in Amman wurde der Film „Lapis Lazuli" von Wolfgang Murnberger vorgeführt.

Im Rahmen der Feiern zum österreichischen Nationalfeiertag gastierte das Vindobona Schrammel Quartett am 29. Oktober in der jordanischen Hafenstadt Aqaba und am 30. Oktober in Amman.

Die österreichischen Exporte betrugen 56,866 Millionen Euro (+13,5%) die Importe 3,372 Millionen Euro (-45,5%).

Kambodscha
(Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Das Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Kambodscha befindet sich im Verhandlungsstadium.

Aus Mittel der OEZA werden die im Rahmen der UNIDO abgewickelten mehrjährigen Projekte „Rural Energy for Productive Uses" und „Market Access Support for Cambodia through the Strengthening of Capacities related to Meteorology, Testing and Conformity" in Kambodscha mitfinanziert.

An dem 2006 von den VN und Kambodscha eingerichteten Gerichtshof zur Verfolgung der durch die Roten Khmer begangenen Verbrechen ist die österreichische Richterin Claudia Fenz tätig. Österreich leistete einen finanziellen Beitrag für die Arbeit des Gerichtshofs.

Im Rahmen des Memorandum of Understanding zwischen Österreich und Thailand für das ASEA Uninet Thailand On Place Scholarship Programme können StudentInnen aus Kambodscha mit österreichischen Mitteln an Universitäten in Thailand studieren.

Die Exporte betrugen 1,327 Millionen Euro (+80,1%), die Importe 32,516 Millionen Euro (+9,8%).

Kamerun
(Republik Kamerun), Yaunde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Philémon Yang	Henry Eyebe Ayissi

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 18,318 Millionen Euro (+160,4%), die Importe 5,337 Millionen Euro (-10,1%).

Kanada
(Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
önigin Elisabeth II.	Stephen Harper	Lawrence Cannon

vertreten durch:
Generalgouverneur
David Johnston (seit 1. Oktober)

Ottawa – **ÖB;** Toronto – **HGK, AHSt;** Montréal – **HGK, AHSt;** Halifax, Vancouver – **HGK;** Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Gespräch Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Lawrence Cannon am Rande der VN-Generalversammlung am 25. September in New York.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos anlässlich der Olympischen Winterspiele, u.a. Treffen mit kanadischem Sportstaatssekretär Gary Lunn (Whistler/Vancouver, 11.–17. Februar); Bundesministerin Maria Fekter anlässlich der Olympischen Winterspiele (Whistler/Vancouver, 11.–14. Februar); Landeshauptmann Günther Platter anlässlich der Olympischen Winterspiele (Whistler/Vancouver, 11.–14. Februar); ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf anlässlich der Olympischen Winterspiele (Whistler/Vancouver, 11.–14. Februar); Nationalratsabgeordneter Hermann Krist anlässlich der Paralympischen Winterspiele (Whistler, 16.–21. März); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme an der Abschlussfeier der Paralympischen Winterspiele und an österreichischem Umwelttechnologieseminar sowie Arbeitsgespräch mit dem Staatssekretär für Klimafragen der Provinz British Columbia John Yap (Whistler, 21.–23. März); Friedrich Faulhammer, Generalsekretär des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, anlässlich Österreichischer Wissenschaftsgespräche (Vancouver, 18. September); Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Besuch, Gespräche mit Außenminister Lawrence Cannon, Parlamentspräsident Peter Milliken, Immigrationsminister Jason Kenney, Parlamentsabgeordenter und Immigrationssprecher der Liberalen Partei Justin Trudeau (27. und 28. Oktober); Othmar Karas, Mitglied des Europäischen Parlaments, anlässlich des Besuchs einer Delegation des Europäischen Parlaments in Kanada (Alberta, Edmonton, Ottawa, 31. Oktober bis 5. November); Nationalratsabgeordnete Petra Bayr, Nationalratsabgeordnete Sylvia Fuhrmann, Wiener Landtagsabgeordneter Peter Florianschütz, Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus, Teilnahme an Internationaler Parlamentarierkonferenz zur Bekämpfung von Antisemitismus (7.–9. November);

Besuche in Österreich: Associate Deputy Foreign Minister Gérald Cossette, Arbeitsgespräch mit Sektionsleiter Stefan Lehne (12. Februar); Gesundheitsministerin Leona Aglukkaq, Teilnahme an der Internationalen Aids-Konferenz in Wien und Treffen mit Bundesminister Alois Stöger (19. Juli).

Österreich war bei den Feierlichkeiten anlässlich der Olympischen Winterspiele sowie der Paralympischen Winterspiele in Whistler/Vancouver durch mehrere Mitglieder der Bundesregierung und weitere hochrangige Politiker vertreten. Die Olympischen Spiele waren für Österreich eine Gelegenheit, sich im Gastgeberland Kanada sowohl sportlich als auch kulturell zu präsentieren und die bilateralen Beziehungen zu intensivieren. Das während der Olympischen Spiele in Whistler betriebene Österreich-Haus war als Energiesparhaus auch ein Vorzeigeprojekt für österreichisches Know-how im Bereich der Umwelttechnologie und des innovativen Wohnbaus. Im Österreich-Haus fanden neben Präsentationen der Wirtschaftskammer Österreich, der Österreich-Werbung, der Österreichischen Post, des Landes Tirol, der Alpinen Ski-WM Schladming 2013 u.a. am 22. März auch ein hochrangiger Workshop über österreichische Umwelttechnologie statt. Zu den Gästen des Österreich-Hauses gehörten kanadische Politiker, darunter Vertreter der Provinz British Columbia und der Stadt Whistler, Vertreter kanadischer und österreichischer Wirtschaftsunternehmen sowie der Internationalen und Nationalen Olympischen und Paralympischen Komitees. Nach Beendigung der Olympischen Spiele wurde das Österreich-Haus am 20. März in Anwesenheit von Bundesminister Nikolaus Berlakovich der Gemeinde Whistler als Geschenk und bleibendes Erinnerungsstück übergeben. Ebenfalls am Rande der Olympischen

Spiele veranstaltete das Bundesland Tirol eine Werbeveranstaltung in North Vancouver, bei der auch ein Kooperationsabkommen zwischen dem Tiroler Skiverband und dem Skiverband von North Vancouver unterzeichnet wurde.

Die österreichische Sängerin Valerie Sajdik wurde als einzige europäische Musikerin zu den Olympischen Winterspielen nach Whistler eingeladen, wo sie am 14. Februar im Rahmen der sogenannten „Cultural Olympiad" mit ihrer Band ein Konzert im Zentrum von Whistler gab. Außerdem trat Valerie Sajdik am 17. Februar als einzige europäische Künstlerin beim Olympia-Galakonzert der Frankophonie in Vancouver auf.

Am 18. September fanden in Vancouver vom BMVIT und dem BMWF veranstaltete österreichische Wissenschaftsgespräche zum Thema Globalisierung von Wissenschaft und Technologie statt.

Neben einem Treffen mit seinem kanadischen Amtskollegen Lawrence Cannon benutzte Bundesminister Michael Spindelegger seinen offiziellen Besuch am 27. und 28. Oktober insbesondere auch dafür, um sich in Informationsgesprächen, darunter mit Immigrationsminister Jason Kenney und bei kanadischen Integrationseinrichtungen, einen Überblick über die Funktionsweise des kanadischen Immigrations- und Integrationssystems zu verschaffen. Bundesminister Michael Spindelegger und Außenminister Lawrence Cannon waren davor auch Mitte September am Rande der VN-Generalversammlung zusammengetroffen.

Der bewährte Einsatz österreichischer Gedenkdiener beim Holocaust-Museum und der Kleinmann-Stiftung in Montreal konnte um Einsatzstellen bei Organisationen in Toronto erweitert werden (Hillel Canada und Sarah and Chaim Neuberger Holocaust Education Centre).

Die österreichischen Exporte betrugen 745,675 Millionen Euro (+21,0%), die Importe 361,498 Millionen Euro (+12,7%).

Kap Verde
(Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pedro Verona Pires	José Maria Pereira Neves	José Brito

ÖB: siehe Portugal; **AHSt**: Portugal

Infolge der Graduierung von Kap Verde zu einem Land mittleren Einkommens wurde die bilaterale EZA beendet, das Koordinationsbüro der OEZA in Praia geschlossen und per 1. Juli die Zuständigkeit für Kap Verde von der ÖB Dakar an die ÖB Lissabon übertragen.

Besuche aus Österreich: Sektionsleiterin für Entwicklungszusammenarbeit im BMeiA Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl sowie VertreterInnen des BMF und der Österreichischen Kontrollbank, bilaterale Konsultationen mit kapverdischen Behörden (14.Mai).

Besuche in Österreich: Generaldirektor im Finanzministerium Sandro de Brito; Gespräche mit BMF, Österreichischer Entwicklungsbank und WKÖ (25. und 26. Jänner).

Am 8. Juli wurde ein Abkommen über finanzielle Kooperation (Soft Loan) und am 29. Oktober ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 3,171 Millionen Euro erbracht.

Mit Unterstützung der Botschaft wurde beim EU-Filmfestival in Praia „Die Fälscher" von Stephan Ruzowitzky gezeigt (Mai).

Die österreichischen Exporte betrugen 307.000 Euro (+5,6%), die Importe 1.000 Euro (-92,9%).

Kasachstan
(Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nursultan Nasarbajew	Karim Masimow	Kanat Saudabajew

Astana – **ÖB;** Almaty – **AHSt, Österreichbibliothek;**
Eröffnung der Österreichischen Außenhandelsstelle in Almaty (3. November).

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Gipfeltreffen der OSZE, offizieller Arbeitsbesuch, Gespräche mit Präsident Nursultan Nasarbajew und Premierminister Karim Masimow (30. November bis 3. Dezember); Bundesminister Michael Spindelegger, informelles Außenministertreffen der OSZE, Gespräch mit Außenminister Kanat Saudabajew, Höflichkeitsbesuch bei Metropolit Alexander von Astana und Kasachstan (Almaty, Ak Bulak, 16. und 17. Juli); Teilnahme einer österreichischen Parlamentarierdelegation unter der Leitung von Abgeordneten zum Nationalrat Anton Heinzl am Transasiatischen Parlamentarischen Forum der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Almaty, 14.–16. Mai); Altbundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Geburtstages von Präsident Nursultan Nasarbajew (6. Juli), Teilnahme an der 3. KazEnergy Konferenz (5. Oktober) und am Treffen der Foreign Advisors Group mit Premierminister Karim Masimow (6. Dezember); Sektionsleiterin im BMeiA Botschafterin Elisabeth Tichy- Fisslberger, bilaterale Konsularkonsultationen, Besuch des Central Asia Regional Information and Coordination Centre (CARICC) und des Hundetrainingszentrums des kasachischen Grenzschutzes (Astana, Almaty, 29. und 30. April); Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer, zweite Tagung der Gemischten Österreichisch-Kasachischen Wirtschaftskommission in Begleitung einer unter der Leitung des WKÖ-Vizepräsidenten Richard Schenz stehenden Wirtschaftsmission, Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Konstantin Zhigalow, dem ersten stellvertretenden Minister für Industrie und neue Technologien Albert Rau und dem stellvertretenden Bürgermeister von Almaty Jerbol Schormanow (Astana, Almaty, 3.–5. November); Besuch einer österreichischen Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Präsidenten der Österreichischen Industriellenvereinigung Veit Sorger, Gespräche mit Premierminister Karim Masimow, dem ersten stellvertretenden Minister für Industrie und neue Technologien Albert Rau, dem stellvertretenden Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel Kuandyk Bischimbajew, dem Bürgermeister von Astana Imangali Tasmaganbetow, dem Vorsitzenden der Nationalen Holding „Samruk-Kazyna" Kairat Kelimbetow und der stellvertretenden Präsidentin der Wirtschaftskammer „Ata Meken" Jekaterina Nikitinskaja (18.–20. Mai); Besuch einer österreichischen Firmendelegation unter der Leitung des Vorsitzenden des Fachverbandes für Maschinen & Metallwaren Berndt-Thomas Krafft, Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung mit dem kasachischen Verband für Maschinenbau (Astana, Pawlodar, Karaganda, 10.–15. Mai); Teilnahme von Vertretern des BMeiA an der im Rahmen des kasachischen OSZE-Vorsitzes abgehaltenen Toleranzkonferenz (29. und 30. Juni); Präsident von SOS Kinderdorf International Helmut Kutin, 15. Jahrestag der Gründung der Stiftung SOS Kinderdorf Kasachstan; Verleihung des Goldenen Ehrenrings von SOS Kinderdorf International an die Schirmherrin von SOS Kinderdorf Kasachstan, Präsidentengattin Sara Alpysowna Nasarbajewa (Almaty, 3. September).

Besuche in Österreich: Außenminister Kanat Saudabajew, Höflichkeitsbesuche bei Bundespräsident Heinz Fischer (13. Jänner, 15. November), Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger sowie in Begleitung des Ministers für Kultur und Information Kul-Muhammed Muhtar Abraruly zum feierlichen Auftakt des kasachischen OSZE-Vorsitzes (120-15. Jänner); kasachische Parlamentarierdelegation unter der Leitung von Senatspräsident Kasym Zhomart Tokajew zur 9. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Arbeitsgespräch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Vortrag an der Diplomatischen Akademie Wien zum Thema „Kazakhstan´s View on Global and Regional Issues" (17.–20. Februar); Minister für Bildung und Wissenschaft Zhanseit Tujmebajew zum 2. Bologna Policy Forum, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Beatrix Karl (11. und 12. März); Gesundheitsminister Zhaksylyk Doskalijew zur XVIII. Internationalen AIDS Konferenz, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Alois Stöger (17.–23. Juli); Stellvertretender Gesundheitsminister Bachyt Birtanow, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Alois Stöger (26. März); Arbeitsbesuch einer Delegation unter der Leitung des kasa-

chischen Ombudsmans Askar Schakirow bei Volksanwalt Peter Kostelka (28. und 29. Oktober); Teilnahme von vier Vertretern aus Kasachstan bei der Gründungskonferenz der Internationalen Antikorruptions-Agentur IACA (Wien und Laxenburg, 2. und 3. September).

Unterzeichnung des bilateralen Investitionsschutzabkommens (Wien, 12. Jänner); Unterzeichnung von drei Kooperationsvereinbarungen zwischen dem BMVIT und dem Ministerium für Verkehr und Kommunikation, dem Ministerium für Industrie und neue Technologien und dem Ministerium für Gesundheit der Republik Kasachstan (Astana, 3. Dezember);

Abhaltung von Verhandlungen über ein bilaterales Straßengüterverkehrsabkommen (Wien, 6. und 7. April).

Drei ÖsterreicherInnen sind an der Delegation der EU in Astana sowie in den OSZE-Zentren in Astana und Almaty tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von rund 27.000 Euro erbracht.

Fortsetzung des 2008 begonnenen, von der US-Botschaft in Astana finanzierten Ausbildungsprojektes für Drogensuchhunde im Rahmen von EU-BOMCA im Zentrum für Polizeidiensthundeführer in Bad Kreuzen, Teilnahme von fünf kasachischen Hospitanten an Fortbildungskursen (Bad Kreuzen, 28. August bis 4. November), Abhaltung von Seminaren und Workshops für kasachische Polizeidiensthundeführer mit österreichischer Beteiligung (Almaty, Taraz, 23. Mai bis 5. Juni und 16.–28. November); eine Vertreterin der Kasachischen Nationalen Al-Farabi Universität in Almaty zu dem vom NATO Defence College veranstalteten 18. Internationalen Forschungsseminar im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden zum Thema „Die Unteilbarkeit der euroatlantischen Sicherheit“ an der Diplomatischen Akademie Wien (4. und 5. Februar); zwei Teilnehmerinnen aus Kasachstan an der “Vienna International Christian-Islamic Summer University” (Stift Altenburg, 4.–24. Juli); eine Mitarbeiterin der Österreich-Bibliothek Almaty zu den Klosterneuburger Seminaren (Stift Klosterneuburg, 7.–18. Juni).

Konzert des Jazz-Trios Angelika Tröndle beim Jazz-Festival in Almaty (12. April). Wanderausstellungen „geteilt – geeint Europe in progress“ von Barbara Zeitler und Abbé Libanski (Almaty, 4.–15. August; Pawlodar, 9.–23. September) sowie „Bertha von Suttner“ (Astana, 20.–27. Oktober). Teilnahme am EU-Tag in Pawlodar mit einem eigenen Österreich-Stand (29. Mai). Präsentation des Buches „Gedenkbuch der kasachischen Kriegstoten 1941–1945“ von Peter Sixl (Astana, 8. Mai); Enthüllung einer kasachischen Gedenktafel im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen (14. Mai); Präsentation des Buches „Die Hoffnung will ich nicht verlieren“ des kasachischen Philosophen Nemat Kelimbetow in der Österreichischen Nationalbibliothek (4. Oktober).

Am 10. Oktober lancierte die Universität Salzburg gemeinsam mit 18 Partnerinstitutionen aus Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan das auf drei Jahre ausgerichtete und einem Budget von 900.000 Euro dotierte TEMPUS-Projekt „Geoinformatics: Managing Energy, Resources, Environment“. Vortrag des Direktors des Kasachischen Instituts für Strategische Studien unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan, Bolat Sultanow, an der Österreichischen Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall/Informationszentrum für Zentralasien und Südkaukasien (10. Mai).

Eine österreichische Praktikantin für Deutsch als Fremdsprache hielt Deutschkurse an der Kasachischen Staatlichen Ablai Khan Universität für Internationale Beziehungen und Weltsprachen (Almaty, Jänner und Februar).

Abhaltung von Spezialkursen für StudentInnen der Akademie für öffentliche Verwaltung unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan an der Diplomatischen Akademie Wien (21. Februar bis 14. März, 16. Mai bis 6. Juni).

Die Exporte betrugen 192,841 Millionen Euro (-2,9%), die Importe 873,397 Millionen Euro (-6,9%).

Katar
(Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Staassekretär Reinhold Lopatka und der Vizepräsident der WKÖ, Richard Schenz, beim katarischen Energie- und Industrieminister Abdullah Bin Hamad Al Attiyah (14. Februar).

Besuche in Österreich: Offizieller Besuch des katarischen Emirs Sheikh Hamad bin Khalifa Al-Thani und seiner Frau Sheikha Mozah bint Nasser Al-Missned in Wien (30. Dezember bis 1. Jänner 2011), zusammen mit dem katarischen Finanzminister Yousef Hussain Kamal, dem Minister des Amiri Diwan Sheikh Abdulrahman bin Saud Al-Thani, dem Staatsminister für Energie Mohammed Bin Saleh Al Sadah, dem Staatsminister für internationale Zusammenarbeit Khalid Bin Mohammed Al-Attiyah und Staatssekretär Saad Muhammad Al-Rumaihi; Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Staatsekretär Andreas Schieder; Teilnahme des Emirs und seiner Frau am Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker als Gäste von Bundespräsident Heinz Fischer und Frau Margit Fischer; Teilnahme an einer Firmenpräsentation in der WKÖ durch Präsident Christoph Leitl; Besuch der Medizinischen Universität Wien im AKH.

Am 30. Dezember wurde von Staatsekretär Andreas Schieder und dem katarischen Finanzminister Yousef Hussain Kamal ein Doppelbesteuerungsabkommen sowie von Botschafter Marian Wrba und Botschafter Abdulla Falah Abdulla Al-Dosari ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet.

Am 14. Februar fand in Doha ein von der Qatar Foundation unter Mitwirken der Botschaft veranstaltetes Festkonzert der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Lorin Maazel statt. Das Konzert, dem auch der katarische Emir und Sheikha Mozah sowie zahlreiche katarische RegierungsvertreterInnen beiwohnten, wurde im katarischen Fernsehen live übertragen. Auf Einladung des Emirs nahmen als österreichische Ehrengäste Staatsekretär Reinhold Lopatka und der Vizepräsident der WKÖ, Richard Schenz, am Konzert teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 71,970 Millionen Euro (-13,8%), die Importe 3,043 Millionen Euro (+103,1%).

Kenia
(Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Raila Odinga	George Saitoti (interimistisch seit 28. Oktober)

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Delegation des BMUKK anlässlich der Fünften Sitzung des UNESCO Komitees zum Schutz des immateriellen Kulturerbes (15.–19. November).

Besuche in Österreich: Minister für Justiz und Verfassungsfragen Mutula Kilonzo, Teilnahme an der Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (2. und 3. September); Minister für Höhere Bildung William Ruto, Teilnahme an der IAEO-Generalkonferenz (20.–24. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 45.000 Euro erbracht.

Am 6. März fand in Nairobi ein Ballettabend unter Beteiligung zweier Tänzer des Wiener Staatsopernballetts, sowie des Leiters des Vienna Festival Ballet, der eine Choreographie mit kenianischen und europäischen Tänzern erarbeitete, statt. Das jährliche EU-Filmfestival mit dem österreichischen Beitrag „Am anderen Ende der Brücke" von Hu Mei fand in der zweiten Maihälfte in Nairobi und in der ersten Junihälfte in Mombasa statt. Am 17. Juli gab die Formation „Windhunde im Monsunwind", bestehend aus den österreichischen Musikern Otto Lechner, Karl Ritter und Melissa Coleman, ein Jazz- und Improvisationskonzert im Goethe-Institut in Nairobi.

Die österreichischen Exporte betrugen 9,878 Millionen Euro (+42,5%), die Importe 3,913 Millionen Euro (+13,1%).

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Roza Otunbajewa	Almazbek Atambajew	Rustam Kasakbekow
(seit 3. Juli)	(seit 17. Dezember)	(seit 16. April)

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Kasachstan; Bischkek – **Österreich-Bibliothek**

Bilaterale Gespräche Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsidentin Roza Otunbajewa am Rande der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 22. September) und Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Rustam Kasakbekow beim informellen Außenministertreffen der OSZE (Ak Bulak, 17. Juli).

Besuche in Österreich: Teilnahme der kirgisischen Abgeordneten Ulugbek Ormonow und Roza Otunbajewa an der 9. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (18. und 19. Februar).

Österreich war beim Verfassungsreferendum am 27. Juni mit einem Langzeitbeobachter und bei den Parlamentswahlen am 10. Oktober mit einem Langzeitbeobachter, vier Kurzzeitbeobachtern sowie einem ODIHR-Sicherheitsbeamten vertreten.

Fünf Österreicher sind bei internationalen Organisationen und Projekten in Bischkek und Osch tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Eine Delegation von österreichischen UniversitätsprofessorInnen nahm an der 4. Zentralasiatischen Konferenz über Geoinformationssysteme zum Thema „GISCA 2010: Water: Life, Risk, Energy and Landuse" an der Kirgisischen Staatlichen Universität für Bauwesen, Transport und Architektur teil (Bischkek, 27. und 28. Mai). Mehrere KirgisInnen erhielten im Rahmen des Eurasia Pacific Uninet Stipendien zum Studium in Österreich.

Am 10. Oktober lancierte die Universität Salzburg gemeinsam mit 18 Partnerinstitutionen aus Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan das auf drei Jahre ausgerichtete TEMPUS-Projekt „Geoinformatics: Managing Energy, Resources, Environment".

Ein Praktikant für Deutsch als Fremdsprache hielt Deutschkurse an der Kirgisischen Staatlichen Arabajew-Universität (Bischkek, Februar bis Juli) und einen Sommerkurs für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen mit Schwerpunkt auf österreichischer Literatur und Landeskunde ebendort (21.–25. Juni).

Zwei Mitarbeiterinnen der Österreich-Bibliothek Bischkek nahmen an den Klosterneuburger Seminaren teil (Stift Klosterneuburg, 6.–17. September).

Die Exporte betrugen 8,150 Millionen Euro (+40,9%), die Importe 18.000 Euro (-61,8%).

Kiribati
(Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister
Anote Tong

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

Kolumbien
(Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Juan Manuel Santos Calderón
(seit 7. August)

Außenministerin
María Ángela Holguín Cuéllar
(seit 7. August)

Bogotá – **ÖB, AWO-Marketingbüro;** Barranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés – **HK; AHSt:** siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Grazer Finanzstadtrat Gerhard Rüsch und Geschäftsführer des Internationalisierungscenters Steiermark Karl-Heinz Dernoscheg, Wirtschaftsmission mit Beteiligung von 16 österreichischen Firmen; Gespräche in Medellín und Bogotá mit dem Gouverneur von Antioquia Luis Alfredo Ramos, dem geschäftsführenden Bürgermeister von Medellín Sebastían Alvarez, Vizeaußenministerin Clemencia Forrero, VertreterInnen von Ministerien, Kammern und der Privatwirtschaft (20-8. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 61.000 Euro erbracht.

Als Beitrag zur Feier der 200-jährigen Unabhängigkeit organisierte Österreich im Juni die erste große Erwin Wurm Ausstellung in Lateinamerika. Der Titel „Memory in an age of Globalisation – Perspektiven des Blicks von außen“ knüpfte am Leitmotiv der Feierlichkeiten „Memoria“ an. Zahlreiche führende Kulturschaffende und prominente Persönlichkeiten, wie die First Lady Lina Moreno-Uribe, besuchten die Ausstellung im Museum für Moderne Kunst in Bogotá.

Der Cellist Friedrich Kleinhapl und der Pianist Andreas Woyke gaben am 16. April im Rahmen der VI Temporada Internacional de Música Clásica in Medellín ein Konzert. Die Cellistin Magdalena Eichmeyer trat im Rahmen der Serie „Retratos de Compositores“ am 6. und 7. Mai in Bogotá auf. Anlässlich des 85-jährigen Geburtstags des bekannten österreichischen Professors für Fagott Siegfried Miklin fand am 22. Mai ein internationales Fagottfestival in Bogotá statt. Am 26. September trat der Bariton Günter Haumer in der Biblioteca Luis Angel Arango auf. Der Multipercussionist Martin Grubinger konzertierte beim dritten Internationalen Musikfestival in Medellín im Oktober. Die Musikworkshops des Konservatoriums Wien (Wolfgang Liebhart, Kana Matsui, David Salazar und Marton Barka) in Neiva und Villavicencio waren nicht nur ein gelungenes Projekt der kulturellen Zusammenarbeit, sondern förderten, durch die Integration von Jugendlichen in Orchestern, auch die friedliche Entwicklung des Landes (November).

Der Dichter Udo Kawasser trat beim 20. internationalen Poesiefestival in Medellín auf (Juli). Im November wurde von der Corporation Cultural Otto de Greif das Seminar „Gustav Mahler und die neue Wiener Schule“ abgehalten.

Der Film „Import Export“ von Ulrich Seidl wurde am Eurocine-Filmfestival in Bogotá (April) aufgeführt. Der Dokumentarfilm von Nonplusfilm über AuswanderInnen in Kolumbien wurde gefördert.

Die österreichischen Exporte betrugen 83,773 Millionen Euro (+38,8%), die Importe 18,360 Millionen Euro (+13,7%).

Komoren
(Union der Komoren), Moroni

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Ahmed Abdallah Sambi	Fahmi Said Ibrahim (seit 25. Mai)

ÖB: siehe Kenia – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Die österreichischen Exporte betrugen 5.000 Euro (+100%), die Importe 74.000 Euro (+324,3%).

Kongo
(Republik Kongo), Brazzaville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Denis Sassou-Nguesso	Isidore Mvouba	Basile Ikouébé

ÖB: siehe Äthiopien, **AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 1,803 Millionen Euro (-53,8%), die Importe 247.000 Euro (-20,5%).

Demokratische Republik Kongo
(Demokratische Republik Kongo), Kinshasa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Joseph Kabila	Adolphe Muzito	Alexis Thambwe Muamba

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Besuche in Österreich: Minister für Justiz und Menschenrechte Bami Lessa Luzolo, Teilnahme an der Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (2. und 3. September).

Der Eastern Coordinator von MONUC ist der Österreicher Christian Manahl.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,757 Millionen Euro (-24,6%), die Importe 318.000 Euro (+244,7%).

Demokratische Volksrepublik Korea
(Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang

Staatsoberhaupt (informell)	Regierungschef	Außenminister
Kim Jong Il (in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission)	Choe Yong-rim	Pak Ui Chun

ÖB, KF und **AHSt:** siehe China

Im Jänner sind die beiden Universitäten Kim Il Sung und Kim Chaek University of Technology in Pjöngjang dem Eurasia-Pacific-Uninet beigetreten. Mittlerweile wurden vier nordkoreanische StipendiatInnen zum Studium in Österreich zugelassen.

Die österreichischen Exporte betrugen 408.000 Euro (-60,3%), die Importe 1,423 Millionen Euro (+307,5%).

Korea
(Republik Korea), Seoul

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lee Myung-bak	Kim Hwang-sik	Kim Sung-hwan
(seit 1. Oktober)	(seit 8. Oktober)	

Seoul – **ÖB, AHST,** Busan – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation der Grazer Stadtregierung unter Führung von Stadtrat Gerhard Rüsch, Teilnahme am World Design Cities Summit in Seoul (23. und 24. Februar); Abgeordnete zum Nationalrat Silvia Fuhrmann, Einladung der Korea Foundation (27. September bis 4. Oktober); von der Wirtschaftskammer Österreich organisierte Marktsondierungsreise zum Thema „Erneuerbare Energien in Korea" mit sechs Unternehmen (120-16. Oktober).

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Jeon Jae-hee, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens über soziale Sicherheit (22. Januar); Generaldirektor für Policy Planning im südkoreanischen Außenministerium, Gespräche auf Beamtenebene im BMeiA (18. März).

Die Wiener Sängerknaben absolvierten im Januar ihre fünfte jährliche Tournee in der Republik Korea. Neben zwei Auftritten im Seoul Arts Center gab der Chor weitere Konzerte in Busan, auf der Insel Jeju-do sowie zwei Konzerte in der Gyeonggi-do Provinz. Bei den sechs Konzerten wurden insgesamt 7.431 Besucher gezählt. Die Organistin Natascha Reich gab am 26. Mai in der Anglikanischen Kathedrale in Seoul ein Konzert mit Musik aus fünf verschiedenen Jahrhunderten und komplementierte dies mit einem Vortrag über österreichische Kirchenmusik. Arnold Haberl veranstaltete mit drei weiteren Mitgliedern der österreichischen experimentellen/elektronischen Musikszene und in Kooperation mit diversen koreanischen Musikern vom 120-16. Mai eine Reihe von Konzerten und Workshops im Art Center Nabi in Seoul. Der Komponist und Performance Künstler Matthias Erian hielt sich sowohl im Februar als auch im Juli und August in Korea auf, wo er neben diversen Arbeiten mit koreanischen KünstlerkollegInnen an zukünftigen Projekten seine Werke „Sound+Pansori", welches klassische koreanische Musik mit westlichen Elementen vereint sowie „Klangküche Jiajang Myeon" der Öffentlichkeit vorstellte.

Der Schriftsteller Peter Simon Altmann verbrachte einen viermonatigen Aufenthalt in Daegu um Material für ein neues Buch zu erarbeiten. Noch vor seiner Abreise konnte er eine abgeschlossene Erzählung präsentieren, welche den Titel „Portrait eines Schriftstellers" trägt. Martin Auer (Autor) und Helga Bansch (Illustratorin) nahmen am „5. Nami Internationalen Kindberbuchfest – NAMBOOK 2010" teil und stellten ihre Erzählung „Als die Soldaten kamen" vor. Ein weiterer Österreicher, Peter Scneck, nahm als beratendes Mitglied der Festivalorganisation daran teil.

Im Rahmen des 12. Internationalen Frauen Film Festivals vom 8.–15. April in Seoul wurde die Dokumentation „Verliebt, Verzopft, Verwegen" der Filmemacherinnen Katharina Lampert und Cordula Thym gezeigt. Anna Artaker, Mitglied der Gruppe „Concrete" in Wien hat an der Biennale in Gwangju (3. September bis 7. November) teilgenommen und dabei ihre Filminstallation „48 Köpfe aus dem Merkurov Museum", welche sich mit der Ikonografie sowjetischer Propaganda beschäftigt, präsentiert.

Der Choreograph und Tänzer Chris Haring gastierte mit seiner Performancegruppe „Liquid Loft" anlässlich des „International Modern Dance Festival" (MODAFE) am 6. Juni in Seoul und gab eine Vorstellung seines Stückes „Running Sushi".

Die Theatergruppe KUMEINA des experimentellen Kinder-, Jugend- und Erwachsenentheaters Mezzanin aus Graz gab Anfang Oktober drei Aufführungen des Stücks „Tarte au Chocolate" in der Republik Korea, u.a. auch anlässlich des 8. Internationalen Festivals für behinderte Kinder „The Way to the Theater".

Der seit über zehn Jahren in Korea ansässige Maler Franz Brandner veranstaltete in der Zeit vom 20-16. September im Nowon Art Center in Seoul eine Ausstellung seiner Landschaftsmalerei unter dem Titel „Dialogue with Nature". Im Rahmen des diesjährigen Incheon International Digital Art Festival (INDAF), welches in der Zeit vom 1.–30. September abgehalten wurde, stellte der

Media Art Künstler Kurt Hentschläger sein Werk „ZEE“ vor, welches eine Melange aus Konzeptkunst, Technologie, Klängen, Videos und Performance darstellt. Am 25. Oktober wurde im National Museum of Contemporary Art in Seoul die Großausstellung „Picasso and Modern Art“, welche insgesamt 121 Leihgaben aus Beständen der Albertina zur Schau bringt, eröffnet. Mit dieser Veranstaltung wird die Reihe von österreichischen Großausstellungen in der Republik Korea fortgesetzt. Im Beisein des Vorsitzenden der Hundertwasser Foundation, Joram Harel, fand am 4. Dezember im Seoul Art Center die Eröffnung der ersten je in Korea abgehaltenen Ausstellung von Werken von Friedensreich Hundertwasser statt. Die unter dem Titel „Hundertwasser 2010 in Seoul“ gezeigte Schau konfrontiert die zunehmend für Umweltbewusstsein empfänglichen koreanischen Besucher mit dem zukunftsweisenden Aspekt dieser Arbeiten.

Im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Deutschlehrer wurden vom 16.–18. Dezember in Seoul vom BMUKK veranstaltete Österreich-Tage abgehalten.

Die österreichischen Exporte betrugen 711,666 Millionen Euro (+26,0%), die Importe 469,806 Millionen Euro (-8,8%).

Kosovo
(Republik Kosovo), Pristina

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakup Krasniqi	Hashim Thaçi	Vlora Çitaku
(interimistisch seit		(interimistisch seit
28. September)		16. Oktober)

Pristina – **ÖB, Polizeiattaché, Koordinationsbüro der OEZA, Marketingbüro der WKÖ, Bildungsbeauftragter, Österreich-Bibliothek**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Unterzeichnung des Investitionsschutzabkommens, Gespräche mit Minister für Finanzen und Wirtschaft Ahmet Shala, Vize-Premierminister Hajredin Kuçi, Minister für Handel und Industrie Lufti Zharku, EULEX Head of Mission Yves de Kermabon, Direktor der Investment Promotion Agency Mustafa Hasani (21. und 22. Jänner); Leiter der Politischen Sektion im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Gespräche mit Präsident der Republik Kosovo Fatmir Sejdiu, Premierminister Hashim Thaçi, Außenminister Skender Hyseni, Vizepräsident der AAK Partei Blerim Shala, Veton Surroi, EULEX Head of Mission Yves de Kermabon, Deputy ICR Fletcher Burton, OSCE Head of Mission Werner Almhofer (25. und 26. März).

Besuche in Österreich: Premierminister Hashim Thaçi, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (8. Februar); Bildungsminister Enver Hoxhaj, Expertenseminar zum Westbalkan (12. Mai); Gesundheitsminister Bujar Bukoshi, Gespräche mit Bundesminister Alois Stöger (18. Mai); Bildungsminister Enver Hoxhaj; Gespräche mit Bundesministerin Beatrix Karl (10. Juni); Minister für Wirtschaft und Finanzen Ahmet Shala, Teilnahme am Forum Alpbach (31. August); Innenminister Bajram Rexhepi; Gespräche mit Bundesministerin Maria Fekter, Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens (30. September); Ministerin für öffentliche Verwaltung Edita Tahiri, Teilnahme an der Konferenz “Women‘s participation and Leadership in Conflict situations and Peacebuilding, Gespräche mit Bundesministerin Beatrix Karl (20. Oktober).

Österreich stellt im Rahmen der Kosovo Force der NATO (KFOR) derzeit ca. 420 SoldatInnen.

Österreich ist im Rahmen der EULEX – Mission mit 18 PolizistInnen, zwei JustizwachebeamtInnen und einem Richter vertreten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1,313 Millionen Euro erbracht.

Es wurde ein umfangreiches kulturelles Programm gezeigt (u.a. mit Lalish Theaterlabor, Konzerten, Ausstellungen, Teilnahme am Internationalen Jugendaustausch für Kammermusik, Teilnahme am Internationalen Dokumentarfilmfestival).

Die österreichischen Exporte betrugen 27,289 Millionen Euro (-34,1%), die Importe 7,405 Millionen Euro (+32,3%).

Kroatien (Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Ivo Josipović	Jadranka Kosor	Gordan Jandroković
(seit 18. Februar)		

Agram – **ÖB, KF, AHSt;** Rijeka – **HK;** Split – **HGK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme an der Amtseinführung von Präsident Ivo Josipović und Gespräch mit Finanzminister Ivan Šuker (18. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an EBRD-Jahrestagung sowie Treffen mit Premierministerin Jadranka Kosor und Finanzminister Ivan Šuker (14. Mai); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Teilnahme an österreichisch-kroatischer Arbeitsmarktkonferenz und Treffen mit Wirtschaftsminister Duro Popijać (26. Mai); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Kroatiengipfel (Dubrovnik, 9. und 10. Juli); Bundeskanzler Werner Faymann, offizieller Arbeitsbesuch bei Premierministerin Jadranka Kosor (12. Juli); Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsgespräche mit Präsident Ivo Josipović (Brioni, 16. und 17. August); Bundesminister Norbert Darabos, Gespräche mit Verteidigungsminister Branko Vukelić, Sportminister Radovan Fuchs und Präsident Ivo Josipović (16. und 17. September); Bundesminister Michael Spindelegger mit Parlamentarierdelegation und Zweitem Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer, Treffen mit Parlamentspräsident Luka Bebić, Premierministerin Jadranka Kosor und Außenminister Gordan Jandroković (13. und 14. Oktober); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme an regionaler Agrarministerkonferenz, Eröffnung der Österreich-Woche (österreichische Lebensmittel) sowie Gespräche mit seinen kroatischen Amtskollegen (23. und 24. November).

Besuche in Österreich: Präsident Stjepan Mesić, Besuch des Neujahrskonzertes mit Bundespräsident Heinz Fischer (1. Jänner); Regional-, Forst- und Wasserwirtschaftsminister Bozidar Pankretić, Teilnahme an der Donau-Management-Konferenz (15. und 16. Februar); Bildungsminister Radovan Fuchs, Teilnahme am „II. Bologna-Politik-Forum" und Gespräch mit Bundesministerin Beatrix Karl (11. und 12. März); Präsident Ivo Josipović, offizieller Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (15. März); Kulturminister Bozo Biškupić, Eröffnung der Ausstellung „Kroatien: Wiege der europäischen Kultur" (18. und 19. März); Wirtschaftsminister Duro Popijać, Teilnahme an der Generalversammlung der österreichisch-kroatischen Handelskammer (2. Juni); Innenminister Tomislav Karamarko, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Maria Fekter (7. Juni); Parlamentspräsident Luka Bebić, Offizieller Besuch bei Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (Wien/Burgenland, 22. und 23. März); Außenminister Gordan Jandroković, Teilnahme am Europaforum Wachau und Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger (Göttweig, 26. Juni); Präsident Ivo Josipović, Eröffnung der VI. Tage der kroatischen Musik gemeinsam mit Bundespräsident Heinz Fischer (2. November); Premierministerin Jadranka Kosor, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (13. Dezember).

Das am 22. November 2005 paraphierte bilaterale Abkommen, welches die Einbeziehung österreichischer StaatsbürgerInnen in die kroatischen Restitutionsbemühungen für entzogenes Vermögen ermöglichen sollte, wurde bislang nicht unterzeichnet. Am 26. Mai hat der Oberste Gerichtshof Kroatiens aber entschieden, dass ausländische StaatsbürgerInnen Kroaten im Zusammenhang mit dem kroatischen Entschädigungsgesetz gleichzustellen sind, d.h. dass auch Ausländer für entzogenes Vermögen zu entschädigen sind. Kroatischerseits ist zugesagt worden, dieser Entscheidung des Obersten Gerichtshofes auch politisch Rechnung zu tragen.

Anlässlich des Gustav Mahler-Jahres fanden zahlreiche Konzerte, Tanzvorführungen, Workshops und Vorträge in ganz Kroatien statt, wobei die Auftritte des Gustav Mahler Ensembles in Poreč und Rovinj besonders hervorzuheben sind. Mit den „Tagen der österreichischen Kultur" wurde erstmals ein mehrtägiges Kulturprogramm in Osijek organisiert, das insbesondere auf junges Publikum ausgerichtet war. Beim Jüdischen Filmfestival Zagreb setzte das Kulturforum einen filmischen aber auch musikalischen Österreich-Schwerpunkt. Beim Internationalen Experimental- und Videofilmfestival Agram war Peter Kubelka ein zentrales Segment gewidmet.

Die junge Wiener Kunst- und Musikszene präsentierte sich im Rahmen des vom Kulturforum geförderten einwöchigen „Kulturcamps Tenda Gialla" in Agram. Ziel des Projekts war die Förderung des Austauschs und die Entwicklung eines dauerhaften Dialoges zwischen der modernen Wiener und Agramer Musik- und Kunstszene.

Die Ausstellung „Line Source – Die unendliche Linie" aus dem Wiener Künstlerhaus stellte den Auftakt zu einer vom Kulturforum geförderten institutionellen Kooperation zwischen der kroatischen Vereinigung bildender KünstlerInnen (HDLU) und dem Künstlerhaus Wien dar.

Höhepunkt des Literaturprogramms 2010 war eine vom Kulturforum organisierte mehrtägige Lesereise mit Karl-Markus Gauß, die ihn nach Pula, Rijeka und Agram führte.

Es waren ein Sprachassistent (Agram), vier österreichische Lektorinnen (Osijek, Rijeka, Zadar und Agram) sowie eine Bildungsbeauftragte von Kulturkontakt Austria tätig. Es bestehen etwa ein Dutzend kroatisch-österreichische Kultur- und Freundschaftsgesellschaften. Eine Österreich-Bibliothek gibt es in Osijek.

Österreich ist nach wie vor der größte ausländische Investor in Kroatien. Über ein Viertel aller ausländischen Investitionen seit 1993 stammen von österreichischen Investoren.

Die österreichischen Exporte betrugen 1.129,455 Millionen Euro (+0,1%), die Importe 519,443 Millionen Euro (+9,8%).

Kuba
(Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Raúl Castro Ruz	Raúl Castro Ruz	Bruno Rodríguez Parrilla

Havanna – **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Besuche aus Österreich: Wiener Bezirksrätin Maria Graff, Treffen mit Vizekulturminister Fernando Rojas (19. und 20. Oktober).

Besuche in Österreich: Vizekulturminister Fernando Rojas, Eröffnung des weltweit einzigen Museums für kubanische Kunst außerhalb Kubas, Gespräche mit Generalsekretär des BMUKK Hans-Peter Huber, Bürgermeister Heinz Schaden in Salzburg und Landtagspräsident Kurt Flecker in Graz (Wien, Salzburg, Graz, 3.–7. Oktober).

Im März, April und Dezember brachte das Orchester des Liceo Mozartiano in einer Konzertreihe in Havanna österreichische Komponisten der Wiener Klassik, neben anderen, unter der Leitung von Professor Jorge Rotter (Mozarteum Salzburg) zur Aufführung. Im September zeigte das Kubanische Filminstitut den Film „Das weiße Band" von Michael Haneke. Am Designfestival Arte y Moda 2010, das ebenfalls im September in Havanna stattfand, waren sieben österreichische DesignerInnen mit ihren Arbeiten vertreten. Der Performance-Künstler Markus Heim zeigte im November beim Videofilmfestival in Camagüey mit seiner Videoinstallation „Fatigue Fracture 2" einen vielbeachteten Beitrag. Die Jazzsängerin Iris Camaa nahm im Dezember am Jazzfestival in Havanna teil.

Im November unterzeichnete die Firma Salm-Bräu einen Vertrag mit dem Büro des Stadthistorikers Eusebio Leal über die Errichtung eines weiteren Lokals in der Innenstadt von Havanna. Unterzeichnet wurden darüber hinaus Kooperationsvereinbarungen zwischen der Kunsthoch-

schule Havanna und der Kubanischen Tanzakademie in Wien sowie zwischen dem Museum der Schönen Künste in Havanna und dem Museum für kubanische Kunst in Wien.

Ein kubanischer Student studierte mit einem Stipendium des Österreichischen Akademischen Austauschdiensts an der Technischen Universität Wien. Eine Gastforscherin aus Kuba absolvierte ein Forschungssemester im Department für Biologie an der Universität Wien. Zwei StudentInnen (Klavier, Cello) studierten an der Universität Mozarteum in Salzburg. Ein kubanischer Diplomat nahm am Lateinamerika-Karibik-Seminar der Diplomatischen Akademie in Wien teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 12,365 Millionen Euro (-9,1%), die Importe 3,562 Millionen Euro (+19,6%).

Kuwait
(Staat Kuwait), Kuwait

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah	Sheikh Nasser Al-Mohammed Al-Ahmed Al-Sabah	Sheikh Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum EP Paul Rübig anlässlich des Besuchs einer EU Parlamentarierdelegation in Kuwait (31. März); Staatsekretär Reinhold Lopatka anlässlich der Aufnahme einer direkten Flugverbindung Kuwait-Wien (1. Juni).

An der von Kuwait ausgerichteten „International Donors and Investors Conference for Eastern Sudan" (1. und 2. Dezember) nahm Botschafter Marian Wrba als Delegierter teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 85,003 Millionen Euro (+6,7%), die Importe 622.000 Euro (+35,9%).

Laos
(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Choummaly Sayasone	Bouasone Bouphavanh	Thongloun Sisoulith

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Laos eröffnete eine Botschaft in Wien und unterstrich damit die Bedeutung Wiens, vor allem auch als VN-Standort. Botschafter Khamkheuang Bounteum überreichte Bundespräsident Heinz Fischer am 18. Oktober sein Beglaubigungsschreiben.

Dem laotischen Honorarkonsul für Österreich, Gottfried Johan Parizek, wurde am 4. November das Exequatur für die Ernennung zum Honorarkonsul erteilt.

Besuche aus Österreich: Teilnahme einer österreichischen Delegation unter Leitung von Botschafter Alexander Marschik an der Ersten Vertragsstaatenkonferenz der Streumunitionskonvention in Vientiane (Oslo-Konvention) (9.–12. November).

Besuche in Österreich: Stellvertretender Außenminister Phongsavath Boupha, Eröffnung der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Laos (1. Juni).

Ein Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Österreich und der Demokratischen Volksrepublik Laos befinden sich im Verhandlungsstadium.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 210.000 Euro erbracht.

Eine österreichische JPO (Junior Professional Officer) wurde an das laotische Büro der UNDP (United Nations Development Program) zur Vorbereitung der Ersten Vertragsstaatenkonferenz der Streumunitionskonvention entsandt.

Im Rahmen des Memorandum of Understanding zwischen Österreich und Thailand für das ASEA-Uninet Thailand On Place Scholarship Programme können StudentInnen aus Laos mit österreichischen Mitteln an Universitäten in Thailand studieren.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,066 Millionen Euro (+94,8%), die Importe 3,324 Millionen Euro (+28,0%).

Lesotho
(Königreich Lesotho), Maseru

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III.	Bethuel Pakalitha Mosisili	Kenneth Tsekoa

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Die aktive Zusammenarbeit mit dem Morija Festival zur Förderung lokaler und klassischer Musiktraditionen wurde weitergeführt. Im Mai gaben der österreichische Komponist und Perkussionist Lukas Ligeti und der aus Lesotho stammende Mpho Molikeng ein gemeinsames Konzert in Maseru.

Die österreichischen Exporte betrugen 58.000 Euro (+100%). Es wurden keine Importe verzeichnet.

Lettland
(Republik Lettland), Riga

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Valdis Zatlers	Valdis Dombrovskis (seit 3. November)	Girst Valdis Kristovskis

Riga **– ÖB, Zweigbüro der AHSt Helsinki**

Besuche aus Österreich: Abgeordnete zum Nationalrat Franz Kühnel, Peter Fichtenbauer, Peter Pilz, Stefan Prähauser und Stefan Markowitz, Teilnahme an der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (28. Mai bis 1. Juni); Abgeordnete zum Europäischen Parlament Ulrike Lunacek, Teilnahme an der Konferenz „Human Rights and Homosexuality – past, present and future“ (3.–5. Juni); Erster Präsident des Wiener Landtages Harry Kopietz, Teilnahme an der Zehnjahres-Gedenkfeier des Riga-Komitees, Bikernieki Holocaust-Gedenkstätte (8.–10. Juli); Bundesminister a.D. Abgeordneter zum Europäischen Parlament Ernst Strasser, Gespräch mit Staatssekretärin im Innenministerium Ilze Petersone und Tagungsteilnahme (2. und 3. September).

Besuche in Österreich: Ministerin für Bildung und Wissenschaft Tatjana Koke, Teilnahme an der „Bologna Ministerial Anniversary Conference 2010“ (11. und 12. März).

Mit der Ausstellung „Moderne nachhaltige Holzarchitektur in Österreich“ und dem Seminar über modernen und energieeffizienten Holzbau in Österreich, an dem sechs ExpertInnen aus Österreich (Vertreter von ProHolz, Architekten, Vertreter Holztechnikum Kuchl, Brandschutzexperte) teilnahmen, konnte der in den Aktivitäten des Zweigbüros Riga der AHSt Helsinki gesetzte Schwerpunkt erneuerbare Energien und Energieeffizienz deutlich unterstrichen werden. Die Ausstellung wurde im Rathaus Riga, im Rahmen der Messe „Energie und Umwelt 2010“ in der Ausstellungshalle Riga sowie auch in Ventspils gezeigt.

Österreich war bei den Design-Wochen in Riga präsent. Die von DesignAustria kuratierte Ausstellung „Illustre – the making of illustration“ wurde im Oktober an der Höheren Schule für angewandte Kunst und Design in Riga gezeigt. Gleichzeitig wurde ein Workshop mit VertreterInnen

österreichischer Ausbildungsstätten im Designbereich und lettischer Designschulen zur Auslotung von Zusammenarbeitspotential veranstaltet. In Liepaja hielt am 30. September Martin Flößleitner ebenfalls im Rahmen der Designwochen einen Workshop zum Thema „Stadtmarketing – Stadtidentität" ab. An der 4. Europäischen Textiltriennale „Tradition and Innovation – Global Intrigue II" im Juni im lettischen Nationalmuseum in Riga wurde ein Objekt der Textilkünstlerin Marianne Puschner ausgestellt.

Die Österreich-Bibliothek Riga zeigte zum 140. Geburtstag von Alfred Adler eine Ausstellung unter dem Titel „Individualpsychologie und Lebenskenntnis: Alfred Adler und Lettland" und richtete eine Fachtagung dazu aus.

Am 18. Juni wurde im Okkupationsmuseum in Riga das Buch „Österreichische Juden in Lettland – Flucht, Asyl, Internierung", das unter maßgeblicher Beteiligung des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung sowie Historikern aus Lettland entstand, von den Herausgebern Stefan Karner, Philip Lesiak und Heinrihs Strods präsentiert.

Die österreichischen Experten im Bereich GVOs, Michael Haas vom BMG und Heinz-Peter Zach vom BMLFUW nahmen am 10. Dezember an der Internationalen Konferenz „Genetically Modified Crops and Food in Europe – Future or Disaster?" teil und berichteten über die österreichische Position im Bereich gentechnisch veränderter Organismen. Die Expertin für Migrationsfragen Gudrun Biffl nahm am 4. Juni als Hauptreferentin an einem von der EK-Vertretung organisierten Round-Table mit lettischen ExpertInnen zu Migrationsfragen in der EU und Lettland teil.

Wolfgang Kogert gab im Rahmen des 23. Internationalen Orgelfestivals Rigas Doms am 14. Juli ein Konzert. Erich Oscar Hütter (Cello) und Stefan Heckel (Akkordeon) traten beim Bach-Festival am 16. April auf.

Das Zweigbüro der AHSt Helsinki in Riga organisierte zwei allgemeine Wirtschaftsmissionen, an der sich jeweils 13 österreichische Firmen beteiligten (17. März und 20. Oktober), eine ArchitektInnen-Exkursion nach Österreich (Linz/Salzburg/Innsbruck) betreffend Niedrigenergie/Passiv- und Holzhäuser (3.–7. Mai) sowie einen Tourismusworkshop in Riga am 8. April.

Die österreichischen Exporte betrugen 87,850 Millionen Euro (+28,2%), die Importe 25,336 Millionen Euro (-19,4%).

Libanon
(Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michel Sleiman	Saad Hariri	Ali Hussein Schami

Beirut – **ÖB; AHSt:** siehe Syrien; Saida – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Präsident Michel Sleiman, Parlamentssprecher Nabih Berri, Premierminister Saad Hariri, Außenminister Ali Hussein Schami und UNIFIL-Kommandant Alberto Asarta (18. Februar).

Das Neujahrskonzert des libanesischen Symphonieorchesters (15. Jänner) unter der Leitung von Robert Lehrbaumer fand unter der Teilnahme zahlreicher Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft statt. Österreich war beim EU-Filmfestival mit den Filmen „Das weiße Band" von Michael Haneke und „Der Räuber" von Benjamin Heisenberg vertreten (November/Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 56,081 Millionen Euro (+14,6%), die Importe 2,221 Millionen Euro (+66,5%).

Liberia
(Republik Liberia), Monrovia

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister (a.i.)
Ellen Johnson-Sirleaf	Toga Gayewea McIntosh (seit 4. Dezember)

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 1,338 Millionen Euro (-50,5%), die Importe 17.000 Euro (-74,3%).

Libyen
(Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Muammar Al Gaddafi	Al-Baghdadi Ali al-Mahmudi	Mousa Mohamed Kousa

Tripolis – **ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am EU-Afrika Gipfel (29. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Abdulati I. Alobidi, Leiter der bilateralen Gemischten Wirtschaftskommission (15. und 16. September).

Das Doppelbesteuerungsabkommen und das Memorandum of Understanding zu politischen Konsultationen wurden am 16. September in Wien unterzeichnet.

Es fanden eine Marktsondierungsreise Bausektor (17.–19. Mai) und eine Wirtschaftmission mit 35 Firmenteilnehmern (4.–7. Oktober) statt.

Die österreichischen Exporte betrugen 124,406 Millionen Euro (+13,4%), die Importe 742,504 Millionen Euro (110,6%).

Liechtenstein
(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Fürst Hans-Adam II (Ausübung der Hoheitsrechte seit 15. August 2004 durch Erbprinz Alois)	Klaus Tschütscher	Aurelia Frick

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Schweiz; Schaan – **HK**

Besuche in Österreich: Regierungschef Klaus Tschütscher, Gespräche mit Bundeskanzler Werner Faymann (18. Juni); Amtsleiter Roland Marxer, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, (12. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 424,769 Millionen Euro (+6,0%), die Importe 200,799 Millionen Euro (-2,8%).

Litauen
(Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dalia Grybauskaitė	Andrius Kubilius (seit 11. Februar)	Audronius Ažubalis

Wilna – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Schweden

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Gespräche mit Rolandas Krisciunas, Vizeminister für Finanzen im Finanzministerium, Professor Kestutis Glaveckas, Vorsitzender des Finanz- und Budgetausschusses im Seimas und Raimondas Kuodis, Chefanalyst der litauischen Nationalbank (10.–12. September); Delegation des Salzburger Landtags unter Leitung von Zweiter Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der Partnerschaft zwischen dem Land Salzburg und Litauen und des zwanzigjährigen Jubiläums der Partnerschaft zwischen den Städten Salzburg und Wilna, Zusammentreffen mit Seimasvorsitzender Irena Degutienė und Kulturvizeminister Deividas Staponkus (17.–19. November); Abgeordnete zum Europäischen Parlament Ulrike Lunacek anlässlich des „Baltic Pride March for Equality" (7. und 8. Mai); Polizeipräsident Gerhard Pürstl aus Anlass der 32. Capital Policing Europe Conference (23.–27. Mai).

Besuche in Österreich: Vizeaußenministerin Asta Skaisgirytė-Liauškienė, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (9. April); Kulturminister Arūnas Geilūnas, Gespräche mit Bundesministerin Claudia Schmied (Wien und Salzburg, 220-24. September).

Das 40-jährige Jubiläum der Partnerschaft zwischen Salzburg und Litauen wurde mit dem Besuch einer Delegation des Salzburger Landtags unter Leitung der Zweiten Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström sowie dem Besuch des Kulturministers Arūnas Geilūnas in Wien und Salzburg begangen. Für diese Partnerschaft wird in Litauen auch heute viel Sympathie empfunden, war doch Salzburg dadurch lange Zeit eines der wenigen „Tore in den Westen". Unter dem Titel „Alte Liebe rostet nicht / Sena meilė nerūdija" fand eine Reihe kultureller Veranstaltungen sowohl in Salzburg als auch in Litauen statt. In Litauen waren dies die Gemeinschaftsausstellung „Verbindung/Ryšys" der Salzburger Berchtoldvilla und der Galerie „Arka" in Wilna, ein Konzert des Vokalensembles „Voices Unlimited" am 20. Juli und ein Jazz-Projekt mit jungen Jazzmusikern, veranstaltet vom Salzburger Jazzclub JAZZIT und dem litauischen Jazzfestival „Mama Jazz" in Wilna am 17. November. In Wilna wurde eine „Salzburg-Allee" eingeweiht.

Der Schriftsteller und Übersetzer Cornelius Hell wurde am 30. September für seine herausragenden Übersetzungen litauischer Literatur ins Deutsche mit dem Hieronymus-Preis 2010 des litauischen Verbandes der Literaturübersetzer ausgezeichnet.

Folgende Seminare und Vorträge fanden statt: Seminar zum Thema „Umdenken im Bereich Sozialwohnungsbau", Annika Schönfeld (19. November); im Rahmen der litauischen „Bibliothekswoche" ein Vortrag zum Thema „Österreichische Landesbibliotheken: Ziele, Aufgaben, Perspektiven" von Christian Enichlmayr, Direktor der Oberösterreichischen Landesbibliothek (7. Dezember); „Vom Gedanken in den Äther – über den Aufbau und die Dramaturgie radiophoner Texte und ihrer Umsetzung mit Musik, O-Tönen und Geräuschen": 2. Litauisch-österreichisches Hörspielseminar mit den Lektoren Nikolaus Scholz, ORF-Ö1 Kultur, Redaktion „Feature & Feuilleton" und Oskar Terš, Literatur- und Theaterwerkstätten.

Das Mahler-Gedenkjahr wurde durch die Präsentation der Wanderausstellung „Gustav Mahler und Wien" im Litauischen Theater-, Musik- und Kinomuseum sowie in der Musik- und Theaterakademie vom 15. März bis 15. Juni begangen. Die Wanderausstellung „Europe – Work in progress" wurde zwischen 7. Jänner und 21. Mai in fünf Kreisbibliotheken in Wilna, Trakai, Elektrenai und Ukmerge sowie abschließend im litauischen Parlament gezeigt.

Mehrere Musikprojekte wurden in Zusammenarbeit mit örtlichen Festivalveranstaltern verwirklicht. Im Rahmen des Festivals der zeitgenössischen Musik „Gaida" wurde am 27. Oktober die Oper „Massacre" von Wolfgang Mitterer aufgeführt. Die Gruppe „Bauchklang" nahm am Kunst- und Musikfestival „Be2gether" in Norviliskes teil (26. Juni). Der Oberkantor der israelitischen Kultusgemeinde Wien, Shmuel Barzilai, konzertierte am 5. Mai im Rahmen des internationalen Projektes „Toleranz 2010", das vom Toleranzzentrum des staatlichen jüdischen Gaon Museums veranstaltet wurde. Das Ensemble Unicorn trat am 18. September beim Festival „Banchetto musicale" auf.

Der Kabarettist Ferdinand Pregartner hielt am 25. Mai die szenische Lesung „Literarische Delikatessen aus Österreich“ in der Österreich-Bibliothek. Von 9.–30. November fand ebenfalls in der Österreich-Bibliothek das Workshop „Austriaca in Litauen“ statt. Dabei gab es drei Buchbesprechungen mit den prominentesten Übersetzern der österreichischen Literatur ins Litauische mit anschließenden Rezensionen in Kulturzeitschriften.

Weiters wurden die Arbeiten zur Erstellung eines interaktiven „Holocaust Atlas“ unter Mitarbeit der österreichischen Gedenkdiener am jüdischen Gaon Museum Wilna, Lucas Dünser und Sebastian Pammer, fortgesetzt.

Die WKÖ veranstaltete im März und Oktober zwei Wirtschaftsmissionen nach Litauen.

Die österreichischen Exporte betrugen 121,753 Millionen Euro (+17,8%), die Importe 62,612 Millionen Euro (+16,0%).

Luxemburg
(Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Jean Asselborn

Luxemburg – **ÖB; AHSt, ÖW:** siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Teilnahme Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll am Treffen der deutschsprachigen Finanzminister (14. Februar); Präsident des Österreichischen Juristentages, Bundesminister a.D. Nikolaus Michalek, Treffen mit Guy Schleder, Generalsekretär des Justizministeriums (14. März); Eröffnung der Euro-Ausstellung in der Banque centrale du Luxembourg durch Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank Gertrude Tumpel-Gugerell (19. April); Sektionschef Josef Mayer, BMWFJ, Gespräche mit Sektionsleiter Jean Graff, Außenministerium (10. und 11. Mai); Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme am Rat der Gemeinden und Regionen Europas (6. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Jean Asselborn, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (25. Februar); Bürgermeister der Stadt Luxemburg Paul Helminger, Gespräche in Wien (18. und 19. Februar); Präsident der Europäischen Investitionsbank Philippe Maystadt, Teilnahme an der Eröffnung der Donauraumstrategiekonferenz im Wiener Rathaus (19. April); Premierminister Jean-Claude Juncker, Verleihung des „Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande“ durch Bundespräsident Heinz Fischer und Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (14. Juli); Finanzminister Luc Frieden, Teilnahme am Treffen der deutschsprachigen Finanzminister (26. August); Premierminister Jean-Claude Juncker, Verleihung des Ehrendoktorrats der medizinischen Universität Innsbruck in Anwesenheit von Landeshauptmann Günther Platter und Bundesministerin Beatrix Karl (Innsbruck, 15. November).

Aus der Vielzahl an kulturellen Veranstaltungen mit Österreich-Bezug wären besonders hervorzuheben: Ausstellung von rezenten Goldschmiedearbeiten von Sven Boltenstern in der Botschaftsresidenz (18. und 19. Mai); „Keramiksymposium Gmunden“ auf Schloß Bourglinster (21. Mai bis 27. Juni); im Rahmen eines Kulturaustausches zwischen Innsbruck und Luxemburg Ausstellung der Künstler Peter Matthias Pflug (Fotografie), Dagmar Roos (Malerei), Doris Schraffner-Voglsberger (Faltarbeiten) und Wolfgang Wallner (Objekte) im Kulturzentrum Neumünster (10. Juni bis 11. Juli); Sonderkonzert des EOS-Quartetts im Schloß Bourglinster (28. September); halbtägiges wissenschaftliches Symposium „Die Wiederentdeckung des Menschen in unserer Gesellschaft“, veranstaltet von der Österreichischen Botschaft gemeinsam mit der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) unter Mitwirkung des luxemburgischen Parlaments in der Abtei Neumünster (9. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 130,477 Millionen Euro (+32,7%), die Importe 188,308 Millionen Euro (+32,6%).

Madagaskar
(Republik Madagaskar), Antananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
der Hohen	der Hohen	der Hohen
Übergangsautorität	Übergangsautorität	Übergangsautorität
Andry Rajoelina	Albert Vital	Ny Hasina Andriamjanto

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Antananarivo – **HK**

Die internationale Staatengemeinschaft anerkennt die Übergangsregierung, die im März 2009 die Regierungsgeschäfte übernommen hat, nicht.

Auslandsdiener sind bei der Association du Projet d'Analalava Madagascar im Nordosten eingesetzt.

Die österreichischen Exporte betrugen 924.000 Euro (-62,6%), die Importe 4,363 Millionen Euro (-2,1%).

Malawi
(Republik Malawi), Lilongwe

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Bingu wa Mutharika	Eta Elizabeth Banda

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 36.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 252.000 Euro (-79,9%), die Importe 1,978 Millionen Euro (+65,6%).

Malaysia
(Malaysia), Kuala Lumpur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong XIII	Dato' Sri Mohd. Najib Bin	Dato' Sri Anifah Bin Haji
Tuanku Mizan Zainal	Tun Haji Abdul Razak	Aman
Abidin ibni Al-Marhum		
Sultan Mahmud		
Al-Muktafi Billah Shah		

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt;** Penang – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer und Frau Margit Fischer, erster Staatsbesuch in der Geschichte der seit 1962 bestehenden bilateralen Beziehungen (Kuala Lumpur und Melaka, 7.–9. November), in Begleitung von Zweitem Präsidenten des Nationalrates Fritz Neugebauer, Bundesminister Alois Stöger, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Bundesminister a.D. Rudolf Scholten, Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein, Vizepräsident der WKÖ Christoph Matznetter, Abgeordnetem zum Nationalrat Staatssekretär a.D. Sigisbert Dolinschek, Abgeordnetem zum Nationalrat Johannes Hübner, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle sowie einer umfangreichen Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsdelegation, Arbeitsgespräche mit König Al-Wathiqu Billah Tuanku Mizan Zainal Abidin ibni Al-Marhum Sultan Mahmud Al-Muktafi Billah Shah und Vize-Premierminister Tan Sri Dato Haji Muhyiddin Mohammed Yassin; Treffen von Bundesminister Alois Stöger, begleitet von Vertretern der Wirtschaftsdelegation, mit Gesundheitsminister Dato' Sri Liow Tiong Lai, Gespräch von Bundesminister Reinhold Mitterlehner, begleitet von Vizepräsident der WKÖ Christoph Matznetter und Vertretern der Wirtschaftsdelegation, mit Handelsmi-

nister Dato' Mustapa Bin Mohamed, Treffen von Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein mit Höchstrichter Tun Dato' Seri Zaki bin Tun Azmi, Gespräch von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle mit Vize-Außenminister Kohilan Pillay, Empfang der von Rektor Sünkel geleiteten Wissenschaftsdelegation durch Bildungsminister Dato' Seri Mohamed Khaled Bin Nordin.

Malaysia, inmitten der wirtschaftlich dynamischsten Region der Welt, ist für österreichische Firmen nicht nur wichtiger Handelspartner, sondern immer mehr auch eine Investitionsalternative zu China oder Indien. Dem trägt die AHSt mit einem reichhaltigen Veranstaltungsprogramm an Messebeteiligungen aber auch an Seminarreihen besonders Rechnung. Schwerpunkte: Grüne Technologien, Lebensmittel, Maschinen und Inneneinrichtung.

Der österreichische Astronaut Franz Viehböck nahm als Mitglied des Panels am 23. Planetarischen Kongress der Association of Space Explorers in Kuala Lumpur teil (5.–10. Oktober).

Am EU-Filmfestival vom 11.–21. November in Kuala Lumpur beteiligte sich Österreich mit dem Film „For all Eternity".

Die österreichischen Exporte betrugen 162,893 Millionen Euro (-19,4%), die Importe 277,396 Millionen Euro (+30,6%).

Malediven
(Republik Malediven), Malé

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mohamed Nasheed	Ahmed Shaheed

ÖB, AHSt: siehe Indien, Malé – **HK**

Die Exporte betrugen 3,120 Millionen Euro (-1,7%), die Importe 15.000 (+32,1%).

Mali
(Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Amadou Toumani Touré	Modibo Sidibé	Moctar Ouane

ÖB: siehe Senegal, Bamako – HK; AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betrugen 26,812 Millionen Euro (+55,4%), die Importe 64.000.Euro (-33,6%).

Malta
(Republik Malta), Valletta

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
George Abela	Lawrence Gonzi	Tonio Borg

Valletta – **ÖB;** Valletta – **HGK; AHSt: AHSt Mailand**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Gespräche mit Vize-Premierminister und Außenminister Tonio Borg (28. und 29. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär Chris Said, Teilnahme am Salzburg Group Meeting (Salzburg, 23. August).

Die österreichisch-maltesische Twinning-Kooperation, die nach mehrjähriger Zusammenarbeit im Rahmen von EU-finanzierten Twinning-Projekten in Malta nach dem Abschluss des letzten Twinning-Projekts beendet wurde, wird nunmehr in Drittstaaten fortgesetzt. Die 2009 begonnene Wissenschaftszusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energie zwischen BMLFUW, BMVIT und

der „Austrian Energy Agency“ mit dem maltesischen Ministry for Ressources and Rural Affairs und dem „Institute for Energy Technology“ wurde fortgesetzt. Im Rahmen eines Grundsatzabkommens zwischen Österreich und Malta über die Zusammenarbeit im konsularischen Bereich, welches dem neuen EU-Visakodex angepasst und während des Besuchs von Bundesminister Michael Spindelegger Ende November unterzeichnet wurde, stellt Österreich an 26 Vertretungsbehörden Visa für Malta aus. Anfang Februar veranstaltete die Wirtschaftskammer Wien gemeinsam mit der maltesischen Chamber of Commerce, Enterprise and Industry „Malta Days“ in Wien. Anfang Oktober besuchte eine über 70 Personen umfassende Gruppe von RichteramtsanwärterInnen, RichterInnen und StaatsanwältInnen des Oberlandesgerichts Wien Valletta und führte Gespräche mit dem Leiter der Rechtsfakultät der Universität Malta und Vertretern der Justiz, besuchte das International Maritime Law Institute, den Gerichtshof und die Staatsanwaltschaft Malta.

Das Kulturjahr wurde mit der von der Malta Contemporary Art Foundation organisierten Großausstellung „Upon Arrival-Spatial Exploration“ im St. James Cavalier Centre for Creativity in Valletta eröffnet, an der sieben österreichische Künstler ausstellten, die auch drei Workshops anboten. Am 10. März fand die Lesung aus dem Buch „Fra Jean – Eine Vermutung“ durch Dorothea Macheiner statt.

Der Volksliedchor Kärnten trat bei zwei Konzerten am 29. und 30. Mai mit kärntner, slowenischer und italienischer Chormusik bis hin zu jiddischer Klezmermusik auf. Ebenfalls zwei Konzerte gab das Schwarzenberg Trio am 16. und 17. Juni im Rahmen des Victoria Arts Festivals in Gozo. Weiters nahm an diesem Festival das Streichquartett Seflone String Trio am 5. Juli teil. Vom 9.–11. Dezember fand das Django World Music Festival, eine Initiative des belgischen EU-Vorsitzes, in Valletta statt, an dem das Diknu Schneeberger Trio aus Österreich teilnahm.

Universitätsprofessor Roland Fischer hielt am 22. und 23. Oktober einen Workshop für DeutschlehrerInnen zum Thema „Nicht nur Grammatik, Vokabel und Aussprache – Aktivitäten zur interkulturellen Sprachdidaktik“ ab.

Die österreichischen Exporte betrugen 32,751 Millionen Euro (+7,0%), die Importe 9,933 Millionen Euro (-4,6%).

Souveräner Malteser-Ritter-Orden

Der Souveräne Malteser-Ritter-Orden ist kein Staat, sondern ein Völkerrechtssubjekt eigener Art.

Großmeister	Großkanzler (Regierungschef und Außenminister)
Fra‘ Matthew Festing	Jean-Pierre Mazery

ÖB: siehe Heiliger Stuhl

Besuche in Wien: Großmeister Matthew Festing und Großkanzler Jean-Pierre Mazery, informeller Österreich-Besuch, Mittagessen mit Bundespräsident Heinz Fischer; Arbeitsgespräch zwischen Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle und Jean-Pierre Mazery (beides 29. November).

Der österreichische Malteser Hospitaldienst führte von 25. September bis 1. Oktober eine Pilgerreise nach Rom („Romzug 2010“) mit ca. 400 TeilnehmerInnen durch, etwa die Hälfte davon mit Behinderungen, u.a. ca. 120 Rollstuhlfahrer. Die Gruppe wurde bei der Durchführung vor Ort von der Botschaft unterstützt.

Marokko
(Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI	Abbas El Fassi	Taieb Fassi Fihri

Rabat – **ÖB;** Casablanca – **AHSt**

Im Mai trat der Pianist Florian Feilmair beim Alizès-Festival von Essaouira und in der Botschaftsresidenz auf. Im Juli fungierte Universitätsprofessor Jan G. Jiracek als Juror beim 9. Internationalen Klavierwettbewerb „S.A.R. la Princesse Lalla Meryem" in Rabat und gab ein Konzert in der Botschaftsresidenz. Im Juli trat das Duo Susanne von Gutzeit (Violine) und Johannes Wilhelm (Klavier) beim 32. Festival von Assilah und in der Botschaftsresidenz auf. Im Dezember konzertierte der Geiger Johannes Dickbauer gemeinsam mit der marokkanischen Pianistin Ghizlane Hamadi in der Nationalbibliothek in Rabat.

Die Malerin Gerda Hegedus stellte im April erneut in Rabat aus. Im Österreich-Informationszentrum wurde Anfang Oktober eine Videoausstellung von Jutta Strohmaier organisiert.

In Rabat, Fes und Casablanca wurde im April eine Lese- und Vortragsreise von Barbara Frischmuth durchgeführt.

Im Februar wurde im Rahmen der Europäischen Filmwochen der Film „Das Weiße Band" von Michael Haneke aufgeführt.

In Rabat und Fes wurden im März Österreich-Tage mit Fortbildungsseminaren für DeutschlehrerInnen an marokkanischen Gymnasien abgehalten.

Die österreichischen Exporte betrugen 86,134 Millionen Euro (+26,1%), die Importe 75,831 Millionen Euro (+12,1%).

Marshall Inseln
(Republik Marshallinseln), Majuro

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Jurelang Zedkaia

Außenminister
John M. Silk

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 157.000 Euro (39,0%), die Importe 1,402 Millionen Euro (-65,9%).

Mauretanien
(Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott

Staatsoberhaupt
Mohamed Ould Abdel Aziz

Premierminister
Moulaye Ould Mohamed Laghdhaf

Außenministerin
Naha Mint Mouknass

ÖB, AHSt; siehe Marokko; Nouakchott – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 7,093 Millionen Euro (+26,0%), die Importe 10.000 Euro (-92,0%).

Mauritius
(Republik Mauritius), Port Louis

Staatsoberhaupt
Sir Anerood Jugnauth

Regierungschef
Navinchandra Ramgoolam

Außenminister
Arvin Boolell

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 7,447 Millionen Euro (-10,5%), die Importe 9,062 Millionen Euro (-8,3%).

Mazedonien
(Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Gjorge Ivanov	Nikola Gruevski	Antonio Milošoski

Skopje – ÖB, HGK, Zweigbüro der AHSt Belgrad

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Gespräche mit Außenminister Antonio Milošoski (22. Jänner); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Gespräche mit Finanzminister Zoran Stavreski (23. und 24. Juni); Bundesministerin Maria Fekter, Gespräche mit Innenministerin Gordana Jankuloska (24. Juni); Generalstabschef General Edmund Entacher, Gespräche mit Generalstabschef General Miroslav Stojanoski (9. und 10. September).

Besuche in Österreich: Premierminister Nikola Gruevski, Fespräche mit Bundeskanzler Werner Faymann (27. August); Staatssekretär Jovan Andonovski, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (9. Oktober); Kulturministerin Elisabeta Kanceska-Milevska, Gespräche mit Bundesministerin Claudia Schmied (15. Oktober).

Die Unterzeichnung des bilateralen Kulturabkommens fand am 15. Oktober in Wien statt. Das erste Treffen der Gemischten Wirtschaftskommission wurde am 25. und 26. Oktober in Skopje abgehalten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 242.000 Euro erbracht.

Das ADA-Koordinationsbüro in Skopje wurde am 30. Juni geschlossen.

Im Rahmen der Kulturarbeit der Botschaft wurden in Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen zahlreiche Projekte realisiert, unter denen insbesondere das Architekturforum Skopje (25.–27. Mai), die Ausstellung „Culture Matters“ (25. Februar bis 7. März) und der Workshop mit Abschlusskonzert „Mahler – A Vision’s Gleaming Sounds“ (6.–9. November) der Gruppe shortfilmlivemusic hervorzuheben wären.

Die österreichischen Exporte betrugen 88,793 Millionen Euro (-0,5%), die Importe 36,156 Millionen Euro (+18,3%).

Mexiko
(Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Felipe Calderón Hinojosa	Patricia Espinosa Cantellano

Mexiko-Stadt – **ÖB, KF, AHSt;** Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef (Energie) Alfred Maier, BMWFJ, Teilnahme am 12. Internationalen Energie Forum (IEF) und am 4. Internationalen Energie-Wirtschafts-Forum (IEBF) (Cancun, 30. und 31. März); Bundesministerin Claudia Schmied, Grundsteinlegung der Österreichischen Schule in Querétaro, Treffen mit Bildungsminister Alonso Lujambio Irazábal (15. und 16. August); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme an der 16. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen COP 16 (Cancun, 7.–11. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenministerin Patricia Espinosa Cantellano, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger (31. August), Teilnahme an der Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (2. September); Vizeministerin Lourdes Aranda Bezaury, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (31. August); Vizeminister Fernando Tudela, Teilnahme an der Ministerkonferenz „Vienna Climate Dialogue“ (17.–20. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Das Programm des Kulturforums Mexiko stand ganz im Zeichen des mexikanischen „Bicentenario"-Jubiläumsjahres, in dem Mexiko des Ausbruchs der Unabhängigkeitskämpfe im Jahr 1810 sowie des Beginns der mexikanischen Revolution im Jahr 1910 gedachte. So widmete sich u.a. die vierte Ausgabe der Publikation des Kulturforums „Austria.mx" dem Thema „Freiheit, Revolution und Unabhängigkeit". Als literarische Visitenkarte Österreichs konnte der zeitgenössische Erzählband „Una luz sobre la cabeza / Ein Licht über dem Kopf" mit Essays und Kurzgeschichten namhafter österreichischer AutorInnen, wie z.B. Elias Canetti, Barbara Frischmuth und Marlene Streeruwitz, und einem Vorwort von Elfriede Jelinek in Druck gehen.

Arbeiten, Vorträge sowie Workshops von Kurt Hentschläger und dem Künstlerduo Christa Sommerer und Laurent Mignonneau waren Teil des Programms der gemeinsam von der Ars Electronica und dem „fmx Festival de México" kuratierten Ausstellung „dynamic(in)position" (11.–28. März). Mit ihren Arbeiten bei der Wechselausstellung „Salzburg – Mexiko" legten Elisabeth Wörndl, Partrick Schaudy, Ursula Hansbauer und Christian Schwarzwald sowie ihre mexikanischen KollegInnen einen Schwerpunkt auf Fotografie, Zeichnung, Malerei und Installationen (13. Mai bis 18. Juni). Den Kulturbeitrag der EU-Mitgliedstaaten zu den Bicentenario-Feierlichkeiten stellt die Ausstellung „Cruce de Caminos / Wegkreuzung" dar, die Werke europäischer KünstlerInnen, die seit langem in Mexiko leben, präsentierten. Für Österreich wurden Werke von der Malerin Maria Gradwohl ausgestellt (Guanajuato, seit 14. Juli). Einen Einblick in das Schaffen österreichischer Architekten, die in Lateinamerika eine neue Heimat gefunden haben, bietet die Wanderausstellung „Construyo / Ich baue" (seit 10. November).

Den Auftakt im Musikprogramm machte Angela Tröndle, Teilnehmerin des „New Austrian Sound of Music", mit ihrem „Trio Mosaik" beim Eurojazz-Festival (19. März) sowie weitere Auftritte in Jazzclubs und Universitäten (14.–20. März). In den Genres der experimentellen Improvisation und elektronischen Musik absolvierte Burkhard Stangl eine Reihe von Konzerten beim Festival „Radar" (19. März bis 1. April). Jörg Demus trat im Rahmen seiner Konzertreise im Sala Nezahualcóyotl der UNAM sowie in Monterrey, Torreón und Campeche auf und gab außerdem ein Hauskonzert in der Botschaftsresidenz und zwei Meisterklassen im Nationalen Konservatorium für Musik (23. Mai bis 4. Juni). Die „Camerata Salzburg" konnte als österreichischer Beitrag zum mexikanischen Jubiläumsjahr gewonnen werden und gab Konzerte beim „Festival Internacional de Música Morelia" (Morelia, 13. und 14. November) sowie eine Meisterklasse (Cuitzeo, 15. November).

Lilian Faschinger nahm als österreichische Vertreterin am jährlichen DeutschlehrerInnentreffen „AMPAL" und am IV. Europäischen Literaturfestival teil (1.–18. Mai). Die Literaturreihe „Austria entre Líneas / Österreich zwischen den Zeilen" widmete sich in diesem Jahr mit einer zweisprachigen Lesung von Texten von Stefan Zweig mit anschließender Vorführung von „Exile Family Movie", einem Film des österreichischen Regisseurs Arash T. Riahi, dem Thema Migration (2. Dezember).

Szenische Lesungen und Workshops von und mit Ewald Palmetshofer wurden im zweiten deutschsprachigen Theaterzyklus „Theaterwelt" vorgestellt (Juni, Juli). Die Tanztheater-Gruppe „Carpa" trat beim „Festival de Octubre" auf (Baja California, 20-7. Oktober). Aline Kristin Mohl vertrat Österreich beim „Festival Interferencias" (San Luis Potosí, 19. November bis 12. Dezember).

Im Filmbereich beteiligte sich Österreich mit der Retrospektive des Experimentalfilmers Gustav Deutsch am „Ambulante"-Dokumentarfilmfestival (16.–21. Februar). Regine Müller präsentierte ihre Dokumentation „Die Theatermacher – Juan José Gurrola spielt Thomas Bernhard" (1. März). Daneben wurde das Werk Michael Hanekes in einer Retrospektive in der renommierten „Cineteca Nacional" in Mexico City gewürdigt (24. Juni bis 11. Juli). Mit der österreichisch-italienischen Produktion „La Pivellina" beteiligten sich Rainer Frimmel und Tizza Covi am „Cinema Europa"-Festival (15.Oktober). Lotte Schreiber setzte die Dreharbeiten zu ihrem Dokumentarfilm „Tlatelolco 02" fort (9.–20. Oktober), während Andreas Prochaska mit seinem Film „In drei Tagen bist du tot" am „Morbido"-Filmfestival teilnahm (Tlalpujahua, 28.–31. Oktober). Im Rahmen des Kulturprogramms während der VN-Klimakonferenz COP16 in Cancun stellte Werner Boote seinen Dokumentarfilm „Plastic Planet" vor (Cancún, 29. November bis 10. Dezember).

19 WissenschafterInnen des Instituts für Philosophie der Universität Wien hielten im Rahmen des fünften wissenschaftlichen Kongresses der Partneruniversität UAEMex Vorträge zu unterschiedlichen Themen (Toluca, 8.–12. November). Das KF vertrat österreichische Universitäten auf der gut besuchten Bildungsmesse „Europosgrados" (22. und 23. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 383,225 Millionen Euro (+38,3%), die Importe 213,623 Millionen Euro (+42,5%).

Mikronesien
(Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Emanuel Mori	Lorin S. Robert

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden keine österreichischen Exporte verzeichnet. Die Importe betrugen 33.000 Euro (+918,8%).

Moldau
(Republik Moldau), Chişinău

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marian Lupu	Vlad Filat	Iurie Leanca
(seit 31. Dezember amtierend)		

Chişinău – **ÖB** zugleich **Koordinationsbüro der OEZA, AHSt** mit Sitz in Bukarest

Bundeskanzler Werner Faymann ist am Rande einer Konferenz über die EU-Donauraum-Strategie in Budapest zu einem bilateralen Gespräch mit Ministerpräsident Vlad Filat zusammengetroffen (25. Februar).

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Finanzminister Veaceslav Negruta und Nationalbank-Gouverneur Dorin Dragutan, Vortrag über bilaterale Beziehungen an der ULIM-Universität sowie Besuch Concordia-Kinderheim (3. und 4. März); Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Emil Brix, Treffen mit Kulturminister Boris Focsa und Chişinăuer Bürgermeister Dorin Chirtoaca (22. und 23. März); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Iurie Leanca (9. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Teilnahme am Zeremoniell des Spatenstichs für die Wiederherstellung von 81 Häusern im Dorf Nemteni (Projekt der österreichischen NRO Concordia), Eröffnung des FLOW Festivals in Chişinău, Gespräch mit Außenminister Iurie Leanca (16.–19. September); Bundesministerin Maria Fekter, Gespräche mit Premierminister Vlad Filat, Außenminister Iurie Leanca, sowie Innenminister Victor Catan, Unterzeichnung eines Polizeikooperationsabkommens und eines Rückübernahmeabkommens (25. und 26. September); ADA-Geschäftsführerin Botschafterin Brigitte Öppinger-Walchshofer, Unterzeichnung einer Kofinanzierung für das ADA Wasserversorgungsprojekt Nisporeni, gemeinsam mit Bürgermeister der Stadt Nisporeni Ion Gangan und Botschafter Dirk Schübel, Leiter der EU Delegation (6. Oktober); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Fachgespräche (2. und 3. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Iurie Leanca, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (9. Februar).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1,409 Millionen Euro erbracht.

Das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa organisierte im September im Auftrag des BMeiA das FLOW Festival, das Künstler und Wissenschafter aus den Ländern des Donauraums zu einem dreitätigen Symposium zusammenbrachte. Diverse weitere Projekte sollen aus diesem Treffen hervorgehen.

Derzeit ist rund ein Dutzend österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen auf dem Markt der Republik Moldau aktiv. Die Hauptexporte sind Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren. Die Einfuhren werden von Nahrungsmitteln und lebenden Tieren, sonstigen Fertigwaren, Rohstoffen (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe) und bearbeiteten Waren dominiert.

Die österreichischen Exporte betrugen 32,905 Millionen Euro (+11,5%), die Importe 15,243 Millionen Euro (+38,2%).

Monaco
(Fürstentum Monaco), Monaco-Ville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fürst Albert II. Grimaldi	Michel Roger (seit 29. März)	Franck Biancheri

Monte Carlo – **HGK**

Besuch aus Österreich: Volksanwalt Peter Kostelka, Treffen mit ParlamentarierInnen (220-25. April).

Botschafter Hubert Heiss und Botschafter des Fürstentums Monaco in Paris Jean Pastorelli unterzeichneten am 19. Mai das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Monaco über den Informationsaustausch in Steuersachen. Das Abkommen trat am 1. August in Kraft.

Mongolei
(Mongolei), Ulan Bator

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tsakhia Elbegdorj	Sukhbaatar Batbold	Gombojav Zandanshatar

Ulan Bator – **HK; ÖB, KF** und **AHSt:** siehe China

Besuche aus Österreich: Zweiter Präsident des Nationalrats Fritz Neugebauer, Gespräche mit Parlamentspräsident Damdiny Demberel, Bildungsminister Yondon Otgonbayar, mit dem stv. Bürgermeister von Ulan Bator Baldan Baatarzorig, dem Vorsitzenden der Wirtschafts- und Handelskammer der MNG Sambuu Demberel, dem Vorsitzenden der MNG-Gewerkschaften Sainkhuu Ganbaatar (30. Juli bis 5. August).

Besuche in Österreich: Premierminister Sukhbaatar Batbold, Gespräche mit Bundeskanzler Werner Faymann (9. März); Landwirtschaftsminister Tunjin Badamjunai, 4. Tagung der Gemischten Kommission für bilaterale Handels- und Wirtschaftsfragen, Gespräche mit Generalsekretär Reinhard Mang, BMLFUW, und Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz (23.–25. Februar).

Die wissenschaftliche und universitäre Kooperation mit nunmehr insgesamt fünf mongolischen Universitäten im Rahmen des Universitätsnetzwerks Eurasia-Pacific Uninet wurde fortgeführt, wie auch die Vergabe von Fördermitteln und Stipendien an mongolische AkademikerInnen und WissenschafterInnen zur Durchführung ihrer Studien- und Forschungsprojekte in Österreich.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,299 Millionen Euro (+24,3%), die Importe 1,098 Euro (11,6%).

Montenegro
(Montenegro), Podgorica

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Filip Vujanović	Igor Lukšić (seit 29. Dezember)	Milan Roćen

Podgorica – **ÖB**, **AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Serbien; Budva – **HGK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef Michael Franz, BMUKK, Eröffnung der Ausstellung „In Between. Austrian Contemporary" (23. Jänner); Botschafter Franz-Josef Kuglitsch, Teilnahme an der ZEI-Eröffnungskonferenz des montenegrinischen Vorsitzes (17. und 18. Februar); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Treffen mit Staatspräsident Filip Vujanović, Justizminister Miraš Radović und Europaministerin Gordana Djurović sowie anlässlich des Abschlusses des österreichischen EU-Twinning-Projekts zur Justizverwaltungsreform und Strafgerichtsordnung (21. und 22. Februar); Staatssekretär Reinhard Lopatka, Treffen mit Vizepremier- und Finanzminister Igor Lukšić, Europaministerin Gordana Djurović, Wirtschaftsminister Branko Vujović und Zentralbankgouverneur Ljubiša Krgović (18. und 19. März); Bundesministerin Beatrix Karl, Treffen mit Vizepremierminister Vujica Lazović und Europaministerin Gordana Djurović sowie Teilnahme and der 19. CEEPUS-Minister-Konferenz in Budva (25. und 26. März); Sektionschef Michael Franz, BMUKK, Treffen mit Kulturminister Branislav Mićunović und Teilnahme an der südosteuropäischen Kulturminister Konferenz (23.–25. April); Vizepräsidentin des Bundesrates Susanne Neuwirth, Treffen mit Parlamentspräsident Ranko Krivokapić, Teilnahme am ZEI-Parlamentarierkommitee in Budva (26. und 27. April); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Treffen mit Innenminister Ivan Brajović und Polizeigeneraldirektor Veselin Veljović sowie Teilnahme an der 39. Interpol-Konferenz in Budva (27. und 28. Mai); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Premierminister Milo Djukanović, Parlamentspräsident Ranko Krivokapić und Außenminister Milan Roćen, Unterzeichnung des bilateralen Abkommens zur sozialen Sicherheit (1. Juni); Universitätsprofessor Hannes Tretter, Direktor des Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, Treffen mit dem Dekan der Juristischen Fakultät Ranko Mujović und Gastvorlesungen (4.–8. Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Außenminister Milan Roćen und Teilnahme and der ZEI-Außenministerkonferenz (15. Juni); Bundesministerin Maria Fekter, Treffen mit Innenminister Ivan Brajović und Polizeigeneraldirektor Veselin Veljović; Unterzeichnung des bilateralen Rückübernahmeabkommens (24. und 25. Juni); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit a.D. Elmar Marendt, Treffen mit Polizeigeneraldirektor Veselin Veljović, Übernahme der Funktion des Polizeiberaters für Montenegro im Rahmen von ILECUS (30. August); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Treffen mit Außenminister Milan Roćen, Verteidigungsminister Boro Vučinić, Kulturminister Branislav Mićunović und Generalsekretär Mirsad Bibović, Eröffnung der neuen Amtsräume der Botschaft (1. Oktober); Vizepräsidentin des Bundesrats Susanne Neuwirth, Treffen mit Parlamentspräsident Ranko Krivokapić, Teilnahme am ZEI-Parlamentarier-Treffen in Budva (25.- 28. November); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit a.D. Elmar Marendt (Polizeiberater Montenegros), Treffen mit Innenminister Ivan Brajović und Polizeigeneraldirektor Veselin Veljović anlässlich der Eröffnung der ILECUS-Kontaktstelle in Montenegro (10. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister Milo Djukanović, Treffen mit Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Verleihung der Würde des Ehrenprotektors der Europäischen Akademie der Wissenschaften Salzburg (Salzburg, 6. März); Premierminister Milo Djukanović, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme an den Salzburger Festspielen (27. August); Innenminister Ivan Brajović, Treffen mit Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme an der IACA-Eröffnungskonferenz (1.- 3. September); Landwirtschaftsminister Milutin Šimunović, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Unterzeichnung des bilateralen Memorandums of Understanding (1.–3. Juni); Vizeaußenministerin Irena Radović, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle sowie Unterzeichnung des Protokolls zur Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Bildung (23. Juli); Europaministerin Gordana Djurović, Treffen mit Bundesministerin Beatrix Karl, Teilnahme am Europaforum Alpbach (26. und 27. August); Außenminister Milan Roćen, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (30. November).

Im Jahr 2010 wurde das bilaterale Abkommen zur sozialen Sicherheit, das Ressortübereinkommen bzw. Protokoll zur bilateralen Durchführung des Abkommens zur Rückübernahme zwischen der EU und Montenegro, das Protokoll der Tagung der gemischten Österreichisch-Montenegrinischen Kommission über die erneuerte Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und des Bildungswesens, das Ressortübereinkommen über den Personen- und Güterverkehr und das bilaterale Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit der Landwirtschaftsministe-

rien unterzeichnet. Im Rahmen des Ressortabkommens zwischen dem BMLVS und dem montenegrinischen Verteidigungsministerium wurde das Arbeitsprogramm 2010 angenommen.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1,279 Millionen Euro erbracht.

Der Bildungsbeauftragte des BMUKK setzte Aktivitäten im Rahmen der Programme ECONET zur schulischen Förderung der Gründung von Klein- und Mittelbetrieben und TOUREG zur Vermittlung von für den Fremdenverkehr wichtigen Kenntnissen fort. Die an der Germanistik der Universität Nikšić tätige Lektorin hat ihr Hauptaugenmerk auf Vorhaben zur Förderung des Unterrichts von Deutsch als Fremdsprache gelegt.

Schwerpunkt der Kulturarbeit war die Zusammenarbeit und Förderung des Montenegrinischen Symphonieorchesters, das symphonische Werke österreichischer Komponisten von der Klassik bis zur Moderne dargeboten hat und durch diverse Förderer aus Österreich mit Notenmaterial österreichischer Kompositionen ausgestattet wurde. Weitere musikalische Beiträge waren Konzertreisen des Trios JES der Geschwister Kropfitsch mit zeitgenössischer Musik aus Österreich sowie die Präsentation österreichischer Jazz-Gruppen mit Konzerten von Parov Stelar in Podgorica und der Teilnahme des Duos Rabitsch und der Gruppe Key Trio am Jazz-Festival in Petrovac. Die Anfang Jänner im Schloss Petrović in Podgorica gezeigte Ausstellung des BMUKK „In Between. Austria Contemporary“ und die erstmalige Beteiligung Österreichs an der Künstler- und Bildhauerkolonie in Danilovgrad im September stellten die Beiträge aus dem Bereich der Bildenden Kunst dar. Anlässlich der Eröffnung der neuen Amtsräume der Botschaft wurden in den multifunktionalen Veranstaltungsräumen Werke zeitgenössischer Künstler mit Österreich-Bezug ausgestellt.

Die österreichischen Exporte betrugen 63,597 Millionen Euro (+20,7%), die Importe 4,984 Millionen Euro (+380,6%).

Mosambik
(Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Armando Guebuza	Aires Bonfacio	Oldemiro Júlio
	Baptista Ali	Marques Baloi

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Justizministerin Maria Benvinda Delfina Levi, Gründung der Internationalen Anitikorruptionsakademie (IACA) (2. und 3. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5,265 Millionen Euro erbracht.

Das Zweigbüro des Österreichischen Kooperationsbüros in Beira wurde im Herbst geschlossen.

Der österreichische Film „Kleine Fische“ wurde bei Filmwochen in mehreren Städten des Landes erfolgreich eingesetzt.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,443 Millionen Euro (-48,1%), die Importe 349.000 Euro (-37,8%).

Myanmar
(Union Myanmar), Naypyidaw,

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Than Shwe	Thein Sein	Nyan Win

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 5.000 Euro erbracht.

Im Rahmen des Memorandum of Understanding zwischen Österreich und Thailand für ein ASEAN-European University Network (ASEA Uninet) Thailand On Place Scholarship Programme können StudentInnen aus Myanmar mit österreichischen Mittel an Universitäten in Thailand studieren.

Die Exporte betrugen 5,654 Millionen Euro (+50,5%), die Importe 8,361 Millionen Euro (+30,3%).

Namibia
(Republik Namibia), Windhoek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hifikepunye Pohamba	Nahas Angula	Marco Hausiku

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef im BMVIT Andreas Reichhardt, Treffen mit Vize-Transportminister Samuel Ankama und Delegationsgespräche (17.–21. Mai).

Im Februar trat das oberösterreichische Bläserensemble „Cappella Concertante“ in Windhoek auf.

Die österreichischen Exporte betrugen 9,184 Euro (+33,8%), die Importe 1,645 Millionen Euro (+23,9%).

Nauru
(Republik Nauru), Yaren District

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Marcus Stephen	Kieren Keke

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 1.000 Euro. Es wurden keine Importe verzeichnet.

Nepal
(Demokratische Bundesrepublik Nepal), Kathmandu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Ram Baran Yadav	Madhav Kumar Nepal	Sujata Koirala

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – **HK**

Im Rahmen der österreichischen Unterstützung für den verfassungsgebenden Prozess in Nepal und der Ausarbeitung einer föderalistischen Verfassung führte Österreich im August ein Seminar für nepalesische Verfassungsexperten in Wien und in den Bundesländern durch. Bereits am 11. November 2009 hatte Österreich ein erstes Seminar für eine hochrangige Delegation nepalesischer Verfassungsjuristen veranstaltet. Beide Treffen wurden vom Völkerrechtsbüro des BMeiA organisiert.

Österreich beteiligte sich mit zwei Militärexperten (“Arms Monitors“) an UNMIN.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von 342.000 erbracht.

Im Mittelpunkt der kulturellen Zusammenarbeit mit Nepal stand in den letzten Jahren die mit österreichischer Unterstützung durchgeführte Adaptierung des Königspalastes in Patan zu einem Museum sowie die Restaurierung der historischen Gartenanlage Keshar Mahal Garden of Dreams (Garden of the Six Seasons) in Kathmandu .

Derzeit sind die beiden nepalesischen Universitäten Kathmandu University und Tribhuvan University sowie ICIMOD Kathmandu (International Center for Integrated Mountain Development) Mitglieder im Eurasia-Pacific-Uninet. Es werden regelmäßig ForscherInnen und ProfessorInnen zwischen den nepalesischen Institutionen und österreichischen Universitäten ausgetauscht und gemeinsame wissenschaftliche Projekte durchgeführt. Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten.

Die Exporte betrugen 1,876 Millionen Euro (+29,1%), die Importe 2,709 Millionen Euro (+72,9%).

Neuseeland
(Neuseeland), Wellington

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	John Key	Murray McCully

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Anand Satyanand

ÖB, AHSt, ÖW: siehe Australien; Wellington – **HGK;** Auckland, Christchurch – **HK**

Besuche in Österreich: Justizminister Simon Power mit hochrangiger Delegation, Gespräche mit Bundesministerin Bandion-Ortner und Vertretern österreichischer (Straf)Gerichtshöfe sowie der Vereinigung österreichischer Strafverteidiger (16. und 17. Juni); Außenminister Christopher Finlayson, Gespräche mit Bundesminister Michael Spindelegger und mit Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Eröffnung der neuseeländischen Botschaft sowie des nach Wien verlegten Hauptquartiers von „TAIT Electronics", Teilnahme am Konzert des „NZ Symphony Orchestra" im Musikverein (4.–7. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 69,719 Millionen Euro (+3,7%), die Importe 47,568 Millionen Euro (+10,6%).

Cook Inseln

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Niue

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Nicaragua
(Republik Nicaragua), Managua

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Daniel Ortega	Samuel Santos

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Managua – **Koordinationsbüro der OEZA**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 4,773 Millionen Euro erbracht.

Carola Mair präsentierte ihren Film „Circo Fantazztico" im Rahmen des Granada-Zirkusfestivals (Granada, 29. Jänner).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,760 Millionen Euro (+143,2%), die Importe 2,958 Millionen Euro (-3,0%).

Niederlande
(Königreich der Niederlande), Amsterdam

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Beatrix	Mark Rutte	Uri Rosenthal

Den Haag – **ÖB, AHSt**; Amsterdam – **HGK, ÖW**; Eindhoven – **HK**, Rotterdam – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesrat Albrecht Konecny, Teilnahme an der Interparlamentarischen Konferenz zur „Verbesserung der Rechenschaftspflicht über EU-Gelder in den EU-Mitgliedstaaten" (Den Haag, 28. und 29. Jänner); Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates und des Vereins des „DDr. Herbert Batliner Europainstituts" Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Besuch bei Prinzessin Laurentien, Präsidentin der European Cultural Foundation (ECF), in Vorbereitung der Vergabe des Preises der Batliner-Stiftung an die ECF (Den Haag, 30. März); Generaldirektor des International Centre for Migration Policy Development Peter Widermann, Arbeitsgespräche mit dem Generalsekretär im Justizministerium Joris Demmink und mit dem Direktor der Abteilung für Migration im Außenministerium (Den Haag, 22. Juni); Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer, Arbeitsgespräch mit Generaldirektor im niederländischen Wirtschaftsministerium Roderick van Schreven (Den Haag, 12. Mai); Bürgermeisterdelegation in Begleitung der Musikkapelle Mils bei Imst, Teilnahme an dem anlässlich „65 Jahre Befreiung Holland" veranstalteten Sport- und Kulturfest in Breda, Benefizfußballspiel österreichischer und niederländischer Bürgermeister zugunsten der Niederländischen Lepra-Stiftung (Breda, Den Haag, Amsterdam, 14.–17. Mai); Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Medizinrecht Alfred Radner in Begleitung einer Delegation, Exkursion zum Vergleich des Gesundheitswesens in Österreich und den Niederlanden (Den Haag, Amsterdam, Utrecht, 21.–26. Juni); Präsident des Österreichischen Zweigvereins der International Law Association August Reinisch (Delegationsleiter), Teilnahme an der 74. Konferenz der International Law Association (Den Haag, 15.–20. August); Bundesministerin Maria Fekter, Gespräch mit Europol-Direktor Rob Wainwright (Den Haag, 8. Oktober); Sektionsleiter im BMeiA Walter Grahammer, Arbeitsgespräch mit dem amtierenden Generaldirektor für EU-Angelengeheiten im niederländischen Außenministerium Simon Smits (Den Haag, 4. Oktober).

Besuche in Österreich: Prinzessin Laurentien in Begleitung von Prinz Constantijn, Entgegennahme des Herbert Batliner Preises in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der European Cultural Foundation (Salzburg, 26. Juli).

Am 22. Dezember wurde im niederländischen Außenministerium die österreichische Ratifikationsurkunde des Übereinkommens über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern hinterlegt. Am 1. Juli trat das am 8. September 2009 unterzeichnete Protokoll samt Zusatzprotokoll zur weiteren Abänderung des bilateralen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in Kraft.

Das Interesse an moderner österreichischer Kunst zeigte sich bei dem Rotterdamer Festival „De Wereld van Witte de With", an dem die Künstlergruppen „Ubermorgen.com", „Monochrom", „Transforming Freedom" sowie „Dolce & Afghanen" mitwirkten. In Den Haag fanden mehrere Ausstellungen statt: Neben Michael Gumhold waren im Rathaus zwei Ausstellungen über Wien – UNO-City und Unesco-Weltkulturerbe – zu sehen; im Pressezentrum des Parlaments wurde „Culture Matters" gezeigt. In Rotterdam war auch eine umfangreiche Ausstellung mit Werken von Albin Egger Lienz zu sehen.

Im Jänner erhielt „Soap & Skin" während des Groninger Musikfestivals „EuroSonic Noorderslag" den „European Border Breaker Award". Mehrere Tanzveranstaltungen bestätigten die guten Kontakte zwischen der österreichischen und der niederländischen Tanzszene – „Superamas", „He & She Derwish", Chris Haring und das Tanzfilmprojekt. „Cinedans".

Der Schriftsteller Robert Menasse begab sich auf eine Lesereise an verschiedene Universitäten und beteiligte sich im Pressezentrum des Parlaments an einer öffentlichen Europa-Debatte. Anlässlich „Österreich liest" wurde bei diversen öffentlichen Bibliotheken eine Woche lang der

Focus auf österreichische Literatur und Österreich gerichtet, und deutschsprachige Leser stellten Werke österreichischer AutorInnen im Rahmen eines Leseabends vor.

EUNIC veranstaltete eine Reihe mit dem Titel „Changing Europe-Changing Arts" mit einem österreichischen Beitrag der „Brunnengasse". Am 8. März fand eine Debatte zum Internationalen Frauentag mit „Frauen in der Kunst" statt, die österreichische Teilnehmerin war Margret Wibmer. Ein weiteres EUNIC-Projekt, war ein Abend mit Krimi-Autoren im Rahmen der niederländischen „Woche des spannenden Buches" mit der Wiener Krimi-Autorin Edith Kneifl. Als Rahmenprogramm des „Congress of International Historians" gestaltete EUNIC eine Filmreihe mit historischen Filmen mit dem österreichischen Beitrag „Hasenjagd".

Die österreichischen Exporte betrugen 1.731,800 Millionen Euro (+7,9%), die Importe 3.230,311 Millionen Euro (+16,8%).

Niger
(Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Salou Djibo	Touré Aminatou Maïga
(seit 18. Februar)	(seit 1. März)

ÖB: siehe Algerien; Niamey – **HK, AHSt:** siehe Marrokko

Die österreichischen Exporte betrugen 543.000 Euro (+85,8%), die Importe 24.000 Euro (-70,5%).

Nigeria
(Bundesrepublik Nigeria), Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Goodluck Ebele Jonathan	Henry Odein Ajumogobia
(seit 6. Mai)	(seit 6. April)

Abuja – **ÖB;** Lagos – **AHSt/ÖB Handelsabteilung;** Kaduna – **HK**

Besuche in Österreich: Justizminister Mohammed Bello Adoke unterzeichnete in Wien (30. Dezember) für Nigeria den Gründungsvertrag der Internationalen Anti-Korruptionsakademie.

Die österreichischen Exporte betrugen 96,970 Millionen Euro (-0,5%), die Importe 360,426 Millionen Euro (+109,4%).

Norwegen
(Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Harald V.	Jens Stoltenberg	Jonas Gahr Støre

Oslo – **ÖB, HGK, AHSt;** Ålesund, Bergen, Kristiansand, Stavanger, Tromsø, Trondheim – **HK; ÖW:** siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Teilnahme an einem Treffen der „Sozialistischen Internationale der Frauen" (9.–11. April); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, bilateraler offizieller Besuch, Konsultationen mit Justizminister Knut Storberget, (Oslo und Stavanger, 14.–17. September); OSZE Parlamentarische Versammlung, Teilnahme einer österreichischen Parlamentarierdelegation (6.–10. Juli); stellvertretender Chef des Generalstabes Generalleutnant Othmar Commenda, Besuch der NATO Übung Cold Response, (Narvik, 20-25. Feber).

Besuche in Österreich: Präsident des Storting (norwegisches Parlament) Thorbjørn Jagland, Auszeichnung mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich durch Bundespräsident Heinz Fischer (25. März); Kronprinzessin Mette Marit, Teilnahme an der UNAIDS-Konferenz in Wien (16.–19. Juli).

Als Gründungsmitglied von EUNIC Norway war die Botschaft an einer Reihe von Projekten im Rahmen dieses Netzwerkes beteiligt.

Im Filmbereich war Österreich auf dem Kunstfestival Piksel mit Wolfgang Spahn, Korinna Lindinger, Christian Gützer und Emanuel Andel vertreten (18.–21. November). An der Osloer Kulturnacht (24. September) nahm Österreich mit dem Film „Ein Augenblick Freiheit" teil. Regisseur Christoph Rainer nahm mit „Catafalque" am 33. Norwegischen Kurzfimfestival in Grimstad teil (16.–21. Juni).

Die langjährige Veranstaltungsreihe „Literarischer Salon", das einzige Forum für österreichische Literatur in Norwegen, wurde mit einer Präsentation von Verena Rossbacher (März), Elisabeth Beanca Halvorsen über Elfriede Jelineks Autorenschaft (September), Reinhard Kaiser-Mühlecker in Halden (September) sowie Bernhard Strobel und Bjarte Breiteig (November) fortgesetzt.

Im Musikbereich stand das Jahr im Zeichen des Jazz. Das HDV Trio trat im Rahmen der European Jazz Nights auf (28. Jänner). Die xyBand (Lorenz Raab) vertrat Österreich beim 12Points! Festival, das in Stavanger gastierte (14. Februar). Die Soundartisten Professor Franz Pomassl, Anna Ceeh und Stefan Mitterer präsentierten in Sørfinnset (Nordland) im Rahmen des Kunstprojektes „Sørfinnset Skole/the nord land" ein Tonkunstprojekt (14.–31. Juli). Das „Vienna Classical Trio" gab vier Konzerte mit Werken von Bach, Händel und Mozart und Uraufführungen eigener Kompositionen der Flötistin Karin Leitner (14.–21. März).

Die österreichischen Exporte betrugen 423,719 Millionen Euro (-12,0%), die Importe 583,904 Millionen Euro (+11,0%).

Oman
(Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sultan Qaboos bin Said Al Said	Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	Yusuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB; AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Delegation des Nationalrates (27. und 28. Februar), Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Weninger, Johannes Hübner, Judith Schwendtner, und Herbert Scheibner, Treffen mit Präsidenten des Staatsrates Yahya bin Mahfoodh Al-Manthari, Außenminister Yousuf bin Alawi bin Abdullah, Handels-, Wirtschafts- und Industrieminister Maqbool Sultan, Verteidigungsminister Badr Saud Al-Busaidi, Generalsekretär im Finanzministerium Darwish Ismail Al Balushi, und Generalsekretär im Außenministerium Badr Hamad Al Busaidi. Im Zuge des Besuchs des Präsidenten des Rechnungshofes Josef Moser (23. und 24. Oktober) beim Präsidenten des omanischen Rechnungshofes, Abdullah Al Busaidi, wurde ein MoU zur Zusammenarbeit unterzeichnet.

Besuche in Österreich: Der Präsident des omanischen Rechnungshofs, Abdullah Al Busaidi, besuchte Rechnungshofpräsidenten Josef Moser am 28. und 29. Juni.

Am 6. November Eröffnung der Universität in Al Buraimi in Anwesenheit der Ministerin für Höhere Bildung Rawya Al Busaidia und Innenminister Saud Al Busaidi sowie von VertreterInnen der beteiligten österreichischen Universitäten und Fachhochschulen (Universität Wien, TU Wien, FH IMC Krems und FH Campus Wien).

Von 24. September bis 13. Oktober fand die Gemeinschaftsausstellung „Under the same sky" von vier österreichischen und sechs omanischen KünstlerInnen in Mistelbach statt. Es gab zwei oma-

nische TeilnehmerInnen am "First Arab-European Young Leaders Forum" (23.–27. November in Wien).

Die österreichischen Exporte betrugen 64,135 Millionen Euro (+11,9%), die Importe 886.000 Euro (-58,3%).

Pakistan

(Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Asif Ali Zardari Yusuf Raza Gilani	Syed Makhdoom Qureshi	Makhdoom Shah Mehmood

Islamabad – **ÖB**; Karachi, Lahore – **HK**; Karachi – **Korrespondenzbüro der WKÖ (Marketing Office), AHSt**: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Minister für Wasser und Energie Raja Pervez Ashraf, Gespräche mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Direktor der Kontrollbank Rudolf Scholten sowie WirtschaftsvertreterInnen (28. November bis 1. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 47.000 Euro erbracht.

Österreich leistete Soforthilfe für die Opfer der Flutkatastrophe.

Zwischen Österreich und Pakistan besteht seit mehreren Jahren eine intensive Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, in deren Rahmen derzeit etwa 350 AbsolventInnen pakistanischer technischer und naturwissenschaftlicher Studienrichtungen in Österreich ihr Doktoratsstudium absolvieren.

Die österreichischen Exporte betrugen 76,901 Millionen Euro (-43,3%), die Importe 66,473 Millionen Euro (+9,7%).

Palästinensische Gebiete
(Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)

Präsident der Palestinian Authority	Regierungschef	Außenminister
Mahmoud Abbas	Salam Fayyad	Riyad al-Malki

Ramallah – **Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palestinian Authority**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Werner Faymann, offizieller Arbeitsbesuch, Treffen mit dem Vorsitzenden der Palestinian Authority, Mahmoud Abbas, sowie Regierungschef Salam Fayyad (24. Juni); Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Arbeitsbesuch, Treffen mit dem Präsidenten der Palestinian Authority, Mahmoud Abbas, Regierungschef Salam Fayyad und Außenminister Riyad Malki (16. Februar); Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Teilnahme an der Generalversammlung der International Women's Commission (IWC) in Jericho sowie ein "round table meeting" mit palästinensischen Frauen (u.a. Tourismusministerin Khuloud Daibes) (13.–17. Oktober).

Besuche in Österreich: Nabil Shaath, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Abgeordnete, Mitarbeiter des österreichischen Außenministeriums, sowie politische Aktivisten (30. November).

Im Rahmen der OEZA werden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 3,372 Millionen Euro erbracht.

An der ESVP-Polizeimission EUPOL COPPS ist Österreich mit einem Polizisten beteiligt.

Sechs österreichische Zivildiener arbeiten im Österreichischen Hospiz zur Heiligen Familie in Jerusalem und ein Zivildiener in Beit Emmaus (Qubeibeh).

Zum 5. Mal fand unter der Leitung des Cellisten Erich Oskar Hütter das „Sounding Jerusalem" Kammermusikfestival statt, das vom 27. Juni bis 11. Juli Musikerpersönlichkeiten aus Österreich und aus den Palästinensischen Gebieten und Israel in Jerusalem, Nablus, Hebron, Ras Karkar, Qubeibeh, Abu Gosh, En Karem, Bethlehem und Jericho zu Konzerten und einem Percussionsworkshop zusammenbrachte.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,983 Millionen Euro (+190,2%), die Importe 60.000 Euro (+34,8%).

Palau
(Republik Palau), Koror

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Johnson Toribiong

Außenminister
Victor Yano

ÖB: siehe Philippinen; **AHSt:** siehe Philippinen

Österreich nahm am EU-Filmfestival (10.–12. Juni) mit dem Filmbeitrag „Lapislazuli – im Auge des Bären" teil. An der Eröffnungszeremonie des Filmfestivals nahmen der Außenminister und der Bildungsminister von Palau teil.

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

Panama
(Republik Panama), Panama-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ricardo Martinelli

Außenminister
Juan Carlos Varela

ÖB: siehe Kolumbien; Panama-Stadt – **HGK; AHSt:** siehe Mexiko

Besuche in Österreich: Vizeaußenminister Meliton Alejandro Arrocha Ruiz, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (22. April).

Drei Auslandsdiener waren im Rahmen eines Bildungsprojekts im Einsatz.

Die österreichischen Exporte betrugen 19,267 Millionen Euro (+24,6%), die Importe 1,717 Millionen Euro (-54,7%).

Papua-Neuguinea
(Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Sir Michael Somare

Außenminister
Sam Abal

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Paulias Matane

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 57.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 509.000 Euro (-35,3%), die Importe 433.000 Euro (-27,3%).

Paraguay
(Republik Paraguay), Asunción

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Fernando Armindo Lugo Mendez	Héctor Lacognata

ÖB und **AHSt:** siehe Argentinien; Asunción – **HGK**

Die österreichischen Exporte betrugen 7,956 Millionen Euro (+47,2%), die Importe 1,056 Millionen Euro (+37,8%).

Peru
(Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Alan García Pérez	José García Belaúnde

Lima – **ÖB; AHSt:** siehe Argentinien; HK Trujillo und Cusco: Wiedereröffnung 2011 geplant; HK Arequipa und Iquitos: vorübergehend geschlossen.

Bundesminister Michael Spindelegger traf am Rande des EU – LAC Gipfels in Madrid mit Außenminister José Garcia Belaunde zu einem Arbeitsgespräch zusammen (18. Mai).

Besuche in Österreich: Präsident des obersten peruanischen Gerichtshofs, Javier Villa Stein, Eröffnung der Internationalen Korruptionsakademie, Treffen mit Bundesministerin Claudia Bandion Ortner (3. September).

Im Rahmen des EU-Filmfestivals wurde in Lima und anderen Städten der Film „März" von Klaus Händl gezeigt. Der Gitarrist Armin Egger spielte im Rahmen des Gitarrenfestivals im ICPNA in Lima sowie in der Botschaftsresidenz.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 32.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 55,736 Millionen Euro (+5,6%), die Importe 32,764 Millionen Euro (+48,9%).

Philippinen
(Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Benigno S. Aquino III.	Alberto G. Romulo

Manila – **ÖB, HGK, AHSt;** Cebu – **HGK**

Am 1. und 2. Februar fand in Manila ein von Österreich substantiell mitfinanzierter Workshop mit Titel "Towards a successful Chairmanship of the NPT Review Conference 2010" statt, welcher der Vorbereitung der philippinischen Vorsitzführung der "NPT-Review Conference 2010" in New York diente. An diesem Workshop nahmen Vertreter von ca. 80 Staaten und Internationalen Organisationen teil, ein zentrales Segment wurde von Botschafter Alexander Marschik geleitet. Außenminister Alberto G. Romulo hielt im Rahmen des Workshops in der Botschaftsresidenz eine Rede anlässlich eines Empfangs für alle Teilnehmer.

Von 20-3. September 2010 nahm eine philippinische Delegation unter der Leitung von Assistant Secretary of Justice Geronimo L. Sy an der Eröffnungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) teil. Die Philippinen haben dabei auch das Gründungübereinkommen mit unterzeichnet.

Unter Mitwirkung des Dirigenten Ernest Hötzl fand am 20. Februar in Manila der „Opera Ball of the Johann Strauss Society of the Philippines" statt. Beim EU-Filmfestival war Österreich mit dem Filmbeitrag „Der Räuber" vertreten. (9.–19. September in Manila, 220-24 September in Cebu

und 30. September bis 3. Oktober in Cagayan de Oro). In der Bambusorgelkirche von Las Pinas fand am 12. Dezember ein von der Austrian-Philippine Cultural Society organisiertes Weihnachtskonzert statt.

Im Rahmen der seit 2002 bestehenden wissenschaftlich-universitären Zusammenarbeit nahmen wieder 16 österreichische StudentInnen an dem von der Universität Innsbruck organisierten "Asian Studies Program" an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil (8.–24.Februar). Darüber hinaus absolvierte ab 18. April eine Gruppe von elf Young Executives des Management Center Innsbruck, Fachhochschule Economics and Management, am Asian Institute of Management ein zweiwöchiges Intensivprogramm im Bereich Management.

Die österreichischen Exporte betrugen 114,467 Millionen Euro (+13,5%), die Importe 130,764 Millionen (+39,9%).

Polen
(Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt:	Regierungschef:	Außenminister:
Bronislaw Komorowski (seit 6. August)	Donald Tusk	Radoslaw Sikorski

Warschau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI;** Krakau – **GK, KF, ÖI;** Kattowitz – **HK**; Lodz – **HK;** Breslau– **HK, ÖI.**

Besuche aus Österreich: Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien, Staatssekretär a.D. Botschafter Hans Winkler, Vorträge an vier Universitäten (Krakau, 13. Jänner, Warschau 14. und 15. Jänner); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, offizieller Arbeitsbesuch bei Sejm-Marschall Bronislaw Komorowski und Senats-Marschall Bogdan Borusewicz sowie Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz (Warschau und Auschwitz, 25.- 28. Jänner); Leiter der Integrations- und Wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA, Botschafter Walter Grahammer, Treffen mit dem Direktor für Europa-Politik im Außenministerium, Artur Harazim (24. Februar), Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Arbeitsbesuch bei Außenminister Radoslaw Sikorski, Gespräche mit Sejm-Marschall Bronislaw Komorowski, Senats-Marschall Bogdan Borusewicz und Staatssekretär Wladyslaw Bartoszewski (3. März); Leiter der Österreichischen Delegation im Europaparlament, Abgeordneter zum Europäischen Parlament Ernst Strasser, Arbeitsbesuch bei Innenminister Jerzy Miller und FRONTEX-Exekutivsekretär Ilkka Laitinen (19. März); Generalstabschef General Edmund Entacher, Teilnahme an der Trauerfeier für den polnischen Generalstabschef Franciszek Gągor (21. April); Landeshauptmann Josef Pühringer mit einer Wirtschaftsdelegation, Gespräche mit Vizepremierminister und Wirtschaftsminister Pawlak; in Krakau gemeinsame Präsentation der oberösterreichischen Wirtschaft mit ÖGK Krakau und AHSt Warschau (Warschau, 17. und 18. Mai, Krakau 18. und 19.Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Teilnahme an informellem AußenministerInnentreffen der Östlichen Partnerschaft (Sopot, 24. Mai); Abgeordneter zum Europaparlament Othmar Karas, Teilnahme an einer von der Konrad Adenauer Stiftung organisierten Konferenz über die Bedeutung der Religion in der EU (Krakau, 10. September); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme an der von der Botschaft mitorganisierten Konferenz „Cooperation or competition? – the EU and other stake-holders in the Black Sea region" (23. September); Sektionschef im BMLFUW Leopold Zahrer, Arbeitsgespräch im polnischen Umweltministerium zu Fragen des Abfallmanagements (6. Oktober); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme am Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (4. und 5. November); stellvertretender Leiter der Politischen Sektion im BMeiA, Botschafter Franz Josef Kuglitsch, Arbeitsgespräche im Außenministerium in Vorbereitung des polnischen EU-Ratsvorsitzes (10. November); Leiter der Koordinationssektion im BKA, Harald Dossi und Beraterin des Bundeskanzlers in Europafragen, Gesandte Judith Gebetsroithner, Arbeitsgespräche im Amt des Premierministers, Außen- und Finanzministerium (25. und 26. November); Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Arbeitsgespräche in Vorbereitung eines

neuen Kooperationsabkommens mit der Stadt Warschau mit der Bürgermeisterin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz, sowie Konsultationen im Wirtschaftsministerium mit Unterstaatssekretär Rafal Baniak, Eröffnung eines High-Level Roundtable „Wiens urbanes Wissen für polnische Städte“ sowie einer Wien-Präsentation im Ujazdowski-Schloss in Warschau (9.–11. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für internationalen Dialog im polnischen Premierministeramt Wladyslaw Bartoszewski, Teilnahme an der Sondersitzung des Österreichischen Nationalrates zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zum Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen (5. Mai); Unterstaatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Hochschulen Jerzy Szwed, Treffen der Salzburg-Gruppe der Hochschulminister (Salzburg, 23. August); Innenminister Jerzy Miller, Teilnahme am Salzburg Forum Treffen der InnenministerInnen (Salzburg, 26.–28. August); Unterstaatssekretär im Justizministerium Igor Dzialuk, Leiter des Zentralen Anti-Korruptionsbüros Paweł Wojtunik, Bevollmächtigter des Außenministers für Anti-Korruptionsmaßnahmen Maciej Wnuk, Teilnahme an der Eröffnung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (2. und 3. September); Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dariusz Daniluk, Tagung des BMF zum Thema “Beyond the Vienna Initiative: Towards a New Banking Model in a New Growth Model for CESEE” (17. September); Unterstaatssekretär im Innenministerium Adam Rapacki, Besuch bei Bundesministerin Maria Fekter und Teilnahme am österreichisch-polnischem Sicherheitsworkshop zur Fußballeuropameisterschaft EURO 2012 (4. und 5. November) .

Ein österreichisch-polnisches Abkommen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen ist in weiten Teilen ausverhandelt.

Im Rahmen des vom Kulturforum Warschau im Jahr 2000 ins Leben gerufenen Zyklus „Junges Musikforum“ wurde Egon Wellesz, Hugo Wolf und Jenö Takacs jeweils ein Portraitkonzert gewidmet. Mit einem Konzertabend wurde der in die Emigration gezwungenen Komponisten Erich Wolfgang Korngold, Josef Horovitz, Ernst Krenek und Erich Zeisl gedacht.

Im Rahmen des Internationalen Festivals der Polnischen Musik Krakau 2010 war das Hugo Wolf Quartett vertreten. Ebenso gab das Mitteleuropäische Kammerorchester ein Konzert in der Krakauer Musikakademie im Rahmen des 22. Internationalen Festivals der Zeitgenössischen Musik im Mai.

Österreichische Ensembles nahmen wieder an zahlreichen Festivals wie dem XIII. Festival für Neue Traditionen, dem Avantgardefestival Lublin, den Warsaw Summer Jazz Days, dem internationalen Festival für Orgel und Kammermusik, den Begegnungen mit der Jüdischen Kultur, beim Warschauer Herbst und dem Jazz-Pianistenfestival teil. Mit dem Regenorchester und dem Projekt „Summe von Nullen“ war Österreich auf dem Gebiet der elektronischen Musik vertreten. Konzerte von Anna Luisa Mahaffy, des Illiac Quartetts, von Ingolf Wunder, dem Gewinner des 2. Preises beim diesjährigen Chopin-Klavierwettbewerb, und des Ulrich Drechsler Jazzquartetts rundeten die musikalischen Aktivitäten des KF ab. Das George Crumb-Trio gab ein Konzert zugunsten der Opfer der polnischen Hochwasserkatastrophe, welches vom KF organisiert wurde.

Beim weltweit größten Festival für Kamerakunst Plus Camerimage, welches zum ersten Mal in Bydgoszcz stattfand, wurde ein Österreichschwerpunkt gesetzt, bei dem 22 österreichische Filme gezeigt wurden. Beim Internationalen Dokumentarfilmfestival Planet Doc Review war Österreich mit zwei Filmen vertreten.

Philipe Gerlach, Johannes Ludescher, Markus Gottfried, Elzbieta Lempp, Ania Ronacher und Annelies Oberdanner zeigten ihre Werke im KF. Österreichische KünstlerInnen waren bei den Ausstellungen „Modernologies“, „Living Currency“, „Mediatoren“, „Erased Walls“, und „Videorama“ vertreten. Die Gruppe Asocreation stellte ihre Installation „Moonride Project“ beim Festival „Warsaw under construction“ vor. Kamen Stojanov, Gerhard Gepp, Jutta Strohmaier, Esther Stocker, Oliver Ressler hatten ebenfalls Gelegenheit, ihr Schaffen in Polen vorzustellen. Das Österreichische Generalkonsulat und Kulturforum Krakau setzte seinen traditionellen Galizien-Schwerpunkt mit der erstmals in Polen gezeigten Ausstellung ausgewählter Werke des Radierers Ferdinand Schmutzer (1870–1928) fort.

Die vom KF Warschau initiierten Dokumentationsausstellungen „Culture Matters – UNESCO World Heritage Sites in South East Europe“, „Die Geretteten von Mauthausen“, „Janusz Korczak – Kindern eine Stimme geben“ und „Chopin in Wien“ ergänzten das Angebot im Bereich der bildenden Kunst.

Der Zyklus szenischer Lesungen wurde in Kooperation mit dem Teatr Wytwornia Warschau und dem Teatr Polski Poznan mit Stücken von Erwin Riess, Volker Schmidt, Peter Turrini, Silke Hassler, Hermann Broch und Daniel Glattauer fortgeführt. Das Teatr Polski Bydgoszcz brachte Elfriede Jelineks “Babel“ auf die Bühne. Die Aufführung des Stücks „Papas in Motion“ von Ronald Rudoll und die Teilnahme des Grazer Mezzanintheaters am Festival „Theater und Therapie“ in Lodz sowie des Wiener Schauspielhauses mit „Messias“ am Raport-Festival Gdynia gaben Einblick in österreichische Theaterproduktionen.

Die Tanzperformance-Gruppen Julia Mach, Doris Stelzer und Superama stellten ihre neuesten Produktionen u.a. beim Festival Body & Mind in Warschau sowie in Gdansk und Poznan vor. Christoph Bochdansky inszenierte ein Stück am Puppentheater in Bialystokk und Anna Witt nahm am Theaterprojekt „X Wohnungen“ teil.

Die Bandbreite der Aktivitäten auf literarischem Gebiet erstreckte sich von Buchpräsentationen und Lesereisen von Heinrich Steinfest, Karl Markus Gauß, Peter Turrini und Silke Hassler über die Teilnahme an dem EUNIC-Projekt „Gelesen in Übersetzung“ und dem Auftritt von Stefan Abermann beim Spoken Word-Festival bis zur Organisation von Workshops für literarisches Übersetzen und zur Ausschreibung und Durchführung eines Wettbewerbs für angehende ÜbersetzerInnen, der vom BMUKK aus den Mitteln des Network Calls unterstützt wurde. In Krakau fanden Lesungen der polnischen Übersetzungen der Korrespondenzen zwischen Paul Celan und Ingeborg Bachmann im Rahmen des Internationalen Joseph Conrad Literaturfestivals statt.

Im Bereich der Wissenschaft fanden zahlreiche Symposien und Konferenzen wie z.B. „Das Bild Polens in der jüdischen Kultur“, „Literature and Immigration“, die polnisch-österreichische GermanistInnen-Tagung sowie der XII. Weltkongress der Internationalen Germanisten-Vereinigung statt, an dem ca. 70 WissenschafterInnen aus Österreich teilnahmen und im Rahmen dessen kulturellen Begleitprogramms Josef Winkler eine Lesung hielt sowie der ihn portraitierende Film „der Kinoleinwandgeher“ gezeigt wurde.

Als Beitrag zum gesellschaftspolitischen Diskurs ko-organisierte das KF eine Paneldiskussion zum Thema „Gewalt in der Familie“, an der Univiversitätsprofessor Max Friedrich von der Universität Wien und Rosa Logar vom Wiener Interventionszentrum mitwirkten.

Das Projekt Generation 89, an dem insgesamt 35 Jugendliche aus Österreich, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Großbritannien, Rumänien, Tschechien und Ungarn teilnahmen und ihre Ideen für ein künftiges Europa entwickelten und formulierten, bildete den Abschluss des Schwerpunktprogrammes „Europa Geteilt/geeint 1989–2009“.

Das KF beteiligte sich wieder am Festival der jüdischen Kultur Warszawa Singera mit einem Konzert von Timna Brauer, Filmvorführungen und einer Ausstellung.

Zu weiteren Akteuren in den Bereichen Kultur und Bildung zählten das „Österreich-Institut“ (Sprachkurse), die bestehenden österreichischen Lektorate, die Österreich-Bibliotheken sowie die Österreich-Lehrstühle in Posen und Stettin.

Die österreichischen Exporte betrugen 2.737,534 Millionen Euro (+11,8%), die Importe 1.888,899 Millionen Euro (+21,1%).

Portugal
(Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aníbal António Cavaco Silva	José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa	Luís Filipe Marques Amado

Lissabon – **ÖB**, **AHSt**; Porto, Albufeira, Funchal – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Hans Niessl, Gespräch mit Lissabons Stadtrat Manuel Brito (14.September); Staatssekretär Andreas Schieder, Gespräche mit Staatssekretär Emanuel Dos Santos und Staatssekretär Carlos Pina sowie Präsident der parlamentarischen Kommission für Wirtschaft, Innovation und Energie António José Seguro (9.Juli); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Arbeitsbesuch bei Staatsekretär im Außenministerium Joao Gomez Cravinho und Generalsekretär Vasco Valente (7. Mai); Leiter der Integrations- und Wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Walter Grahammer, Gespräche mit Sektionsleiter José de Freitas Ferraz (15. April); Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds Alexander Janda, Gespräche mit Hochkommissarin für Einwanderung und Interkulturellen Dialog Rosário Farmhouse (25./26.Jänner).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Pedro Lourtie, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (29.September).

Portugals bedeutendster Musikveranstalter führte einen Österreichschwerpunkt mit insgesamt 53 Konzerten durch. Das Spektrum umfasste alle Richtungen klassischer, moderner und zeitgenössischer Musik.

Im Rahmen des Kulturprogramms der Botschaft wurden beim deutschsprachigen Filmfestival KINO in Lissabon „Das Vaterspiel" von Michael Glawogger und „Totó" von Peter Schreiner gezeigt (Jänner). Beim Filmfestival IndieLisboa kamen fünf österreichische Produktionen zur Aufführung. "La Pivellina" von Tizza Covi und Rainer Frimmel wurde mit dem Vertriebspreis der portugiesischen Staatsbank Caixa Geral de Depósitos ausgezeichnet (April).

Das Theaterfestival von Almada zeigte eine Aufführung des Prosatexts „A very original dinner" von Fernando Pessoa durch die Wiener Schauspielgruppe „DieLaemmer" (Juli), das Museu da Imagem in Braga eine Fotoausstellung von Peter Granser (April/Mai).

Die österreichischen Exporte betrugen 339,951 Millionen Euro (-13,9), die Importe 391,824 Millionen Euro (+17,8%).

Ruanda
(Republik Ruanda), Kigali

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Paul Kagame	Bernard Makuza	Louise Mushikiwabo

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 878.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 336.000 Euro (-49,5%), die Importe 622.000 Millionen Euro (-29,4%).

Rumänien
(Rumänien), Bukarest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Traian Basescu	Emil Boc	Teodor Baconschi

Bukarest – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, Verbindungsbeamte des BMI;** Temeswar – **HK;** Hermannstadt – **Sozialattachée e.h.,** Klausenburg – **Marketingbüro AHSt**

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin Renate Brauner (begleitet von einer Wirtschaftsdelegation), Treffen mit Oberbürgermeister Sorin Oprescu und Wirtschaftsminister Adriean Videanu, Teilnahme am Wien Ball, Eröffnung Austria Center (Büro der Österreich-Werbung und der WKÖ) in Bukarest durch Geschäftsführerin der Österreich Werbung Petra Stolba (8. Februar); Direktor

der Diplomatischen Akademie, Staatssekretär a.D. Botschafter Hans Winkler, Besuch der rumänischen Akademie für Wirtschaftsstudien (7.–9. März); Generaldirektor der österreichischen Bundeswettbewerbsbehörde Theodor Thanner, Teilnahme an einer Konferenz der rumänischen Wettbewerbsbehörde (April); Leiterin der Sektion für Tourismus und Historische Objekte im BMWFJ Elisabeth Udolf-Strobl, Treffen mit Staatssekretär Sorin Munteanu zur Unterzeichnung des MoU für „Jakobsweg-Ost" (10.–12. Mai); Präsident des Bundesrates i.R. Universitätsprofessor Herbert Schambeck und Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Linz Universitätsprofessor Heribert Franz Köck, Teilnahme an der Verleihung österreichischer Auszeichnungen an rumänische Rechtswissenschaftler (16. und 17. Mai); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Treffen mit Staatssekretär im Finanzministerium Bogdan Dragoi, Präsident der Bukarester Handelskammer Sorin Dimitriu und Präsident der bilateralen Handelskammer José Iacobescu, Besuch des Finanzfoyer Leitner&Leitner (13. September); Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz und Leiter Außenwirtschaft Österreich Walter Koren, Besuch anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der österreichisch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen (20. September); Petra Bohuslav mit niederösterreichischer Wirtschaftsdelegation, Treffen mit Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums Florin Ionel (23. September); Dritter Nationalratspräsident Martin Graf, Teilnahme an der XII. Europäischen Interparlamentarischen Konferenz (25. Oktober); Generalstabschef General Edmund Entacher, bilaterale Gespräche (28. Oktober); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Donaustrategiegipfel, Gespräch mit Außenminister Teodor Baconschi (8. November); Delegation des Bundesrates unter der Leitung von Präsident des Bundesrates Martin Preineder, Treffen mit Präsident Traian Basescu (15.–17. November); Sektionschefin im BMASK Edeltraud Glettler, Eröffnung der Büroräumlichkeiten der Sozialattachée e.h. in Hermannstadt (29. November).

Besuche in Österreich: Kommunikationsminister Gabriel Sandu, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding mit Sektionschef Manfred Matzka (BKA) bezüglich der Zusammenarbeit mit Österreich im Bereich des eGovernment (22. Jänner); Umweltminister László Borbély, Teilnahme an einem Treffen der internationalen Donauschutzkommission (16. Februar); Außenminister Teodor Baconschi, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (13. April); Wirtschaftsstaatssekretär Claudiu Stafie, Treffen mit Präsident der WKÖ Christoph Leitl im Rahmen des Rumänien-Forums zu den Schwerpunktthemen „Chancen bei Erneuerbarer- und Alternativenergie bzw. Anlagen- und Maschinenbau" (23. September).

Als Beispiele des Kulturprogramms der Botschaft seien die Ausstellung mit Arbeiten der Fotografin Inge Morath mit dem Titel „Mein rumänisches Tagebuch", eine Retrospektive mit allen Kinofilmen von Michael Haneke, eine Einzelausstellung von Martin Krenn und eine Gruppenausstellung mit österreichischen und rumänischen KünstlerInnen mit dem Titel „Idylle" erwähnt.

Eine Reihe von humanitären Aktionen und Sozialprojekten (Sozialattachée) wurden umgesetzt und die polizeiliche Zusammenarbeit mit Fahndungserfolgen weiterbetrieben.

Die österreichischen Exporte betrugen 1.679,284 Millionen Euro (4,9%), die Importe 996,139 Millionen Euro (+55,6%).

Russland
(Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dmitri Medwedjew	Wladimir Putin	Sergej Lawrow

Moskau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** St. Petersburg – **AWO-Marketingbüro;** Jekaterinburg – **HK,** Nischnij Nowgorod – **HK**

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Günter Stummvoll, Treffen mit Abgeordnetem der Staatsduma Walentin Tschernjawskij (3.–6. Februar); Abgeordneter zum Nationalrat Andreas Karlsböck und Abgeordneter zum Wiener Landtag Johann Gudenus, Gespräche mit Abgeordneten der Staatsduma (23. April); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Teilnahme an Sitzung der Österreich-Russischen Gemischten Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (Sotschi, 20. Mai); Parlamentarierdelegation unter Leitung von Abgeordnetem

zum Nationalrat Günter Stummvoll, Gespräche mit Vertretern aller in der Staatsduma vertretenen Parteien (21.–24. November); Landesrat Christian Buchmann (Steiermark), Leitung einer Wirtschaftsdelegation und Treffen mit dem Vize-Gouverneur von St. Petersburg, Michail Osejewskij (St. Petersburg, 29. November bis 1. Dezember); Bundesministerin Maria Fekter, Treffen mit dem Leiter der Administration des russ. Präsidenten, Sergej Naryschkin (dabei auch Überreichung des ersten, dem russischen Präsidenten gewidmeten Exemplars des Gedenkbuches „Sowjetische Tote des Zweiten Weltkrieges in Österreich"), Innenminister Raschid Nurgaliew sowie dem stv. Leiter des Föderalen Migrationsdienstes, Nikolaj Smorodin (15.–17. Dezember).

Besuche in Österreich: Premierminister Wladimir Putin, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann (24. und 25. April); Vize-Außenminister Wladimir Titow, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (16. Dezember).

Unterzeichnung des Regierungsabkommens über den Einstieg Österreichs in das Gasleitungsprojekt „South Stream" im Beisein von Bundeskanzler Werner Faymann und Premierminister Wladimir Putin (24. April). Anlässlich des Moskau-Besuchs von Bundesministerin Maria Fekter wurde ein Protokoll über die Zusammenarbeit der Innenministerien für die Jahre 2011 und 2012 (15. Dezember) sowie das Durchführungsprotokoll zum EU-Russland-Rückübernahmeabkommen (16. Dezember) unterzeichnet.

Das KF Moskau organisierte und unterstützte zahlreiche Veranstaltungen in den Bereichen Musik, Literatur und Bildende Künste. Hervorzuheben sind etwa die Organisation des Opernfilmfestivals Jekaterinburg sowie die Hermann Nitsch-Ausstellung in Moskau. Im Rahmen eines Filmfestival on Tour wurde in St. Petersburg, Nischnij Nowgorod und Moskau international erfolgreiche neue österreichische Filme (Das Weiße Band, Die Fälscher, Der Knochenmann, Revanche) vorgeführt. Seit dem Frühjahr ist das KF auch online vertreten (www.akfmo.org).

Der größte Teil der Exporte ist dem Sektor Maschinenbauerzeugnisse, Anlagen und Kraftfahrzeuge zuzurechnen. Deutlich gestiegen ist der Anteil pharmazeutischer Erzeugnisse. Die österreichischen Importe aus Russland bestehen zu einem überwiegenden Teil aus Energieträgern (Öl, Erdgas), gefolgt von Metallen.

Die österreichischen Exporte betrugen 2.548,069 Millionen Euro (+21,6%), die Importe 2.311,886 Millionen Euro (+35,7%).

Salomonen
(Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Danny Philip	Peter Shanel Agovaka

vertreten durch:
Generalgouverneur
Frank Utu Ofagioro Kabui

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden keine österreichischen Exporte verzeichnet. Die Importe betrugen 1.000 Euro (-95,0%).

Sambia
(Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Rupiah Banda	Kabinga Pande

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

Besuche in Österreich: Innenminister Mukondo Lungu, Teilnahme an der Eröffnung der Internationalen Antikorruptionsakademie (2. September).

Die österreichischen Exporte betrugen 2,775 Millionen Euro (-51,9%), die Importe 1,807 Millionen Euro (+94,8%).

Samoa
(Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Tui Atua Tupua Tamasese Efi	Tuil'aepa Lupesoliai Sailele Malielegaoi

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 14.000 Euro, die Importe 12.000 Euro (-69,0%).

San Marino

Staatsoberhaupt		**Regierungschefin und Außenministerin**
Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit		
Francesco Mussoni (seit 1. Oktober)	Stefano Palmieri (seit 1. Oktober)	Antonella Mularoni

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua); San Marino – **HK**

Bundesminister Michael Spindelegger und Regierungschefin/Außenministerin Antonella Mularoni, informelle Gespräche am Rande des informellen OSZE Außenministertreffens in Almaty (17. Juli) sowie am Rande der VN-GV in New York (26. September).

Am 1. Juni trat das am 18. September 2009 in Wien unterzeichnete Protokoll samt Zusatzprotokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Österreich und San Marino aus dem Jahr 2004 in Kraft, wodurch das Abkommen nun dem entsprechenden Musterabkommen der OECD entspricht.

Die österreichischen Exporte betrugen 9,719 Millionen Euro (-32,5%), die Importe 23,056 Millionen Euro (+196,9%).

São Tomé und Príncipe
(Demokratische Republik São Tomé und Príncipe), São Tomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fradique Melo Bandeira De Menezes	Patrice Trovoada (seit 14. August)	Manuel Salvador dos Ramos (seit 14. August)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 8.000 Euro (-41,6%), die Importe 135.000 Euro (+300,8%).

Saudi-Arabien
(Königreich Saudi-Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
König Abdullah Bin Abdul Aziz Al Saud	Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – **ÖB, AHSt;** Jeddah – **AWO-Marketingbüro**

Am 12. April wurde das Österreichische Honorarkonsulat Jeddah mit dem Zuständigkeitsbereich für die Provinz Mekka unter Honorarkonsul Saleh Al-Turki im Beisein von Botschafter Johannes Wimmer und Vertretern des konsularischen Corps feierlich eröffnet.

Besuche aus Österreich: Universitätsdelegation unter Leitung von Vizerektor Arthur Mettinger, Universität Wien, und Vizerektor Rudolf Mallinger, Medizinische Universität Wien, Teilnahme an der International Exhibition on Higher Education in Riyadh (26.–29. Jänner), Treffen von Vizerektor Mettinger mit dem saudischen Minister für Höhere Bildung, Khaled Al Anqari (29. Jänner); Delegation des BMWFJ, Teilnahme am Treffen der International Support Group zur Vorbereitung des 12. Ministertreffens des International Energy Forum (6. und 7. Februar); 4. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission Österreich – Saudi-Arabien unter Vorsitz des Vizeministers für Wirtschaft und Planung, Ahmed Al-Hakami, und des Leiters der Sektion (Centre 2) für Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration im BMWJF, Josef Mayer, Treffen mit dem Minister für Wirtschaft und Planung, Khalid Al-Qusaibi, dem stellvertretenden Gouverneur der Saudi Arabian Investment Authority, Awwad Al-Awwad, sowie dem Leiter der National Water Company, Loay Al-Musallam (25. und 26. Mai); Matthias Bruck, Austrian Business Agency, Treffen mit Vertretern saudischer Stellen (19. und 20. Juni); Teilnahme des Sprechers der Plattform „Digitales Österreich", Christian Rupp, an der saudischen e-Government National Conference (25.–29. September); Teilnahme des Präsidenten des Österreichischen Rechnungshofes, Franz Fiedler, in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden, an der Generalversammlung der Arabischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (26. und 27. Oktober).

Besuche in Österreich: Minister für Höhere Erziehung, Khaled Al Anqari, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesministerin Beatrix Karl (27.–30. April); Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Ekmeleddin Ihsanoglu, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (5.–7. Mai); Teilnahme Prinz Turki Al-Faisal, Chairman King Faisal Centre for Research and Islamic Studies, am 40. **International Peace Institute Vienna Seminar on Peacemak**ing and Peacekeeping, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (16.–18. Mai); **Vizemi**nister für Erziehung, Faisal bin Muammar, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (10. Juni sowie 14. Oktober); Vizeminister für Industrieangelegenheiten, Tawfig Fozan Al-Rabiah, Treffen mit dem Vizepräsidenten der WKÖ, Richard Schenz (28. Juli); Teilnahme einer Delegation des King Abdulaziz Centre for National Dialogue am First Arab-European Young Leaders Forum (23.–27. November).

Die Arabistin Elga Martinez-Weinberger absolvierte im Zuge eines Studienprojekts zum zeitgenössischen Roman in Saudi-Arabien von 26. Februar bis 23. März einen vom King King Faisal Centre for Research and Islamic Studies unterstützten Forschungsaufenthalt in Riyadh und Jeddah. Bei dieser Gelegenheit führte sie Interviews mit prominenten saudischen AutorInnen, unter ihnen Abdu Khal, der Gewinner des International Prize for Arabic Fiction 2010. Am 20. März hielt Martinez-Weinberger in der österreichischen Residenz einen Vortrag zum Thema "Male and Female Worlds in Contemporary Saudi Novels". Im Zeichen des interkulturellen Dialogs sowie der Rolle der zeitgenössischen bildenden Kunst in diesem Zusammenhang veranstaltete die Botschaft am 20. Mai ein Künstlergespräch mit dem saudischen Installations- und Performancekünstler Abdulnasser Gharem und der Kunstkritikerin Maha Alsenan (Nora Bint Abdurrahman University, Riyadh). Dabei wurden auch Werke sowie eine Videopräsentation des Künstlers gezeigt.

Im Rahmen einer Wirtschaftsmission nach Jeddah und Riyadh (19.–23. März) besuchten 21 österreichische Firmenvertreter Saudi-Arabien. Eine Delegation steirischer Unternehmerinnen unter Leitung der Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Steiermark, Regina Friedrich, absolvierte von 15.–17. Mai einen Besuch in Riyadh (Treffen mit saudischen Unternehmerinnen, Teilnahme an der Jahresversammlung der Frauensektion der Riyadh Chamber of Commerce and Industry). Auf einem offiziellen Gruppenstand der WKÖ nahmen fünf österreichische Firmen an der Fachmesse „Saudi Build" in Riyadh (18.–21.Oktober) teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 386,723 Millionen Euro (-21,6%, die Importe 42,896 Millionen Euro (-63,9%).

Schweden
(Königreich Schweden, Stockholm)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Carl XVI Gustaf	Fredrik Reinfeldt	Carl Bildt

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW;** Göteborg – **HGK**, Luleå, Malmö – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit EU-Ministerin Gunilla Carlsson und Arbeitsminister Sven Otto Littorin sowie Besuch von Bildungseinrichtungen (28. und 29. April); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Treffen der Vorsitzenden der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten (13.–16. Mai); Zweite Wiener Landtagspräsidentin und Vize-präsidentin des Dachverbandes Wiener Sozialverbände Marianne Klicka und Geschäftsführerin Eva Maria Luger mit Delegation, Studienreise und Arbeitsgesprächen (17.–20. Mai); Präsident der WKÖ Christoph Leitl mit Delegation, Studienreise und Arbeitsgespräche (8.–10. September);

Michel Haneke erhielt im Jänner für seinen Film „Das weiße Band" den höchsten schwedischen Filmpreis, den „Guldbagge". Jessica Hausners Film „Lourdes" wurde beim Internationalen Filmfestival in Göteborg gezeigt. Michaela Strumberger nahm im Februar mit der Performance „Monkey Business" an der Kunstmesse „Supermarket" im Kulturhaus teil. Die Bonniers Kunsthalle zeigte im Februar den Kurzfilm „The Lunch in Fur" der Filmemacherin Ursula Mayer. Im April wurde der österreichische Kurzfilm „Body Parts" am EUNIC-REX Kurzfilmfestival gezeigt. Der österreichische Filmemacher Michael Rittmannsberger gewann im November mit seinem Kurzfilm „Sister" den Internet-Kurzfilmpreis des Stockholm International Film Festival.

Im März und April unternahm das Radio String Quartett Vienna gemeinsam mit der schwedischen Jazzsängerin Rigmor Gustafsson eine ausgedehnte Tournee durch Schweden. Rudolf Buchbinder gab im Juli im Zuge einer Ostseekreuzfahrt mit den Wiener Philharmonikern ein Konzert in Stockholm.

Im März und April war die Ausstellung „A Century of Jewish Memory" in Stockholm zu sehen. Im Frühjahr wurde an der Deutsch-Schwedischen Begegnungsschule ein Literaturwettbewerb durchgeführt. Die Ausstellung „Beyond Nature" von Margeritha Spiluttini war im August und September in der Galerie „Fotografins Hus" zu sehen. Markus Schinwalds Werke wurden bei der großen Herbst/Winterausstellung „Scenväxlingar" in Bonniers Konsthall gezeigt.

Bei der jährlichen Buchmesse „Bok&Bibliotek" im September in Göteborg war Reinhard Kaiser-Mühlecker zu einem Seminar geladen und gab eine Lesung. Die Botschaft nahm im September am deutschsprachigen Cafétisch beim internationalen Sprachencafé zum Tag der europäischen Sprachen im Stockholmer Europahaus teil.

Im Kellertheater BUS in Stockholm wurde von September bis Dezember ein Performancetheater nach Werner Schwabs „Die Präsidentinnen" aufgeführt. Literarische Übersetzungen österreichischer Werke ins Schwedische im Jahr 2010: „Alte Meister" von Thomas Bernhard; „Und ich schüttelte einen Liebling" von Friederike Mayröcker; „Brief an den Vater" von Franz Kafka; „Ruhm" von Daniel Kehlmann; „Der Mann ohne Eigenschaften" von Robert Musil; „Es ist nichts geschehen" von Selma Mahlknecht" sowie die Duineser Elegien von Rainer Maria Rilke.

Die österreichischen Exporte betrugen 1.189,561 Millionen Euro (+32,1%), die Importe 1.238,828 Millionen Euro (+14,5%).

Schweiz
(Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan),	Micheline Calmy-Rey

vertreten nach außen durch seinen jährlich neu gewählten Vorsitzenden mit dem Titel „Bundespräsident(in)"
Doris Leuthard

Bern – **ÖB, KF;** Zürich – **GK, AHSt, ÖW;** Genf – **HGK; ÖV;** Basel – **HGK;** Chur, Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Weltwirtschaftsforum und bilaterales Gespräch mit Außenministerin Micheline Calmy-Rey (Davos, 29. Jänner); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Teilnahme an der Europarats-Ministerkonferenz zur Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Interlaken, 18. und 19. Februar); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Teilnahme am Treffen der deutschsprachigen Justizminister CH-D-Ö-FL (Feusisberg, 20.–22. Juni); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme am 6. IPU-Treffen der Parlamentspräsidentinnen und an der 3. IPU-Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten (Genf, 16.–17. Juli und 19.–21. Juli); Bundesministerin Beatrix Karl, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär für Bildung und Forschung Mauro Dell'Ambrogio und Besuch beim CERN **(Lugano und Genf, 28. und 29. Juli); Parlamentarische Freundschaftsgruppe Österreich** – Schweiz unter der Leitung von Abgeordnetem zum Nationalrat Karlheinz Kopf, jährliche Arbeitsgespräche (Brunnen, 14. und 15. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Peter Maurer (7. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für internationale Finanzfragen Michael Ambühl, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka, Staatssekretär Andreas Schieder und Vorstandsvorsitzenden der FIMBAG Klaus Liebscher (24. März); Bundespräsidentin Doris Leuthard, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Bundesministerin Claudia Schmied, Bundesminister Nikolaus Berlakovich (25. und 26. März); Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (15. und 16. April); Staatssekretär Peter Maurer, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (31. Mai); Korpskommandant André Blattmann, Treffen mit Generalstabschef General Edmund Entacher aus Anlass des Treffens der Armeechefs von Österreich, Deutschland und der Schweiz (Linz, 17.–19. Juni); Ständeratspräsidentin Erika Forster-Vannini, Treffen mit Präsident des Bundesrates Martin Preineder (Bregenz, 21. und 22. August); Finanzminister Hans-Rudolf Merz und Staatssekretär Michael Ambühl, Teilnahme am Treffen der deutschsprachigen Finanzminister CH-D-Ö-LUX-FL (26. August); Wirtschaftsminister Johann Schneider-Amman, Treffen mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Nikolaus Berlakovich (2. Dezember).

Die Ratifikationsurkunden zum Abänderungsprotokoll samt Notenwechsel zur Anpassung des Doppelbesteuerungsabkommens an den OECD-Standard betreffend steuerliche Transparenz und Amtshilfebereitschaft wurden am 7. Dezember ausgetauscht.

Die Verhandlungen für ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erleichterung von Ambulanz- und Rettungsflügen konnten abgeschlossen werden.

Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens wurde das 10. bilaterale Nuklearexpertentreffen am 11. Juni in der Schweiz abgehalten.

Die Impulswirkung der Austauschstrategie während dem Sonderprogramm „Extra-Europa-Fenster CH-NOR-TR" der Europäischen Kulturhauptstadt Linz09 belebte die österreichisch-schweizerische Kulturzusammenarbeit auch im Jahr 2010. Durch eine Auswahl künstlerischer Projekte wurde österreichisches Kunst- und Kulturschaffen einem informierten und interessierten Schweizer Publikum näher gebracht. Besonderes Augenmerk wurde nicht nur auf die Jubiläen von Josef Haydn und Gustav Mahler, sondern auch auf die wichtigen Themenbereiche des interkulturellen und interreligiösen Dialogs gelegt. Auch das konfliktive Thema „Migration und dessen kulturelle Herausforderungen" war von einer Reihe österreichischer Kulturschaffender und KünstlerInnen aufgegriffen und vielbeachtet präsentiert worden.

Die gute und enge Zusammenarbeit mit den Schweizer Wissenschafts- und Kulturstiftungen, Einrichtungen der Eidgenossenschaft und der Kantone, wie auch mit den zahlreichen privaten Kunstvereinen ermöglichte eine Vielzahl von Veranstaltungen.

Musikalische Höhepunkte setzten das junge Kling.org Ensemble am 27. internationalen Festival Belluard Bollwerk in Fribourg wie auch die vielbeachtete Präsentation des Programms „voices for peace" von Timna Brauer anlässlich der „Woche der Religionen".

Die österreichische Literatur war wiederum zahlreich an den großen Literaturfestivals in Bern, Leukerbad oder Solothurn mit Lesungen von Eva Mattes, Robert Schindel, Lukas Cejpek, Raoul Schrott und Robert Menasse, vertreten. Nennenswert hier auch die Auftritte der jüngeren Generation wie Milena Flasar, Angelika Reitzer und Katrin Röggla.

Es fanden eine Schweizer Erstaufführung und eine Uraufführung von Werken des österreichischen Literaten Händl Klaus und die Theateraufführung zweier Stücke von Oskar Kokoschka statt, welche im Rahmen einer Gesamtübersicht seines künstlerischen Schaffens in Zusammenarbeit mit der Schweizer Zentralbibliothek in mehreren Theaterhäusern in Bern, Zürich und Basel gezeigt wurden.

Hervorzuhebende Großausstellungen wurden mit Werken von Lois Hechenblaikner in Walenstadt und der Schwestern Christine und Irene Hohenbüchler in Thun organisiert, eine Kooperationsausstellung mit dem Kunstverein rotor-Graz präsentierte das junge bildnerische Schaffen in der Kunsthalle Palazzo in Liestal.

An der Leitmesse für die Bau- und Immobilienwirtschaft „Swissbau 2010" nahmen 41 österreichische Unternehmen teil (Basel, 12.-16. Jänner). Erstmals wurden österreichische Weine von 139 Weingütern in Bern präsentiert (12. April).

Die österreichischen Exporte betrugen 5.199,837 Millionen Euro (+19,6%), die Importe 5.932,524 Millionen Euro (+5,6%).

Senegal (Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Souleymane Ndéné Ndiaye	Madické Niang

Dakar – **ÖB**; **AHSt:** siehe Marokko

Senegal unterzeichnete anlässlich der Wiener Konferenz am 2. September das Abkommen zur Gründung der Internationalen Antikorruptionsakademie mit Sitz in Laxenburg.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 188.000 Euro erbracht.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im militärischen Bereich nahm erstmals ein senegalesischer Kandidat am Generalstabskurs der Landesverteidigungsakademie teil. Ein senegalesischer Offizier nahm im Juni am ROTAC-Kurs der ABC-Abwehrschule in Korneuburg teil.

Die Botschaft unterstützte die Abhaltung einer Veranstaltungsreihe zur Förderung der Frauenrechte in der Casamance-Region in Kooperation mit dem senegalesischen Frauenrat („Conseil Sénégalais des Femmes").

Einem senegalesischen Teilnehmer wurde ein Stipendium für den 47. Lehrgang der Diplomatischen Akademie 2010/2011 zuerkannt.

Wolfgang Puschnigg gab beim Saint Louis Jazz Festival 2010 ein vielbeachtetes Konzert mit drei Künstlern aus Deutschland und Senegal und setzte so die Tradition der Österreichpräsenz fort. Der österreichische Pianist Robert Lehrbaumer konzertierte am 11. März in Dakar.

Beim EU-Filmfestival Dakar 2010 wurde mit Unterstützung der Botschaft am 4. März der Kurzfilm „Copy Shop" von Virgil Widrich sowie am 5. März der Film „Die Fälscher" von Stephan Ruzowitzky aufgeführt.

Die Universität Gaston Berger in Saint Louis und die Universität Klagenfurt setzten ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Austauschprogramms von Studenten und Vortragenden fort. Zwei senegalesische Deutschlehrerinnen nahmen am Fortbildungsseminar "Afrika in Österreich – ein interkultureller Austausch" von 7.–21. März teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 10,442 Millionen Euro (+5,3%), die Importe 255.000 Euro (-1,4%).

Serbien
(Republik Serbien), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boris Tadić	Mirko Cvetković	Vuk Jeremić

Belgrad – **ÖB, AHSt, KF, Verteidigungsattaché, Polizeiattaché, Koordinationsbüro der OEZA, Beauftragter für Bildungskooperation, Sozialattaché, Österreich-Institut**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Vuk Jeremić und EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić (10. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche zur Donauraumstrategie mit EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić, Staatssekretär Mirko Stefanović und Generalsekretärin Mirjana Živković sowie Präsidentenberater Jovan Ratković (6. April); Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll und Staatssekretär Andreas Schieder, Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens und eines Memorandum of Understanding zwischen den Finanzministerien sowie Gespräch mit dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Irinej (7. Mai); Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Arbeitsbesuch (26. Mai); Bundesministerin Maria Fekter, Unterzeichnung eines bilateralen Protokolls zum Rückübernahmeabkommen EU-Serbien (24. und 25.Juni); Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Gespräche mit EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić, Handelsminister Slobodan Milosavljević und Diasporaminister Srdjan Srećković sowie Teilnahme am Wiener Gala-Abend im Rathaus (8. September).

Besuche in Österreich: Wirtschaftsminister Mladjan Dinkić, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding mit Bundesminister Reinhold Mitterlehner (25. März); Umweltminister Oliver Dulić, Teilnahme an der 3. Internationalen Konferenz zur Vorbereitung der EU-Strategie für den Donauraum (19.–21. April); Präsident Boris Tadić, Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Check In! Südosteuropa" (Graz, 26. Mai); Sozialminister Rasim Ljajić, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer und Bürgermeister Michael Häupl (31. Mai); Umweltminister Oliver Dulić, Gespräche mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich (8. und 9. Juni); Außenminister Vuk Jeremić, Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE (21. Juni); EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić, Teilnahme am Europa Forum Wachau (Göttweig, 27. Juni); Präsident Boris Tadić, Eröffnung der Ausstellung „Serbien. Kultur zwischen Ost und West" im Dommuseum Wien (29. Juni); EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić, Unterzeichnung des Abkommens über Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit mit Bundesministerin Beatrix Karl (12. und 13. Juli); Innenminister Ivica Dačić, Teilnahme am Forum Salzburg (Fuschl, 26.–28. August); Innenminister Ivica Dačić und Staatssekretär Slobodan Homen, Teilnahme an der Gründungskonferenz der IACA (2. und 3. September); Serbisch-Orthodoxer Patriarch Irinej, Gespräche mit Kardinal Christoph Schönborn, Bundespräsident Heinz Fischer und Bürgermeister Michael Häupl (10.–14. September); Parlamentspräsidentin Slavica Djukić-Dejanović, Gespräch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (14. September); EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić, Teilnahme an der 54. IAEO-Generalkonferenz (20. September); Justizministerin Snežana Malović, Teilnahme an der UNTOC-Konferenz (17.–22. Oktober); EU-Integrations- und Wissenschaftsminister Vizepremier Božidar Djelić, Teilnahme an der Konferenz „Serbien – 10 Jahre danach" (27. Oktober); Generalstabschef Miloje Miletić, Gespräche mit Generalstabschef General Edmund Entacher (8.–10. November).

Am 7. Mai wurde das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Serbien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll unterzeichnet. Die Unterzeichnung des bilateralen Protokolls zum Rückübernahmeabkommen EU-Serbien erfolgte am 25. Juni. Das Abkommen über Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit wurde am 13. Juli unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) von rund 3,575 Millionen Euro erbracht.

Im Herbst wurde mit den „Österreichischen Filmtagen" in Belgrad und weiteren serbischen Städten ein öffentlichkeitswirksamer Akzent gesetzt. Eröffnet wurden die Filmtage durch Oscar-Preisträger Stefan Ruzowitzky. Das Kulturforum führte auch gemeinsame Projekte im Rahmen des EUNIC Clusters (EU National Institutes for Culture) durch, u.a. durch die gemeinsame EUNIC-Teilnahme an der Belgrader Buchmesse.

Österreich ist größter ausländischer Investor in Serbien. Insgesamt sind über 300 österreichische Firmen vor Ort vertreten.

Die österreichischen Exporte betrugen 482,518 Millionen Euro (+5,2%), die Importe 278,171 Millionen Euro (+22,2%).

Seychellen
(Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef
James Alix Michel

Außenminister
Jean-Paul Adam
(seit 1. Juli)

ÖB: siehe Kenia; Victoria – **HK**; **AHSt:** siehe Südafrika

Die österreichischen Exporte betrugen 1,013 Millionen Euro (+74,0%), die Importe 8,266 Millionen Euro (105,5%).

Sierra Leone
(Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Ernest Bai Koroma

Außenminister
Joseph B. Dauda
(seit 4. Dezember)

ÖB: siehe Senegal; Freetown – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

In Zusammenarbeit mit dem Peacebuilding Support Office der Vereinten Nationen organisierte und finanzierte Österreich am 1. und 2. Dezember in Freetown ein regionales Seminar über Reintegration von früheren Kämpfern und Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche und Frauen.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 100.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 686.000 Euro (-45,4%), die Importe 36.000 Euro (-18,5%).

Simbabwe
(Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister
Simbarashe Mumbengegwi

Harare – **ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 50.000 Euro erbracht.

Mit Unterstützung der Botschaft trat das Duo „Living Room" im Rahmen des Internationalen Kunstfestivals (HIFA) im Mai in Harare auf. Die Botschaft förderte ferner die Errichtung einer Website zur Dokumentation des 2009 verstorbenen Komponisten und Menschenrechtsaktivisten Keith Goddard.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,256 Millionen Euro (+212,5%), die Importe 1,064 Millionen Euro (+36,6%).

Singapur
(Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sellapan Ramanathan	Lee Hsien Loong	George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrats; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

Besuche aus Österreich: Alt-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen mit Senior Minister Goh und mit Temasek-CEO Ho Ching, Vorträge an der Lee Kuan Yew School of Public Policy (6.–13. Februar).

Besuche in Österreich: Vize-Außenminister Zainul Abidin Rasheed, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Vortrag an der DA sowie Termine im Parlament und Wiener Landtag sowie mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft (21.–24. Juni).

Airan Berg initiierte im Sommer die Implementierung des im Rahmen der Europäischen Kulturhaupstadt linz09 entwickelten Schulprojekts „I like to move it, move it" in singapurischen Schulen. Teilnahme an der Europa-StudienInformationsveranstaltung „Study in Europe" (16. Oktober); Konzert der Wiener Sängerknaben im Oktober.

Singapur ist für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen eine wichtige Drehscheibe. Österreich exportierte hauptsächlich Glaswaren, Halbfertigfabrikate, Spezialmaschinen und -fahrzeuge, Maschinenkomponenten, Metallwaren, optische Geräte, Messgeräte und chemische Erzeugnisse. Österreichische Firmen sind auch an Projekten wie Tunnelbau, Wasseraufarbeitung, Mülldeponierung, Ausbau von U-Bahnlinien, der Biomüllverarbeitung und der Flughafenkommunikation beteiligt und engagieren sich verstärkt im Umwelt- und Transportbereich.

Die österreichischen Exporte betrugen 298,738 Millionen Euro (+30,6%), die Importe 136,648 Millionen Euro (+39,2%).

Slowakei
(Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ivan Gašparovič	Iveta Radičová (seit 9. Juli)	Mikuláš Dzurinda (seit 9. Juli)

Pressburg – **ÖB, KF, AHSt, ÖI**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Miroslav Lajčák beim 13. Jahresball des slowakischen Außenministeriums (23. Jänner); Altbundeskanzler Alfred Gusenbauer bei Zeremonie zum 65. Jahrestag des II. Weltkriegs beim Monument Slavín in Pressburg (23. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit KDH-Vorsitzendem Jan Figeľ (28. Mai); Generalstabschef General Edmund Entacher bei den nationalen Flugtagen in Piešťany (29. Mai); Generalmajor Johann Pucher, verteidigungspolitische Konsultationen (9. September)

Besuche in Österreich: Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten Olga Algayerová, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (19. Februar); Außenminister Miroslav Lajčák, Vortrag an der Diplomatischen Akademie (11. März); Bürgermeister von Pressburg Andrej Ďurkovský, Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den „Twin–City-Städten" mit Bürgermeister Michael Häupl (19. April); Gouverneur der Region Pressburg Pavol Frešo, Treffen mit Bürgermeister Michael Häupl (28. April); Außenminister Miroslav Lajčák, Teilnahme an der Sicherheitskonferenz in der Diplomatischen Akademie (3. Mai); Außenminister Mikuláš Dzurinda, Antrittsbesuch bei Bundesminister Michael Spindelegger und Gespräche mit Vizekanzler Josef Pröll und Landeshauptmann Erwin Pröll (23. August); Innenminister Daniel Lipšic, Teilnahme am „Forum Salzburg" (Fuschl, 27. August.); Außenminister Mikuláš Dzurinda, Radtour nach Wien (29. August); Innenminister Daniel Lipšic, Teilnahme an der Eröffnungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie in Laxenburg (Wien und Laxenburg, 2. und 3. September); Premierministerin Iveta Radičová, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann anlässlich der Eröffnung des Kongresses des Internationalen Presse-Instituts (12. September); Finanzminister Ivan Mikloš, Teilnahme an der Internationalen Bankenkonferenz in Wien (17. September); Außenminister Mikuláš Dzurinda und Wirtschaftsminister Juraj Miškov in Baumgarten anlässlich der Beendigung der Bauarbeiten zum „Reverse–flow" der Gasleitung (24. Oktober); Justizministerin Lucia Žitňanská, Treffen mit Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner (11. November); Parlamentspräsident Richard Sulík, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (12. November); Außenminister Mikuláš Dzurinda, Vortrag im Palais Pallavicini auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (6. Dezember).

Die österreichisch-slowakische Kulturzusammenarbeit war auch 2010 dynamisch. Durch gezielte Projektauswahl gelang es, österreichisches Kunst- und Kulturschaffen einem informierten und interessierten Publikum nahezubringen.

Österreichische Literaratur wurde durch diverse Autorenlesungen in verschiedenen Städten der Slowakei – sei es durch Andreas Weber, Ilse Brem, Chris Pichler, Ivo Schneider, André Pilz, Wolfgang Kühn, Hans Raimund oder Ilse Kilic und Fritz Widhalm – vermittelt, aber auch durch eine szenische Lesung des Schauspielers Franz Froschauer aus Thomas Bernhards autobiographischen Schriften oder die Aufführung des Theaterstücks „In the Country of the Huns" von Ernst Jandl.

In Umsetzung einer wesentlichen Komponente der Kulturarbeit des KF, der nachhaltigen Stärkung des Verständnisses füreinander, wurde das Buch „Der Onkel aus Pressburg – Auf österreichischen Spuren durch die Slowakei" durch den Autor Dietmar Grieser im Mai in Kosice in deutscher Sprache präsentiert. Die slowakische Version wurde durch dessen Übersetzerin, Theodora Chmelova, Gemahlin des Vizepremierministers und Ministers für Minderheitenfragen, Rudolf Chmel, ebenfalls in Anwesenheit des Autors am 26. November am KF vorgestellt.

Die musikalische Schwerpunktsetzung der Kulturarbeit des KF fokussierte auf das Gedenken an die Jahresregenten Gustav Mahler (150. Geburtstag), Hugo Wolf (150. Geburtstag) und Robert Stolz (130. Geburtstag). Dem Gedenkjahr an Gustav Mahler wurde mit einem musikalischen Veranstaltungszyklus, der Konzerte des Baritons Martin Achrainer und der Sopranistin Simona Eisinger inkludierte, Rechnung getragen. Er wurde von der informativen Ausstellung „Gustav Mahler und Wien" und einem das Leben und Werk des Genies des Fin-de-siècle skizzierenden Vortrag der Musikwissenschaftlerin Zuzana Vitalova flankiert. Hugo Wolf wurde durch die Interpretation des Zyklus „Italienisches Liederbuch" durch Christa Ratzenböck, Martin Achrainer und Zita Tschirk gewürdigt, Robert Stolz durch das Konzert der Künstler Petra Chiba und Franz Carda „Der (un)bekannte Robert Stolz – Lieder seines Lebensweges". Die Schauspielerin Jovita Dermota und der Pianist Josef Mayr gestalteten einen Konzert- und Leseabend „Slowakische Erinnerungen aus der Kindheit", in Anwesenheit des Komponisten Friedrich Cerha.

Aus dem vielfältigen Ausstellungsprogramm, das u.a. Arbeiten von Gerhard Schmidbauer, Leena Naumanen, Michael Part, Miriam Bajtala, Ina Loitzl, Michael Breyl und Nina Maron bereicherten, seien die Ausstellungen „Believe in doubt", eine Ausstellung filmischer und fotografischer Arbei-

ten aus dem Oberösterreichischen Kunstverein, die Ausstellung „Meine bunte Welt“ von Hannes Simoner oder die Ausstellung „Endstation Sehnsucht“ von Frank Robert im Rahmen des Monats der Fotografie exemplarisch genannt.

Am 25. Februar fand ein Treffen der Historikerkommissionen der Österreichischen und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften statt.

Am 24. November wurde in Wien die 4. Tagung der Gemischten Kommission gemäß dem Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Slowakischen Republik über Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit abgehalten.

Österreich ist nach den Niederlanden und Deutschland drittgrößter Investor.

Die österreichischen Exporte betrugen 2.280,214 Millionen Euro (+21,9%), die Importe 2.626,512 Millionen Euro (+34,8%).

Slowenien
(Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Danilo Türk	Borut Pahor	Samuel Žbogar

Laibach – **ÖB, KF, AHSt, Polizeiattaché, ÖW, ÖI, ASO;** Marburg – **HK, Verteidigungsattaché** mit Sitz in Wien, **Agrarattaché** mit Sitz in Agram

Am 15. September wurde Jože Protner zum neuen Honorarkonsul in Maribor/Marburg ernannt. Die feierliche Eröffnung der neuen Räumlichkeiten erfolgte am 25. November.

Besuche aus Österreich: Außenminister Samuel Žbogar und Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš empfingen die Vertreter der slowenischen Minderheit in Österreich (13. Jänner); Bundesministerin Bandion-Ortner, Arbeitstreffen mit Justizminister Aleš Zalar (16. und 17. März); Bürgermeister Michael Häupl, Gespräche mit dem Bürgermeister von Laibach Zoran Janković anlässlich des Europatages (7. Mai); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Treffen mit dem Präsidenten des slowenischen Olympischen Komitees, Janez Kocjančič (14. Mai); Bundesratspräsident Peter Mitterer, Arbeitsbesuch bei Staatsratspräsident Blaž Kavčič (16. Juni); Präsident des Bundesrates i.R. Universitätsprofessor Herbert Schambeck, Gespräche mit dem Bürgermeister von Bled, Janez Fajfar, Vorbereitung der Errichtung einer Grabstätte für die Mutter des Schöpfers der österreichischen Bundesverfassung, Universitätsprofessor Hans Kelsen (Bled, 18.–20. Juni); Neugewählter Vorsitzender des Nationalrates der Kärntner Slowenen (NSKS), Valentin Inzko, Besuch beim Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš (10. September); Vertreter der slowenischen Minderheit in Österreich, Susanne Weitlaner, Artikel-VII-Kulturverein für Steiermark, Valentin Inzko, NSKS, Marjan Sturm, Verband der slowenischen Organisationen und Bernard Sadovnik, Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen, Treffen mit Außenminister Samuel Žbogar und Staatssekretär für Slowenen im Ausland Boris Jesih (29. September); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Teilnahme am European Day of Civil Justice (25. und 26. Oktober); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Treffen mit Verkehrsminister Patrick Vlačič (10. November); Bundesministerin Doris Bures, offizieller Besuch bei Verkehrsminister Patrick Vlačič (19. November); Politischer Direktor im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Konsultationen mit dem slowenischen Politischen Direktor Matej Marn und Generaldirektor Igor Senčar (24. November); Staatssekretär Josef Ostermayer, Treffen mit Staatssekretär Boris Jesih und Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš (15. Dezember); Präsident des Bundesrates i.R. Universitätsprofessor Herbert Schambeck, Teilnahme bei der Enthüllung des Grabsteins von Auguste Kelsen, der Mutter des Schöpfers der österreichischen Bundesverfassung, Universitätsprofessor Hans Kelsen (Bled, 20. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin für Landwirtschaft Sonja Bukovec, Teilnahme an der Eröffnung der Alpe-Adria-Messe (Klagenfurt, 29. Jänner); Umweltminister Roko Žarnić, Teilnahme an der internationalen Ministertagung zum Donau-Bewirtschaftungsplan (16. Februar); Igor Lukšič, Minister für Schul- und Sportwesen, Teilnahme am Wiener Opernball (11. Februar);

Staatsratsvorsitzender Blaž Kavčič, Treffen mit dem Präsidenten des Bundesrates Peter Mitterer bei der GAST-Messe (Klagenfurt, 14. März); Außenminister Samuel Žbogar, Arbeitstreffen mit Bundesminister Michael Spindelegger und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (16. März); Politischer Direktor Matej Marn, Konsultationen mit Politischem Direktor im BMeiA Botschafter Stefan Lehne (12. April); Staatssekretär im Verkehrsministerium Igor Jakomin, Teilnahme an der strategischen EU-Konferenz zur Donauregion (19. April); Verteidigungsministerin Ljubica Jelušič, Teilnahme an der Konferenz „Security Cooperation in Central Europe" (3. Mai); Minister für Arbeit, Familie und Soziales Ivan Svetlik, Teilnahme als Gastredner bei der 65. Gedenkfeier von Mauthausen-Gusen (Linz, 9. Mai); Generaldirektor der slowenischen Polizei Janko Goršek, Treffen mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Herbert Anderl (31. Mai); Staatspräsident Danilo Türk, informelles Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme als Gastredner beim 23. jährlichen Treffen des Academic Council on the United Nations System, (3.–5. Juni); Staatsratsvorsitzender Blaž Kavčič, Teilnahme am Festkonzert des slowenischen Generalkonsulates anlässlich des Nationalfeiertages der Republik Slowenien (Klagenfurt, 23. Juni); Minister für lokale Selbstverwaltung und regionale Entwicklung Henrik Gjerkeš, Besuch im Technologiezentrum Güssing (Güssing, 12. Juli); Innenministerin Katarina Kresal, Teilnahme am Salzburg Forum (Fuschl, 26. und 27. August); Minister für Slowenen im Ausland Boštjan Žekš bei einem internationalen Seminar der Jugendverbände der Kärntner Slowenen (Bleiberg, 13. September); Minister für Entwicklung und EU-Angelegenheiten Mitja Gaspari und Finanzminister Franc Križanič, Teilnahme an der Konferenz „Beyond the Vienna Initiative" (17. September); Generalmajor Alojz Šteiner, offizieller Besuch bei Generalstabschef General Edmund Entacher und Besichtigung der Übung „European Advance 2010" (21. und 22. September); Staatsekretärin im Außenministerium Dragoljuba Benčina bei Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (29. September); Außenminister Samuel Žbogar, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an Konferenz über die Zukunft der EU-Außenpolitik (25. November).

Am 21. Juli wurde in Laibach der „Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den Verlauf der Staatsgrenze in den Grenzabschnitten VIII bis XV und XXII bis XXVII" unterzeichnet.

Die sehr starke bilaterale Kooperation zwischen Slowenien und Österreich auf allen Ebenen zeigt sich auch in einem sehr intensiven Austausch im Bereich der Kultur.

Ein zentrales Ereignis im Musikleben Laibachs waren zweifellos die Konzerte der Wiener Philharmoniker unter Ricardo Muti im Juni im Cankarjev dom. Dieses Konzert war als Hommage an den Dirigenten Carlos Kleiber (begraben im slowenischen Dorf Konjšica) anlässlich dessen 80. Geburtstags konzipiert.

Slowenien beging im Jahr 2010 die Jubiläen zweier großer Komponisten, die in unmittelbarer Verbindung zur Kulturgeschichte dieses Landes stehen: den 150. Geburtstag von Hugo Wolf (geboren 1860 in Windischgrätz/Slovenj Gradec) und den 150. Geburtstag von Gustav Mahler, der als junger Dirigent an der Philharmonie Laibach wirkte. Das Kulturforum hat diese Gedenktage sowohl durch mehrere Kooperationsprojekte mit slowenischen Institutionen, als auch durch Eigenveranstaltungen unterstützt. So wurde im Rahmen des Ljubljana-Festivals im Jänner ein Hugo Wolf gewidmeter Liederabend der Sopranistin Marianne Hetzenauer präsentiert; Mahler und Wolf standen auch im Mittelpunkt des Programmes eines Konzertes der Sopranistin Simona Eisinger in Laibach, das die Botschaft und das Kulturforum Anfang Mai als Eigenveranstaltung organisiert hat.

Bei dem alljährlich in der adriatischen Küstenstadt Piran (dem Geburtsort des Komponisten Giuseppe Tartini) stattfindenden Tartini-Festival konzertierten Paul Gulda und Oskar Hütter. Das Wiener Artis-Quartett trat sowohl im Minoritenkloster Piran, wie im Rahmen des Musikfestivals Bohinj auf. Im Rahmen des Festivals Brežice (einem allslowenischen Musikfestival mit zahlreichen Aufführungsorten) fand ein vom Kulturforum unterstütztes Konzert des Ensembles Unicorn statt. Das alljährlich stattfindende Jazzcamp Kranj wurde durch die Teilnahme der österreichischen Jazz-Interpreten Heinz Hermann und Ines Riegler, das Musikforum Trenta durch Mitwirkung von Professor Alfred Staar und Ensemble unterstützt.

Auf Initiative des Kulturforums wurde anlässlich der Amtseinführung des neuen österreichischen Honorarkonsuls in Maribor im September von den Wiener Instrumentalsolisten ein Festkonzert gestaltet, ein weiteres Konzert in Maribor wurde vom Kulturforum anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums der Österreich-Bibliothek Ende November an der Universitätsbibliothek organisiert. Die Interpreten dieses Konzertes waren das junge Salzburger Duo „nota bene" (Alexander Vavtar und Eva Steinschaden), zwei Werke zeitgenössischer österreichischer Komponisten (Ludwig Nussbichler, und Clemens Verano) wurden uraufgeführt. Das Ensemble „Wiener Concert Verein" präsentierte im Februar Uraufführungen von Richard Duenser. Anlässlich der slowenisch-österreichischen Musiktage wurde im März im Rahmen der Alpen-Adria-Kooperation ein bilateraler Musikworkshop (gemeinsam mit StudentInnen aus Klagenfurt) organisiert.

Dem großen österreichisch-slowenischen Architekten Boris Podrecca war anlässlich seines 70. Geburtstages eine Werkretrospektive in Laibach gewidmet, an der das Kulturforum finanziell und organisatorisch beteiligt war. Diese Ausstellung wurde – in Anwesenheit von Boris Podrecca – vom slowenischen Ministerpräsidenten Borut Pahor eröffnet.

Anlässlich des 100. Geburtstages des österreichisch-slowenischen Sängers Anton Dermota hat das KF eine biographische Fotoausstellung organisiert, die in großen Teilen auch die Geschichte der Wiener Staatsoper von 1955–1980 behandelte.

Ausstellungen der slowenisch-österreichischen Fotokünstler Branko Lenart und Marko Lipuš wurden in Laibach präsentiert; von Marko Lipuš wurde im Rahmen der 20-Jahr-Feiern der Österreich-Bibliothek Maribor auch eine Fotoausstellung österreichischer Literaten gezeigt. Das der elektronischen Kunst gewidmete Festival „Aksioma" in Laibach präsentierte in Kooperation mit dem Kulturforum Hans Bernhard und Liz Volx. Beim Internationalen Festival für Computerkunst „IFCA" war Österreich durch Alex Stockburger, Martin Kaltenbrunner und Günther Gaiger vertreten. Am alljährlich stattfindenden „City of women" – Festival in Laibach nahmen – mit finanzieller Unterstützung des Kulturforums – die Österreicherinnen Ana Hoffner und Ida Rosenberger teil. Bei der slowenischen Biennale des Industriedesigns Ljubljana war Österreich durch die Informationsdesignerin Veronika Egger vertreten.

Beim Festival Moderner Tanz „5th front" in Murska Sobota nahmen Stefanie Cumming und Chris Haring teil.

Auf dem Gebiet der Literatur wurden im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Germanistischen Institut der Universität Ljubljana, insbesondere mit dem dort tätigen Dozenten Johann Georg Lughofer, eine Reihe von Veranstaltungen realisiert. Zwei dieser Veranstaltungsreihen sind besonders dem jüngeren studentischen Publikum gewidmet, nämlich die Serie „Literatur lebt", in deren Rahmen zeitgenössische österreichische Autorinnen und Autoren vorgestellt werden – und „Poetry Slam" – eine mehrmals jährlich stattfindende Publikumsveranstaltung. Im Rahmen von „Literatur lebt" fanden Lesungen der Autoren Michael Stavaric, Michael Hammerschmied, Nadja Pucher, Milena Michiko Flasar u.a. statt. Lesungen von Daniel Kehlmann (mit Unterstützung des Kulturforums) fanden auch im Rahmen der Internationalen Buchwoche Ljubljana und von Karl Markus Gauß statt. Am Internationalen Literaturfestival Vilenica nahmen Max Blaeulich und Ludwig Hartinger teil.

Anlässlich des 10. Todestages von Ernst Jandl wurde an der Universität Ljubljana ein eintägiges Symposium organisiert, dessen Beiträge ediert werden. Ein weiteres Symposium zum Thema „Exophonie- Anderssprachigkeit in der Literatur" hat das KF in Zusammenarbeit mit der Universität Ljubljana organisiert, bei welchem die AutorInnen Joko Tawada, Rafik Schmai, Maja Haderlap und Zdenka Becker über ihre literarische Arbeit außerhalb der ursprünglichen Muttersprache referierten. Auch das 20-Jahr-Jubiläum der Österreich-Bibliothek an der Universität Maribor wurde mit einem Symposium zum Thema „Kulturelle Begegnungen Österreich-Slowenien" begangen.

Im Rahmen der Förderung deutschsprachiger Minderheiten in Slowenien wurden Projekte des Kulturvereins deutschsprachiger Frauen „Brücken" und des Kulturvereins Abstall unterstützt.

Beim Pro-Kopf-Import österreichischer Waren liegt Slowenien weltweit an der Spitze, Österreicher sind die wichtigsten Pro-Kopf-Abnehmer slowenischer Erzeugnisse innerhalb der EU. Österreich ist auch der wichtigste Investor.

Die österreichischen Exporte betrugen 2.219,303 Millionen Euro (+8,3%), die Importe 1.234, 451 Millionen Euro (+24,1%).

Somalia
(Republik Somalia), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Sharif Sheikh Ahmed	Mohamed Abdullahi Mohamed (seit 31. Oktober)	Mohamed Abdullahi Omaar (seit 27. November)

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betrugen 581.000 Euro, die Importe 45.000 Euro (-58,1%).

Spanien
(Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
König Juan Carlos I.	José Luis Rodríguez Zapatero (seit 21. Oktober)	Trinidad Jiménez García-Herrera

Madrid — **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖHI;** Barcelona — **HGK, AHSt** (zuständig auch für Andorra), **ÖW**; Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca, La Orotava (Teneriffa), Sevilla, Valencia — **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Teilnahme am informellen Treffen der EuropaministerInnen (La Granja, 120-14. Jänner); Bundesministerin Maria Fekter und Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Justiz und Inneres (Toledo, 20.–22. Jänner); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales (Barcelona, 27.–29. Jänner); Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, MinisterInnenkonferenz zu Frauenfragen (Cádiz, 2. und 3. Feber); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Mitglied des Bundesrates Georg Keuschnigg, Teilnahme am Vorsitzendentreffen der COSAC (4. und 5. Feber); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Gespräch mit dem Arbeitsausschuss des spanischen Parlaments (5. Feber); Bundesministerin Doris Bures, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (La Coruña, 120-14. Feber); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerteidigungsministerInnen (Palma de Mallorca, 24.–26. Feber); Mitglied des Bundesrates Albrecht Konecny, Teilnahme am COSAC Treffen der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten (25. und 26. Feber); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Gymnich-Treffen der EU-AußenministerInnen (Córdoba, 5. und 6. März); Bundesminister Alois Stöger, Teilnahme an der Konferenz über e-Health (Barcelona, 14. und 15. März); Bundesministerin Beatrix Karl, Teilnahme am informellen Treffen der EU-BildungsministerInnen (13. und 14. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka und Gouverneur der Nationalbank Ewald Nowotny, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (14.–16. April); Bundesministerin Maria Fekter, MinisterInnenkonferenz zu Integration (Zaragoza, 15. und 16. April); Abgeordneter zum Nationalrat Günter Stummvoll und Mitglied des Bundesrats Johann Kraml, Teilnahme am COSAC Treffen der Finanzausschüsse (14.–17. April); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-SportministerInnen (20. und 21. April); Präsident des österreichischen Gemeindebundes Helmut Mödlhammer mit Delegation, Arbeitsgespräche (6.–8. Mai); Bundesminister

Michael Spindelegger, Teilnahme am EU-Lateinamerika-Gipfel der Staats-und Regierungschefs (17. und 18. Mai); Mitglied des Bundesrates Monika Kemperle und Mitglied des Bundesrates Franz Eduard Kühnel, Teilnahme am COSAC Treffen der Ausschüsse für Justiz und Inneres (19.–21. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Josef Cap, Christine Muttonen, Franz Glaser und Gerhard Kurzmann, Arbeitsgespräche mit den Vorsitzenden des außenpolitischen und des EU-Ausschusses des spanischen Parlaments (26. und 27. Mai); Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen, Johannes Hübner und Ewald Stadler, Mitglieder des Bundesrates Georg Keuschnigg, Albrecht Konecny und Stefan Schennach, Teilnahme an Sitzung der COSAC (29. Mai bis 1. Juni); Bundesministerin a.D. Abgeordnete zum Nationalrat Ursula Plassnik, Teilnahme an UNIFEM Konferenz (31. Mai bis 2. Juni); Bundesministerin Doris Bures, Ministerlnnenkonferenz über Transeuropäische Verkehrsnetze (Zaragoza, 8. und 9. Juni); Abgeordnete zum Nationalrat Renate Csörgits und Mitglied des Bundesrats Gerald Klug, Teilnahme am COSAC Treffen zu Arbeitsmarkt und Integration (23.–25. Juni); Bürgermeister Heinz Schaden mit Delegation der Landesgruppe Salzburg des Österreichischen Städtebundes, Arbeitsgespräche (7.–10. September).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident José Luis Rodriguez Zapatero, Arbeitsbesuch, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann (14. Jänner); Außenminister Miguel Ángel Moratinos, Teilnahme an Ratstagung der OSZE und Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger (19. Jänner); Erste stellvertretende Ministerpräsidentin Maria Teresa Fernández de la Vega, Teilnahme an Gedenkfeier (Mauthausen, 9. Mai).

Schwerpunkte der Tätigkeit des KF Madrid waren die Präsentation neuester österreichischer Entwicklungen auf dem Gebiet der Musik, des zeitgenössischen Tanzes sowie der Medien- und Computerkunst, die Präsentation innovativer Konzepte von Kammermusik und die Zusammenarbeit mit EUNIC España.

Auf dem Gebiet der Medienkunst ist die Beteiligung österreichischer Künstler an den Festivals „Rencontres Internationales“ (Madrid) und „LOOP“ (Barcelona) sowie am Projekt „Revox“ (Electronic Poetry, Madrid) zu erwähnen. Innovative Konzepte des Tanztheaters im öffentlichen Raum wurden von der Cie. Willi Dorner („Bodies in Urban Spaces“, Valladolid) und Daniel Aschwanden/Peter Stamer („La Caja Negra“, Gijón) dargeboten. Die Stiftung Thyssen Bornemisza Art Contemporary (Wien) präsentierte die internationale Großausstellung „Passages“ in Gijón.

EUNIC España realisierte während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft in Zusammenarbeit mit der Vertretung der EK das literarische Großprojekt „Dialog Schriftsteller – Übersetzer- Publikum“. Eine EUNIC-Tagung über „Kulturhoheit von Regionen in der EU“ fand im Rahmen der belgischen EU-Präsidentschaft statt. Das KF Madrid war an beiden Projekten beteiligt.

Die österreichischen Exporte betrugen 1.999,475 Millionen Euro (+14,2%), die Importe 1.758,365 Millionen Euro (+13,0%).

Sri Lanka
(Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mahinda Rajapaksa	D. M Jayaratne	G. L. Peiris
	(seit 23. April)	(seit 23. April)

ÖB, AHSt: siehe Indien; Colombo – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 45.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betrugen 17,554 Millionen Euro (-18,4%), die Importe 38,502 Millionen Euro (+18,0%).

St. Kitts und Nevis
(St. Kitts und Nevis), Basseterre

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewellyn Douglas (seit 8. Februar)	Sam Condor

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Cuthbert Montraville Sebastian

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 242.000 Euro (+119,0%), die Importe 1.000 Euro.

St. Lucia
(St. Lucia), Castries

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Stephenson King	Rufus George Bousquet

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Dame Calliopa Pearlette Louisy

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Castries – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 150.000 Euro (-6,6%). Es wurden keine Importe verzeichnet.

St. Vincent und die Grenadinen
(St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Ralph E. Gonsalves (seit 19. Dezember)	Douglas Slater

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Frederick Nathaniel Ballantyne

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 53.000 Euro (-63,5%), die Importe 1.000 Euro.

Südafrika
(Republik Südafrika), Pretoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Jacob Gedleyihlekisa Zuma	Maite Nkoane-Mashabane

Pretoria – **ÖB;** Kapstadt – **GK** (bis Oktober)**;** Johannesburg – **HGK, AHSt;** Durban – **HK;** Port Elizabeth – **HK**

Das GK Kapstadt wurde Ende Oktober geschlossen, die Eröffnung eines HGK ist in Vorbereitung.

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der 5. Konferenz der Regierungschefs von Bayern, Georgia, Oberösterreich, Québec, São Paulo, Shandong und Westkap (Kapstadt, 27.–29. September); Präsident des Rechnungshofes Josef Moser, Teilnahme am

20. Weltkongress der INTOSAI sowie an Sitzungen des INTOSAI-Präsidiums (Johannesburg, 19.–28. November).

Besuche in Österreich: Minister für Höhere Bildung und Training Blade Nzimande, Teilnahme am 2. Bologna Policy Forum (11. und 12. März); Vizepräsident Kgalema Motlanthe, Gesundheitsminister Aaron Motsoaledi und Vizeministerin für öffentliche Arbeiten Henrietta Bogopane-Zulu, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer und Teilnahme an der 18. Internationalen AIDS-Konferenz (17. und 18. Juli).

Auslandsdiener waren in KwaZulu-Natal tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 462.000 Euro erbracht.

Im Februar gab das oberösterreichische Bläserensemble „Cappella Concertante" Konzerte in Hermanus und in und um Kapstadt und hielt Workshops mit Kapstädter Musikschülern ab. Am 18. Februar trat DJ Sergej Popov unter dem Motto „Hip Hop meets Ballroom" gemeinsam mit DJ C-Live in Johannesburg auf. Von Februar bis April wurde in Johannesburg die Foto-Ausstellung „we are not afraid" der Camera Austria gezeigt. Am 10. März organisierte die Botschaft gemeinsam mit dem südafrikanischen „Institute for Security Studies" ein Symposium zum Thema „Der Vertrag von Lissabon und Afrika" über die Veränderungen, die sich aus den institutionellen Neuerungen in der EU für deren Zusammenarbeit mit Afrika ergeben. Die Botschaft unterstützte auch das Filmprojekt „Four Cities" von Florian Schattauer, der Film wurde schließlich unter dem Titel „Le Boeuf sur le Toit" beim internationalen Filmfestival in Durban im Juli uraufgeführt.

Die Kooperation der Botschaft mit „Right on the Rim" in Johannesburg wurde fortgeführt, es wurde eine Reihe von Veranstaltungen unterstützt, darunter Konzerte, Künstler-Residenzen und Filmabende. Im Mai gab Lukas Ligeti ein gemeinsames Konzert mit Mpho Molikeng und Carlo Mombelli. Walter Stach und Marcus Neustetter gestalteten für ausgewählte Spiele der FIFA-Fußballweltmeisterschaft im Juni und Juli das Projekt „Dialogue Tower", bei welchem die Energie der Fußballübertragungen im Rahmen von Public Viewing live auf Bilder („Public Painting") übertragen wurde.

Klaus Gmoser gestaltete im Juli gemeinsam mit lokalen Bewohnern eine Straßenmauer in Soweto bei Johannesburg. Christian Schiller und Wen Liu nahmen im August am Künstler-Workshop „Crossings" in Johannesburg teil. Im September traten Charlie Vallow und Methapo Sounds in einem Crossover zwischen klassischem Jazz und traditioneller Musik aus dem südlichen Afrika beim Capital Arts Festival in Pretoria auf. In der zweiten Septemberhälfte gastierten die Florianer Sängerknaben in mehreren Städten und traten auch gemeinsam mit dem bekanntesten südafrikanischen Knabenchor, dem „Drakensberg Boys' Choir" auf. Im Dezember stellte Linde Waber Werke in Kapstadt aus.

Die österreichischen Exporte betrugen 446,729 Millionen Euro (+5,3%), die Importe 524,079 Millionen Euro (+75,2%).

Sudan
(Republik Sudan), Khartum

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Omar Hassan Ahmed Al Bashir	Ali Ahmed Karti
(seit 14. Juni)	

ÖB, AHSt: siehe Ägypten; Khartum – **HK** (derzeit unbesetzt)

Treffen von Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Ali Ahmed Karti am Rande der 65. VN-Generalversammlung (24. September) sowie am Rande des EU-Afrika-Gipfels (Tripolis/Libyen, 29. November).

Besuche aus Österreich: Botschafter Georg Lennkh, Sonderbeauftragter für Afrika und Sondergesandter der EU-Präsidentschaft für den Tschad, Treffen mit Außenminister Ali Ahmed Karti (4.–

8. Juli); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Vizepräsident Ali Osman Taha, Außenminister Ali Ahmed Karti, Präsident des Südsudan, Salva Kiir, dem Vorsitzenden des High Level Panels der Afrikanischen Union, Tabo Mbeki, und dem Vorsitzenden der Referendumskommission, Mohammed Ibrahim Khalil (Khartum, Juba, 6.–8. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Ali Ahmed Karti, Treffen mit dem Sonderbeauftragten für Afrika und Sondergesandten der EU-Präsidentschaft für den Tschad Botschafter Georg Lennkh (27. Jänner); Regierungsbeauftragter für Demobilisierung, Abrüstung und Reintegration im Nordsudan, Solafeldin Salih Mohamed Tahir, Gespräche im BMeiA und im BMLVS (11. Juni); Außenminister Ali Ahmed Karti, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (14. Juli); Außenminister Ali Ahmed Karti, Minister für Regierungsangelegenheiten Luka Biong sowie Ölminister des Südsudan Lual Achwel Deng, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (10. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 25.000 Euro erbracht.

Die Außenhandelsstelle Kairo nahm Anfang Februar mit einer Katalogausstellung an der Internationalen Messe Khartum teil, wobei 48 Firmen präsentiert wurden.

Die österreichischen Exporte betrugen 47,548 Millionen Euro (+55,9%), die Importe 398.000 Euro (+2,1%).

Suriname
(Republik Suriname), Paramaribo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Desiré Delano Bouterse	Winston Lackin

ÖB: siehe Brasilien; **AHSt:** siehe Venezuela; Paramaribo – **HK**

Besuche aus Österreich: Mission zu Kooperationsmöglichkeiten im Forst- und Umweltbereich des BMLFUW (Delegationsleiter Martin Nöbauer) und dem Verein ANRICA (unter Führung von Markus Sommerauer), Treffen mit Minister für Planung, Land- und Forstwirtschaft Martinus Sastroredjo, Minister für Arbeit, Technologie und Umwelt Ginmardo Kromosoeto, Außenminister Winston Lackin sowie Parlamentspräsidentin Jennifer Simons (1.–5. November).

Eine Teilnehmerin aus Suriname nahm am Spezialkurs der DA für JungdiplomatInnen aus der Karibik (Mai) teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,310 Millionen Euro (-16,8%), die Importe 3,293 Millionen Euro (-23,1%).

Swasiland
(Königreich Swasiland), Mbabane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Mswati III.	Sibusiso Barnabas Dlamini	Lutfo Dlamini

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Die österreichischen Exporte betrugen 137.000 Euro (+173,4%), die Importe 42.000 Euro (+527,1%).

Syrien
(Syrisch Arabische Republik), Damaskus

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bashar al Assad	Mohammad Naji Otri	Walid al Muallem

Damaskus – **ÖB, AHSt;** Aleppo – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Präsident Bashar al Assad, Parlamentspräsident Mahmoud al-Abrash und Außenminister Walid al-Muallem (19. und 20. Februar); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit stellvertretendem Ministerpräsident Abdullah Dardari, Finanzminister Muhammed Al Hussein und Planungsminister Husni Lutfi (14. und 15. Dezember).

Am 15. Dezember wurde ein Rahmenvertrag über die finanzielle Kooperation im Soft Loan Bereich unterzeichnet.

Die United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF) stand von Februar 2007 bis Februar 2010 unter dem Kommando des österreichischen Generalmajors Wolfgang Jilke. Das österreichische Kontingent umfasst 380 SoldatInnen und Offiziere und operiert seit Juni 2008 mit einem kroatischen Kontingent im gemeinsamen Bataillon AUSBATT.

Die Zusammenarbeit der österreichischen Gesellschaft für zeitgenössische Kunst und Musik mit der Musikhochschule Damaskus wurde weiter ausgebaut und institutionalisiert. Dieses Projekt hatte seinen Höhepunkt im März in einem Abschlusskonzert, das unter Einbindung des Damaszener Opernhauses Dar al-Assad und des Dirigenten des Nationalen Symphonieorchesters Missak Baghboudarian stattfand. Im Oktober wurde die seit fünf Jahren bestehende Kooperation „Syria meets Styria“ fortgesetzt, in deren Zuge österreichische MusikerInnen (Tankred Derler u.a.) gemeinsam mit syrischen MusikerInnen einen regen Austausch über vor allem traditionelle Musik und Instrumente am Konservatorium von Damaskus führten und die Ergebnisse des Workshops in einem Abschlusskonzert präsentierten.

Beim „Europäischen Filmfestival“ im Mai wurde der österreichische Dokumentarfilm „Let´s Make Money“ gezeigt. Erstmals wurde das Festival auch auf Homs und Lattakia ausgeweitet.

Im Mai waren Beate Hecher und Markus Keim eingeladen, ihre Performance „Fatigue Fracture II“ im Rahmen des 2. Internationalen Videokunstfestivals „All Art Now“ in Damaskus zu präsentieren. Im Juni fand der Workshop „Interactive Storytelling“ statt, in dessen Zuge syrische Künstlerinnen durch Stephanie Wuschitz und Karin Kosina in Techniken interaktiver Medienkunst eingeführt wurden. Anschließend wurden dir im Laufe des Workshops entstandenen interaktiven Kunstwerke in einem traditionellen Altstadthaus in Damaskus ausgestellt.

Im Rahmen der EU-Syrian-Cooperation Days im September wurde das Projekt Hamamed zur kulturellen Rolle der Hammams, an dem das Wiener Institut für urbane Nachhaltigkeit (Oikidrom) maßgeblich beteiligt war, vorgestellt.

Im Bereich der angewandten Künste ist die Ausstellung der Werke von Claudia-Maria Luenig in einem eigenen Saal im Rahmen des 8. Internationalen Frauenkunstfestivals in Aleppo im Oktober zu vermerken.

Die archäologischen Grabungen des Teams um Universitätsprofessor Andreas Schmidt-Colinet (Universität Wien) fanden im Juli ihren Abschluss.

Die österreichischen Exporte betrugen 44,394 Millionen Euro (-10,6%), die Importe 252,203 Millionen Euro (+164,9%).

Tadschikistan
(Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmon	Akil Akilow	Khamrokhon Zarifi

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Kasachstan; Duschanbe – **Hilfswerk Austria International;**

Bilaterales Gespräch Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Emomali Rachmon am Rande des OSZE-Gipfeltreffen (Astana, 1. Dezember).

Besuche aus Österreich: Sektionschef im BMF Wolfgang Nolz, Kick-off Meeting des Projekts zur Ausbildung afghanischer Zöllner am Border Management Staff College der OSZE in Duschanbe (20. und 21. September); Abhaltung der dritten Tagung der Österreichisch-Tadschikischen Gemischten Wirtschaftskommission in Begleitung einer von der WKÖ organisierten Wirtschaftsmission, Gespräch mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel Farrukh Khamralijew (13.–15. Dezember).

Österreich war bei den tadschikischen Parlamentswahlen am 28. Februar mit sieben KurzzeitwahlbeobachterInnen, u.a. den Abgeordneten zum Nationalrat Wolfgang Grossruck und Karl Öllinger, vertreten.

Das bilaterale Investitionsschutzabkommen wurde am 15. Dezember in Duschanbe unterzeichnet. Vom 13.–15. Dezember wurden in Duschanbe Verhandlungen über ein bilaterales Doppelbesteuerungsabkommen abgehalten.

Der EU-Botschafter in Tadschikistan ist ein Österreicher.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 42.000 Euro erbracht.

Zwei ExpertInnen des BMI hielten Kurse an einer vom Border Management Staff College der OSZE in Duschanbe organisierten Fortbildungsveranstaltung für afghanische GrenzpolizistInnen ab (27. September bis 8. Oktober).

Sechs österreichische UniversitätsprofessorInnen und LektorInnen nahmen an einem vom Eurasia Pacific Uninet an der Tadschikischen Agraruniversität in Duschanbe organisierten Seminar zum Thema „EnerGIS 10“ teil (20.–24. September).

Am 10. Oktober lancierte die Universität Salzburg gemeinsam mit 18 Partnerinstitutionen aus Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan das auf drei Jahre ausgerichtete TEMPUS-Projekt „Geoinformatics: Managing Energy, Resources, Environment“.

Vom 7.–18. Juni wurde ein Sommersprachkurs für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen mit Schwerpunkt auf österreichischer Literatur und Landeskunde an der Tadschikischen Staatlichen Pädagogischen Sadriddin-Ajni Universität in Duschanbe abgehalten. Ein österreichischer Praktikant für Deutsch als Fremdsprache nahm an dem vom Deutschen Akademischen Austauschdienst organisierten Internationalen Deutschlehrertag in Duschanbe teil (4. Juni).

Die Exporte betrugen 2,854 Millionen Euro (+20,3%), die Importe 1,537 Millionen Euro (+231,1%).

Tansania
(Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakaya Mrisho Kikwete	Peter Pinda	Bernard Kamilius Membe

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika; Dar es Salaam – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 127.000 Euro erbracht.

Von 29. Juni bis 15. Juli hielt sich die österreichische Formation „Windhund im Monsunregen“, bestehend aus Karl Ritter, Otto Lechner, Melissa Coleman und Anne Bennent, in Tansania auf, wo sie Konzerte, gemischt mit Poesie, auf Sansibar, in Bagamoyo und Dar-es-Salaam, gab und Workshops an der Dhow Countries Music Academy auf Sansibar abhielt.

Die österreichischen Exporte betrugen 9,000 Millionen Euro (+14,9%), die Importe 2,975 Millionen Euro (-11,3%).

Thailand
(Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Abhisit Vejjajiva	Kasit Piromya

Bangkok – **ÖB, AHSt;** Chiang Mai, Pattaya, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation österreichischer Parlamentarier unter Leitung von Abgeordneter zum Nationalrat Heidrun Silhavy, Teilnahme am Treffen der Inter-Parliamentary Union (IPU) (27. März bis 1. April).

Besuche nach Österreich: Außenminister Kasit Pyramon, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesministerin Beatrix Karl, dem Dritten Präsidenten des Nationalrates, Martin Graf, dem Präsidenten des Bundesrates, Peter Mitterer, und Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz (220-25. Juni); Besuch von Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Verfassungsorganisationen, Staatsunternehmen und Kapital des thailändischen Parlaments (Jänner); Präsident des Asian Institute of Technogogy, Said Irandoust und des Chairman of Board of Trustees, Tej Bunnag (19.–21. April); Universitätsdelegation der Srinakharinwirot University, Besuch der Universität Wien (11. Mai); Air Chief Marshal Srichown Chanruang, Directorate of Air Operations Control (25. Juni bis 4. Juli); Delegation des thailändischen Gerichtshofes unter Leitung der Präsidentin der Abteilung Familie und Jugend des Berufungsgerichtes der Region 5 in Thailand, Sureeporn Achanont, Besuch beim Oberlandesgericht Wien und im Justizpalast (27. September).

Ein österreichischer Entwurf für ein Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Thailand liegt vor.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 8.000 Euro erbracht.

Der Kooperationsvertrag zwischen IMC Fachhochschule Krems und der Christian University wurde verlängert.

Der Austausch von WissenschafterInnen und Stipendiaten/innen – vor allem Technologiestipendien Südost-Asien – im Rahmen des ASEAN-European University Network (ASEA-Uninet) wurde fortgesetzt. An der Chulalongkorn-Universität in Bangkok besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC). Österreich unterstützt das Asian Institute of Technology (AIT) in Bangkok seit 1990 durch die Finanzierung von Stipendien für Studierende aus Bhutan. Seit Oktober 2007 besteht ein Memorandum of Understanding zwischen Österreich und Thailand für ein ASEA Uninet Thailand On Place Scholarship Programme für StudentInnen aus Myanmar, Laos und Kambodscha. Damit können StudentInnen aus den drei Ländern mit österreichischen Mittel an Universitäten in Thailand studieren.

Erich Kirchler, **Vizedekan der Fakultät für Psychologie und stellvertretender Vorstand des Instituts** für Wirtschaftspsychologie an der Universität Wien hielt an der Thammasat Universität in Bangkok einen Vortrag zum Thema „Tax Behaviour" (29. November) und an der Kasetsart Universität in Bangkok einen Vortrag über „Financial and Economic Psychology" (30. November).

Folgende Veranstaltungen wurden unter finanzieller Beteiligung der Botschaft durchgeführt: Anlässlich des 20-Jahrjubiläums zum Fall des Eisernen Vorhangs wurde in Zusammenarbeit mit der Botschaften Deutschlands und Ungarns und dem Zentrum für Europastudien der Chulalongkorn Universität, von dem im August 2009 gemeinsam veranstalteten Symposium eine Festbroschüre herausgegeben (August). Im Rahmen der von der Bangkok Opera und dem Siam Philharmonic Orchestra geplanten Gesamtaufführung aller Mahler Symphonien in Bangkok, unterstützte die Botschaft die Aufführungen der 9. Symphonie (2. Februar) und der 3. Symphonie (21. Juni).

Als österreichischer Beitrag beim Filmfestival der EU in Bangkok und Chiang Mai wurde der Film „Kick Off" von Hüseyin Tabak gezeigt. (7.–31. Oktober bzw. 4.–14. November). Dieser Film wurde auch im Rahmen des Goethe Freiluftkinofestivals gezeigt (22. Dezember). Bei der Eröffnung des Festivals wurden auch drei österreichische Kurzfilme, „76 Sekunden" von Barnabas Huber, „5. Minuten" von Gerald Zahn und" A Rewinding Journey" von Aldo Gianotti, präsentiert (7. Dezember).

Die Exporte betrugen 196,454 Millionen Euro (+18,0%), die Importe 376,462 Millionen Euro (+1,6%).

Timor-Leste
(Demokratische Republik Timor-Leste), Dili

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Ramos-Horta	Kay Rala Xanana Gusmão	Zacarias Albano da Costa

ÖB, AHSt: siehe Indonesien

Besuche in Österreich: Präsident José Ramos-Horta, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme am fünften Wiener Nobelpreisträgerseminars (3. und 4. November).

Besuche aus Österreich: Botschafter Wolfgang Petritsch und Botschafter Klaus Wölfer, Teilnahme an der Dialogtagung über „Peace and State Building" zu Konfliktprävention (Dili, 9. und 10. April).

Österreich hat im Konnex mit der VN-Sicherheitsratsmitgliedschaft Timor-Leste Ausbildungsplätze für bis zu drei Offiziere zum Training in der internationalen Friedenssicherung im Rahmen einer Teilnahme an einem Ausbildungskurs des Österreichischen Bundesheeres angeboten.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 82.000 Euro erbracht.

Das Österreichische Rote Kreuz führt gemeinsam mit dem lokalen Roten Kreuz ein vierjähriges EuropeAid Projekt durch, das die Versorgung von über 3.000 Familien mit Trinkwasser, Familienlatrinen und Hygieneschulungen zum Inhalt hat. Drei ÖsterreicherInnen arbeiteten für dieses Projekt. Im Rahmen der UNMIT (United Nations Mission in Timor-Leste) und der IOM waren einige Österreicher in Timor-Leste im Einsatz.

Österreich nahm vom 1.–15. Dezember am dritten EU-Filmfestival in Dili mit dem Film „Kick-Off" teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 95.000 Euro (+155,2%). Es wurden keine Importe verzeichnet.

Togo
(Republik Togo), Lomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Faure Essozimna Gnassingbe	Gilbert Fossoun Houngbo	Elliott Ohin (seit Mai)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria, Lomé – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 2,695 Millionen Euro (+61,4%), die Importe 58.000 (+2,7%).

Tonga
(Königreich Tonga), Nuku'alofa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König George Tupou V	Lord Tu'ivakano	Lord Tu'ivakano

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden weder Exporte noch importe verzeichnet.

Trinidad und Tobago
(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
George Maxwell Richards	Kamla Persad Bissessar (seit 26. Mai)	Surujrattan Rambachan (seit 28. Mai)

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 10,684 Millionen Euro (+70,0%), die Importe 1,529 Millionen Euro (k.A.).

Tschad
(Republik Tschad), N'djamena

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Idriss Déby Itno	Emmanuel Djelassem Nadingar (seit 5. März)	Moussa Faki Mahamat

ÖB: siehe Nigeria, **AHSt:** siehe Tripolis

Teilnahme eines Diplomaten der Republik Tschad an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatInnen.

Die österreichischen Exporte betrugen 10,651 Millionen Euro (-33,6%), die Importe 31.000 Euro (k.A.).

Tschechien
(Tschechische Republik), Prag

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Václav Klaus	Petr Nečas (seit 28. Juni)	Karel Schwarzenberg (seit 13. Juli)

Prag – **ÖB, AHSt, KF, ÖW;** Brünn – **HK, ASO, ÖI;** Budweis – **HK**

Besuche aus Österreich*:* Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme am Prager Opernball (6. Februar); Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitsbesuch bei Vizepremier- und Außenminister Jan Kohout (27. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Treffen mit dem Vizeminister für EU-Angelegenheiten im Europaministerium, Michal Sedláček, und dem Vizeminister für europäischen Angelegenheiten des Außenministeriums, Vladimír Galuška, (29. Juni); Landesrätin Petra Bohuslav und Landesrat Viktor Sigl, Teilnahme an der Eröffnung der Maschinenbaumesse Brünn (Österreich-Partnerschaft) (Brünn, 13. September); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Arbeitsbesuch bei Landwirtschaftsminister Ivan Fuksa und Vizepremier- und Außenminister Karel Schwarzenberg (12. November).

Besuche in Österreich*:* Kreishauptmann von Südmähren, Michal Hašek, Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll (St. Pölten, 22. Februar); Vizepremier- und Außenminister Karel Schwar-

zenberg, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Michael Spindelegger (22. Juli); Innenminister Radek John, Teilnahme am Treffen des Forum Salzburg (Fuschl, 26.–28. August); Gouverneur der tschechischen Nationalbank, Miroslav Singer, Teilnahme am Forum Alpbach (Alpbach, 2. September); Innenminister Radek John, Teilnahme an der Gründungskonferenz der internationalen Antikorruptionsakademie (IACA) (2. und 3. September); Staatspräsident Václav Klaus, Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer und Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll (Geras, 15. November).

Am 9. Juni wurden in Prag die sogenannten "Guidelines and Best Practices for the Restitution and Compensation of Immovable (Real) Property Confiscated or Otherwise Wrongfully Seized by the Nazis, Fascists and Their Collaborators during the Holocaust (Shoah) Era between 1933–1945" angenommen, an deren Ausarbeitung in Arbeitsgruppen Österreich maßgeblich beteiligt war. Am 29. und 30. November fand das 19. Treffen im Rahmen des bilateralen Nuklearinformationsabkommens zwischen österreichischen und tschechischen Nuklearexperten statt. Am 9. Dezember unterzeichnete das Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung ein Kooperationsabkommen mit dem Prager Institut zum Studium Totalitärer Regime, um die Bestände der Archive der Sicherheitsdienste betreffend nachrichtendienstliche Aktivitäten der Tschechoslowakei in Österreich in den Jahren 1948–1989 aufzuarbeiten. Am 14. und 15. Dezember fanden in Prag Verhandlungen zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Textentwurfs für einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über Änderungen des Verlaufes der gemeinsamen Staatsgrenze in den Grenzabschnitten X und XI statt.

Das Kulturforum setzte sich schwerpunktmäßig in Form von Ausstellungen, wissenschaftlichen Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Filmen mit dem Thema „Soziale Ausgrenzung/Soziale Eingliederung" auseinander. Als besonders erfolgreich erweisen sich Themen der gemeinsamen Geschichte. So fand die Belebung der Tradition, Kašpar Zdeněk Kaplířs von Sulevic, des Verteidigers Wiens gegen die Osmanen neben Starhemberg, in seinem Stammsitz in Milleschau/Milešov zu gedenken, unter reger Beteiligung der Bevölkerung bei starkem medialen Niederschlag statt.

Die Österreich-Bibliothek Brünn/Brno feierte im Herbst in den modernen Räumen der Mährischen Landesbibliothek in Anwesenheit von Gertrude Kothanek, der Witwe des Mitinitiators der Österreich-Bibliotheken, Wolfgang Kraus, ihren 20-jährigen Bestand. Mit dem Prager Alpenfestival 2010 begann das Kulturforum gemeinsam mit der schweizerischen und slowenischen Botschaft einen Schwerpunkt „Alpen" in seinem Programm zu verfolgen. Dabei werden über mehrere Monate Themen behandelt, die dem großen Interesse der Tschechen am Alpintourismus Rechnung tragen und den Blick für Aspekte öffnen sollen durchaus auch mit künstlerischen Mitteln – die dem Touristen normalerweise verschlossen bleiben, wie Geologie, Fauna, Flora, Soziologie, Architektur und Energieversorgung. Dabei soll vertieftes Wissen über die Besonderheiten des Alpenraums zu einer stärkeren Beziehung zwischen den Touristen und der Natur führen.

Die von den Außenministern der beiden Länder eingesetzte Ständige Konferenz Österreichischer und Tschechischer Historiker (SKÖTH) zum gemeinsamen kulturellen Erbe tagte erstmals am 19. und 20. Februar und in weiterer Folge am 18. und 20. November am Rande der 4. Österreichisch-Tschechischen Historikertage.

Für Österreich ist Tschechien derzeit der viertgrößte Handelspartner weltweit und der größte Exportmarkt in Mittel- und Osteuropa. Österreich ist drittgrößter Investor in Tschechien.

Die österreichischen Exporte betrugen im Gesamtjahr 4.105,593 Millionen Euro (+19,7%), die Importe 4.150,244 Millionen Euro (+22,7%).

Tunesien
(Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi (seit 15. Jänner)	Kamel Morjane

Tunis – **ÖB; AHSt**: sh. Algerien

Besuche aus Österreich: Bereichsdirektor für Internationale Beziehungen der Stadt Wien Oskar Wawra an der Spitze einer Delegation der Stadt Wien, Gespräche mit der Stadtverwaltung Tunis und Teilnahme an zwei Konzerten des Wiener Opernballorchesters im Stadttheater Tunis (14.–17. Jänner); Abgeordneter zum Europäischen Parlament und Stellvertretender Vorsitzender für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern und der Union des Arabischen Maghreb im Europäischen Parlament Ernst Strasser, Arbeitsgespräche mit Vorsitzendem der Abgeordnetenkammer Fouad Mebazza, Staatssekretärin im Außenministerium Saida Chtioui, Staatssekretär im Ministerium für Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit Abdelhamid Triki und Generalkoordinator für Menschenrechte im Justizministerium Ridha Khemakhem (25.–27. März).

Am 1. Juni trat ein bis Ende 2010 befristetes Rahmenabkommen über finanzielle Zusammenarbeit im Umfang von 75 Millionen Euro in Kraft.

Eröffnung der Sommerfestspiele im römischen Amphitheater von El Jem mit dem direkt im tunesischen Fernsehen übertragenen Konzert des Wiener Opernballorchesters unter Mitwirkung österreichischer Gesangssolisten und Balletttänzer der Wiener Volksoper (10. Juli). Das Wiener Opernballorchester konzertierte auch zweimal im Stadttheater von Tunis (15. und 16. Jänner). Der österreichisch-tunesische Musiker Dhafer Youssef trat mit seinem Ensemble Internationalen Festival „Jazz à Carthage“ auf (April). Der Geiger Daniel Auner gab beim Festival „Octobre Musical“ in Tunis ein Konzert (Oktober). Die in Tunesien lebende Schauspielerin Paula Kraft gestaltete in der Botschaftsresidenz eine Lesung über „Frédéric Chopins frühe Jahre in Wien“ (Juni).

Bei den 6. Österreichtagen an der Universität Manouba gaben das Mitglied der „Wiener Gruppe“ Gerhard Rühm und seine Gattin Monika Lichtenfeld Gastvorträge und in der Botschaftsresidenz einen Klavierabend mit eigenen Werken (März).

Bei den Dokumentarfilmtagen in Tunis („Doc à Tunis“) wurden zwei österreichische (Ko-)Produktionen „Notre pain quotidien“ und „Le Cauchemar de Darwin“ präsentiert (April).

An der von der WKÖ organisierten Wirtschaftsmission zur Afrikanischen Entwicklungsbank in Tunis (September) sowie an der ebenfalls in Tunis organisierten jährlichen Wirtschaftmission (November) nahmen zahlreiche österreichische Firmen teil.

Die österreichischen Exporte betrugen 80,168 Millionen Euro (+19,6%), die Importe 83,622 Millionen Euro (-4,2%).

Türkei
(Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdullah Gül	Recep Tayyip Erdoğan	Ahmed Davutoğlu

Ankara – **ÖB**, **AHSt**; Istanbul – **GK**, **AHSt**, **KF**; Antakya, Antalya, Bodrum, Bursa, Izmir, Mersin – **HK**

Eröffnung des Honorarkonsulats Edirne am 20. Mai und des Honorarkonsulats Samsun durch Bundesminister Michael Spindelegger am 8. Oktober.

Besuche aus Österreich: Präsidentin der Salzburger Festspiele Helga Rabl-Stadler, Verhandlungen über Sponsoring für Salzburger Festspiele (Istanbul, 12. Jänner); Abgeordnete zum Nationalrat Alev Korun, Teilnahme an Jubiläumsveranstaltung der Österreichischen Botschaft in Botschaft Ankara (25. Jänner); Delegation der Stadt Wien, Vorbereitung des Wien-Schwerpunktes der Europäischen Kulturhauptstadt Istanbul 2010 (Istanbul, 120-14. Jänner); Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit Kulturminister Ertuğrul Günay, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (Istanbul, 3. und 4. Juni); Bundesministerin Beatrix Karl, Vorstellung der Ephesos Foundation im Beisein von Kulturminister Ertuğrul Günay (Ephesos, 15.–16. Mai); Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Wirtschaftsdelegation, Wienwoche in der Kulturhauptstadt Istanbul 2010 (Istanbul, 220-25. Juni); Delegation der WKÖ, Gemischte Kommission für den Straßen-

güterverkehr, (Istanbul, 27. und 28. Juli); stv. Leiter der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im BMeiA Anton Mair zu Konsultationen mit der türkischen EZA-Organisation TIKA (21. und 22. September); stv. Leiter der Integrations- und Wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Johannes Eigner, bilaterale EU- und wirtschaftspolitischen Konsultationen mit Generaldirektor Adnan Başar (23. September); Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Ahmet Davutoğlu, Eröffnung des Honorarkonsulats Samsun, Eröffnung Österreich-Bibliothek Samsun, Spatenstich für OMV-Kraftwerk und Eröffnung der Ausstellung „Babam ve ben" (Ankara und Samsun, 6.–8. Oktober); Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner, Europarratskonferenz (Istanbul, 25. und 26. November).

Besuche in Österreich: Staatsminister Egemen Bağış und Oberbürgermeister von Istanbul Kadır Topbas, Teilnahme am Ball der Wirtschaftskammer Wien, Gespräch mit türkischer Gemeinde in Wien (23. Jänner); stv. Generaldirektor im Transportministerium Hüseyin Yilmaz, Gemischte Verkehrskommission (21. und 22. April); stv. Generaldirektor für Auslandsinvestitionen Murat Alıcı, Investitionsschutzabkommensverhandlungen (3.–5. Mai); stv. Staatssekretär im Energieministerium Selahattin Cimen, gemischte Energiekommission (27. Mai); Vizepremierminister Cemil Çiçek und Bürgermeister von Yozgat, Yusuf Başer, Besuch auf Einladung der „Föderation der in Österreich lebenden Yozgater" (12. und 13. Juni), stv. Bürgermeister Kazim Kurt (Eskişehir), Gespräche über Städtepartnerschaft (Linz, 21.–23. Oktober).

Am 3. Juni unterzeichneten Bundesministerin Claudia Schmied und Kultur- und Tourismusminister Ertuğrul Günay in Instanbul ein Memorandum of Unterstanding zur Zusammenarbeit im Kulturbereich. Konsultationen zur Revision des bestehenden Luftverkehrsabkommens und des Investitionsschutzabkommens wurden fortgesetzt.

Ein Schwerpunkt der kulturellen Tätigkeit in Ankara war die Präsentation von Werken klassischer und zeitgenössischer österreichischer KomponistInnen durch österreichische KünstlerInnen in der türkischen Hauptstadt. Darüber hinaus wurden in Österreich lebende türkische KünstlerInnen in der Türkei vorgestellt.

Das Thema „Türkische Migration nach Österreich" wurde durch die Präsentationen von Wanderausstellungen in Erzurum, Eskişehir und Samsun behandelt.

Unter dem Titel „Frühe Zeugnisse des Islam" wurden vom 8.–16. Februar in der Ankaraner Nationalbibliothek frühislamische Drucke von Objekten aus der Papyrisammlung der Österreichischen Nationalbibliothek gezeigt.

Eine Kombination aus Bildender Kunst und einem Konzert (Worldmusic von Nim Soyfan) unter dem Motto: „3 Regionen/20 Länder" und der Mitwirkung zahlreicher Künstler aus den Ländern entlang der Regionen Donau/Schwarzmeer/Kaukasus-Zentralasien wurde am 11. Juni im „Cer Modern Museum für Zeitgenössische Kunst" in Ankara organisiert.

Am 19. Oktober wurde das bisher umfassendste Werk über Clemens Holzmeister, der in der türkischen Hauptstadt zahlreiche Regierungsbauten schuf, in Ankara präsentiert. Das Werk der türkischen Architektin Aydan Balamir wurde von BMeiA, BMWF, der Gemeinden Wien, Innsbruck und Salzburg sowie des Vereins der Freunde der Salzburger Festspiele unterstützt.

Zum Themenschwerpunkt „Filme von Frauen über Frauen" wurden zwischen 6. und 13. Mai zwei Filme („Lourdes" von Jessica Hausner und „Struggle" von Ruth Mader) an mehreren Spielorten gezeigt.

Den Abschluss des Kulturjahres bildeten die „Offenen Wiener Kaffehaustage" mit typischen Wiener Spezialitäten, musikalisch untermalt von der Pianistin Barbara Reinprecht-Schellenberg, die am 6. und 7. Dezember in der Botschaftsresidenz in Ankara stattfanden.

Für das Kulturforum Istanbul stand das Jahr im Zeichen von „Istanbul Kulturhauptstadt 2010". Am 12. Januar fand im Kulturforum ein Konzert des türkisch/österreichischen Ensembles Nilay Karaduman Yagan, Erman Irmayhan und Andreas Donat statt. Das TRIS-Ensemble gab am 25. Januar ein Konzert. Weitere musikalische Höhepunkte waren unter anderem Konzerte von Sigrid Trummer am 8. März und Auftritte des Manndorff-Trios am 11. März in Istanbul sowie am 13. März im Rahmen des 17. Izmir Europa Festivals.

Von 3. bis 5. Februar fand der 4. Internationale Workshop 'Manzara Istanbul' statt, bei dem renommierte Künstler aus Österreich, Bulgarien, Türkei und den USA unter der Leitung von Geiger Erich Höbarth ein Kammermusikprogramm erarbeitete und am 5. Februar ein Abschlusskonzert im Kulturforum aufgeführt wurde. Am 23. Juni fand ein Konzert der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Ricardo Muti im Sütlüce Kultur- und Kongresszentrum Istanbul statt. Im Rahmen des Festivals „Europe on Water – Istanbul 2010" traten am 23. Juni das Sonus Brass sowie am 3. Juli die Donauschrammeln auf. Der österreichische Musiker mit türkischen Wurzeln Alp Bora spielte in der Formation „Nym Sofian" am 12. Juni im Garten des Kulturforums. Am 11. und 13. Oktober gab es Auftritte in der Formation des „Alp Bora Quartetts". Das Mozarté Quintett aus Salzburg konzertierte zwischen 16. und 21. Oktober in Kappadokien, Bodrum, Istanbul sowie im Rahmen eines Friederike Mayröcker gewidmeten Abends in Antalya. Gottlieb Wallisch gastierte zwischen 5. und 7. November in Istanbul und Mersin. Außerdem fand ein „Liebeslieder"-Abend von Pinar Yildrim und Aylin Layik statt.

Im Bereich der Literatur fanden unter anderem Lesungen von Barbara Frischmuth (6.–12. Januar in Antakya und Istanbul sowie vom 18.–25. Februar in Erzurum, Ankara und Istanbul), Daniel Glattauer (Istanbul, 13.–15. April im Rahmen des Projektes „EU Literature Goes Turkey/Turkish Literature goes Europe"), Josef Winkler (Istanbul, 17. September zum Thema „Stillleben in der Literatur und in der Stadt"), ein Ernst Jandl Abend am 1. Oktober zum Thema „Die Rache der Sprache ist das Gedicht", ein Friederike Mayröcker Abend am 20. Oktober unter der Gestaltung von Mona Engin sowie am 2. Dezember im Rahmen der Hammer-Purgstall Ausstellung eine Lesung von Gerhard Balluch über die Werke von Josef von Hammer-Purgstall statt. Workshops fanden im Rahmen der Österreichtage an der Germanistischen Abteilung der Universität Erzurum (starker Österreichbezug durch Schriftstellerin Barbara Frischmuth) vom 220-26. Februar statt.

Die Ausstellung „Brücken zum Orient" über den österreichischen Diplomaten, Übersetzer und Orient-Spezialisten Josef von Hammer-Purgstall, in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung des Landes Steiermark im Zeitraum 24. September – 31. Dezember wurde von ca. 2.000 BesucherInnen gesehen. Weiters wurden eine Keramikausstellung zeitgenössischer österreichischer KünstlerInnen im Zeitraum 8. März bis 20. April in Istanbul, eine Ausstellung des Malers Wolfgang Wiedner in der St. Georg Galerie Istanbul vom 16. April bis 14. Mai, „Große Freifahrt steile Küsse" von Hansjörg Zauner vom 28. April bis 28. Mai, Mahir Yaviz und Jaymie Cochrane „Social Bits Istanbul" (hierbei wurden die online Gedanken und Ideen der Istanbuler in digitale und physische Kunstobjekte umgewandelt), Veronika Bernards „Breaking the stereotypes" vom 14. Mai bis 27. Juni im „Depo" Istanbul, die Installation „The Morning Line" von Matthew Ritchi/ Aranda Lasch – eine Klangstruktur in Kooperation mit der Thyssen-Bornemisza Art Contemporary zum Kunstprogramm im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres – im Juni, „In between Austria contemporary" von 4.–30. Juni, die Videoinstallation „Urban Tomography" im Rahmen der 5. Internationalen Studententriennale der Marmara-Universität sowie die Ausstellung „Caricatura" organisiert. Von 1.–26. Oktober wurde die Installation „Bump into each other" der Wiener Künstlergruppe „Assocreation" im öffentlichen Raum an zwei verschiedenen Orten realisiert.

Das Kulturforum förderte die Zusammenarbeit zwischen der Johannes Kepler Universität Linz und der betriebswirtschaftlichen Fakultät der Marmara Universität Istanbul durch einen Druckkostenbeitrag für das Werk „Management in Emerging Markets" von Helmut Pernsteiner und Haluk Sumer.

Am 25. Januar fand im Kulturforum in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Archäologischen Institut ein Symposium zum Thema „Stand der Grabungsarbeiten in Ephesos" statt; dieses wurde durch eine Posterausstellung ergänzt.

An Tanzprojekten/Theater seien „unmerklich drängen fingerspitzen" (Büro A.K.E.S) im Rahmen von European Off Meeting/European Performing Arts Festival im Zeitraum 28. April bis 28. Mai, „Die Allmacht der Liebe, Tanztheater und Comedy (Lena Kraus, Sarah Hoffman und Jonas Kägi) vom 7.–14. Mai, der „ORFF"-Kurs (Werner Beidinger, Kordula Möser) an der ALEV-Schule am 5. und 6. Juni sowie das Theaterstück „Cihangir Insomnia" (Stefan Bohun, Birsen Karacan, Johannes Bohun) genannt.

Österreich ist ein wichtiger Investor in der Türkei. Wichtigste Investitionssektoren sind die Bereiche Energie, Papier, Versicherungswesen, Immobilien und Baumaterialien. Wichtigste Exportgüter sind Maschinen, Apparate, Stapelfasern, Papier und Pappe, Kunststoffe, pharmazeutische und chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl, organische Verbindungen, Messinstrumente und Kraftfahrzeuge. Österreich importiert aus der Türkei vor allem Bekleidung, Maschinen, Kraftfahrzeuge, Waren aus Eisen oder Stahl sowie Apparate, Spinnstoffwaren und Nahrungsmittel.

Die österreichischen Exporte betrugen 1.063,849 Millionen Euro (+39,9%), die Importe 880,560 Millionen Euro (+10,8%).

Turkmenistan
(Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Gurbanguly Berdymuchammedow	Raschid Meredow

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Kasachstan;

Bilaterale Gespräche Bundespräsident Heinz Fischer mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow beim OSZE-Gipfeltreffen (Astana, 1. Dezember) und Bundesminister Michael Spindelegger mit dem ersten stellvertretenden Premierminister und Außenminister Raschid Meredow beim informellen Außenministertreffen der OSZE (Ak Bulak, 17. Juli).

Besuche aus Österreich: Abhaltung der dritten Tagung der Gemischten Österreichisch-Turkmenischen Wirtschaftskommission unter dem österreichischen Kovorsitz von Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer (30. und 31. August); Durchführung eines von der WKÖ organisierten österreichischen Wirtschaftsforums (14. April).

Besuche in Österreich: Der Vorsitzende der Handels- und Industriekammer Turkmenistans, Palvan Taganow, Eröffnung einer Ausstellung über turkmenisches Kunsthandwerk im Museumsquartier, Gespräch mit Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer (20-4. November).

Abhaltung von Verhandlungen über den Abschluss eines bilateralen Doppelbesteuerungsabkommens im BMF (6.–10. Dezember).

Das Ökologieinstitut Klagenfurt wirkte beim Aufbau des Nationalparks Kopetag mit. Das WIFI erhielt den Zuschlag für das von der EU-Projekt „Turkmen-European Advanced Chamber Empowerment – TEACHER“ im Rahmen des Programms Central Asia Invest II.

Von 13.–16. April wurden in Aschgabat Kulturtage der Stadt Wien mit Konzert des Johann Strauß Ensembles abgehalten.

Die österreichischen Exporte betrugen 21,278 Millionen Euro (-33,5%), die Importe 106.000 Euro (-99,8%).

Tuvalu
(Tuvalu), Funafuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Willy Telavi	Apisai Ielemia

vertreten durch:
Generalgouverneur
Iakoba Taeia Italei

ÖB, AHSt: siehe Australien

Es wurden weder Exporte noch Importe verzeichnet.

Uganda
(Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yoweri Kaguta Museveni	Apollo Nsibambi	Sam Kutesa

ÖB: siehe Kenia; Kampala – **HK, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Teilnahme einer österreichischen Delegation an der ersten Überprüfungskonferenz des Internationalen Strafgerichtshofes, Kampala (31. Mai bis 11. Juni). Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl, Leiterin der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im BMeiA, bilaterale Gespräche mit Mitgliedern der Regierung Ugandas und der Geschäftsführerin der Uganda Investment Authority, Teilnahme am Global Forum for Local Development, Kampala (4.–8. Oktober).

Besuche in Österreich: Raphael Obudra Baku, Inspector General of Government, und Richard Buteera, Director of Public Prosecutions, Teilnahme an der Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (20-3. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 8,408 Millionen Euro erbracht.

Vom 14.–20. September nahm die Truppe des in Österreich lebenden Musikers Vusa Mkhaya aus Simbabwe am Bayimba Festival in Kampala teil. Neben einem gut besuchten Konzert organisierten die Musiker aus Österreich Workshops für junge Musiker aus Uganda und machten mit diesen auch Studioaufnahmen.

Die österreichischen Exporte betrugen 5,716 Millionen Euro (+71,8%), die Importe 748.000 Euro (+1,0%).

Ukraine
(Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Viktor Janukowytsch	Mykola Azarow	Kostjantyn Hryschtschenko
(seit 25. Februar)	(seit 11. März)	(seit 11. März)

Kiew – **ÖB, KF, AHSt, ÖW;** Lemberg – **HK,** Donezk – **HK, Marketingbüro der WKÖ,** Lemberg – **Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur;** Odessa – **Bildungsbeauftragte**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka anlässlich der Amtseinführung von Präsident Viktor Janukowytsch. Termine im Finanzministerium (stv. Finanzminister) und mit dem Präsidenten der Ukr. Nationalbank, Stelmach (24.–25.Februar); Delegation unter Leitung von Kurt Wolf, BMVIT, Stabstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung, 1. Tagung der Gemischten Arbeitsgruppe für Transportinfrastruktur und Technologietransfer (23.–25. März); stellvertretender Leiter der Integrations- und Wirtschaftspolitischen Sektion im BMeiA Botschafter Johannes Eigner, Fachbereich-Konsultationen u.a. über die Donauraumstrategie (15.–16. Juni); Präsidentin des OGH Irmgard Griss und Vizepräsident des OGH Ronald Rohrer mit Delegation, Gespräche im ukrainischen OGH (23.September); Delegation unter Leitung von Gesandten Martin Windisch-Graetz, BMeiA, sowie Christine Buzeczki, BMWF, Vierte Sitzung der Gemischten ukrainisch-österreichischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (21.–22. Oktober);

Besuche in Österreich: Außenminister Kostjantyn Hryschtschenko beim Salzburger Trilog, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (19.–21. August); Parlamentspräsident Volodymyr Lytwyn, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer (16. und 17. September); Premierminister Mykola Azarow, Teilnahme am 7. Vienna Economic Forum und Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann (8. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 20.000 Euro erbracht.

Das KF führte kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen und Projekte durch und wirkte darüber hinaus an einer Vielzahl von Kooperationen unterstützend mit. Neben dem KF bestehen in der Ukraine das Österreichisch – Ukrainische Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur in Lemberg, vier Österreich – Bibliotheken in Kiew, Lemberg, Czernowitz und Charkiw sowie ein Österreich-Zentrum in Drohobytsch. Darüber hinaus hat das BMUKK eine Bildungsbeauftragte nach Odessa entsandt, drei LektorInnen sind in Kiew, Lemberg und Czernowitz und eine Auslandslehrerin ist in Lemberg tätig.

Die wichtigsten vom KF unterstützten Veranstaltungen waren: Solo-Konzert von Julia Malischnig in der Nationalen Philharmonie der Ukraine (27. Jänner), Solo-Konzert von Gottlieb Wallisch in der Nationalen Philharmonie der Ukraine (29. April), „rubiCon" – Workshops zur Architektur an der Hochschule für Architektur der Jurij-Fedkowytsch-Universität Czernowitz, Europa-Tage in Kiew, Cherson und Mariupol (Mai), Teilnahme österreichischer Künstler am internationalen Festival für zeitgenössische Kunst in Balaklawa (August), Österreichisches Filmfestival in Dnipropetrowsk (21.–23. Juni), Auftritt der Band Fatima Spar and Freedom Fries beim Ethno-Festival Artpole, Odessa (18. Juli), Internationales Poesiefestival „Meridian Czernowitz", Teilnahme österreichischer Schriftsteller (3.–5. September), Aufführung der 1. Symphonie Gustav Mahlers bei der Eröffnung der Konzertsaison in der Nationalen Philharmonie der Ukraine (15. September), Harry Stojka Quartett beim X. internationalen Jazz-Festival „Jazz Karneval Odessa" (26. September), zeitgenössische österreichische und ukrainische klassische Musik im Rahmen der Konzert-Reihe "Neue Musik in der Ukraine", Donezk, Sewastopol, Kiew, (10.–12. November), Lesungen im Rahmen der Aktion „Österreich liest", Kiew, (2. und 3. Dezember), Ars Electronica Animationsfilmfestival 2010: Vorführung in Kiew (7.–9. Dezember), Georg Schöllhammer bei „Kyiv Offline: International Workshop for Online Platforms on Arts and Culture" (20. und 21. Dezember).

Österreich zählt zu den größten ausländischen Investoren.

Die österreichischen Exporte betrugen 666,792 Millionen Euro (+25,9%), die Importe 795,380 Millionen Euro (+99,4%).

Ungarn
(Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pál Schmitt	Viktor Orbán	János Martonyi
(seit 6. August)	(seit 31. Mai)	(seit 31. Mai)

Budapest – **ÖB, AHSt, KF, ÖI, ÖW;** Fünfkirchen (Pécs), Nyiregyháza, Raab (Györ), Steinamanger (Szombathely), Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Szeged, Veszprém – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionschef im BKA Harald Dossi als persönlicher Vertreter von Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme am Gipfeltreffen zur regionalen Energiesicherheit (24. Februar); Bundeskanzler Werner Faymann, Teilnahme am Donaugipfel (25. Februar); Landtagspräsident Friedrich Bernhofer, Landtagspräsident Walter Prior, Stadtrat Rudolf Schicker, Landesrätin Johanna Mikl-Leitner, Teilnahme am Donaugipfel und der Stakeholder-Konferenz zur EU-Donauraumstrategie (25. und 26. Februar); Bundesministerin Beatrix Karl, Teilnahme an der Bologna-Jubiläumskonferenz sowie Arbeitsgespräch mit Bildungs- und Kulturminister István Hiller (10. und 11. März); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch in der Kulturhauptstadt Europas (Pécs, 26. und 27. März); Bundesminister Michael Spindelegger, Arbeitsgespräch mit Außenminister Péter Balázs (Györ, 15. April); Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer Konsultationen mit Staatssekretär Zsolt Becsey im Ministerium für Nationale Wirtschaft (18. November); Sektionschef im BKA Harald Dossi, Arbeitsgespräch mit stellvertretendem Staatssekretär im Außenministerium Bálint Odor (7. Dezember); Lieter der Integrations- und Wirtschaftspoliti-

schen Sektion im BMeiA Botschafter Walter Grahammer, Arbeitsgespräch mit stellvertretendem Staatssekretär Bálint Odor (9. Dezember).

Besuche in Österreich: Bildungs- und Kulturminister István Hiller, Besuch bei Bundesministerin Claudia Schmied anlässlich der Eröffnung der Preisträgerausstellung des „Esterházy-Kunstpreises Ungarn 2009" im Collegium Hungaricum (26. Jänner); Fidesz-Vorsitzender Viktor Orbán, Besuch bei Industriellenvereinigung (22. März); Ministerpräsident Viktor Orbán, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (11. Juni); Außenminister János Martonyi, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger (13. Juli); Minister für Volkswirtschaft György Matolcsy, Besuch bei Industriellenvereinigung (19. Juli); Staatssekretär im Ministerium für Nationale Wirtschaft Zsoltán Csefalvay, Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach (1. September); Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Öffentlichen Dienst und Justiz Tibor Navracsics, Arbeitsgespräch mit BM Claudia Bandion-Ortner (2. September); Staatssekretär im Ministerium für Nationale Wirtschaft András Kármán „Beyond the Vienna Initiative: Towards a New Banking Model in a New Growth Model for CESEE" (17. September); Außenminister János Martonyi, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Michael Spindelegger und Gastvortrag bei Botschafterkonferenz (6. September); Staatspräsident Pál Schmitt, offizieller Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (7. September); stellvertretender Staatssekretär im Außenministerium Gergely Pröhle, Teilnahme am Mediengipfel (Lech, 9. und 10. Dezember); Stellvertretender Parlamentspräsident István Jakab, Besuch bei Bundesratspräsident Martin Preineder (10. Dezember); Ministerpräsident Viktor Orbán, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann (14. Dezember).

Am 23. Februar fand ein Treffen der Parlamentarischen Freundschaftsgruppen der Parlamente Ungarns und Österreichs in Budapest statt.

Schwerpunktbereiche der Wissenschaftskooperation liegen einerseits in den langjährigen engen Beziehungen zwischen den beiden Akademien der Wissenschaften (Geschichte, Byzantinismusforschung, Germanistik und Rechtsgeschichte), den vielfältigen Kontakten zwischen den großen Universitäten, wie Eötvös Lorand Universität Budapest und Universität Wien, aber auch zwischen Universität Graz und Pécs und anderen Universitäten wie Debrecen und Szeged. Seitens des Kulturforums wurde ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung und ungarischen Wissenschaftlerinnen geschaffen. Engen Austausch gibt es zudem zwischen den beiden Nationalbibliotheken und den Nationalen Museen. Im Herbst zeigte das Museum der Schönen Künste eine Klimt-Ausstellung – „Nuda Veritas – Klimt und die Anfänge der Wiener Sezession 1895–1905" mit Leihgaben der Albertina, des österreichischen Theatermuseums und des Museums der Sammlung Leopold.

Kooperationen des Kulturforums konzentrieren sich auf zeitgenössische Kunst. So war Österreich (mit Unterstützung des BMUKK) zentraler Gast, repräsentiert durch 25 KünstlerInnen, beim dritten Internationalen Videofestival Crosstalk in Budapest. Die vom BMUKK kuratierte Ausstellung „In Between – Austria Contemporary" wurde im April in der Kohan Galerie in Gyula gezeigt. Eine Günther Brus Retrospektive bildete den Schwerpunkt des österreichischen Beitrags zur Europäischen Kulturhauptstadt in Pécs. Elfriede Jelineks Theaterstück „Stecken, Stab und Stangl", welches ins Ungarische übersetzt wurde, war Auftakt eines mehrwöchigen Jelinek-Schwerpunktes im Trafo Theater, Budapest. Dem Gustav Mahler Gedenkjahr waren kommentierte Salonkonzerte im KF, eine Gesprächsreihe in Kooperation mit dem Petőfi Literaturmuseum, eine Ausstellung und die Enthüllung einer Büste des Komponisten und Dirigenten in der Budapester Oper, einer seiner Wirkungsstätten, gewidmet. Die Österreichische Filmwoche widmete sich den historischen aber auch aktuellen, engen Filmbeziehungen und Kooperationen zwischen Österreich und Ungarn.

Die acht an ungarischen Universitäten tätigen Österreich-LektorInnen trugen in Kooperation mit dem KF und den vier Österreichbibliotheken dazu bei, dass Österreich-spezifische Projekte (Lesungen, Workshops, Konferenzen und Theater) vermehrt auch im Rahmen der Ausbildung von GermanistInnen Eingang fanden. Teil des Programms der Kulturhauptstadt Pécs 2010 war zudem eine dreitägige Konferenz zum Thema „Wechselwirkungen. Deutschsprachige Kultur im regionalen und internationalen Kontext" mit GermanistInnen und SprachwissenschaftlerInnen aus Mitteleuropa, darunter viele aus Österreich.

Ungarn ist einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Österreichische Unternehmen haben in Ungarn bedeutende Investitionen getätigt, besonders in der Papier- und Verpackungsindustrie, dem Baugewerbe und der Lebensmittelindustrie. Stark vertreten ist Österreich auch in den Sektoren Einzelhandel, Transport, Verkehr und Finanz und auf dem Gebiet der Dienstleistungen.

Die österreichischen Exporte betrugen 3.331,865 Euro (+14,2%), die Importe 3.127,483 Millionen Euro (+33,8%).

Uruguay
(Republik Östlich des Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
José Alberto Mujica Cordano	Luis Leonardo Almagro Lemes
(seit 1. März)	(seit 1. März)

ÖB und **AHSt**: siehe Argentinien; Montevideo – **HGK**

Die österreichischen Exporte betrugen 15,815 Millionen Euro (+18,7%), die Import 9,975 Millionen Euro (+64,2%).

Usbekistan
(Republik Usbekistan), Taschkent

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Islam Karimow	Shavkat Mirzijayew	Wladimir Norow
		Elyor Ganiew
		(seit 28. Dezember)

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Besuche aus Österreich: Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Wirtschaftsmission (1. und 2. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Zwischen der Universität Wien bzw. der Technischen Universität Wien besteht im Bereich E-Learning im Rahmen des EU-TEMPUS-Programms mit drei usbekischen Universitäten eine Kooperation (Besuch österreichischer Delegationen in Taschkent im April und Dezember). Ein DaF-Assistent unterrichtet an der Weltsprachenuniversität Taschkent mit einem Stipendium der Österreich Kooperation.

Die österreichischen Exporte betrugen 63,383 Millionen Euro (+5,7%), die Importe 2,779 Millionen Euro (+47,8%).

Vanuatu
(Republik Vanuatu), Port Vila

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Iolu Johnson Abbil Kaniapnin	Sato Kilman	Georges Wells

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 5.000 (-59,9%). Es wurden keine Importe verzeichnet.

Vatikan
(Staat der Vatikanstadt), Vatikan

Der Vatikan ist das Gebiet, über das das Völkerrechtssubjekt „Heiliger Stuhl" seine Souveränität ausübt.

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten
Papst Benedikt XVI.	Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone	Erzbischof Dominique Mamberti

Rom **– ÖB Heiliger Stuhl**

Bundespräsident Heinz Fischer und Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone, Arbeitsgespräch am Rande des OSZE Gipfels in Astana (2. Dezember).

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl mit dem neuen Bischof von Eisenstadt, Ägidius Zsifkovics, Treffen mit dem Papst (Castel Gandolfo, 24. August). Die Botschaft betreute zudem zahlreiche österreichische Pilgergruppen.

Besuche in Österreich: Kardinal Giovanni Lajolo, Vorsitzender des Governatorats für den Vatikanstaat, Gespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer gefolgt von einem Vortrag vor der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft in Anwesenheit von Bundesratspräsident Martin Preineder (9. Dezember).

Eine Aufführung des Mozart-Requiems am 10. Jänner in der Pfarrkirche der deutschsprachigen katholischen Gemeinde in Rom, Santa Maria dell'Anima, wurde von der Botschaft unterstützt.

Gemeinsam mit dem unter österreichischer Führung stehenden päpstlichen Institut „Santa Maria dell'Anima" organisierte die Botschaft am 12. Mai vor dem Hintergrund des „Kruzifix-Urteils" des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs einen Studientag zum Thema „Religionsfreiheit – Ein Menschenrecht im Wandel?", an der unter anderem Experten der drei auf diesem Gebiet wichtigsten Päpstlichen Universitäten in Rom („Gregoriana", Lateranuniversität sowie „Santa Croce") teilnahmen.

Die österreichischen Exporte betrugen 414.000 Euro (+2,9%), die Importe 31.000 Euro (-7,5%).

Venezuela
(Bolivarische Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hugo Rafael Chávez Frías	Nicolás Maduro Moros

Caracas **– ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied mit einer Kultur- Delegation (u.a. Sängerknaben, Caritas und Wiener Konzerthaus) auf Einladung des Leiters der Venezolanischen Jugendorchesters, José Antonio Abreu (3.–7. Februar); Delegation des BMVIT, bilaterale Konsultationen, Gespräche mit Vizeminister im Transport- und Kommunikationsministerium Alfi Molina und Arturo Gil (17. bis 22. Oktober) und Austrian Showcase über Hafenmanagement, gemeinsam mit österreichischen Firmen (19. und 20. Oktober).

Am 18. und 20. März gab das Jazz-Trio Karlheinz Miklin zwei Konzerte in Caracas. Am 15. und 16. März gastierte der Pianist Markus Prause in der venezolanischen Hauptstadt. Am 23. März gab er gemeinsam mit dem Philharmonischen Orchester von Caracas ein Konzert im Theater Theresa Carreño.

Österreich nahm mit dem Film „Die fetten Jahre sind vorbei" am Filmfestival Euroscopio teil (Juni/Juli). Der österreichische Filmbeitrag wurde dieses Jahr als Leitfilm des Festivals ausgewählt.

Gemeinsam mit der Venezolanisch-Französischen Juristenvereinigung JURISFRAVEN organisierte die Botschaft am 21. Oktober einen Vortrag des Generalsekretärs der „Fédération Internationale des Musiciens“ (FIM) über Autorenrechte von Musikern.

Mehrere Projekte wurden finanziell und personell unterstützt, unter anderem das Radioprogramm „Contacto Europa“ und die spanisch-sprachige Publikation von Robert Musils Werk „Über die Dummheit“.

Die österreichischen Exporte betrugen 94,083 Millionen Euro (-21,8%), die Importe 5,642 Millionen Euro (-89,0%).

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan	Sheikh Mohammed bin Rashid Al Maktoum	Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan

Abu Dhabi – **ÖB, AHSt**; Dubai – **ÖW, AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Gespräch mit Vorsitzendem der Wirtschaftskammer Abu Dhabi, Khalfan Al Kaabi (16. Februar); Landesrat Josef Stockinger und Delegation bei der Lebensmittelmesse GULFOOD (Dubai, 23. und 24. Februar).

Im Rahmen der „Abu Dhabi Classics“ Festspiele gaben die Wiener Philharmoniker (Dirigent Lorin Maazel) in Abu Dhabi am 15. und 16. Februar Konzerte in Anwesenheit von Sheikha Lubna Khalid Sultan al Qasimi, Ministerin für Außenhandel der VAE und Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz. Das Mozarteumorchester Salzburg gab in Al Ain von 11.–13. März ein Konzert und zwei Opernaufführungen. Am 23. März fand beim Abu Dhabi Festival die Veranstaltung „Sound of Music“ des Salzburger Marionettentheaters statt. Das Musiktrio Salzburger Saitenklang trat von 4.–6. April anlässlich der Eröffnung der „Heritage Days 2010“ in Sharjah mehrmals auf. Die Folkloregruppe D'Wolfganga aus St. Wolfgang hat anlässlich des Nationalfeiertages der VAE an mehreren Aufführungen von 1.–12. Dezember in verschiedenen VAE – Städten teilgenommen.

Vom 28. Februar bis 1. März hat Hugo Wetscherek im „National Center of Documentation and Research“ eine Ausstellung antiquariarischer Bücher, Landkarten und Archivalien des 15. und 18. Jahrhunderts ausgerichtet. Der Maler Franz Wolf hat mit Christian Kronsteiner, Umdasch – Shop – Concept seine Ausstellung „Sensual Perception“ in Dubai von 6.–9. März präsentiert. Die Bildhauerin Caroline Ramersdorf hielt am 31. März einen Vortrag an der Zayed Universität.

Ein Film- und Fernsehproduktionsabkommen wurde in der Botschaftsresidenz am 2. Februar unterzeichnet. Am 20. und 21. November fand in Dubai die Veranstaltung der Außenhandelsstelle “Austria Connect Gulf 2010” statt. Bei der „Global Alliance for Information and Communication Technologies and Development“ Gala in Abu Dhabi am 6. Dezember wurden zwei Preise an Österreicher vergeben.

Derzeit sind rund 160 österreichische Firmen mit eigenen Niederlassungen präsent.

Die österreichischen Exporte betrugen 498,078 Millionen Euro (+16,4%), die Importe 39,010 Millionen Euro (+100,0%).

Vereinigte Staaten von Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington, D.C.

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Barack Hussein Obama	Hillary Diane Rodham Clinton

Washington, D.C.–**ÖB, KF, KA, Verteidigungsattaché, Informationsdienst, Office of Science & Technology (OST), Spezialattaché Finanzangelegenheiten, Spezialattaché Agrar- und Umweltangelegenheiten, Zweigbüro AHSt;** Chicago – **GK, AHSt;** Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW;** New York – **ÖV, GK, KF, AHSt, ÖW, ABA; AWO-Marketingbüro;** Atlanta, Anchorage, Boston, Charlotte, Columbus, Denver, Detroit, Fort Myers, Honolulu, Houston, Kansas City, Las Vegas, Miami, Nassau, New Orleans, Orlando, Pittsburgh, Portland, Richmond, Saint Louis, Salt Lake City, San Francisco, San Juan, Scottsdale, Seattle, St. Paul, St. Thomas – **HK**

Besuche aus Österreich: Leiter der Politischen Sektion im BMeiA Botschafter Stefan Lehne, Gespräche im National Security Council, dem Department of State (DoS), mit Think Tanks, Vortrag am Cosmos Club zum Thema "European Foreign Policy after the Lisbon Treaty" (31. Jänner bis 2. Februar); Leiterin der Rechts- und Konsularsektion im BMeiA Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger mit Delegation, Treffen im Department of State, Department of Homeland Security (DHS) (1.–3. Februar); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Teilnahme an der 48. Tagung der Sozialkommission der Vereinten Nationen, sowie Vortrag bei der hochrangigen Paneldiskussion anlässlich des 15. Jahrestages des Weltgipfels für Soziale Entwicklung (New York, 20-4. Februar); Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Treffen mit Brooklyn Borough President Marty Markowitz und Vertretern jüdischer Institutionen, Teilnahme am Viennese Opera Ball, Zusammentreffen mit AuslandsösterreicherInnen und ausländischen Gästen (New York, 3.–6. Februar); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Vortrag zum Thema „Twenty Years After the Fall of Communism in Europe" am Center for Austrian Studies an der University of Minnesota (Minneapolis, 23. Februar); Leiterin der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im BMeiA Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl, Treffen im International Network for Children and Families, Department of State, Weltbank (23.–25. Februar); Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Teilnahme an der 54. Tagung der Frauenstatuskommission der Vereinten Nationen gemeinsam mit Bundesministerin a.D. Helga Konrad, Bundesministerin a.D. Maria Rauch-Kallat, Zusammentreffen mit Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon, stv. Generalsekretärin Asha-Rose Migiro und Untergeneralsekretärin Thoraya Obaid (UNFPA) (New York, 27. Februar bis 3. März); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Vortrag an der Johns Hopkins University zum Thema „The Impact of the Global Economic Crisis on Eastern Europe" (3. März); Bundesminister Nikolaus Berlakovich und Delegation, Treffen mit Bürgermeister Richard Daley und Umweltkommissarin Suzanne Malec-McKenna, Besuch der 'Chicago Mercantile Exchange' (Chicago, 19.–20. März); Gouverneur Ewald Nowotny im Rahmen der Frühjahrs- und Herbsttagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (April und Oktober); Generalsekretärin des österreichischen Nationalfonds Hannah Lessing, Vorträge im Generalkonsulat sowie an der New York University of Law, Treffen mit dem geistlichen Oberhaupt der Park East Synagogue Rabbi Arthur Schneier und mit der Direktorin des Leo Baeck Instituts Carol Kahn-Strauss, Zusammentreffen mit AuslandsösterreicherInnen und ausländischen Gästen (New York 120-17. April); Staatssekretär Andreas Schieder, Frühjahrstagung der Weltbank und des IWF (220-25. April); Universitätsprofessor Rudolf Grimm (Universität Innsbruck, Wissenschaftler des Jahres 2009), wissenschaftlicher Vortrag im Generalkonsulat, Zusammentreffen mit AuslandsösterreicherInnen und ausländischen Gästen (New York, 24.–28. April); Präsident Fritz Grillitsch und Delegation des Agrarklubs (darunter Vizekanzler a.D. Wilhelm Molterer, Abgeordneter zum Nationalrat Hermann Schultes, Abgeordneter zum Nationalrat Johannes Schmuckenschlager, Abgeordneter zum Nationalrat Franz Eßl, Abgeordneter zum Nationalrat Hermann Gahr, Bundesrat Ferdinand Tiefnig) Arbeitsbesuch in Washington D.C., Iowa und Kalifornien. Arbeitsgespräche mit Deputy Undersecretary Darci Vetter vom USDA Joe Glauber, Chefökonom des USDA und ehem. Chefverhandler für Agrarfragen bei der WTO Jim Murphy, Stellvertreter von Botschafter Ron Kirk im USTR Rep. Collin Peterson (Vorsitzender im Agrarausschuss), Senator Chuck Grassley, Präsident Bob Stallman vom American Farm Bureau, Präsident Roger Johnson von der National Farmers Union (24. April bis 1. Mai); Gouverneur Ewald Nowotny, Vortrag an der Universität Princeton, Treffen mit österreichischen VertreterInnen aus Bankenwelt und Wirtschaft, Round-Table im Generalkonsulat New York, (New York, 25.–27. April); Bürgermeister Siegfried Nagl, Zusammentreffen mit AuslandsösterreicherInnen und ausländischen Gästen, Zusammentreffen mit Bürgermeister und VertreterInnen von Montclair im Rahmen der Partnerschaft Karl-Franzens-Universität Graz und Montclair State University (New York, 30. April bis

4. Mai); Landesrätin Petra Bohuslav und Delegation, Teilnahme an der BIO Show (Chicago, 20-7. Mai); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (2010 NPT Review Conference) und an der Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton über die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit der EU (New York, 20-5. Mai); Landesrätin Petra Bohuslav, Treffen mit den OrganisatorInnen der Red Bull Arena, Gespräche mit VertreterInnen der New York Hall of Science in Hinblick auf die mögliche Errichtung ähnlicher Einrichtungen in St. Pölten, Treffen mit AuslandsösterreicherInnen und ausländischen Gästen (New York, 4.–7. Mai); Sektionschef Günter Liebel (BMLFUW), Arbeitsbesuch in Washington D.C., Gespräche im Council on Environmental Quality, der EPA, Department of State, dem Pew Center on Global Climate Change und dem Worldwatch Institute (10.–12. Mai); Botschafter Karl Schramek, Treffen im Pentagon, Department of State (16.–18. Mai); Generalsekretärin des Nationalfonds und des allgemeinen Entschädigungsfonds Hannah Lessing, Besuch jüdischer Organisationen (Los Angeles, März); Sektionschef Gerhard Steger (BMF), Gespräche im Department of Treasury, im IWF, der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsbank (IDB), Vortrag und Diskussion im ThinkTank Peterson Pew Commission zur österreichischen Budgetreform, Gespräche mit Amy Edwards (Senate Budget Committee), Adam Carasso (House Budget Committee), Shelley Metzenbaum (Office of Management and Budget), (24.–26. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme am Architektursymposium an der Cooper Union, Eröffnung der Ausstellung „NineteenEightyFour" im Österreichischen Kulturforum New York, Zusammentreffen mit AuslandsösterreicherInnen und ausländischen Gästen (New York, 25.–27. Mai); Universitätsprofessor Anton Zeilinger (Universität Wien), Round-Table Gespräch im Generalkonsulat (New York, 4. Juni); Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Besuch der Vereinten Nationen (New York, 13.–19. Juni); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme an der Tagung des Rates der Sozialistischen Internationale sowie Zusammentreffen mit UNICEF Exekutivdirektor Anthony Lake und der VN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten, Radhika Coomaraswamy, (New York, 19.–22. Juni); Mitglied des EP Othmar Karas, Besuch im Rahmen einer Delegation von Mitgliedern des EP (Juni/Juli); Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer, Teilnahme an der Präsidiumssitzung der Sozialistischen Internationale, (New York, 20. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs über die Milleniumsentwicklungsziele, an der hochrangigen Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Thema „Ensuring the Security Council's Effective Role in Maintaining International Peace and Security", am hochrangigen Treffen zur Überprüfung der Umsetzung der Strategie von Mauritius für die weitere Durchführung des Aktionsprogramms für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und zur Eröffnung und Generaldebatte der 65. VN-GV (New York 21.–24. September); Bundesminister Michael Spindelegger, Ko-Vorsitz im Rahmen des Ministertreffens „A 1325 Call to Action" anlässlich des 10. Jahresjubiläums der Annahme der SR-Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit" sowie Teilnahme an dem hochrangigen Treffen zu Abrüstungsfragen zum Thema „Revitalizing the Work of the Conference on Disarmament and Taking Forward Multilateral Disarmament Negotiations", der hochrangigen Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zum Thema „Ensuring the Security Council's Effective Role in Maintaining International Peace and Security", der SR-Sitzung zum Thema Terrorismusbekämpfung, der hochrangigen Sitzung zum Sudan, der fünften CTBT Ministerkonferenz und der Eröffnung und Generaldebatte der 65. VN-GV sowie Rede in der Park East Synagoge auf Einladung von Rabbi Arthur Schneier und Eröffnung der Fotoausstellung „Wiener Kaffeehausszenen" im Vienna Café der Vereinten Nationen, (New York, 220-27. September); Staatssekretär Lopatka, Teilnahme an der Jahrestagung von Weltbank und IWF (7.–10. Oktober); Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger, Treffen im Department of Treasury, USTR, National Economic Council, Department of Commerce, Weltbank, National Foreign Trade Council, American Enterprise Institute, US Chamber of Commerce (10.–13. Oktober); Bundesminister Michael Spindelegger Teilnahme an der SR-Sitzung zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit" (10 Jahre SR-Resolution 1325), Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang der Botschaft, Teilnahme an Veranstaltung an der School for Advanced and International Studies, John Hopkins University (SAIS): „Present Challenges – an Austrian Perspective" (New York, Washington, 25.–30. Oktober); Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen, Besuch der Vereinten Nationen und Zusammentreffen mit Hannelore

Hoppe Deputy High Representative for Disarmament Affairs, Judy Cheng-Hopkins, Assistant Secretary-General for Peacebuilding Support, SR Botschaftern und Vertretern der EU und NGOs (New York, 3.–5. November); Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen und Werner Neubauer, Wahlbeobachtung (Washington, 4. November); Kurt Pribil (FMA Vorstand) und Peter Resch (FMA), Working Dinner mit EU Vertretern und US Finanzexperten, Gesrpäche im IWF, in der Federal Deposit Insurance Commission, Commodities Futures Trading Commission, Securities and Exchange Commission, Office of the Comptroller of the Currency, International Institute of Finance und im US Treasury (Washington, 8.–12. November); Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg und Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds Hannah Lessing, Round-Table Gespräch im Generalkonsulat New York, Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an das Novemberpogrom 1938 in der Park East Synagogue (New York, 10.–17. November); Bundesminister Norbert Darabos, Besuch der Vereinten Nationen sowie Zusammentreffen mit VNGS Ban Ki-moon, Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten Valerie Amos, Untergeneralsekretär für Peacekeeping Operations Alain Le Roy und Teilnahme an der Veranstaltung „Perpetual Peace Project" des International Peace Institute (New York, 13.–17. November); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an der SR-Sitzung zum Thema Sudan, Eröffnung der Ausstellung „Face Human Rights, Facing Nations" in den Vereinten Nationen, bilaterales Treffen mit Secretary of State Hillary Clinton (diesem waren mehrere Treffen am Rande internationaler Konferenzen, insbesondere Sicherheitsratssitzungen, vorangegangen) (New York, Washington 15. und 16. November); Bürgermeister der Stadt Graz Siegfried Nagl, Eröffnung der Ausstellung „Face Human Rights, Facing Nations" in den Vereinten Nationen (New York, 16.–21. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Teilnahme am hochrangigen Sicherheitsratstreffen zum Thema Irak (New York, 14. und 15. Dezember); Universitätsprofessor Michael Landesmann (WIW und Pierre Keller Visiting Professor an der Harvard University), Vortrag an der Weltbank, Gespräche im IIF (Washington, Dezember).

Besuche in Österreich: Deputy Assistant Secretary William Bryan, Department of Homeland Security, Teilnahme an OSZE-Treffen zu Infrastruktursicherheit (8. Februar); Senatoren Benjamin Cardin, Tom Udall und Roger Wicker sowie Mitglieder des Repräsentantenhauses Alcee Hastings, Mike McIntryre, Darrell Issa, Robert Aderholt und Laura Richardson, Teilnahme an OSZE-Parlamentariertreffen (17. Februar); stv. Sektionschef im Department of Justice William Kullman, Gespräche mit in Wien ansässigen VN-Behörden (22. Februar und 28. Juni); Senator Robert Casey, Treffen mit in Wien ansässigen VN-Behörden und Vertretern des BMeiA (29. März); Senator Jon Kyl, Treffen mit in Wien ansässigen VN-Behörden (29. März); Senator George Voinovich sowie Mitglieder des Repräsentantenhauses Michael Turner, Alcee Hastings und Jane Harman, Teilnahme an OSZE-Treffen (25.–30. März); Sonderbotschafter für Energiefragen Richard Morningstar, Gespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (9. April); Deputy Assistant Secretary of Defence James Townsend, Treffen mit Generalstabschef General Edmund Entacher, Teilnahme an Roundtable Diskussion, Gespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle sowie dem außenpolitischen Berater des Bundeskanzlers Botschafter Jürgen Meindl (26. und 27.Mai); Deputy Assistant Secretary of State Pamela Quanrud, Gespräch mit Leiter der Politischen Sektion im BMeiA Botschafter Stefan Lehne (5. Juni); Assistant Secretary of State Rose Gottemoeller, Treffen mit in Wien ansässigen VN-Behörden (9. Juni); Sonderbotschafter für Holocaustfragen Douglas Davidson, Gespräche im BMeiA und mit VertreterInnen des Österreichischen Nationalfonds (10. Juni); Deputy Assistant Secretary Juan Verde, Department of Commerce, Gespräche im BMWFJ und im BMG (10. Juni); Sonderbotschafterin für konventionelle Kräfte in Europa Victoria Nuland, Teilnahme an OSZE-Treffen (14. und 15. Juni); Principal Deputy Assistant Secretary of State Nancy McEldowney, Teilnahme an OSZE-Treffen (17. Juli); hochrangige Delegation unter der Leitung von US Global AIDS Coordinator Botschafter Eric Goosby, mit u.a.dem ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton, Mitglied des Repräsentantenhauses Barbara Lee und Assistant Secretary for Health Howard Koh, Teilnahme an der AIDS 2010 Konferenz (18.–23. Juli),; Secretary of Energy Steven Chu, Teilnahme an IAEO Generalkonferenz (19. und 20.September); Assistant Secretary of Commerce Nicole Lamb-Hale, Treffen mit in Wien ansässigen VN-Behörden (19.–22. September); Deputy Assistant Secretary of State Frank Rose, Treffen mit in Wien ansässigen VN-Behörden (20. Oktober).

Die Österreichische Marshall Plan Stiftung betreibt weiterhin erfolgreiche Kooperationen mit Partneruniversitäten in den USA. Der jährlich ausgeschriebene Marshall Plan Chair an der University of New Orleans wurde mit der Politologin Monika DeFrantz besetzt. Weiters finanzierte die Stiftung zwei Fellowships an der Paul Nitze School for Advanced International Studies der Johns Hopkins Universität, mehrere Visiting Fellowships an der University of California, und initiierte eine neue Kooperation mit dem Center for Strategic and International Studies in Washington, D.C., an welches zukünftig ebenfalls zwei Fellows entsandt werden.

Das Center for Austrian Culture and Commerce an der University of New Orleans setzte sein interdisziplinäres Programm mit großem Erfolg fort und hieß 2010 über 100 österreichische Studenten in New Orleans willkommen. Regelmäßige Veranstaltungen behandelten Themen wie transatlantische Migration, österreichisch-amerikanische Wirtschaftbeziehungen oder auch die deutsche Wiedervereinigung. Der vom Center mit der Stadt Innsbruck betriebene KünstlerInnenaustausch feierte sein zehnjähriges Jubiläum. Weiters war das Center Gastgeber des jährlichen Treffens der Centers for Austrian Studies mit TeilnehmerInnen aus Israel, Kanada, Ungarn, den USA und Österreich.

Der Presse- und Informationsdienst an der ÖB Washington erweiterte sein Kommunikationsportfolio im Bereich der neuen Medien zusätzlich zu bestehenden Publikationen und etablierte eine Präsenz auf verschiedenen sozialen Netwerken um neue Kommunikationskanäle insbesondere mit jüngeren Generationen zu forcieren. Zu den Auswirkungen der neuen Medien auf Public Diplomacy erfolgte eine aktive und erfolgreiche Teilnahme am Jahrestreffen der International Studies Association in New Orleans, sowie die Publikation eines diesbezüglichen Kapitels in einem wissenschaftlichen Sammelband. Die Web-Seite des Informationsdienstes und der ÖB Washington, www.austria.org, bleibt eine der meistbesuchten Seiten zum Thema Österreich in den USA.

Informationen von und über Österreich bringt die vierteljährlich erscheinende Publikation „Austrian Information", welche vom Presse- und Informationsdienst seit 1948 herausgegeben wird. Die Auflage der Printausgabe liegt derzeit bei 11.000 Exemplaren. Neben rezenten Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen und über den Werdegang von ÖsterreicherInnen berichtet, die in den Vereinigten Staaten in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft erfolgreich tätig sind. Zusätzlich bietet der Presse- und Informationsdienst eine Online-Ausgabe der Publikation an, welche zu vielen Artikeln etwa zusätzliches Bildmaterial zugänglich macht.

Mit dem englischsprachigen online-Newsletter „Jewish News from Austria" des Presse- und Informationsdienstes erhalten interessierte Personen und Organisationen regelmäßig Informationen über die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Österreich, über Holocaust-Gedenkveranstaltungen, zeitgeschichtliche Symposien und Publikationen sowie über aktuelle Fragen der Restitution. Der Newsletter enthält eine Auswahl von in österreichischen Medien erschienenen Artikeln und Meldungen in englischer Übersetzung.

Ein 2007 vom „International Center for Journalists" und dem Österreichischen Kuratorium für Journalistenausbildung initiierter amerikanisch-österreichischer JournalistInnenaustausch fand im April/Mai zum vierten Mal statt. Es erfolgte weiters die Aufnahme eines Dialoges mit den Young Leaders des American Jewish Committee, sowie Kontaktpflege mit den AbsolventInnen des Fulbright Programmes in Österreich im Zuge dessen 60-Jahre Jubiläums. Anlässlich des fünfzehnjährigen Jubiläums des Nationalfonds der Republik fand an der ÖB Washington ein Festakt mit mehreren Holocaust-Überlebenden statt. Zu den Ehrengästen zählten die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing, sowie U.S. Special Envoy for Holocaust Issues Christian Kennedy und Stuart Eizenstat.

Der Auf- und Ausbau positiver und zukunftsorientierter Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft, zu jüdischen Organisationen sowie zur jüdischen Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen, ist allen österreichischen Dienststellen und Honorarkonsulaten in den USA ein zentrales Anliegen. Angesichts der Dichte der vertretenen Organisationen betrifft dies insbesondere das GK New York, in dessen Amtsbereich der World Jewish Congress, das American Jewish Committee, die Conference of Presidents of Major Jewish American Organizations, die Anti-Defamation

League und B'nai B'rith ihren Hauptsitz haben. Darüber hinaus gibt es auch mit den Holocaust Museen insbesondere in Washington D.C. und Los Angeles, in denen auch österreichische GedenkdienerInnen tätig sind, eine sehr enge Zusammenarbeit. Sieben österreichische GedenkdienerInnen waren an verschiedenen Dienststellen in den USA tätig: in Washington D.C. (United States Holocaust Memorial Museum), in New York (Leo Baeck Institute, Anti-Defamation League), in Los Angeles (Simon Wiesenthal Center, Museum of the Holocaust), beim Virginia Holocaust Museum in Richmond sowie dem Illinois Holocaust Museum and Education Center in Skokie, Illinois. Ihre Aufgabe umfasst neben archivarischen und wissenschaftlichen Aufgaben auch die Betreuung österreichischer Holocaust-Überlebender.

Die soziale und rechtliche Betreuung jener ÖsterreicherInnen, die infolge des Anschlusses Österreichs 1938 vor der nationalsozialistischen Verfolgung in die Vereinigten Staaten flohen, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe der Dienststellen in den USA.

Die Umsetzung der umfassenden Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen, zu denen sich Österreich 2000/2001 im Washingtoner Abkommen verpflichtet hatte, insbesondere die vor ihrem Abschluss stehenden Zahlungen aus dem 210 Mio $ dotierten Allgemeinen Entschädigungsfonds, werden von der US-Administration weiterhin mit großem Interesse verfolgt. Die österreichischen Bemühungen um die Kunstrestitution, die Pflegegeldleistungen an bedürftige Holocaust-Überlebende sowie die Rolle Österreichs in der Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research und seine maßgeblichen Beiträge zur Vorbereitung und zum Follow-up der Prager Holocaust Konferenz 2009 werden seitens der USA sehr begrüßt.

Bei der Verstärkung der EU-Präsenz in den USA sind in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden, insbesondere auch auf dem Gebiet der Public Diplomacy. Gemeinsame Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit wie der „EU Embassies Open House Day" in Washington D.C. mit rund 3.700 BesucherInnen in der ÖB Washington (das sind um rund 1.100 BesucherInnen mehr als im Vorjahr), gemeinsame Auftritte von BotschafterInnen sowie von BotschaftsvertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten tragen dazu bei, dass die EU als Staatengruppe verstärkt wahrgenommen wird.

Die Kulturforen in New York und Washington D.C. sind als Zentren der laufenden Präsentation zeitgenössischer österreichischer Kunst und Kultur sehr gut etabliert.

Im Atrium der ÖB Washington, dem Veranstaltungsraum für die meisten der vom KF veranstalteten Kulturveranstaltungen, fanden drei Ausstellungen statt. Das Jahr wurde mit der Dokumentar-Ausstellung Vienna Café 1900 über das Wiener Kaffeehaus und die Wiener Kaffeehauskultur einst und heute eröffnet. Im Mai und Juni wurden die Arbeiten der bildenden Künstlerin Renate Summer und Abendroben sowie Kostümentwürfe der Mode-Designerin Eva Summer in der gemeinsamen Ausstellung Mythology and More: Styrian Art and Design gezeigt, die im Rahmen des ersten „Steirerfest in Washington" eröffnet wurde. Die Gruppe Knöpferlstreich spielte bei der Eröffnung traditionelle steirische Volksmusik. Die Veranstaltung wurde vom Amt der steiermärkischen Landesregierung, der steiermärkischen Exportwirtschaftsförderung und dem Tourismusverband Steiermark neben einer Reihe weiterer prominenter Sponsoren unterstützt.

Im September wurde die für das Atrium der ÖB während seines Artist-in-Residence-Aufenthaltes von Alfredo Barsuglia geschaffene künstlerische Installation Mobile Retreat Space gezeigt. Anlässlich der Vernissage gab es eine Performance des Künstlers und ein House-and-Latino-Clubbing mit der österreichischen DJane mit brasilianischen Wurzeln Joyce Muniz. Anfang Dezember wurden im Atrium die beiden Kunstdrucke Code-Girl 1 und Code-Girl 2 von Nina Prader präsentiert.

Eine vom KF zusammengestellte Ausstellung der österreichisch-amerikanischen Künstlerin Alice Mavrogordato mit dem Titel „Vienna comes to Wintergreen" wurde beim Wintergreen Performing Arts Festival ausgestellt. Eine Medien-Installation über eine Arbeit von Andreas Zingerle wurde vom KF als Beitrag zum ersten Amnesty International Kunstfestival in Silver Spring und die von der portugiesischen EU-Präsidentschaft organisierte EU-Video-Art Ausstellung „In the Loop" mit der Beschaffung des Art-Clips „People who like Bonnie Tyler" von Susanne Jirkuff unterstützt.

Unter den Musikveranstaltungen gab es Konzerte wie die Auftritte von Christian Muthspiel mit seinem Programm vertonter Gedichte von Ernst Jandl und von Willi Resetarits mit Stub'nblues im März, von Célia Mara und Band mit brasilianisch-österreichischen Liebesliedern im April, des radio.string.quartet.vienna mit einem Streich-Revival von John McLaughlins The Mahavishnu Orchestra sowie Kompositionen von Joe Zawinul und Klaus Paier im Juli sowie die Jazz-Konzerte von Rudi und Felix Wilfer „Requiem for Joe Zawinul" mit vielen Eigenkompositionen der Wilfers und Werken von Joe Zawinul und der Gruppe Mausi von Christian Maurer und Primus Sitter zusammen mit Sängerin Ali Gaggl.

In der klassischen Musik präsentierte das KF Tibor Kovac und Lambert Orkis im Jänner, Elena Denisova und Margrit Julia Zimmermann sowie Ernst Kovacic und Kenneth Slowik im Februar, die Metropolitan Opera Musicians mit Werken von Erich Wolfgang Korngold, Gernot Wolfgang und Joseph Marx im April und einem Porträt der Komponistin Johanna Doderer und ihrer Werke im Juni. Till Fellner gastierte im Atrium der ÖB mit drei Abenden mit Beethoven-Klaviersonaten im Februar, März und Oktober. Das KF unterstützte einen Auftritt von Christian Fennesz im Rahmen des Sonic Circuit Festivals elektronischer Musik im September und präsentierte die Pianistin Seda Röder anlässlich der von der Presseabteilung der Botschaft organisierten Festveranstaltung „15 Jahre Nationalfonds der Republik Österreich" im Mai.

In der ÖB wurden folgende Filme gezeigt: anlässlich der Ausstellung „Vienna Café 1900" der Stummfilm „Café Elektric" mit Klavierbegleitung von Gerhard Gruber im Februar, „Unser täglich Brot" von Nikolaus Geyrhalter anlässlich des „Washington Environmental Filmfestival" im März, und anlässlich der „Architecture Week DC" die Trilogie von Heinz Emigholz „Schindlers Häuser", „Loos Ornamental" und „Two Projects" by Friedrich Kiesler. Beim Festival neuer Filme in deutscher Sprache „Film/NEU" wurden im Jänner in einem Stadtkino die Filme „Let's make Money" von Erwin Wagenhofer, „Das Vaterspiel" von Michael Glawogger und „Nordwand" von Philipp Stölzl vorgeführt. Beim EU-Film-Showcase im AFI-Silver Theatre in Silver Spring im November wurde der Film „Der Räuber" von Benjamin Heisenberg gezeigt. Zur Washingtoner Uraufführung wurde die Schauspielerin Franziska Weisz vom KF für zwei Diskussionsrunden über den zeitgenössischen österreichischen Film eingeladen. Gemeinsam mit dem Goethe Institut veranstaltete das KF im Kinosaal des Goethe Instituts zum ersten Mal die Musik-Filmreihe „For the Love of Sound", bei der „Pianomania" von Robert Cibis und Lilian Franck und „Herzausreisser" von Karin Berger liefen. Der Kinderfilm „Hexe Lilli – Der Drache und das magische Buch" von Stefan Ruzowitzky wurde im Oktober beim KidsEuroFestival gezeigt und der Film „Sommer mit den Burggespenstern" von Bernd Neuburger im November in einer Schule in Annapolis.

Auf der „Small Nations Poetry Night" im Mai wurde von Botschafter Christian Prosl in englischer Fassung „Brief aus Wien" von Hans Raimund vorgetragen. Vorträge zur Ausstellung „Vienna Café 1900" wurden gehalten von der Kuratorin der Ausstellung Charlotte Ashby und von Steven Beller im Jänner, sowie von Leo Lensing im März. Das KF unterstützte einen Vortrag von Vera Brandes in der Library of Congress im Mai über „Wellness and Growth: Acoustic Medicine and Music Therapy". In der Botschaft wurden weiters Vorträge gehalten von Wolfram Dornik über „Internet: dis.remembrance? History in the Time of Digital Competition for Attention", und von Thomas Müller über „Criminal Profiling" im Juni. Katrin Reifeneder, Mitglied der Gruppe Uppercussion bot die musikalische Umrahmung auf dem Marimbaphon. Die Historikerin Melissa Müller präsentierte mit einem Vortrag und als Mitherausgeberin das Buch „Lost Lives, Lost Art" im November.

Im Jänner porträtierte das KF den Tänzer und Choreografen Bernd Roger Bienert mit einem Live-Solo einer seiner neuesten Choreographien im Jänner. Anlässlich des KidsEuroFestivals lud das KF das Karin Schäfer Figurentheater mit dem Puppentheaterstück „Es war zweimal/Twice Upon A Time" ein. Karin Schäfer hielt auch mehrere Workshops in Washingtoner Schulen ab.

Insgesamt betreute das KF rund 75 Veranstaltungen, darunter 42 mit alleiniger inhaltlicher und organisatorischer Verantwortung. Rund 28.000 Personen besuchten die Veranstaltungen, diverse Internet-Blogs, die Washington Post und der North West Current rezensierten die Veranstaltungen regelmäßig. Eine Facebook-Meeting-Group besucht v.a. die für ein jüngeres Publikum zugeschnittenen Musikveranstaltungen.

Das Kulturforum New York hat sich zu einem angesehenen Kulturzentrum an der Schnittstelle zwischen Österreich und den USA entwickelt und mit einem anspruchsvollen Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm wurde die Präsenz des Kulturforums in der New Yorker Kulturszene weiter ausgebaut.

Die Ausstellung „Solace", die Anfang Februar von Bundesminister Rudolf Hundstorfer eröffnet wurde, erhob den Anspruch, zeitgenössische Kunst als Quelle von Trost zu sehen. Bundesministerin Claudia Schmied eröffnete im Mai die Ausstellung „NineteenEightyFour", die sich, ausgehend von George Orwells berühmtem gleichnamigem Roman, mit den Überwachungsmechanismen unserer heutigen Mediengesellschaft beschäftigte. Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger besuchten im September die Ausstellung „Serbia – Frequently Asked Questions", eine Bestandsaufnahme des heutigen Serbien aus dem Blickwinkel der zeitgenössischen Kunst. Diese Ausstellung wurde gemeinsam mit dem europäischen Netzwerk EUNIC veranstaltet. Die Wanderausstellung „Schreiben gegen den Krieg" wurde an zahlreichen Universitäten sowie während der MALCA-Konferenz gezeigt.

Mit „Moving Sounds" wurde zum zweiten Mal ein Musikfestival an der Schnittstelle zwischen klassisch-instrumentierter und elektronischer Musik organisiert. Weiters fanden Konzerte in den Bereichen Klassik, zeitgenössische Klassik und Jazz / World Music mit den Künstlern, Komponisten und Ensembles wie Wolfgang Holzmair, dem Radio String Quartett Vienna, Radian, dem Wiener Gemüseorchester, Christian Muthspiel, Fatima Spar, Christian Fennesz, Wolfgang Puschnig, Martin Reiter und Georg Friedrich Haas statt.

Im Literaturbereich wurde stark auf Nachhaltigkeit im Bereich von Übersetzungen österreichischer Literatur gesetzt. Insbesondere verlieh das KF New York zum zweiten Mal den ACF-Translation Prize für die Übersetzung von Martin Köhlmeiers Roman „Idylle mit ertrinkendem Hund" an David Dollenmayer. Zahlreiche AutorInnen wie Andrea Grill, Zdenka Becker, Julya Rabinowich, Olga Flor und Martin Pollack nahmen an Lesungen bzw. am internationalen Literaturfestival „World Voices" und dem neugeschaffenen deutschsprachigen Nachwuchsliteraturfestival „Festival Neue Literatur" teil.

Das KF setzte die Serie zum österreichischen Film in der New Yorker Filminstitution „Film Anthology Archives" mit großangelegten Nikolaus Geyrhalter- und John Cook-Retrospektiven fort. Weiters organisierte das KF die Erstaufführung der Dokumentation „Homebound Through The World" von Andrea Eckert über Frederic Morton im „Museum of Jewish Heritage". In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Filmmuseum Wien wurde Archivmaterial über „Ephemeral Vienna" gezeigt. Das KF nahm am Europäischen Filmfestival „Disappearing Act" mit Götz Spielmanns „Revanche" teil und stellte zwei neue wissenschaftliche Veröffentlichungen über Michael Haneke von Fatima Naqvi und Roy Grundmann vor.

Österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der German Studies Association, der Modern Austrian Literature and Culture Association und der American Association of Teachers of German mit.

Das Kulturforum unterstützte zahlreiche wissenschaftliche Symposien, darunter eine großangelegte Konferenz zum Thema „After Communism: Achievements and Disillusionment Since 1989" an der Columbia Universität, an welcher Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer und Vizekanzler a.D. Erhard Busek teilnahmen. Ebenfalls an der Columbia University (Harriman Institute) fand eine Tagung zum Thema „Constructing the Balkans, De-Constructing Ourselves" parallel zur Ausstellung „Serbia – Frequently Asked Questions" statt. Die Syracuse University organsierte gemeinsam mit dem KF im November eine Konferenz über Ingeborg Bachmann.

In Zusammenarbeit mit den österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University) und dem Schumpeter-Programm (Harvard University) wurden zahlreiche Aktivitäten gesetzt. U.a. stellte das KF einige Förderpreise für die wissenschaftliche Forschung über Österreich in den USA zur Verfügung.

Ein Hauptziel des Generalkonsulats New York war es, die offiziellen Kontakte zu den Eliteuniversitäten Harvard, Princeton und Yale zu intensivieren. Mit den Vorträgen von Bundespräsident Heinz Fischer an der Harvard Universität – Kennedy School of Government zum Thema „Austria

in a Changing Europe", sowie von Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny an den Universitäten Yale und Princeton zum Thema „The Financial Crisis from a European Point of View" konnten wichtige Inhalte transportiert werden. Schon im November 2009 hatte Außenminister Michael Spindelegger an der Universität Princeton zum Thema „Austrian Foreign Politics" referiert.

Die Intensivierung und Operationalisierung der Kontakte zu den jüdischen Organisationen in New York war ein weiteres wichtiges Anliegen des GK New York in enger Abstimmung mit der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang ein Vortrag von Bundesminister Michael Spindelegger an der bekannten Park East Synagogue sowie eine vom Generalkonsulat und vom geistlichen Leiter der Park East Synagogue, Rabbi Arthur Schneier, organisierte Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an das Novemberpogrom 1938. Die Gedenkveranstaltung wurde gemeinsam mit dem Israelischen Generalkonsulat unter Mitwirkung von Timna Brauer („Music for Peace") und des Oberrabbiners von Wien Paul Chaim Eisenberg organisiert und durch den Österreichischen Nationalfonds, den Zukunftsfonds und Austrian Airlines unterstützt. Mehrere Vorträge der Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds, Hannah Lessing, am Generalkonsulat New York sowie an der New York University (NYU), dem Leo Baeck Institut und der Park East Synagogue ergänzten diesen Schwerpunkt.

Eine neu eingeführte Serie von Round-Table Gesprächen am GK New York zu aktuellen Fragen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft soll ein aktuelles Österreich-Bild in New York fördern. Unter Mitwirkung von Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Nationalbankgouverneur Ewald Nowotny, Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg, Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing, sowie den Universitätsprofessoren Anton Zeilinger (Wien) und Rudolf Grimm (Innsbruck) wurde ein breites Spektrum von Themen mit interessierten AuslandsösterreicherInnen und internationalen Gästen diskutiert.

Durch thematische Zusammentreffen in Boston und Pittsburgh konnten österreichische Inhalte zu aktuellen Fragen aus Politik und Wirtschaft auch in zwei weiteren wichtigen Städten des Amtsbereichs des Generalkonsulats New York vermittelt werden.

Das Center for Austrian Studies an der University of Minnesota in Minneapolis-St. Paul setzte sein interdisziplinäres Vortrags- und Lehrprogramm mit großem Erfolg fort. Zu den wichtigsten Vorträgen zählten: "Twenty Years After the Fall of Communism in Europe" von Vizekanzler a.D. Erhard Busek am 23. Februar, "Understanding the Migration Experience: The Austrian-American Connection, 187.–1914 – An Interim Project Report" von Annemarie Steidl, Wladimir Fischer und James Oberly am 19. April, "Austria, the EU, the US and Beyond" von Botschafter Christian Prosl am 2. Juni, "Österreichische Autorinnen und die Psychoanalyse in der Wiener Moderne" von Brigitte Spreitzer am 17. November und "Europe in the News: The Radical Right and the Future of European Politics" von Ben Ansell und Thomas Schmidinger am 1. Dezember.

Beim Chicago International Movies and Music Festival vom 4.–7. März war Österreich zum ersten Mal mit dem Film „Universalove" (in Anwesenheit des Regisseurs Thomas Woschitz und der Band Naked Lunch) vertreten. Anlässlich des 13. EU-Filmfestivals vom 5. März bis 1. April präsentierte Österreich die Filme „Der Knochenmann" von Wolfgang Murnberger und „Lourdes" von Jessica Hausner. Im Rahmen des 'International Summer Screenings' wurde am 18. und 21. August der Film „Kleine Fische" von Marco Antoniazzi vorgeführt. Beim 45. Chicago International Film-Festival vom 7.–21. Oktober war Österreich mit den Filmen „Der Räuber" von Benjamin Heisenberg und „Catafalque" von Christoph Rainer vertreten. Im Rahmen des Kansas International Film Festivals vom 1.–7. Oktober wurde der Dokumentarfilm „Die Fünf Himmelsrichtungen" in Anwesenheit des Regisseurs Fridolin Schönwiese gezeigt. Am 7. November hat Regisseur Kurt Brazda den Dokumentarfilm „Der Mann auf dem Balkon" im Gene Siskel Film Center präsentiert.

Am 12. Februar trat Pianistin Ingrid Marsoner in der Radio–live-Konzertserie der Stiftung 'Piano-Forte' auf. Im Rahmen einer US-Tournee gaben Willi Resetarits und die Stubnblues Allstars am 27. März im DANK-Haus Chicago ein Konzert. Beim vierten Jazzfestival 'European Jazz Meets Chicago' am 3. und 4. November nahm der Christof Kurzmann teil. Weitere Konzerte wurden

vom Brass-Ensemble Mnozil Brass am 21. März an der Northeastern Illinois University, vom Margit Urbanetz-Vig im Rahmen des Internationalen Viola d'amore-Kongress vom 21.–24. Juni und vom Österreichischen Gemüseorchester 'The Vegetable Orchestra' am 6. November im Indianapolis Museum of Art gegeben. Federico Cellestini von der Universität für Musik und Darstellende Kunst Graz nahm am 5. Juni am Beethoven Festival des Chicago Symphony Orchesters mit dem Vortrag „Reinventing Beethoven: A Composer for All Times" teil.

Beim jährlichen "Literaturlenz" im Goethe-Institut werden jeweils Schriftsteller aus Österreich, Deutschland und der Schweiz vorgestellt. Olga Flor las am 10. März aus ihrem Roman "Kollateralschaden". Das österreichisch-französische Künstlerkollektiv Superamas präsentierte am 2. und 3. Oktober das Theaterstück „EMPIRE (Art & Politics)" im Museum of Contemporary Art in Chicago. Weiters wurden die Werke von Stefan Schuster und Chiara Minchio vom 4.–25. Juli an der Julius Caesar Gallery gezeigt.

Die soziale und rechtliche Betreuung jener ÖsterreicherInnen, die infolge des Anschlusses Österreichs 1938 vor der nationalsozialistischen Verfolgung in die Vereinigten Staaten flohen, ist eine wichtige Aufgabe des GK Los Angeles. Fünf GedenkdienerInnen waren in Los Angeles tätig (Museum of the Holocaust, Shoa Foundation, Simon Wiesenthal Center/Museum of Tolerance).

Besonderen Erfolg verzeichneten österreichische Filmschaffende in Hollywood. Der in Österreich geborene und aufgewachsene Schauspieler Christoph Waltz erhielt für seine Darstellung in Quentin Tarantinos Film „Inglorious Basterds" den Oscar in der Kategorie „Bester Nebendarsteller".

Der Film „Ein Augenblick Freiheit" von Arash T. Riahi, in der Kategorie „Bester ausländischer Film" für den Oscar nominiert, wurde mit Unterstützung des GK Los Angeles beim Palm Springs Festival gezeigt. Die Vorführung des für den Oscar 2011 nominierten Film „La Pivellina" von Rainer Frimmel und Tizza Covi wurde ebenfalls vom Generalkonsulat finanziell unterstützt.

Das GK Los Angeles beteiligte sich an Filmfestivals und unterstützte Filmvorführungen, wie jene der Filme „Der Knochenmann" von Wolfgang Murnberger, „Immer nie am Meer" von Antonin Svoboda, „Alive!" von Artain Minarollides, „Der Räuber" von Benjamin Heisenberg, „Pianomania" von Lilian Franck und Robin Cibis sowie „Lourdes" von Jessica Hausner.

Das GK unterstützte weiters die Long Beach Opera unter dem österreichischen Direktor und Dirigenten Andreas Mitisek. In Zusammenarbeit mit dem Austrian American Council West und dem Goethe Institut Los Angeles organisierte das GK Los Angeles anlässlich des Mahler-Jahres eine Vorführung des Filmes „Mahler auf der Couch" sowie einen Mahler-Klavierabend mit Marialena Fernandes und Ranko Markovic.

Zu Ehren von Ernst Toch veranstalteten Friederike Haufe und Volker Ahmel einen Klavierabend. Diverse österreichische Jazz-MusikerInnen spielten Jazz-Konzerte und gaben Meisterklassen. Im Rahmen des Wagner-Schwerpunktes der Oper von Los Angeles förderte das Generalkonsulat die Aufführung von „Invisible Siegfried's Marching Sunset Boulevard" von Georg Nussbaumer.

Die Kooperation mit dem LACMA-Los Angeles County Museum of Arts – wurde mit einem Liederabend anlässlich des 150. Geburtstags von Hugo Wolf fortgesetzt.

Der Auftritt des Wiener Oberkantors Shmuel Barzilai wurde vom Generalkonsulat ebenso unterstützt wie ein Konzert des Komponisten und Dirigenten Ali Helnwein.

Das Generalkonsulat unterstützte die Ausrichtung von wissenschaftlichen Symposien zu den Themen „Juden und Judentum in Werk und Biographie Franz Werfels" sowie zu „Recovered Voices: Staging Suppressed Opera of the Early 20th Century".

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem MAK Center Los Angeles wurde insbesondere durch die Beteiligung des GK Los Angeles an der Ausstellung „Fractional System" in den von Rudolph M. Schindler erbauten Mackay-Apartments fortgesetzt.

Arbeitsschwerpunkte des Office of Science & Technology (OST) an der ÖB Washington waren die Betreuung und der Ausbau des „OST Scientist Network" in Nordamerika, die Beratung und Information über die nordamerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik mittels des Online-

Magazins „bridges“ und die Unterstützung bei der Anbahnung wissenschaftlicher Kooperationen zwischen österreichischen und nordamerikanischen Institutionen.

Das vom OST aufgebaute interdisziplinäre Netzwerk von österreichischen WissenschafterInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada umfasst mittlerweile insgesamt über 1900 Personen. Davon sind derzeit 871 ÖsterreicherInnen in Nordamerika wissenschaftlich tätig Dieser Personenkreis wird laufend über aktuelle Entwicklungen im Bereich Forschung & Entwicklung, sowie über Ausschreibungen und Veranstaltungen informiert. Das OST organisierte zahlreiche Treffen mit österreichischen ForscherInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada. Am 18. September wurde zum siebten Mal der vom BMVIT in Zusammenarbeit mit dem OST und brainpower austria organisierte Austrian Science Talk, organisiert. Die rund 90 TeilnehmerInnen, davon überwiegend in den Vereinigten Staaten und Kanada forschende ÖsterreicherInnen, nutzten die Gelegenheit, mit VertreterInnen aus Politik, Industrie und Wissenschaft zum Thema „Die Globalisierung von Wissenschaft und Technologie – Chancen und Herausforderungen in Österreich“ zu diskutieren. Zum dritten Mal wurde der vom BMWF vergebene und mit jeweils 10.000 Euro dotierte ASCINA-Award an zwei herausragende österreichische Wissenschafter in Nordamerika verliehen: Marius Wernig und Thomas Müller.

Das vom OST vierteljährlich in englischer Sprache publizierte Online-Magazin „bridges“ informiert regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, der EU und Nordamerika. Das Magazin und die OST-Website haben sich zur prominentesten Informationsquelle für österreichische Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im englischsprachigen Raum entwickelt. Am 14. Dezember wurde die dritte bridges-Lecture mit Roger Pielke, Professor of Environmental Studies an der University of Colorado, David Goldstone, Director of Government Affairs des Natural Resources Defense Council, sowie Alexander Ochs, Director of the Climate Change and Energy Program des Worldwatch Institute zum Thema „A Debate on Global Climate Change Policy“ abgehalten.

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens des US-österreichischen Fulbright Programms wurde ein Festakt und Aufführung des Dokumentarfilms „Fulbright at Sixty“ an der Botschaft Washington abgehalten. Das US Department of State war durch Deputy Assistant Secretary for Academic Programs Alina L. Romanowski vertreten. Des Weiteren wurden zahlreiche Vorträge (u.a. von Universitätsprofessor Rudolf Grimm, österreichischer Wissenschafter des Jahres 2009) sowie Besucherreisen organisiert.

Die Außenhandelsstellen schätzen, dass die rund 450 österreichischen Unternehmen in den USA mit einem Investitionskapital von rund 3,5 Milliarden Euro ca. 20.000 MitarbeiterInnen beschäftigen. Umgekehrt haben US-Investoren in Österreich rund 11,9 Milliarden Euro in über 400 Unternehmen investiert und beschäftigen 22.000 MitarbeiterInnen.

Die österreichischen Exporte betrugen 4.959,227 Millionen Euro (+22,9%), die Importe 3.260,116 Millionen Euro (+27,2%).

Vietnam
(Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nguyen Minh Triet	Nguyen Tan Dung	Pham Gia Khiem

Hanoi – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Thailand; Ho Chi Minh Stadt – **HK**

Bundeskanzler Werner Faymann traf am Rande des ASEM-Gipfels in Brüssel am 4. Oktober zu einem Arbeitsgespräch mit Premierminister Nguyen Tan Dung zusammen.

Besuche aus Österreich: Delegation zur 7. Sitzung der ARGE für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Österreich-Vietnam geleitet von Sektionschef im BMWFJ Josef Mayer, begleitet von Walter Koren, Leiter der Außenwirtschaft Österreich, WKÖ, und einer Delegation von VertreterInnen von 16 Firmen, Empfang durch Minister für Planung und Investitionen Vo Hong Phuc und Gesundheitsminister Nguyen Quoc Trieu und Gespräche in sechs weiteren Ministerien (220-

24. März); Vizepräsident des Internationalen Seegerichtshofes Botschafter Helmut Türk auf Einladung der „National Boundary Commmision" Vietnams, Arbeitsgespräche sowie Vorträge auf der diplomatischen Akademie in Hanoi und der University of Law in Ho Chi Minh Stadt (120-21. April); Sonderbeauftragter für Außenwirtschaft der Stadt Wien Senator h. c. Walter Nettig, Teilnahme am Vienna Charity Ball, Zusammentreffen mit Stv. Premierminister Truong Vinh Trong, Vorsitzendem des Volkskomitees (Bürgermeister) von Hanoi, Nguyen The Thao, Stv. Minister für Planung und Investitionen Cao Viet Sinh, Vizepräsidenten der vietnamesischen Handels- und Industriekammer Doan Duy Khuong (6.–14. November).

Besuche in Österreich: Vizepräsident der Nationalversammlung Nguyen Duc Kien an der Spitze einer Parlamentarierdelegation, Treffen mit Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer und Obmann der Freundschaftsgruppe Österreich-Vietnam Abgeordneter zum Nationalrat Sigisbert Dolinschek (8. April); Stv. Premierminister Truong Vinh Trong, Teilnahme an der 18. Internationalen AIDS-Konferenz in Wien (18.–23. Juli).

Am 1. Jänner trat das österreichisch-vietnamesische Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in Kraft. Am 16. Dezember wurde das Ressortübereinkommen zwischen dem BMF und dem vietnamesischen Ministerium für Planung und Investitionen über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet.

Am 12. November fand in Hanoi als erster Wiener Ball in Vietnam überhaupt der Vienna Charity Ball als Beitrag Österreichs und der Stadt Wien zum 1.000-Jahr-Jubiläum der Stadt Hanoi statt. Der Reinerlös des Balles kommt behinderten Kindern und Jugendlichen, die unter den Langzeitfolgen des Vietnamkrieges (Dioxinvergiftungen) leiden, zugute.

Am 18. Oktober wurde in Hanoi ein European Union of National Institutes for Culture (EUNIC)-Cluster mit Österreich als Mitglied zur Intensivierung des kulturellen Austausches gegründet.

Der vietnamesische Schriftstellerverband publizierte in Kooperation mit BMeiA und BMUKK aus Anlass der 55. Wiederkehr des österreichischen Nationalfeiertages eine zur Gänze Österreich gewidmete Sonderausgabe seiner Zeitschrift für ausländische Literatur, die am 19. Oktober der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Der vietnamesische Germanist und Übersetzer Le Quang brachte mit finanzieller Unterstützung des BMUKK die vietnamesische Übersetzung von Daniel Glattauers „Gut gegen Nordwind" und „Alle sieben Wellen" heraus, die von der österreichischen Botschaft gemeinsam mit dem Goethe-Institut im Rahmen einer Lesung mit bekannten vietnamesischen Schauspielern am 20. Oktober präsentiert wurde.

Helmuth A. Niederle nahm an der internationalen Konferenz des vietnamesischen Schriftstellerverbandes „To introduce Vietnamese Literature Abroad" teil (4.–10. Jänner).

Christoph Campestrini dirigierte das Vietnam National Symphony Orchestra (3. und 4. März). Christof Cargnelli und Hans Kulisch nahmen am internationalen Festival der elektronischen und experimentellen Musik „Hanoi Sound Stuff" teil (26.–28. März). Christoph Dienz (elektronische Zither) und Matthias Pichler (Kontrabass) beteiligten sich in Hanoi (28. November) und Ho Chi Minh Stadt (29. November) am jährlichen EU-Musikfestival.

Die Wirtschaftsuniversität Wien und die Universität Innsbruck hielten jeweils Sommeruniversitäten mit vietnamesischen Partneruniversitäten ab (WU 19. Juli bis 6. August, Uni Innsbruck 30. August bis 21. September). Die IMC Fachhochschule Krems startete im Rahmen ihrer intensiven Kooperation mit vietnamesischen Institutionen im September einen Masterlehrgang im Bereich Business Administration gemeinsam mit der University of Commerce Hanoi. In Zusammenarbeit mit dem OeAD beteiligte sich die Botschaft an einer an sechs vietnamesischen Universitäten durchgeführten EU-Roadshow zur Promotion des Studiums in Europa im Rahmen von Erasmus Mundus.

Die österreichischen Exporte betrugen 92,885 Millionen Euro, die Importe 253,537 Millionen Euro (+20,5%).

Zentralafrikanische Republik
(Zentralafrikanische Republik), Bangui

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Francois Bozize	Faustin-Archange	Antoine Gambi
- Yangouvonda	Touadéra	

ÖB: siehe Nigeria**, AHSt:** siehe AHSt Tripolis, Bangui **– HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 114.000 Euro (+80,4%), die Importe 789.000 Euro (k.A.).

Zypern
(Republik Zypern), Nikosia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Demetris Christofias	Markos Kyprianou

Nikosia **– ÖB, HGK; AHSt:** siehe Griechenland

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied, Eröffnung der Ausstellung „In Between. Austria Contemporary", Unterzeichnung Memorandum of Understanding zwischen dem BMUKK u. dem zypriot. Unterrichts- u. Kulturministerium (3. und 4. März); Zweiter Präsident des Nationalrates Fritz Neugebauer und Präsident des Bundesrates Peter Mitterer samt Delegation, Teilnahme an der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der Mitgliedsstaaten des Europarates (Limassol, 10.–12. Juni).

Besuche in Österreich: Generalsekretär Nicholas Emiliou, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheitenn Botschafter Johannes Kyrle (21. Mai).

Folgende Kulturveranstaltungen fanden statt: Glaskünstlerin Michaela Klamert – Gruppenausstellung am Centre of Contemporary Art Diatopos (2. Junihälfte); Frankophonie 2010 – Filmvorführung „7915 km" von Nikolaus Geyrhalter (März); Filmvorführung „Arena" von Günter Schwaiger im Rahmen der Kulturtage des Fremdspracheninstituts der Technischen Universität Limassol (220-24. April); Filmwoche „Green Week" veranstaltet von der EU-Delegation, österreichischer Beitrag „Plastic Planet" (1. Juniwoche); Österreichisch-Deutsche Filmtage „From Berlin to Vienna" mit den österreichischen Beiträgen „Ein Augenblick Freiheit" und „Revanche" (12. Februar bis 5. März); Dokumentarfilm „Mount St. Elias", Filmvorführung in der ARTos Cultural and Research Foundation (16. November); Limassol Theatre Development Company, Aufführung des Stückes „Robinson and Krousos" – Regisseur Martin Scharnhorst (18. September); 13. Europäisches Tanzfestival: Teilnahme der Tanzgruppe DANS.KIAS mit der Produktion „Secret Sight" (Juni); Vortrag Direktor Peter Noever (MAK) zum Thema Moderne Architektur in Nikosia (9. und 10. Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 98,411 Millionen Euro (+37,8%), die Importe 36,029 Millionen (110,6%).

II. Österreich und die Staatenwelt

Stand: 31. Dezember 2010

Österreich unterhält zu 194 Staaten diplomatische Beziehungen (D) und mit der Palästinensischen Behörde sonstige Beziehungen (S).

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Afghanistan	19.11.1946	D		■		
Ägypten	24.10.1945	D	●	■		□
Albanien	14.12.1955	D	●	■	✓	
Algerien	08.10.1962	D	●	■		□
Andorra	28.07.1993	D		■		
Angola	01.12.1976	D		■		
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D				
Äquatorialguinea	12.11.1968	D				
Argentinien	24.10.1945	D	●	■		□
Armenien	02.03.1992	D	●[1)]	■		
Aserbaidschan	02.03.1992	D	●	■		
Äthiopien	13.11.1945	D	●		✓	
Australien	01.11.1945	D	●	■		□
Bahamas	18.09.1973	D				
Bahrain	21.09.1971	D				
Bangladesch	17.09.1974	D				
Barbados	09.12.1966	D				
Belarus	24.10.1945	D		■		
Belgien	27.12.1945	D	●	■		□
Belize	25.09.1981	D		■		
Benin	20.09.1960	D				
Bhutan	21.09.1971	D			✓	
Bolivien	14.11.1945	D		■		
Bosnien und Herzegowina	22.05.1992	D	●	■	✓	□
Botsuana	17.10.1966	D				
Brasilien	24.10.1945	D	●	■		□
Brunei	21.09.1984	D				
Bulgarien	14.12.1955	D	●	■		□
Burkina Faso	20.09.1960	D		■	✓	
Burundi	18.09.1962	D				
Chile	24.10.1945	D	●	■		□*
China	24.10.1945	D	●	■		□
Costa Rica	02.11.1945	D		■		
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D		■		
Dänemark	24.10.1945	D	●	■		□
Deutschland	18.09.1973	D	●	■		□
Dominica	18.12.1978	D				
Dominikanische Republik	24.10.1945	D		■		
Dschibuti	20.09.1977	D				
Ecuador	21.12.1945	D		■		

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
El Salvador	24.10.1945	D		■		
Eritrea	28.05.1993	D				
Estland	17.09.1991	D	●	■		
Fidschi	13.10.1970	D				
Finnland	14.12.1955	D	●	■		□
Frankreich	24.10.1945	D	●	■		□
Gabun	20.09.1960	D				
Gambia	21.09.1965	D				
Georgien	31.07.1992	D	●[1)]	■		
Ghana	08.03.1957	D				
Grenada	17.09.1974	D				
Griechenland	25.10.1945	D	●	■		□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	●	■		□
Guatemala	21.11.1945	D		■		
Guinea	12.12.1958	D				
Guinea-Bissau	17.09.1974	D				
Guyana	20.09.1966	D				
Haiti	24.10.1945	D				
Heiliger Stuhl	–	D	●	■		
Honduras	17.12.1945	D				
Indien	30.10.1945	D	●	■		□
Indonesien	28.09.1950	D	●	■		□
Irak	21.12.1945	D		■		□
Iran	24.10.1945	D	●	■		□
Irland	14.12.1955	D	●	■		□
Island	19.11.1946	D		■		
Israel	11.05.1949	D	●	■		□
Italien	14.12.1955	D	●	■		□
Jamaika	18.09.1962	D				
Japan	18.12.1956	D	●	■		□
Jemen	30.09.1947	D		■		
Jordanien	14.12.1955	D	●	■		
Kambodscha	14.12.1955	D				
Kamerun	20.09.1960	D				
Kanada	09.11.1945	D	●	■		□
Kap Verde	16.09.1975	D			✓[7)]	
Kasachstan	02.03.1992	D	●	■		□
Katar	21.09.1971	D				
Kenia	16.12.1963	D	●	■		
Kirgisistan	02.03.1992	D		■		
Kiribati	14.09.1999	D				
Kolumbien	05.11.1945	D	●	■		
Komoren	12.11.1975	D				

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D				
Kongo, Republik	20.09.1960	D				
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D		■		
Korea, Republik	17.09.1991	D	●	■		□
Kosovo, Republik	-	D	●	■	✓	
Kroatien	22.05.1992	D	●	■		□
Kuba	24.10.1945	D	●	■		
Kuwait	14.05.1963	D	●	■		
Laos	14.12.1955	D		■		
Lesotho	17.10.1966	D				
Lettland	17.09.1991	D	●	■		□*
Libanon	24.10.1945	D	●	■		
Liberia	02.11.1945	D				
Libysch-Arabische Dschamahirija	14.12.1955	D	●	■		□
Liechtenstein	18.09.1990	D	●[1)]	■		
Litauen	17.09.1991	D	●	■		
Luxemburg	24.10.1945	D	●	■		
Madagaskar	20.09.1960	D				
Malawi	01.12.1964	D				
Malaysia	17.09.1957	D	●	■		□
Malediven	21.09.1965	D				
Mali	28.09.1960	D				
Malta	01.12.1964	D	●	■		
Malteser Ritterorden (Souveräner)	–	D		■		
Marokko	12.11.1956	D	●	■		□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D				
Mauretanien	27.10.1961	D				
Mauritius	24.04.1968	D				
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	08.04.1993	D	●	■	✓[8)]	□*
Mexiko	07.11.1945	D	●	■		□
Mikronesien	17.09.1991	D				
Moldau	02.03.1992	D	●[4)]	■	✓	
Monaco	28.05.1993	D				
Mongolei	27.10.1961	D		■		
Montenegro	28.06.2006	D	●	■	✓[9)]	
Mosambik	16.09.1975	D			✓	
Myanmar	19.04.1948	D				
Namibia	23.04.1990	D		■		
Nauru	14.09.1999	D				
Nepal	14.12.1955	D				
Neuseeland	24.10.1945	D		■[10)]		
Nicaragua	24.10.1945	D		■	✓	

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Niederlande	10.12.1945	D	●	■		□
Niger	20.09.1960	D				
Nigeria	07.10.1960	D	●	■		□
Norwegen	27.11.1945	D	●	■		□
Oman	07.10.1971	D	●	■		
Pakistan	30.09.1947	D	●	■		
Palau	15.12.1994	D				
Panama	13.11.1945	D		■		
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D				
Paraguay	24.10.1945	D		■		
Peru	31.10.1945	D	●	■		
Philippinen	24.10.1945	D	●	■		□*
Polen	24.10.1945	D	●	■		□
Portugal	14.12.1955	D	●	■		□
Ruanda	18.09.1962	D				
Rumänien	14.12.1955	D	●	■		□
Russische Föderation	24.10.1945[3)]	D	●	■		□
Salomonen	19.09.1978	D				
Sambia	01.12.1964	D				
Samoa	15.12.1976	D				
San Marino	02.03.1992	D		■		
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D				
St. Lucia	18.09.1979	D				
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D				
São Tomé und Príncipe	16.09.1975	D				
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	●	■		□
Schweden	19.11.1946	D	●	■		□
Schweiz	10.09.2002	D	●	■		□
Senegal	28.09.1960	D	●			
Serbien	01.11.2000	D	●	■	✓	□
Seychellen	21.09.1976	D				
Sierra Leone	27.09.1961	D				
Simbabwe	25.08.1980	D	●	■		
Singapur	21.09.1965	D	●[2)]			□
Slowakei	19.01.1993	D	●	■		□
Slowenien	22.05.1992	D	●	■		□
Somalia	20.09.1960	D				
Spanien	14.12.1955	D	●	■		□
Sri Lanka	14.12.1955	D		■		
Südafrika	07.11.1945	D	●	■		□
Sudan	12.11.1956	D		■		
Suriname	04.12.1975	D				
Swasiland	24.09.1968	D				
Syrien	24.10.1945	D	●	■		□

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Tadschikistan	02.03.1992	D		■		
Tansania	14.12.1961	D				
Timor-Leste	27.09.2002	D				
Thailand	16.12.1946	D	●	■		□
Togo	20.09.1960	D				
Tonga	14.09.1999	D				
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D				
Tschad	20.09.1960	D				
Tschechische Republik	19.01.1993	D	●	■		□
Tunesien	12.11.1956	D	●	■		
Türkei	24.10.1945	D	●	■		□
Turkmenistan	02.03.1992	D		■		
Tuvalu	05.09.2000	D				
Uganda	25.10.1962	D			✓	
Ukraine	24.10.1945	D	●	■		□
Ungarn	14.12.1955	D	●	■		□
Uruguay	18.12.1945	D		■		
Usbekistan	02.03.1992	D	●[1)]	■		
Vanuatu	15.09.1981	D				
Venezuela	15.11.1945	D	●	■		□
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	●	■		□
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	●	■		□
Vietnam	20.09.1977	D	●	■		
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D				
Zypern	20.09.1960	D	●	■		
PLO	–	S	●[5)]	■[6)]	✓[5)]	

[1)] mit Sitz in Wien
[2)] Büro des Handelsrates
[3)] VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR
[4)] Koordinationsbüro der OEZA
[5)] Österreichisches Vertretungsbüro gegenüber der Palästinensischen Behörde in Ramallah
[6)] Palästinensische Vertretung bei der Österreichischen Bundesregierung und den internationalen Organisationen
[7)] geschlossen mit 31. März 2010
[8)] geschlossen mit 30. Juni 2010
[9)] geschlossen mit 30. Juni 2010
[10)] seit 24. Dezember 2010
□* Zweigbüros:
Manila der AHSt Singapur
Riga der AHSt Helsinki
Santiago der AHSt Buenos Aires
Skopje der AHSt Belgrad

III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

	Diplomatische Missionen	Berufskonsularische Vertretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den VN-Organisationen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	124[1)]	6[2)]	140[3)]	54[3)]
Sitz im Ausland	49	–	46	1
Gesamt	**173**	**6**	**186**	**55**

[1)] 116 Staaten sowie acht „andere in Wien bestehende Vertretungen".
[2)] Daneben bestehen 243 Honorarämter.
[3)] Ständige Vertretung Österreichs bei der OSZE nicht mitgerechnet.

Mit Stand 31. Dezember hatten 116 Staaten den Sitz ihrer Vertretungsbehörden in Wien und 49 im Ausland (Zahl ausländischer Vertretungsbehörden in deren Amtsbereich Österreich fällt: 165).

Des weiteren existieren 140 Vertretungen bzw. Beobachtermissionen bzw. Verbindungsbüros zu den VN-Organisationen und 56 Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarämter
Burgenland	–	5
Kärnten	1	17
Niederösterreich	–	9
Oberösterreich	–	29
Salzburg	3	42
Steiermark	–	32
Tirol	–	33
Vorarlberg	1	14
Wien	1	62
Gesamt	6	243

IV. Wien als Sitz internationaler Organisationen

1. Budget und Ausgaben der internationalen Organisationen 2010

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Millionen Euro			
		gesamt	darunter		
			Löhne und Gehälter	Anteil der Löhne und Gehälter an den in Österreich getätigten Ausgaben (in %)	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	90,2	30,1	27,5	91,6	2,52
ECO	3,3	1,5	1,4	89,8	0,16
EPO	1.622,5	27,5	16,0	58,1	11,53
FRA	20,1	20,1	8,2	40,9	11,87
IAEA	303,6	208,1	104,6	50,3	103,50
ICMPD	11,1	6,7	5,6	84,2	1,05
ICPDR	1,0	0,9	0,5	56,1	0,40
IIASA	15,0	15,0	10,2	68,0	4,80
IOM	64,0	3,1	1,1	36,6	1,96
JVI	4,4	3,9	1,4	35,3	2,50
OFID	29,0	27,0	20,6	76,2	6,43
OPEC	25,9	24,0	22,7	94,8	1,26
OSCE	152,9	38,1	27,0	70,9	11,09
PSAC[1)]	1,1	–	0,5	–	–
UNIDO	203,0	81,3	56,3	69,3	24,97
UNOV	196,8	160,9	90,8	56,4	70,07
WA	1,8	1,8	1,4	–	–
Gesamt	**2.744,6**	**650,0**	**395,8**	**65,2**	**254,11**

[1)] PSAC neu aufgenommen, Sitz in Innsbruck
Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2010

Organisation	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte und Sonstige	
	insgesamt	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen
CTBTO	246	201	45	153	7	48	38
ECO	19	12	7	11	3	1	4
EPO	108	73	35	33	5	40	30
FRA	73	59	14	59	14		
IAEA	2.403	1.845	558	1.204	55	641	503
ICMPD	94	62	32	62	27		5
ICPDR	15	10	5	7	2	3	3
IIASA	354	272	82	239	45	33	37
IOM	33	14	19	1	1	13	18
JVI	22	16	6	8	3	8	3
OFID	142	80	62	67	10	13	52
OPEC	137	79	58	58	19	21	39
OSCE	356	274	82	152	8	122	74
PSAC[1)]	8	6	2	6	2		
UNIDO	709	505	204	261	15	244	189
UNOV	909	697	212	311	17	386	195
WA	13	11	2	8	–	3	2
Gesamt	**5.641**	**4.216**	**1.425**	**2.640**	**233**	**1.576**	**1.192**
davon **Frauen**	**2.524**	1.745	779	810	84	935	695
Männer	**3.117**	2.471	646	1.830	149	641	597

[1)] PSAC neu aufgenommen, Sitz in Innsbruck
Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2010

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		gesamt	darunter aus Österreich
CTBTO	238	3.962	2.533
ECO	62	1.860	558
EPO	67	898	469
FRA	39	4.826	3.194
IAEA	3.376	12.608	184
ICMPD	11	167	57
ICPDR	17	370	79
IIASA	162	675	167
IOM	7	592	
JVI	540	1.937[2)]	–
OFID	25	132[2)]	–
OPEC	43	1.283[2)]	–
OSCE	210	60.000	44.000
PSAC[1)]	10	200	
UNIDO	101	3.066	1.170
UNOV	1.061	26.713	16.172
WA	58	1.603[2)]	–
Gesamt	**6.027**	**120.892**	**68.583**

[1)] PSAC neu aufgenommen, Sitz in Innsbruck
[2)] Einschließlich ÖsterreicherInnen
Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Magistrat der Stadt Wien

V. Diplomatische Akademie Wien

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien **(DA)** ist die älteste Diplomatenschule Europas. Sie wurde nach ihrer Schließung während des 2. Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

Den **46. Diplomlehrgang** haben Ende Juni 31 TeilnehmerInnen erfolgreich abgeschlossen, darunter 17 ÖsterreicherInnen. Der **47. Diplomlehrgang** hat 32 TeilnehmerInnen, davon 20 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der **13. Master of Advanced International Studies (MAIS)-Lehrgang,** der gemeinsam mit der Universität Wien durchgeführt wird, wurde von 42 TeilnehmerInnen erfolgreich abgeschlossen. In den 55 TeilnehmerInnen umfassenden **14. MAIS-Lehrgang** stiegen 48 KandidatInnen aus dem ersten Jahr auf, zwei TeilnehmerInnen aus dem vorjährigen Diplomlehrgang und fünf Externe wurden direkt in das zweite MAIS-Jahr aufgenommen. Der **15. MAIS-Lehrgang** hat 47 TeilnehmerInnen. Der **2. Lehrgang „Master of Science in Environmental Technology and International Affairs" (ETIA)**, der gemeinsam mit der Technischen Universität Wien durchgeführt wird, wurde von 15 TeilnehmerInnen erfolgreich abgeschlossen, davon neun ÖsterreicherInnen. Der **3. ETIA-Lehrgang** hat 22 TeilnehmerInnen, sieben davon aus Österreich. Der **4. ETIA-Lehrgang** hat 18 TeilnehmerInnen.

Im Studienjahr **2010/11** studieren insgesamt **152 StudentInnen aus 48 Ländern** an der DA.

Im Rahmen des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** (Executive Training Programmes) wurden Seminare für die Wirtschaftskammer Österreich, für das Energy Community Secretariat, die Parlamentsdirektion/Internationaler Dienst im Österreichischen Parlament sowie Trainingsmodule für Administrationskräfte in Serbien und Montenegro durchgeführt. Darüber hinaus fanden Spezialkurse für DiplomatInnen und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus folgenden Ländern bzw. Ländergruppen statt: Kasachstan, Ost- und Südosteuropa, Südkaukasus und Karibik sowie erstmalig Naher Osten.

Weiters wurden **Sommerschulen** für das European Studies Institute der MGIMO Universität (Moskau) und die Freie Universität Brüssel organisiert.

Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 50 TeilnehmerInnen aus 24 Ländern besucht.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** fanden rund 100 öffentliche Veranstaltungen statt, darunter Vorträge und Podiumsdiskussionen mit den Außenministern Brasiliens, Luxemburgs und der Slowakei, den Generalsekretären der OSZE und der Organisation der islamischen Konferenz und dem Greffier des Internationalen Gerichtshofs. Zudem sprachen EU-Kommissar Johannes Hahn und der internationale Diplomat und ehemalige Außenminister

Lakhdar Brahimi. Konferenzen hatten unter anderem „Ballistic Missile Defense“, „Nuclear Proliferation“ und einen Blick auf die lateinamerikanischen Staaten, die 2010 ihre 200-jährige Unabhängigkeit feierten, sowie den Kampf gegen den Menschenhandel zum Thema. Das Milton-Wolf-Seminar on Media and Diplomacy befasste sich mit „New Media, New Newsmakers, New Public Diplomacy“ und das jährliche Seminar des International Peace Institute mit „UN Peacekeeping in the 21st century: Partnerships for Peace“.

Das 38. Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) fand im September auf Einladung der DiploFoundation und Mediterranean Academy of Diplomatic Studies in Malta statt und wurde von 75 TeilnehmerInnen aus mehr als 40 Ländern besucht.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien** wurde ein **Favorita Paper** zum Thema „The UN Security Council and the Responsibility to Protect. Policy, Process, and Practice. 39th IPI Vienna Seminar“ herausgegeben.

VI. Österreich in internationalen Organisationen

Die nachfolgende Übersicht enthält Informationen über finanzielle Beiträge Österreichs zu wichtigen internationalen Organisationen und multilateralen Foren einschließlich internationaler Finanzinstitutionen sowie zur Entsendung von Personal für friedenserhaltende Operationen.

Stand: 31. Dezember 2010

1. Mitgliedschaften

A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems: 52,271 Millionen Euro[1)]

A.1. Vereinte Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
VN	VN-SR:	0,851 %	14,906
New York, Genf, Wien, Nairobi	1973/74 1991/92		
Ban Ki-moon (Republik Korea)	2009/10		
seit 2007	ECOSOC:		
	1963/65 1976/78		
	1982/84 1991/93		
	2000/02 2006/08		
Gesamt			**14,906**

A.2. Programme, Fonds und Organe der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
DPKO		freiw. Beitr.	0,200
New York			
Alain Le Roy (Frankreich) seit 2008			
UN Mine Action Service			

1) In diesem Betrag sind Beiträge an die internationalen Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe Kapitel VI.1.D.) in der Höhe von 2,903 Millionen Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe Kapitel VI.2.A.) in der Höhe von 59,399 Millionen Euro nicht enthalten. Soweit nichts anderes angegeben, handelt es sich bei den unter Teil A angeführten Beiträgen um solche des BMeiA.

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
Joint UN Programme on HIV/AIDS Genf Michel Sidibé (Mali) seit 2009		freiw. Beitr.	0,100
OCHA Genf und New York Valerie Amos (GB) seit 2010		freiw. Beitr.	0,110
OLA New York Patricia O'Brien (Irland) seit 2008 Treuhandfonds zur Unterstützung des Völkerrechts, Audiovisuelle Bibliothek für Völkerrecht		freiw. Beitr.	0,019
UNCDF New York David Morrison (Kanada) seit 2008	1968-1970 1972-1974 1997-1999	freiw. Beitr.	1,560
UNCITRAL Wien Renaud Sorieul (Frankreich, seit 2008) Reisefonds	1971-1989 1992-2016	freiw. Beitrag	0,005
UNDP New York Helen Clark (Neuseeland) seit 2009	1972-1974 1997-1999 2009-2011	freiw. Beitr.	6,473
UNEP Nairobi Achim Steiner (Deutschland) seit 2006	1973-1974 1978-1980 1984-1986 1990-1993 1997-1999 2006-2009	freiw. Beitr.	0,400 BMLFUW
Umwelt-Konventionen bzw. Organisationen			
Aarhus Übereinkommen		freiw. Beitr.	0,010 BMLFUW

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
Aarhus Übereinkommen – PRTR Protokoll		freiw. Beitr.	0,002 BMLFUW
Basler Übereinkommen		1,110 %	0,034 BMLFUW
CBD		1,092 %	0,088 BMLFUW
CBD – Protokoll über biologische Sicherheit		1,257 %	0,020 BMLFUW
CITES		0,889 %	0,032 BMLFUW
Espoo Übereinkommen		freiw. Beitr.	0,005 BMLFUW
Helsinki Übereinkommen		freiw. Beitr.	0,004 BMLFUW
IUCN World Conservation Union		freiw. Beitr.	0,300
Montreal Protokoll, Multilateraler Fonds		1,077 %	0,943 BMLFUW
Rotterdam Übereinkommen		1,140 %	0,016 BMLFUW
Ramsar Übereinkommen		0,904 %	0,030 BMLFUW
SAICM		freiw. Beitr.	0,050 BMLFUW
Stockholm Übereinkommen		1,267 %	0,036 BMLFUW
UNCCD	seit 2009	0,859 %	0,066

Organisation Sitz Leiter		Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
UNFCCC	Kernbudget		0,865 %	0,109
	Kyoto Protokoll		1,121 %	0,082
	International Transaction Log (ITL)		1,562 %	0,045
				alles BMLFUW
Wiener Übereinkommen und Montreal-Protokoll (Sekretariat)			0,884 %	0,037 BMLFUW
UNFPA		1968–1970	freiw. Beitr.	1,700
New York		1972–1974		
Exekutivdirektorin Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001		1997-1999		
UNHCR		seit 1951	freiw. Beitr.	0,590
Genf				
António Guterres (Portugal) seit 2005				
UNICEF		1981-1984	freiw. Beitr.	2,386
New York		2004-2006		
Anthony Lake (USA) seit 2010				
UNIDO		2005-2009	0,851 %	0,699
Wien			freiw. Beitr.	1,100
Kandeh Yumkella (Sierra Leone) seit 2005				
UN Industrial Development Fund				
UNIFEM (UN WOMEN)		1968-1970	freiw. Beitr.	0,600
New York		1972-1974		
Inés Alberdi (Spanien) seit 2008		1997-1999		
UNODA			freiw. Beitrag	0,100
New York				
Sergio de Queiroz Duarte (Brasilien) seit 2007				

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
UNODC			
Wien			
Yury Fedotov (Russland) seit 2010			
UNDCP-Fonds		freiw. Beitr.	0,398
CPCJ-Fonds		freiw. Beitr.	0,220
Erweitertes Weltraumprogramm		freiw. Beitr.	0,050
UNRWA		freiw. Beitr.	0,740
Gaza			
Filippo Grandi (Italien) seit 2010			
UNV		freiw. Beitr.	0,080
Bonn			
Flavia Pansieri (Italien) seit 2008			
VN Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer		freiw. Beitr.	0,005
Gesamt			**19,444**

A.3. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
FAO	1961-1964	0,891 %	3,000
Rom	1983-1986		BMLFUW
Jacques Diouf (Senegal) seit 1994	1999-2001		
ICAO	2005-2007	0,710 %	0,370
Montreal			BMVIT
Raymond Benjamin (Frankreich) seit 2009			
ILO	2008-2011	0,888 %	2,752
Genf			BMASK
Juan Somavía (Chile) seit **1999**			

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
IMO		0,09 %	0,029
London			BMVIT
Efthimios Mitropoulos (Griechenland) seit 2004			
ITU		0,188 %	0,25
Genf			BMVIT
Hamadoun Touré (Mali) seit 2006			
UNESCO	1972-1976	0,851 %	2,263
Paris	1995-1999		
Irina Bokova (Bulgarien) seit 2009			
Welterbefonds		0,887 %	0,027 BMUKK
ICCROM		0,457 %	0,033 BMUKK
IKE-Fonds		Pflichtbeitr.	0,020 BMUKK
ICOMOS		freiw. Beitr.	0,011 BMUKK
UPU	1964-1974	0,520 %	0,12
Bern			BMVIT/ POST AG
Edouard Dayan (Frankreich) seit 2005			
UNWTO	1987-1991	1,770 %	0,199
Madrid			BMWFJ
Taleb D. Rifai (Jordanien) seit 2010			
WHO	1970-1972	0,851%	3,032
Genf	1989-1991		BMG
Margaret Chan (China) seit 2007			
WIPO		0,11 %	0,229
Genf			BMVIT
Francis Gurry (Australien) seit 2008			BMJ

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
WMO Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		0,870 %	0,370 BMF
Gesamt			**12,705**

A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro
CERF Verwaltet von OCHA		freiw. Beitr.	0,300
CTBTO-PrepCom		0,899 %	0,867
Wien		freiw. Beitr.	0,020
Tibor Tóth (Ungarn) seit 2005 LDC Konferenzunterstützung			
Fonds für Folteropfer sowie Vermittlung von Menschenrechten Verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,450
IAEO	1977-1979	0,873 %	3,047
Wien	1983-1985		
Yukiya Amano (Japan) seit Dezember 2009	1990-1992 1999-2001 2006-2008		
ISA		1,159 %	0,046
Kingston			BMWFJ
Nii Allotey Odunton (Ghana) seit 2009			
OPCW	2008-2010	0,791 %	0,486
Den Haag Ahmed Üzümcü (Türkei) seit 2010			
Gesamt			**5,216**

B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 10,854 Mio. Euro

B.1. Intergouvernmentale Institutionen und Entitäten

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
Energy Charter	1,46%	0,066	BMWFJ
Brüssel			
André Mernier (Belgien) seit 2006			
Haager Konferenz für internationales Privatrecht	0,86 %	0,031	BMJ
	freiw. Beitrag	0,003	BMeiA
Den Haag			
Hans van Loon (Niederlande) seit 1996			
ICMPD	13,02%	0,088	BMI
Wien	freiw. Beitrag	0,200	BMI
Peter Widermann (Österreich) seit 2010			
IEA	1,070 %	0,227	BKA
Paris			
Nobuo Tanaka (Japan) seit 2007			
IEF	freiw. Beitr.	0,011	BMWFJ
Riyadh			
Noé van Hulst (Niederlande) seit 2008			
Interpol	1,89 %	0,920	BMI
Lyon			
Ronald Noble (USA) seit 2000			
IOM	0,947 %	0,247	BMI
Genf	freiw. Beitr.	0,342	BMI
William Lacy Swing (USA) seit 2008			
ITF	4,000 %	0,015	BMeiA
Berlin		0,015	BMUKK
Kathrin Meyer (Deutschland) seit 2008			
IWC	1,488 %	0,027	BMLFUW
Cambridge (Großbritannien)			
Simon Brockington (Großbritannien) seit 2010			

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
OECD Paris Angel Gurria (Mexiko) seit 2006	1,248 %	3,650	BKA
Regional Cooperation Council Sarajevo Hido Biščević (Kroatien) seit 2008	freiw. Beitr.	0,114	BMeiA
UNIDROIT Rom Berardino Libonati (Italien) seit 1995	1,147 %	0,026	BMJ
Wassenaar Arrangement Wien Sune Danielsson (Schweden) seit 2002	0,920 %	0,016	BMeiA
WTO Genf Pascal Lamy (Frankreich) seit 2005	1,234 %	1,639	BMWFJ
Gesamt		**7,637**	

B.2. Netzwerke sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
ASEF Singapur Dominique Girard (Frankreich) seit 2008	freiw. Beitr.	0,053	BMeiA
IIASA Laxenburg Detlof von Winterfeldt (USA) seit 2009	3,8 %	0,648	BMWF
IKRK Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,650	BMeiA

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
DCAF Genf International Security Sector Reform Advisory Team	freiw. Beitr.	0,070	BMeiA
JPO	freiw. Beitr.	1,737	BMeiA
MOPAN	freiw. Beitr.	0,059	BMeiA
Gesamt		**3,217**	

C. Europa

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
CEI Triest Gerhard Pfanzelter (Österreich) seit 2010	21,177 %	0,079	BMeiA
CERN Genf Rolf-Dieter Heuer (Deutschland) seit 2009	2,251 %	17,919	BMWF
Donaukommission Budapest István Valkár (Ungarn) seit 2007	9,090 %	0,284	BMeiA
Energy Community Wien Slavtcho Neykov (Bulgarien) seit 2006	freiw. Beitr.	0,152	BMWFJ
EU[1)] Brüssel			BMF

1 Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts standen noch keine Informationen über die Beiträge Österreichs zum EU-Haushalt zur Verfügung. Diese Zahlen können – sobald veröffentlicht – auf der Homepage des BMF unter https://www.bmf.gv.at/Budget/Budgetangelegenheit_505/BMFBerichtzumEU-Budget/ eingesehen werden. Der Finanzbericht über den EU Haushalt 2010 kann – sobald veröffentlicht – unter http://ec.europa.eu/budget/biblio/publications/publications_de.cfm eingesehen werden.

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
Europarat	1,780 %	4,518	BMeiA
Strassburg			
Thorbjørn Jagland (Norwegen) seit 2009			
ESA	1,821 %	50,600	BMVIT
Paris			
Jean-Jaques Dordain (Frankreich) seit 2003			
EU ATHENA	2,289 %	0,422	BMeiA
Brüssel			
Hans Gilbers seit 2010			
EUMETSAT	2,084 %	4,553	BMVIT
Darmstadt			
Lars Prahm (Dänemark) seit 2004			
EUREKA	1,90 %	0,052	BMWFJ,
Brüssel			WKÖ
Luuk Borg (Niederlande) seit 2007			
EU SATCEN	2,314 %	0,077	BMeiA
Madrid		0,077	BKA
Tomaz Lovrencic (Slowenien) seit 2009		0,077	BMLVS
		0,077	BMI
IKSD	9,112 %	0,096	BMLFUW
Wien			
Philip Weller (Großbritannien) seit 2003			
IKSR	freiw. Beitr.	0,006	BMLFUW
Koblenz			
Ben van de Wetering (Niederlande) seit 2007			
EU ISS	2,314 %	0,025	BMeiA
Paris		0,025	BKA
Alvaro de Vasconcelos (Portugal) seit 2007		0,025	BMLVS
		0,025	BMI

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
Karpatenkonvention Wien (interimistisch) Harald Egerer (Österreich)	freiw. Beitr.	0,050	BMLFUW
LRTAP Übereinkommen Genf Marco Keiner (Deutschland) seit 2008	2,013 % freiw. Beitr.	0,035 0,030	BMLFUW BMLFUW
OSZE Wien Vorsitz 2010: Kasachstan Leiter: Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich) seit 2005	2,51 % für Sekretariat und Institutionen bzw. 2,16 % für Feldmissionen	3,113 (Pflichtbeitrag) 0,091 (Wahlbeobachter) 0,305 (Projekte) 0,530 (Sekundierung)	BMeiA
Gesamt		**83,243**	

D. Internationale Gerichts- und Schiedshöfe

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
ICTR Arusha Dennis Byron (St. Kitts und Nevis) seit 2007	0,851 %	0,686	BMeiA
ICTY Den Haag Patrick Lipton Robinson (Jamaika) seit 2008	0,851 %	0,855	BMeiA
Khmer Rouge Tribunal Phnom Penh Kong Srim (Kambodscha) seit 2007	freiw. Beitr.	0,030	BMeiA

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2010 in Mio. Euro	Ressort
ISt GH	1,320 %	1,122	BMeiA
Den Haag	freiw. Beitr.	0,040	BmeiA
Sang-Hyun Song (Republik Korea) seit 2009			
Treuhandfonds für Opfer, Koalition			
ITLOS	1,184 %	0,090	BMWFJ
Hamburg			
José Luis Jesus (Kap Verde) seit 2008			
SCSL	freiw. Beitr.	0,075	BMeiA
Freetown			
Jon Kamanda (Sierra Leone) seit 2009			
Ständiger Schiedshof	0,646 %	0,005	BMeiA
Den Haag			
Christiaan M.J. Kröner (Niederlande) seit 2008			
Gesamt		**2,903**	

E. Internationale Finanzinstitutionen

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2010 in Mio. Euro***	Ressort
ADB	2001-2004	0,310 %	153,259	BMF
Manila	2008-2016			
Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004				
AfDB	2005–2008	0,445 %	116,931	BMF
Tunis (temporär)	2009–2013			
Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2014–2017			

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2010 in Mio. Euro***	Ressort
AfDF Tunis (temporär) Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2008–2010 2013–2014 (non-resident)	1,585 %	358,282	BMF
CFC Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	ständig (non-resident)	1,252 %	2,058	BMF
CGIAR** Washington D.C. Katherine Sierra (USA) seit 2006		0,409 %	31,049	BMF
EBRD London Thomas Mirow (Deutschland) seit 2008	ständig	2,280 %	456,000	BMF
EDF Brüssel		2,540 %	1.252,596	BMF
EIB Luxemburg Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,225 %	5.170,733	BMF
GEF Washington D.C. Monique Barbut (Frankreich) seit 2006	ständig	1,408 %	107,330	BMF
IBRD* Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,703 %	1.087,605	BMF

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2010 in Mio. Euro***	Ressort
IDA*	ständig	0,984 %	1.549,768	BMF
Washington D.C.				
Robert B. Zoellick (USA) seit 2007				
IDB	2003-2010	0,153 %	130,868	BMF
Washington D.C.				
Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005				
IFAD*	2009-2011	0,977 %	45,225	BMF
Rom				
Kanayo Nwanze (Nigeria) seit 2009				
IFC*	ständig	0,833 %	16,088	BMF
Washington D.C.				
Robert B. Zoellick (USA) seit 2007				
IIC	2004-2006	0,489 %	2,812	BMF
Washington D.C.				
Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005				
IMF*	ständig	0,861 %	2.255,373	OeNB
Washington D.C.				
Dominique Strauss-Kahn (Frankreich) seit 2007				
MIGA**	ständig	0,778 %	12,045	BMF
Washington D.C.				
Robert B. Zoellick (USA) seit 2007				
Gesamt			**12.748,022**	

* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

** Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

*** Daten zum Stichtag der jeweils letztbeschlossenen Bilanz

2. Friedenserhaltende Missionen

A. Finanzielle Beitragsleistungen

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2010 in Mio. Euro
MINURSO	0,851 %	0,489
MINURCAT	0,851 %	3,327
MINUSTAH	0,851 %	5,213
MONUC	0,851 %	8,738
UNAMID	0,851 %	17,159
UNDOF	0,851 %	0,294
UNFICYP	0,851 %	0,189
UNIFIL	0,851 %	4,545
UNMIK	0,851 %	0,179
UNMIL	0,851 %	5,107
UNMIS	0,851 %	8,236
UNMIT	0,851 %	1,526
UNOCI	0,851 %	3,218
UNOMIG	0,851 %	0,002
UNSOA	0,851 %	1,177
Gesamt		**59,399**

B. Entsendung von Personal

Seit 1960 war Österreich an mehr als 50 Missionen der VN, EU, NATO/PfP und OSZE beteiligt. Die Rekrutierung von Personal erfolgte durch das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das Bundesministerium für Inneres (PolizistInnen), das Bundesministerium für Justiz (RichterInnen, StaatsanwältInnen und Justizwache), das Bundesministerium für Finanzen (SanktionenmonitorInnen), das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen), sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2010 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchststärke
EUFOR Althea	seit 2004	356 SoldatInnen
EULEX Kosovo	seit 2008	22 PolizistInnen
		2 RichterInnen
		4 Justizwachen
		2 ExpertInnen
EUMM Georgia	seit 2008	3 PolizistInnen
		1 ExpertIn
		4 Offiziere
EUPM	seit 2003	5 PolizistInnen
EUPOL Afghanistan	seit Oktober 2010	5 PolizistInnen
EUPOL COPPS	seit 2006	2 PolizistInnen
EUSEC RD Congo	seit 2007	2 Stabsoffiziere
ICTY	seit 1998 (bis Mai 2010)	1 Justizwache
ISAF	seit 2004	3 Stabsoffiziere
KFOR	seit 1999	472 SoldatInnen
MINURCAT	seit März 2009 (bis März 2010)	3 SoldatInnen
MINURSO	seit 1991	2 MilitärbeobachterInnen
OSZE	Feldoperationen	28 ExpertInnen
	Wahlbeobachtungen	46 ExpertInnen
RACVIAC	seit 1999	1 Experte
UNDOF	seit 1974	409 SoldatInnen
UNFICYP	seit 1972	5 Stabsoffiziere
UNMIN	seit 2007	2 MilitärbeobachterInnen
UNTSO	seit 1967	8 MilitärbeobachterInnen

VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

Stand: 31. Dezember 2010

1. Hauptausschuss des Nationalrates (26 Mitglieder)

Obfrau:	Prammer Barbara, Mag.
Obfraustellvertreter:	Neugebauer Fritz Graf Martin, Mag. Dr.
SchriftführerInnen:	Schittenhelm Dorothea Hagenhofer Marianne Rosenkranz Walter, Dr.
	Mitglieder
SPÖ: (8)	Cap Josef, Dr. Csörgits Renate Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Krainer Kai Jan Muttonen Christine, Mag. Prähauser Stefan Prammer Barbara, Mag.
ÖVP: (8)	Bartenstein Martin, Dr. Donabauer Karl Kopf Karlheinz Molterer Wilhelm, Mag. Neugebauer Fritz Plassnik Ursula, Dr. Schittenhelm Dorothea Schüssel Wolfgang, Dr.
FPÖ: (5)	Fichtenbauer Peter, Dr. Graf Martin, Mag. Dr. Hübner Johannes, Dr. Rosenkranz Walter, Dr. Strache Heinz-Christian
GRÜNE: (3)	Glawischnig-Piesczek Eva, Dr. Steinhauser Albert, Mag. Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.
BZÖ: (2)	Bucher Josef Stadler Ewald, Mag.

2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates (26 Mitglieder)

Obmann:	Cap Josef, Dr.
Obmannstellvertreter:	Schüssel Wolfgang, Dr. Van der Bellen Alexander, Univ. Prof. Dr. Hübner Johannes, Dr. Scheibner Herbert
SchriftführerInnen:	Großruck Wolfgang Schwentner Judith, Mag. Muttonen Christine, Mag.

	Mitglieder:	**Ersatzmitglieder:**
SPÖ: (8)	Bayr Petra	Csörgits Renate
	Cap Josef, Dr.	Hakel Elisabeth
	Gartlehner Kurt, Ing.	Hell Johann
	Hagenhofer Marianne	Krist Hermann
	Heinzl Anton	Matznetter Christoph, Dr.
	Muttonen Christine, Mag.	Rudas Laura, Mag.
	Weninger Hannes	
	Wurm Gisela, Mag.	Wittmann Peter, Dr.
ÖVP: (8)	Amon Werner, MBA	Donabauer Karl
	Cortolezis-Schlager Katharina, Mag.	Donnerbauer Heribert, Mag.
	Glaser Franz	Fuhrmann Silvia, Mag.
	Großruck Wolfgang	Klikovits Oswald
	Hakl Karin, Mag.	Maier Ferdinand, Dr.
	Neugebauer Fritz	Pack Jochen
	Plassnik Ursula, Dr.	Schittenhelm Dorothea
	Schüssel Wolfgang, Dr.	Schönegger Bernd, Mag.
FPÖ: (5)	Fichtenbauer Peter, Dr.	Hackl Heinz-Peter, Ing.
	Hübner Johannes, Dr.	Haider Roman, Mag.
	Karlsböck Andreas, Dr.	Königshofer Werner, DDr.
	Neubauer Werner	Strutz Martin, Dr.
	Vilimsky Harald	Unterreiner Heidemarie, Mag.
GRÜNE: (3)	Pilz Peter, Dr.	Korun Alev, Mag.
	Schwentner Judith, Mag.	Lichtenecker Ruperta, Dr.
	Van der Bellen Alexander, Univ. Prof. Dr.	Schatz Birgit, Mag.
BZÖ: (2)	Scheibner Herbert	Hagen Christoph
	Stadler Ewald, Mag.	Huber Gerhard

3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (16 Mitglieder)

Obmann:	Neugebauer Fritz
ObmannstellvertreterIn:	Muttonen Christine, Mag. Stadler Ewald, Mag. Hagenhofer Marianne
Schriftführer:	Haberzettl Wilhelm Donabauer Karl Hübner Johannes, Dr.

	Mitglieder:	**Ersatzmitglieder:**
SPÖ: (5)	Cap Josef, Dr. Muttonen Christine, Mag. Haberzettl Wilhelm Hagenhofer Marianne Weninger Hannes	Bayr Petra Lohfeyer Rosa, Mag. Kirchgatterer Franz Wittmann Peter, Dr.
ÖVP: (5)	Donabauer Karl Plassnik Ursula, Dr. Schüssel Wolfgang, Dr. Neugebauer Fritz Kopf Karlheinz	Grillitsch Fritz Hakl Karin, Mag. Bartenstein Martin, Dr. Großruck Wolfgang Amon Werner, MBA
FPÖ: (3)	Hübner Johannes, Dr. Strutz Martin, Dr. Stefan Harald, Mag.	Fichtenbauer Peter, Dr. Vilimsky Harald Winter Susanne, Dr.
GRÜNE: (2)	Brunner Christiane, Mag. Van der Bellen Alexander, Univ. Prof. Dr.	Pirklhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr. Schatz Birgit, Mag.
BZÖ: (1)	Stadler Ewald, Mag.	Scheibner Herbert

4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (10 Mitglieder)

Vorsitzender:	Günther Köberl
Vorsitzender-StellvertreterInnen:	. . . . . . Greiderer Elisabeth
SchriftführerInnen:	. . . . . . Rausch Bettina, Mag.

	Mitglieder:	**Ersatzmitglieder:**
ÖVP: (5)	Greiderer Elisabeth Himmer Harald, Mag Kainz Christoph Köberl Günther Rausch Bettina, Mag.	Keuschnigg Georg Kneifel Gottfried Perhab Franz Strohmayer-Dangl Kurt Winzig Angelika, Dr.

SPÖ: (4)	Boden Karl	Grimling Elisabeth
	Duzdar Muna, Mag.	Gruber Manfred
	Lindinger Ewald	Köberl Johanna
	Schennach Stefan	Konrad Klaus
FPÖ: (1)	Mühlwert Monika	Michalke Cornelia

5. EU-Ausschuss des Bundesrates (14 Mitglieder)

Vorsitzender:	Keuschnigg Georg
Vorsitzender-StellvertreterIn:	Schennach Stefan Winzig Angelika
Schriftführer:	Lindinger Ewald Perhab Franz

	Mitglieder:	**Ersatzmitglieder:**
ÖVP: (7)	Brunner Magnus, Dr., LL.M.	Köberl Günther
	Hensler Friedrich	Mayer Edgar
	Keuschnigg Georg	Rausch Bettina, Mag.
	Perhab Franz	Reisinger Friedrich
	Steinkogler Josef	Temmel Walter
	Winzig Angelika, Dr.	Tiefnig Ferdinand
	Zwazl Sonja	. . . . .
SPÖ: (5)	Blatnik Ana	Boden Karl
	Lindinger Ewald	Füller Christian
	Neuwirth Susanne, Mag.	Klug Gerald
	Schennach Stefan	Köberl Johanna
	Todt Reinhard	Stadler Werner
FPÖ: (1)	Michalke Cornelia	Ertl Johann
	Mühlwert Monika	Pisec Reinhard, Mag.

6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats (6 Mitglieder)

Ordentliche Mitglieder:

Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), Delegationsleiterin
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP) Stellv. Delegationsleiter
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Graf Martin, Dr.	Dritter Präsident des Nationalrates (FPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

Ersatzmitglieder:

Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Ablinger Sonja	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Hakl Karin, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hagen Christoph	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

7. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung der OSZE (6 Mitglieder, 1 Ersatzmitglied)

Stand: Mai 2010

Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ), Delegationsleiterin
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Neubauer Werner	Abgeordneter um Nationalrat (FPÖ)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Spadiut Wolfgang, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Ersatzmitglied

Van der Bellen Alexander, Univ.-Prof. Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

8. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments (17 Mitglieder, alphabetische Reihenfolge)

Stand: 31. Dezember 2010

Ehrenhauser Martin, Mag.	Fraktionslos
Kadenbach Karin	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Karas Othmar, Mag.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, Stv. Vorsitzender und Schatzmeister
Köstinger Elisabeth	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Leichtfried Jörg, Mag.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Lichtenberger Evelin, Dr.	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Stv. Vorsitzende
Lunacek Ulrike, Mag.	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
Martin Hans-Peter, Dr.	Fraktionslos
Mölzer Andreas	Fraktionslos
Obermayr Franz, Mag.	Fraktionslos
Ranner Hella, Mag. Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Regner Evelyn; Mag.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Rübig Paul, Ing. Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Seeber Richard, Mag. Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
Strasser Ernst, Dr.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, Delegationsleiter der ÖVP
Swoboda Hannes, Dr.	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Stv. Vorsitzender, Delegationsleiter der SPÖ
Werthmann Angelika, Mag.	Fraktionslos

9. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik (32 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2009

Mitglieder:

Spindelegger Michael, Dr.	Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Vorsitzender
Wrabetz Bernhard, Botschafter Mag.	Vertreter des Bundeskanzlers
Berka Sigrid, Botschafterin Mag.	Vertreterin des Vizekanzlers
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport
Cap Josef, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ)
Grossmann Elisabeth, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Hagenhofer Marianne	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Albrecht Konecny, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP)
Plassnik Ursula, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Schüssel Wolfgang, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Vilimsky Harald	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Van der Bellen Alexander, Univ. Prof. Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Schwentner Judith, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Schennach Stefan	Mitglied des Bundesrates (GRÜNE)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Stadler Ewald, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Dolinschek Sigisbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Platter Günther	Landeshauptmann von Tirol
Brauner Renate, Mag.	Landeshauptmann-Stellvertreterin von Wien, Vizebürgermeisterin

Prior Walter	Präsident des Burgenländischen Landtages
Bernhofer Friedrich	Präsident des Oberösterreichischen Landtages
Leitl Christoph, Dr.	Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
Tumpel Herbert, Mag.	Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Wlodkowski Gerhard, ÖkR	Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern
Katzian Wolfgang	Österreichischer Gewerkschaftsbund
Koits Peter, Dr.	Österreichischer Städtebund, Bürgermeister von Wels
Riedl Alfred, Mag.	Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister von Grafenwörth

Ersatzmitglieder:

Bayr Petra	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Lapp Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Weninger Hannes	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Haberzettl Wilhelm	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Glaser Franz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Spiegelfeld-Schneeburg Georg, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Mühlwerth Monika	Mitglied des Bundesrates (FPÖ)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Neubauer Werner	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Lichtenecker Ruperta, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Schatz Birgit, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Hagen Christoph	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Linder Maximilian	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Darmann Gernot, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Beobachter:

Kloss Alfons, Botschafter Dr.	Vertreter der Präsidentschaftskanzlei

10. Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates

Stand: Oktober 2010

Stimmberechtigte Mitglieder:

Faymann Werner	Bundeskanzler
Pröll Josef, Dipl.-Ing.	Vizekanzler
Spindelegger Michael, Dr.	Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
Darabos Norbert, Mag.	Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
Fekter Maria, Dr.	Bundesministerin für Inneres
Bandion-Ortner Claudia, Mag.	Bundesministerin für Justiz
Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ)
Cap Josef, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Franz Glaser	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Hornek Erwin	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Pack Jochen	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Schüssel Wolfgang, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Strache Heinz-Christian	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Van der Bellen Alexander, Univ. Prof. Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Windbüchler-Souschill Tanja	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Westenthaler Peter, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

Mitglieder mit beratender Stimme:

Pröll Erwin, Dr.	Landeshauptmann von Niederösterreich, Vertreter der Landeshauptleutekonferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr.	Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei

Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Entacher Edmund, General	Generalstabschef
Anderl Herbert, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Meindl Jürgen, Botschafter Mag.	Bundeskanzleramt
Berka Sigrid, Botschafterin Mag.	Büro Vizekanzler
Lehne Stefan, Botschafter Dr.	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Ersatzmitglieder:

Heinzl Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Lapp Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Pendl Otto	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Weninger Hannes	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Grillitsch Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Haubner Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kapeller Norbert, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Vilimsky Harald	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Mayerhofer Leopold	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Weinzinger Lutz	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Schatz Birgit, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Steinhauser Albert, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Stadler Ewald, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Bucher Josef	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Petzner Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)

VIII. Österreich in Zahlen von 1950 bis 2010

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2009	2010
Bevölkerungsstand in 1.000	6.934[6)]	7.492[7)]	7.678	8.012	8.363	8.375
Frauen in 1.000	3.717[6)]	3.958[7)]	4.002	4.137	4.290	4.296
Männer in 1.000	3.217[6)]	3.534[7)]	3.676	3.875	4.073	4.079
Ausländeranteil in % [1)]	4,7[6)]	2,8[7)]	5,6	8,8	10,5	10,7
Frauen in %	49,5[6)]	39,4[7)]	44,6	47,3	49,2	49,4
Männer in %	50,5[6)]	60,6[7)]	55,4	52,7	50,8	50,6
Lebenserwartung der Frauen bei der Geburt	67,0	73,4	78,9	81,1	82,9[11)]	83,2
Lebenserwartung der Männer bei der Geburt	61,9	66,5	72,2	75,1	77,4[11)]	77,7
Geburtenbilanz	22.144	13.482	7.502	1.488	- 1.037	1.543
Wanderungsbilanz	.	10.406[8)]	58.562[8)]	17.272[8)]	9.349	27.695
Unselbständig Beschäftigte in 1.000 [2)]	1.947,0	2.485,6[9)]	2.901,8	3.198,5	3.532,3	3.532,9
Frauen in 1.000	.	898,3[9)]	1.166,9	1.410,4	1.684,6	1.684,3
Männer in 1.000	.	1.587,3[9)]	1.734,9	1.788,1	1.847,6	1.848,5
Teilzeitbeschäftigte in 1.000 [2)]	.	173,2[9)]	255,7	525,9	866,2	882,1
Frauen in 1.000	.	153,9[9)]	227,7	467,8	732,0	746,4
Männer in 1.000	.	19,3[9)]	28,1	58,1	134,2	135,8
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige, in Stunden[3)]	.	40,8	36,7	35,4	31,6	31,6
Arbeitslosenquote (national) in % [4)]	6,2	1,9	5,4	5,8	7,2	6,9
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise in Mrd. Euro [5)]	51,9	375,9	1813,5	207,5	276,9*)	284,0
jährliches Wirtschaftswachstum in %	12,4	7,1	4,7	3,4	-3,6	2,0
Offizielle Währungsreserven, in Mrd. Euro [5)]	.	47	138	18,9	12,5	16,7
Verbraucherpreisindex, 1966=100	47,9	115,0	298,6	375,4	446,5	454,5
Tariflohnindex, 1966=100	32,4	131,1	507,6	716,9	902,1	915,8
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	567,2	766,5	944,4	.	.
Wohnfläche pro Einwohner, in m²	.	21,4[10)]	32,1[10)]	37,5	42,9	43,3
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. Euro	.	-1,7	13,6	-5,4	6,3	9,0

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. = Keine Daten vorhanden. – [1)] Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit. – [2)] lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 1970 Mikrozensus. – [3)] in Haupttätigkeit, Mikrozensus Jahresdurchschnitte, Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätige. – [4)] AMS-Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). – [5)] vor 2000 in Mrd. Schilling. – [6)] Volkszählung 1951. – [7)] Volkszählung 1971. – [8)] errechneter Wanderungssaldo. – [9)] 1974. – [10)] Häuser- und Wohnungszählung 1971 bzw. 1991, Mikrozensus. – [11)] Ab 2009 wurden die Sterbefälle auch auf ausländischem Gebiet erfasst = Verringerung der Lebenserwartung. – *) vorläufig.

IX. Österreich im internationalen Vergleich

1. Bruttoinlandsprodukt

Länder	Bruttoinlands-produkt nominell in Mrd. Euro	Bruttoinlands-produkt je Einwohner in Euro[1)]	Anteil des Leistungsbilanzsaldos am Bruttoinlandsprodukt in %	
	2012[2)]	2009	2009	2010[2)]
Belgien	379,5	27.400	0,8	1,0
Bulgarien	35,9[3)]	10.400	.	.
Dänemark	254,3	28.400	3,6	4,4
Deutschland	2.671,3	27.400	5,6	5,1
Estland	16,1	15.000	.	.
Finnland	198,6	26.600	2,7	1,5
Frankreich	2.079,8	25.400	-2,0	-2,2
Griechenland	231,8	22.100	-11,0	-10,5
Großbritannien	1.867,4	26.500	-1,7	-2,2
Irland	162,9	29.800	-3,0	-0,3
Italien	1.642,0	24.400	-2,1	-3,3
Lettland	19,6	12.200	.	.
Litauen	30,3	12.900	.	.
Luxemburg	44,8	64.000	7,0	7,8
Malta	6,8	19.000	.	.
Niederlande	628,8	30.800	4,6	5,3
Österreich	300,9	29.300	2,9	3,2
Polen	411,5	14.300	.	.
Portugal	174,9	18.900	-10,3	-10,3
Rumänien	141,7	10.900	.	.
Schweden	410,3	28.000	7,0	6,8
Slowakei	74,4	17.200	.	.
Slowenien	38,8	20.700	.	.
Spanien	1.103,9	24.300	-5,5	-5,5
Tschechien	165,7	19.200	.	.
Ungarn	111,1	15.300	.	.
Zypern	19,2	23.200	.	.
EU 27	13.169,4	23.600	.	.
Norwegen	274,5[4) 3)]	56.140[6) 3)]	13,1	13,8
Schweiz	360,0[4) 3)]	44.819[6)]	11,5	12,6
Japan	4.330,3[4) 5) 3)]	32.477[6)]	2,8	3,4
USA	14.582,4[4) 5) 3)]	45.674[6)]	-2,7	-3,4
OECD	.	.	-0,5	-0,7

Quelle: Eurostat, OECD, WIFO. – 1) Zu laufenden Preisen und KKP. – 4) in Mrd. US-$.– 5) Schätzung. – 6) in US-$.– 2) Prognose. – 3) 2010. – Stand: 28.04.2011.

2. Außenhandel

Länder	Einfuhr[1])		Ausfuhr[2])		Exportanteile am BIP[3])	
	2008	2009	2008	2009	2009	2010
	in Mrd. US-$				in %	
Belgien	470,7	351,8	477,2	370,0	73,0	81,7
Bulgarien	37,0	23,5	22,5	16,4	47,5	57,8
Dänemark	109,8	82,1	115,6	92,2	47,9	50,5
Deutschland	1.204,2	938,0	1.466,1	1.127,5	40,8	45,9
Estland	16,0	10,1	12,5	9,0	64,7	78,3
Finnland	92,2	60,3	96,9	62,6	37,5	38,9
Frankreich	695,5	540,5	594,9	464,1	23,0	25,1
Griechenland	89,3	67,2	25,5	20,1	18,8*)	21,0
Großbritannien	636,0	481,8	459,3	351,3	28,0	29,5
Irland	84,1	62,2	126,9	116,0	90,7	102,9
Italien	553,2	410,0	539,6	404,2	23,8	26,8
Lettland	15,8	9,3	9,3	7,2	43,9	53,4
Litauen	31,1	18,3	23,8	16,5	54,6	68,2
Luxemburg	25,4	18,6	17,7	12,7	167,9	176,7
Malta	5,0	3,8	3,0	2,2	77,6	84,9
Niederlande	458,2	352,6	506,0	402,6	69,2	78,4
Österreich	175,4	136,4	172,8	131,4	50,5	55,3
Polen	204,9	149,7	168,7	136,8	39,5	41,5
Portugal	90,1	69,9	55,9	43,4	28,0	30,9
Rumänien	83,0	54,3	49,5	40,6	30,8	35,8
Schweden	167,3	119,9	183,9	131,1	48,4	49,9
Slowakei	74,0	54,8	71,0	55,5	70,6	80,9
Slowenien	34,0	23,9	28,6	22,3	58,1	63,4
Spanien	418,7	.	279,2	.	23,4	26,3
Tschechien	142,2	105,3	146,4	113,2	69,1	*75,3
Ungarn	106,4	78,0	107,5	84,6	77,4	86,5
Zypern	10,9	7,9	1,8	1,3	40,3	40,1
EU 27	5.989,0	4.446,0	5.722,0	4.383,0	36,6	40,3
Norwegen	94,5	68,1	177,6	119,6	42,4	41,9
Schweiz	183,6	155,4	200,8	172,5	51,7	54,2
Japan	762,5	562,0	781,4	580,7	12,6	15,2
USA	2.164,8	1.601,9	1.299,9	1.056,7	11,2	12,5

Quelle: OECD. – EUROSTAT. – 1) CIF (cost, insurance, freight). – 2) FOB (free on board). – 3) Waren- und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995. – *) = vorläufiger Wert bzw. Prognose. – Stand: 28.04.2011.

3. Bruttoinlandsausgaben für Umwelt, Bildung, Gesundheit

Länder	Anteil der Umweltschutzausgaben am BIP insg. und öffentlicher Sektor[1]		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP	
	insgesamt	dar. öffentl. Sektor[2]	1995	2007	1995	2008
			in %			
Belgien	2,06	0,48	.	6,0	8,5	11,1
Bulgarien	2,97	0,52	3,4	4,1	.	.
Dänemark	1,89	0,62	7,7	7,8	8,1	9,8[3]
Deutschland	1,95	0,32	4,6	4,5	10,1	10,5
Estland	2,95	0,16	5,9	4,9	.	6,1
Finnland	0,80	.	6,9	5,9	7,9	8,4
Frankreich	2,07	0,62	6,0	5,6	10,4	11,2
Griechenland	.	.	2,9	.	8,6	9,6[3]
Großbritannien	0,56	.	5,0	5,4	6,8	8,7
Irland	.	.	5,1	4,9	6,6	8,7
Italien	.	0,89	4,9	4,3	7,3	9,1
Lettland	.	.	6,2	5,0	4,2	7,5
Litauen	1,68	.	5,1	4,7	4,9	6,6
Luxemburg	0,77	0,42	4,3	3,2	5,6	6,8
Malta	.	1,57	.	.	.	7,7
Niederlande	2,23	1,58	5,1	5,3	8,3	9,9
Österreich	3,37	0,75	6,1	5,4	9,5	10,4
Polen	3,29	0,48	5,1	4,9	5,5	7,0
Portugal	1,54	0,57	5,4	5,3	7,8	.
Rumänien	.	0,57	.	4,3	2,9	4,8
Schweden	.	0,36	7,2	6,7	8,0	9,4
Slowakei	1,63	0,27	5,0	3,6	.	8,0
Slowenien	2,56	0,71	.	5,2	7,5	8,3
Spanien	2,12	0,31	4,7	4,4	7,4	9,0
Tschechien	2,75	0,38	.	4,2	7,0	7,1
Ungarn	1,98	0,25	5,4	5,2	7,3	7,3
Zypern	.	.	4,6	6,9	4,9	6,2
EU 27	.	.	.	5,0	.	.
Kroatien	1,85	0,02	.	.	.	.
Norwegen	.	0,65	7,4	6,8	7,9	8,5
Schweiz	.	.	.	5,2	9,6	10,7
Türkei	.	0,42	.	.	.	.
Japan	0,40	.	3,2	3,5	6,9	.
USA	.	.	4,6	5,3	13,6	16,0
OECD	0,60	.	.	.	7,7	8,8

Quelle: OECD, Eurostat. – 1) letztverfügbares Jahr (2008/2009). – 2) öffentliche Verwaltung. – 3) 2007. – Stand: 28.04.2011.

4. Bruttoinlandsausgaben für Verteidigung, Forschung & Entwicklung, Außenministerien

Länder	Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP		Anteil der Bruttoinlandsausgaben gaben für F & E am BIP		Anteil der Gesamtbudgets der Außenministerien am BIP
	1995	2009	1995	2009	2010
			in %		
Belgien	1,6	1,2	1,67	1,96 *)	0,56
Bulgarien	2,1	2,0	.	.	0,15
Dänemark	1,7	1,4	1,82	3,02 2)	0,89
Deutschland	1,7	1,4	2,19	2,82 2)	0,13
Estland	1,0	2,3	.	1,29 5)	0,33
Finnland	1,5	1,5	2,26	3,96	0,66
Frankreich	3,1	2,5	2,29	2,11 5)	0,25
Griechenland	4,3	3,2	0,43	0,58 2)4)	0,19
Großbritannien	3,0	2,7	1,94	1,87 *)	0,16
Irland	1,0	0,6	1,26	1,77 *)	0,17
Italien	1,8	1,8 2)	0,97	1,27 *)	0,13
Lettland	1,0	1,4	.	.	0,20
Litauen	0,5	1,4	.	.	0,20
Luxemburg	0,8	0,7 4)	.	1,68 *)	1,07
Malta	1,0	0,7	.	.	0,42
Niederlande	1,9	1,5	1,97	1,84 *)	2,05
Österreich	0,9	0,9	1,54	2,79 2) *)	0,16
Polen	2,1	1,8 2)	0,63	0,59	0,11
Portugal	2,6	2,1	0,52	1,66 *)	0,20
Rumänien	3,0 1)	1,4	0,63	0,47	0,1
Schweden	1,9	1,2	3,26	3,62 *)	0,11
Slowakei	3,3	1,4	0,92	0,48	0,16
Slowenien	1,8	1,6	1,55	1,86 *)	0,21
Spanien	1,5	1,1	0,79	1,38	0,32
Tschechien	1,8	1,4	0,95	1,53	0,15
Ungarn	1,6	1,1	0,71	1,15	0,25
Zypern	2,3	2,0	.	.	0,43
EU 27	.	.	1,67	1,91 *)	.
Norwegen	2,4	1,6	1,69	1,64 5)	1,76
Schweiz	1,4	0,8	.	3,00 5)	0,43
Japan	0,9	1,0	2,71	3,44 5)	0,12
USA	3,8	4,7	2,51	2,79 3) 5) *)	0,37
OECD	.	.	2,06	2,34 2) 5)	.

Quelle: SIPRI 2009, OECD, BMeiA. – *) vorläufig. – 1) 1997. – 2) Schätzung. – 3) ohne Investitionsausgaben.- 4) 2007. – 5) 2008. – Stand: 28.04.2011.

5. Wirtschaftswachstum und Preise

Länder	Wirtschaftswachstum[1]		Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber dem Vorjahr			
	2009	2010[2]	1995	2009	2010	HVPI 2010
	in %					
Belgien	-2,8	2,0	1,4	0,0	2,2	2,3
Bulgarien	-4,9	-0,1	.	2,8	2,4	3,0
Dänemark	-5,2	2,1	2,1	1,3	2,3	2,2
Deutschland	-4,7	3,6	1,7	0,4	1,1	1,2
Estland	-13,9	2,4	.	-0,1	3,0	2,7
Finnland	-8,2	3,1	0,8	0,0	1,2	1,7
Frankreich	-2,6	1,6	1,8	0,1	1,5	1,7
Griechenland	-2,0	-4,2	9,0	1,2	5,2	4,7
Großbritannien	-4,9	1,3	2,7	-0,5	4,6	3,3
Irland	-7,6	-0,2	2,6	-4,5	-1,0	-1,6
Italien	-5,0	1,1	5,3	0,8	1,5	1,6
Lettland	-18,0	-0,4	.	3,5	-1,1	-1,2
Litauen	-14,7	1,3	.	4,5	1,3	1,2
Luxemburg	-3,7	3,2	1,9	0,4	2,3	2,8
Malta	-1,9	3,1	.	2,1	1,5	2,0
Niederlande	-3,9	1,7	1,9	1,2	1,3	0,9
Österreich	-3,9	2,0	2,3	0,5	1,9	1,7
Polen	1,7	3,8	.	3,5	2,6	2,7
Portugal	-2,5	1,3	4,2	-0,8	1,4	1,4
Rumänien	-7,1	-1,9	.	5,6	6,1	6,1
Schweden	-5,3	-5,5	2,4	-0,3	1,3	1,9
Slowakei	-4,8	4,1	.	1,6	1,0	0,7
Slowenien	-8,1	1,2	.	0,9	1,8	2,1
Spanien	-3,7	-0,1	4,6	-0,3	1,8	2,0
Tschechien	-4,1	2,4	.	1,0	1,5	1,2
Ungarn	-6,7	1,1	.	4,2	4,9	4,7
Zypern	-1,7	0,5	.	0,3	2,4	2,6
EU 27	-4,2	1,8	.	.	.	2,1
Norwegen	-1,4	0,4	2,4	2,1	2,5	2,3
Schweiz	-1,9	2,6	1,8	-0,5	0,7	0,6
Japan	-5,2	3,9[3]	-0,1	-1,4	-0,7	.
USA	-2,7	2,9	2,8	-0,4	1,6	2,4

Quelle: Eurostat, OECD, nationale Stat. Ämter. – 1) Veränderung des realen BIP zum Vorjahr. – 2) Prognose. – 3) Schätzung. – Stand: 28.04.2011.

6. Erwerbstätigkeit

Länder	Erwerbstätigenquote[1])				Effektive Wochenarbeitszeit Vollzeiterwerbstätiger
	1995		2010		2010
	m	w	m	w	
Belgien	66,9	45,0	67,4	56,5	36,9
Bulgarien	.	.	63,0	56,4	40,5
Dänemark	79,9	66,7	75,8	71,1	34,5
Deuschland	73,7	55,3	76,0	66,1	35,6
Estland	.	.	61,5	60,6	38,4
Finnland	64,2	59,0	69,4	66,9	36,4
Frankreich	67,2	52,1	68,3	59,9	36,8
Griechenland	72,5	38,1	70,9	48,1	40,9
Großbritannien	75,1	61,7	74,5	64,6	35,3
Irland	67,1	41,6	63,9	56,0	39,4
Italien	66,9	35,4	67,7	46,1	37,3
Lettland	.	.	59,2	59,4	38,4
Litauen	.	.	56,8	58,7	38,4
Luxemburg	74,4	42,6	73,1	57,2	37,7
Malta	.	.	72,3	39,2	38,1
Niederlande	75,3	53,8	80,0[2)]	69,3[2)]	31,5[2)]
Österreich	78,5	59,0	77,1	66,4	36,5
Polen	.	.	65,6	53,0	39,6
Portugal	73,5	54,4	70,1	61,1	38,1
Rumänien	.	.	65,7	52,0	39,2
Schweden	73,1	68,8	75,1	70,3	35,2
Slowakei	.	.	65,2	52,3	39,5
Slowenien	.	.	69,6	62,6	38,6
Spanien	62,5	31,7	64,7	52,3	37,7
Tschechien	.	.	73,5	56,3	40,4
Ungarn	.	.	60,4	50,6	39,6
Zypern	.	.	76,6	63,0	38,8
EU 27			70,1	58,2	36,9
Norwegen	.	.	77,3	73,3	33,7
Schweiz	.	.	84,6	72,5	36,7
Japan	81,9	56,4	80,2[3)]	59,8[3)]	.
USA	79,5	65,8	72,0[3)]	63,4[3)]	.

Quelle: Eurostat. – 1) Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 – 64 Jahren. – 2) Reihenunterbrechung. – 3) 2009. – Stand: 28.04.2011.

7. Arbeitsmarkt

Länder	Arbeitslosenquote[1])			Jugendarbeitslosenquote[2])	Langzeitarbeitslosenquote[3])
	1995	2009	2010	2010	2010
			in %		
Belgien	9,7	7,9	8,3	22,4	48,8
Bulgarien	.	6,8	10,2	23,2	46,4
Dänemark	6,7	6,0	7,4	13,8	19,1
Deutschland	8,0	7,8	7,1	9,9	47,3
Estland	.	13,8	16,9	32,9	45,4
Finnland	15,4	8,2	8,4	21,4	24,0
Frankreich	11,1	9,5	9,7	23,3	40,1
Griechenland	.	9,5	12,6	32,9	45,0
Großbritannien	8,5	7,6	7,8	19,5	32,7
Irland	12,3	11,9	13,7	27,8	49,0
Italien	11,2	7,8	8,4	27,8	48,5
Lettland	.	17,1	18,7	34,5	45,0
Litauen	.	13,7	17,8	35,1	41,4
Luxemburg	2,9	5,1	4,5	16,1	29,3
Malta	.	7,0	6,8	12,9	46,2
Niederlande	7,1	3,7	4,5	8,7	27,6
Österreich	3,9	4,8	4,4	8,8	25,2
Polen	.	8,2	9,6	23,7	31,1
Portugal	7,2	9,6	11,0	22,4	52,3
Rumänien	.	6,9	7,3	22,1	34,9
Schweden	8,8	8,3	8,4	25,2	17,7
Slowakei	.	12,0	14,4	33,6	64,0
Slowenien	.	5,9	7,3	14,7	43,3
Spanien	18,4	18,0	20,1	41,6	36,6
Tschechien	.	6,7	7,3	18,3	40,9
Ungarn	.	10,0	11,2	26,6	49,3
Zypern	.	5,3	6,5	17,8	20,4
EU 27	.	9,0	9,6	20,9	39,9
Norwegen	4,9	3,1	3,5	8,9	20,6
Schweiz	.	4,1	4,6	7,9	31,7
Japan	3,1	5,1	5,1	9,3	28,5
USA	5,6	9,3	9,6	18,4	16,3

Quelle: Eurostat. – 1) Arbeitslose lt. LFS in % der Erwerbspersonen (ohne Militär); USA, Japan in % aller Erwerbspersonen. – 2) Arbeitslose im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in % der Erwerbspersonen. – 3) Anteil der Arbeitslosen mit Dauer 12 Monate oder länger an allen Arbeitslosen. – Stand: 28.04.2011.

8. Bildung

Länder	Studierende im Tertiärbereich		Abschlüsse im tertiär und sekundar Bereich	
			tertiär[1])	sekundar[2])
	1995	2009	2009	
	auf 100.000 Einwohner			
Belgien	3.481	3.954	629	1.262
Bulgarien	.	3.605	760	974
Dänemark	3.255	4.256	888	1.237
Deutschland	2.644	2.974	569	1.212
Estland	.	5.103	857	1.390
Finnland	4.021	5.570	807	1.823
Frankreich	3.589	3.376	976	873
Griechenland	2.838	.	.	.
Großbritannien	3.100	3.921	1.095	.
Irland	3.374	4.104	1.300	1.435
Italien	3.129	3.350	376	805
Lettland	.	5.544	1.150	1.279
Litauen	.	6.291	1.333	1.459
Luxemburg	.	.	.	855
Malta	.	2.503	688	928
Niederlande	3.261	3.752	569	1.379
Österreich[3])	2.910	3.688	624	1.193
Polen	.	5.683	1.508	1.530
Portugal	3.002	3.510	720	1.235
Rumänien	.	5.108	1.446	1.491
Schweden	2.789	4.565	641	1.089
Slowakei	.	4.342	1.392	1.354
Slowenien	.	5.628	891	1.241
Spanien	3.896	3.930	677	744
Tschechien	.	3.982	919	1.398
Ungarn	.	3.965	679	1.368
Zypern	.	3.888	567	1.306
EU 27[4])	.	3.860	839	1.120
Norwegen	3.978	4.569	735	1.408
Schweiz	2.111	3.032	894	1.352
Japan	3.120	3.034	795	900
USA	5.456	6.222	939	1.084

Quelle: Eurostat. – 1) ISCED 5 und 6. – 2) ISCED ohne 3C-kurz (Obere Sekundarstufe). – 3) Abschlüsse im Sekundarbereich inklusive berufsbildende höhere Schulen der Gesundheits- und Krankenpflege. – 4) EU-Gesamtwert für Studierende und Abschlüsse im Tertiärbereich ohne Griechenland und Luxemburg, für Sekunarabschlüsse ohne Griechenland und Großbritannien. – Stand: 28.04.2011.

9. Bevölkerung

Länder	Lebenserwartung in Jahren bei der Geburt				Säuglingssterblichkeit[1])	
	1995		2009		1995	2009
	m	w	m	w		
Belgien	73,5	80,4	77,3	82,3	5,9	3,3
Bulgarien	67,4	74,9	70,1	77,4	14,8	9,0
Dänemark	72,7	77,9	76,9	81,1	5,1	3,1
Deutschland	73,3	79,9	77,8	82,8	5,3	3,5
Estland	61,5	74,3	69,8	80,2	14,9	3,6
Finnland	72,8	80,4	76,2	83,5	3,9	2,6
Frankreich	.	.	78,0	85,0	.	3,6[2])
Griechenland	75,0	80,1	77,8	82,7	8,1	3,4
Großbritannien	74,0	79,3	77,8[2])	81,9[2])	6,2	4,7
Irland	72,8	78,3	77,4	82,5	6,4	3,1[3])
Italien	75,1	81,6	79,1[2])	84,5[2])	6,2	3,9
Lettland	.	.	68,1	78,1	18,8	7,8
Litauen	63,3	75,1	67,5	78,7	12,5	4,9
Luxemburg	73,0	80,6	78,1	83,3	5,5	2,5
Malta	74,8	79,6	77,8	82,7	8,9	5,3
Niederlande	74,6	80,5	78,7	82,9	5,5	3,8
Österreich	73,4	80,1	77,7[4])	83,2[4])	5,4	3,8
Polen	67,7	76,4	71,5	80,1	13,6	5,6
Portugal	71,7	79,0	76,5	82,6	7,5	3,3
Rumänien	65,5	73,5	69,8	77,4	21,2	10,1
Schweden	76,2	81,7	79,4	83,5	4,1	2,5
Slowakei	68,4	76,5	71,4	79,1	11,0	5,7
Slowenien	70,8	78,5	75,9	82,7	5,5	2,4
Spanien	74,4	81,8	78,7	84,9	5,5	3,5
Tschechien	69,7	76,8	74,1	80,5	7,7	2,9
Ungarn	65,4	74,8	70,3	78,4	10,7	5,1
Zypern	.	.	78,6	83,6	9,7	5,3[2])
EU 27	.	.	76,4[2])	82,4[2])	.	4,3
Norwegen	74,8	80,9	78,7	83,3	4,0	3,1
Schweiz	75,4	81,9	79,9	84,6	5,0	4,3
Japan	76,4	82,9	79,6	86,4	4,3	2,4
USA	72,5	78,9	75,4[3])	80,4[3])	.	6,3

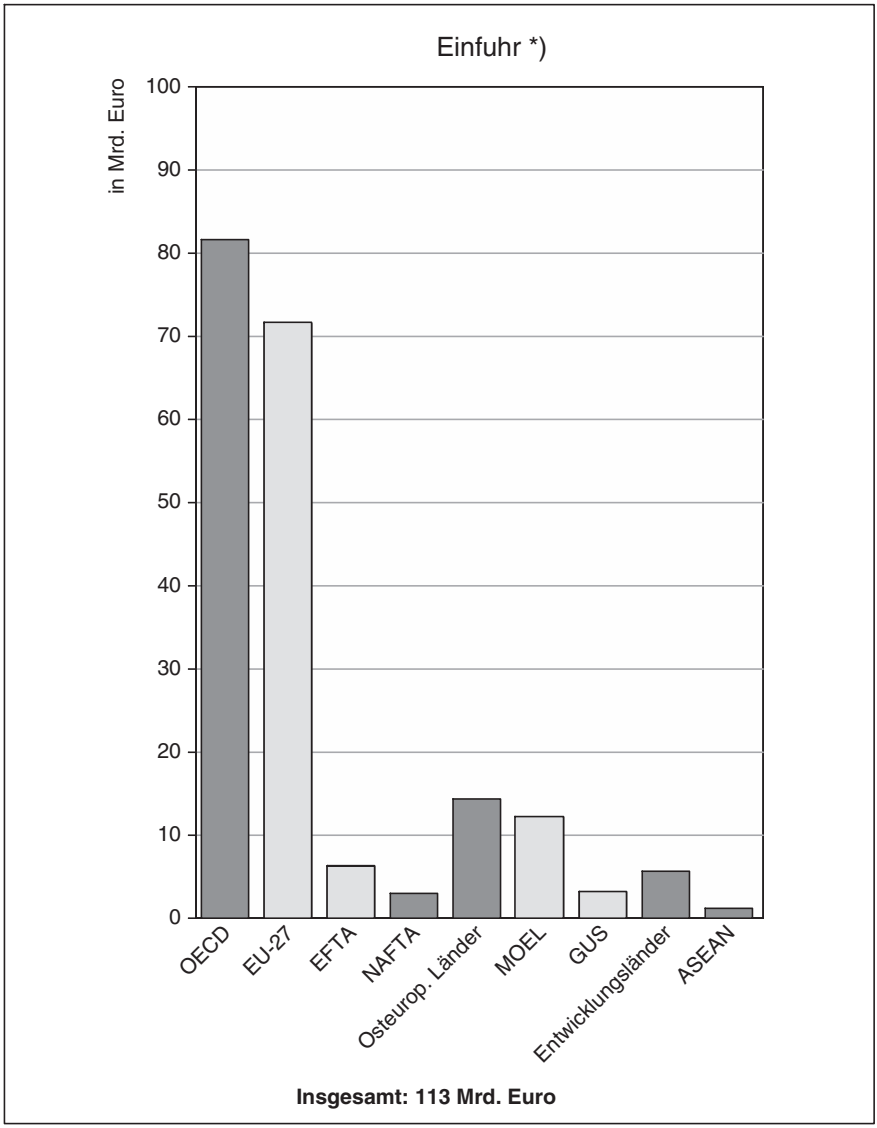
Quelle: Eurostat, Nationale Statistiken. – 1) Im 1.Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene. – 2) 2008. – 3) 2007. – 4) 2010. – Stand: 28.04.2011.

10. Geburten und Sterbefälle

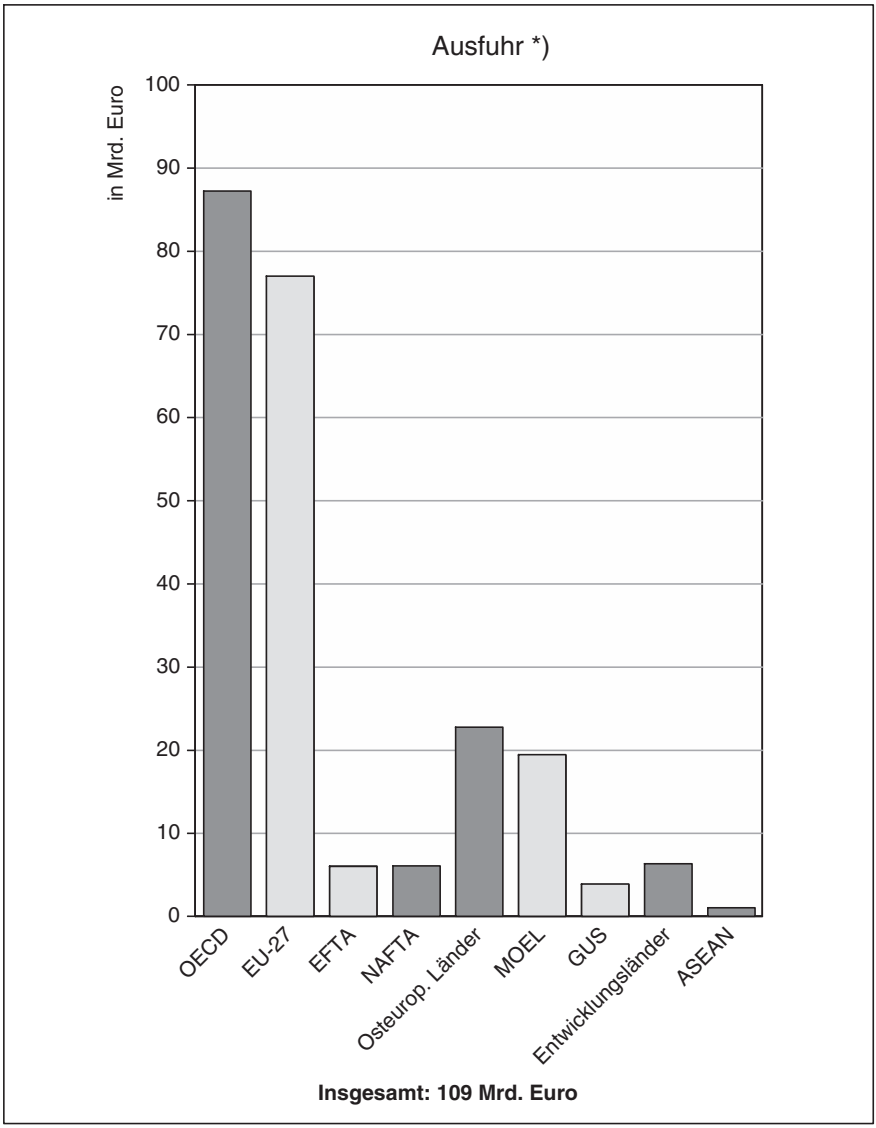
Länder	Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner		Sterbefälle auf 1.000 Einwohner		Kinder pro Frau[1)]
	1995	2009	1995	2009	2009
Belgien	11,4	11,8	10,3	9,7	1,84
Bulgarien	8,6	10,7	13,6	14,2	1,57
Dänemark	13,3	11,4	12,1	9,9	1,84
Deutschland	9,4	8,1	10,8	10,4	1,36
Estland	9,4	11,8	14,5	12,0	1,62
Finnland	12,3	11,3	9,6	9,3	1,86
Frankreich	12,6	12,7	9,2	8,6	1,98
Griechenland	9,5	10,5	9,4	9,6	1,52
Großbritannien	12,6	12,8	11,1	9,1	1,94
Irland	13,5	16,7	8,9	6,5	2,07
Italien	9,2	9,5	9,8	9,8	1,41
Lettland	8,7	9,6	15,7	13,3	1,31
Litauen	11,4	11,0	12,5	12,6	1,55
Luxemburg	13,3	11,3	9,3	7,3	1,59
Malta	12,5	10,0	7,3	7,8	1,44
Niederlande	12,3	11,2	8,8	8,1	1,79
Österreich	11,2	9,1	10,2	9,3	1,39
Polen	11,2	10,9	10,0	10,1	1,40
Portugal	10,7	9,4	10,3	9,8	1,32
Rumänien	10,4[2)]	10,4	12,0	12,0	1,38
Schweden	11,7	12,0	10,6	9,7	1,94
Slowakei	11,5	11,3	9,8	9,8	1,41
Slowenien	9,5	10,7	9,5	9,2	1,53
Spanien	9,2	10,8	8,8	8,3	1,40
Tschechien	9,3	11,3	11,4	10,2	1,49
Ungarn	10,8	9,6	14,1	13,0	1,32
Zypern	15,2	12,2	7,6	6,5	1,51
EU 27	10,7	10,7	10,4	9,7	1,60[2)]
Norwegen	13,8	12,8	10,4	8,6	1,98
Schweiz	11,7	10,1	9,0	8,1	1,50
Japan	9,5	8,5	7,4	9,1	1,37[2)]
USA	14,8	13,5	8,8	7,9	2,12[3)]

Quelle: Eurostat, Nationale Statistiken. – 1) Gesamtfruchtbarkeitsrate. – 2) 2008. – 3) 2007. – Stand: 28.04.2011.

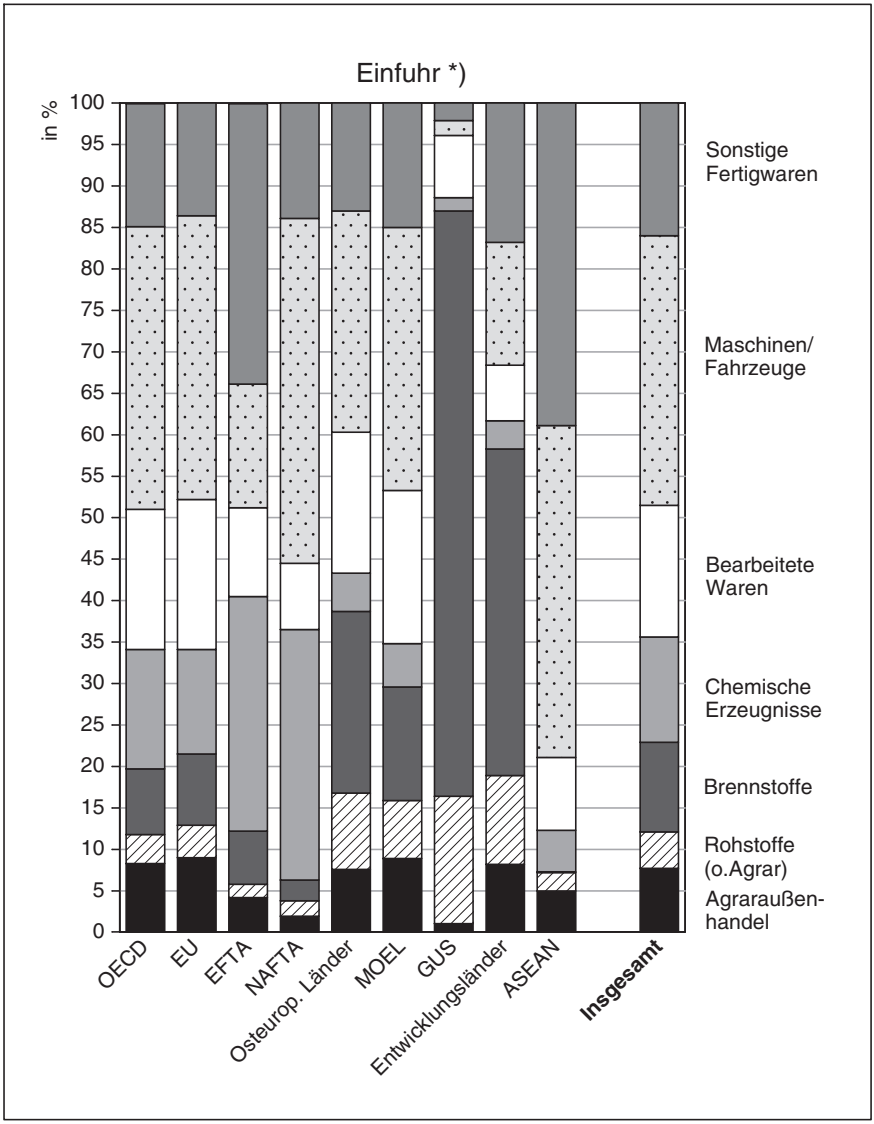
X. Außenhandel 2010 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



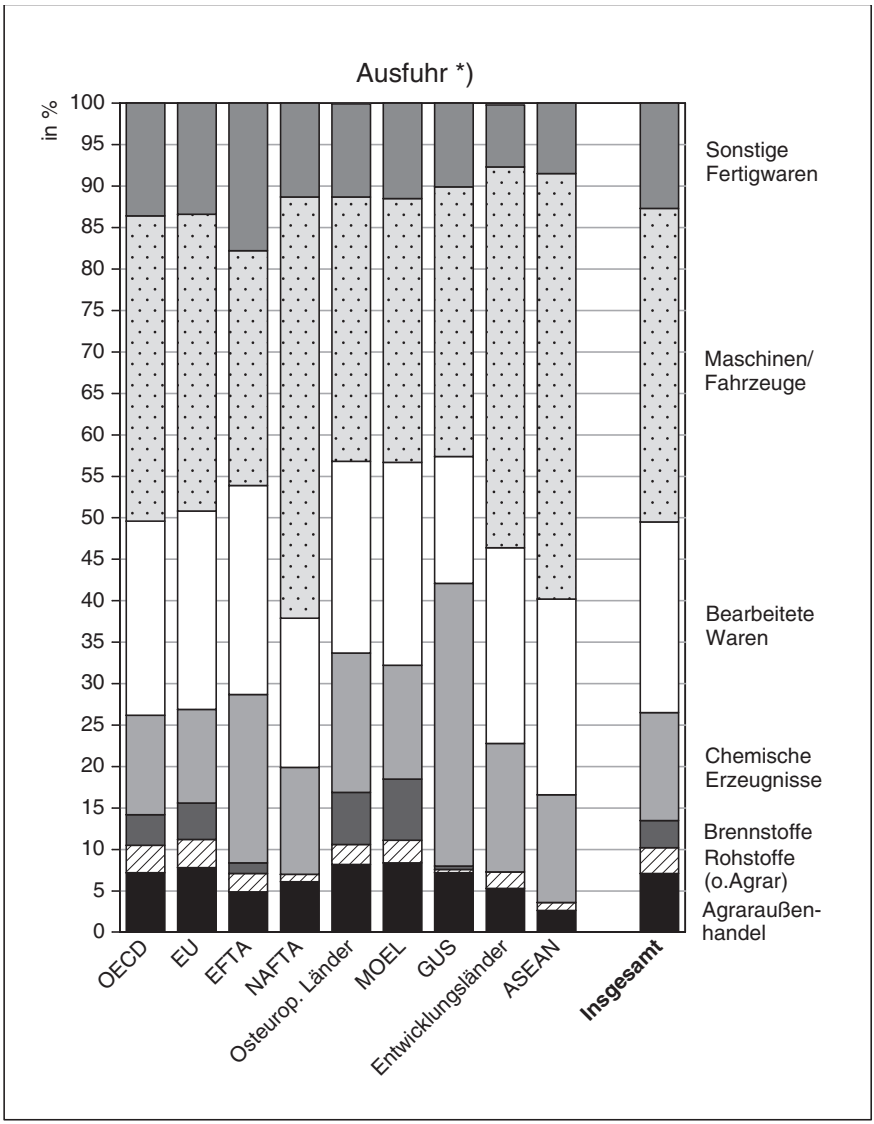
Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.

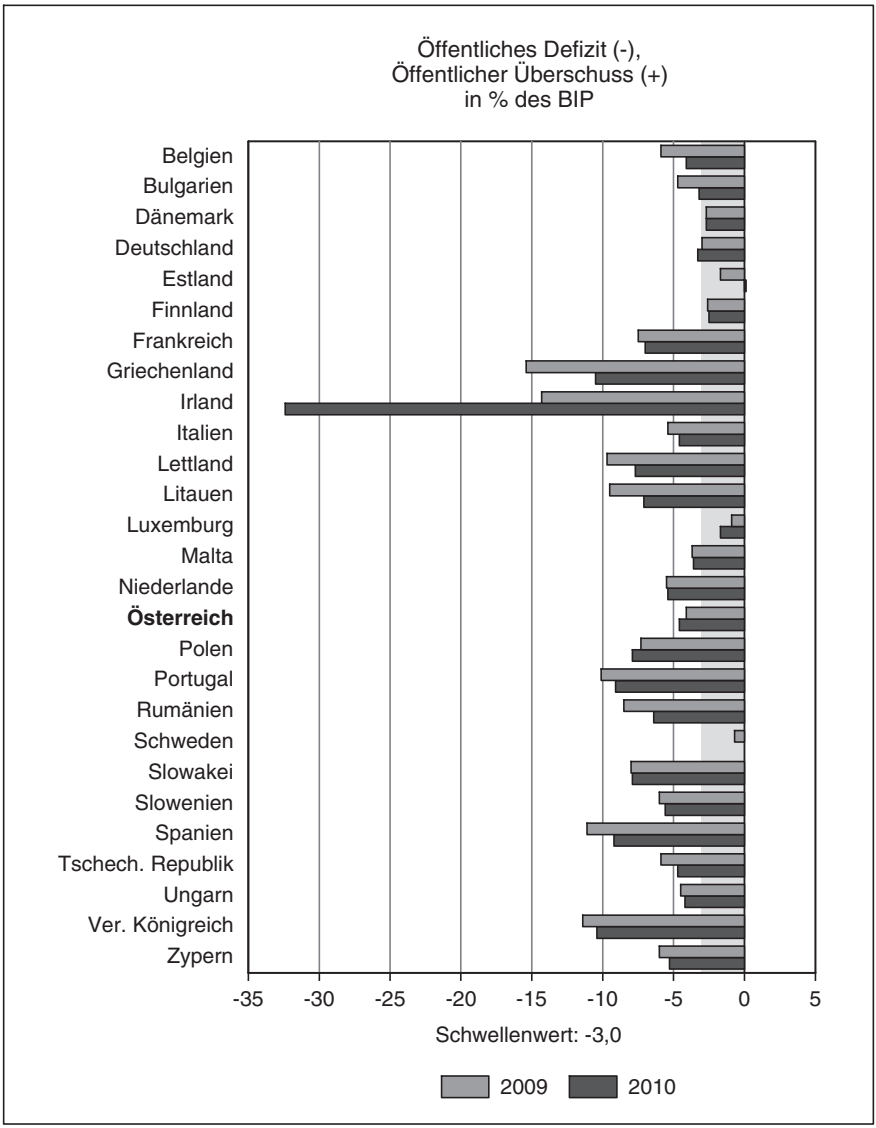


Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.

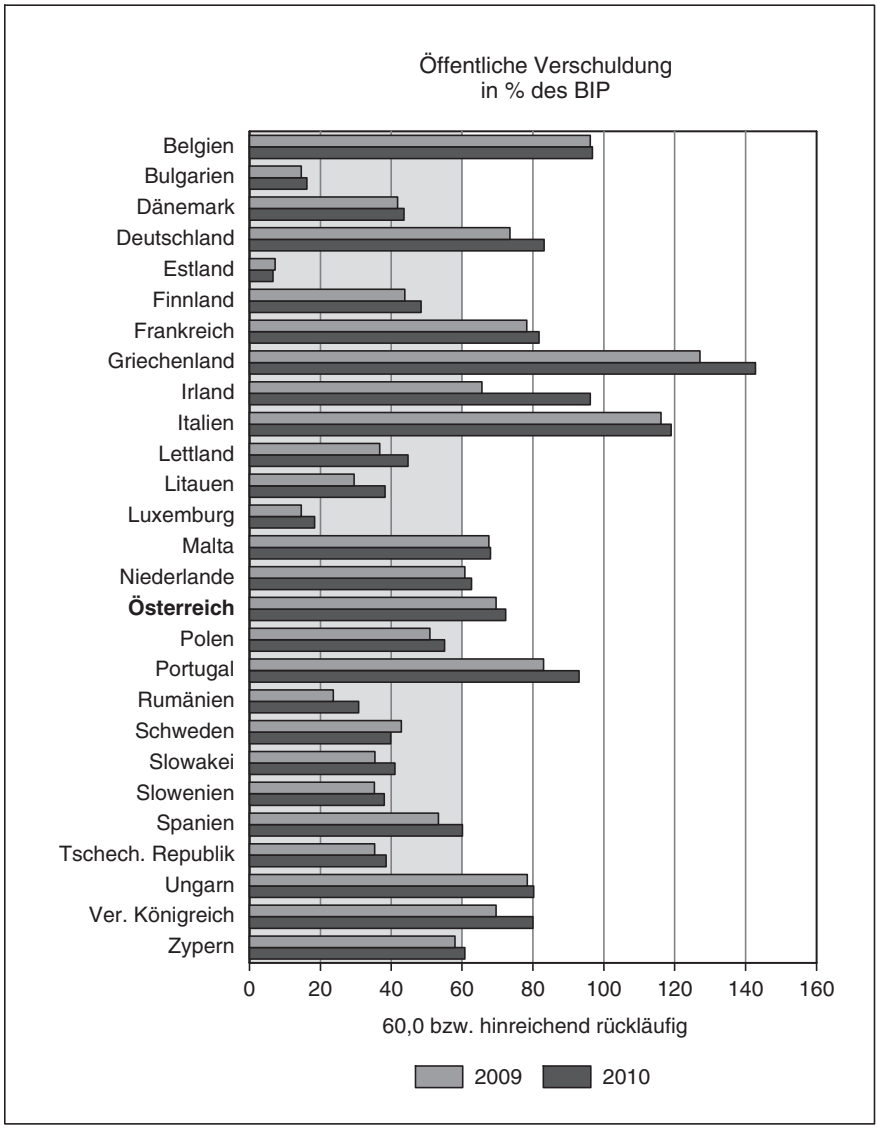


Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. – *) Vorläufige Ergebnisse.

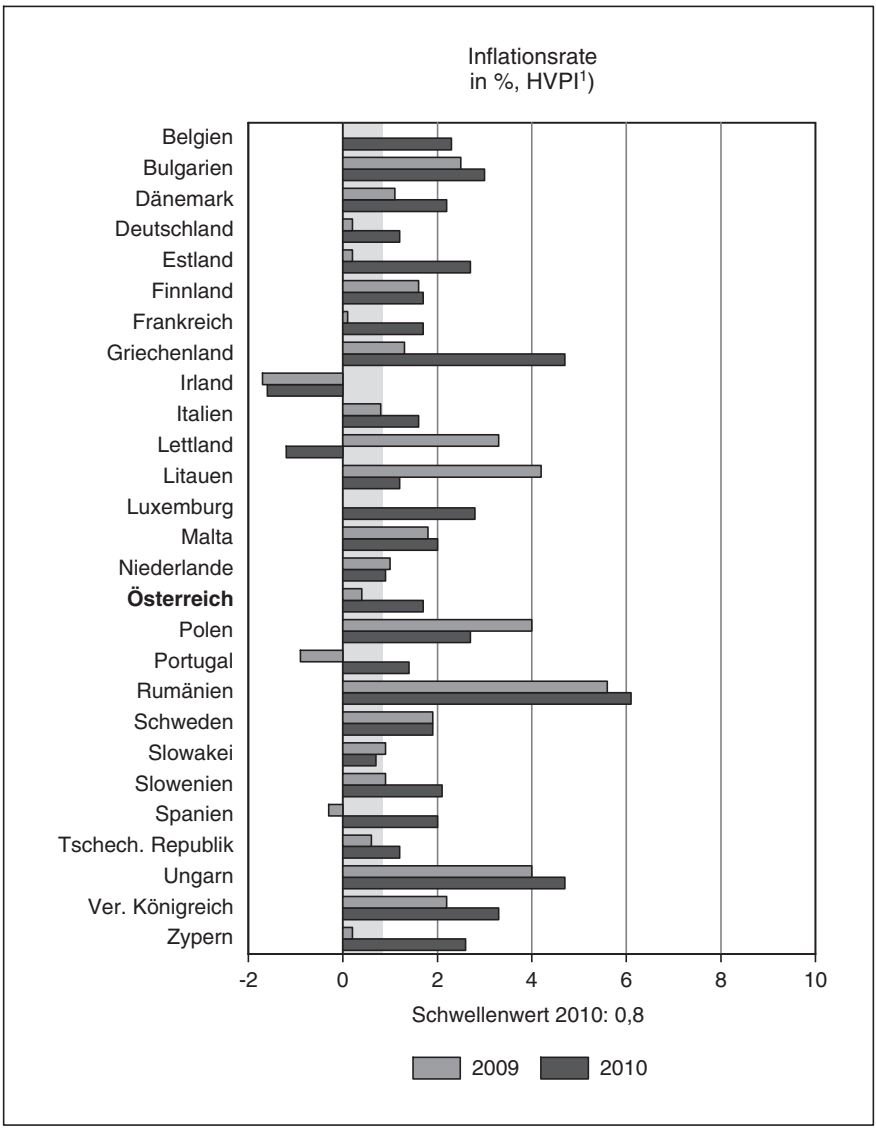
XI. Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2009 und 2010



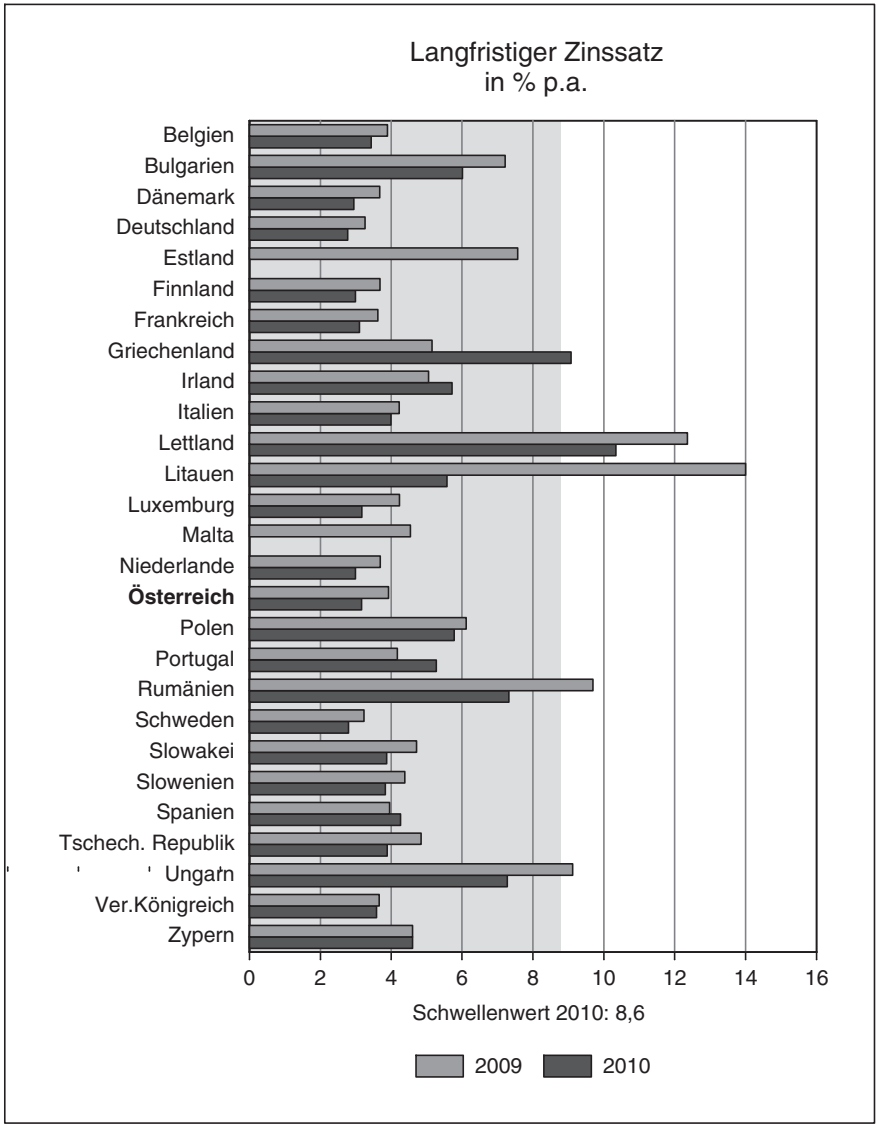
Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Pressenotiz vom 26. April 2011; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – [1]) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Pressenotiz vom 26. April 2011; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – [1]) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Pressenotiz vom 26. April 2011; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – [1]) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Pressenotiz vom 26. April 2011; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – [1]) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase I

Sachindex

Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen 236
Abrüstung 44, 83, 130, 131, 133, 134, 208, 209, 211, 290
– CTBTO 465–467
– Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen 208
– Rüstungskontrolle 208
Abrüstungskommission der Vereinten Nationen 133
ADA 186, 188, 192, 193, 195–198, 204, 205, 228, 232, 270, 278
Afghanistan 43, 47, 49, 56, 65–68, 75, 77, 94, 103, 104, 106, 109, 154, 160, 164, 204–206, 221, 232, 276, 321
Afrika 35, 43, 45, 49, 84, 86, 91, 132, 137, 142, 145, 160, 190, 196, 199, 200, 202, 203, 206, 265
Afrika-EU-Gipfel 85, 203
Agentur der EU für Grundrechte 217
Ägypten 46, 49, 51, 131, 132, 203, 238, 258, 429
AKP-Staaten 91, 100
Albanien 11, 12, 51, 52, 56, 106, 115, 178, 180, 192, 196, 200, 204, 210, 246, 307
Algerien 49, 63, 131, 206, 240, 323
Alpenkonvention 125, 126
AMISOM 46, 86, 91, 146
Andengemeinschaft 83, 84
Andorra 324
Angola 324
Anna Lindh-Stiftung 258
Antigua und Barbuda 325
Antipersonenminen-Verbotskonvention 211, 225
APEC 93
Arab-European Young Leaders Forum 258
Argentinien 79, 81, 83, 84, 169, 210, 238, 245, 249, 333, 407
Armenien 49, 50, 62–64, 105, 108, 115, 118, 127, 170, 216, 245, 251, 278, 326
ASEAN 98, 99
ASEM 98–100, 259
Aserbaidschan 49–51, 62, 63, 105, 108, 109, 115, 118, 127, 225, 245, 265, 326, 327
Äthiopien 85, 137, 190, 200, 206, 216
ATT 132, 213, 214
AU 43, 48, 49, 86, 90, 91, 142, 146, 167, 203, 219
Auslandskatastrophenfonds 204, 266
Auslandskulturpolitik 245, 251, 253, 255
Auslandsösterreicher-Fonds 183
AuslandsösterreicherInnen 176, 182–185
Auslandsösterreicher-Weltbund 183
Ausschuss der Regionen 21, 23
Ausschuss der Ständigen Vertreter 21, 26
Australien 98–100, 132, 169, 182, 213, 328, 349, 378, 393, 400, 401, 406, 414, 435
Austrian Development Agency (ADA) 325, 354, 358
Bahamas 329
Bahrain 73, 275
Bangladesch 95, 130, 275, 329
Barbados 330
Beitrittsverhandlungen 8–11, 52, 55, 56, 64, 234, 235
Bekämpfung des Menschenhandels 107, 110, 215, 232
Belarus 43, 49, 50, 62, 64, 66, 105, 107, 109, 125, 194, 213, 277, 330
Belize 332
Benin 88, 276
Beschäftigung und Sozialpolitik 27
Bhutan 96, 191, 275, 333
Bildung 13, 21, 35, 36, 45, 52, 55, 65–68, 84, 109, 113, 123, 127, 152, 172, 173, 190, 192, 193, 195, 197, 221, 239, 251, 253, 257, 260, 286, 302, 307, 308, 317
Binnenmarkt 11, 29, 306
BINUCA 148
Biodiversität 33, 82, 188, 241, 242
BNUB 149
Bolivien 80, 84, 276, 333
Bosnien und Herzegowina 11, 12, 43–45, 49, 52, 53, 55, 103, 106, 109, 115, 126, 140, 157, 164, 179, 180, 192, 205, 225, 257, 334, 335
Botsuana 335
Brasilien 32, 79, 82–86, 121, 135, 140, 143, 152, 179, 216, 235, 238, 240, 279, 336, 430
BRIC 80, 85, 86, 121
BTWK 210
Bulgarien 10, 34, 38, 115, 120, 121, 125, 126, 174, 311, 337, 338
Bundesrat 416
Bürgerinitiative 20
Bürgerservice 176, 177, 263
Burkina Faso 88, 90, 169, 189, 277
Burma 43

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung 134, 286
Burundi 43, 85, 87, 92, 149, 168, 204, 216, 275
CARICOM 81, 84, 188
CARIFORUM 83
CCPCJ 135
CD 117, 130, 132, 133, 209, 252
CERF 136, 207
CERN 254
CETA 77, 78
Chemiewaffenkonvention 209
Chile 79, 80, 83, 130, 204, 225, 235, 240, 245, 248, 249, 274
China 38, 75, 80, 81, 85, 86, 92–95, 98–100, 121, 132, 140, 143, 152, 208, 218, 235, 240, 253, 279, 340–342, 379, 397
CND 135
COHOM 215, 271
COPUOS 137
COST 254
Costa Rica 79, 82, 84, 132, 137, 169, 225, 276, 342
Côte d'Ivoire 43, 85, 86, 88, 90, 91, 142, 148, 160, 222, 277
CSocD 136
CTBT 130, 132, 134, 152, 153, 209
CTC 166
CWK 209, 210
Dänemark 343, 363
Demokratische Republik Kongo 43, 86, 146, 162, 220, 230
Demokratische Volksrepublik Korea 43, 93, 153, 208, 379
Deutschland 121, 344
Dialog der Kulturen und Religionen 256, 257
Doha Development Agenda 234
Dominica 346
Dominikanische Republik 346
Donaukommission 128
Donauraum 118, 126, 127
Donauraumkooperation 126
Donauschifffahrt 127
Doppelbesteuerungsabkommen 121, 236
Dschibuti 85, 274
DVRK 93, 153, 220, 222
EAD 15, 16, 201, 264, 270, 271
EAPC 103
East African Community 91
East Asia Summit 99
ECCAS 165
ECHO 207
Economic Partnership Agreements 202
ECOSOC 168, 171, 199
ECOWAS 88, 90, 91, 142, 189, 196
ECOWAS Conflict Prevention Framework 88
Ecuador 79, 80, 84, 249, 275, 347
EEF 89, 201
EFSF 3, 4
EGMR 16, 112, 113, 115, 118, 224, 225
eGovernment 185
EIDHR 218
EK 14
El Salvador 347
EMRK 17, 113–115, 215, 224
Energie 13, 21, 34, 50, 73, 82, 101, 123, 127, 130, 134, 169, 188–192, 196, 199, 200, 203, 240, 300, 311, 440
Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit 120, 168
Entwicklungszusammenarbeit 186, 188, 192, 194, 197–199, 201, 227, 253, 270, 285, 289
EP 13
Eritrea 43, 85
Erweiterung 8, 28, 72, 99, 119, 151, 167, 230, 235, 243, 287, 310
ESA 37, 254
ESM 4
ESRB 6
Estland 347
EU-China Gipfel 93
EUFOR Althea 157, 164, 303
EUFOR-Althea 44, 49, 53
EuGH 22, 23, 144, 306
EuGI 22
EU-IWF-Rettungsschirm 3
EUJUST LEX 47, 71
EU-LAC-Prozess 82
EUMM Georgia 45
EU NAVFOR Somalia 45
EUNIC 248
EUPM 45
EUPOL 321
Euro-Atlantische Partnerschaftsrat 102
Eurojust 39, 120
Euro-Mediterrane Partnerschaft 72
Europa 2020-Strategie 5, 29, 35, 36, 41, 42, 255
Europadialog 17, 262
Europa-Dialogtour 261, 262

Europagemeinderäte 17, 261, 262
Europainformation 17, 261
Europäische Kommission 13
Europäische Nachbarschaftspolitik 49, 298
Europäischer Stabilitätsmechanismus 4
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 23
Europäische Sicherheitspolitik 102, 142
Europäisches Parlament 13, 22, 23, 184, 304, 491
Europäische Union 1, 13, 14, 201, 285, 303, 304, 306, 313, 314
– Bildung 260, 441, 442
– EGNOS 37
– Erweiterung 7
– EUFOR 335
– EUMM Georgien 353
– EUPM 335
– Europäische Kommission 37
– Galileo 37
– Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 335
– Vertrag von Lissabon IV, 13–17, 44, 47, 48, 167, 215, 285, 304–307, 315
Europarat 17, 48, 112–116, 118, 215, 224, 278
European Financial Stability Facility 3
Europol 39
Exportkontrolle 212, 214
EZB 3, 4, 6, 22
FAO 170, 205, 279
FEO 138, 142, 160–164, 167, 168
Fidschi 349
Finanzkrise 1
Finanzmarktaufsicht 5
FMCT 133, 134, 209
Folter 115, 118, 217, 220, 221, 223, 225
Forschung 13, 24, 36, 41, 65, 123, 127, 190, 254, 257, 260, 286, 301, 307
Forum Salzburg 38, 120
Frankreich 38, 128
Frauen 22, 25, 27, 87, 99, 109, 110, 112, 114, 129, 130, 133, 140, 143, 144, 160, 161, 164, 165, 186, 195, 199, 201, 215–217, 221–223, 225, 227, 228, 246, 257, 258, 261, 265, 285, 288, 289, 291, 315, 316
Frauenstatuskommission 223
FREMP 215
FSK 110, 223
G-8 76
G20 6, 7, 234–237, 240
Gabun 89, 140, 276
GALILEO 255
GASP 14–16, 21, 43, 44, 120, 215
Gemeinsame Agrarpolitik 30, 31
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 43
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 44
Generalversammlung der Vereinten Nationen 58, 69, 129, 285
Genfer Abrüstungskonferenz 130, 133, 209
Georgien 43, 45, 49–51, 62–64, 103, 105, 107, 115, 121, 127, 169, 178, 180, 225, 232, 248, 278, 353
Gerichtshof der Europäischen Union 23
Gesundheit 21, 27, 40, 113, 123, 168, 190, 191, 197, 201, 202, 243, 257, 265
Ghana 88, 186, 216, 276
Golfkooperationsrat 73
Golfstaaten 68
GRA 217, 218
Grenada 354
GSVP 14, 21, 43–49
Guatemala 204, 358
Guinea 43, 46, 85, 88, 90, 148, 164, 168, 169, 216, 277
Guinea-Bissau 90, 149, 277
Guyana 358
Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (HCOC) 133, 210
Haiti 43, 77, 79, 81, 84, 137, 158, 163, 172, 204, 205, 207, 222, 277, 285, 359
Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik 14, 43, 62, 92, 141, 201, 280
Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik 14, 43, 62, 92, 141, 201, 280
Homepage 17, 203, 262, 263
Honduras 82, 84, 276, 359
Horn von Afrika 39, 43, 45, 49, 85, 142, 145
HSN 225
humanitäre Hilfe 191, 204, 205, 207, 285
Humanitäres Völkerrecht 229
IACA 136, 165, 261, 286
IAEO 71, 143, 152, 153, 174, 278
IBSA 80
ICAO 172
ICTR 140, 144, 159

ICTY 8, 11, 43, 57, 140, 144, 159
IFAD 171
IFRK 206
IGH 82, 140, 157, 169
IIASA 254
IKRK 206
ILO 170, 235, 237
IMO 175
Indien 68, 75, 80, 85, 86, 95, 96, 98, 121, 132, 208, 210, 216, 232, 235, 240, 329, 333, 359, 391, 400, 427
Indonesien 97, 99, 170, 184, 209, 235, 240, 257
Industriepolitik 29, 42
Information 10, 26, 31, 206, 246, 253, 261, 263, 306
Informationspflichten der Bundesregierung in Bezug auf Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union 25
innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern 24
INSARAG 206
Instrument für Heranführungshilfe 12
Interkultureller und interreligiöser Dialog 256
Internationale Atomenergie-Organisation 71, 174
Internationale Drogenkontrolle 134
Internationale Energieagentur 239
Internationale Holocaust-Task Force 260
Internationale Organisation für Migration 232
Internationales Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA) 465–467
Internationale Tribunale 144, 159
Internationale Verbrechensverhütung 135
IOM 232
Irak 43, 47, 70, 71, 73, 75, 151, 210, 216, 232, 275
Iran 43, 68, 70, 71, 73, 75, 121, 132, 133, 152, 153, 174, 216, 218, 221, 222, 232, 258, 295, 318, 321, 362
ISAF 94, 103, 104, 154, 164, 321
Island 8, 10, 274, 363
Israel 49, 51, 68, 70, 131, 150, 169, 208, 235, 246, 253, 258, 259, 287, 319, 320, 363, 364
IStGH 87, 140, 159, 229, 230
Italien 365, 414
ITU 171, 174
IWC 243
IWF 3, 4, 6, 7, 53, 54, 59, 60, 199, 235
Japan 16, 81, 93, 94, 98, 99, 134, 140, 169, 180, 226, 253
Jemen 39, 72, 73, 234, 276
Jordanien 49, 51, 72, 73, 104, 216, 225, 259, 361, 370
Jugend 21, 29, 35, 36, 42, 223, 256, 257, 317
Kambodscha 97, 99, 277
Kanada 76–78, 104, 130, 131, 169, 180, 216, 225, 253, 258, 456
Kap Verde 180, 189, 276, 373
Kasachstan 64, 66, 108, 110, 219, 240, 374
Katar 73, 175, 275
Katastrophenhilfe 188, 204–206
Kenia 43, 45, 87, 92, 175, 216, 230
KFOR 44, 54, 103, 164
Kinder 76, 99, 115, 161, 162, 165, 205, 216, 220, 225–227, 289, 308
Kirgisistan 43, 66–68, 106, 109, 130, 137, 154, 155, 200, 205, 221, 275, 377
Kiribati 378
Klein- und Leichtwaffen 104, 110, 132
Kleinwaffen und leichte Waffen 212
KLW 160, 212
Kofinanzierung 197
Kolumbien 79–81, 83, 84, 162, 169, 222, 245, 249, 347, 378, 406
Kommission für Friedenskonsolidierung 142, 149, 167, 288
Komoren 87, 275
Kongress der Gemeinden und Regionen Europas 117
Konsularfragen 176
Konsumentenschutz 33
Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption 136
Kooperations- und Verifikationsmechanismus 10
Korea 81, 93, 94, 98, 99, 153, 174, 210, 220, 274, 295
Korfu-Prozess 104, 110
Kosovo 12, 43–45, 48, 49, 53–57, 103, 105, 106, 156, 164, 170, 179, 192, 193, 195, 201, 203, 225, 232, 307
Krisenmanagement 6, 21, 48, 94, 102, 120, 163, 177, 215, 216, 299
Krisenmechanismus 2
Krisenvorsorge 120, 177
Kroatien 8, 11, 12, 48, 55, 56, 58, 120, 126, 225, 299, 312
KSF 104
Kuba 80, 121, 131, 383

Kuwait 73, 275
LAC-Staaten 80, 82
Laos 97, 99, 203, 205, 212, 277
Leitlinien der Europäischen Union zu Menschenrechten 216
Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten 216
Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe 216
Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe 217
Leitlinien zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte 216
Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen 217
Lesotho 385
Libanon 43, 49, 51, 70, 130, 131, 140, 143, 150–152, 259
Liberia 43, 88, 91, 130, 148, 149, 168, 277
Liechtenstein 120, 121
Madagaskar 86, 91, 92, 205, 277, 390
Malawi 390
Malaysia 97, 99
Malediven 96, 275, 391
Mali 88, 89, 225, 277
Marokko 49, 51, 131, 150, 178, 238, 392, 393
Marshall Inseln 393
Massenvernichtungswaffen 44, 83, 102, 110, 111, 140, 143, 166, 208, 212
Mauretanien 393
Mauritius 393
Mazedonien 11, 12, 43, 48, 55, 103, 106, 115, 178, 192, 203, 250
MCDA 206
MDGs 129, 134, 168, 173, 196, 198–202
Medien 108, 141, 238, 261, 263
Membership Action Plan 52, 56, 103
Menschenrechte 16, 40, 45, 47, 63, 68, 76, 89, 92, 105, 108, 109, 112–116, 129, 132, 134, 140, 146, 148–150, 187, 188, 195, 213, 215, 218–222, 224–227, 229, 256, 258, 271, 285, 288, 289, 316
– Menschenrechte von Frauen 466
Menschenrechtsbildung 215, 219, 225, 229
Menschenrechtsdialog 66, 218
Menschenrechtsrat 130, 219, 220, 263, 289
MERCOSUR 79, 83
Mexiko 78, 79, 81–83, 133, 140, 144, 161, 171, 222, 231, 240, 245, 247, 249, 251, 276, 332, 343, 347, 358, 359, 401, 406
Mikronesien 396
Minderheitenschutz 151, 228
Ministerkomitee 115–117
MINURCAT 141, 147, 148, 163
MINURSO 150
MINUSTAH 158, 163
Mittelmeerraum 68, 72, 214, 258
Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden 26
Mitwirkungsrecht von Nationalrat und Bundesrat in Angelegenheiten der europäischen Integration 19
Moldau 43, 49–51, 60–62, 106, 109, 115, 126, 127, 179, 194, 196, 203, 205, 245, 276, 278, 396, 397
Mongolei 94, 274, 397
Montenegro 11, 12, 56, 57, 103, 106, 115, 126, 193, 205
MONUC 87, 142, 146, 163
MONUSCO 87, 147, 163
Mosambik 190, 191, 196, 207, 277, 399
MRR 215, 219–222, 227–229
MTCR 213
Myanmar 43, 97, 99, 156, 220, 222, 277
NAFTA 78, 79
Naher Osten 131
Naher und Mittlerer Osten 68, 150
Nahost-Friedensprozess 43, 68, 70
Nahrungsmittelhilfe 205
Namibia 400
Nationalrat 490, 491, 493–496
NATO 44, 48, 49, 52, 54–56, 64, 65, 94, 102–104, 164, 278
Nauru 400
NEPAD 136
Nepal 95, 96, 155, 162, 275, 400
Netzwerk Menschliche Sicherheit 225
Neuseeland 98–100, 133, 198, 274, 401
Nicaragua 82, 84, 169, 188, 195, 205, 276, 343, 347, 358, 401
Niederlande 402
Niger 85, 88, 91, 169, 274, 403
Nigeria 88, 89, 140, 232
NPT 131, 133, 174, 208, 290, 295–297
NSG 213
Nukleare Sicherheit 124
OAS 82, 84
OCHA 205, 206

ODIHR 68, 109
OEZA 186–197, 199, 232
Öffentlichkeitsarbeit 27, 261
OHCHR 150
OIC 223
Oman 73, 404
OOSA 137
OPCW 210
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 121, 375, 491
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 121, 235
Ostafrika 87, 190
Österreich 1, 19, 102, 121, 128, 321, 323, 325, 326, 330, 333–336, 338, 340–344, 353, 354, 358, 361, 363, 364, 370, 371, 374, 377, 378, 393, 394, 396, 397, 401, 402, 404, 405, 411–414, 416, 417, 419, 428–430, 437, 438, 440–442, 444–446, 450, 453, 456, 465, 467, 494
Österreich-Bibliotheken 245, 251–253
Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) 321, 327, 328, 330, 333–336, 339, 341, 343, 347, 353, 358, 359, 369, 373, 375–379, 381, 384, 390, 394, 396, 399–401, 405–407, 411, 419–421, 427, 429, 430, 432–434, 441, 442, 444
OSZE 48, 49, 54, 55, 61, 62, 64, 66–68, 104–111, 114, 155, 224, 278
Ottawa-Konvention 211, 212
Ozeanien 99, 100, 199
Pakistan 68, 94, 95, 132, 133, 137, 172, 204–208, 226, 285, 321, 405
Palästinensische Behörde 49, 51, 69
Palästinensische Gebiete 150, 191, 196
Panama 406
Papua-Neuguinea 406
Paraguay 83, 274
Parlamentarische Versammlung 111, 117
Partnerschaft für den Frieden 103, 104
Partnerschafts- und Kooperationsabkommen 49, 50, 58, 66, 92, 94, 98
PBC 142, 149, 159, 164, 167, 168, 199, 288
PBSO 168
Peacebuilding 163, 164
Peru 81, 83, 84, 238, 333, 407
Philippinen 98, 99, 162, 184
PIF 101
PISA 237
Portugal 373, 410
Prager Holocaust-Restitutionsprozess 259
PSK 21, 43
Rechtsstaatlichkeit 8, 12, 47, 63, 66, 105–109, 112, 113, 129, 138–140, 144, 148, 151, 155, 158, 159, 165, 192, 194, 215, 219, 256, 285, 288, 289, 315
Reformdebatte 163, 167
Regionale Partnerschaft 119
Regionalorganisationen 142, 143, 163, 166
Religionsfreiheit 108, 215, 218–221, 226, 315, 316
Rio-Gruppe 80
Ruanda 43, 85, 87, 92, 140, 144, 159, 203, 275
Rumänien 10, 34, 38, 120, 121, 126, 205, 225, 238, 245, 253, 259, 311, 411
Russische Föderation 412
Russland 45, 49, 59–61, 63–66, 80, 85, 86, 94, 98, 99, 102, 103, 115, 116, 121, 180, 208, 210, 216, 219, 224, 234, 235, 240, 248, 326, 330, 353, 377, 412, 432, 440, 444
SAA 11, 57
SAARC 95, 99
SADC 86, 92, 190
Salomonen 413
Sambia 92, 277, 413
Samoa 414
Sanktionenkomitee 153, 165
San Marino 414
SAP 10
Saudi-Arabien 73
Schengen 12, 38, 52, 119
Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten 147, 160, 161, 163, 195, 229
Schutz der Zivilbevölkerung in Konfliktsituationen 141
Schutz von Frauen und Kindern 143
Schwarzmeerfokus 127
Schwarzmeerregion 126, 127, 245
Schweden 416
Schweiz 120, 122, 416
Senegal 88, 89, 189, 373, 403
Serbien 11, 12, 54–58, 104, 106, 115, 126, 157, 178, 192, 193, 195, 232, 234, 247, 250, 251, 299, 312, 419
SICA 83, 84, 188

Sicherheitsrat 52, 77, 84, 86, 89, 91–93, 129, 136, 140, 215, 261, 263, 280, 287–289, 291, 303
Sichtvermerksangelegenheiten 180
SIDS 101, 129
Sierra Leone 88, 91, 130, 142, 149, 164, 168, 277
Simbabwe 43, 86, 92, 324, 390, 399, 413, 420
Singapur 98, 99, 258, 275, 278
Slowakei 421
Slowenien 8, 38, 73, 102, 119, 124, 126, 131, 181, 225, 235, 251, 311
Small Business Act 30
Somalia 43, 45, 46, 49, 86, 91, 146, 162, 220, 275
Souveräner Malteser-Ritter-Orden 392
Spanien 324
Sri Lanka 95, 96, 131, 162, 275, 427
Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen 11, 57, 312
Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess 10
Stabilitäts- und Wachstumspakt 1
Ständige Vertretung Österreichischs bei der Europäischen Union 20
START-Abkommen 75
Stellungnahmerecht des Nationalrates und des Bundesrates 25
St. Kitts und Nevis 428
St. Lucia 428
Stockholm Programm 38
Strategie EU 2020 30, 41
Streumunition 208, 211, 212
Struktur- und Kohäsionspolitik 28
St. Vincent und die Grenadinen 428
Subsidiaritätsklage 19
Subsidiaritätsrüge 19
Suchtstoffkommission 135
Südafrika 80, 84, 86, 182, 191, 225, 235, 240, 253, 324, 336, 385, 390, 393, 399, 400, 413, 421, 428, 430
Sudan 43, 85, 86, 88, 91, 130, 131, 141, 142, 145, 146, 160, 203, 216, 221, 222, 230, 274, 429
Südkaukasus 43, 62, 64, 107, 127, 194, 196
Südosteuropa 12, 13, 51, 100, 105, 106, 117, 126, 179, 192, 193, 195–197, 231, 251, 299
Südtirol 122
Suriname 430
Swasiland 430
Syrien 49, 51, 70, 431
Tadschikistan 66, 67, 106, 109, 275, 431
Tag der offenen Tür 18
Taiwan 342
Tansania 43, 92, 159, 216, 275
TEC 77, 78
Terrorismusbekämpfung 39, 40, 92, 93, 114, 130, 165, 166
Thailand 96, 99, 184, 225, 456
Timor-Leste 98, 156, 275
Togo 88, 216, 276
Tonga 435
Trans-Pacific Partnership 100
Trinidad und Tobago 435
Tschad 48, 88, 141, 147, 276
Türkei 8, 9, 12, 34, 63, 64, 103, 115, 117, 127, 128, 130, 140, 143, 150, 152, 157, 210, 225, 232, 245, 251, 253, 257–259, 437
Turkmenistan 66, 67, 109, 219, 275, 440
Tuvalu 440
Uganda 43, 86, 92, 131, 140, 162, 190, 195, 196, 206, 222, 230, 275, 284, 291
Ukraine 49, 50, 58–62, 65, 103–107, 109, 115, 119, 125–127, 130, 179, 180, 194, 201, 214, 234, 441, 442
Umwelt 9, 21, 32, 33, 41, 50, 51, 66, 73, 92, 107, 123, 134, 169, 186, 188, 192, 200, 241, 243, 255, 307, 311
Umweltschutz 241
– VN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Siehe Vereinte Nationen
– VN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD). Siehe Vereinte Nationen
UNAMA 154
UNAMI 151
UNAMID 146, 163
UNASUR 79, 84
UNCC 152
UNCDF 200, 203
UNCITRAL 138
UN-CMCoord 206
UNDAC 205, 206
UNDC 133
UNDP 200, 203
UNECE 169
UNEP 241, 278
UNESCO 119, 172, 173, 239, 278
UNFCCC 242
UNFICYP 157

UNFPA 200, 203
UNHCR 67, 150, 206, 231
UNICEF 201, 203
UNIDIR 214
UNIDO 130, 198, 199, 278
UNIFEM 201, 203, 224
UNIFIL 151, 163
UNIOGBIS 149
UNIPSIL 149
UNMIK 45, 54, 156
UNMIL 148, 149
UNMIN 155
UNMIS 145
UNMIT 98, 156
UNOCI 148
UNODC 134, 135, 164, 286
UNRCCA 155
UNRWA 69, 151, 192, 207
UN-SPIDER 137
UNTOC 165
UN Women 138, 227, 289, 291, 293
UN WOMEN 201
UNWTO 174
UPU 174
Uruguay 81, 83, 169, 274
USA 32, 39, 61, 62, 64, 65, 69, 72, 75–78, 81, 90, 93–95, 98–100, 104, 106, 108, 110, 116, 121, 132, 133, 140, 143, 152, 161, 169, 180, 182, 208–210, 213, 222, 223, 234, 258
Usbekistan 66–68, 109, 219, 278, 444
Vanuatu 444
Vatikan 445
Venezuela 79–81, 249, 325, 346, 347, 354, 358, 359, 378, 428, 430, 435, 445, 446
Verbindungsbüro des VN-Abrüstungsbüros in Wien (UNODA) 133
Vereinigte Arabische Emirate 404, 405, 446
Vereinigte Staaten von Amerika 74, 446
Vereinte Nationen
– UNECE 128
– UNIDO 465–467
Vereinte Nationen (VN) 121
Verkehr 21, 31, 34, 78, 123, 169, 241
Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Cancún 81
Vertragsverletzungsverfahren 24
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen 131, 208, 290
Vertrag von Lissabon 13
Vertretungsbehörden 176–178, 180–182, 184, 185, 232, 245, 247, 248, 253, 254, 264, 266, 268, 269
Vietnam 98, 99, 456
VN 40, 45, 48, 52, 54, 58, 64, 67, 69–72, 75, 77, 85–90, 93, 95, 97, 102, 110, 111, 114, 120, 129–169, 171–174, 186–188, 195, 198–201, 203, 205–207, 209, 212, 213, 215–230, 241, 242, 261, 278, 283, 285–287, 289
VN-Flüchtlingshochkommissariat 150
VN-GV 58, 69, 129–131, 133, 134, 136–140, 144, 157, 167, 168, 171, 198, 200, 207, 209, 219, 220, 222, 223, 225, 226, 228
VN-Menschenrechtsrat 215, 226
VN-SR 45, 71, 75, 85, 93, 95, 110, 129, 130, 140–162, 164–168, 195, 215–217, 226–230, 283
Waffenhandelskontrollvertrag 213
Wassenaar Arrangement 213
Westafrika 88, 142, 145, 189, 196, 200
Westsahara 143, 150
WFP 45, 205, 207
WHO 173, 239
wirtschaftspolitische Steuerung 2
Wirtschafts- und Sozialausschuss 21
Wirtschafts- und Sozialrat 168, 199
Wirtschafts- und Währungspolitik 27
WMO 175
WTO 64, 66, 77, 100, 121, 234, 235, 279
Zangger-Komitee 213
Zentralafrikanische Republik 88, 147, 230, 276
Zentralasien 66
Zentraleuropäische Initiative 118
Zentrum für nukleare Abrüstung und Non-Proliferation in Wien 130, 133
Zypern 9, 28, 131, 157, 225

Das österreichische Außenministerium: Weltweit für Sie da

- Rechtliche und Konsularische Hilfe für die BürgerInnen - Bürgerservice - Krisenvorsorge und Krisenmanagement
- Europäische Union: Europadialog - Vertrag von Lissabon - Finanzkrise - Erweiterung - Außenbeziehungen - Politiken der EU
- Nachbarschaftspolitik, Südosteuropa, Schwerpunktregionen Donauraum/Schwarzmeer/Kaspisches Meer
- Österreich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
- Österreich als Drehscheibe für Dialog
- Österreichs Kandidatur für den Menschenrechtsrat und den UNESCO-Exekutivrat
- Menschenrechte, Schutz der Zivilbevölkerung in Konfliktsituationen, Rechte der Kinder, Rechte der Frau
- Interkultureller und interreligiöser Dialog
- Entwicklungszusammenarbeit - Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Internationale Abrüstung
- Österreich in internationalen Organisationen
- Umwelt- und Klimapolitik
- Der österreichische auswärtige Dienst
- Auslandskulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Grafiken.

2010

Bericht des Bundesministers für europäische
und internationale Angelegenheiten